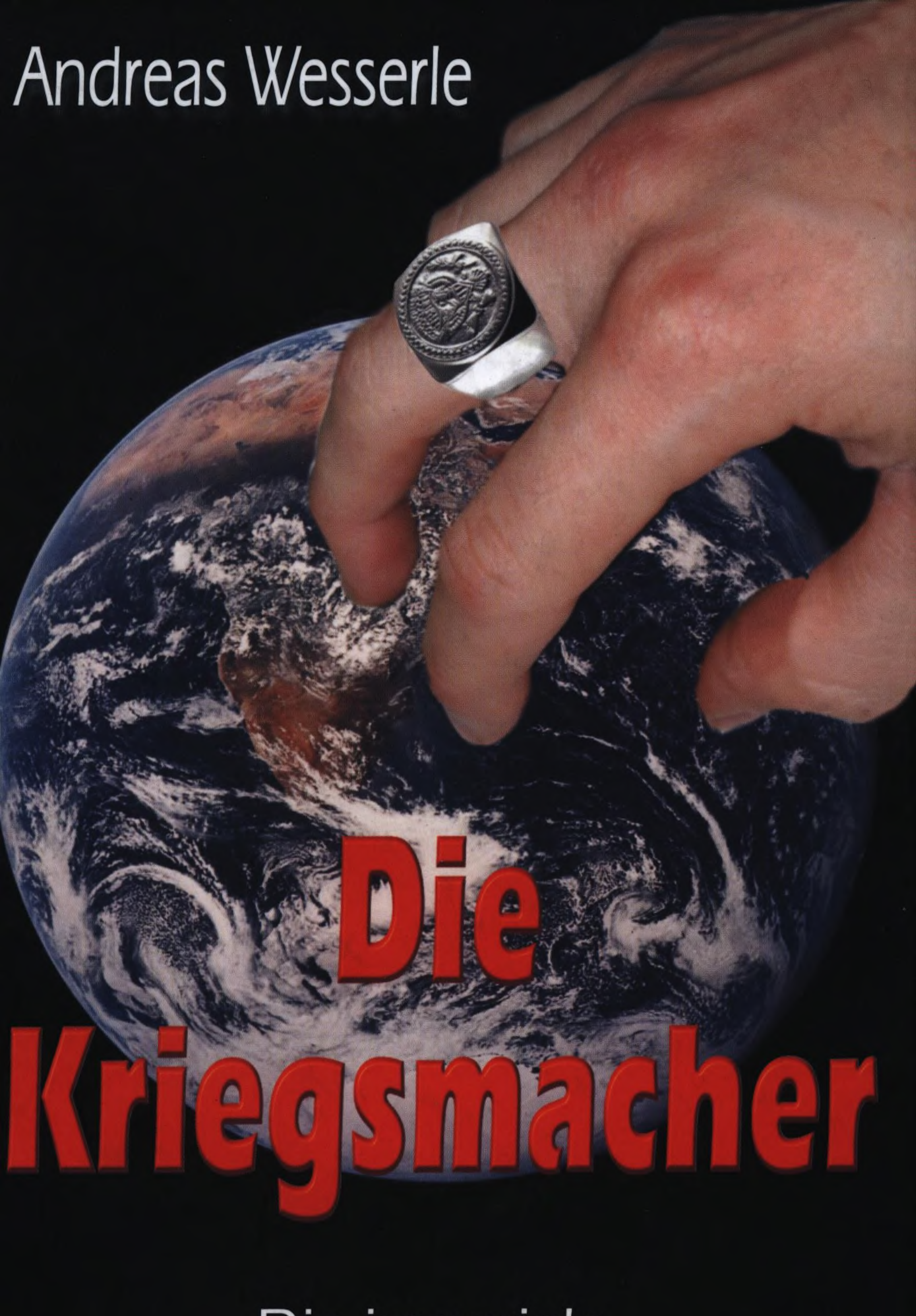
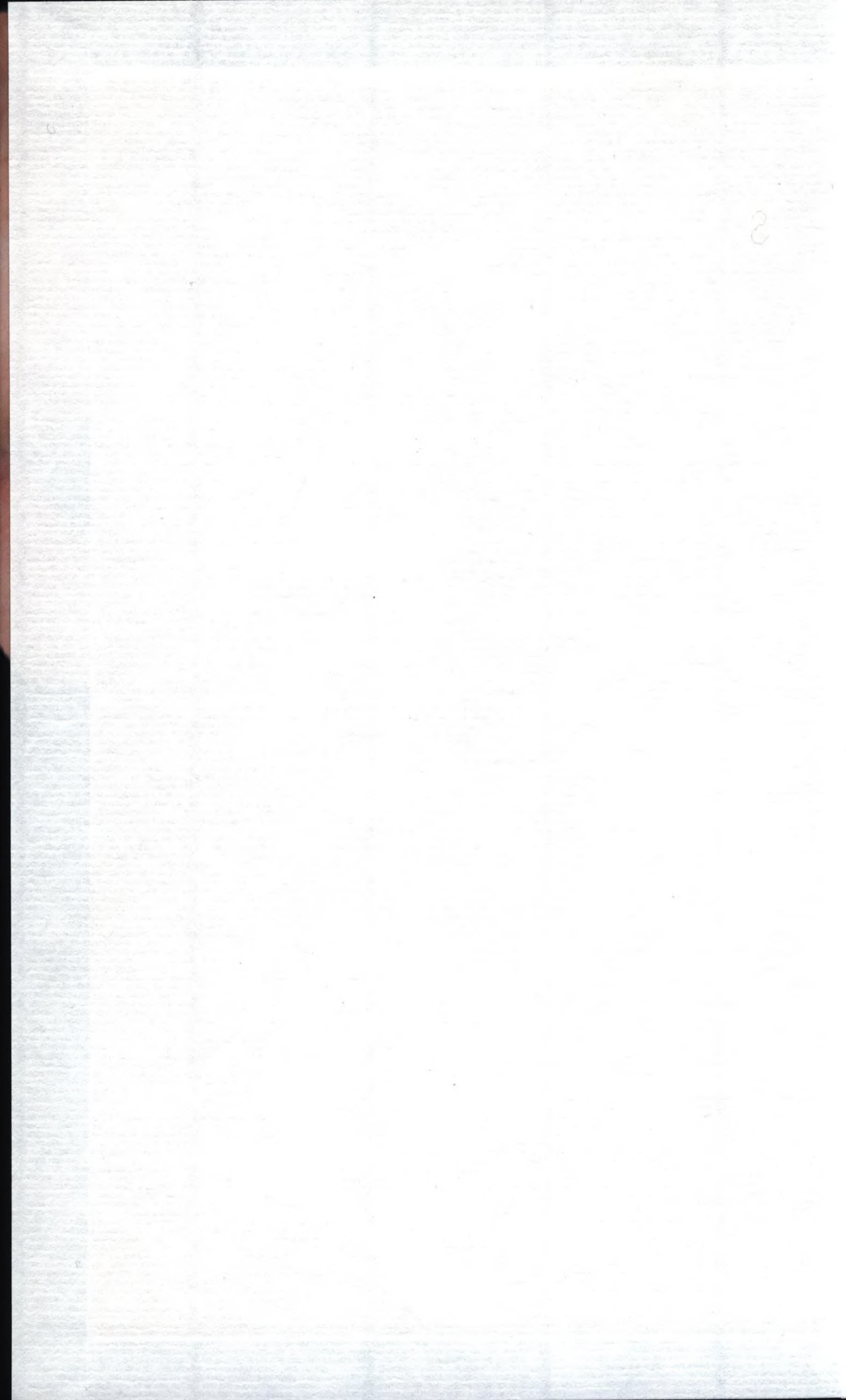


Andreas Wesserle

Die Kriegsmacher

Die imperiale Weltmachtpolitik der USA





ANDREAS ROLAND WESSERLE

DIE KRIEGSMACHER

Die imperiale Weltmachtpolitik der USA

Andreas Roland Wesserle

DIE KRIEGSMACHER

Die imperiale Weltmachtpolitik der USA

DRUFFEL & VOWINCKEL VERLAG
STEGEN AM AMMERSEE

Copyright © 2007 by Druffel & Vowinckel Verlag eK
D-82266 Stegen/Ammersee

Alle Rechte an der deutschen Übersetzung vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form durch Fotokopie, Microfilm, CD-ROM usw. ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Bezüglich Fotokopien verweisen wir ausdrücklich auf §§ 53 und 54 UrhG.

Umschlag: faerv
Gesamtherstellung: Druckerei Theiss GmbH, A-9431 St. Stefan
Printed in Austria

Die Herstellung dieses Titels wurde unterstützt von der
Brinkmann'schen Familienstiftung für wissenschaftliche und historische Forschung
Brinkmannska Familjestiftelsen för internationell vetenskaplig och historisk Forskning
Box 167, S-551 13 Jönköping

ISBN 978-3-8061-1165-1

INHALT

Dieses Buch sei meiner Mutter gewidmet ›der Anna Wesserle‹ geb. Petruch ›aus Deutsch-Proben im Hauerland‹ die folgendes tatsächlich überlebte: – den Ersten Weltkrieg – die russische Offensive von 1914 – die Hungerblockade der Entente – die Revolution von 1918 – die Unterdrückung durch die Tschechen von 1919 bis 1939 – den Zweiten Weltkrieg – den blutigen Partisanenaufstand in der Slowakei 1944 – die amerikanische Bombardierung Prags am Palmsonntag 1945 – Flucht und Vertreibung – die Aufnahme im total verelendeten Bayern von 1945 – Jahre des Hungers und der Seuchen – Auswanderung nach den USA – kreuzbrechender dritter Neuanfang – Befeindung – Unterdrückung – Hass und Liebe – ungebrochen bis zu ihrem Tod im 95. Lebensjahr 2001.

VORWORT

AUT CÄSAR AUT NIHIL!
(Entweder Weltenkaiser oder das Nichts!)

1638, inmitten der Schrecken des Dreißigjährigen Krieges, malt Peter Paul Rubens eins seiner erschütterndsten Werke; heute strahlt es als ein Höhepunkt der prunkvollen Gemäldesammlung im Pittipalais oberhalb der Stadt Florenz. Mit vollendeter Meisterschaft deutet er die allgemeinen Kriegsgreuel als ein allegorisches Drama, in welchem die liebende Venus einen die Künste und die Wissenschaft zertrampelnden Mars zurückzuhalten sucht, derweil dieser von der anfeuernden Furie Alekto in die Tiefen des Hungers und der Pest gezerrt wird. Weit abseits erhebt die Gestalt der Europa vor dem offenen Tor des Janustempels wehklagend die Hände zum Himmel.

Wie kein zweites erleuchtet das Kunstwerk blitzartig die jetzige Lage, da der U.S.-Präsident G. W. Bush den Schlußakt im Äonendrama »Die Universalweltherrschaft« zu spielen sich anschickt und – umwoben vom Wehgeschrei der zur Ohnmacht verdammten Staaten des ›Alten Europa‹ (Pentagonminister Rumsfeld) – zur Endattacke auf das ölreiche Zwergland Irak bläst. Als »Mesopotamien«, Ur, Sumer, Babylon und Assyrien legte dieses vor satten 50 Jahrhunderten den Grund für unsere »Zivilisation« und ist wie keine andere Erdengegend als unser »Wurzelland« von leicht zerstörten Kulturschätzen übersät. Im 20. Jahrhundert, nach seiner Befreiung von der osmanischen und vor allem der englischen Knechtschaft, gestaltet der griechische Städteplaner Doxiadis Bagdad nach neuesten Gesichtspunkten – weit moderner als jede amerikanische Großstadt. Ebenso nimmt der irakische Staat die allgemeine Krankenversicherung an – welch' wahren Fortschritt das »reichste Land der Erde« bis morgen nicht erreicht. Doch was schert sich das Weiße Haus darum?

Was würde Rubens dazu sagen? Als Weltmann und gewiegter Diplomat würde er wohl auf sich überschneidende und sich vermischende historische Momente hinweisen. Etwa wie folgt:

*

Die USA sind der erste Großstaat der Erde seit der letzten Eiszeit – soll Platos Gleichnis von der Blüte und dem Untergang des poseidongesegneten Atlantis Glauben geschenkt werden –,

der seinen Anspruch auf die alleinige Weltherrschaft erfolgreich zu vertreten scheint. Der kecke »Cowboystil« der Bushregierung bezeichnet in dieser Hinsicht keineswegs den Anfang, sondern die Ernte einer vor vielen Jahrhunderten ausgesäten Entwicklung. Begünstigt von seiner einzigartigen geopolitisch-historischen Lage (von Schwachen umgeben und bis heute nur Schwache unterjochend), vom rasenden Raubbau der im jungfräulichen Schoß zweier neuer Kontinente schlummernden Natur- und Bodenschätze und vor allem, vom unbeugsamen Sendungsbewußtsein (das alle andersgearteten Völker und Menschen als ledigliches Mittel zum Zweck behandeln läßt), überflügelt ›Amerika‹ scheint's spielend leicht seine gescheiterten Vorgänger und Konkurrenten: das portugiesische, spanische, französische, russische und englische Weltreich.

Die ihm seit 1917 nacheifernde Spielart des moskowitisch-byzantinischen Imperialismus (seine eine ernstzunehmende, staatliche Gegnerschaft nach 1783) strauchelt 1991 fatal vor Amerikas gesellschaftlich-wirtschaftlichem Totalitarismus (Prof. Noam Chomsky). Sein großes Vorbild, das ab 1775 als rückschrittlich angesehene englische Empire, liefert ihm den Leitspruch: »The Pen is Mightier Than the Sword« (»Die Schreibfeder ist weit mächtiger als das Schwert«). Damit, das heißt mittels seiner Propaganda und den ununterbrochen weltweit wabernden, 1917 in Neuyork erfundenen Public Relations, weicht es außenpolitisch die Moral seiner vorgesehenen Opfer (= aller Erdenstaaten) und vorhandenen Dependencen auf, ihren Widerstand brechend. Andererseits gelingt es damit der führenden »Machtelite« (Prof. C. Wright Mills), historisch gepaart mit der grausamsten Unterdrückung (so der Sozialisten von 1865 bis 1921 und später der – die größte Volksgruppe ausmachenden – Deutschamerikaner oder der großen, kriegsunlustigen Bevölkerungsmehrheit anfangs des Ersten und des Zweiten Weltkrieges und nun des Irakabenteuers) innenpolitisch jegliche Zweifel und Bedenken zu entmachten.

Es wäre demnach ein schwerwiegender Fehler, die imposanten »Errungenschaften« ihrer wortwörtlich Oberen Zehntausend der amerikanischen Bevölkerung anzulasten. Sie – das heißt die seit dem Ende der Populisten und der Progressiven von etwa 1900–1917 Entmündigten und jeglicher Macht Entfremdeten, mehr als 99,9 v. H. der 300 Millionen Einwohner – gehört den Lieblingsopfern der seit Generationen emporschießenden Haupt- und Herrscherkultur an. Im Gegensatz zu den – im

Macht- und Wirtschaftskampf unterlegenen – Subkulturen des Gros der amerikanischen Bevölkerung (von der einst führenden Kultur Virginias, vom Norden im Sezessionskrieg total ausgemerzt, ganz zu schweigen) hat diese Hauptkultur mit althergebrachter Anmaßung und Zielstrebigkeit den machtlogischen Schluß aus den Ölkrisen der 1970er und 80er Jahre gezogen. Sie hat den – von ihr inszenierten – Untergang des Sowjetreiches dazu ausgenützt, ihre Monopolstellung über die Welt weiter auszubauen und zu festigen. Das Ziel war und ist, sämtliche Rohstofflieferanten wie auch die Drehscheiben der Kontinentalstrategie (darunter ganz Lateinamerika, Nigerien, den Kongo, Südafrika, Restafrika, ganz Vorder-, Mittel- und Südasien, den Pazifik und Europa) in verläßliche Protektorate zu verwandeln – sofern sie es, wie Deutschland, Italien und Japan, nicht schon sind. Diese Gebiete und ihr menschliches und Naturpotential dienen hauptsächlich und letztendlich der Festigung und Verewigung der Macht der amerikanischen Weltelite und der mit ihr liierten weltpolitischen Bewegung.

*

Nicht Liebe und Zuneigung, sondern »gegenseitige Interessen« (wie es ein dieser Bewegung angehörender Student des Verfassers jüngst formulierte) bestimmen das Verhalten. Eben diese Interessen führten im Dezember 1983 Donald Rumsfeld – nun der öffentlich bissigste Habicht im Washingtoner Tiergarten – als Abgesandten des Präsidenten Reagan nach Bagdad. Er läßt Saddam Hussein im Krieg gegen den Iran diplomatische und militärische Hilfe angedeihen, wie von der Washington Post am 1. Januar 1984 berichtet. Die USA liefern 45 Bell-Angriffshubschrauber an den Irak; im Gegensatz zum amerikanischen Senat unterstützt das Weiße Haus Saddam Hussein. Es zuckt mit keiner Wimper, als dieser die iranischen Truppen und 1985 kurdische Zivilisten mit Giftgasen töten läßt. Freilich muß gegen 1990 Husseins zunehmender Einfluß am Persischen Golf Onkel Sam und Israel unbequem geworden sein. Denn Präsident Bush d. Ä. und sein Außenminister Baker (ein »Öl-Advokat«) richten eine Depesche an die U.S.-Botschafterin Glaspie im Irak, worin Kuweit als ein die amerikanischen Interessen nicht lebenswichtig berührendes Gebiet bezeichnet wird. Hussein schnappt nach dem Köder und marschiert ein. Die Falle schnappt zu. Hunderttausende irakische Soldaten und Zivilisten fallen dem entbrennenden »Vergeltungskrieg« zum Opfer. Nach Berichten

des 1991 vom früheren amerikanischen Justizminister Ramsey Clark gegründeten »International Action Center« (39 West 14th Street, Room 206, Neuyork, NY 10011) und der UNICEF vom 12.8.1999 waren in den vorangegangenen neun Jahren 1,7 Millionen als direkte Folge der »UNO«-Sanktionen wie auch des absichtlichen Bombardements der Trinkwasser-, Abwässer- und Kläranlagen im Irak gestorben. Die Mehrheit der Opfer sind Kinder. Da die Bushregierung ab Januar 2001 die Angriffe ihrer Vorgänger noch vervielfacht hat – schon Clinton ließ in den ersten acht Monaten des Jahres 1999 mehr als 1100 Flugkörper auf 359 »Ziele« herabstürzen – halten Sachverständige wie die amerikanische Professorin Yvonne Haddad vom »Center for Muslim-Christian Understanding« der Georgetown Universität, Washington, eine Sterbeziffer von weiteren 250.000 Nichtkombattanten pro Jahr für wahrscheinlich. Fazit: Völkermord mitten im »Frieden«.

Ist von einem Regime, das über 400 seiner heiligsten, mit den Einheimischen (nicht: »Eingeborenen«) Amerikas geschlossenen 500 Verträge gebrochen hat, etwas besseres zu erwarten?

Der Zweck der Sache ist einfach und wirksam. Der Irak, schließlich auch – laut Professor Noam Chomsky vom berühmten »Massachusetts Institute of Technology (MIT)« – der Iran und Saudi Arabien müssen »dran glauben«, weil:

a) es ihren gewaltigen Öl- und Gasvorkommen unter anderem nicht gestattet werden darf, in halbwegs autonomen Händen zu verbleiben;
b) ihre strategische Schlüssellage – im Spannungsfeld Eurasien-Afrikas und des indischen Halbkontinents – nur von amerikahörigen, politisch repressiven Marionettenregimes verwaltet werden darf;
c) der amerikanische Festlanddegen und die Medienbombe über Eurasien-Afrika: Israel, gefördert werden soll.

*

Eine Raum- und Gewaltpolitik, die sich sehen lassen kann – selbst im historischen Vergleich mit dem Inkastaat, dem chinesischen Kaiserreich, den Assyrern, dem Perserreich und – Rom.

Wir gratulieren! Tatsächlich scheint es der Weltmachtelite, im weit kosmischeren Maßstab als selbst ihren englischen Vorgängern, gelungen zu sein, im endlichen Explosivstadium der faustischen Kultur (Oswald Spengler) die maßgeblichen außen- und innenpolitischen Elemente der Weltherrschaft in ihrer Hand zu

vereinen. Der Welt-Machiavell: endlich aus der Provinz der italienischen Stadtstaaten und dem Gestrüpp der europäischen Staatsräsons befreit? Das Vierte und das Wahre Rom? Wohl kaum. Der angriffslustige Überheld Amerikus zeigt uns gleich mehrere Achillesfersen. Aus Platzmangel naschen wir der Unzahl und dem Unteig der Plus- und Minusfaktoren nur wenige Leckerbissen heraus. Oft stellen sich diese Faktoren als (Zerr-) Spiegelbilder eins und desselben Gebildes heraus.

*

Das letzte Rom? Eine Idee mit einer großen kulturellen Vergangenheit in West und Ost. Die Vereinigten Staaten haben seit ihrer Gründerzeit auch davon gezehrt. Weltpolitisch interessant wird dies jedoch erst nach dem einigenden Ausgang des Sezessionskrieges (1861–65) und dem Ausbau eines transamerikanischen Kolonialreiches in Hawaii, Midway, Guam und den Philippinen, mit starker Ausstrahlung nach China und Japan: nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898. »Eins, zwei, drei; im Sauseschritt läuft die Zeit – wir laufen mit!«, rief schon Wilhelm Busch aus, und wirklich findet sich Onkel Sam 1914 als die stärkste Industriemacht auf Erden (noch vor dem Deutschen Reich und Großbritannien) und als streberischster Weltpolitiker – mit gleich zwei »Cäsaren« unter den Achseln: Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson – die geballte Faust auf der Waage des außer Rand und Band geratenen europäischen Gleichgewichts. Was tun? 1917 »befreit« Amerika Frankreich und sieht sich weltanschaulich, politisch und wirtschaftlich als der große Überlebende: das neue Rom. Diese Lage stellt der amerikanische Schriftsteller Dos Passos fest; sie besteht tatsächlich, hält man sich die Mitglieder der den Ersten und Zweiten Weltkrieg bestimmenden Elite vor Augen: darunter John Foster und Allan Dulles, Bernard Baruch, den Marinestaatssekretär Franklin Roosevelt. Nach 1991 windet sich die Elite den Weltlorbeerkranz. Wird sie ihn behalten?

Wie in Rubens' Meisterwerk dargestellt, steht wegen der ständigen Kriege das Tor zum altrömischen Janustempel stets offen. dasselbe trifft symbolisch auf die USA zu. Auch wie das damalige Rom den Widerstand etwa der Kelten mit seiner Wein- und Genusskultur klug aufweichte, versteht die amerikanische Machtelite die Moral und die Moralität seiner »Nachbarn und Freunde« – und die seiner Bevölkerung – mit seinem »American way of life« zu untergraben – auf die massenproduzierten »Men-

schen«-Scharen des Industriezeitalters zugeschnitten, versteht sich. Aber gleich zu Beginn der amerikanischen Revolution erteilt ihm die Geschichte eine weitere, wichtige Lektion. Mit der Billigung des oberbefehlshabenden Generals Washington führt der später berüchtigte Benedict Arnold einen Zangenangriff auf das in englischen Händen sich befindende Quebec (Kanada) aus: im Herbst und Winter 1775; knapp sechzehn Jahre vorher hatte der englische General Wolfe in einer welthistorischen Schlacht die Festung Quebec den Franzosen entrissen; er fand dabei den Heldentod. Ganz Nordamerika nördlich des schwächlichen spanischen Kolonialreiches in Mexiko (einschließlich Texas, Colorado, Kalifornien), gehört den Briten! Welches Ergebnis freilich erst die Siege des Festlanddegens Englands, Friedrichs des Großen von Preußen, in einem »Frieden von Paris« 1763 festschreiben (Beendigung des Siebenjährigen Krieges). Doch die von den amerikanischen Aufständischen erhoffte Unterstützung von seiten der französischen Quebecois bleibt aus. Vor den Mauern Quebecs erleidet der General Montgomery den Heldentod. Die amerikanischen Revolutionäre unterliegen. Seither wird das frisch weiterrollende – besser gesagt: Salto springende – Expansionsprogramm schon vorher durch die zermürbende Propaganda und Public Relations angefeuert und berechnend vorwärtsgetragen. Die dabei zum Vorschein kommende Sicht umfasst die Vorherrschaft über Kontinente. Mit Seward – Präsident Lincolns Außenminister (ab 1861) – erstreckt sie sich über fünf der sieben Weltmeere. Theodore Roosevelt und Wilson tragen sie in alle sieben Kontinente. Ihr Testamentvollstrecker, F. D. Roosevelt, kassiert die Strategie ein, indem er ab 1933 die Welt mit Stalin teilt. 1991 wird der Schlussstrich gezogen.

Im Laufe dieses atemberaubenden Rundum-Dranges betreibt die amerikanische Elite ihre »Aufklärung«, indem sie ihre momentanen Gegner zu unverbesserlichen Todfeinden, zu Teufeln stempelt, deren Ausmerzung wie auch das Auslöschen der Freiheit ihrer Völker als eine barmherzige Wohltat für die Menschheit gefeiert wird. Was dem düster-ehrgeizigen Hang der nördlichen »Yankees« – die, im Gegensatz zu den Anglikanern Virginias, vom starren, kalvinischen Puritanismus gezeichnet sind (fruchtbare Pflanzstätte des Kapitalismus! Sezessionskrieg! Prohibition! Fehde dem Tabak! usw.) – eben entgegenkommt. Und der »Aggressor« ist immer »der Andere«.

Das ist die höchste Ironie der Neuzeit: daß der Staat (bzw. ursprünglich der Staatenbund), der am 4. Juli 1776 mit seiner –

der europäischen Aufklärung entspringenden – Unabhängigkeitserklärung (Jefferson!) den Startschuß zum Weltrennen der »völkischen Freiheitskriege« abfeuert, ein und zwei Jahrhunderte darauf als immer gründlicherer Feind der Völkerfreiheit sich entpuppt, um schließlich ihr prinzipieller Widersacher zu sein. Er vergißt, daß seine – in einem weiteren Frieden von Paris, von 1783, verbriefte – Freiheit einem diplomatischen Kompromißfrieden zu verdanken ist (hauptsächlich zwischen England, Frankreich und Spanien). Er behandelt – vor allem nach dem vom Norden als eine totale Offensive gegen die Zivilbevölkerung des Südens geführten Sezessionskrieg – alle auch ausländischen Konflikte als totale Welt-Bürgerkriege. Kitcheners und Churchills England gibt ihm hierbei noch ein weiteres Vorbild.

*

Lassen wir ohne weitere Umschweife die Höhepunkte der amerikanischen Expansionspolitik aus dieser Perspektive rasch an uns vorbeihuschen: Im Frieden von Paris von 1783 zieht Großbritannien die Grenzen der USA am entlegenen Mississippi und im Süden etwa entlang des 31. Breitengrades (Groß-Florida bis zum Unterlauf des Mississippi wird Spanien zugesprochen), klug kalkulierend, daß der republikanische Sendungsdrang der Amerikaner diese bald in einen Konflikt mit Spanien und Frankreich stürzen würde. Es behält Recht. 1796 veröffentlicht der Präsident Washington seine Abschiedsbotschaft. Er warnt vor »bleibenden Bündnissen« mit dem Ausland und bevorzugt eine »achtungsgebietende defensive Haltung«. Amerika soll sich aus Europas fast völlig verschiedenen Interessen herauszuhalten suchen und seinen eigenen geopolitischen »Kurs« einschlagen (James D. Richardson, ed.: A Compilation of the Messages and the Papers of the Presidents, 1789–1901; Washington, Government Printing Office). Der selbstbewußte Ton des, in jeder Hinsicht ersten Gründervaters bestimmt – zumindest oberflächlich belauscht – den Tenor der amerikanischen Außenpolitik bis ins 21. Jahrhundert zwiefach. Einerseits – von den Warnungen des Präsidenten Jefferson und der Monroedoktorin von 1823 gestärkt – hält er die USA aus den »verstrickenden europäischen (und afro-asiatischen) Händeln« bis nach dem Ende des Sezessionskrieges 1865 militärisch heraus. Als der Ameroimperialismus schließlich, noch vor 1898, in den fieberhaften Weltimperialismus umschlägt, behält er immer noch

scheinheilig den Tarnanstrich – einst mehr oder minder berechtigt – des unschuldig Angegriffenen.

Die große Wasserscheide wird 1803 erreicht, als der helle, doch widersprüchliche Chefideologe der Revolution, der damalige Präsident Jefferson, in einem machtpolitischen Handstreich Napoleon I. das Riesen-Louisianagebiet um ganze $ 15 Millionen abkauft. Dies stärkt die Macht der »Exekutive« gegenüber dem Kongreß (der dritte »Ast« der Verfassung, die Justizordnung mit dem Obersten Bundesgericht ist ein heißblütiger Vorkämpfer für die Macht der Bundesregierung bis ins 21. Jahrhundert) und öffnet die Schleusen einer Flut von Neusiedlern und skrupellosen Schiebern / Politikern. Andrew Jackson, ein Freibeuter, Milizgeneral, Indianertöter, Massenmörder und bis heute beliebter, korrupter Demokratenpräsident, ist einer der Bekanntesten. Nachdem amerikanische Neusiedler 1810 in Baton Rouge am Mississippi die spanische Herrschaft stürzen und eine »Republik« ausrufen und weitere amerikanische Übergriffe auf spanisches Gebiet unter dem Präsidenten Madison zur Annektierung des Großteils des spanischen Westflorida führen (bis zum Rio Perdido) holt der General Jackson zum Hauptschlag aus. Unter dem Vorwand, plündernde Seminoleindianer verfolgen zu wollen, stößt er 1818 – mit der stillschweigenden Billigung des Präsidenten Monroe – tief in die Halbinsel Florida hinein. Er wird der Seminolen zwar nicht habhaft, hinterläßt aber eine Blutspur der Willkür, die schließlich das Endprotokoll des (John Quincy) Adams-Onis-Vertrages von 1819 beschleunigt herbeiführt: Onkel Sam säckelt ganz Florida ein, und die spanisch-amerikanische Westgrenze verläuft nun vom Sabinefluß (Westrain des heutigen Louisiana) in nordwestlicher Richtung stufenweise bis zum 42. Breitengrad im heutigen Wyoming und daher über 1600 km stracks zum Stillen Ozean. Dem Außenminister (und späteren Präsidenten, Sohn des Präsidenten John Adams, Vater des bedeutenden Diplomaten, Sproß der berühmten Adamssippe aus Massachusetts) John Quincy Adams schwillt die Brust: Der Pazifik ist erreicht! Das Tor und der geopolitische Keil zur unbegrenzten Expansion nach Westen, Norden und Süden ist in Onkel Sams Hand. Die Taten folgen. Generale und Präsidenten wie Andrew Jackson vertreiben hunderttausende Indianer aus den östlichen USA in die unwirtschaftlichen Gegenden westlich des Mississippi – oft gehören diese Einheimischen kulturell hochstehenden Bauern- und Tempelkulturen an –, woraus sie mit der Entdeckung von Gold und

Silber wiederum in die Steppen des heutigen Oklahoma vertrieben werden. Auch Oklahoma fällt der Habgier der Bleichgesichter zum Opfer. Um 1900 überleben nur etwa 100.000 von einst 5 Millionen Indianern. Diese werden meistens in Reservate eingepfercht. Ein grausiges Vorspiel für die Vertreibung von 21 Millionen Deutschen, Finnen, Polen, Ungarn, Bulgaren, Griechen im 20. Jahrhundert und ein Vorgeschmack dessen, was sich heute – amerikanischen Zeugen zufolge – in Palästina, dem Irak und Vorderasien abspielt.

Unter hysterischen Kampfsprüchen (z. B. »Manifest Destiny«: »offenbarte Vorsehung« oder »54°40' or Fight«!, was die amerikanische Nordwestgrenze an den Südzipfel Alaskas herangebracht und das britische Nordamerika (Kanada) ganz vom Pazifik abgeriegelt hätte) werden die späteren Staaten Oregon und Washington bis zum 49. Breitengrad annektiert – die Vancouverinsel verbleibt in englischen Händen – und das geopolitische Kernland »Texas« (dessen amerikanische Siedler kurz vorher gegen Mexiko rebelliert hatten) 1845 vom Präsidenten Tyler rechtswidrig – mittels eines Kongreßbeschlusses – an die USA angeschlossen. Sein aggressiver Nachfolger Polk provoziert einen Krieg mit Mexiko (der amerikanische General Taylor blockiert die mexikanische Stadt Matamoros) und übertölpelt den Kongreß (der nach dem Verfassungsrecht Krieg erklären muß), indem er die mexikanischen Verteidigungsmaßnahmen als »Angriffskrieg« hinstellt. Im Vertrag von Guadalupe Hidalgo 1848 verliert Mexiko beiläufig die Hälfte seines Hoheitsgebiets. Die USA gewinnen ihre heute reichsten Staaten: Groß-Texas vom Rio Grande bis nach Wyoming, Neu-Mexiko, Colorado, Utah, Nevada, Arizona und hauptsächlich Kalifornien. Polks List (die List der Exekutive und des Obersten Kriegsherren) wird seither mit Bombenerfolg immer wieder angewandt und verbessert: 1861 am Anfang des Sezessionskrieges, 1917 zu Beginn der amerikanischen Intervention im Ersten, 1939/41 als Ankurbelung des Zweiten Weltkrieges, 1950 anfangs des Koreakrieges, 1964 gelegentlich des massiveren Einschreitens im Indochinakrieg, 1990/91 im Golfkrieg und den darauf folgenden »UNO«-Sanktionen – und neuerdings, nach dem 11. September 2001, in der Weltoffensive gegen den sogenannten Terrorismus und für die fieberhafte amerikanische nukleare Wiederaufrüstung, die Streichung des Raketenabwehrvertrages mit Rußland, die beschleunigte Militarisierung des Weltraumes und der vorwärtsrasende Angriffskrieg gegen den Irak.

Selbstverständlich zeigt das Verzeichnis lediglich einige Höhepunkte der Expansion an.

Darüber hinaus hat das Weiße Haus seit dem 19. Jahrhundert sich in hunderten und tausenden »kleinerer« Operationen und Angriffe hervorgetan, mit Vorliebe in Nord- und Südamerika. Das Urteil des imperialen englischen Staatsmannes Lord Palmerston (englischer Außen- und Premierminister von 1830 bis 1865) anläßlich der allamerikanischen Umtriebe der Yankees scheint nicht völlig grundlos: diese »erfinderischen Schurken« seien »äußerst unangenehme Burschen« (Kenneth Bourne, The Foreign Policy of Victorian England 1830–1902, Oxford, Clarendon Press, 1970). Clare Boothe Luce, Gattin des einstigen Medienlöwen Henry Luce (Time, Life, Fortune) und eine der hervorragenden amerikanischen Frauen des 20. Jahrhunderts, spricht da noch genauer: »F. D. R(oosevelt) – der Kerl, der uns in den Zweiten Weltkrieg log«. Professor Noam Chomsky hat wohl auch nicht ganz unrecht, wenn er die Bezeichnung »Schurkenstaaten« dem Weißen Haus entwendet und sie auf die Mächtigen anwendet, vor allem auf die USA, die seit dem Untergang des Sowjetreiches prinzipiell über zwischenstaatliche Rechtsnormen sich erhaben fühlen. Dies kam im ersten Irakkrieg und später zum Vorschein und wird wohl auch während der zweiten Kolonialexpedition gegen diesen, womöglich noch grausamer, »gehandhabt« werden (Noam Chomsky, »In a League of Its Own«, Harvard International Review, Sommer 2000).

Aber noch mehr. Frau Clare Boothe Luces Bemerkung deutet auf einen ständigen Mißstand hin, auf eine unvernarbte Wunde, da die »erfinderischen Schurken« mindestens seit den Tagen des Generals Andrew Jackson ergötzlicherweise stets sich als die unschuldig Angegriffenen darzubieten wissen. Geschickt wird die Gelegenheit beim Schopf ergriffen, um (Schein-)Aggressionen »der Anderen« vorzutäuschen und in der eigenen Bevölkerung die Siedehitze des Sendungsbewusstseins aufwallen zu lassen. Von erneutem weltpolitischen Belang stellt sich die Explosion des amerikanischen Kriegsschiffes »Maine« im Hafen von Habana (1898) vor, die zum Krieg mit Spanien führt. Untersuchungen gegen Ende des 20. Jahrhunderts ergeben, daß das Schiff einer inneren Detonation zum Opfer fiel, die höchstwahrscheinlich keinen sachlichen Ursprung (etwa ein Kohlenstaubunglück) hatte. Die »Maine« wurde also von amerikanischen Agenten versenkt. Mehr als 250 Matrosen fanden den Seemannstod. Der dafür Verantwortliche war wohl der schrill imperiale,

aufgeweckte Staatssekretär im Marineministerium, Theodore Roosevelt, der spätere Präsident. Sein Vetter, F. D. Roosevelt, und dessen Nachfolger bis ins Jahr 2007 sollten ihn später zu übertrumpfen suchen.

Der Präsident Woodrow Wilson, dessen »rechte Hand« Colonel House, und andere amerikanischen Polit- und Finanzgrößen unterstützen ab 1914 Großbritannien und Frankreich. Wilson vergißt sich soweit, daß er sogar amerikanische Gesetze bricht, um englischen Schiffen in amerikanischen Häfen das Laden von Munition und weiterer Konterbande zu ermöglichen. Der progressiv-republikanische Senator Robert LaFollette von Wisconsin überführt Wilson des Gesetzesbruches. Er entgeht dem Ausschluß aus einem hysterischen Senat nur um ein Haar. LaFollette, William Jennings Bryan, der Populist und Wilsons erster Außenminister, und die Sozialistenführer Eugene Debs/Dorothy Day sind die einzigen amerikanischen Staatsmänner des 20. Jahrhunderts – Wilson und House sind auch im Komplott der englischen Herrscherklasse (einschließlich des Ersten Admiralitätslords W. Churchill und König Georg V.) eingeweiht, mit Hilfe des Unterganges der »Lusitania« 1915 die USA in den Krieg auf seiten der Entente zu stürzen. Der Präsident gibt den autoritären europäischen Regimes ein Beispiel, indem er die ursprünglich kriegsunlustige Bevölkerungsmehrheit, die (die größte Volksgruppe ausmachenden) Deutsch-Amerikaner und die damals zahlenmäßig bedeutenden Sozialisten, unterwirft und ausrottet. Unter anderem werden auf sein Geheiß – und das seiner »Patriotenkomitees« gründenden Adjutanten – die Werke der ›Klassiker‹: Luther, Goethe, Schiller usw. öffentlich verbrannt; das Lesen von Luthers deutscher Bibelübersetzung wird unter Gefängnisstrafe gestellt. In Milwaukee, dem »Deutsch-Athen am Michigansee« werden das Goethedenkmal vor der Hauptbibliothek zerstört und 100 Bühnen und Vereine ausgemerzt. Wilsons Nachfolger, vor allem F. D. R. nach 1933, eifern ihm nach. Nach 1920 rücken Wilsons republikanische Nachfolger von seiner cäsaropapistischen Weltbekehrungspolitik ab. Sie verlassen sich auf die mächtige Dollardiplomatie, den diplomatischen Überdruck (Washingtoner Flottenkonferenz von 1921/22 hauptsächlich zwischen USA-England-Japan-Frankreich-Italien) und – darin Wilson und Teddy Roosevelt nacheifernd – Militär- und Wirtschaftsexpeditionen nach Lateinamerika. Hoover (Huber) mahnt seinen Außenminister, daß eine Friedenspolitik nicht »mit den Hunden des Krieges« erreicht werden kann – eine bemerkenswerte Hal-

tung, die nach ihm nur noch der demokratische Präsident und Nobelpreisträger J. Carter anzunehmen versucht. F. D. Roosevelt ist da aus ganz anderem, opportunistisch-weltunterjochendem Holz geschnitzt. Ein Sproß der Brahmanen-Oberkaste der amerikanischen Ostküste (»Old Money«), verfolgt er neben einer jonglierenden Wirtschaftspolitik (Weltwirtschaftskatastrophe) folgende Ziele:

a) ab Wahl 1932 ein Bündnis mit dem Bolschewisten Stalin aus weltanschaulichen, weltenteilenden und »persönlichen« Gründen;
b) eine fieberhafte Marine- und strategische Luftwaffen-Ausrüstung;
c) die viermalige Wahl – die »lebende Verfassung« brutal brechend – zum lebenslänglichen Cäsaropapisten.

Persönlich und durch seine Diplomaten (Bullitt in Paris!) jagt er Großbritannien unter Chamberlain, Polen, Frankreich und Deutschland in den Europäischen Krieg, den er ab 1933/36 zielbewußt auf einen Weltkrieg auszudehnen bestrebt ist. Da der deutsche Diktator auf Roosevelts Provozierungen nicht hereinfällt (unter anderem »unerklärter« Krieg im Atlantik), treiben er, sein »Freund« Harry Hopkins, Finanzminister Morgenthau und Kriegsminister Stimson das kompromißbereite Japanische Reich in die Falle »Pearl Harbor«. Japans diplomatische und Marine-Geheimkodes sind geknackt. Der Präsident und seine Clique sind schon im voraus genauestens unterrichtet. Mittels ihrer Weltintrigen jagen sie die sehr zögernde Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung – darunter den Flieger Lindbergh und den Architekten Frank Lloyd Wright – in die Kriegshysterie. Roosevelt betreibt ab Anfang 1940 – Ermächtigungsgesetz im Kongreß! – ein ruchloses Terrorregime, worin er unter anderem einer englischen Nachrichtenzentrale in Manhattan gestattet, amerikanische Privatbürger zu bespitzeln und zu verfolgen. Eine Methode, die 1981, nach Reagans Amtseinführung, von seiten der mächtigen weltpolitischen Bewegung verstärkt wieder aufgenommen wird. Churchill, ab Mai 1940 englischer Premier, schlägt als Repräsentant des (1917 zu Grabe getragenen) englischen Weltreiches die wiederholten Friedensangebote des Deutschen Reiches ab und verkauft sein Volk an Roosevelt, der ihn und das ganze Empire in Teheran und Jalta an Stalin weiterverkauft (vgl. den englischen Historiker John Charmley). Anfangs klappt es. Roosevelt mißachtet Washingtons und Jeffersons Mahnungen wie auch Monroes Gelöbnis, sich in Europa nicht

einzumischen. Er zieht die Bilanz seiner Vorläufer seit Andrew Jackson und ist seinerseits ein leuchtendes Fanal für alle seine demokratischen wie republikanischen Nacheiferer bis 2007 – mit der möglichen Ausnahme des Präsidenten Carter. Die von Roosevelt nach allen Regeln der Kunst hochgepäppelte Sowjetunion beißt nach der Ferse Onkel Sams, doch schließlich ins Gras. Der Weg zur Unendlichkeit steht offen! Oder?

Das Urteil des Wiener Weltwirtschaftlers Joseph Alois Schumpeter (Universitäten Bonn und Harvard), Roosevelt und Churchill hätten mehr Unheil angerichtet als Dschingis Chan – tatsächlich unvergleichlich mehr materielles, insbesondere aber geistig-moralisches, sittliches – macht stutzig. Steht den Völkern der Erde das unendliche Unheil bevor? (Vgl. unter anderem die aufschlußreichen: Harry Elmer Barnes, Hrsg., Perpetual War for Perpetual Peace, Greenwood Press Publishers, New York, 1953/1969; Werke John Costellos; John V. Denson, Hrsg., The Costs of War, Transaction Publishers, New Brunswick, N. J., 2. Auflage 1999; Naval History; United States Naval Institute; Mai/Juni 1999: Daryl S. Borgquist, »The Red Cross Connection«; Robert B. Stinnett, Day of Deceit; the Free Press, New York, 2000).

Das offizielle Pentagonverzeichnis umfaßt »mindestens« 66 amerikanische Stützpunkte oder besetzte Territorien rund um den Erdball (Jahr 2000). Eine stolze Zahl. Offensichtlich ist auch nach Roosevelt ein rasanter Fortschritt in der Ausdehnung des Weltreiches erreicht worden. Die unternommenen Schritte werden als bekannt vorausgesetzt. Ein kurzer Kommentar folgt. Anläßlich der Konferenz von Potsdam (Juli–August 1945) versucht der Präsident Truman Stalin mit der Atombombe zu imponieren; zum selben Behufe läßt er über 200.000 Menschen in Hiroshima und Nagasaki töten. Er sträubt sich aber nicht dagegen, im Potsdamer Plündervertrag Deutschlands unermeßlichen wissenschaftlichen, menschlichen und künstlerischen Reichtum mit dem roten Zaren zu teilen (»reparations in kind«). Nur sichert er sich den Löwenanteil. 15 Millionen Deutsche und Millionen anderer werden aus Ostdeutschland und Osteuropa vertrieben – was der Tscheche Benesch, Roosevelt und Stalin schon vorher ausgeheckt hatten (vgl. Wenzel Jaksch, Europas Weg nach Potsdam, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart; 1958). Die unter der Leitung General Dornbergers und Professor Wernher von Brauns nach den USA verfrachteten Raketenspezialisten verhindern das Auslöschen Amerikas durch Stalin und legen den

Grundstein zur amerikanischen Weltraumeroberung. Als im Juni 1950 etwa 75.000 (!) nordkoreanische Truppen Südkorea angreifen (welches den Norden um die 400 mal provoziert hatte), bricht Truman im gewohnten Cäsarenstil das Verfassungsprivileg des Kongresses, Krieg zu erklären und antwortet mit einer Großkampf-»Polizeiaktion«. Über drei Millionen »Feinde« werden getötet, in der Mehrheit koreanische Zivilisten. Eine noch umfangreichere Todesernte wird im Vietnam- bzw. Indochinakrieg eingebracht. Ein weiterer Cäsar, diesmal der mit allen Wässerchen gewaschene Lyndon B. Johnson, täuscht nach althergebrachter Art einen Angriff der Nordvietnamesen auf provozierend die nordvietnamesischen Gewässer durchkreuzende amerikanische Kriegsschiffe vor. Am 7. August 1964 reagiert der Kongreß wie gehabt mit einem Ermächtigungsgesetz (»Tonkin Gulf Resolution«), das Johnsons schon angeordnete Massenbombardierung des Nordens gutheißt. Der Präsident möchte gern »Kanonen mit Butter«. Aber ach! Es gelingt ihm nicht. Obgleich er Südvietnam und Südostasien mit amerikanischen Truppen und Material überschwemmt und die Zivilbevölkerung völkerrechtsbrechend dezimiert (KZs, Chemiekrieg), zwingen seine überhohen Ausgaben für innen- und außenpolitische Ziele die amerikanische Wirtschaft auf Jahre hinaus in die Knie (»Stagflation«-Flaute mit Teuerung). Die Neger und die Studenten revoltieren. Es bedarf keiner überreichen Phantasie, ähnliche – aber ernstere – Ergebnisse nach 2001 auch den Abenteuern des Präsidenten Bush vorauszusagen. Doch ist die Geschichte – mit den Worten des großen Sozialwissenschaftlers Max Weber – kein Wiener Fiaker, aus dem man nach Belieben aus- und wieder einsteigen kann. Gegen jene, die mit erhobenem Zeigefinger gerne schulmeistern möchten, gibt es tatsächlich geopolitische, wirtschaftliche aber auch weltanschauliche Zwänge, denen ein Staat nicht ungestraft entrinnen kann. Freilich darf ein Gebilde von der Größenordnung, der eingeklemmten Lage und geistigen Verwundbarkeit etwa Frankreichs, Deutschlands oder auch Österreich-Ungarns vor 1914 keineswegs mit den USA verglichen werden, die nach 1990 das einzig überlebende Weltreich darstellen. Dem aus seiner über zwei Großkontinenten aufsteigenden Zitadelle und schon damals über die sieben Weltmeere und fünf der sechs bewohnten Festländer gebietenden Amerika steht da ein ganz anderer Spielraum offen als selbst dem einstigen Britischen Empire. Allerdings sind auch ihm in einer Welt der zur Freiheit aufstrebenden Völker deutliche Grenzen

gesetzt. Deswegen bemüht sich Amerika schon vor dem Sowjetuntergang,

a) außenpolitisch die Völker zu verdumpfen und in einem »Weltendorf« zu vermassen (»Fellachinismus« – Oswald Spengler);
b) die auch nur potentiell Mißliebigen mit ungeheurer Waffenübermacht auszurotten; und
c) innenpolitisch widersprüchlich den Sendungsdrang seiner Bevölkerung zu mobilisieren, sie aber wirtschaftlich und politisch zu entmachten.

Trotz aller Freiheits-Fanfarenstöße (und mit Hilfe derselben die Übermacht der Oberen Zehntausend absolut gestaltend) ist es das Ziel des amerikanischen Staates, die Menschen der Erde endgültig dem Frondienst zu unterjochen – dergestalt seine Zukunft vernichtend. Der Staat ist zugleich auch Weltwirtschafts- und Finanzzentrum (»Wallstreet«). Denn Politik ist Geschäft und Geschäft Politik. Ja, es darf sogar ein »Spiegelgesetz der Weltherrschaft« aufgestellt werden:

1. Ein Imperium verliert in dem Maße seinen Freiheitsspielraum, als es seine Herrschaft über sämtliche Zipfel der Erde einseitig auszudehnen bestrebt ist;
2. es ist gezwungen, die ganze Erde zu unterwerfen, um jeglichen, auch nur potentiellen Freiheitshort schon im voraus zu tilgen.

Es befindet sich also in einem ständigen Kriegszustand, was seiner Wirtschaft schlecht bekommt. Andererseits führt die ungezähmte Welt-Industriewirtschaft, der Raubbau an Mensch und Natur zum unzeitigen Siechtum und frühen Tod ihrer selbst.

Der gescheite, persönlich sympathische und (endlich!) wohltuende Präsident und nun Nobellaureat Carter kriegt manche dieser Widersprüche und Zwänge ab 1976 am eigenen Leibe zu spüren. Er versucht, im Zuge seiner, das »Menschenrecht« betonenden Außenpolitik Panama eine beträchtliche Mitbestimmung am Panamakanal einzuräumen (P. wurde unter der militärischen und finanziellen Geburtshilfe Präsident T. Roosevelts 1903 aus Kolumbien herausseziert). Wegen der, von R. Reagan angeführten innenpolitischen Opposition muß Carter »zurückstecken«. Panamas Omar Torrijos, ein Trabant der USA, plant, sein Land in eine »amerikanische Schweiz« zu verwandeln, was durch seinen rätselhaften Tod verhindert wird. Miami übernimmt die Wirtschaftsführung über ganz Lateinamerika. Im De-

zember 1989 überfällt Präsident Bush d. Ä. Panama und installiert ein Marionettenregime. Das Land fällt in eine drückende Armut zurück. Die »Camp David-Vereinbarungen« zwischen Carter, Ägyptens Präsident Anwar as-Sadat und Israels Menachem Begin bezeichnen seither den Höhepunkt der Versuche, einen Ausgleich zwischen Israel (dem Degen Amerikas über Europa-Afrika-Asien) und den Arabern, vor allem den Palästinensern, zu schaffen. Mit Carters Worten (Dezember 2007) sind die Bestimmungen, wonach Israel sich verpflichtete, aus dem Westjordanland und Gaza sich zurückzuziehen und seine Wehrsiedlungen aufzulösen (»Land für Frieden«) bis heute nicht erfüllt – von den Madrid- und Oslo-Übereinkommen ganz zu schweigen. Freilich muß auch der Präsident Carter sein »Pfund Fleisch« zum Opfer bringen: Er ist gezwungen, seinen UNO-Botschafter Andrew Young (den Mitstreiter Dr. Martin Luther Kings) zu entlassen, weil dieser sich Unterredungen mit den Palästinensern zuschulden kommen ließ. Was auch die – machtpolitisch begründeten – Unterlassungen des Präsidenten Carter in Palästina gewesen sein mögen, ereilt ihn sein Schicksal im Iran. Dort hatten die USA die alteingeführten Imperialisten England und Rußland unsanft ausgebootet. Kurz nachdem Roosevelt und Churchill im August 1941 durch die Atlantikcharta das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Unverletzbarkeit der Grenzen verkündet hatten, überfielen England und die Sowjetunion den Iran und zogen ihre Besatzungszonen. Der Präsident Truman sorgte dafür, daß Stalin auch aus dem Nordiran (einschließlich Aserbeidschan und Kurdistan) entfernt wurde. Die Briten blieben mit ihrer »Anglo-Iranian Oil Company«. Als Premierminister Mossadegh diese aber 1953 nationalisierte, stach er in ein Wespennest. In einem ihrer berühmten Unternehmen (Operation Ajax) bemächtigte sich die amerikanische CIA gewisser königstreuer Generale und trieb unter der Führung Kermit Roosevelts Mossadegh aus Parlament (Madschlis) und Land. Schah Reza II. wurde wieder eingesetzt und baute die berüchtigte Geheimpolizei Savak auf – mit Rat und Tat der CIA. Und siehe da! Unter Washingtons sanftem Druck erobert ein amerikanisches Ölkartell im Handstreich die strategische Lage in der iranischen Wirtschaft (British Petroleum Co., Royal Dutch Shell und die ›Compagnie Francaise des Petroles‹ verbleiben als Minoritätsteilnehmer). 1978 erntet der Präsident Carter die Früchte dieser Interventionen: Krawalle, Streikwellen und Ajatollah Chomeinis Revolution. Der von Carter unter-

stützte Schah muß fliehen. Als er endlich in ein Neuyorker Krankenhaus eingeliefert wird, stürmen iranische Studenten die amerikanische Botschaft in Teheran und halten 52 Amerikaner 444 Tage lang als Geiseln gefangen. An einem Glückstag, dem 20. 1. 1981, kurz nach Reagans Amtseinführung, kehren sie heim. Das Geheimnis hinter diesen Zauberzahlen lüftet sich mit der Zeit etwas: Reagan und seine Adjutanten (darunter der damalige Vizepräsident in spe George Bush d. Ä.) hatten in Paris und Madrid mit Chomeinis Abgesandten Geheimverhandlungen betrieben – während sie öffentlich den Ajatollah als einen Satan verfluchten ...

Solche Bocksprünge hat Carter sich nicht geleistet. Trotzdem – zwischen den aufeinanderprallenden Ratschlägen Außenminister Vances und Staatssicherheitsrats Zbigniew Brzezinskis hin- und hergerissen – scheint das Herz des Präsidenten Carter endlich jener Sekte der Machtelite sich zugeneigt zu haben, der nach dem Vietnamfiasko wieder die Hörner wuchsen (und die mit Reagan bis heute die endgültige Vorherrschaft in Staat, Welt und Wirtschaft errungen hat). Wenn Dr. Brzezinskis öffentlichen Ausführungen Glauben geschenkt werden darf (er hieß sich den ersten Polen, der nach 300 Jahren endlich in der Lage sei, es den Russen heimzuzahlen), wurden die Sowjets mit amerikanischen »Aufmarschplänen« in das strategische Schlüsselland Afghanistan dort in die Falle gelockt. Wieder einmal ein Streich der CIA ... Alles in allem: Obgleich auch in seinem Wesen die Predigerallüren seiner Vorgänger und Nachfahren zu irrlichtern scheinen, ist der Präsident Carter – trotz aller Zwänge – meilenweit von ihrer zynischen Gewalt- und Weltaneignungspolitik entfernt. Er ist ein Mensch. Eigenartig, daß gerade er und der Präsident Hoover – in der Politik die Gegenpole der Cäsaropapen – den »weniger wirkungsvollen« Führern (Laudatio Gunnar Berges, Vorstand des norwegischen Nobelkomitees) zugerechnet werden. Daß Carter in seiner Dankesrede im Rathaus von Oslo 2002 unter anderem

a) »mächtige Staaten« wegen des ansteckenden Beispieles vor Aggressionskriegen warnt (er heißt sie »Präventivkriege«) und
b) drei Atommächte erwähnt, die in Gegenden »hoher internationaler Spannung« lägen und ihre Nachbarn bedrohten (Indien? Pakistan? Israel?), wird ihm in den USA sehr übel angekreidet.

Doch es spricht für den Mann. (»Jimmy Carter warnt vor Präventivangriff«, AFP/dpa-Meldung in der Süddeutschen Zei-

tung, o. D.; »President Carter is Awarded the Nobel Peace Prize«, »President Carter's Acceptance Statement for the 2002 Nobel Peace Prize«: The Carter Center, Atlanta, Georgia.)

Carters Nachfolger machen sich's da leichter. Obschon sie an das blasiert-bornierte Auftreten ihres aristokratischen Vorbildes F. D. Roosevelt persönlich nicht heranzureichen vermögen, eifern sie seinem skrupellosen, modernen Cäsaropapismus weltweit mit verdoppelter Frische nach. Es stimmt zwar, daß Reagans fieberhafte Rüstungsausgaben – und sein Bündnis mit dem polnischen Papst – dem Sowjetreich (das Roosevelt seit 1933 mit allen Schlichen zu fördern versucht hatte), dem »Reich des Bösen«, das Licht ausbliesen. Zugleich aber beschleunigten sie die ernsthafte Teuerung in den USA und stürzten die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung in Armut und Schuld, während eine Handvoll Plutokraten, die Freunde Reagans, Bushs, Clintons und Bushs des Jü. sich über alle Massen bereichern. Sie alle haben dies gemein:

a) Ihr Bündnis mit der weltpolitisch mächtigsten Bewegung gestattet es ihnen, die Schächte der totalitären Nachrichtenfabriken Neuyorks und Hollywoods zum Schleudern nie abreißender Bannflüche gegen jeden auch nur potentiell Mißliebigen aufzureißen.
b) Um Exempel zu statuieren und Milliarden- bzw. Billionenverdienste einzustreichen, greifen sie strategisch günstig gelegene Schwache an, so zum Beispiel Grenada, Nicaragua, Panama (und intervenieren in sämtlichen Nachbarstaaten wie: Kolumbien, Haiti, Honduras, El Salvador, Guatemala), Libyen, dem Sudan, Afghanistan und knüpfen so an die imperialen Traditionen Nixons, Johnsons wie auch deren Vorgänger bis ins frühe 19. Jahrhundert an.
c) Sie geben vor, die »Demokratie« zu fördern, errichten tatsächlich eine, seit den Hoch-Zeiten des Feudalismus (besser gesagt: seit den Endzeiten des römischen Reiches) unerreichte, hauchdünne Minderheitspolitik: eine Oligarchie. Dies hat wie gewöhnlich mehrere Seiten. Verfassungsrechtlich (nach der heutigen, 1787 angenommenen ›Constitution‹) sind die USA bis jetzt keine »reine«, plebiszitäre Demokratie. Die viele Gründerväter beseelenden Gefühle kommen im Ausbruch Hamiltons (der »rechten Hand« des herausragenden Generals und Präsidenten Washington) zum Vorschein: »Das Volk, mein Herr, ist eine große Bestie.« Das Prinzip ist nicht, wie oft fälsch-

licherweise behauptet wird: »Ein Mensch, eine Stimme« (und deshalb denselben Einfluß in der Politik!). Gerade deswegen unterliegt in den Präsidentschaftswahlen von 2000 der Kandidat Gore, der eine Mehrheit von einer halben Million über seinen Gegner Bush erzielt hat – mit Hilfe des republikanisch geneigten Obersten Bundesgerichtshofes. Die so »optisch« entstehende Blöße sucht Bush – nach dem Urteil realistischer Beobachter – dadurch zu verdecken, daß er das ihm bekannte Attentatskomplott vom 11. September nicht verhindert oder es durch amerikanische Agenten provoziert (in den Fußstapfen seiner Vorgänger ab 1818, 1846, 1861, 1898, 1915, 1939–41, 1964 usw.). »Mal sehen ...« Die politischere Seite: Im Jahre 2000 geben nur 52 v. H. der Stimmberechtigten ihre Stimme ab. 1996 sind es weniger als 49 v. H. Landtags- und Lokalwahlen sind noch weit weniger beliebt. Grund: Die durch die Unterdrückung und die blutige Ausrottung der zahlenmäßig starken, nicht-oligarchischen sozialpolitischen Bewegungen von seiten des plutokratischen Zweiparteiensystems seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bis jüngst ausgelöste Entfremdung der Massenwähler vom »System«. Die besser gestellten und Betuchten ziehen den Nutzen daraus. Daß – mit dem Erfolg der Nixonstrategie »für die Südstaaten« (»southern strategy«) und der Väterchenrolle des Plutokratenfreundes Ronnie Reagan – die republikanische Partei die weltanschaulich und weltpolitisch stärkste geworden ist und die Demokraten lahmgeschossen hinterherhinken, ist ein Ergebnis. Ein zweites: Das Aufblühen der schon im 18. Jahrhundert ausgesäten Idee, daß wir in einem Paradies leben«, analog dem »Paradies der Werktätigen« unter den Väterchen Lenin, Stalin und Breschnew (vgl. D. H. Lawrence, »Studies in Classic American Literature«). Es keimt die logische Absurdität auf, daß – laut Umfragen – 19 v. H. der amerikanischen Bürger sich einbilden, Mitglied der obersten Gesellschaftsklasse, der oberen »ein Prozent« zu sein und daß etwa weitere 20 v. H. der Bürger erwarten, bald dazuzugehören ... Der Atombombenerfolg der Unterdrückungs- und der expansiven Imperialpolitik der Machtelite! Bushs Berater (vor allem der bekannte Karl Rove) schüren diese Gefühle und die seit dem 11. 9. kursierende hysterische Angst, um die Schraube der Ent-

machtung und der Aggression hurtig weiterzudrehen. Die wirtschafts- und sozialpolitische Seite: Dabei klafft die Kluft in der Wirtschaftsmacht nun (im letzten Jahrzehnt) zwischen den wenigen Reichen einerseits und dem Gros der Bevölkerung zur anderen Hand erschreckender auseinander als selbst in der rasenden Bereicherungszeit vor und nach dem Sezessionskrieg von 1861–65, im »güldenen Zeitalter«. Wer ein köstlich ergötzliches Bild der damaligen – und der jetzigen – Zustände sich machen möchte, lese den Klassiker: Gustavus Myers, »Die großen amerikanischen Vermögen« (The History of Great American Fortunes«; übersetzt im S. Fischer Verlag 1916; Neuausgabe, »Money«, 1979 Zweitausendeins, Frankfurt am Main). Nur, daß eben im heutigen Alter des einseitigen Weltimperialismus die Praktiken der Korruption, der Bestechung und der Eroberung des Staatsapparates noch allgegenwärtiger sind. Selbst einstige deutsche Kanzler ziehen es vor, kein Liedlein davon zu singen ... Wie der baptistische Geistliche und ehemalige Assistent des Präsidenten Johnson (!) Bill Moyers am öffentlichen Fernsehen (PBS) klarlegt, wird »Einfluß« im Weißen Haus, dem Kongreß und den Gerichtsverfahren gekauft ... Persönlich und geschäftlich mit der Öl-, Kohlen- und Rüstungsindustrie verbunden, unterlassen der Präsident Bush und sein Vize Dick Cheney keine Gelegenheit, die Großindustrie zu schützen und zu stützen, sie die Umwelt und die Menschen wirksamer »beeinflussen« zu lassen und ihnen unbegrenzte Möglichkeiten im Irak, Iran, Mittelasien, am Kaspischen Meer, in Afghanistan einzuräumen. Clinton war selbstverständlich ebenso geschäftstüchtig. Es wird aus Washington seit dem Sommer 2002 berichtet, daß die »carpetbaggers« (die Kriegsprofitgeier) vor dem Oval Office im Weißen Haus Schlange stehen, um ihre Ölmilliarden- und -billionen im Irak usw. zu sichern. Im Inneren Amerikas aber sieht das Bild etwas düsterer aus. 40 Millionen Amerikaner »erfreuen sich« gar keiner Krankenversicherung; mehr als 80 Millionen andere, die ihre Krankenkasse am Arbeitsplatz vermittelt erhielten (bei 129 bis ca. 140 Millionen Beschäftigten, wovon laut dem »U. S. Bureau of Labor Statistics« 29,5 v. H. Teilzeitarbeiter sind), wird sie laufend und drastisch gekürzt. Nach den Angaben des demokratischen Senators Kerry hungern

13 Millionen Kinder jährlich; die Mehrzahl der Viert-Klässler in den öffentlichen Grundschulen ist des Lesens unkundig; die meisten öffentlichen Schüler der achten Klasse finden sich außerstande, eine einfache praktische Rechenaufgabe zu lösen. Immerhin hatte der Kandidat und Frühpräsident Bush sich als den »Erziehungspräsidenten« gelobt. Das hindert ihn nicht daran, die Erziehungszuwendungen an die Staaten um 1 Milliarde $ zu kürzen. Weiter beschnitten werden die Arbeitslosenunterstützung, die Unterstützung für die Sicherheit am Arbeitsplatz, für das Kinderimpfprogramm und die Verhütung von Geburtsfehlern usw.! Dem Bericht des Direktors vom berühmten »Woods Hole Forschungszentrum«, Massachusetts, zufolge überschattet und verdrängt der »Krieg gegen den Terrorismus« den lebenswichtigen Natur- und Umweltschutz. Sehr bezeichnend ist, daß Bush d. Jü. der labilisierenden Finanzpolitik Reagans nacheifert, indem er hauptsächlich den oberen 2 v. H. in der Einkommensskala eine Steuerreduktion von $ 1,35 Billionen (amerikanisch »Trillionen«) beschert und das so entstehende, gähnende Loch im Staatshaushalt damit zu stopfen versucht, daß er die gesetzlich unantastbaren Rentenfonds (Social Security Fund) über zehn Jahre $ 1,5 Billionen (»Trillionen«) entwendet. Ohne diesen politisch motivierten Diebstahl beliefe sich – den Angaben des ›Congressional Budget Office‹ zufolge – das Washingtoner Staatsdefizit auf $ 28 Billionen in 10 Jahren. 42 der 50 Bundesstaaten sind um weitere hunderte Milliarden verschuldet, allein Kalifornien um die $ 40 Milliarden. Das gibt zu einschneidenden Kürzungen im Bildungswesen und den lebenswichtigsten Gesundheits- und Dienstleistungen Anlaß. Desungeachtet spendiert der Oberbefehlshaber und Präsident Bush täglich eine Milliarde $ für die Rüstung. Er gibt seinem Finanzminister O'Neill und dem Wirtschaftsberater Lindsey den Laufpaß, weil diese die unmittelbaren Kosten des Irakabenteuers auf $ 200 Milliarden bezifferten und weil sie die vorgesehenen weiteren Steuerkürzungen um die $ 730 Milliarden – die hauptsächlich den Wohlhabendsten zugute kämen – wegen des inflationären Drucks ablehnten. Der Vorstand des ›Federal Reserve Board‹ (Bundesbank) Greenspan, der derselben Meinung ist, wird offiziell geknebelt. Die Verlaut-

barungen selbst der stattlichen Wallstreetfirma ›Goldman, Sachs & Co.‹ mahnen den Präsidenten, wenn schon, dann nur einen Blitzstich der »Anspornung« vorzunehmen, um baldigst zu den Gefilden der gesunden Finanzpolitik zurückzukehren.

Allzusehr liegen noch die ungesunden Konsequenzen der »Stagflation«-Krise unter Johnson und dessen Nachfolgern vor Augen.

Kurze Hinweise: Während der Aktienbaisse der Jahre 2000–2003 verliert die amerikanische Wirtschaft mindestens $ 7 Billionen (»Trillionen«); der Vorgang ist lange noch nicht abgeschlossen (Spekulierseifenblase der 90er Jahre!); wenige Bonzen streichen Billionengewinne ein, während das Heer der Kleininvestoren auch noch den letzten sauer zusammengesparten Kreuzer verliert. Diese dreijährige Vertrauenskrise (gigantische Betrügereien der Großkonzerne!) stellt die längste seit 1940 dar, dem letzten Jahr der amerikanischen Wirtschaftskatastrophe. Da der Präsident Clinton mit viel Tam-Tam die Armenfürsorge »reformierte«, ist im heutigen Notstand der Andrang zu den karitativen Anstalten der überwältigendste seit 1940. Wohlgemerkt ist das Gros der Amerikaner stark verschuldet; seit der Kreditkartenmode rast die Privatverschuldung um weitere Trillionen $ hoch, die Wirtschaft beschleunigt labilisierend. Es herrscht also die schlimmste Not seit 63 Jahren. Ergo: Bushs Aufrüstung und seine Förderung des Großkapitals werden buchstäblich aus dem Fleisch der Bürger herausgeschnitten. Typisch für ein Entwicklungsland. Wie lange noch?

Typisch auch die auf Andrew Jackson, dessen Kumpane und Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts zurückreichende Plündermentalität (des eigenen Staates und sämtlicher Außenstaaten), die nach dem Vietnamfiasko und der aufgeklärteren Herrschaft Carters seit Reagan fröhliche Urständ' feiert. Sie entspringt dem Ehebund des Kolonialkapitalismus mit dem Welteroberungsdrang und der Industrialisierung des Massenmenschen (ménage à trois). Nicht, daß daheim wenig oder nichts zu verbessern wäre. Ganz im Gegenteil harren da gewaltige Aufgaben jener, die einen Rest des menschlichen Bewußtseins sich noch bewahrt haben. Die Infrastruktur zum Beispiel ist im wüsten Zustand: Zwei Drittel aller Brücken, einschließlich der Autobahnbrücken sind baufällig; der Güter- und der Personenverkehr der Eisenbahn sind im desolaten Zustand; der Nahverkehr in den meisten Ballungsräumen ist völlig unzureichend. Der Mißstand deutet

auf ein größeres Übel hin: die funktionell, geographisch und rassisch unausgewogene Sozialstruktur. Mehrere großflächige Elendsräume durchfurchen das Land. Der berüchtigtste, »Appalachia«, zieht sich in einem 2500 Kilometer weit ausholenden Bogen von den Toren der Hauptstadt Washington bis über den Mississippi nach Arkansas und Texas hin. Der buntschillernde Präsident Johnson war der letzte, der dieses Gebiet menschlicher zu gestalten suchte. Er rannte sich in Vietnam fest. Die Städte selber sind von Elendsvierteln und Elendsstätten durchzogen und umlagert, wie: Bronx, Brooklyn, Harlem, Hoboken, Jersey City, Newark, Camden, East St. Louis, ganz Detroit, in welchem Dutzende Millionen dahinvegetieren. Der bekannte Thomas Wolfe schildert die Lage in seinem Roman »Es führt kein Weg zurück« wie folgt: »Die blinde Ungerechtigkeit dieses Kontrastes war für ihn das Brutalste: Nur wenige Blocks von diesem Abgrund menschlicher Verkommenheit und menschlichen Elends entfernt, erstrahlten ringsum im kalten Mondlicht die Hochburgen der Macht, in deren Riesentresoren ein Großteil des Reichtums der ganzen Welt verschlossen lag.« Die menschliche Verkommenheit? Sie umzieht am düstersten die Gipfel der Macht. Wenn ein Firmenvorstand (CEO) typisch 400 mal mehr »verdient« als sein Arbeitnehmer (der im Jahre 2001 je nach Maßstab $ 29.000–31.000 brutto jährlich verdient), und wenn, laut dem Finanzblatt »Forbes« die 400 reichsten Amerikaner ein Vermögen besitzen, das die Habe der 30 Millionen Ärmsten um das dreifache übertrifft, darf kein ausgesprochenes Verständnis der Reichen für die Nicht-Reichen angenommen werden. Wenn das Vermögen eines mehrfachen Milliardärs das Sozialprodukt von 50 UNO-Staaten übertrifft, wird das Klassenverständnis seiner Mitreichen für die »Entwicklungsländer« – einschließlich den USA – die reine Profitrechnung selten übersteigen. Von dem aufgestauten revolutionären Zorn der Massen Afrikas und Asiens ganz zu schweigen. Dieser Zorn wird von dem Verhalten der amerikanischen Elite gegenüber Staaten wie Haiti, Kuba, Nicaragua, Panama, Kolumbien, Brasilien, Argentinien, Chile, Nigerien, dem Kongo, dem Irak, Iran, Pakistan, Indochina, Indonesien usw. wohl kaum gemildert. Die Werke Samuel Huntingtons (Harvard University) wie »The Clash of Civilizations« (1996) – die einen Welt-Zusammenprall zwischen dem Häuflein technisierter, einst abendländischer und der Überzahl der nicht-europäischen Völker voraussagen und feststellen – geben zu denken. Ja, vielleicht noch erregender wäre die Mög-

lichkeit eines Krieges zwischen den »Vereinigten Staaten von Europa« und dem »Kaiser Nordamerikas«, welchen der 1827 früh verstorbene schwäbische Dichter Hauff und der bedeutende Poet Lord Tennyson schon im 19. Jahrhundert voraussahen. Wenn die Zeit weiterhin sich so beschleunigt, wie ab der Französischen Revolution von 1789, gehören solche Hypothesen nicht unbedingt nur in das Reich der Phantasie. (Vgl. Dave Berkman, »Why we're not Loved«, Shepherd Express, Milwaukee, 31. Januar 2002). Ein Streiflicht auf diese, i. M. vorrevolutionäre und Vorkriegslage (nach außen und innen) werfen die spöttischen Kommentare der leider viel zu seltenen satirischen Blätter Amerikas. Die »ernsten« Zeitungen, samt ihren Fernseh-, Radio- und anderen Zweigen, sitzen viel zu tief im Schraubstock der »Aufklärungspolitik« des Staates und dessen ›Großen Bruders‹, um noch glaubhafte Randglossen zu den imperialen Gesten der Oberen abgeben zu können. (Während es früher tausende autonomer Verleger, Radionetze und Filmproduzenten gab, gehört der Äther Amerikas und der Welt heute sechs Medienriesen.) Ob sie nun proklamiert: »Bush möchte UNO-Unterstützung für den Plan, daß die USA alles tun dürfen, was ihnen paßt« (3. Oktober 2002), oder: »Alle 42 Präsidenten von Washington bis Bush sind der Lüge in wichtigen Staatssachen überführt« (5. Dezember 2002), oder gar: »Saddam Husseins volle Einwilligung in die Entwaffnungsforderungen der USA und der UNO erbost Bush« (13. Februar 2003), gehört die Wochenzeitung »The Onion« (Die Zwiebel) zu den ergötzlichsten satirischen – und bluternsten – Zeugen unserer Zeit. Was sie mit Humor zu verstehen gibt, wird – zum Entsetzen des Weißen Hauses und der ›No. 10 Downing Street‹ – von einem zunehmenden Demonstrantenheer in den USA und rund um den Erdball wahrhaft und standhaft verkündet: »Kein Krieg im Irak«, »Friede der Welt«! Mehr als 36 amerikanische Großstädte verabschieden schon vor dem 18. Januar 2003 Friedensresolutionen. Chicago schließt sich ihnen an. In Milwaukee führt der 90-jährige sozialdemokratische Altbürgermeister Zeidler eine starke Friedenskundgebung im Rathaus an. Am 18. Januar marschieren Hunderttausende für den Frieden, mehrere hunderttausend allein in der Hauptstadt Washington. Den folgenden 15. Februar versammeln sich mindestens eine halbe Million Friedensdemonstranten vor dem UNO-Gebäude in Neuyork, etwa 750.000 in England des Tony Blair und überwältigende 11 Millionen um die Welt. Tatsächlich sind diese Kundgebungen über-

zeugender als die im Früh- und Mittelstadium des Vietnamkrieges. Das Weiße Haus zeigt sich »nicht beeindruckt«; seine Herrschaft beruht schließlich nicht auf demokratischer Legitimation. Doch bedeuten sie zweifellos eine ernste Herausforderung der Scheinheiligkeit seiner Gewaltpolitik. Die große Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung lehnt das Irakabenteuer – ohne UNO-Vollmacht – schon jetzt ab. Es wäre ein explosiver Schlag gegen ihr Sendungsbewußtsein: in der Welt »die Freiheit« zu verbreiten, wenn die lange unterdrückte Wahrheit herauskäme, daß wieder einmal ein einseitiger Eroberungskrieg eingeleitet wird. Wenn von andauernden Wirtschafts- und Militärkrisen begleitet – was durchaus im Rahmen des Möglichen liegt – würde die Bevölkerung wahrheitsgemäß den »Obersten Kriegsherrn« Bush für dafür verantwortlich halten, die zischende Lunte in das Pulverfaß Vorder-, Mittel- und Südasien geworfen zu haben. Dann wäre der Präsident der bestgehaßte Mann im Land. Dann – wie vom republikanischen Strategen Pat Buchanan im Buch »A Republic, Not an Empire« (Regnery, Washington, 1999) wohl erkannt – dreht sich der Auserwähltheitsfimmel gegen die Elite und ihr Weißes Haus. Der dumpfe Schmerz und die seit der Vernichtung der demokratischen Bewegungen durch die Plutokratie von 1880 bis 1920 ausgelöste Entfremdung-von-sich der Massen reißt in den lodernden Freiheitsdrang um und bahnt sich im Kampf mit den Trägern des Imperialismus das Strombett zur Anarchie. Von den 200 Jahren Raubbau an Mensch und Umwelt ganz zu schweigen (unter Reagan und Bush d. Jü. beschleunigt) und seinen Naturkatastrophen. Dann, in der prekären Lage und »ganz natürlich« steigt ein großer Diktator auf, der sich als den Heiland und Herrn über sämtliche Welt- und Amerikakrisen anbietet.

Die Mahnungen Washingtons und Jeffersons in den Sturmwind schlagend, doch tief in den Fußstapfen seiner diktatorischen Vorbilder und Ausstandsführer Lincoln, Wilson und Roosevelt hat das Bush'sche Weiße Haus die Gelegenheit schon im voraus beim Schopf erwischt. Es hat sich ganz vorsorglich vorbereitet, nach außen und innen. Als ob im Spiel der Weltpolitik das militärische und das »Hochdruck«-Moment das überwiegende wäre – ja, als ob es seit 1991 gar kein Spiel der Weltpolitik mehr gäbe, im Gegensatz zu Präsident Hoovers Mahnung, daß solide Diplomatie nicht mit den »Hunden des Krieges« bewerkstelligt werden kann – hat es, kurz ausgeführt, folgende Schritte nach außen unternommen oder erweitert:

Am Feindbild gegenüber Rußland hat sich wenig geändert; trotz aller russisch-amerikanischen »Zusammenarbeit« gegen den sogenannten Terrorismus bleibt der Finger am Abzug; wie der Sheriff und seine Gegner im Wildwestfilm beäugen sich Amerika und Rußland über die Läufe von je 9.000–10.000 Sprengköpfen, die – in zwei Minuten hochgeschickt – die Sprengkraft von 80.000 Hiroshimabomben in sich vereinen. Auch die amerikanische Strategie hat sich nicht gemäßigt. Weiterhin »beschatten« amerikanische Unterseeschiffe (sie sind mit Kernraketen bestückt) die russischen Küsten; amerikanische Raumsatelliten spähen in die dunkelsten Ecken. Am kaspischen Meer, in Mittelasien, Afghanistan und Pakistan schwingt Onkel Sam sein Zepter und baut seine Öl- und Erdgasleitungen. Im Balkan, auch auf der Fährte reicher Bodenschätze, mischt er sich in einem traditionellen russischen Interessenbereich ein. Im Irak betritt er den Vorhof Rußlands und versucht dieses mit der Drohung zu erpressen, daß – im Falle es nicht »pariert« – es seine Ölkonzessionen in einem amerikabesetzten Irak verliert (dasselbe gilt übrigens für Frankreich). Soll Rußland also das wenige retten, was ihm von seiner Unabhängigkeit noch übrig geblieben ist und dies notgedrungen zu einer »unanfechtbaren« eurasiatischen Kontinentalmacht auszubauen bestrebt ist, muß es den USA gegenüber seinen Hauptnachteil, seine geopolitische Klemmlage, bereinigen (wieder einmal eine Tschistka). Das heißt, daß es auf irgendeine Weise zu den Halbinseln Mittel- und Westeuropas vorstößt und den durch Bushs Säbelrasseln provozierten, vielleicht vorübergehenden Bruch der NATO (Amerikas »dickem Stock« in Europa) ausnützt und verschlimmert. Möglich würde dies erst zur Zeit einer tiefgreifenden, internen Krise der USA. Dann erfüllte sich Donoso Cortez' Wort aus dem 19. Jahrhundert, daß Rußland Gewehr bei Fuß ganz Europa durchmesse. Daß die amerikanischen »Sandkastenangriffspläne« auf Rußland, China, Nordkorea, den Iran, Irak, Syrien usw. erstaunlicherweise im Jahr 2002 aufgedeckt wurden, erhellt die Lage weitgehend. Wie schon seit 1861 und 1917 mehrmals, deklamiert das Weiße Haus düster, daß Neutralität vom Bösen ist. »Du bist entweder mit uns oder gegen uns.« Basta. Den Neutralen oder den Zaudernden erwartet der überwältigende »präventive Gegenschlag«.

Es überrascht also nicht, daß Bush & Pentagon folgenschwere Schritte in die Wege geleitet haben: die Weiterentwicklung des »Sternenkriegprogramms«, einst Reagans krankes Lieblingskind;

trotz des russischen Protestes wird deswegen der »Anti-Ballistic Missile«-(Raketenabwehr-)Vertrag außer Kraft gesetzt; die vom Weißen Haus vorgegebene Begründung, ihnen läge ausschließlich die »Schurkenstaaten« im Sinn, ist wirklichkeitsfern; die totale militärische Vorherrschaft der USA über den Weltenraum; den Einsatz »taktischer« Kernwaffen (»Bunkerknacker«) auch gegen nicht-nukleare Staaten, wie dem Irak oder Iran; die vorgetäuschte »Zerstörung« des eigenen Kernwaffenarsenals (um dem »Nichtvermehrungsabkommen« vorgeblich Genüge zu tun), indem Waffenteile zeitweilig demontiert werden, um jederzeit wieder zusammengebaut werden zu können; den Bau einer neuen Nuklearfabrik mit dem Auftrag, die Kerne von bis zu 500 Atombomben jährlich herzustellen; die Wiederaufnahme der »Nukleartests«, das Weiterverfolgen der »B- und C-Dimensionen« der A,B,C-Waffensysteme (»atomar, bakteriologisch, chemisch«); die Anwendung nicht-nuklearer »Massenvernichtungswaffen« von höchster Brisanz; damit zusammenhängend die Anwendung eines zermürbenden »Shock and Awe« – (Furcht und Terror) – Ersten Schlages gegen angegriffene Großziele und Großstädte, etwa Bagdad, Basra, Teheran oder die Ballungsräume anderer, nicht genehmer Staaten; die Ernte an toten Nichtkombattanten dürfte pro Ziel mehrere tausend nicht unterschreiten; die Bereitschaft, jenseits aller Genfer, Haager oder ähnlichen Konventionen die Soldaten und die Zivilbevölkerung der angegriffenen Staaten als Versuchskaninchen »zukunftsträchtiger« Vernichtungswaffen zu mißbrauchen (vgl. »Center for Defense Information«, 1779 Massachusetts Av NW, Washington, D. C. 20036–2109; November 2002; »The Nuclear Nightmare Returns, The Mobilizer, Peace Action Wisconsin, April 2002). Selbstverständlich stellen manche dieser »Undichten« (»leaks«) und Meldungen einen Teil des »Schrecklichkeitsspektrums« der psychologischen Kriegsführung dar, womit das Weiße Haus schon vor der Eröffnung der offiziellen Feindseligkeiten die Kampfmoral seiner in- und ausländischen Opponenten und Todfeinde zu untergraben beabsichtigt. Dessen ungeachtet ist es eine Anmaßung sondergleichen – besonders auch an die Intelligenz seiner Bürger –, daß eine von Tötungsinstrumenten und Todesmethoden strotzende Weltübermacht andere, drittklassige Staaten bezichtigt, »Massenvernichtungswaffen« zu verbergen oder entwerfen zu wollen. Schließlich scheint heutzutage nur der Besitz von glaubwürdigen Vergeltungswaffen die Selbständigkeit eines Staates zu gewährleisten.

Die zynische Selbstverständlichkeit, womit die Machthaber weltweit sich fader Klischees und dreister Erpressungen bedienen, erinnert an den Aufschrei des deutsch-schweizerischen Historikers und Diplomaten Burckhardt: »Les terribles simplificateurs!« (Die furchtbaren Vereinfacher). Uralter Praxis entstammend, wurden Kampfrufe vor und während der Französischen Revolution von 1789 systematisiert. Sie wurden während des Ersten Weltkrieges von der Entente und Woodrow Wilson, auch von Lenin und seinen Bolschewisten in einem Wettbewerb der Welterlöser erfolgreichst angewendet. Unter F. D. Roosevelt und seinen Nachfolgern, vor allem dem republikanischen Außenminister J. Foster Dulles und den Präsidenten Kennedy, Johnson, Carter, Reagan, Bush d. Ä., Clinton und Bush d. Jü. erreichen Schlagworte (»slogans«) den Zenit der weltweiten und unablässigen, kombinierten militärischen, wirtschaftlichen und psychischen Gesamtfeldzüge, deren sich die genannten Cäsaropapen unter der unaufhörlichen Begleitmusik der Massen-»Neuigkeits«-Fabriken Neuyorks und Hollywoods souverän bedienen. Freilich scheinen der Präsident Bush d. Jü. und seine Machtelite zum Schluß gekommen zu sein, daß angesichts der wehrtechnischen Übermacht der USA nicht lange herumgefackelt werden muß. Ungeachtet der heiligen Eide, die verfassungsrechtlich die USA an die Normen der UNO-Charta binden (zwischenstaatliche Verträge erklärt die Verfassung zum »höchsten Staatsrecht«), werden diese und die UNO-Beschlüsse forsch übergangen, wie zum Beispiel Kapitel 1, Artikel 2, Paragraph 4 der UNO-Charta, der die Gewaltandrohung und -anwendung zwischen Mitgliedsstaaten untersagt, oder Artikel 33, der Verhandlungen, Unterredungen, Vermittlung, Schlichtung, juristische Entscheidungen und andere friedliche Wege zur Beilegung »internationaler Konflikte« vorsieht. Andererseits bemächtigt sich das Weiße Haus flugs der durch seine Imperialpolitik heraufbeschworenen und provozierten »Ausnahmelage«, um die bürgerlichen Rechte und Freiheiten und die Mündigkeit seiner Zivilbevölkerung bis zur Wurzel zu beschneiden. Wie der Republikaner Buchanan und der Linke Noam Chomsky übereinstimmend klarlegen, harrt der Staatstotalitarismus – die potenzierte Vervollkommnung des schon vorhandenen, wirtschaftlich-gesellschaftlichen Totalitarismus Amerikas – nur des »Terroristenendangriffs« auf die USA, um voll verwirklicht zu werden.

Es sei noch kurz erwähnt, daß – trotz aller bibel- und ideologieschwingenden Kampfrufe, mit Hilfe totaler Kriege »die Welt

für die Demokratie sicher zu machen« (Woodrow Wilson) – die USA selber erst in den 1960er und 70er Jahren ernstlich, was die Politik anbelangt, in die Richtung einer Demokratie sich zu bewegen anfingen. Die Bürgerrechtsgesetze von 1964/65 erweiterten das Wahlrecht für alle in einer Weise, wie sie Bismarck schon 1866 und 1871 im norddeutschen Bund und im Zweiten Deutschen Reich allgemein einführte. Gebeutelt von der Niederlage in Indochina und vom Negeraufstand wachgerüttelt, erließ der Kongreß richtungsweisende Gesetze wie das »Freiheit der Information«-Gesetz, das nationale Umweltpolitikgesetz (NEPA) und mehrere, weitreichende Umweltschutzgesetze (»reine Luft«, »reines Wasser«, »gefährdete Tier- und Pflanzenarten«, »Umweltsäuberung«). Im Gegensatz zu den macht- und geldschwingenden Eliten hatte nun der kleine Bürger, beziehungsweise seine Vereine (wie der Sierraklub), zum ersten Mal in der Geschichte Amerikas die Gelegenheit, seine Meinung und die von Abermillionen Mitbürgern in die Tat umzusetzen. Eine goldene, demokratische Zeit schien anzubrechen. Denkste. Die unter Reagans Demagogie wieder hochgepäppelte Plutokratie (der Republikaner Kevin Phillips: »Wealth and Democracy«) schreitet, wie einst gehabt, unter Bush und Cheney von Sieg zu Sieg. Nun werden die Fenster, die in den 1960er und 70er Jahren das demokratische und plutokratiefreie Sonnenlicht hereinlassen sollten, im Gängelband der Reagan- und Clintonregierungen mit verdreifachtem Eifer versiegelt. Manche, wie der Direktor der Umweltschutzgemeinschaft ›Sierraklub‹, werden an das aristokratische Gehabe der Kaufmannselite anfangs des 19. Jahrhunderts erinnert. Die klassischen Manchesterliberalen der amerikanischen »Rechten«, andererseits beschleicht angesichts der gewaltigen Machtballung im Weißen Haus – welche die längst totgeglaubten Geister der demokratischen Cäsaropapen Wilson, Roosevelt, Truman und Johnson wiedererweckt – ein beklemmendes Gefühl der Ohnmacht (Karl Pope, »Forward to the Past«, Sierra, März/April 2003; »Some fear Governments growth in size, Power«: 16. Dezember 2001; »Bush builds White House's clout«: Sonntag, 22. Dezember 2002; »Milwaukee Journal Sentinel«). Aber die kleine Schar von verantwortungsbewußten Politikern, die sich vom Welteroberernimbus der Cäsaropapen nicht ins Bockshorn jagen läßt, wie der Senator Russ Feingold aus Wisconsin (der sich auch mit einer Gesetzesvorlage, die Rooseveltschen Verbrechen an den Deutsch-Amerikanern, Italo-Amerikanern usw. zu untersuchen, einen Namen erworben hat), lehnt

diese neueste Ausgabe des »Ehernen Gesetzes der Oligarchie« ab. Feingold ist der einzige Senator, der gegen die sogenannte Antiterrorismus-Gesetzesvorlage stimmt (H. R. 3162; auch äußerst vielversprechend als das »USA-Patriotengesetz« bekannt), die kurz nach dem »11. 9.« im Kongreß durchgepeitscht wurde. Sie enthält weitestgehende Kürzungen und Beschneidungen der Bürgerrechte. Er und einige wackere Mitstreiter wenden sich auch gegen die Schaffung des neuen »Superministeriums« für die Sicherheit des Heimatlandes (!! Es fehlt nur noch ein »Komitee für die öffentliche Sicherheit«). Am 11. Oktober 2002 erteilen der Senat (77 gegen 23 Stimmen) und das Repräsentantenhaus (296: 133) dem obersten Kriegsherrn Bush die Angriffserlaubnis gegen den Irak. Doch schon wenige Monate nach diesem Eklat führen die Wisconsiner Kongressmitglieder Jerry Kleczka (Milwaukee) und Tammy Baldwin eine Aufhebungsnivellierung im Repräsentantenhaus ein. Wird der Erfolg sie krönen? Oder bereitet sich der Schlachtenlenker auf seine größere Rolle des Weltherrn vor? Daß der mehrfach vorbestrafte Admiral Poindexter (der zugunsten seines Herrchens Reagan meineidig wurde) damit betraut ist, im Pentagon (!) eine Nachrichtenzentrale zur totalen »Befassung« sämtlicher amerikanischen Bürger aufzubauen, deutet in jene Richtung. Nun, Anfang 2003 hatte das Weiße Haus die Vorlage zu einem »verbesserten« USA-Patriotengesetz No. 2 in der Tasche, welche der stolzen, wenn auch öfters rein theoretischen Tradition des anglo-amerikanischen Liberalismus (sie reicht zurück auf die englische Bill of Rights von 1689 und, ein Jahrhundert später, die amerikanische Freiheitsurkunde) vollends das Licht ausblasen kann. Bushs Irakkrieg wird dann zum Vorwand und Hysteriendynamo, um die Vorlage durchzupauken (»Statement of U. S. Senator Russ Feingold on the Anti-Terrorism Bill from the Senate Floor«, 25. Oktober 2001; Russell D. Feingold, Wisconsin, United States Senate, 21. Oktober 2002; Russell D. Feingold, 10. Dezember 2002; Russ Feingold, United States Senator, Wisconsin, März 2003; Bill Moyers, PBS-Television, Februar/März 2003). Nicht, daß der Staat vorher (und vor Roosevelt, Wilson, Lincoln) schwächlich oder gar ohnmächtig gewesen wäre. Mitnichten, sachlichen Kennern fällt es auf, daß spätestens mit der Amtsperiode W. Wilsons – und wahrscheinlich der Lincolns – in den aufschießenden Ballungsräumen engmaschige Spitzelnetze angelegt wurden. Noch zur Zeit Präsident Carters kommt es heraus, daß etwa 23 v. H. aller Universitätspedells Informanten der Bundesgeheimpolizei sind (diese haben

wahrlich lebenswichtige Geheimnisse mit dem Einsatz von Blut und Ehre gehütet). Unter Bush d. Jü. muß deren Zahl noch weit höher liegen. Also stimmt es wahrscheinlich nicht, daß Lenin, Stalin und Mao die politische Jungfräulichkeit Onkel Sams besudelten, sondern eher, daß Lincoln, Wilson et. Cie. dem Staatstotalitarismus das Vorbild abgaben. Noch besser, darf ab 1978 und dem »Auslandsnachrichten-Untersuchungsgesetz« (FISA) die Exekutive (Geheimpolizei) unter dem Vorwand, die amerikanische Diplomatie zu unterstützen, ohne größere richterliche Kontrolle Telefone abhören, Korrespondenz, Computer E-Mail usw. hochnotpeinlich untersuchen. Kein Wunder, daß die Europakorrespondenz so lange läuft ... Jetzt, mit dem Antiterrorismus-Gesetz vom Oktober 2001, sind auch die letzten Hindernisse beseitigt. Ganz zu schweigen von der Kontroll- und Untersuchungsmacht der mächtigsten weltpolitischen Bewegung, deren Kompetenzen und »schwarzen Listen« denen der offiziellen Geheimpolizei zumindest gleichstehen. Die Bühne für den Auftritt des großen Weltbruders ist also nach menschlichem Ermessen perfekt staffiert.

Das eingangs erwähnte Rubens'sche Gemälde zeigt, daß gerade Religions- und weltanschauliche Kriege oft in Massakern und Völkermord ausarten. Die Versuchung dazu ist um so größer, wenn eine – kriegstreibende und kriegsbetreibende – Seite die überwältigende wehrtechnische Macht in ihren Fäusten zusammenballt. Nirgends kommen beide: die konfessionelle und weltanschauliche Blindheit einerseits und die Arroganz der Übermacht, mit derartig erstickender Direktheit zum Ausdruck als in den Äußerungen des Präsidenten Bush d. Jü. in seiner Rede vom 17. März 2003, in der Ansprache vor dem American Enterprise Institute (?!) und der Pressekonferenz von Anfang März klöppelt er, politisch geschickt, menschlich ermüdend und moralisch verwerflich die Spitzen seiner endlos vorgebeteten Litanei zusammen (so die sogenannten Massenvernichtungswaffen Husseins, die »zwölf Jahre Nichtstun«, die kämpferische »Weltkoalition« und das zu verdammende Versagen der UNO). Daß er sich dabei in Widersprüchen verwickelt, Tatsachen auf den Kopf stellt und die düstersten Abgründe der eigenen Politik mit frommem Augenaufschlag rasch verdeckt (zum Beispiel, daß die Öl- und Gasvorkommen nicht »dem irakischen Volk« übergeben, sondern jetzt schon, vor Kriegsanfang, an den Meistbietenden verkauft sind), das alles gehört zum Repertoire des erfolgreichen amerikanischen Politikers. Daß ein Teil der amerikanischen

Bevölkerung ihm dabei Glauben schenkt, gehört zur politischen Kultur Amerikas, in welcher der Auserwähltheitsfimmel und die Scheinreligion eine starke Rolle spielen. Diese gehören zusammen. Bush der Schlachtenlenker (getragen von seinen »Beratern« Richard Perle und dem »zweiten Mann« im Kriegsministerium, Wolfowitz) hat die Lunte zu den aufeinandergestapelten Pulverfässern Nahost (einschließlich des Balkans) und des Islam-Erdballs gezündet und stößt dazu scheinchristliche Phrasen aus. Die resultierende Explosion wird die furchtbarste der Menschengeschichte sein. Aufstand und Erhebungen vielerorts führen zur fortschreitenden Labilisierung der Weltwirtschaft; dies und der Religionskrieg zur Weltrevolution und diese in 4–6 Jahren nach der »Präsidentenwahl« von 2004 zum Endkrieg. Was Wunder, daß republikanische, dem Irakkrieg abholde Realpolitiker wie der frühere Außenminister Baker (ein Öladvokat) und der frühere Staatssicherheitsberater General Brent Scowcroft in ihren Artikeln in der ›New York Times‹ und des ›Wallstreet Journal‹ im Jahr 2002 das Gespenst des Armageddon an die Wand malen. Dies bzw. Al-Medschiddo ist bekanntlich der Ort im nördlichen Palästina, an dem laut der ›Offenbarung Johannis‹ die Endschlacht zwischen den bösen und den guten Mächten der Welt geschlagen wird, kurz vor (oder nach?) der Wiederkehr Christi. Nun, im amerikanischen Zusammenhang – den Erläuterungen der Zeitschrift »The Progressive« (Madison, Wisc.) unter anderem zufolge – beabsichtigt der Gewaltmann, Weltenpolitiker und Ölspekulant Bush, sich und Israel an die Spitze der Heerkolonnen des Guten zu stellen, oder zumindest den Anschein dazu zu erwecken. Na also. Der wiedergeborene soter, der Welterlöser: Alexander der Große, Julius Cäsar, Jesus und Dschingis Chan, alles in einem. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß in den »Präsidentenwahlen« der USA höchstens die Hälfte der Wählerschaft tatsächlich wählt (in Landtags- und Lokalwahlen noch weit weniger). Die Vor- und die Nachwehen der Wahl von 2004 – die schon 2002 anfingen – werden selbstverständlich souverän von der Plutokratie (Kevin Phillips) gehandhabt. Doch in dem das Weiße Haus umwabernde und es in die Gefilde des »Gesalbten des Herren« emporhebenden Abglanz der Scheinlegitimität ist es immerhin noch wichtig, den Schein der »Demokratie« zu wahren – schon deswegen, um die Hörner der Anarchie rechtzeitig wegzubiegen. Dann sind »Stimmenblöcke« wichtig. Einer dieser Stimmblöcke umfaßt die 60 Millionen »evangelischen« oder »wiedergeborenen« Christen, die

seit 1991 unter der Führung wortgewaltiger und geschäftstüchtiger Fernsehprediger in die Reihen der fanatischsten Parteigänger Israels eingeschwenkt sind. Der Islam ist für sie grundsätzlich vom Teufel. Je geschwinder und je gründlicher also – ihrer Meinung nach – die einflußreichsten islamischen Staaten von Nordafrika über Vorderasien bis Pakistan und Indonesien eingeäschert und der israelischen Machtsphäre eingegliedert werden, desto schleuniger ereignet sich die Wiederkunft des Herrn. Daß diese »Politik« in den genannten Staaten nicht auf Gegenliebe stößt, andererseits aber vom rechten Flügel der israelischen Regierungskoalition lebhaft unterstützt wird, liegt auf der Hand. Es ist beachtenswert, daß Noam Chomsky in seiner Rede vom 1. 11. 2002 vor der überfüllten Aula der MATC (Technische Fachhochschule Milwaukee) – die allermeisten Studenten waren »links« und zionistenfeindlich – eben diesen Punkt berührt. Die öffentlich bekanntesten und mächtigsten Schöpfer der Bush'schen Außenpolitik sind nicht Außenminister Powell und sein Stab, sondern Richard Perle und Wolfowitz, die Chomsky erheiternderweise »rechts von (Premierminister) Scharon« sieht. Perle versah unter Reagan das Amt des Assistierenden Verteidigungsministers, hatte enge Beziehungen zu Admiral Nitze, Außenminister Acheson und Senator Jackson. Heute ist er ein betuchtes Mitglied des American Enterprise Institute mit bester Protektion. Laut Chomsky und dem seinerzeitigen amerikanischen Abgesandten im Irak, John Wilson (Interview mit Bill Moyers am PBS-TV, Februar 2003) schrieb jener um '95 – just zu der Zeit, als der verantwortungsbewußte israelische Premier Rabin von Nationalisten niedergeschossen wurde – die Bibel des Likud und der Bush'schen Außenpolitik: Im amerikanischen Interesse müssen Syrien, der Irak und der Iran als Einflußfaktoren ausgelöscht und Saudi-Arabien mittels einer Volkserhebung »demokratisiert« werden. Wolfowitz, der ab 1992 auch öffentlich in die Jerichoposaune der radikalen Raumpolitik stößt, war unter Bush d. Ä. und dem damaligen »Verteidigungsminister« Cheney von 1989 bis 93 Unter-Verteidigungsminister. Dann bekleidete er das Amt des Stellvertretenden Verteidigungsministers und war somit die Graue Eminenz hinter dem granitenen Kriegsminister Rumsfeld, der oft als der zweitmächtigste Mann im Weltall angesehen wurde. Das von Perle, Wolfowitz, ihren Kollegen und Vorgängern von langer Hand entworfene amerikanisch-israelische Expansionsvorhaben deckt sich nahtlos mit den mythischen Vorstellungen der »rechtswinkligen« Christen und Hebräer, die sich auf die Wie-

derkunft des Davidischen Reiches und den Bau des Dritten Tempels freuen. Freilich scheint es auch anderer Eigenschaften nicht zu entbehren. Finanziell sieht es wie ein glänzendes Geschäft aus, weil die der Region entsprudelnden Öl- und Gasbillionen (amerikanisch »Trillionen«) direkt in die Taschen einer winzigen Machtelite fließen. Vom imperialen Standpunkt aus erscheint es tadellos, weil der neue Kolonialraum Vorderasiens geopolitisch im Süden vom Indischen Ozean (einem amerikanischen Teich), im Osten von Afghanistan und Pakistan (amerikanischen Schutzgebieten), im Norden von den ergiebigen Öl- und Erdgasquellen am Kaspischen Meer und in Mittelasien (amerikanischen Interessengebieten) und im Westen von der Türkei, Ägypten und dem Mittelmeer (amerikanische Bastionen) umrahmt sind. Es kann also nichts schief gehen ... Deshalb werden jetzt schon amerikanische Prokonsuln (Militärgouverneure) ernannt, um die frisch »befreiten« Staaten Irak, Iran, Syrien, Libyen usw. auf Jahrzehnte hinaus zu »verwalten«. Deutschland, Japan und Italien geben das gute Beispiel.

Freilich löst das Vorhaben mancherorts auch Unbehagen aus. Da gibt es den Republikaner Patrick Buchanan, dessen erwähntes Buch »A Republic, Not an Empire« schon 1999 die Gefahren der imperialen Aufblähung, der Vergeltungsschläge gegen das Staatsgebiet der USA, des jahrelangen – die Weltwirtschaft zerrüttenden – Weltbürgerkrieges und schließlich der Machtkonsolidierung der imperialen Elite, die unerreichbar hoch über den ausgelaugten Massen thront (wie zur Zeit Kaiser Diokletians um 290 n. Chr.), realistisch heraufbeschwört. Sein Artikel in der Zeitschrift »American Conservative« von März 03 gibt das Gefühl der Mehrzahl aller Amerikaner wieder, sich zu weit und zu tief mit Israel, vor allem dem Wüterich Scharon, eingelassen zu haben. Dürfen die mächtigsten Beamten des Staates es sich leisten, mit »geteilter Treue« in der Kolonialpolitik zu schalten und zu walten? Die Konsequenzen dieser machtpolitischen Frage – deren Lösung heute mit allen machtpolitischen Mitteln unterdrückt wird – werden die amerikanische Öffentlichkeit künftig immer stärker engagieren. Die universalistische Sicht des Papstes verleiht ihm als vielleicht dem einzigen Weltpolitiker eine mit der Scheinlegitimität des amerikanischen Weltpräsidenten konkurrierende Autorität (das ist der Weltelite nicht entgangen; sie strengt sich an, nach dem Ableben des jetzigen einen ihr genehmen Kandidaten zum Oberhirten wählen zu lassen). Der Papst ist gegen den Irakkrieg: aus all' den oben angeführten und ange-

deuteten Gründen, aus Sorge um seine östlich-orthodoxen Schäfchen und insbesondere wegen der Feindschaft des Islam gegen den »Westen«, die das Irakabenteuer Bushs vollends zum Lodern bringen wird.

Nicht zuletzt hält der Papst Bushs Angriffskrieg für rechtswidrig, da mit den Normen der UNO-Charta und der amerikanischen Verfassung unvereinbar (siehe oben). Glänzender unterrichtet als jeder amerikanische oberste Kriegsherr, entfaltet er im Februar/März 03 eine beachtlichte diplomatische Offensive. Er empfängt den irakischen stellvertretenden Premier Tariq Aziz, einen chaldäischen Christen, und entsendet seinen Diplomaten Etchegaray nach Bagdad. Allerdings verläuft ein Treffen zwischen Kardinal Laghi und Bush im Sande. Der letztere empfängt Laghi mit einem säuerlichen Lächeln (Er denkt sich wohl, wie einst Stalin: »Wie viele Divisionen hat der Papst?«). Bush torpediert eine geplante UNO-Ansprache des Papstes. Selbstverständlich kann er sich nicht leisten, alle seine außenpolitischen Taten, Gefühle und Äußerungen vor dem Menschengericht als rechtsbrüchig und verbrecherisch entlarvt zu sehen. In einer Pressekonferenz streift der Kardinal noch einmal einige, dem Papst vernünftig scheinende Themen: die Illegalität des Irakabenteuers; das Risiko der Labilisierung der Weltpolitik- und Wirtschaft; das der endgültigen Feindschaft des Islam; das Leiden der irakischen Bevölkerung (die seit 1991 in einem von den USA ausgelösten Völkermord mehr als 2 Millionen Todesopfer zu beklagen hat); die Leiden des – dem israelischen Staatsterror ausgelieferten – Volkes Palästinas, das der Verwirklichung der Verträge von Oslo harrt. Macht nichts. Bush und seine »Berater« kalkulieren, daß die koloniale Frage auf allen Kontinenten wie gehabt mit Zuckerbrot und Peitsche gründlich gelenkt werden kann. Zu Hause greift er gleich auf eine ganze Palette von Machtinstrumenten zurück. Die mit Bush verbündete, mächtigste weltpolitische Bewegung mit ihrem Monopol über die Neuigkeitsfabriken schottet die Massen Amerikas und der Welt gründlichst von der Wirklichkeit ab (sogar winzigste Veröffentlichungen wie in »The Plough« der pietistischen Bruderhofgemeinde sind vor ihren Nachstellungen nicht sicher, wenn sie Artikel wie: »The Boy who Kissed the Soldier, Report from Balata Camp« bringen: reale Schilderungen des »Lebens« in Palästina, von amerikanischen Jüdinnen verfaßt). Die neu erlassenen Ermächtigungsgesetze des Staatstotalitarismus gestatten es Bush und seiner Elite, jeder auch nur potentiellen Opposition oder

Aufwallung der Anarchie mehr als vollauf zu begegnen. Vielleicht am wichtigsten ist das schon erwähnte Sendungsbewußtsein, der Hauptdynamo des amerikanischen, gesellschaftlichen (deswegen um so mächtigeren) Totalitarismus. Im heutigen Europa findet sich kaum ein Gegenbeispiel. Eine Synthese der republikanischen Berufung (»der Hort der Freiheit«) und des kalvinischen Auserwähltheitsglaubens, konzentriert es sich vornehmlich auf die Vater-, Führer- und Feldherrengestalt des Präsidenten. Eine kurze Erläuterung: Anfang September 1901 findet die Pan-Amerikanische Ausstellung in Buffalo statt. Als der Präsident McKinley diese mit seinem Besuch beehrt und dabei auch – als erster amerikanischer Staats- und Regierungschef – kanadisches, das heißt ausländisches Gebiet betritt, durchläuft ein Aufschrei des Entsetzens das Land: »Der Gesalbte des Herrn hat die Gefilde des Gelobten Landes verlassen ...!« Eine 300 Meter kurze, doch trotzdem Dante'sche Reise sozusagen: vom Paradies ins Inferno (kurz darauf wird der Präsident von einem Anarchisten erschossen). Die zukunftsschwere Umorientierung erfolgt sofort. Washington und Jefferson hatten es klug verstanden, den Auserwähltheitsglauben auf inner- und panamerikanische Bereiche zu beschränken. Nun wird dieser unter dem aktivistischen Präsidenten Theo Roosevelt und mehr noch, vermittels der Intrigen, Erpressungen und Verschwörungen Woodrow Wilsons, F. D. Roosevelts und deren Nachfolger fest mit dem expansiven Weltherrschaftsdrang verkettet. Bush d. Jü. ist der lachende Aberntер. Nach ihm kommt kein – geographisch – Größerer. Seine Machtfülle umhüllt den Erdball, mittels seiner Heere und Geldpioniere entfließt sie der amerikanischen Ostküste und bedeckt Afrika, Europa und Vorderasien. Sie entsprudelt der amerikanischen Westküste und überschwemmt den Pazifik, Japan, Australien, China, Nord- und Südasien. Die Ströme prallen im Indischen Ozean (einem amerikanischen Teich) aufeinander und verdoppeln anscheinend ihre Maelstrom-Energie. Doch letztendlich wenden sie sich auf den Urheber zurück. Rein tagespolitisch betrachtet, thront der jetzige Cäsaropape auf der Schulternpyramide seiner Vorherrscher. Sein »Job« ist es, vermittels der ihm – und seinem Bundesgenossen Israel – zur Verfügung stehenden A-B-C-Waffen (Atomar, Bakteriologisch, Chemisch) x-beliebige mißliebige Staaten mit dem Völkermord zu bedrohen und diesen, mit frömmelnden Sprüchen auf den Lippen, an Milliarden Menschen auf Erden auch durchzuführen, ohne mit der Wimper zu zucken – wobei er Billionen und Tril-

lionen Dollarrenditen für sich und seine Gesellen einsäckelt, versteht sich. Denn er sieht sich als der Gesalbte des Herren. Wie naiv auch immer dies sich ausnehmen mag, mißt der »kleine« Auserwähltheitsgläubige seine Welt mit einem ähnlichen Maßstab. Die Verluste der »Todfeinde«, wie ungeheuer – menschlich gesehen – diese auch sind, gelten im Vergleich mit dem geringfügigen der »Streiter des Herrn« für nichts. Millionen Ziviltote im Koreakrieg und weitere Millionen im Indochinakrieg – großenteils auf Onkel Sams technisiertes Wüten zurückzuführen – werden nie erwähnt. Doch der etwas über 40.000 tatsächlich gefallener GI's in Vietnam wird mit narzißtischer Übertreibung gedacht. Nur der frühere Kriegsminister McNamara unter Kennedy und Johnson erinnert sich heute schaudernd der (tatsächlich weit über 100.000) Ziviltoten der amerikanischen Terrorangriffe auf Tokyo/Yokohama, Kobe, Osaka, Toyama; in ihnen fanden 1,4 bis 1,5 Millionen japanischer Nichtkombattanten den Tod (etwa 1,2 Millionen Soldaten fielen an der Front oder starben als Verschleppte in Sibirien). Wer, im Rahmen der von den Neuigkeitsfabriken jetzt hochgepeitschten Kriegshetze – erwähnt die Opfer der anglo-amerikanischen Bombenkampagne (begonnen von Churchill und seinem »Berater« Dr. Lindemann anfangs 1940) von Monte Cassino über Castelgandolfo, Rom, Padua, die norditalienischen Großstädte, Bozen, Matrei am Brenner, Innsbruck, Salzburg, Wiener Neustadt, München, Nürnberg, Rothenburg ob der Tauber? Wer erinnert sich der etwa 50.000 Ziviltoten im Feuersturm von Hamburg, der 25.000–30.000 von Leipzig, der unzähligen Toten im Elbflorenz? Die Hekatombenernte der »Befreier«. Nur wer selbstmordend der von der »Kakokratie« (Herrschaft des Schlechten – Professor Hermann Oberth) emsig verbreiteten Märchen Glauben schenkt, gibt sich hin, die hier angedeutete Wahrheit zu bagatellisieren.

Überblickt man die Entwicklungsgeschichte der amerikanischen Machtelite (Politsoziologe C. Wright Mills) vom Anfang des 19. bis ins 21. Jahrhundert, ist man versucht, in Umkehr des Goethewortes auszurufen: »Die Kraft, die stets das Gute will und stets das Böse schafft.« Es sei nochmals auf Schumpeters Urteil verwiesen, das Roosevelt und Churchill (und die ihnen nacheifern) weit schlimmeres Unheil anrichteten als Dschingis Chan. Zweifellos, rein physisch haben jene eiskalten Analytiker recht, denen im Gegensatz dazu die von einem Staat ausgeübte Weltherrschaft »als ein naturgeschichtliches Phänomen« nichts ausmacht. Sie übersehen aber die moralische und sittlich-recht-

liche Grundlage jeder andauernden Machtstruktur. Und diese heißt heute, mehr denn je: Seit 1776 und 1848: die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker! Wer gegen diese Grundlage frevelt – wie materiell und nachrichtentechnisch mächtig er auch sei – wird vom Ausbruch des Völkerrechts hinweggefegt. Der große schwäbische Denker G. W. F. Hegel spricht vom qualitativen Umschlag des hochgestapelt Handgreiflichen. Dieser wird zum Weltumsturz. Denn der Koloß – die Herrschaftskultur der Machtelite – ruht auf tönernen Füßen (vgl. Richard Bernstein, »Hyper Power«; Maureen Dowd, »Perle's Plunder Blunder«, The New York Times ›Week in Review‹, 23. März 2003).

Knüpfen wir die Fäden rasch zusammen

1) Der Sendungsglaube der amerikanischen Massen ist ein zweischneidiges Schwert. Sollten sie einmal, vielleicht schon bald vom Dornröschenschlaf der Kafka'schen Ohnmachtsexistenz erwachen – wohl von wirtschaftlichen und außenpolitischen Krisen wachgerüttelt – und erkennen, daß sie in jeder Hinsicht von den Weltmachenschaften einer zynischen Elite (deren Mitglieder der »Regierung« oft gar nicht angehören) ausgebeutet und zerfleischt werden, wird das Gericht furchtbar sein. Dann bricht die knapp unter der Oberfläche des Freiheitsdranges schlummernde Anarchie durch. Denn die Freiheit ist das höchste Gut, wie schon unsere Vorkämpfer in der Schlacht am Teutoburger Wald erkannten.

2) Es ist zu erhoffen, daß die wackeren Streiter für Welt, Natur und Umwelt – eine jetzige Subkultur – dann bald die Oberhand erringen. Allerdings muß der amerikanische Staat völlig umgebaut, die diktatorische Präsidentschaft abgeschafft und der »Vorsitz« auf ein Kollegium von 7 bis 50 Häuptern verteilt werden (nach dem Schweizer Muster).

3) Mit der Erkenntnis, daß die Gründerväter der heutigen Verfassung (1787 ratifiziert) die Einführung stehender Heere verboten (zweijährige Begrenzung), die Verteidigung des Landes und das Unterdrücken von Aufruhr einer Miliz überließen und daß die größten Präsidenten – Washington, Jefferson und Monroe – strengstens vor außeramerikanischen Abenteuern mahnten und gelobten, die USA aus europäischen Händeln heraushalten zu wollen (Constitution of the United States, Art. I., Section 8,12–16), daß aber seit der Amtszeit der Präsidenten T. Roosevelt und vor allem Woodrow Wilson dieses heiligste Grundrecht gebrochen

und die übermächtigste Militärmacht der Menschengeschichte fieberhaft aufgebaut wird, kommt auch die Einsicht, die Absurdität zu sanieren, das Unrecht zu stürzen und einen Rechtsstaat aufzubauen. Die inneren Krisen der USA stellen gigantische Aufgaben, die der jahrhundertelangen, geduldigen Arbeit heischen.

4) Der Aggressionskrieg gegen den Irak heizt auch die schwelenden (welt-)wirtschaftlichen, militärischen und außenpolitischen Fragen weiter auf. Daß am 24. 3. 03 der Dow-Jones-Index an der Wallstreet um über 300 Punkte stürzt – der hysterischste Sturz seit den Nachwehen des »11. 9.« –, weil die Aktionäre einen Endsieg innerhalb fünf Tagen erwarteten, zeigt die institutionelle und moralische Labilität eines Großteils des »führenden Amerika« grell auf. Die Kurse dürften sich wieder erholen. Ob die schwer angeknackste Weltwirtschaft dies tut, ist eine andere Frage. Von den durch die Weltmachtelite ausgebeuteten Volkswirtschaften Lateinamerikas (darunter Argentiniens, Brasiliens, Venezuelas, Kolumbiens, Mexikos) über die zweitstärkste Kapitalistenzitadelle Japan (vgl. »Japan Fears Its Weakened Economy Is Becoming America's Prey«, The New York Times International, 3. November 2002) bis Deutschland und Europa laufen die einst glänzendsten Linienschiffe des Kapitalismus bestenfalls mit starker Schlagseite daher. Von Onkel Sams »Blockhütte« – deren Vor- und Hinterhöfe bekanntlich über alle Kontinente bis zum Mond und Mars sich erstrecken – ganz abgesehen. Der Präsident Bush scheint darauf erpicht, die Teuerung/Flaute der Johnson-Nixon-Ford-Carter-Reagan-Bush d. Ä. ins Ungeheuerliche zu steigern, indem er für die Aufrüstung täglich 1 Milliarde $ ausgibt, daneben mindestens $ 200 Milliarden für das Irakabenteuer vergeudet und endlich hauptsächlich den oberen 2 v. H. in der Einkommensskala eine Steuernkürzung von insgesamt $ 2,1 amerikanische Trillionen schenkt – was alles aus der Haut und den Knochen der amerikanischen Bevölkerung, der Säuglinge, der Schulkinder, der Arbeitnehmer und der Senioren gestanzt wird. Wenn Perles und Wolfowitz' Pläne weiter verwirklicht werden – und warum auch nicht? – (Perle besitzt eine Villa an der Côte d'Azure), folgt auf die jahrzehntelange Besetzung Iraks diejenige Irans, Syriens und wohl auch Saudi-Arabiens. Diese Vorhaben dürften drei Hauptkonsequenzen zeitigen.

a) Die zu erwartenden Steuererhebungen erdrücken die amerikanische Bevölkerung, dieweil eine winzige Weltelite sich die Taschen mit Milliarden und Billionen Gewinnen vollstopft.

b) Unvorhergesehene Rückschläge im Irak und um den Erdball herum lassen den Weltbefreier zu den Kernwaffen greifen. Vergeltungsschläge gegen das Hoheitsgebiet der USA sind zu erwarten. Die Weltlage verschlechtert sich schlagartig.

c) Daß die dergestalt durchgeführte »Demokratisierung« nebst der Spaltung der NATO (die baldigst von einem EU-Gremium abgelöst werden sollte) und der Vernichtung der UNO allenthalben auf Gegenliebe stößt, ist nicht wahrscheinlich.
Die vorauszusehenden, jahrelangen Welt-Kriege und Interventionen – die auch zu erwartenden bürgerkriegsähnlichen Aufstände in den USA und Europa nicht zu vergessen – stürzen die Weltwirtschaft vollends in die letzte Absturzspirale. Das Aus ist da. Durchaus möglich, daß das Chaos absichtlich heraufbeschworen wird, nach dem Shakespeare'schen Motto: »Seine Tollheit hat Methode«, um nach 2004 den Soter, den Enderlöser und den Endlösungsheld, der in jeder Hinsicht widerstrebenden Menschheit aufzuzwingen.

5) Wäre es nicht klüger, dem Rat der »Peace Action Wisconsin« (Friedenstätigkeit Wisconsin) und der Tat der Kongreßabgeordneten Kletzka, Baldwin (Dem., Wis.), Ron Paul (Republikaner, Texas!), zu folgen, gegen den Aggressionskrieg zu arbeiten und folgendes zu beherzigen: Das Ende der illegalen israelischen Besetzung Palästinas, darauf die Gründung eines unabhängigen Palästina-Staates; die Schmälerung der amerikanischen Unterstützung für die Marionettenregimes in Ägypten, Jordanien, Kuweit, Qatar usw.; den Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen aus Saudi-Arabien mit seinen islamischen Weihestätten; die Reform bzw. Umkehr der expansiven amerikanischen »McDonald's- und Coca-Cola-Kultur«. Fürwahr ein Jahrhundertprogramm. Inzwischen scheinen sich im Gefolge der amerikanischen Kolonialabenteuer weitere Konflikte zusammenzubrauen. Falls die amerikanische Welt-Gewaltpolitik fortgesetzt wird, dürften anfänglich Regional-, dann Raumkriege unter anderem an den folgenden Nahtstellen ausbrechen: Türkei – »Kurdistan« – Syrien – Iran – Israel – schließlich Rußland; Indien – Pakistan-China; Nord- und Südkorea – Japan – China; China – Rußland; Mittelamerika – Panama – Kolumbien – Venezuela; usw. Wird es dem jetzt muskelprotzenden Onkel Sam gelingen, auch nur wenige dieser von ihm gesetzten Wild-

feuer zu dämmen? Wohl kaum. In der Umkehr liegt das Heil. Halten die Menschheit und Amerikaner die weltweit zu erwartenden Milliarden Todesopfer der künftigen Kriege – und Naturkatastrophen – sich vor Augen, sieht selbst das Maximalprogramm der Friedensaktionäre sehr gemäßigt und realistisch aus. Das bedeutet aber auch – wie überall in dieser kreisrunden, geschaffenen Welt – die Verwirklichung eines zutiefst widersprüchlichen Programms.

a) Die Völker und Konfessionen sollen sich der Illusion entledigen, als hätte es je nur ein ›auserwähltes Volk‹ gegeben; es gibt derer viele. Ein jedes in dieser Vielfalt ist von seinen Nachbarn schöpferisch verschieden. Durch göttlichen Ruf aneinander gepflanzt, erwachsen sie jenseits von Raum und Zeit zum strahlend-schillernden Lebenswald der göttlichen Vorsehung.
b) Das Weltall und die Menschheit jagen der Auflösung entgegen (Entropie). Doch die heute vorherrschende, von leiblich und geistig Verkrüppelten gezeichnete Karikatur der faustischen Kultur (Oswald Spengler) beschleunigt den Verfall nur noch. Deshalb sind die Völker je einzeln und in ihrer Welt-Einheit gefordert, auch den letzten Fetzen der kolonialen Gewaltpolitik von sich zu werfen und die spezifische und Dauerkrise in einer geistigen, politischen und Arbeitssynthese zu überwinden. Die Dichter und Denker Deutschlands und aller großen Völker weisen den Weg. Schon 1842 blickt Alfred Lord Tennyson ins 20. und 21. Jahrhundert: »... Till the War-Drum throbb'd no longer, and the Battle-Flags were furl'd in the Parliament of Man, the Federation of the World ... common sense of most Shall hold a fretful realm in Awe, and the kindly Earth shall slumber, lapt in Universal Law ...« (Locksley Hall)
Einen besseren findest du nicht.

KAPITEL I

FREIHEIT ODER CHAOS?

Der Zeitgeist

Es spukt in der Welt. Zaubersprüche umschwirren die Völker und Menschen des heutigen Informationszeitalters. Sie lauten etwa so: »Beute den Tag aus, denn deine Zeit ist bemessen«; der Fortschritt ewig. »Die Vorzüge der totalen Verbrüderung im Multikulturalismus, sie leben hoch!« Nichts ist widersprüchlicher als dieses Tönen der Wallstreet-Werbetrommeln. Ein trüber Widerhall alter Ideologien und zeitloser Irrgänge, trauen ihnen doch selbst die nächsten Anhänger Wallstreets nicht, wie die immer rascher um sich greifende Labilisierung der Aktien- und Menschenmärkte New Yorks und seiner unterworfenen Märkte klarmacht.[1] Real läuft der ganze Spuk darauf hinaus, einer hauchdünnen Oberschicht das Monopol der Weltplutokratie zu gewährleisten, während die Massen weltweit als ökonomisch-militärisches Kanonenfutter verbraucht werden.[2] Kurzum, die gewachsenen Nationalkulturen werden ausgehöhlt und zerstört. Die Umwelt wird vernichtet. Die kulturell verwurzelte Stärke der Person wird gebrochen, die wahre Freiheit, die Schöpfungskraft des menschlichen Geistes im Namen eines unumschränkten Liberalismus begraben, wie 2008 in Deutschland.

Die Folgen? Potentiell wie folgt: Vor allem in den USA, dem Paradebeispiel des modernen »militär-industriellen Komplexes« (Präsident Eisenhower), verlangen Überspekulation, Überproduktion und ergebnislose Militärabenteuer im Ausland gebieterisch ihr Recht. Selbst Schwierigkeiten, welche unter normalen Umständen ohne weiteres zu meistern wären, gedeihen infolge

---

[1] Hilary French, *Vanishing Borders.* Protecting the Planet in an Age of Globalization. A W.W. Norton / Worldwatch Book, New York-London, 2000, Ss 13–162
State of the World 1999. Millenial Edition. W. W. Norton & Company, New York-London, Ss. 115–188
Platon, *Der Staat* und die Ewigkeit. Klassiker der Staatskunst, Band 17, Stifterbibliothek Salzburg 1956; in der *Politeia* hat Platon Demokratis*mus* u. Pseudo-Individualismus vor 23 Jahrhunderten *köstlich parodiert*

[2] Louis Uchitelle, »Economic View«, »He Didn't Say It«. But He Knew It / Robert J. Shiller / *The New York Times*, Sunday, April 30, 2000

der Fieberhitze an den Börsen zu schweren Krisen. Wankt einmal die Unbesiegbarkeit der Chimäre, dann wird offensichtlich, daß Werner Sombarts »Spätkapitalismus« schon 1991 – mit dem totalen amerikanischen Sieg über das Sowjetreich – vom Stadium des »Endkapitalismus« abgelöst wurde.

Bestandsaufnahme

Das Wesen der Jetztzeit. Im Falle Deutschlands ist sein Walten besonders augenfällig, da es ja – wie einst Indien im englischen Empire – das glänzende Juwel im Diadem des neuen, mächtigen Imperiums ist. Denn die Fremdherrschaft über das historische, geopolitische wie wirtschaftliche Herzvolk und den Kernraum Europas gewährleistet zugleich auch – propagandistisch wie militärisch gründlichst gehandhabt – die Vorherrschaft über Europa, über die gesamte Alte Welt Eurasien-Afrika und, im Gleichtakt mit den unterjochten Druckräumen auch Japans und Lateinamerikas, die Weltherrschaft.[3] Eine jede Lockerung der von Nachrichtenfabriken New Yorks täglich weltweit ausgespienen Propagandathesen und Greuelthemen – veraltet und überholt wie auch immer – bedeutet deswegen auch eine direkte Gefahr für die Weltmacht. Das ist den – in Wallstreet und Hollywood salbungsvoll versammelten – zwei Weltsiegermächten von 1917, 1945 und 1991 bestens bekannt. Sie verwenden deshalb alles darauf, die seit 1871, 1914/17 und 1939 eingepaukten Stereotypen der Deutschenhetze global zu verewigen. Unsere Pflicht soll es sein, diese zu entkräften.

Schuld und Sühne?

Deutschland, das – unvoreingenommenen Untersuchungen zufolge[4], wie etwa James Bacques ›Other Losses‹ und ›Crimes And

---

[3] José Marti, der große kubanische Freiheitskämpfer, bemerkte, als er vor 1998 sein Exil in New York verließ: »Ich habe in den Eingeweiden des Ungeheuers gelebt und ich weiß es ...« – *Inside the Monster by José Marti*, ed. by Philip S. Foner, Monthly Review Press, New York-London, 1975

[4] James Bacque, *Crimes and Mercies*. The Fate of German Civilians Under Allied Occupation 1944-1950. Little, Brown and Company (Canada) Limited, Boston, New York, Toronto, London, 1997 ders., *Other Losses*, Foreward by Dr. Ernest Fisher Jr., Col. A.U.S. (Ret.), Prima Publishing, St. Martin's Press, New York 1991
The Department of State, *Germany* 1947–1949, Joint Chiefs of Staff Directive JCS 1067, April-October 1945; Berlin (Potsdam), Conference, July 17–August 2, 1945, Protocol, U.S. Government Printing Office March 1950
Ralph F. Keeling, *Gruesome Harvest*, The Allies' Postwar War Against The German People, Institute for Historical Review, Torrance California, 1992

Mercies‹ oder R.F. Keelings ›Gruesome Harvest‹ – im Zweiten Weltkrieg und noch Jahrzehnte danach die höchsten Kriegs- und Zivilverluste Europas zu erleiden hatte, ist weltweit noch immer das Ziel wüster Hetzkampagnen – von New York ferngesteuert. Eine Farce! Als ob das Opfer für den an ihm begangenen Meuchelmord verantwortlich zu machen wäre. Unwürdig die Tatsache, daß die meisten diplomatischen Vertreter Deutschlands diese Hetze kniefällig billigen. Tatsachenverzerrung und Kollektivschuld sind Mode. Von der Unterdrückungskampagne der rumpfdeutschen »Obrigkeiten« gegen das deutsche Volk ganz zu schweigen, treten sie doch die grundgesetzlichen Bestimmungen über die heiligsten Grundrechte des Menschen täglich mit Füßen. Eine Kakokratie, um mit dem Siebenbürger Raumfahrtpionier Prof. Hermann Oberth zu sprechen.

Vielleicht gibt es mildernde Umstände? Vor einigen Jahren äußerte sich der einstige Staatspräsident Polens, Lech Walesa, daß – so Deutschland auf seine [rechtmäßigen] Gebietsansprüche bestehe – die Alliierten es in einem dritten Krieg wohl ausmerzen müßten. »Zlota prawda«: die offene Wahrheit. Das Damoklesschwert des west-östlichen Haßhymnus, »Germania esse delendam« schwingt, je länger desto heftiger. »Unsere Partner und Freunde« (Bonner Parlance), insbesondere die Berufsbefreier, die sich als die Besten und Größten der Weltgeschichte betrachten, sind bis an die Zähne mit den furchtbarsten Massenvernichtungswaffen der Geschichte bestückt. Zum ersten Mal droht der Menschheit das weltweite Unheil. Kann nach den »Aktionen« im Irak, in Libyen, dem Sudan, Afghanistan, Grenada, Kuba, Nicaragua, Bosnien, Kosovo, Serbien usf. noch ein Zweifel darüber aufkommen, daß einem jeden Staat oder Volk, das gegen die Totalherrschaft aufzumucken wagt, die buchstäbliche Liquidierung bevorsteht? – Eine geometrische Steigerung der von den angloamerikanischen strategischen Bombenoffensiven in Europa und Asien verursachten Millionenopfer.

Einigkeit und Recht und Freiheit

Den naiven Opfern der westlichen Massenmedien ist es unbekannt, daß die Front der amerikanischen Nachrichtenindustrie dem Ereignis der deutschen Teileinheit mit Gift und Galle begegnete. Vor allem die Zeitschriften ›Time‹, ›Newsweek‹ und ›U.S. News & World Report‹, wie auch die pseudo-olympische ›New York Times‹ ergingen sich in wüsten Schmähungen gegen

den jahrzehntelang wichtigsten und treuesten Verbündeten Amerikas in Europa. Die amerikanische Bevölkerung – selber ein Opfer ähnlicher Manipulationen – hat mit diesen Vorgängen unmittelbar nichts zu tun, wohl aber die Drahtzieher der Meinungsmache, die 1989 ihre Weltherrschaft von einer unerwarteten Entwicklung unliebsam berührt sahen.

Anstatt diesem Unsinn die Stirn zu bieten, setzen die heutigen Honoratioren alles auf ihre ferngesteuerte »Revolution von oben«: der nationale Ödipuskomplex – vor allem in Deutschland – soll verewigt werden. Das Vaterland wird abgetötet, die Muttersprache vergewaltigt. Ergebnis: Das perfekte Helotenvolk der Welt, dem das Überleben nur wegen seiner unabkömmlichen Arbeitskraft – für die anderen – gestattet wird?[5]

»Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.« Als das Reich der Mitte Europas ist Deutschland stärker als andere Völker dem Auf- und Abwogen der Geschichte ausgeliefert. Doch kraftvoller als manch andere steigt es zur Höhe, wenn es die eigenen Begabungen – und seine Berufung – zutiefst zu pflegen und zu fördern versteht.

»Mancher übt sich im Vorlügen so lange, bis er die Sachen selbst glaubt, und dann läßt er sie drucken.« Aber aller gezüchteten Unterwürfigkeitsmoral zum Trotz war das Deutsche Reich des 19. und 20. Jahrhunderts alles andere als ein Ausbund an Bosheit. Es war »schuld« am Ausbruch weder des Ersten noch des Zweiten Weltkrieges, wie wir sehen werden.

Geohistorie

Im niederländischen Exil äußerte sich Kaiser Wilhelm II., daß Deutschlands kritische Lage in der Mitte des Kontinents seinen Führern überdurchschnittliche Leistungen abverlangte. Die Bemerkung trifft ganz besonders auf das 20. Jahrhundert zu, da zwei – zwar nicht in ihrer Entstehung – wohl aber in ihrer Tendenz und Machtfülle nichteuropäische Weltmächte das Geschick Europas bestimmen. Die Mächte heißen Rußland bzw.

---

[5] Jennifer Dailey-O'Cain, »Guesses of Where Speakers of Standard German are From and the Implications for the Study of Language Standardization«, Gregor Thuswaldner, »Entwicklungstendenzen eines Sprachkritikers; In Dieter E. Zimmers Kritik an der deutschen Gegenwartssprache«; Internationaler Germanistenkongress Universität Wisconsin-Milwaukee, 28.–30. April 2000

Sowjetunion und Amerika. Deutschland schlug den Weg ein, den Präsident de Gaulle später »l'Europe des patries« nannte. Auch heute scheint dies der wahrhaft vorgezeichnete Pfad, sollen Deutschland und Europa leben und blühen.

Ursachen der Weltkriege

Knapp skizziert, liegen die Hauptgründe für den Ersten Weltkrieg in Folgendem: 1. Frankreichs Imperialismus/Revanchismus, z. B. Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer. 2. Russischer Imperialismus im Verbund mit den Panslawismus. Gegensatz zu Österreich auf dem Balkan. 3. Deutschenglische Flotten- und Wirtschaftsrivalität. 4. Amerikanisches Weltmachtstreben. 5. Generell: Das »europäische Konzert« einschließlich der USA ist nicht in der Lage, die 1789 entfesselten demokratischen und nationalistischen Kräfte und die aufschäumende industrielle Entwicklung in ruhigen Bahnen zu halten.

Der Zweite Weltkrieg erwuchs aus dem Ersten mit Versailles als Zwischenstation und – auf weit eklatantere Weise als der Erste – aus dem Weltmachtstreben Amerikas und Russlands.

Öffentlichkeitsbearbeitung

1919, im Diktat von Versailles, St. Germain, Trianon, Neuilly, Sèvres, wird die Lebenschance vertan, die Hauptvölker Europas ehrlich miteinander zu versöhnen.

Der Friedensschluß von 1919 übersieht, daß das 1815 mühevoll wiederhergestellte »Konzert von Europa« durch den zügellosen Expansionismus und die brutale Unterdrückung der zahlreichen Minderheiten im Innern der neuen, unmäßig aufgeblähten Staaten, wie Polen, die Tschechoslowakei u. Jugoslawien, den Todesstoß erhält – ein Umstand, der 1939, 1941 und nach 1991 wieder an Weltbedeutung gewinnen sollte. Wilsons laut hinausposauntes »Selbstbestimmungsrecht der Völker« wird mit Füßen getreten und in den einst segensreich zusammenarbeitenden Vielvölkergesellschaften von Thrakien bis Polen von den frischgebackenen Machthabern bis heute mißbraucht. Millionen ihrer Mitbürger werden unterdrückt oder vertrieben. Die ungeheuren Menschenverluste der russischen Revolution und des mit ihr verquickten Bürgerkrieges wie auch die Massenmorde Lenins, Trotzkijs und Dscherschinskijs dürfen nicht unerwähnt bleiben. Weniger bekannt ist der brutale »Bevölke-

rungsaustausch« zwischen der neuerstandenen Türkei, Griechenland und Bulgarien. Die Massenausweisung von Ungarn aus der Slowakei, Rumänien, Jugoslawien und die erzwungene Flucht und Vertreibung von über 1,5 Millionen Deutschen aus dem neuen, unmäßig erweiterten Polen werden kaum zur Kenntnis genommen.

Die zeitgenössischen Völkermorde und ethnischen Säuberungen – zumindest in Europa – haben hier ihren unmittelbaren Anfang.

Es wird auch heute noch übersehen, daß es im Vielvölkerraum von Petsamo bis Plowdiw hauptsächlich dem Einfluß und der Macht Deutschlands und Österreich-Ungarns zu verdanken war, daß das übermächtige Rußland nicht schon gestern ganz Europa bis zum Atlantik überrollte.

Roosevelt

F. D. Roosevelt entpuppte sich (nach Oswald Spengler) als einer der erfolgreichsten »Cäsaren« des 20. Jahrhunderts und der Weltgeschichte. Er ließ sich – einmalig in der US-Geschichte – vier Mal zum Präsidenten wählen. Mit der Zerschlagung Deutschlands und Japans und der »Übernahme« des britischen Weltreiches machte er die USA zur stärksten Weltmacht. Er trieb Amerika in den Krieg gegen Deutschland und gegen Japan und provozierte den Angriff auf Pearl Harbor. Er rettete die Sowjetunion vor dem Untergang und verhalf Stalin zur Beherrschung Mittel-Osteuropas. Ein skrupelloser Politiker, der die Demokratie mit Füßen trat.

Ein Fingerzeig

Winston Churchill. Als führender Politiker, Erster Admiralitätslord, Kolonial- und schließlich Premierminister war er einer der mächtigsten Männer des 20. Jahrhunderts. Gemeinsam mit seinen Mitarbeitern, vornehmlich dem Ersten Seelord Admiral Fisher, im Ersten und Dr. Lindemann, Wissenschaftsberater im Zweiten Weltkrieg, war er immer wieder in Groß- und Kolonialkriege verwickelt, die weit über das Ziel der Erhaltung des englischen Empire hinausschossen und unser verblichenes Jahrhundert in das Jahrhundert des Totalen Krieges verwandeln halfen. Persönlich hochbegabt, beschritt er vom Anfang seiner Laufbahn an – zunächst bei Kitcheners Ausrottungskampagne gegen

die Mahdianhänger im Sudan, wenig später im Burenkrieg – politisch-historische Irrwege. Selbst englische Quellen bezeugen, daß seine unerbittliche Feindschaft dem in den dreißiger Jahren erstarkenden Deutschland gegenüber und sein unbedingtes Vertrauen in F. D. Roosevelts Welt(kriegs-)politik das Ende des englischen Empire beschleunigt hat. Als eine der buntschillerndsten Figuren der europäischen Geschichte bestätigte ihm schon 1912 sein scharfblickender Kollege, der liberale Minister Hobhouse, ein »verwöhntes Kind mit dem Hirn eines Genies« zu sein, »... rücksichtslos, aufgeblasen und prinzipienlos, ..., der aber ohne Zögern ein untergehendes Schiff seinem Schicksal überlassen ...« würde.[6] Zwischen den Weltkriegen machte er mit seinen rüden Ausfällen im Unterhaus von sich reden. Mahatma Gandhi attackierte er wie folgt: »Immer, wenn ich den halbnackten Fakir die Stufen des vizeköniglichen Palais hinaufschreiten sehe, schüttelt mich die Wut ...« Gandhi, wohlgemerkt, war mit Albert Schweitzer eine der stärksten und lautersten Seelen des 20. Jahrhunderts, leuchtendes Vorbild des Bürgerrechtskämpfers Martin Luther King.

Churchills Aufnahme in Chamberlains Kabinett (1939) und sein rascher Aufstieg zum Kriegspremierminister gaben der Welt kund, daß England auf Biegen oder Brechen entschlossen war, den bis dahin europäischen Krieg zum Weltkrieg auszuweiten und rücksichtslos durchzuführen. Seine Taten beweisen es. Sogleich nach seiner Amtseinführung im Mai 1940 verfügte er 71 britische Luftangriffe, von denen 51 ausschließlich nichtmilitärischen Zielen galten. Seither reihten sich mit immer größerer Wucht die Angriffe der strategischen RAF-Bomber auf deutsche Groß- und Mittelstädte. Unter Churchills Fittichen erarbeitete Dr. Lindemann einen Fahrplan, wonach 10.000 Viermotorer sämtliche deutschen Großstädte dem Erdboden gleichmachen und dergestalt 25 bis 30 Millionen Menschen »enthausen« sollten. Stillschweigend wurden 2 bis 5 Millionen Ziviltote miteinkalkuliert. Trotz größter britischer Anstrengungen wurden diese Zahlen nur zum Teil erreicht. Erschütternd, daß viele Städte und Kulturstätten unter Churchills Angriffswut in Schutt und Asche fielen, darunter Hamburg (erster Feuersturm im Juli 1943 mit 50.000 Toten), Leipzig (über 25.000 Tote allein im Jahre 1944), Berlin (Angriffe mit 25.000 Toten) und schließlich, im Februar 1945 zu Ende des Krieges, das schöne Elbflorenz. Im Falle

---

[6] Inside Asquith's Cabinet, *a.a.O.*, S. 118, S. 121

Dresdens – einer unverteidigten »Lazarettstadt« – unendlich viele Tote gezählt, meistens Flüchtlinge aus Schlesien. Weitere Tausende waren unidentifizierbar.[7]

Zum Vergleich: während des Zweiten Weltkrieges fielen auf Großbritannien ganze 74.172 Tonnen deutscher Bomben und V-Geschosse. Im selben Zeitraum warfen die Anglo-Amerikaner auf Deutschland in seinen Grenzen von 1938 etwa 1.500.000 Tonnen Bomben, auf Frankreich 590.000 t und auf Italien 370.000 t.

Obzwar von Roosevelt und Stalin auf das Gleis eines Schwächeren abgedrängt, wiegt Churchills Verantwortung für die Westexpansion des Sowjetreiches, die Abtrennung des deutschen Ostens von Rumpfdeutschland und die beispiellos grausame Vertreibung seiner Bevölkerung schwer.

Churchill wird auch anderen »Verbündeten« zum Verhängnis, darunter dem polnischen Staat, um dessen angebliche Erhaltung England und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatten. General Sikorski, den Chef der polnischen Exilregierung, läßt er unter rätselhaften Umständen in Gibraltar »liquidieren« (so David Irving, der bekannte englische Historiker), da Sikorski konsequent gegen die Abtretung der polnischen Ostgebiete an Sowjetrußland sich gesträubt hatte. Die späteren Exilführer Mikolajczyk und Arciszewski drängt er brutal, die Curzonlinie zu akzeptieren und damit die Oder-Neiße-Linie gegen Deutschland vorzuschieben. Was es mit der feierlichsten Erklärung der »Unverletzbarkeit« der Grenzen und der Souveränität der Staaten aus der *Atlantikcharta* vom 14. August 1941 auf sich hat, zeigt der britisch-sowjetische Überfall auf den neutralen Iran vom 25. August 1941.

Erwähnenswert ist allerdings, daß der Premierminister beabsichtigte, den sogenannten weichen Unterleib Europas im Balkan anzugreifen, um einer dortigen sowjetischen Expansion zuvorzukommen. Seine Pläne wurden aufs heftigste von den Ame-

---

[7] The Earl of Birkenhead, The *Professor and the Prime Minister*, Riverside Press Cambridge, Houghton Mifflin Boston, 1962
Sir Arthur Harris, Marshal of the R.A.F., *Bomber Offensive*, New York, The Macmillan Company, 1947, S. 51–261
Der Luftkrieg über Deutschland, 1939–1945, nach den ›Dokumenten deutscher Kriegsschäden‹: Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, DTV München, 1963
Andreas R. Wesserle, »Bombs on Britain«, *The Journal of Historical Review*, Torrance, California, Winter 1981

rikanern durchkreuzt. 1945 suchten er und Außenminister Eden auf eine gegensowjetische Ostpolitik umzuschalten, wie sie auch ihre bedingungslose Treue zu Tito aufgaben. Feldmarschall Montgomery erhaschte im letzten Augenblick noch Wismar und Magdeburg, mußte aber beide Städte unter amerikanischem Druck an die Sowjets ausliefern.

Die Rooseveltsche Politik fortsetzend, gab General Eisenhower den lebenswichtigen Raum von Wismar, Magdeburg, Leipzig bis Prag und Pilsen der Roten Armee preis. *Das Herz Europas wird zum Todesstreifen.*[8]

Die grausame Bilanz der – vor allem für Roosevelt unbedingten, für Churchill verhängnisvollen – Zusammenarbeit mit Stalin stellt sich folgendermaßen dar: Fortsetzung der bolschewistischen und stalinistischen Massenmorde und der Vertreibungen. Es wurden von Karelien und Petsamo im Norden über die Sowjetunion, Ostpolen, Ostdeutschland, die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien u.a. über 20 Millionen aus der Heimat vertrieben – davon etwa 14,5 Millionen Deutsche –, worin sie und ihre Vorfahren oft 700 bis 1000 Jahre lang gelebt und gewirkt hatten. Viele Millionen finden den Tod. Der zutiefst fruchtbare, deutsch-abendländische Kulturboden von Reval über Lemberg, Schäßburg, Hermannstadt, Agram und Görz wird verwüstet. Chaos und Nihilismus.

Weimarer Republik

Trotz aller Massenmanipulationen und aller Trommelfeuer seit 1917 sollen einige unterdrückte Tatsachen der »Stahl- und Steinzeit« seit 1919 knapp erwähnt werden.

Die lange Reihe deutscher Staatsmänner und Politiker, die ab Oktober 1918 – trotz Weltkriegsniederlage, Revolution und Wirtschaftskatastrophe – unbeirrbar, wenn auch vergeblich die Verständigung und den Ausgleich mit dem Ausland suchten – dabei jedoch ständig darauf bedacht waren, Deutschlands Größe wieder herbeizuführen und einen »dritten, deutschen Weg« zwischen Bolschewismus und Liberal-Kapitalismus zu finden, riß auch im Januar 1933 nicht ab.

---

[8] Field-Marshal Viscount Montgomery of Alamein, *A History of Warfare*, The World Publishing Company, Cleveland and New York 1968, S. 526–529
The Department of State, Germany 1947–1949, a.a.O., Berlin (Potsdam) *Conference. Deutschland Taschenbuch.* Tatsachen und Zahlen. Hgg. V. Dr. Hans Joachim von Merkatz, MdB, und Dr. Wolfgang Metzner, A. Hillen Ziegfeld, Alfred Metzner Verlag, Frankfurt am Main-Berlin, 1954, S. 1–29

Aller Unterschiede der Ideologie, der Herkunft und des Schicksals zum Trotz reicht dieser Ariadnefaden von Prinz Max von Baden über Eben, Stresemann, Hans Luther, Brüning und v. Papen bis Adolf Hitler.

Es obliegt keinem Zweifel, daß sämtliche verantwortungsbewußte Politiker der Weimarrepublik bestrebt waren, sobald wie möglich die Fesseln des Versailler Vertrags abzustreifen. Umringt von waffenstarrenden Nachbarn, im Westen von Frankreich im Bündnis mit der kleinen Entente, und – im Osten – von einem unstet-expansionistischen Polen und dem – die Weltherrschaft des Proletariats fordernden und fieberhaft aufrüstenden – Sowjetrußland, konnte und durfte Deutschland mit seiner militärischen und wirtschaftlichen Knechtschaft sich nicht zufrieden geben.

Der nationalsozialistische Staat agierte im großen und ganzen auf derselben Linie, obzwar die diktatorischen Auswüchse seines autoritären Regimes – heutzutage tausendfach in die Welt hinausgetrommelt –, keinesfalls zu billigen sind.

Stalin

Wer jemals ernstlich behauptet hat, Stalin hätte sich durch den von Hitler und Ribbentrop vorgeschlagenen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 übertölpeln und nachher, 1941, auch noch überraschen lassen, setzt sich dem Vorwurf der wissenschaftlichen Unseriosität aus. Tatsächlich erfreute sich Stalin der Dienste eines hervorragend eingespielten Nachrichtenapparates im Deutschen Reich, in Großbritannien, in Japan und den USA. 1941 kam Hitlers Angriff einer massiven Stalinschen Westoffensive nur um ein Geringes zuvor. Stalins Ziele kommen bereits in der 1940er-Absprache mit Stafford-Cripps zum Vorschein. Sie übertreffen noch die zaristischen Pläne von 1914, die in Geheimabkommen mit Frankreich und England die Annexion Ostpreußens, der Provinz Posen, Teilen Oberschlesiens und Galiziens vorsahen.

Hitler – England

Der »Realpolitiker« Hitler bewahrte sich Zeit seines Lebens ein Herz für England und sein Empire. 1935 schloß er den Flottenpakt mit England. Nach dem Münchener Abkommen von 1938 unterzeichnete er eine Nichtangriffserklärung mit Chamberlain.

Vor und nach dem Polenfeldzug versuchte er mehrmals, den Frieden mit England zu bewahren bzw. ihn wiederherzustellen. Im Mai 1940 ließ er die Engländer aus Dünkirchen entkommen. Im Mai 1941 schließlich gestattete er seinem Stellvertreter Heß den phantastisch-dilettantischen Friedensflug nach Schottland, um den Krieg zu beenden.

Hitler-Weltherrschaft

Absurd ist der Vorwurf, Hitler hätte die Weltherrschaft angestrebt – besonders durchsichtig im Fall jener, die heute die Weltherrschaft ausüben. Erstens verfügte er nicht über die nötigen See- und Luftstreitkräfte, solche Pläne durchzuführen. Zweitens, mit seiner »weichen Seite« für England, verfolgte er niemals die Zerstörung des Empire. Endlich war Hitler ein Festlandsstratege, dem die Bedeutung einer Seeherrschaft wohl nie ganz klar wurde, ganz im Gegensatz zu den strategisch geschulten und historisch skrupellosen Anglo-Amerikanern.

Aussichten

Weltgeschicht' ist NICHT Weltgericht, jedenfalls was die Gegenwart und die Zukunft betrifft. Die Geschichte läßt Möglichkeiten zum Besseren oder Schlechteren offen. Der Mensch muß sich ihrer zu bedienen wissen.

Zu bedenken ist folgendes:

Es mehren sich die Anzeichen, daß nach dem Ende des sowjetischen Versuchs, den Totalitarismus über die Staatsdiktatur einzuführen – nunmehr die gesamte Menschheit durch Gedanken-, Gefühls-, und Weltanschauungskontrolle »totalisiert« werden soll.

Selbstverständlich käme dies der absoluten Herrschaft über sämtliche Völker gleich. Eine Herrschaft über einen Morast Entwurzelter, ausgeübt von einer winzigen Weltmachtelite (C. Wright Mills). Wenn amerikanische Präsidenten heute »Demokratie« sagen, so meinen sie damit »wallstreethörige Plutokratie«. Das ist ein übernationales Finanzgewebe, geschart um die Großnation New York-Hollywood.

Im Paradebeispiel des propagandagelenkten, stets fieberhaft auf Mehrung bedachten mobilisierten »Militär- und Industriekomplexes« der USA fallen die Grenzen zwischen Politik, Wirtschaft und Krieg. Der Krieg nach außen und nach innen tobt

ständig. Die Gesellschaft ist die Politik, die Politik die Gesellschaft. Die Politiker werden ›vermarktet‹. Die Gesellschaft ist der Staat. Die Überbosse haben das Sagen.

Wohlstand für Wallstreet bedeutet nicht Wohlstand für die Masse. In der amerikanischen Gesellschaft, in welcher die Stärke der meisten Gewerkschaften längst gebrochen ist, ist der Arbeiter und Angestellte der Übermacht der Konzerne stärkstens ausgesetzt. Wieder und wieder ist der Mensch gezwungen, sich zu verkaufen, entweder den Firmen oder der Allmacht des anonymen Marktes, der seinerseits von gigantischen Monopolen beherrscht wird. Auch bei schon geringeren Krisen wälzen die Großen die Bürden auf die in den Unter- und Mittelklassen zusammengepferchten Kleinen ab, die nicht selten unter dieser Last zerbrechen. Mehr als die Hälfte der amerikanischen Familien ist bereits zutiefst verschuldet. Das ist die Wirklichkeit im Goldenen Westen, die bekannte »Verelendungspraxis«.

Erst wenn der schrankenlose Liberokratismus fällt, dürfen wir auf Besserung hoffen.

KAPITEL II

DIE ANFÄNGE: TALENT UND EMPIRE

Am Anfang war die Tat

Nicht nur im Rückblick sind die Anfänge geheiligt. Schon Goethe führt Faust von dem Gedanken »Im Anfang war das Wort« zu dem Gedanken: »Im Anfang war die Tat!«

In den dreizehn nordamerikanischen Kolonien Englands war es nach den Kämpfen von Lexington und Concord im April 1775 kaum anders. Der zweite Kontinentalkongreß trat im Monat darauf zusammen, ernannte George Washington zum Oberkommandierenden der Kontinentalarmee und begann damit, die Grundlagen für einen Staatenbund auszuarbeiten. Ein Ausschuß entwarf die Bundesartikel, die 1781 in Kraft traten. Ein anderer Ausschuß unter dem maßgeblichen Einfluß Thomas Jeffersons entwarf die Unabhängigkeitserklärung, welche am 4. Juli 1776 angenommen wurde.

Das war das Wort. Die Tat war die weltgeschichtliche Auflehnung gegen das mächtige englische Kolonialreich, das in wenig mehr als einem Jahrhundert von einem noch weit mächtigeren, amerikanischen Weltreich abgelöst werden sollte.

Die Ergebnisse der Politik des neuen Staatenbundes und seiner Vertreter waren nichts weniger als phänomenal. Sie sollten den Grundstein legen für die bis heute andauernde Expansion Amerikas in Raum, Ideologie, Wirtschaft und Krieg. Es folgten Konsequenzen, die von dem wichtigen Einschnitt des englisch-amerikanischen Krieges von 1812 weit darüber hinaus, bis zur Jetztzeit, den Lauf der USA, der Halbkugel Amerika, Europas und der Welt immer maßgeblicher bestimmt haben.

Der koloniale Imperialismus Frankreichs und Englands

Dem Vormachtstreben Frankreichs über Europa, Nordamerika und Indien nach dem Westfälischen Frieden von 1648 wurde zunächst durch die Bündnispolitik der schwer bedrohten Niederlande ein Riegel vorgeschoben. Als der Statthalter Wilhelm von Oranien 1688 den englischen Thron bestieg, weitete sich der

Streit England/Frankreich endgültig zu einem, tatsächlich Jahrhunderte langen, Weltkrieg zwischen Großbritannien und dem Französischen Reich aus, der 1763 mit dem glänzenden Sieg Englands vorübergehend endete. Doch selbst mit dem britisch-preußischen Triumph über Napoleon von 1815 bei Waterloo war die Basis der Rivalität nicht endgültig beseitigt.

Der den Siebenjährigen Krieg beschließende Pariser Friede beraubte Frankreich fast seines ganzen Kolonialreiches. Auf dem nordamerikanischen Festland verblieb ihm lediglich die wichtige Handelsstadt New Orleans an der Mündung des Mississippi.

Für England eröffneten sich schwindelerregende Möglichkeiten der Expansion zur Weltherrschaft. Es war kein Geringerer als Benjamin Franklin, der später die amerikanische Revolution am Hofe des französischen Königs Ludwig XVI. überaus geschickt vertreten sollte, der England vorschlug, dem morschen spanischen Kolonialreich sogleich die nördlichen Provinzen Südamerikas zu entreißen, etwa das heutige Venezuela, Kolumbien und Panama, und als karibischen Kranz dem British Empire einzuverleiben. Zweifellos empfingen er und seine amerikanischen Kollegen starke expansionistische Impulse von ihrem damaligen Mutterland Großbritannien. Es ist kaum übertrieben, die Hegemonialpolitik der USA gegenüber ganz Lateinamerika – besonders ihre brutalen Interventionen im 20. und 21. Jahrhundert – im strategisch hochwichtigen Kolumbien und Panama aus dieser Quelle sprudeln zu sehen.

Doch Hochmut kommt vor dem Fall. Nach 1763 – im Zeitalter des Merkantilismus – äußerte sich die Politik Großbritanniens in einer ganzen Reihe von Erlässen und Gesetzen, welche eine immer breitere Kluft zwischen dem Mutterland und den dreizehn Kolonien aufriß. Dazu zählen u.a.: der königliche Erlaß von 1763, der den Siedlern das westliche Vordringen jenseits des Alleghenygebirges verbot; das Währungsgesetz desselben Jahres, das das Drucken von Papiergeld verbot, und das Meutereigesetz von 1765, das das Einquartieren vor allem englischer Soldaten in Privathäusern der amerikanischen Siedler ermöglichte. 1767 folgten die »Townshend-Zölle«, welche Gebrauchsstoffe wie Glas, Papier, Blei, Farben und Tee besteuerten.

In den Kolonien mehrten sich Demonstrationen und Proteste, welche zur Entsendung britischer Truppen führten und sich 1770 in dem sog. Boston-Massaker entluden. 1773 gab der Premierminister Lord North der englischen Ostindiengesellschaft

ein Monopol über den Teehandel in Amerika. Die Neuengländer antworteten mit der bekannten »Boston Tea Party«, wobei die Teeladungen dem Meer überantwortet wurden. Dies wiederum rief die englischen *»Intolerable Acts«* von 1774 hervor, die sogenannten unerträglichen Gesetze, die den Hafen von Boston für geschlossen erklärten und seine Stadtverordnetenversammlung auflösten. Die sich gegenseitig aufschaukelnden Demonstrationen und Gewaltmaßnahmen mündeten schließlich – im September 1774 – in der Gründung des ersten Kontinentalen Kongresses in Amerika, der zugleich dem König und dem Parlament eine Liste von Beschwerden zusandte und dazu aufrief, den Handel mit England zu boykottieren. Im April 1775 kam es zu Scharmützeln in Lexington und Concord. Im darauf folgenden Monat trat der Zweite Kontinentale Kongreß zusammen mit dem Ziel, einen – mehr oder weniger – geeinten Staatenbund und eine kontinentale Armee unter dem Oberbefehl Washingtons zu gründen.

Es liegt auf der Hand, daß die Proteste gegen die – als drückend empfundenen – merkantilistischen Maßnahmen des englischen Staates und Schlagworte wie »Besteuerung ohne Gemeindevertretung ist Tyrannei« dem, nach der »Glorreichen Revolution« von 1688 erstarkten Milieu der begüterten Kaufmannsklasse und dem Stand der Landjunker Englands entsprossen. Dieser Liberalismus wurde von der europäischen Aufklärung des 18. Jahrhunderts bestärkt.

Der Unabhängigkeitskrieg mündete in einen oft grausamen Bürgerkrieg, Königstreue gegen Revolutionäre.

Naturgemäß verfolgte das offizielle Frankreich die Streitigkeiten in den englischen Kolonien mit wachsendem Interesse. Man empfand den Verlust von 1763, nämlich Kanadas und praktisch ganz Nordamerikas äußerst schmerzlich, hatte Frankreich doch zuvor die englischen Kolonien an der Ostküste im Norden und Westen eingeschnürt und eine beachtliche eigene Machtbasis gewonnen. Über eine – für den Deutschen unvorstellbare – Entfernung von 4000 km, vom St.-Lorenz-Golf bis zur Mündung des Mississippi hatte Frankreich im 17. und 18. Jahrhundert auf dem Gebiet der heutigen Vereinigten Saaten viele hundert Stützpunkte und Städte gegründet, darunter: Duquesne, das spätere Pittsburgh in Pennsylvanien, Detroit in Michigan, Duluth, St. Paul, St. Cloud in Minnesota, Eau Claire, La Crosse, Prairie du Chien, Fond du Lac in Wisconsin, Dubuque, Des Moines in Iowa, St. Louis, St. Charles, Ste. Genevieve,

St. Francois, Girardeau in Missouri, Mobile in Alabama und Baton Rouge, New Orleans in Louisiana. Die Namen vieler amerikanischer Eingeborenenstämme, Städte und Staaten werden auch heute noch französisch ausgesprochen, wie etwa: Sioux, Michigan, Chicago, Arkansas usw. Der französische Staat hatte sich gerade eine ganze Reihe uralter deutscher Städte und Ortschaften, wie Mülhausen, Colmar, Neu-Breisach, Straßburg, Diedenhofen, Metz u.a. einverleibt, wollte sich damit aber nicht begnügen. Sein eleganter Außenminister Charles Gravier, Graf von Vergennes, sann auf Revanche gegen die Briten.

Gedacht, getan. Anfang 1776 erschien Pierre Augustin Baron de Beaumarchais, der allseits bekannte Verfasser des »Barbier von Sevilla«[9], auf der Bühne. Er schlug Gravier vor – und dieser akzeptierte –, eine Schein-Handelsgesellschaft namens Rodrigue Hortalez et Cie. aufzuziehen, die den amerikanischen Aufständischen insgeheim Ausrüstung und Munition liefern sollte. Schon im Mai 1776, lange bevor amerikanische Abgesandte Paris erreichten und zwei Monate vor der Unabhängigkeitserklärung, übertrug der französische Staat, obwohl selbst stark verschuldet, eine Million Livre in die Kasse der Beaumarchais-»Gesellschaft«. Der Bourbonenkönig Karl III. von Spanien gewährte einen ähnlich hohen Betrag. Als schließlich Ben Franklin im Dezember des Jahres in Paris auftauchte, waren Frankreich, etwas widerstrebender auch Spanien und die amerikanischen Kolonien *de facto* Bundesgenossen. Am entscheidenden Sieg der Amerikaner bei Saragota (New York) am 17. Oktober 1777 waren Frankreich und französische Lieferanten mit 90 v.H. der Waffen und Munition beteiligt. Als am 19. Oktober 1781 Lord Cornwallis bei Yorktown, Virginia, die Waffen niederlegte, wäre dieser ›Endsieg‹ im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg ohne die Truppen des Grafen von Rochambeau und ohne die Kriegsflotte des Admiral de Grasse unmöglich gewesen. Die Hilfe Frankreichs war ausschlaggebend.

Die siegreiche Außenpolitik der dreizehn Freistaaten

Im Jahre 1776 hatte der Kontinentalkongreß des amerikanischen Staatenbundes einen Ausschuß beauftragt, einen ›Mustervertrag‹ auszuarbeiten, der als Vorbild für die amerikanische Diplomatie gegenüber den mächtigsten europäischen Staaten dienen

[9] Vertont von Paisello (1782) und von Rossini (1816)

sollte. John Adams – Rechtsanwalt aus Massachusetts und später Nachfolger des Präsidenten Washington – war federführend. Sein Hauptaugenmerk richtete sich auf die Handelspolitik, insbesondere auf die ungehinderte freie Schifffahrt für neutrale Mächte, ein Problem, das 1915/1917 zur Überlebensfrage Deutschlands werden sollte. Von »verwickelten Bündnissen« hielt er nichts – eine Auffassung, die sich in der Außenpolitik der Präsidenten Washington, Jefferson und Monroe niederschlagen sollte.

Im Dezember 1776 betrat der »Minister« der aufsässigen Staaten den Hof König Ludwigs des XVI. Es war Benjamin Franklin, der auch in Paris wohlbekannte Verfasser denkwürdiger Schriften wie etwa ›Poor Richard's Almanac‹. Ein Amateur-Naturwissenschaftler, aber vor allem ein gewiegter und mit seinen 70 Lebensjahren erfahrener Politiker. Er, durch und durch Großstadtmensch, der keine hundert Schritte in die Wildnis außerhalb der Vororte Bostons und Philadelphias getan hatte, ließ sich in Paris so regelmäßig in der Pelzkappe der amerikanischen »Grenzer« sehen, daß die auf Jean Jacques Rousseaus Naturmenschen versessenen, hochadeligen Damen Frankreichs mit einer *»coiffure à la Franklin«* herumliefen, einer Haarmode, die seine Pelzmütze nachahmte.

Die französische Staatsführung, beeindruckt von seinen Fähigkeiten und in nüchternem Kalkül eigener Interessen, unterzeichnete im Februar 1778 zwei Verträge mit Franklin. Der eine war ein Freundschafts- und Handelspakt. Im anderen garantierte Frankreich die Unabhängigkeit des nordamerikanischen Staatenbundes wie auch die Grenzen, die der Bund durch »Zusätze und Eroberungen« von Großbritannien würde erlangen können. Gemeint war u.a. Kanada. Monsieur Franklin seinerseits mußte sich dazu verstehen, seine Befugnisse aus dem oben genannten Mustervertrag zu überschreiten und ein Bündnis mit Frankreich zu unterzeichnen, das die Garantie all derjenigen Besitztümer vorsah, die Frankreich in einem zukünftigen Friedensschluß zugesprochen würden. Die 13 Freistaaten wurden im übrigen verpflichtet, keinen Separatfrieden mit England einzugehen. Doch sollte es nicht dabei bleiben.

Mittlerweile liefen nämlich überall in den europäischen Hauptstädten, in Wien, Berlin, Amsterdam, Madrid und St. Petersburg, amerikanische Abgesandte herum, um gegen England Hilfe zu erbitten. Meist mußten sie allerdings unverrichteter Dinge umkehren oder auf der Stelle treten. Typisch war das

Erlebnis William Lees, Sproß einer berühmten Pflanzerfamilie aus Virginia. Ungeachtet dessen, daß Friedrich der Große von Preußen den amerikanischen Unabhängigkeitsbestrebungen ursprünglich freundlich gesinnt war, ließ er seine Minister anweisen, Lee höflich aber bestimmt abzuschieben. In den Niederlanden erreichte der bekannte John Adams erst im Oktober 1782 einen Freundschafts- und Handelspakt, zu einer Zeit also, als der Krieg praktisch schon beendet war. Allerdings glückte es ihm, die Zusage einer Anleihe von über 5 Millionen Guilder zu erhalten. Im ganzen liehen holländische Bankiers dem frischgebackenen Staatenbund 9 Millionen Guilder in den 1780er Jahren.

Besonders schwierig gestalteten sich die Beziehungen mit Spanien. Zwar hatten die Spanier die Amerikaner finanziell unterstützt. Andererseits mißtraute Spanien aber den amerikanischen Aufständischen, da ihr ausgedehntes Kolonialreich revolutionären Einflüssen besonders ausgesetzt war. Der neue Staatenbund – bzw. der neue Staat, nach 1787 – mit dem Elan eines Frischgeborenen konnte den gebietsmäßig gewaltigen spanischen Besitzungen in Nordamerika – von Groß-Florida und der Mississippimündung bis Kalifornien und dem umstrittenen Oregonterritorium – fraglos noch gefährlicher werden als die Briten mit ihrem weitverstreuten Weltreich.

John Jay, der amerikanische Beauftragte in Madrid, mühte sich jahrelang ergebnislos. Er kam zu dem Schluß, daß ein intrigenschmiedendes Frankreich den amerikanischen Forderungen nach einer Westgrenze am Mississippi und einer nördlichen Grenze an den Großen Seen abhold war. Spanien und England – so eruierte Jay die Hintergedanken Frankreichs –, besäßen ihrerseits rechtmäßige Ansprüche auf die weiten Gefilde östlich des Mississippi bis zum Alleghenygebirge. Als Franklin Jay und Adams aus Madrid und Amsterdam zu sich nach Paris beorderte, verdichtete sich der Argwohn zur Realität. Bereits im April 1782 hatte Franklin dem neuen britischen Unterhändler in Paris, Oswald, eröffnet, daß die Möglichkeit zu einem schnellen Verständnis zwischen den amerikanischen Staaten und Großbritannien bestünde – und zwar trotz aller Bündnisverpflichtungen gegenüber Frankreich –, wenn nur England den Amerikanern die völlige Unabhängigkeit, eine großherzige Grenzziehung und vielleicht sogar das Recht auf Kanada gewähre. Zugleich verstand es Franklin, alle Nuancen des europäischen und damit auch des französischen Zeitgeistes auszunützen, indem er schon

frühzeitig deklamierte: »Wir kämpfen für die Würde und das Glück der Menschennatur!«[10]

Unter dem Druck Jays und Adams' entschloß sich Franklin schließlich zu mehr oder weniger geheimen Verhandlungen mit den Briten. Aber schon am 30. November 1782 unterzeichneten die Vereinigten Staaten und England einen berühmt gewordenen Präliminarfrieden.

Dem englischen Premier Lord Shelburne, überzeugt von den »Grundsätzen« des Naturrechts und von den Vorzügen einer freien Handelspolitik, war daran gelegen, die Amerikaner mittels eines großzügigen Friedens dem Bündnis mit Frankreich abspenstig zu machen.

Die Vereinigten Staaten errangen die volle Selbständigkeit. Kanada konnten sie zwar nicht ergattern, wohl aber ein riesiges Hoheitsgebiet, das sich vom 31. Breitengrad im Süden, also der Nordgrenze des spanischen Groß-Florida, bis zu den Großen Seen im Norden und im Westen bis zum Mississippi erstreckte. Darüber hinaus erhielten sie Fischereirechte an der Neufundlandbank, die für Massachusetts und Neu-England als lebenswichtig galten. Infolge der juristisch überaus unpräzisen Formulierung – Freiheit zum Fischen – handelten sie sich damit allerdings einen Streit mit Kanada ein, der sich über ein Jahrhundert hinziehen sollte. England verlangte schließlich vom Kontinentalkongreß, den Bundesstaaten nahezulegen, das inzwischen belegte Eigentum der königstreuen »Tories« an diese zurückzuerstatten. Die noch aus der Zeit vor der Revolution stammende Schuld einheimischer Amerikaner an englische Gläubiger – fünf Millionen Pfund – sollte von den letzteren selbst eingetrieben werden dürfen.

Der endgültige Friede von Paris wurde wegen der sich hinziehenden Verhandlungen zwischen England, Frankreich und Spanien erst am 3. September 1783 unterzeichnet. Was die Vereinigten Staaten betraf, folgten seine Bestimmungen genau dem Präliminarfrieden. Die amerikanischen Diplomaten in Paris, die – ungeachtet ihrer vorgeblichen Abneigung gegen das Ränkeschmieden – mit ihrem Intrigenspiel zwischen Frankreich und England ihrem Staatenbund ein Großreich, ein Empire gewonnen hatten, hatten ganze Arbeit geleistet. Laut dem amerikanischen Historiker Samuel Flagg Bemis war dies der

[10] Paul A. Varg, *Foreign Policies of the Founding Fathers.* Penguin Books, Baltimore, 1970, S. 3

»... größte Sieg in den Annalen der amerikanischen Außenpolitik«.[11]

Es darf ohne Übertreibung festgestellt werden, daß die größten und erfolgreichsten Diplomaten Amerikas in der Frühzeit der USA tätig waren. Männer vom Format Franklins, Jays und John Adams', in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch John Quincy Adams' und Daniel Websters, sucht man im 20. Jahrhundert vergebens.

Doch nachdem die Unabhängigkeit erkämpft worden war, verdüsterte sich die Lage für den amerikanischen Staatenbund zusehends. In England wurde Premierminister Shelburne gestürtzt. Seine liberale Haltung gegenüber den ehemaligen Kolonien, gestützt auf eine aufgeschlossene Handelspolitik, wurde nicht fortgesetzt. Der Merkantilismus regierte wieder, nicht zuletzt unter dem berühmten William Pitt. Dazu kam noch, daß die Briten sich weigerten, ihre Stützpunkte am Champlain-See im nördlichen New York bis zum Michigansee im Westen den Amerikanern zu übergeben, wie im Frieden von 1783 festgelegt. Von den Engländern unterstützt, gelang es den indianischen »Sechs Völkern«, sich in dem Raum zwischen dem Ohiofluß, den Großen Seen und dem Mississippi als Kernbevölkerung gegen die weißen Siedler zu behaupten. Auch das war ein Dorn im Auge der neuen Regierung.

Die Spanier weigerten sich, den Amerikanern die freie Schifffahrt auf dem Mississippi und ungehindertes Stapelrecht in New Orleans zu gestatten. Schließlich benahm sich Frankreich seinem alten Bundesgenossen gegenüber auch recht störrisch. Selbst der frankophile Thomas Jefferson, 1784 nach Paris entsandt, tat sich schwer, die merkantilistischen Handelshemmnisse der Franzosen zu beseitigen. Die himmelhohen Staatsschulden taten das ihre, die Wogen in Politik und Handel nicht abflauen zu lassen. Außerdem gefiel sich Paris in der Rolle des großen Bruders, der den nordamerikanischen Klientenstaat mit Recht zu ermahnen und zum eigenen Wohl zu gebrauchen können glaubte.

Sehr bald erkannten die amerikanischen Spitzenpolitiker, darunter Washington, Hamilton, Madison, Adams und Jefferson, die Notwendigkeit, die in der Natur eines Staatenbundes gegebenen Schwächen beseitigen zu müssen.

---

[11] Samuel Flagg Bemis / Boemisch /, *The Diplomacy ofthe American Revolution.* Indiana University Press, Bloomington, 1957, S. 256

Zwei noch vom Kontinentalkongreß ausgearbeitete Erlasse verdienen Erwähnung: Die Landverordnung von 1785 und die Nordwestverordnung von 1787. Die Landverordnung erweckte den Anschein eines grenzenlosen Optimismus und Expansionismus, da sie das im Frieden von 1783 gewonnene Nordwestterritorium – ungefähr das heutige Ohio, Indiana, Illinois, Wisconsin und Michigan – rasterartig in als Towns bezeichnete Flächeneinheiten von 6 x 6 Meilen Größe, also in ca. 100 qkm aufteilte, obgleich die Engländer alle strategisch wichtigen Punkte weiterhin besetzt hielten und die Mehrzahl seiner Einwohner Indianer waren, die weder im Pariser Frieden noch in den späteren englisch-amerikanischen Abmachungen konsultiert worden waren. Die Nordwestverordnung verbot die Sklaverei in diesen Gebieten und bestimmte, daß dort nicht weniger als drei, aber nicht mehr als fünf Staaten gegründet werden sollten. Diese neuen Staaten waren den ursprünglichen Dreizehn Staaten gleichgestellt und sollten dem Gesamtstaat zugelassen werden. Es liegt auf der Hand, daß das neue Reich die Ureinwohner bestenfalls als »artfremdes Gut« behandeln würde. Die erbarmungslose geometrische Landaufteilung erleichterte natürlich ihre Vertreibung und Ausmerzung. Ebenso die nach 1800 blitzartig einsetzende Besiedlung durch die Bleichgesichter und vor allem die bis dato unerhörte Bereicherung einer Handvoll gerissener Landspekulanten.

Der neue Staat und die alten Realitäten

Im ersten Regierungsjahr George Washingtons, 1789, feierte der amerikanische Geograph Morse die wiederbelebte Vision: »... / Historisch / ist die Idee des Imperiums von Osten nach Westen gewandert. Sein letzter und ausgedehntester Wohnsitz wird wahrscheinlich Amerika sein ... Die Zeit ist nicht weit entfernt, in welcher das amerikanische Reich Millionen Seelen westlich des Mississippi umschließen wird ...«[12]

Ähnliche Träume müssen die Herzen der Großen, der Gründerväter erfüllt haben.

Die Schwierigkeiten häuften sich. Geschäftsleute bestürmten den Kongreß, die Bundesartikel zu ändern und ihre Rechte zu stärken. Wirtschaftlich stak das Land in einer Krise. Außenpoli-

---

[12] Richard Van Alstyne, *The Rising American Empire*. Quadrangle Books Chicago, 1965, S. 69

tisch war es unmöglich, die Vorzüge des Pariser Friedens und des den »Vereinigten« Staaten zugefallenen Riesenreiches zu nützen, solange keine zentrale Exekutive und keine Befugnis, Bundessteuern und -zölle zu erheben bestand, solange dem Innen- und Außenhandel nicht direkt geholfen werden konnte, solange es keine Bundeswehr gab, solange die dreizehn unabhängigen Hoheitsgebiete des Bundesstaates jeglichen Vertrag lediglich zu ihrem eigenen Nutzen auslegten.

Wie erwähnt, dachte die Mehrzahl der Verantwortungsbewußten Männer, die für eine Änderung der Bundesartikel plädierten, nicht daran, sie gänzlich abzuschaffen. Es ist der geschickten Steuerung der Ereignisse durch Hamilton, Washington, Madison & Co. zu verdanken, daß bereits 1787 eine völlig neue, staatsrechtliche Verfassung das Licht der Welt erblickte. Die Stadien waren etwa die: 1785 trafen sich Delegierte aus Maryland und Virginia auf Washingtons Landsitz ›Mount Vernon‹, um die Schiffahrt am Potomacfluß und an der Chesapeake-Bucht zu regeln. Sie beriefen eine Konferenz nach Annapolis für 1786, die von Vertretern von fünf Staaten beschickt wurde. Alexander Hamiltons Vorschlag, fürs kommende Jahr eine Tagung sämtlicher Bundesstaaten in Philadelphia anzuberaumen, wurde angenommen. Diese Konferenz sah 55 Delegierte aus zwölf Staaten, mit der Ausnahme des unabhängig gesinnten Rhode Island, unter dem Vorsitz Washingtons vor. In Geheimsitzungen arbeitete sie eine völlig neue Verfassung aus, die auch heute noch auf den folgenden Prinzipien fußt:

Einen zentral geeinigten Bundesstaat – also keinen Staatenbund – mit Gewaltenteilung auf drei Ebenen: der Exekutive, der Legislative und der Judikative, die allesamt von den sogenannten »checks and balances« zusammengehalten und funktionsfähig gemacht werden sollten, und einer den Nutzen der kleineren und größeren Bundesstaaten mehr oder weniger ausgleichenden Zwei-Kammer-Gesetzgebung. Der Schutz des Eigentums und die Freiheiten des einzelnen hatten hohe Priorität. Ebenso die unumstößlichen Garantien für die Privilegien einer begüterten Minderheit. Das englische Gewohnheitsrecht, das sich im Gegensatz zum europäischen Kontinentalrecht römischer Prägung im wesentlichen auf historisch beeinflußte Präzedenzentscheidungen aufbaut, wurde beibehalten. Die Indianer wurden offen als Fremdlinge, die Neger verschleiert als verkäufliches Gut bezeichnet.

Als für das 20. Jahrhundert entscheidend erweisen sich zwei Umstände:

1. die Machtballung im Präsidentenamt. Seine Befugnisse als Staatsoberhaupt sind außerordentlich. Er ist absoluter Regierungschef. Die Kabinettsmitglieder sind nur ihm verantwortlich und zwar auf Gedeih und Verderb, und er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

2. Die staatlich immer bedenklicher werdende Form der Verfassung, die nach dem Ende des Bürgerkrieges 1865 wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch immer mehr ins Undemokratische abglitt. Verwiesen sei hier nur auf die vielen ungelösten Probleme wie die Masseneinwanderung zahlloser Entwurzelter, die durch die Industrierevolution mit rasant zunehmenden sozialen Gegensätzen durch die Massengesellschaft und durch die Zwei-Parteien-»Ordnung« entstanden sind. So kommt es, daß der zahlenmäßig unterlegene Kandidat bei der Wahl im Jahr 2000 das Präsidentenamt durch die Entscheidung des Obersten Bundesgerichtshofes doch zugewiesen erhielt.

Aber zurück zum Jahre 1787. Die neue Verfassung wird von elf Bundesstaaten angenommen, North Carolina und Rhode Island stimmen 1789 bzw. 1790 zu. Die potentiell gefährlichsten Streitfragen werden in der Urkunde jedoch gar nicht erwähnt.

Die Urheber versprechen, die wichtigsten Bürgerrechte und bundesstaatlichen Befugnisse in einer Bill of Rights genauer zu präzisieren. Das Versprechen wird 1791 eingelöst.

George Washington wird Präsident. Obgleich er Jefferson zum Außenminister ernannte, war es Finanzminister Hamilton, der die Hauptlinien der amerikanischen Außenpolitik bestimmte. Dies nicht allein deswegen, weil der Präsident ihm wohlwollend gesinnt war. Hamiltons Finanzprogramm, in dessen Rahmen 1791 die »Erste Bank der Vereinigten Staaten« zur Förderung der Industrie gegründet wurde, hatte auch wichtige außenpolitische Aspekte: (a) Die Bundesregierung erklärte sich für die Revolutionsschulden der einzelnen Staaten verantwortlich; (b) sie fundierte die Staatsschuld voll; (c) sie entschloß sich, die an die Gläubiger im Ausland rückständige Staatsschuld abzuzahlen. Der Finanzminister erhoffte ein entsprechendes lukratives Echo von seiten der Großfinanz. Vor allem der englischen. Die für diese Maßnahmen erforderlichen Gelder entnahm er aus Einfuhrzöllen und aus Steuern auf ausländische Schiffe, die in amerikanischen Häfen ankerten, was wiederum den einheimischen Schiffsbau ankurbeln sollte.

Die Hamiltonsche Finanzplanung erregte sofort Widerspruch, vor allem unter den Agrariern des Südens, die traditio-

nell auf die englischen Finanzmärkte angewiesen waren und den Abschluß von Handelsverträgen mit anderen europäischen Staaten gerne gesehen hätten. Angeführt von Außenminister Jefferson – den Hamiltons starke Ellbogen-Politik im Kabinett mit Recht brüskierte – und unterstützt von dem späteren Präsidenten Madison, entstand die (Alte) Republikanische Partei in Gegnerschaft zu Hamiltons und Aaron Burrs Föderalisten. Die letzteren wurden von den Kaufleuten und Fabrikanten der Nordostküste getragen und befürworteten engere Beziehungen mit England. Jeffersons Republikaner entstammten der Pflanzer-Aristokratie und den Grenzsiedlern im Süden und Westen. Sie liebäugelten mit Frankreich.

Inzwischen war die französische Revolution ausgebrochen, die sich immer blutiger gestaltete. Als 1793 erneut ein ›Weltkrieg‹ zwischen dem diesmal revolutionären Frankreich und einer von Großbritannien angeführten Koalition ausbrach, erließ der Präsident am 22. April d.J. eine vom Kabinett einstimmig angenommene Neutralitätserklärung. Ungeachtet der amerikanischen Nichteinmischungsdoktrin suchten die Kriegführenden selbstverständlich überall den größtmöglichen Vorteil. Der Gesandte der französischen Republik, Genet, ließ in den USA 14 Hilfskreuzer ausrüsten, die in Kürze mehr als 80 englische Schiffe kaperten, und zwar oftmals innerhalb der Drei-Meilen-Zone. Ein offener Bruch der Neutralitätsbestimmungen. Die Engländer ihrerseits kaperten über 250 amerikanische Frachtschiffe auf hoher See. Den Präsidenten Washington müssen damals wohl ähnliche Gefühle bewegt haben, wie sie Friedrich Schiller in seinem Gedicht »Der Antritt des neuen Jahrhunderts« so ausdrückte:

»Zwo gewalt'ge Nationen ringen
Um der Welt alleinigen Besitz;
Aller Länder Freiheit zu verschlingen,
Schwingen sie den Dreizack und den Blitz ...«

Dieser Zustand dauerte – mehr oder weniger – bis 1991 an, um dann allerdings von noch Schlimmerem abgelöst zu werden.

Washington und Hamilton entsandten John Jay auf eine Sonderkommission nach London, um den drohenden Krieg mit England noch in letzter Minute zu verhindern. Im November 1794 schloß Jay einen Vertrag mit Großbritannien, der im wesentlichen besagte: a) Die Briten übergeben ihre Forts im Nordwestterritorium an die Amerikaner, b) sie beenden ihre Unterstützung der Indianervölker längs des Ohioflusses, c) die Ame-

rikaner erhalten Vergünstigungen im Handel mit den westindischen Inseln und werden zum Handel mit Englisch-Ostindien zugelassen. Im Gegenzug konzidierte Jay einige Vorteile auf dem Gebiet der neutralen Schiffahrts-Rechte. Im ganzen stellte der Vertrag einen ziemlichen Erfolg für die USA dar. Es war ihnen eine Atempause von etwa 15 Jahren vergönnt, während derer sie sich flächenmäßig gewaltig ausdehnen und stärken konnten, um auf den englisch-amerikanischen Krieg von 1812 besser vorbereitet zu sein.

Im Oktober 1795 schlossen die USA einen ähnlichen Vertrag mit Spanien. Pickney, der amerikanische Verhandlungsführer, erreichte die folgenden schon seit dem Unabhängigkeitskrieg angestrebten Konzessionen: a) freie Schifffahrt auf dem Mississippi, b) ungehindertes Stapelrecht in New Orleans, c) Nordgrenze des spanischen Groß-Florida entlang des 31. Breitengrades. Dieser Vertrag gab einerseits dem spanischen Minister Don Manuel de Godoy freie Hand für einen Friedensvertrag mit Frankreich, ohne einen englisch-amerikanischen Angriff auf Spaniens Kolonien befürchten zu müssen. Andererseits ermutigte er die U.S.-amerikanischen Siedler dazu, noch habgieriger über die Grenzen Floridas, von der Mississippimündung bis Georgia, zu strömen, um auf spanischem Hoheitsgebiet »unabhängige« Republiken auszurufen, die alsbald von den USA annektiert werden konnten, wie es dann 1810 und später auch geschah.

Nach einem tatenreichen Leben zog sich Präsident Washington auf seinen Landsitz Mount Vernon zurück. Er versäumte nicht, zwei monumentale Leitbilder – bzw. politische Präzedenzen – zu hinterlassen: a) Ihm – und fast allen seiner Nachfolger – schien es klug und angebracht, mit zwei Amtsperioden von je vier Jahren vorlieb zu nehmen. F. D. Roosevelt machte 1940 und 1944 die eklatante Ausnahme, indem er sich auf Lebenszeit viermal ins Weiße Haus wählen ließ und sich damit – wie wir noch sehen werden – zu einem in der Menschheitsgeschichte weltrevolutionären und weltzerstörerischen Cäsaren aufschwang. b) Er formulierte seine berühmte Abschiedsbotschaft, die sogenannte Farewell Address, die bereits in der Einleitung untersucht worden ist und worauf verwiesen werden darf. Es sei noch erwähnt, daß sie sich im Rahmen der damaligen amerikanischen Tradition der betonten Außenhandelspolitik und der Neigung gegen bleibende Bündnisse mit dem Ausland bewegte. John Adams' »Mustervertrag« und die Schriften des Exilengländers Tom Paine seien in diesem Zusammenhang besonders hervorge-

hoben. Washingtons von Hamilton redigierte Warnung: »... Gegen die tückische List des Fremdeinflusses ... muß der Mut eines freien Volkes *ständig* hellwach gewappnet sein«, gilt auch heute noch. Freilich kann nur ein freies Volk so handeln.

1796 wurde Adams mit knapper Mehrheit zu seinem Nachfolger gewählt. Jefferson – obgleich der Führer der Opposition – wurde nach dem damaligen Verfassungsrecht zum Vizepräsidenten bestellt, da er immerhin auf Platz zwei gelandet war. Im selben Jahr entschloß sich die französische Republik, die englische Hochseepolitik nachzuahmen und neutrale Handelsschiffe, die nach ihrer Meinung Konterbande mit sich führten, aufzubringen. Bis zum Juni 1797 kaperten die Franzosen 316 amerikanische Schiffe in der Karibik. Als Präsident Adams daraufhin drei amerikanische Unterhändler nach Paris entsandte, entwickelte sich die berüchtigte »X, Y, Z-Affäre«. Im Auftrag des Außenministers Charles Maurice de Talleyrand – einst Bischof von Autun und einer der verschlagensten, wenngleich erfolgreichsten Diplomaten in der europäischen Geschichte – unterbreiteten französische Agenten den Amerikanern den Wunsch, Talleyrand eine »Subvention« zu zahlen und dem französischen Staat eine großzügige Anleihe zu gewähren. Die Amerikaner lehnten ab und verhandelten monatelang erfolglos in Paris. Hoch schlugen die Wogen der Entrüstung in den USA. 1798 erließ der Kongreß mehrere Gesetze, die einem »Quasikrieg« mit Frankreich nahe kamen. Die Amerikaner erklärten sämtliche Verträge mit den Franzosen für null und nichtig, errichteten ein Marineministerium und ließen neue Kriegsschiffe bauen. Innerhalb zweier Jahre wurden 85 französische Kriegsschiffe versenkt oder gekapert. Schließlich streckte Talleyrand die Friedenspalme aus. Napoleon Bonaparte war aus Ägypten – obwohl seine Flotte in Aboukir von den Briten völlig vernichtet wurde, mit Ruhmeslorbeeren bedeckt – zurückgekehrt und riß am 18. Brumaire die Macht an sich. Er hieß sich nun Erster Konsul. Napoleon und Talleyrand, beide waren darauf erpicht, das verblaßte französische Weltreich in altem Glanz wieder herzustellen. Im Geheimvertrag von Ildefonso im Jahr 1800 vereinbarten Frankreich und Spanien ein Tauschgeschäft. Napoleon versprach den Spaniern das Herzogtum Toskana und heimste dafür das Riesengebiet Louisiana in Nordamerika ein. Ein echter Kuhhandel der Weltgeschichte! In wenigen Jahren sollte Napoleon Louisiana an den Präsidenten Jefferson weiterverkaufen. Die noch offenstehenden Zahlungen für die von französischen Kreuzern ange-

richteten Schäden wurden von den USA übernommen, und die Amerikaner versicherten wohlwollende Neutralität im Krieg Frankreich gegen England. Alles löste sich in Wohlgefallen auf, mit dem Abgang Adams' auch die föderalistische Amtsperiode.

Machtwechsel und erneute Expansion

Thomas Jefferson – Pflanzer aus Virginia, Sklavenhalter, Diplomat und Amateurarchitekt – war, wie viele seiner Zeitgenossen, ein überzeugter Expansionist. Wie schon erwähnt, erträumte er den Tag, an dem amerikanische Siedler ganz Nord- und Südamerika überschwemmen würden. Sein besonderes Augenmerk richtete er auf das spanische Groß-Florida, Kuba und auf die Möglichkeit eines den Atlantik mit dem Pazifik verbindenden Kanals in Mittelamerika. 1801 wurde er zum Präsidenten gewählt. Sogleich ernannte er seinen Landsmann Madison zum Außenminister und den Schweizer Albert Gallatin zum Finanzminister. Sodann ließ er bei Talleyrand über den Aufkauf des Louisianagebietes sondieren. Um seinem Verlangen Nachdruck zu verleihen, sandte er 1803 James Monroe nach Paris. Der U.S.-Kongreß sekundierte seinem Präsidenten mit der Drohung, 80.000 Milizsoldaten zu den Waffen zu rufen. Die Entscheidung fiel in der Karibik. Napoleons Expedition nach Haiti war mißglückt. Sein Heer von 30.000 Mann schwand dahin. Es wurde Opfer des tropischen Gelbfiebers und des Partisanenkrieges der ansässigen Neger, angeführt von Toussaint L'Ouverture. Wohl noch wichtiger war, daß ein erneuter Krieg zwischen Frankreich und Großbritannien auszubrechen drohte. Napoleon sagte zu, und am 30. April 1803 unterschrieben die amerikanischen Unterhändler den Kaufvertrag über Louisiana für 15 Millionen Dollar. Nun war es Jefferson, der zögerte. Er hatte verfassungsrechtliche Bedenken. Doch der Senat ratifizierte. Mit der offiziellen Übernahme von über 828.000 Quadratmeilen – ungefähr 2.200.000 qkm –, verdoppelten die USA ihr ohnehin schon ansehnliches Hoheitsgebiet.

Von 1804 bis 1806 entsandte Jefferson die berühmte, von Meriwether Lewis und William Clark angeführte Expedition, die über die Rocky Mountains bis zum Pazifik vordrang. Dadurch entstand der amerikanische Anspruch auf das Oregongebiet, sehr zum Ärger Großbritanniens und Rußlands, die ihrerseits Rechte geltend machten.

Der bekannte deutsche Einwanderer Johann Jakob Astor aus Waldorf in Baden, gründete 1808 mit des Präsidenten Unterstützung die American Fur Company. Der Plan war, eine 3000 km lange Stützpunktkette von St. Louis bis zum Stillen Ozean zu errichten, um der vom Norden heraneilenden englischen Hudson's-Bay-Company möglichst zuvorzukommen.

Jeffersons zweite Amtszeit (1805–1809) wurde von dem sich zuspitzenden Festlandkrieg zwischen England und Frankreich überschattet. Im Oktober 1805 schickte Admiral Nelsons Flotte bei Trafalgar die kombinierte spanisch-französische Kriegsflotte auf den Grund des Meeres und bestärkte dergestalt die Weltherrschaft Britanniens zur See. Kaum zwei Monate später triumphierte Bonaparte in der Dreikaiserschlacht von Austerlitz in Mähren, die ihn zum Herrn des Kontinents machte. Die Engländer blockierten die Küste des napoleonischen Europa, was die amerikanische Handelsflotte – die inzwischen zum größten neutralen Handelsträger der Erde angeschwollen war – zwang, in englische Häfen einzulaufen und dort Tribut zu entrichten. Napoleon antwortete mit den Erlassen von Berlin und Mailand, die jedem Schiff, das sich den englischen Befehlen fügte, mit Beschlagnahme drohte. Vollends wollte er sich mit einer Kontinentalsperre rächen, um das ganze europäische Festland dem englischen Handel zu verschließen. Der Zuwiderhandlung britischer Interessen folgte die brutale Zerstörung Kopenhagens 1807 durch die englische Flotte. Der Zuwiderhandlung napoleonischer Interessen folgte die unglücksgeweihte Invasion Rußlands 1812.

Die sogenannte *Impressments* – die Bemächtigung Tausender amerikanischer Matrosen britischer Geburt und ihr unmenschlicher Einsatz auf englischen Schiffen – wie auch die unerklärte Blockade amerikanischer Häfen erregte die Gemüter in den USA. 1807 ereignete sich der Chesapeake-Leopard-Vorfall. Bei Hampton Road vor der Küste Virginias überfiel ein englisches Kriegsschiff eine amerikanische Fregatte aus heiterem Himmel. Die Amerikaner verzeichneten drei Tote und acht Schwerverletzte und mußten vier englische Deserteure von Bord geben. Präsident Jefferson blieb dennoch weiterhin entschlossen, sich nicht in den Krieg hineinziehen zu lassen. Nach eigenem Gutdünken erließ der Kongreß nunmehr eine Reihe von Gesetzen, wie das Nicht-Einfuhr-Gesetz von 1806 und das Embargo-Gesetz von 1807 – die den Handel Amerikas mit Europa hemmen sollten, tatsächlich aber Neu-England weit mehr schädigten als den Gegner Alt-England.

1810, bereits unter dem Präsidenten Madison, folgte der Macons Gesetzentwurf No. 2. Er sah vor, daß, sollte England seine Blockade oder Frankreich seine Gegenblockade aufheben, nur noch der Nicht-Handelnde mit einem Handelsembargo seitens der USA zu belegen sei. Schlauerweise versprach Napoleon, die Kontinentalsperre für die Amerikaner zu lüften, um damit das englisch-amerikanische Verhältnis zugunsten Frankreichs zu belasten.

Die Stimmung in den USA verlagerte sich endgültig gegen Großbritannien durch einen weiteren Zwischenfall zur See, den sogenannten President-Little Belt-Incident, wie auch durch die Schlacht von Tippecanoe vom November 1811, in welcher General William Henry Harrison die von dem genialen Tecumseh aufgewiegelten Indianer schlug. Die jungen »Falken« im Kongreß, darunter Clay aus Kentucky und Calhoun aus Süd-Carolina, witterten sogleich eine englische Verschwörung, waren sie doch auf die Eroberung Kanadas erpicht und erhofften vielleicht auch noch Florida einstreichen zu können. Am 18. Juni 1812 folgte der Kongress den Weisungen Madisons und erklärte England, wenn auch mit knapper Mehrheit, den Krieg. Im ganzen verlief der Krieg unglücklich für die Amerikaner. Die Invasion Kanadas wurde von den Engländern mit einem Gegenschlag beantwortet, der nur mühsam durch Kapitän Perrys Sieg auf dem großen Eriesee, Gen. Harrisons Wiedereroberung Detroits und durch den Tod Tecumsehs abgewendet wurde. Die Engländer brannten die neue Hauptstadt Washington nieder, erlitten aber durch General Andrew Jackson eine Niederlage bei New Orleans. Lord Castlereagh hatte auf dem etwa gleichzeitig stattfindenden Wiener Kongreß Wichtigeres zu tun, als sich mit den USA herumzuschlagen. Napoleon auf Elba und die sich wie angekettete Promethaen gebärdenden Bonapartisten waren ihm wichtiger.

So kam der Friede auf der Basis des Status quo ante bellum zustande, wobei die Fragen der nördlichen Mississippigrenze und der Fischereirechte vor der Neufundlandbank erst gar nicht erwähnt wurden.

Wenn auch scheinbar ergebnislos, bezeichnet der Krieg von 1812 doch einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte Amerikas. Er stärkte den Nationalismus der ehemals unabhängigen 13 Bundesstaaten, schweißte also die Bevölkerung noch mehr zusammen und gab den Vereinigten Staaten eine Atempause von 32 Jahren, in denen sie bevölkerungsmäßig, wirtschaftlich und vor allem ideo-

logisch eine weitere Etappe in ihrem rasanten Wachstum durchschritten – bis dann der Oregonstreit und der mexikanisch-amerikanische Krieg erneut ernsthafte Konflikte mit Großbritannien heraufbeschworen. Nach 1814 kamen die folgenden Staaten zu den USA hinzu: Indiana (1816), Mississippi (1817), Illinois (1818), Alabama (1819); Missouri, jenseits des Mississippiflusses, wurde 1820 in einem Kompromiß zum Bund zugelassen. Missouri durfte sich Sklaven halten, doch in der übrigen Zone nördlich von 36° 30' nördlicher Breite also in dem gesamten von Napoleon erworbenen Louisiana-Gebiet blieb die Sklaverei verboten.

Die Bevölkerung der USA verdreifachte sich von 8.419.000 im Jahre 1815 auf 22 Millionen. Den Ureinwohnern des Riesenraumes erging es genau umgekehrt. Je mehr neue Bundesstaaten hinzukamen, desto mehr Indianerstämme fielen Schritt für Riesenschritt der Vernichtung anheim. Vor allem im Nordwestterritorium in Ohio, Indiana, Illinois usf. und im neu erschlossenen Süden wurden Hunderte Verträge von den Bleichgesichtern gebrochen und die einheimische Bevölkerung grausam aus der Heimat vertrieben – obwohl sie seit ehedem dort gelebt hatte. – Zunächst am Mississippi zusammengetrieben, dann die Überlebenden westlich des Mississippi abgeschoben, später im Indianergebiet »Oklahoma« konzentriert und schließlich mit der Gründung des weißen Staates Oklahoma vollends zerstreut, ausgelöscht und liquidiert. Der vollendete Genozid.

Militärs und Politiker beteiligten sich führend am Völkermord, wie z. B. der durchaus beliebte General und spätere – Präsident Andrew Jackson sowie die im Sezessionskrieg so bekannt gewordenen Generale Custer, Sherman, Sheridan u.a. Das Empörende ist, daß diese skrupellosen Massenmörder heute noch offiziell vieltausendfach geehrt, daß Schulen und Straßen nach ihnen benannt und Milliarden Geldscheine mit ihren Konterfeis geziert werden. Macht ist Recht.

Weiterhin wurden erhebliche Teile von Groß-Florida eingeheimst, das damals weit über die Grenzen des heutigen Bundesstaates hinausreichte. Schon 1810 lehnten sich U.S.-amerikanische Siedler in Groß-Florida gegen die spanische Herrschaft auf, erstürmten das Fort Baton Rouge am Mississippi und riefen die Republik West-Florida aus. Sofort erklärte der Präsident Madison ganz West-Florida zu einem Teil der Vereinigten Staaten. Im Krieg von 1812 besetzten amerikanische Truppen Mobile (das spätere Alabama) und rückten bis zum Perdidofluß vor. – Ein kräftiger Gebietszuwachs der USA.

Stück um Stück, mit viel Glück

Nach dem Unentschieden im Krieg von 1812 steigerten sich England und die USA in ein Flottenwettrüsten auf den Großen Seen. Da beide es sich nicht leisten konnten, schlug Präsident Monroe – der Nachfolger Madisons –, Unterhandlungen vor, die 1817 zum Rush-Bagot-Abkommen führten. Beide Mächte verpflichteten sich, nur je ein Kriegsschiff auf dem Champlain- und dem Ontariosee beizubehalten, auf allen anderen großen Seen zwei. Die Landbefestigungen blieben und wurden erst 1871 beseitigt.

Der fähige und geopolitisch weitschauende Außenminister Monroes, John Quincy Adams – Sohn des föderalistischen Präsidenten John Adams und als Vierzehnjähriger Sekretär des amerikanischen Abgesandten in St. Petersburg – erzielte drei diplomatische Volltreffer: a) die Konvention von 1818 mit England; b) das Adams-Onís-Abkommen und c) die Monroedoktrin.

Die Konvention von 1818 regelte die Grenzziehung im Nordwesten des Louisiana-Raumes. Da Großbritannien von seinem Anspruch auf das Becken des Columbiaflusses nicht abrücken wollte, wurde die Grenze vom Lake of the Woods im nördlichen Minnesota, entlang des 49. Breitengrades bis hin zum Felsengebirge gezogen. Das Oregongebiet sollte auf zehn Jahre und länger der Besiedlung sowohl durch Briten als auch Amerikaner offen bleiben. Außerdem erreichten die Amerikaner die »Freiheit, ... für immer« vor der Neufundlandbank und der Küste Labradors zu fischen.

Wie schon angedeutet, wurde das spanischen Groß-Florida von den USA zuerst angeknabbert und dann völlig verschluckt. Kurz darauf teilten die USA Amerika mit Spanien im Adams-Onís-Vertrag von Februar 1819 auf. Nach mehreren Grenzüberschreitungen und Aggressionen von seiten der Vereinigten Staaten tat der uns bekannte General und Indianertöter Andrew Jackson – der Sieger von Neu Orleans und spätere Präsident – im März 1818 den wichtigsten Schritt: Mit 3000 Mann raste er über die U.S.-spanische Grenze und besetzte innerhalb von zwei Monaten fast sämtlich Niederlassungen der Spanier in Florida, mit Ausnahme St. Augustins. Er riß die Provinzhauptstadt Pensacola an sich, beschlagnahme das königliche Archiv, setzte einen seiner Obristen als Gouverneur ein und erklärte das U.S.-amerikanische Recht für das ganze Gebiet als alleingültig. Im Laufe dieser – angeblich gegen die Seminole-Indianer gerichteten –

Strafexpedition traf Jackson auf zwei Untertanen des englischen Königs, den gütigen, 70-jährigen schottischen Faktoreileiter Arbuthnot und den Leutnant der Königlichen Marineinfanterie a.D. Armbrister. Beide ließ er wutschäumend hinrichten, da er sie der Verschwörung mit den Indianern bezichtigte. Arbuthnot wurde gehenkt, der Leutnant erschossen. Mit glorreichen Aggressionslorbeeren geschmückt – und bis heute geehrt – kehrte Jackson heim. Es wurde zwar eine Kongreßuntersuchung eingeleitet, doch die vorgesehene Verurteilung seiner Missetaten verlief sich wegen seiner Beliebtheit im Sande. Präsident Monroe und sein Kriegsminister Calhoun hatten schon vorher ihre stillschweigende Zustimmung erteilt. Pro forma wurde die Kolonie an Spanien zurückgegeben.

Doch das schlechte Beispiel blieb. Monroe, Calhoun und Jackson hatten nicht nur die Spanier, sondern auch den amerikanischen Kongreß – der verfassungsmäßig allein für die Kriegserklärung zuständig ist – überrollt. Auf diesen Präzedenzfall gestützt, konnten von nun an die Präsidenten den Kongreß großzügig übergehen und den Staat wie auch die Nation in einen unerklärten Krieg hineinmanövrieren und »feindliche« Staaten, Völker, Bewegungen oder Terroristen der Aggression bezichtigen, die in den allermeisten Fällen natürlich nur mit Blut zu dämmen war. Schlag auf Schlag folgten nun die Angriffe auf Mexiko 1846, Spanien, Kuba und auf die Philippinen 1898, es schlossen sich an die Einmischung in den europäischen Krieg, die zahllosen Aggressionen gegen Lateinamerika 1812–2008, der mit Absicht heraufbeschworene Zweite Weltkrieg in Europa und in Asien, der Indochinakrieg und die Angriffspolitik L. B. Johnsons, die unlauteren grundlosen Kriegshandlungen gegen Kuba, Grenada, Panama, Libyen, den Sudan, Afghanistan, der rollende Krieg gegen die Zivileinrichtungen der Zivilbevölkerung Iraks, Kosovos und Serbiens, um nur die wichtigsten Fälle aufzuzählen.

Nun muß die Frage gestellt werden: Was für eine Befähigung eignet jene – Generale, Senatoren, Gouverneure –, die sich um das weltbewegende Amt des Obersten Befehlshabers, Regierungschefs und Staatsoberhauptes – man könnte auch sagen, des konstitutionellen »Diktators«, kurzum um das Präsidentenamt bewerben? Hauptsächlich wohl, um der alleinige Triumphator zu sein, der in einer Auslesekampagne – Wahlkampagne kann man spätestens seit 1912/16 kaum mehr sagen – an Skrupellosigkeit, Machtanwendung, Korruption und – je länger, desto unbe-

grenzter – an Geldausgaben nichts zu wünschen übrig läßt, wie im November 2000 nochmals bewiesen.

Nach einer geglückten Amtseinführung darf sich dann die gesamte Erde dieser Begabungen erfreuen. Wundert es jemanden, daß Thomas Jeffersons Grabstein über seine Präsidentschaft sich ehern ausschweigt?

1818 wurden die Proteste des spanischen Gesandten Don Luis de Onís von John Quincy Adams kaltschnäuzig abgewiesen. Das morsche spanische Kolonialreich hatte gute Miene zu bösem Spiel zu machen. Im Adams-Onís-Vertrag vom 22. Februar 1819 erhalten die Vereinigten Staaten West- wie auch ganz Ostflorida, müssen jedoch auf Texas verzichten.

Während das Adams-Onís-Abkommen auf den militärischen Abenteuern Präsident Monroes und General Jacksons fußte – und somit weitere Eroberungen nicht ausschloß – kleidete sich die »Monroedoktrin« von 1823 in das Gewand diplomatischer Entrüstung gegenüber der Möglichkeit, die reaktionären europäischen Regimes könnten auf lateinamerikanische Gefilde übergreifen; schließlich hatten sich die spanischen Truppen von dort bereits im wesentlichen abgesetzt. Erst jetzt erteilte Monroe den neuen Republiken wie La Plata, Chile, Peru, Neu-Granada und Mexiko die formelle Anerkennung. Es galt, das seit 1809 erzielte englische Handelsmonopol durch verstärkte amerikanische Handelsverbindungen mit Lateinamerika zu unterlaufen. Andererseits wurde Canning Nachfolger Castlereaghs im englischen Außenministerium, vom Schreckgespenst einer französischen Expansion nach den früheren spanischen Kolonien verfolgt. Also suchte er vorerst ein gemeinsames englisch-amerikanisches Vorgehen. Seine Ängste verflüchtigten sich rasch, als Frankreich im »Polignac Memorandum« vom 9. Oktober 1823 jeglichen Expansionsgelüsten in Lateinamerika entsagte, was allerdings später Napoleon III. nicht daran hinderte, sehr aktiv in Mexiko einzugreifen. Die Amerikaner gingen daher alleine vor.

Die Monroe-Doktrin besagte im wesentlichen: a) Die europäischen Mächte haben jegliche weitere Kolonisierung Amerikas zu unterlassen. b) Die Vereinigten Staaten betrachten den gesamten amerikanischen Kontinent als ihre Interessensphäre. Einmischungen von außerhalb würden als unfreundlicher Akt, der Frieden und Sicherheit der USA bedrohen könnte, angesehen. c) Die Vereinigten Staaten verzichten ihrerseits auf Einmischungen in die Angelegenheiten Europas.

Die Doktrin richtete sich einmal gegen das zaristische Ruß-

land, das eine Ausdehnung seiner Besitzungen von Alaska aus bereits angekündigt hatte. Zum anderen war es ein Signal an die Heilige Allianz in Europa, die Loslösung fast ganz Lateinamerikas von Spanien und Portugal hinzunehmen. Im ganzen eine sehr zukunftsträchtige Erklärung für die ehrgeizigen USA, die in der Ausdehnung ihres Hoheitsgebietes bereits zur absoluten Spitze der Weltmächte vorgestoßen waren. Ihr »Verzicht« auf Europa bedeutete wenig, da sie damals weder militärisch noch technisch in der Lage gewesen wären, dort ihren Worten welterschütternde Taten folgen zu lassen. Sie erhielten viel und gaben nichts.

Amerika preschte vorwärts, nur vorübergehend vom politisch-moralischen Tiefpunkt seiner damaligen Geschichte, dem Sezessionskrieg, aufgehalten.

Denn wie schon der zaristische Gesandte in Washington, Baron Eduard de Stoeckl, später erläuterte: »In den Augen der Amerikaner ist dieser Kontinent ihr Erbteil. Es ist ihr Schicksal, sich ständig auszubreiten ...«[13]

---

[13] Man glaubt sich an die Worte König Ludwigs XIV. von Frankreich erinnert: »Sich zu erhöhen und zu vergrößern ist die lobenswerteste und angenehmste Beschäftigung der Souveräns ...«

KAPITEL III

VORSEHUNG, BRUDERZWIST UND WELTMACHT

Im Sommer 1845 taufte der Schriftleiter der »*Democratic Review*« die blitzschnelle, wie auch wilde Expansion der Vereinigten Staaten über die Breite des nordamerikanischen Festlandes in Richtung Pazifik »manifest destiny«, die »offenbarte Vorsehung«. »Die Vorsehung hat uns dazu ausersehen, den Kontinent in freier Entwicklung unserer sich jährlich vermehrenden Bevölkerung in Beschlag zu nehmen.« Die Frage war nur, wie weit sie sich ausbreiten sollten. Südlich bis über die Landenge von Panama? Westlich über den Stillen Ozean bis Japan, China, Arabien? Nach dem Venezuela-Vorfall von 1895 und dem spanisch-amerikanischen Krieg von 1898 wurde die Frage im 20. Jahrhundert dahingehend beantwortet, daß Amerika alle sieben Weltmeere zu beherrschen und wenigstens das Gros der von ihnen umschlossenen Festländer stützpunktartig zu besetzen und ideologisch-wirtschaftlich-militärisch zu überdecken hat.

Schließlich schrieb der bekannte Kommodore Perry – dem die »Öffnung« Japans 1853/54 gelang – schon ein Jahr vorher, nach der Eroberung Kaliforniens und der Eingliederung Oregons selbstbewußt: »Unser Volk wird ganz natürlich in den Wettkampf um das Weltreich (»contest for empire«) gezogen ...«

Betrachten wir das Auf- und Abwogen der geschichtlichen Entwicklung, angefangen mit dem Abschluß des Adams-Onís-Abkommens 1819 und der Monroe-Doktrin von 1823 – die beide sehr gezielt auf das Gebiet Lateinamerikas übergriffen – bis zum spanisch-amerikanischen Krieg von 1898, der den Eintritt der USA in die Reihe der weltimperialen Mächte besiegelte. Zuerst ein ganz kurzer Überblick:

Die nordost-kanadisch-amerikanische Grenzkrise und ihre Beilegung

In Kanada brach 1837 ein von William Lyon Mackenzie angeführter Aufstand gegen England los. Amerikanische und irisch-amerikanische Freiwillige eilten über die Grenze – teils, um den Briten eins auszuwischen, teils um die seit 1775 bereits mehrmals

mißglückte Annexion durch die USA erneut in die Wege zu leiten. Doch diesmal vereitelte die amerikanische Bundesregierung unter dem Präsidenten Martin van Buren das Vorhaben. Ähnliches geschah zwei Jahre später an der Grenze des Bundesstaates Maine und der britisch-nordamerikanischen Kolonie Neu-Braunschweig. Wiederum stellte sich die amerikanische Obrigkeit quer. 1841 ereignete sich ein erneuter diplomatischer Vorfall, der mit einer Sklavenmeuterei auf dem amerikanischen Schiff ›Creole‹ begann. Die Engländer setzten die Sklaven in Nassau auf den Bahama-Inseln auf freien Fuß. Auch sonst befreite die englische Navy gerne die »Ladungen« der amerikanischen Sklavenschiffe. Das mußte zu weiteren Reibereien führen.

Doch bald wurden Schritte zur gegenseitigen Verständigung unternommen. In London kam im September 1841 eine konservative Regierung ans Ruder. Lord Aberdeen, der neue Außenminister, bestellte den versöhnungsbereiten Lord Ashburton zum Gesandten in den USA. Daniel Webster – langjähriger Kongreßabgeordneter, Senator, ebenfalls Jurist, berühmter Redner und nun U.S.-Außenminister – war aussöhnungsfreudig. Der *Webster-Ashburton-Vertrag* wurde im August 1842 unterzeichnet und vom Senat gebilligt. Seine zwei Hauptpunkte waren: a) Zwischen Maine – dem nordöstlichen Bundesstaat der USA – und Neu-Braunschweig wurde die Grenze neu gezogen. Die Vereinigten Staaten erhielten 7000 umstrittener 12.000 Quadratmeilen (ca. 17.500 von 30.000 qkm). Vier zeitweilig in den englischen Archiven »verlorengegangene« Landkarten aus dem Frieden von 1783, in denen Benjamin Franklin die Grenze mit einem Rotstift eingetragen hatte, hätten für die USA ein noch größeres Gebiet ergeben. b) Im heutigen Mittelwesten erzielte Webster eine günstige Grenze zwischen dem großen Oberen See und dem weiter nordwestlich gelegenen »Lake of the Woods«, dem nordöstlichen Zipfel der heute 48 Unteren Staaten, von wo aus die »Nordwestpassage« um das nördlichste Nordamerika herum, mit dem Ziel Japan und China eröffnet werden sollte.

Ein gütiges Geschick wollte es, daß das eisenerzreiche Mesabigebirge im nördlichen Minnesota – damals noch unbekannt – den USA zufielen. Die früheren Grenzverstöße und die ›Creole‹-Affäre wurden für erledigt erklärt.

Das »Oregonfieber«

1827 wurde die Konvention von 1818, die ein britisch-amerikanisches »Kondominiat« über das Oregongebiet eingeführt hatte, auf unbestimmte Zeit verlängert. Während der Webster-Ashburton-Unterhandlungen schlug der amerikanische Außenminister vor, den Raum nördlich und westlich des Columbiaflusses dem »britischen Nordamerika« – dem späteren Kanada – zu überlassen, falls die Engländer Mexiko dahingehend beeinflußten, Kalifornien an die USA zu verkaufen. England lehnte ab. Doch die amerikanische Expansion schritt fort. 1844 wurde der Kriegsdemokrat James K. Polk mit den Forderungen »Annektierung Texas'« und »Besetzung Oregons!« wie auch dem Schlachtruf: »54°–40'– or fight!« zum Präsidenten gewählt. Das sollte bedeuten, daß die Vereinigten Staaten Anspruch auf die gesamte Westküste Nordamerikas bis zur Südspitze des damals russischen Alaska erhoben. Damit wären Großbritannien (und Kanada) völlig vom Zugang zum Stillen Ozean abgeriegelt gewesen. Mittlerweile hatte sich die Zahl der amerikanischen Siedler in Oregon, die entlang des »Oregon Trail« von St. Louis und Independence, Missouri, mühevoll vorgestoßen waren, auf 5000 vervielfacht.

Inoffiziell ließ Polk seinen Außenminister Buchanan vorfühlen, ob die Engländer mit einer Gebietsteilung entlang des 49. – nicht des 54. – Breitengrades einverstanden wären. Die Engländer bevorzugten einen Schiedsspruch. Polk erwiderte öffentlich mit der Monroedoktrin und dem sattsam bekannten Kriegsruf: »Fifty-four, forty or fight!«. Schließlich konterte Außenminister Lord Aberdeen, er könne sich dem Ruf nach einer kriegerischen Entscheidung, der u.a. den Einsatz dreißig englischer Kriegsschiffe vorsehe, nicht mehr widersetzen. Ein aufgescheuchter Präsident wandte sich um Rat an den Senat, und – am 15. Juni 1846 – unterschrieb er einen Vertrag mit England, wonach Oregon tatsächlich entlang des 49. Breitengrades bis zur Straße von Juan de Fuca geteilt wurde. Großbritannien (bzw. Kanada) erhielt die ganze Vancouver-Insel. Inzwischen hatte Polk den Krieg gegen Mexiko eröffnet.

Die Eingemeindung Texas'

Noch im Adams-Onís-Pakt von 1819 hatten die USA das Anrecht Spaniens auf Texas anerkannt. Aber schon 1821 – als Mexiko seine Unabhängigkeit errang, versuchten amerikanische

Gesandte Texas dem neuen Land abzukaufen. Die Angebote wurden ausgeschlagen. Inzwischen betrieben Spanien und dann auch sein Nachfolger Mexiko eine rege Kolonisierungspolitik, um amerikanischen Expansionsversuchen vorzubeugen. Heute noch gibt es eine stattliche deutsch-amerikanische Kolonie in und um San Antonio, deren Siedler ursprünglich aus Lippe-Detmold und anderen nordwestdeutschen Kleinfürstentümern stammten. Bekannt ist vor allem Neu-Braunfels, das 1845 unter dem Fürsten Carl von Solms-Braunfels ins Leben gerufen wurde.

Sehr interessant war die Ansiedlungsweise, die in manchem an die Kolonisierung des deutschen Ostens, in Schlesien oder dem Königreich Ungarn erinnert. Hier wie dort gab es »Lokatoren«, die neue Orte anlegten und bestrebt waren, massenweise neue Siedler anzulocken. Auf Spanisch hießen diese Lokatoren »impresarios«. Einer der ersten war Moses Austin aus Missouri, der 1821 zusammen mit seinem Sohn Stephen 300 Familien ansiedelte. Ein Jahrzehnt später gab es schon 20.000 Amerikaner in Texas. Viele von ihnen waren Sklavenhalter, die entlang der Flüsse und der Küste neue Baumwollplantagen anlegten. Die Neuankömmlinge mußten sich zum katholischen Glauben bekehren und mexikanische Staatsbürger werden. Schwieriger gestaltete sich die Lage nach 1834, als General Antonio Lopez de Santa Anna sich zum Diktator aufschwang und in ganz Mexiko, einschließlich Texas, ein starkes Zentralregime einzuführen gedachte. Die entstehenden Reibereien veranlaßten die Neu-Texaner, ein kleines Heer unter der Führung Sam Houstons aufzustellen. Santa Anna antwortete mit der Belagerung und Erstürmung der bekannten Alamo-Mission in San Antonio (»Remember the Alamo!«). Sechs Wochen später, am 21. April 1836, revanchierte sich Houstons Truppe – die jetzt 800 Mann zählte – mit dem Sieg von San Jacinto. Unter vorgehaltener Pistole mußte der mexikanische Diktator die Unabhängigkeit Texas' und die Rio Grande-Genze akzeptieren, was er nach seiner Freilassung aber prompt widerrief.

Texas erstrebte den sofortigen Anschluß an die Vereinigten Staaten. Das war unter den damaligen Umständen schwer zu erreichen, da den 13 Sklavenstaaten 13 »sklavenlose« Bundesstaaten in den USA gegenüberstanden und die Zulassung von Texas als 14. Sklavenstaat das Gleichgewicht aus den Angeln gehoben hätte. Weder Präsident Andrew Jackson noch dessen Nachfolger Martin van Buren glaubten das politisch verantworten zu können. 1843 jedoch glückte dem Präsidenten Tyler ein Annexions-

vertrag mit Texas, den er dem Senat zur Ratifizierung übersandte. Der Senat blieb skeptisch und lehnte im Juni 1844 ab.

Weitere außenpolitische und weltpolitische Momente kamen hinzu, als Großbritannien 1840 die Unabhängigkeit Texas' anerkannte und 1842 einen texanisch-mexikanischen Waffenstillstand vermittelte. Lord Aberdeen erträumte ein internationales Abkommen, in dem Mexiko die Unabhängigkeit von Texas, England, Frankreich und die Vereinigten Staaten die Grenzen von Mexiko anerkennen würden. England erhoffte sich a) vermehrte Baumwollbezüge für seine Textilindustrie, b) die Abschaffung der Sklaverei in Texas, c) insbesondere das rasche Heranwachsen einer neuen – texanischen – Großmacht, deren Hoheitsgebiet ja einen Großteil der heutigen Staaten Neu-Mexiko, Oklahoma, Kansas, Colorado und z.T. Wyomings mit umfaßte und die hervorragend in der Lage sein würde, die Expansion der Vereinigten Staaten nach Westen zu blockieren, wodurch England die Handhabe zu einer *»balance of power«*-Politik nach europäischem Muster erlangt hätte. Vergebens!

Nachdem Polk die Präsidentschaftswahl von 1844 – sehr knapp – gegen Clay gewonnen hatte, fühlte sich der noch regierende Tyler in seiner Annexionspolitik bestärkt und ließ beide Häuser des Kongresses in einem gemeinsamen Beschluß, wenn auch mit knapper Mehrheit, Texas in den Bund der Vereinigten Staaten aufnehmen. Damit umging er seine Ratifizierungsniederlage im Senate von 1844 – Verträge mit dem Ausland müssen vom Senat mit einer 2/3-Mehrheit gebilligt werden – wie auch die Vorschriften zur Aufnahme neuer Bundesstaaten, die in der »Nordwestverordnung« von 1787/89 niedergelegt worden waren. Ein bis heute staatsrechtlich und politisch sehr bedenkliches Verfahren. Drei Tage vor seinem Abschied unterzeichnete Präsident Tyler das Gesetz am 1. März 1845. Texas war überraschend ein Teil der USA geworden. Mexiko antwortete mit dem Abruf seines Gesandten aus Washington.

Der Angriff auf Mexiko

Der frischgebackene Präsident Polk – dessen Gehabe hinsichtlich des Oregongebietes (ungefähr die späteren Staaten Washington, Oregon, Idaho, Teile Montanas und Wyomings) hier schon gestreift wurde – war ein noch überzeugterer Expansionist als Tyler. Neben Texas richtete er sein Hauptaugenmerk auf Kalifornien. Er unterwies Kommodore Stoat, den Befehlshaber

des amerikanischen Geschwaders im Pazifik, die wichtigsten Häfen Kaliforniens zu besetzen, falls Mexiko den Anschluß von Texas mit Gegenwehr beantworten sollte – wie vorauszusehen war. Er befahl dem amerikanischen Konsul in Monterey (Kalifornien), die sich ansiedelnden Landsleute gegen Mexiko aufzuwiegeln. Ähnliche Befehle ergingen an Leutnant Frémont, den Führer einer amerikanischen Expedition nach Ostkalifornien. Dieser brachte 1846 die »Bährenfahnenrepublik« (Bear Flag Republic) an die USA. Mittlerweile schickte Polk seinen »Bevollmächtigten« Slidell mit dem Auftrag nach Mexiko-Stadt, Kalifornien und Neu-Mexiko für $ 25 Millionen zu erwerben. Er wurde abgewiesen. Daraufhin ließ Polk am 13. Januar 1846 den General Zachary Taylor mit seinen Truppen aus dem frisch annektierten Texas zur südlichen Mündung des Rio Grande nach Matamoros verstoßen und die Stadt blockieren.

Für Mexiko stellte Polks Vorgehen eine dreifache Provokation dar: a) Die amerikanische Einverleibung von Texas überhaupt, b) das Überschreiten des Nueces, denn es betrachtete de facto diesen Fluß und keineswegs den Rio Grande als die Grenze der »Ein-Stern-Republik«, was einen Großteil des damaligen Texasterritoriums – nördlich bis zum Arkansasfluß bis ins heutige Wyoming hinein – bei Mexiko belassen hätte. c) Die Blockade Matamoros', die nach zwischenstaatlichem Recht als Kriegsgrund anzusehen war. Die Reaktion Mexikos ließ lange – vom 3. Februar bis zum 24. April – auf sich warten. In der Zwischenzeit entwickelten sich einige Scharmützel, die Polk als mexikanische »Aggression« auf amerikanisches Hoheitsgebiet – am Rio Grande! – darstellen konnte. Endlich! Wenige Stunden nach Bekanntwerden ließ er seine demokratische Mehrheit im Kongreß – die Debatte war auf zwei Stunden beschränkt – die Kriegserklärung in beiden Häusern durchpauken. John Quincy Adams – inzwischen ein in Ehren ergrauter Abgeordneter, einstiger Präsident und zielstrebig-expansionistischer Außenminister – war einer der wenigen, die angesichts der Erpressungsmaßnahmen des Präsidenten gegen die Gesetzesvorlage zu stimmen wagten. Mit scharfem Blick in die Zukunft erklärte er: »Nun ... muß der Präsident der Vereinigten Staaten lediglich erklären, daß wir uns in einem Kriegszustand befinden mit irgendeinem Staat auf Erden – und der Krieg ist erklärt ...«[14]

---

[14] John L. O'Sullivan, *Democratic Review*, Bd. XVII, Juli-August 1845. S. 5

Frappant, wie genau – Schlag auf Schlag – doch diesmal auf einem weltweiten Kriegsschauplatz F. D. Roosevelt seit 1933 im pazifischen Raum und in Europa dem leuchtenden Vorbild Polks gefolgt ist und mit welcher Akribie die Weltcäsaren des 20. Jahrhunderts bis zu Bush d. Jüngeren den Fußstapfen dieser Täter nachgeeilt sind. Selbstverständlich mit dem dazugehörigen Propagandatrommelfeuer und dem Ruf: »Haltet den Dieb!«

Anfangs verlief der Angriffskrieg wie erwünscht. Oberst Kearney marschierte von Fort Leavenworth (Kansas) bis Albuquerque, und ganz Neu-Mexiko fiel den Yankees in den Schoß. Die Marineleute Sloat und Stockton eroberten San Francisco, Monterey und Los Angeles und damit ganz Kalifornien. Doch die Generale Scott und Taylor, deren wohlverbreitetes Ziel es war, die Ostküste und das Kernland Mexikos zu unterwerfen, taten sich schwer. Selbst in diesem verarmten, politisch zerrissenen und von Verrätern unterhöhlten Land hätte General Santa Anna die Schlacht von Bueno Vista am 22. und 23. Februar 1847 gewonnen, wären da nicht die Freiwilligen der Mississippi Rifles gewesen, die angeführt vom Obersten Jefferson Davis, dem späteren Präsidenten der Südstaaten, die verzweifelten Attacken der ausgemergelten mexikanischen Ulanen schließlich immer wieder zurückschlugen. Am 13. und 14. September kam es zum Heldenkampf der »niños de Chapultepec«, der Knaben von Chapultepec, der jungen Kadetten, die unter Todesverachtung, unter dem Ruf »libertad o muerte« – Freiheit oder Tod! – dem materiell weit überlegenen Gegner den Zutritt zur Hauptstadt verwehren wollten. Vergebens.

Die Friedensverhandlungen führte Polks Unterhändler Nicholas Trist. Auf mexikanischer Seite fungierte eine inzwischen nach den Wünschen Polks und einflußreicher Kreise in Washington in den Sattel gehobene neue Regierung hinter der aber, wie nicht anders zu erwarten, nur eine kleinere Splittergruppe des Landes stand. Wie wir bereits gesehen haben, hatten sich mit der fortschreitenden amerikanischen Eroberung auch die Ziele des offiziellen Washington erweitert. Angepeilt wurde jetzt nicht mehr nur die Annexion Oberkaliforniens einschließlich San Diegos sondern auch die der 1500 km langen Halbinsel Baja California, der Landenge von Tehuantepec und schließlich sogar die Einverleibung Gesamtmexikos. Die Friedensverhandlungen kamen am 2. Februar 1848 in Guadalupe Hidalgo am Stadtrand Mexikos zu ihrem Ende. Die Bestimmungen beinhalteten wie ursprünglich vom Präsidenten Polk erwünscht: a) die mexikani-

sche Anerkennung der Eingemeindung Texas' nördlich des Rio Grande; b) die Abtretung der Gebiete Kalifornien und Neu-Mexiko an die USA, aus denen u.a. die späteren Bundesstaaten Nevada, Arizona, Utah und Colorado entstehen sollten; c) die Verpflichtung der Vereinigten Staaten, $ 15 Millionen an Mexiko zu entrichten und die Übernahme von Schadenersatzansprüchen amerikanischer Bürger (ca. $ 3,2 Millionen).

Polk nahm den Friedensentwurf widerstrebend an und leitete ihn an den Senat weiter, der ihn am 10. März 1848 ratifizierte. Aus der amerikanischen Annexion ganz Mexikos wurde nichts, da einerseits die Whig-Mehrheit im Senat – die Whigs stellten die einflußreiche Liberale Partei vor 1856 – eine Resolution erlassen hatte, die zwar General Taylor lobend erwähnte, doch den »unnötigen und verfassungswidrigen« Krieg des Präsidenten Polk rügte. Andererseits wurden die neueroberten Gebiete in den Streit zwischen Sklavenhältern und Abolitionisten, den Gegnern der Sklavenwirtschaft, mit hineingezogen. Die Einverleibung des ganzen Riesenlandes Mexiko hätte den Streit zu einer hellodernden Krise emporgetrieben. Schon 1846 versuchte der demokratische Abgeordnete Wilmot, das Wehrbewilligungsgesetz mit einem Zusatz zu versehen, welcher die Sklaverei in den neuerworbenen Gebieten verboten hätte (»Wilmot Proviso«). Trotzdem Wilmots Eingabe mit der Unterstützung mancher Politiker aus dem Norden wiederholt vorgebracht wurde, genügte eine Koalition südlicher Politiker und Kriegsdemokraten, sie immer wieder zu vereiteln. Doch allein der Umstand, daß Abgeordnete die Sklavenfrage beharrlich auf den Tisch legten, ließ die historischen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Nord und Süd immer krasser auseinanderklaffen.

Der berühmte Henry Clay aus Kentucky – einem Sklavenstaat an der Grenze zwischen Norden und Süden – brachte nun den »Kompromiß von 1850« ein. Er besagte, daß Kalifornien ein unabhängiger Freistaat werden sollte; der Sklavenhandel in der Hauptstadt ›District of Columbia‹ abgeschafft werde; die Territorien Utah und Neu-Mexiko die Sklavenfrage für sich selbständig regeln, und ein Gesetz gegen flüchtige Sklaven zu erlassen sei. Doch die Zeit war für eine solche Regelung noch nicht reif. Das Kansas-Nebraska-Gesetz von 1854 hob sogar den »Missouri-Kompromiß«, wonach *außerhalb Missouris* die Sklaverei im riesigen Louisianagebiet verboten war, wieder auf, was in Kansas einen Kleinkrieg verursachte und die Extremisten auf beiden Seiten weiter aufheizte. Schließlich entschied das Oberste

Bundesgericht, der United States Supreme Court, im ›Dred Scott-Fall‹ von 1857, daß kein Neger die amerikanische Staatsbürgerschaft erwerben könne und – obiter dictum – daß der Kongreß nicht dafür zuständig sei, die Sklavenfrage in den einzelnen Territorien zu regeln. Damit war der Missouri-Kompromiß endgültig gescheitert. Die Gründung der Republikanischen Partei (1854/56), die der weiten Ausbreitung der Sklaverei feindlich gegenüberstand, trieb die Vereinigten Staaten noch weiter in eine räumliche und wirtschaftlich-gesellschaftliche Spaltung hinein. Ohne Zweifel hatte Onkel Sam sich übernommen. Die Expansion nach dem Adams-Onís-Vertrag von 1819, die Aneignung Oregons 1846 und vor allem der Krieg gegen Mexiko überstiegen bei weitem die Fähigkeit der USA, die gewaltigen Räume menschlich, kulturell und ethisch zu verdauen. Die Ideologie der »offenbarten Vorsehung«, »Manifest Destiny«, mit seiner global ausgreifenden Weltvorstellung und die totale Skrupellosigkeit der Präsidenten wirken sich bis heute nachhaltig in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft aus. Nicht zuletzt auch zum Schaden der am Gängelband geführten amerikanischen Bevölkerung.[15]

Für Mexiko, ja für ganz Lateinamerika, war der Schaden noch weit schlimmer. Mexiko verlor mehr als die Hälfte seines riesigen Territoriums. Die im 19. Jahrhundert und heute reichsten und ergiebigsten Bundesstaaten der USA – Kalifornien, Nevada, Colorado, Arizona und Texas – wurden Mexiko entrissen und Spanien Florida. Mexiko wurde von den einbrechenden Truppen verwüstet, sein Staat – ohnehin vom spanischen caudillismo und vom katastrophalen Erbe der kolonialen Standes- und Rassengegensätze geschlagen – noch weiter labilisiert, seine Wirtschaft vom mächtigen nördlichen Nachbarn leergesaugt. Dem Sturz des Diktators und talentierten Generals Santa Anna folgten innen- und außenpolitische Wirren. Bereits 1861, noch während des amerikanischen Sezessionskrieges, landeten Englands, Frankreichs und Spaniens Truppen an der Ostküste Mexikos,

---

[15] Vergl. die drei Artikel aus der Zeitschrift; *Military History*, Leesburg, Virginia 20175:
Robert Benjamin Smith, »Two Bloody Days at Buena Vista«, *M.H.*, Februar 1997
Robert W. Drexler, »Intrigue«, *M.H.*, Februar 1998
Andrew M. Scott, »Intrigue«, *M.H.*, Oktober 1998
und: John K. Ward, »The Man Who Surrendered Fort Sumter«, *Military History*, February 1998

vorgeblich um Zinsen für Mexikos Auslandsschulden einzutreiben. Nachdem die Mexikaner klein beigegeben hatten, zogen sich England und Spanien wieder zurück. Die Franzosen aber, unter der Führung Kaiser Napoleons III., blieben, konnten sich jedoch erst im Juni 1863 nach erbittertem Widerstand in der Hauptstadt Mexikos etablieren. Ein Jahr später holte Napoleon den rotbärtigen und romantischen Bruder Kaiser Franz Josephs, Maximilian, aus Österreich und machte ihn zum »Kaiser« Mexikos. Doch als sich 1865 der blutige amerikanische Bruderkrieg mit dem Sieg des Nordens seinem Ende zuneigte, bedeutete der amerikanische Außenminister Seward den Franzosen unmißverständlich, daß sie in Mexiko nichts zu suchen hätten. Napoleon – inzwischen mit der immer ernster werdenden Frage der italienischen und der deutschen Einheit konfrontiert – kam dem alsbald nach. Zurück blieb Maximilian, der auf Geheiß des siegreichen Präsidenten Juarez – aus Gründen der Staatsräson – standrechtlich erschossen wurde.

Unter dem Diktator Porfírio Diaz erreichte Mexiko zwar eine gewisse politische Stabilität. Seine wirtschaftliche Unabhängigkeit aber schwand mehr und mehr dahin. Seine immer noch gewaltigen Naturschätze, insbesondere die neu entdeckten Öl- und Erdgasvorkommen, die gewaltige Gewinne versprachen, wurden an das Ausland verschleudert, vor allem an die USA. Erst mit der Revolution von 1910/11 trat dann wenigstens vorübergehend eine gewisse Verbesserung ein. Das Einparteienregime der Partida Révolucionaria Institucionalista führte mehrere tiefgreifende Reformen durch, die das Wohl des verarmten Bauernvolkes im Auge hatten. Das Kulturleben hob sich zusehends und brachte einige der größten Künstler des 20. Jahrhunderts ans Sonnenlicht. Leider brachte die Zeit aber auch eine immer mehr um sich greifende Korruption mit sich. Diese Situation wurde vom nördlichen Nachbarn weidlich ausgenützt – besonders während seiner Machtausweitung im 2. Weltkrieg, so daß einige nach 1910 verloren gegangene Privilegien oftmals noch gewinnträchtiger wiedereingeführt werden konnten. Gestützt auf seine Machtvollkommenheit nach 1991 gründete Onkel Sam in der Person des Präsidenten Clinton und seiner Dunkelmänner die NAFTA, die North American Free Trade Area, die freilich einer Handvoll begüterter mexikanischer Unternehmer bislang unerreichte Profite versprach – jedoch auf Kosten des mexikanischen Volkes wie auch der U.S.-amerikanischen Gewerkschaftsarbeiter. Schon vorher waren im Tausende

Kilometer langen »Todesstreifen« der maquiladora, am Südrand der mexikanisch-amerikanischen Grenze, Gewohnheiten eingerissen, welche die Ausplünderung des Menschenmaterials im europäischen Frühindustrialismus vor zwei Jahrhunderten an Gründlichkeit weit in den Schatten stellen.

Wird der mexikanisch-lateinamerikanische Kreislauf: Eroberung – Unterjochung – Ausbeutung – Revolution – Labilität – Eroberung usf. wieder in eine Revolution münden? Das ist schwer vorauszusagen. Recht aber behält das Sprichwort: »Armes Mexiko! Gott so fern und den Yankees so nahe ...« Was die letzteren betrifft, steht fest, daß sie gelehrige Schüler der Kolonialpraxis der Engländer, der Franzosen und der Spanier waren und daß sie diese Lehren auch heute noch entschlossen und Schritt für Schritt, zuerst auf ihre Nachbarn und Nächsten und schließlich auf sämtliche Erdteile der Welt anwenden.

Die Abenteuerkönige und die stockende Ausdehnung der Sklaverei

Nach diesem Abstecher in die jüngste Gegenwart sollten wir uns ruhig vor Augen führen, daß im Auf und Ab der Geschichte selbst die Expansionsversuche der Amerikaner nicht restlos von Erfolg gekrönt waren. Dazu gehört die Südexpansion der Plantagenbesitzer, die sich durch den »Kompromiß von 1850« beeinträchtigt fühlten und nach frischen Sklavenstaaten in der Karibik und in Südamerika – etwa in Brasilien – Ausschau hielten. Wie bekannt, hatten die berühmten Gründerväter Benjamin Franklin und Jefferson sowie die meisten ihrer Zeitgenossen die Ausdehnung des amerikanischen Staates über die Antillen bis an das südliche Gestade des Karibischen Meeres schon im 18. Jahrhundert anvisiert. Nun, nach 1848 – da nördliche Politiker mit der Erweiterung der Sklaverei nichts mehr zu tun haben wollten – unterstützten südliche Politiker und Ideologen karibische Freibeuter, die sich Kubas, der Dominikanischen Republik bzw. Hispaniolas, Mexikos oder Mittelamerikas bemächtigen wollten.

Einer von ihnen war Narciso López, ein früherer spanischer Offizier, der seine kubanische Heimat zu »befreien« und den sehnsüchtig ausgebreiteten Armen der USA zuzuführen gedachte. Unterstützt wurde er von südlichen Expansionisten wie dem reichen Baumwoll- und Zuckerpflanzer Quitman, dem Gouverneur Mississippis; von Sigur, dem Schriftleiter des »New Orleans Delta«; von John Henderson, dem früheren Senator von

Mississippi, und von dem berühmt-berüchtigten Redakteur O'Sullivan, der den Satz von der »Manifest Destiny« in Umlauf gebracht hatte. Mehrmals griffen sie nach Kuba, wurden jedoch von der amerikanischen Bundesregierung nicht gestärkt und von den spanischen Truppen verjagt. Mehr Glück beschieden war dem Arzt aus Tennessee William Walker, der 1853 mit seiner Rotte die Provinzhauptstadt der Halbinsel ›Baja California‹ besetzte, sich dann aber aus dem Staub machte. Wiederholt griff er Nicaragua an – vom amerikanischen Gesandten Wheeler ermuntert –, und zwar in den Jahren 1855, 1857, 1858 und 1860. Damals wie heute besaß Nicaragua auch strategischen Wert, da es von den USA für den Bau eines karibisch-pazifischen Kanals in Betracht gezogen wurde. Walker machte sich zum »Präsidenten« des Landes: ja, er schmiedete sogar Pläne für einen mittelamerikanischen Bund, welcher sich dann auch noch Kuba einverleiben würde. 1856 erteilte die Regierung des U.S.-Präsidenten Pierce Walkers Regime die diplomatische Anerkennung. Er verscherzte sich jedoch seine Chance, da er sich übermäßig diktatorisch gebärdete, die Sklaverei einführte und – vor allem – sich mit dem amerikanischen Transportmilliardär Vanderbilt anlegte, der die restlichen mittelamerikanischen Staaten gegen Walker aufwiegelte. Dieser griff nun British Honduras an, geriet aber in Gefangenschaft. Die Briten übergaben ihn an Honduras, wo er 1860 standrechtlich erschossen wurde.

Stärker noch zog Kuba, die Perle der Antillen, das Auge Onkel Sams auf sich. Obgleich im Besitz Spaniens und von Sklavenaufständen periodisch geschüttelt, verfehlten die strategische Lage und der Wert ihrer reichen Zuckerplantagen ihren Eindruck auf die USA nicht. Ja, diese Anziehungskraft entlockte dem sonst trocken-berechnend gesinnten Nachbarn im Norden dann und wann geradezu lyrische Gemütsergüsse. Weniger idyllisch allerdings waren die immer wiederkehrenden amerikanischen Annexionsversuche. 1848 gedachte der bekannte Präsident Polk Spanien Kuba für $ 100 Millionen abzukaufen, wurde aber von England und Frankreich davon abgehalten. Diesen beiden Mächten gelang es auch 1852 nicht, den Präsidenten Millard Fillmore zu einer gemeinsamen Nicht-Erwerbs-Erklärung zu überreden. Im Gegenteil, sein Außenminister Everett ließ immer wieder durchblicken, daß die Vereinigten Staaten ein ausschließliches Interesse an Kuba hätten. Unter den Präsidenten Pierce und Buchanan erreichten die amerikanischen Annexionswünsche ihren vorläufigen Höhepunkt.

Pierce unterstützte die Expansionisten – und wurde seinerseits von ihnen ermuntert. Zu den Agitatoren gehörten Außenminister Marcy und die drei amerikanischen Gesandten James Buchanan in London, Soulé in Madrid und Mason in Paris. 1854 schien der »Black Warrior«-Zwischenfall dem Präsidenten eine Handhabe zu geben, Spanien um Kuba zu erpressen. Der »Black Warrior« war ein amerikanisches Frachtschiff, das in Havanna wegen Verletzung irgendwelcher Hafenvorschriften festgesetzt worden war. Pierce verlangte von Spanien eine Entschädigung von $ 300.000 und sandte eine kriegerische Botschaft an den Kongreß – ein Vorgehen übrigens, das in manchem an die Kriegshetze vor dem spanisch-amerikanischen Krieg von 1898 erinnert.

Die Spanier erklärten sich nur zu einer kleineren Zahlung bereit.

Daraufhin ließ Marcy im August 1854 seine drei Gesandten einen Plan zur Annexion Kubas aushecken. Im Oktober kamen sie in Oostende, anschließend in Aachen zusammen, wo sie ein Geheimdokument ausarbeiteten, das später als das Oostend-Manifest bekannt wurde. Sie kamen überein, Kuba für höchstens $ 120 Millionen zu erwerben oder es »nach jedem menschlichen und göttlichen Gesetz« Spanien wegzunehmen. Zu ihrem Leidwesen kam das Manifest im Dschungel der Washingtoner Lobbys ans Licht und verursachte im Sklavereistreit solch einen Radau, daß Pierce und Soulé es fallen lassen mußten. 1857 wurde James Buchanan – der am Komplott beteiligte frühere Gesandte in Spanien – zum Präsidenten gewählt. Allen Widrigkeiten zum Trotz empfahl er dem Kongreß wiederholt – 1858, 1859 und 1860 –, Spanien Kuba abzukaufen, ehe eine »europäische Macht«, d.h. England, Amerika zuvorkäme, und vorbeugende $ 30 Millionen zu bewilligen. Doch als Lincoln – der sich jeder Expansion der Sklaverei widersetzte – 1860 zum Präsidenten avancierte, verliefen die karibischen Projekte vorerst im Sande.

Die Verdrängung der Briten aus Mittelamerika

Mittlerweile hatten die USA 1846 einen Vertrag mit Neu-Granada, dem späteren Kolumbien-Venezuela unterzeichnet, der ihnen ein breites Durchgangsrecht über die Landenge von Panama garantierte. Alarm in London! Im Januar 1848 bemächtigten sich die Engländer Greytowns an der Mündung des San Juan Flusses in Nicaragua. Ein Ort von ausgesuchter Bedeutung für

den Bau eines karibisch-pazifischen Kanals. Im selben Monat wurden die berühmt-berüchtigten Goldvorkommen auf Sutters Farm in Kalifornien entdeckt. Das aufflackernde Goldfieber ließ Kaliforniens Bevölkerung in kürzester Zeit auf über 100.000 ansteigen, von denen die meisten San Francisco nach einer anstrengenden Schiffsreise erreichten, die auch eine Dschungelfahrt durch Nicaragua oder die Landenge von Panamá einschloß. Plötzlich war die Frage einer atlantisch-pazifischen Verbindung akut geworden. Doch weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten hatten die totale Vorherrschaft über Mittelamerika. Ergo mußte ein Kompromiß ausgearbeitet werden.

Lord Palmerston, der als englischer Außen- und Premierminister von 1830 bis 1865 im Bunde mit Gladstone dem *Empire* auf der Höhe seiner Geld- und Weltmacht vorstand, ließ sich trotz seiner – uns schon bekannten – Ansichten über die Yankees als »erfinderische Schurken« dazu herab, dem amerikanischen Außenminister Clayton eine atlantisch-pazifische Verbindung vorzuschlagen, die im »allgemeinen allen Völkern der Erde« offen sein solle. Es kam der Clayton-Bulwer-Vertrag von 1850 zustande, der mit äußerst optimistischen Worten versprach, daß weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten: a) einen Kanal in Mittelamerika für ausschließlich eigene Zwecke bauen oder ihn befestigen würden, b) versuchen würden, »irgendeinen Teil Mittelamerikas zu kolonisieren oder irgendeine Herrschaft / darüber ... anzunehmen oder auszuüben ...«[16] Ironischerweise strengten sich beide mächtig an, eben diese Vorherrschaft an sich zu reißen. Wer würde den Sieg davontragen? 53 Jahre später baute Präsident Theodore Roosevelt den Panamakanal auf eigene Faust, ließ ihn dazu noch aufs stärkste befestigen, spielte den keulenschwingenden Geburtshelfer bei der Abtrennung Panamas von Kolumbien und errichtete die amerikanische Kolonie der ›Kanalzone‹ am strategisch wichtigsten Punkt der amerikanischen Kontinente. Während der letzten Jahre des 20. und des ersten Jahres des 21. Jahrhunderts führte Onkel Sam einen grausamen Dschungelkrieg zum selben Behufe in Kolumbien ...

1854 unterzeichnete der amerikanische Außenminister dann noch den Marcy-Elgin-Vertrag, der die ungehinderte U.S.-amerikanische Schiffahrt auf dem St. Lawrence-Strom zuließ, den

---

[16] Hunter Miller, ed., *Treaties And Other International Acts of the United States of America*, Washington, Government Printing Office, 1931–1938, Bd. V, S. 672

USA das Recht einräumte, die Fischereiwirtschaft bis zu drei Meilen vor der kanadischen Küste auszuüben, dafür aber den Einwohnern »Britisch-Nordamerikas«, also Kanadas und der »Meeresprovinzen«, gestattete, verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse zollfrei nach den USA auszuführen. Im ganzen bezeichnen der Marcy-Elgin-Pakt, der Clayton-Bulwer-Vertrag, der Webster-Ashburton-Pakt und die Beilegung des Streites über das Oregongebiet den allmählichen Rückzug der Briten aus Nordamerika südlich des 49. Breitengrades, bei gleichzeitiger – massiver – Machtzunahme der Vereinigten Staaten. Mehr noch und besonders wichtig, die kluge wie auch weit vorausblickend Diplomatie Englands, machte sich dadurch mittels eindrucksvoller – aber für das Weltreich zweitrangiger – Zugeständnisse einen potentiellen Gegner zum mächtigen, zukünftigen Verbündeten: gegen das expansionistische russische Zarenreich, gegen Frankreich und schließlich auch gegen Deutschland. Nach dem endgültigen Abkippen der englischen Weltmacht seit 1914 allerdings war der als Kuckucksei bebrütete Vogel flügge und so weltmächtig geworden, daß er in kürzester Zeit sich seines Ziehvaters entledigte und ihn als die greisen Gestalten W. Churchills und A. Edens in sein neu errichtetes Weltimperium einstufte.

Während der 1840er und 50er Jahre aber zogen die angelsächsischen Mächte auch im Fernen Osten am selben Strang. Der Strang erdrosselte, wie sich im 20. Jahrhundert herausstellen sollte, das Alte China.

Ostasien und die Öffnung Japans

England hatte seine triumphalen Seesiege über Napoleon I. dazu ausgenützt, sein Empire zu stärken und auszubreiten. Nach dem Erwerb und der Eroberung Indiens, Australiens und der strategischen Teile Südostasiens kam China, das Reich der Mitte, mit seinem lockenden, schier unbegrenzten Massenmarkt an die Reihe. Anfangs widersetzte sich die kaiserlich-chinesische Verwaltung den angewandten skrupellosen Geschäftspraktiken – vor allem als sich die Sassoon-Familie aus Bombay einschaltete und ihr auf den Mohnfeldern Indiens und Vorderasiens gezüchtetes Opium den Engländern verkaufte, die es dann wiederum in China millionenfach an den Mann brachten. Der Widerstand Chinas wurde im Opiumkrieg gebrochen, 1842 kam es zum Vertrag von Nanking. Die kaiserlich-chinesische Regierung wurde gezwungen, die unbegrenzte Einfuhr von Opium zuzulassen,

fünf weitere Küstenstädte dem Handel mit Europa zu erschließen und ausländischen Bürgern großzügige Extraterritorialität, d.h. fremdes Recht in fremden Gerichtshöfen auf chinesischem »Hoheitsgebiet« zu gewähren. Die Familie Sassoon und ihre englischen Oberhäupter wurden zu mehrfachen Milliardären. Da das zaristische Rußland etwa zur selben Zeit gegen den damals schwachen militärischen Widerstand der Mandschu-Dynastie siegreich in Nordchina und der Mandschurei vordrang und weitere Ausländer – vor allem Franzosen und Amerikaner – sich in Südchina schadlos halten wollten, darf man es den Erben der 4000-jährigen chinesischen Kultur nicht verübeln, wenn sie die Fremden samt und sonders als »huang-fan guej«, als gelbhaarige Teufel, verfluchten.

Im Vertrag von Huang Schja (Wangxia) von 1844 erreichten die Vereinigten Staaten dieselben Privilegien wie England. Geschäftstüchtige Neu-Engländer aus Connecticut, Rhode Island, Massachusetts u.a. hatten schon seit Ende des 18. Jahrhunderts Beziehungen mit China angeknüpft. In den 1820er und 30er Jahren verkauften sie Opium aus dem Osmanischen Reich, das über Kanton (Guandong) eingeschleust wurde. Jetzt ergoß sich ein Strom von Yankee-Kaufleuten und Missionaren – das typisch angelsächsische Zweigespann – nach China, der erst nach dem Zweiten Weltkrieg abreißen sollte.

Mit Japan gestalteten sich die Beziehungen etwas anders. Gleich China, Korea und anderen orientalischen Reichen hatte es sich jahrhundertelang fast gänzlich von den weißen »Barbaren« abgekapselt (mit der Ausnahme Nagasakis, wo es niederländischen Kaufleuten erlaubt war, ihre Geschäfte zu betreiben). Aber Japan war kein China. Während das Reich der Mitte trotz aller Kriege stets danach gestrebt hatte, seine eigene Hochkultur zu pflegen – und die einbrechenden Barbaren wie Mongolen und Mandschu rasch sinisiert und zivilisiert hatte –, war Japans Kultur vom Doppelsymbol »Chrysantheme und Schwert« gekennzeichnet. Mit anderen Worten: Obgleich Japans schöngeistige Hochkultur den im 19. Jahrhundert angreifenden Neubarbaren haushoch überlegen war, verstand es sehr wohl, das Schwert zu führen. Die ›Nipponesen‹ waren eben auch ein Kriegervolk. Ob sie Ende des 20. Jahrhunderts von den Propagandabreitseiten und der Dekadenz des verwesten Westens vollends entmannt worden sind, wird sich noch herausstellen.

Schon 1846 hatte ein amerikanischer Seeoffizier versucht, in Japan Fuß zu fassen, war aber grob abgewiesen worden. Sieben

Jahre später war Kommodore Matthew Perry an der Reihe. Eines schönen Sommertages erschien er mit vier Kriegsschiffen in der Bucht von Edo (Tokyo). Zwei davon waren die den Japanern bislang unbekannten, Furcht einflößenden, schwarze Rauchwolken speienden Segel-Dampfer. – Einfach ergötzlich, mit welcher Fantasie die Karikaturen nipponesischer Künstler diese Schiffe in Ungeheuer verwandelten, deren Bug obendrein noch mit der grinsend-zähnebleckenden Visage Perrys geschmückt wurde. – Der Kommodore überreichte ein Schreiben des Präsidenten Millard Fillmore, wurde jedoch recht kühl empfangen und nur kurz beschieden. Acht Monate später, im März 1854, kehrte er wieder, diesmal mit einer Flottille von neun Schiffen, darunter nunmehr vier Dampfer. Er zwang die Japaner zum Vertrag von Kanagawa, der schiffbrüchigen amerikanischen Matrosen Schutz versprach, zwei Nachschubhäfen in Schimoda und Hakodate eröffnete und dort Konsulate einrichtete. Die Häfen waren ungünstig gelegen. Die Japaner mißtrauten den Ausländern. Mit viel Geduld erzielte der amerikanische Konsul Harris 1858 einen weiteren Vertrag, der weitere Häfen freigab, Handelsfreiheit gewährte und den Zoll regelte. 1859 übersiedelte Harris nach Tokyo, was so viel wie »östliche Hauptstadt« bedeutet, und wurde zum Gesandten befördert. Nun erlebte Japan einen revolutionären wirtschaftlich-gesellschaftlichen wie auch weltanschaulichen Umschwung. Die Entwicklung endete nach tief einschneidenden Krisen und der Beschießung seiner Häfen durch fremde Flotten mit dem Sturz des Tokugawa-Majordomoregimes und der Abschaffung des Feudalsystems 1871. Ein glückliches Geschick wollte es, daß im Zeitraum von 1854 bis 1871 die Europäer und die Amerikaner einander in die Haare gerieten und nicht die Muße hatten, das Land der aufgehenden Sonne ernstlich zu gefährden. Inzwischen hatte sich die ›moderne‹, europäische Staatsform Japans gefestigt. 1895 besiegte Japan das schwache kaiserliche China. Im Krieg gegen Rußland 1904/05 vernichtete es in der gewaltigen Seeschlacht von Tsuschima die russische Flotte und brachte damit die Vorherrschaft des Zarenreiches in der Mandschurei zu Fall. Der erste große Sieg eines »farbigen« Volkes über eine europäische Großmacht.[17]

---

[17] Vergl. John W. Dower, ed., *Origins of the Modern Japanese State.* Selected Writings of E. H. Norman, Pantheon Books, Random House New York, 1975, S. 142–210

Bruderzwist und diplomatische Krisen

Der von Henry Clay eingebrachte »Kompromiß von 1850« und das Kansas-Nebraska-Gesetz von 1854 hatten die innerlich entzweiten »Vereinigten Staaten« nicht zu einigen vermocht. Die Präsidentenwahl von 1860 tat das ihre, die Spaltung zu festigen. Es gab vier Kandidaten: Die Demokratische Partei stellte den bekannten Senator Stephen Douglas aus Illinois auf; die abgesprungenen Süddemokraten John Breckenridge aus Kentucky (einem Sklavenstaat); die »Constitutional Unionists« (die »Kämpfer für Verfassung und Einheit«) John Bell aus Tennessee (ebenfalls ein Südstaat); die frischgebackene ›Republikanische Partei‹ Abraham Lincoln aus Illinois (einen gebürtigen Kentuckier). Der letzte obsiegt mit lediglich 40 v.H. der abgegebenen Stimmen. Sechs Wochen später, am 20. Dezember 1860, trennt sich Süd-Carolina mit der einst lebenswichtigen Sklaven- und Hafenstadt Charleston vom Bund. Im Februar darauf folgen Texas, Louisiana, Mississippi, Alabama, Florida und Georgia in Montgomery (Alabama) Süd-Carolinas Beispiel und rufen die »Confederate States of America«, d.h. die ›Verbündeten Saaten‹ aus. Verschiedene Versuche, doch noch einen Kompromiß zu erreichen, schlagen fehl. Als am 12. April 1861 Truppen der ›Konföderierten Staaten‹ das regierungstreue – »nördliche« – Fort Sumner bei Charleston beschießen, ruft der Präsident Lincoln 75.000 Freiwillige zu den Waffen. Daraufhin schließen sich Virginia, Arkansas, Tennessee und Nord-Carolina den ›Confederates‹ an. Die an der Grenze, also südlich der sogenannten Mason-Dixon-Linie gelegenen Sklavenstaaten Delaware, Maryland, Kentucky und Missouri bleiben staatstreu. West-Virginia trennt sich 1863 von Virginia.

Lincolns Außenminister William Seward spielt zuerst mit dem Gedanken, gegen England, Frankreich, Rußland und Spanien Krieg zu führen, um den inneren Zwiespalt im Feuer eines Krieges mit dem Ausland zu ersticken. Als die Trennung endgültig wird, überredet er den Präsidenten, die südlichen Häfen zu blockieren. Tatsächlich führt diese Anakonda-Riesenschlangen-Strategie des Nordens, mit der Blockade, der Eroberung des Mississippilaufes und der erbarmungslosen Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung und gegen die Zivileinrichtungen des Südens, schließlich zum Sieg. Andererseits verwickelt die Blockade die USA auch in außenpolitische Schwierigkeiten. Wenige Tage vorher, am Schluß des Krimkrieges (1856) hatten

Großbritannien, Frankreich und das Königreich Sardinien in der »Erklärung von Paris« versucht, die Seekriegsführung zu regeln und den Begriff ›Blockade‹ nur für kriegführende, d.h. unabhängige Staaten vorgesehen. Da der Norden aber die Unabhängigkeit der konföderierten Staaten nicht anerkannte, verstrickten sich die USA in einem Widerspruch und gaben so den führenden europäischen Seemächten, insbesondere England und Frankreich die Handhabe, den Südstaaten nun volle staatsrechtliche Souveränität einzuräumen. Schon hatten die Briten die ›Confederates‹ als kriegführende Staaten – doch nicht als unabhängige Staaten – anerkannt. Die entsprechende Diplomatie zwischen Frankreich, England und den USA stand auf des Messers Schneide und wurde erst mit der wirtschaftlich-militärischen Erschöpfung des Südens zugunsten der USA entschieden.

Im Rückblick erscheint es wie ein Wunder, daß die Südstaaten viele Siege zu erkämpfen und jahrelang gegen eine materiell erdrückende Übermacht auszuhalten vermochten. Zwar war der Norden wie auch der Süden gezwungen, Milizeinheiten und Freiwillige im großen Maßstab einzusetzen. 1860 umfaßte das U.S.-amerikanische Heer nur 16.000 Mann, wovon der Großteil damit beschäftigt war, die westlichen Indianer zu bekämpfen und auszurotten. Auch bestand die Mehrheit des amerikanischen Offizierkorps aus Söhnen des Südens – wegen der eher traditionellen, ständischen Gesellschaft und dem Ehrbegriff des »aristokratischen« Pflanzertums begreiflich –, was die frühen Siege über die Armeen des Nordens zum Teil verständlich macht. Andererseits hatte der Norden 19 Millionen Einwohner, denen sechs Millionen Weiße und drei Millionen Neger gegenüberstanden. Darüber hinaus stellte der Norden 92 v.H. der Industrieerzeugnisse der ehemaligen USA her und besaß mehr als 2/3 der Eisenbahnstrecken. Dem Süden fehlte es sogar an Waffen. Von den 135.000 Handfeuerwaffen, die 1861 in den Staatsarsenalen beschlagnahmt wurden, waren lediglich 10.000 modernen Typs. Der Rest bestand aus total veralteten Musketen und Vorderladern. Die von den landverbundenen Männern des Südens (zumeist passionierte Jäger) mitgebrachten eigenen Stutzen machten das Ungleichgewicht nicht wett.

Ein Vorteil für die Sezessionsstaaten, die einen Staatenbund ähnlich der ursprünglichen ›Kontinentalkongreß‹-Regierung von 1775/76 darstellen wollten, stellte ihre erhebliche Baumwollausfuhr nach England dar. Sie bestritt über 70 v.H. des englischen Baumwollmarktes, der seinerseits mit seinen Textilspin-

nereien in Lancashire und den verarbeitenden Tuch-, Kleidungs- usw. Industrien ein Handelsreich über die ganze Welt spannte. Gute fünf Millionen Erwerbstätige waren damals in England auf den Nachschub aus den südlichen Baumwollstaaten angewiesen. Der Sezessionspräsident Jefferson Davis erkannte den Vorteil und entsandte drei Diplomaten nach Europa, mit dem Auftrag, die volle Anerkennung und, wenn irgend möglich, eine militärische Intervention, vor allem seitens Großbritanniens und Frankreichs unter Napoleon III. zu erzielen. Um ein Haar wäre es ihm geglückt. Schon im Sommer und Herbst 1861 kam noch der Bau ›südlicher‹ Hilfskreuzer auf englischen Werften dazu, die vorerst als Frachtschiffe getarnt waren, um die britische »Neutralitätserklärung« zu umgehen. Später sollten diese, unter der Führung tapferer Kapitäne, unter den »nördlichen« Frachtern schmerzhaft aufräumen. Allein der Hilfskreuzer »C.S.S. Alabama« unter dem Kommando des berühmten Kapitäns Raphael Semmes versenkte während der ersten drei Monate seines Einsatzes 19 Schiffe des Feindes.

Nun, Ende 1861, verursachte ein Zwischenfall beinahe einen Krieg zwischen Großbritannien und den USA. Zwei sezessionistische Diplomaten, James Mason aus Virginia und John Slidell aus Louisiana, hatten sich auf dem Postdampfer Trent eingeschifft, um London auf dem Umweg über Kuba zu erreichen. Unterwegs wurde die Trent von der ›U.S. San Jacinto‹ aufgebracht. Mason und Slidell wurden festgenommen. Das aufflackernde Kriegsfieber wurde in England vom Gemahl der Königin Viktoria, Albert – dem Prinzen von Sachsen-Coburg-Gotha –, und den Geschäftsleuten der ›City‹ eingedämmt. Auf amerikanischer Seite halfen der Takt Lincolns, eine offizielle Entschuldigung seines Außenministers Seward und die Freisetzung der Diplomaten, das Äußerste zu vermeiden. Interessanterweise wurde der Streit wegen der in England gebauten Hilfskreuzer und des von ihnen angerichteten Schadens erst 1871 mit dem Vertrag von Washington beigelegt. Ein von beiden Parteien bestimmtes Schiedsgericht sprach den Vereinigten Staaten einen Schadensersatz in Höhe von $ 15,5 Millionen zu. Wiederum ein Beispiel weitsichtiger britischer Diplomatie, die sich die Freundschaft der immer mächtiger werdenden USA gewinnen wollte.

Es sei noch zwei weiterer, diesmal U.S.-amerikanischer »Erfolgsinstrumente« gedacht: der Rolle des amerikanischen Gesandten in London, Charles Francis Adams, und Lincolns sogenannter Emanzipationserklärung zugunsten der Sklaven.

Ch. Adams aus Massachusetts war der Sohn des geopolitisch engagierten Außenministers und Präsidenten John Quincy Adams und Enkel des »föderalistischen« Präsidenten und tadellosen Diplomaten John Adams. Als solcher ist er ein Sproß der wohl glänzendsten Patrizierdynastie aus dem Norden der Vereinigten Staaten, geächtet und befehdet von den südlichen Dynastien wie den Masons und den hervorragenden Lees aus Virginia. Das zwanzigste Jahrhundert sah den kometenhaften Aufstieg der weit fragwürdigeren Rooseveltdynastie und das tragische Leben der Kennedysippe. Ob die Bush-Sippe den Sprung von einer »Familie« zu einer »Dynastie« schafft? Der Gesandte Charles Adams jedenfalls war ein herausragender amerikanischer Diplomat, dessen zähes Ringen mit dem englischen Außenminister Lord Russell und dessen Premierminister Palmerston entscheidendes zur bleibenden britischen Neutralität beitrug.

Lincolns Emanzipationserklärung vom 22. September 1862 – sie sollte am 1. Januar 1863 in Kraft treten – war nicht mehr als eben eine Erklärung. Nach der für den Süden wie auch den Norden verheerenden Schlacht von Antietam veröffentlicht, »befreite« sie die Sklaven lediglich in den Sezessionsgebieten, also in einem Raum, über welchen Lincoln keinerlei Autorität ausübte. Das eigentliche Ziel der Erklärung waren die Völker Europas, die die Sklaverei ablehnten und positiv gestimmt werden sollten. Die Sklaven erhielten erst mit der Dreizehnten Verfassungsänderung die Freiheit, dem 13th Amendment, das am 18. Dezember 1865 in Kraft trat – als der Präsident schon im Reich der Schatten weilte. Er wurde am 14. April 1865 erschossen.

Die zu Tode erschöpfte Hauptstreitmacht der Konföderierten unter dem Befehl des berühmten Generals Robert E. Lee streckte am 9. April 1865 bei Appomattox die Waffen. Der Sezessionskrieg war im wesentlichen zu Ende. Er hatte über 600.000 Mann das Leben gekostet – der bis heute kostspieligste Krieg der USA. Weitere Hunderttausende waren verwundet oder befanden sich in den Kriegsgefangenenlagern des Nordens. Die blühendsten Landstriche des Südens waren durch das betont menschenfeindliche Wüten der erobernden Armeen verwüstet, die Mehrzahl der sechs Millionen weißen Einwohner ihres Lebensunterhaltes beraubt. Über drei Millionen, nun heimatlose Neger streunten umher oder wurden von den Heeren des Nordens für ihre politischen Zwecke mißbraucht. Die starke Hand, mit der Lincoln als Oberbefehlshaber der Streitkräfte und

Kriegsdiktator die Verwüstung des Südens befehligt hatte –, fehlte nun nach seinem Tode, sie war nicht da, um Schritt für Schritt eine gemäßigte Aufbaupolitik zu betreiben (»Reconstruction«). Ohne auf Einzelheiten einzugehen, muß doch bemerkt werden, daß die radikalen Republikaner mit ihrer Vergeltungs- und Geldpolitik dem Süden zu seinen leiblichen Wunden noch tiefere, seelische schlugen, die auch um das Jahr 2000 noch nicht verheilt sind. Gesiegt hatten: der Manchesterliberalismus, der Industrialismus und die nationale Kreuzzugsidee, die bald – zum Leidwesen der Welt – den ganzen Erdball erobern sollten.

Der Sezessionskrieg war ein welthistorischer Konflikt. Lincoln verhütete mit aller Macht, daß die USA endgültig nach dem europäischen Muster entzweigerissen wurden. Mit all den dazugehörigen Lastern: der Uneinigkeit, der Eifersucht, den Wirtschaftskämpfen und den späteren Kriegen, wie Feldmarschall Montgomery in seinem Buch *Die Geschichte der Kriege* betont.[18] Durchaus zutreffend, aber noch wichtiger, war die »Begleitmusik« gewesen: Das Aufkeimen, der Wuchs und die Blüte der europäischen Völker, der Glanz ihrer unnachahmlichen Nationalkulturen bis 1914/1941. Sie sind allesamt in einem Welt-Universalreich unerwünscht und werden bald einem starren Ideologie- und Majestätskult Platz machen müssen. Man vergleiche nur die Riesenfiguren der spätrömischen Gottkaiser – besonders die Fragmente Konstantins des Großen auf dem Kapitol zu Rom – mit den noch riesigeren, d.h. göttlicheren Skulpturen Lincolns in seinem Tempel zu Washington oder mit den vier Präsidentengöttern auf dem einst heiligen Berg Mt. Rushmore in Süd-Dakota. Tatsächlich war Lincoln ein umgekehrter Karl der Große. Wie dieser – auf großartige Weise – die Talente und die Energien Europas außerhalb Byzanz ein letztes Mal im Frankenreich vereinte, riß Lincoln Amerika vom klein-europäischen Abgrund zurück und raffte das nunmehr »verkleinerte« und dahingrübelnde Europa und damit die ganze Welt in einer letzten und ausgedehntesten Version eines Universalweltreiches zusammen. – »Ein für allemal«, so glaubte man im 20. Jahrhundert. – Doch die Geschichte wogt auf und ab. – Deswegen durfte das amerikanische Weltreich im 20. Jahrhundert keine andere Weltanschauung, keine andere

---

[18] Field-Marshal Viscount Montgomery, *A History of Warfare*, The World Publishing Company. Cleveland, New York 1968
Vgl. The Anchor *Atlas of World History*, Anchor Books, Garden City, New York 1978; übersetzt vom: DTV-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, 1966; S. 11–23, 93–96 ff.

»Zivilreligion«, keinen anderen Staat, kein anderes Volk neben sich dulden. Trotz allem Propagandagezeter entspringt das Böse der eigenen Brust, nicht der der anderen. »We have met the enemy and he is us!«, wie der unvergeßliche Comicstrip »Pogo« in den 1960ern bekannte. Denn Universalherrschaft bedeutet die unbarmherzigste Unduldsamkeit. Logisch.

Dem ideologisch umflorten Blick – Lincolns wie auch des wohlbekannten deutschen Einwanderers Carl Schurz – präsentierten sich die USA als das hellodernde Fanal der Demokratie, das um jeden Preis erhalten werden mußte, obwohl dies staatsrechtlich seit der Verfassung von 1787 bis heute nicht der Fall ist. Der Bruderzwist am Potomac bedeutete die letzte, energiegeladene Phase der Industrierevolution, die endgültig zur Plutokratie überleitete, die wiederum unter Lincolns zweitem Nachfolger, dem siegreichen General und Präsidenten Ulysses Grant, eine der korruptesten amerikanischen Regierungen im Weltmaßstab einführte. Seither tun sich Abgründe der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Gegensätze auf – Monopolmacht hie! Massendemagogie dort! –, die trotz des aufflackernden Populismus um 1900 auch die politische Demokratie in Amerika zu Grabe trug. Was die ach so autokratischen Monarchien Europas von St. Petersburg bis Wien, von Potsdam bis Madrid betrifft, denen Carl Schurz den Rücken gekehrt hatte, so standen diese seit den Revolutionen von 1789 und 1848 auf verlorenem Posten. Der konservative Preuße Bismarck schließlich führte im Norddeutschen Bund und im Zweiten Deutschen Reich von 1871 das allgemeine Wahlrecht ein, das im rassisch, völkisch und klassenmäßig verkeilten Amerika erst nach 1965 Brauch wurde – ungeachtet der ideologischen Scheelblicke und Winkelzüge Woodrow Wilsons und F. D. Roosevelts. Sozialpolitisch begannen Bismarck und Kaiser Wilhelm I. ab 1882 jene Gesetzgebung, deren wohlausgeglichener Gerechtigkeitssinn selbst in den heutigen USA eine utopische Chimäre bleibt. Umgekehrt wird die Rückständigkeit Amerikas seit den 1990er Jahren von den sozialreaktionären bundesdeutschen Regimes als »letzter Schrei« oder besser als »kreative Innovation« – vorgegaukelt – ein Rückschritt in die tiefste Vergangenheit. Hüte dich, deutsches Vaterland!

Im allgemeinen wird der Sezessionskrieg oft als der erste moderne Krieg bezeichnet. Da die Wirtschaft und die Zivilbevölkerung des Südens das Hauptziel der ›nördlichen‹ Kriegführung darstellten, weist dieser Konflikt auf die totalen Kriege des 20. und des frühen 21. Jahrhunderts hin, auf die englische Entente-Blocka-

de Deutschlands und der Mittelmächte im ersten, auf die angloamerikanische strategische Bombenoffensive gegen Deutschland, Europa und Japan im zweiten Weltkrieg, auf die Massenvertreibung der Deutschen, der Finnen und anderer Völker von Petsamo bis Bulgarien und schließlich auf die Aushungerungspolitik der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen sowohl Deutschlands Morgenthauplan, »Joint Chiefs of Staff« Befehl No. 1067 – als auch Italiens und Japans, nach deren Kapitulation 1943/1945. Es ist kein Zufall, daß die weltstrategisch und geopolitisch ausgerichteten Seemächte England und die USA führend an diesen Kriegs- und Friedensverbrechen beteiligt waren und daß sie typischerweise den Krieg nicht als einen Streitfall zwischen im wesentlichen Gleichen, sondern als einen *Weltbürgerkrieg* betrachten, in welchem der Gegner kurzerhand auszurotten ist.

Die wirtschaftliche und territoriale Expansion der USA nach 1860/65

Das Los des bedauernswerten ›Kaisers‹ Maximilian von Mexiko und der – aus den Schadenersatzansprüchen des Nordens entstandene -Vertrag von Washington von 1871 wurden schon gestreift. Diese Ereignisse bezeichneten die wachsende Macht der USA. Lincolns Außenminister Seward, der 1867 – zwei Jahre nach Lincolns Tod – dem Zarenreich das strategisch hochwichtige und mit Natur- und Bodenschätzen überreich gesegnete Alaska für lächerliche $ 7,2 Millionen abkaufte, rhapsodierte schon 1853: »Der Saum Amerikas« ... soll ausgebreitet werden, so daß er die Sonne grüßt, und wenn sie die Tropen berührt und ihre leuchtenden Strahlen dem Polarkreis zuschickt, wird er noch entfernte Inseln in beiden Weltmeeren umschließen.« 1885 folgerte der Geistliche Josiah Strong in seinem bedeutenden Buch »Our Country«: »Was Amerika tut, das tut die Welt.« Der Historiker Frederick Jackson Turner von der Universität Wisconsin erklärte 1893, daß die ständig nach Süden und Westen sich ausbreitende Grenzregion, die den Nationalcharakter Amerikas gestaltet habe, nun »geschlossen« besiedelt sei und daß die befreiten Energien wohl angewiesen seien, sich nach einem anderweitigen Betätigungsfeld umzuschauen.[19] So geschah es, und zwar gleichzeitig im wirt-

[19] Frederick Jackson Turner, »The Significance of the Frontier in American History«, *Annual Report of the American Historical Association*, 1893, Washington, D.C.: Government Printing Office, 1894, S. 227

schaftspolitischen als auch im territorial-globalen Raum. Wenden wir unsere Aufmerksamkeit zunächst dem letzteren zu.

Der ehrgeizige Seward unterhandelte schon 1865 mit Dänemark, um ihm seine Westindischen Inseln, die Virgin Islands, abzukaufen. 1867 unterschrieb er einen entsprechenden Vertrag mit Kopenhagen, der jedoch durch das Auftauchen eines verheerenden Orkans im Schatten eines Anklageverfahrens – impeachment – gegen den Präsidenten Andrew Johnson – dem Nachfolger Lincolns – dann doch nicht zustande kam. Erst 1917 holte Woodrow Wilson die strategisch wichtigen Inseln »heim ins Reich«. Seward bot dann $ 2 Millionen für die ebenso wichtige Samana-Bucht auf Santo Domingo, der heutigen Dominikanischen Republik; doch weder er noch der republikanische Präsident Ulysses Grant vermochten das Projekt zu Ende zu bringen. Der Außenminister plante nun Haiti und Kuba zu annektieren; Grönland und Island wollte er ankaufen. Er gedachte schließlich auch, andere karibische Inseln, wie im Pazifik Hawaii und die Midway-Inseln, den Vereinigten Staaten einzuverleiben. Tatsächlich wurde Midway – das durch die japanisch-amerikanische Luft/Seeschlacht 1942 Berühmtheit erlangen sollte – als strategisch wichtige Verbindung zwischen San Francisco, Hawaii und Japan – im August 1867 genommen. Seward und seine Expansionsgenossen hätten sich jedoch kein Kopfzerbrechen antun müssen, denn in den folgenden Jahrzehnten verstanden es die USA, mit ihrer Kombination von Handelspolitik / Propagandaoffensive / militärischen Abenteuern und Großkriegen, wie dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, deren Ziele zu erreichen und bald sogar hinter sich zu lassen. Kuba z. B., das die Nordamerikaner schon vor 1776 begierig beäugt hatten, wurde von 1868–1878 erneut von Aufständen, die einen »Zehnjährigen Krieg« mit dem spanischen Mutterland zur Folge hatten, heimgesucht – was Onkel Sams Habgier noch weiter anstachelte. Der »Virginius«-Zwischenfall – der den Waffenschmuggel zwischen den USA und Kuba aufdeckte – führte 1873 beinahe zu einem spanisch-amerikanischen Krieg. Bald wird uns der Fall »K« näher beschäftigen.

Doch ist das Beispiel Hawaii (Sandwich-Inseln) mindestens ebenso lehrreich wie Kuba.

Die malerisch im Stillen Ozean gelegenen, tropischen Hawaii-Inseln hatten die Aufmerksamkeit der Nordamerikaner schon früh im 19. Jahrhundert u.a. als Walfang-Depots auf sich gezogen. Bald folgte die typische Doppeloffensive: Bibel

und Geldbeutel. Die aus Neu-England hervorstürmenden puritanischen Missionare unterjochten die naive, lebensfrohe polynesische Bevölkerung vollends, nachdem ein Großteil durch die eingeschleppten Seuchen der Weißen bereits erheblich dezimiert worden war, so daß es die amerikanischen Besitzer der Riesenzuckerplantagen »C and H Sugar« und der Giganto-Ranchos ein leichtes fanden, die Eingeborenen zum Frondienst heranzuziehen. Da sich die dezimierte polynesiche Bevölkerung als zu gering erwies, um die märchenhafte Gewinnspanne der Pflanzerkaste auf Dauer zu gewährleisten, führten die Bosse massenhaft Fremdarbeiter aus Japan, China, den Philippinen usf. ein, die das einheimische Volk aufsaugten. Die USA bemächtigten sich natürlich auch des ideal gelegenen Hafens von Pearl Harbor, des Ausgangstors nach Japan, China und Südostasien. *Hört sich das alles nicht irgendwie zeitgemäß an?*

Die Vereinigten Staaten machten es den anderen Großmächten – vor allem Großbritannien – wiederholt klar, daß sie Hawaii als innerhalb ihres eigenen Einflußbereichs gelegen betrachteten. 1875 wurde ein »gegenseitiger Vertrag« unterzeichnet, der zollfreie Einfuhr des Hawaiizuckers in die USA vorsah – aber nur, solange die hawaiianischen Könige davon absahen, auch nur einen Teil ihres Gebietes einer anderen Kolonialmacht zur Verfügung zu stellen. 1881 warnte der amerikanische Außenminister James Blaine – der sich auch wegen seines Pan-Amerikanismus einen Namen gemacht hat – Großbritannien, die Finger von Hawaii zu lassen, da diese Inseln »ein wesentlicher Teil des amerikanischen Staatensystems« seien. Sechs Jahre später erhielt Amerika das Recht, Pearl Harbor zu einem Kriegshafen auszubauen. Nicht genug, daß die Inseln zu einem amerikanischen Protektorat herabgesunken waren, schritten die Yankees zu ihrer völligen Annexion. Anfang der 1890er Jahre widerrief der Kongreß die Zuckerzollfreiheit – was die U.S.-Pflanzer auf Hawaii natürlich empfindlich störte. Wutentbrannt stürzte eine winzige »Mehrheit« von 3000 Amerikanern – bei einer Bevölkerung von ungefähr 100.000 Menschen – mit der aktiven Unterstützung des U.S.-Gesandten John Stevens und der Besatzung des Kreuzers U.S.S. Boston die starke Königin Liliuokalani am 16. Januar 1893 und hielt sie in einem kleinen Zimmer ihres Palastes gefangen. Dort begann sie damit, Gedichte und Lieder über ihre – mit »Mana«, d.h. mit kosmischer Kraft – gesegnete Dynastie zu verfassen, darunter

das bekannte »Aloa-he«.[20] Präsident Harrison unterzeichnete im Februar einen Annexionspakt mit einem »hawaiianischen« Ausschuß von vier Amerikanern und einem Engländer, wurde aber kurz darauf von Grover Cleveland, einem Demokraten, im Weißen Haus abgelöst. Dieser – obgleich ein Expansionist – war nicht geneigt, die prekäre politische Lage Amerikas und seiner Partei mit einer multi-rassischen Kolonie zu belasten. Seinem damaligen Außenminister Cresham war klar, daß die Bevölkerung Hawaiis sich der Eingemeindung widersetzte und eine Annexion somit einem Diebstahl gleichkäme. Präsident Cleveland widerrief daher den Vertrag. Unter dem republikanischen Präsidenten McKinley wurde Hawaii 1898 dann trotzdem annektiert. Unter dem republikanischen Präsidenten Eisenhower wurde es 1959 zum amerikanischen Bundesstaat.

Das löbliche Vorgehen Grover Clevelands und seines Außenministers Gresham bezüglich Hawaiis traf auf Samoa nicht zu – einem Archipel aus 14 Vulkaninseln, der entlang den Handelsrouten zwischen San Francisco und Australien gelegen ist. Das Interesse der USA wurde schon früh, zu Beginn des 19. Jahrhunderts, geweckt – mußte später aber schmerzlicherweise mit dem anderer Imperialisten geteilt werden, vor allem mit dem Englands und Deutschlands. Vorerst ging für Onkel Sam alles glatt. 1872 gewährte ihm ein Häuptling das Recht, im Hafen von Pago Pago ein amerikanisches Marinedepot einzurichten. 1878 wurde ein Vertrag unterzeichnet, der den USA weitere Zugeständnisse in Pago Pago einräumte. Als sich nach 1885 der Streit zwischen Deutschland und Amerika zuspitzte, kabelte U.S.-Außenminister Bayard nach Berlin, daß den Vereinigten Staaten die Rolle einer »wohlwollenden« Schutzmacht zugefallen sei und es so bleiben müsse. Zwei Jahre darauf berief Bayard eine Dreimächtekonferenz nach Washington ein, die jedoch ergebnislos verlief. Nachdem Deutschland Matrosen auf Samoa landen ließ, entsandten die USA und Großbritannien weitere Kriegsschiffe.

---

[20] Im Deutschen lautet die erste Strophe:
»Anker auf! Und aus dem Herz gerissen,
Leb' wohl, noch heute heißt's ade!
Liebes Kind, das Abschiednehmenmüssen
Ist das Los unsereins von der See.
Auf Wiedersehen, Marie Madlen,
Auch unser Glück muß heut' zu Ende gehen.
Die Wimpel wehn, Marie Madlen,
und einmal muß es doch gescheh'n!
... Aloa-he, Aloha-he / bzw. Aloha-Oe / ...

1889 bewilligte der Kongreß eine halbe Million Dollar zum Schutz der amerikanischen Besitzungen. Weitere $ 100.000 sicherten den Ausbau des Kriegshafens in Pago Pago. Als bald darauf ein Taifun die Mehrzahl der amerikanischen, englischen und deutschen Kriegsschiffe kriegsuntauglich machte, besannen sich die Mächte eines besseren und teilten sich Samoa in ein dreifaches Protektorat. 1899 – zum Ausklang des spanisch-amerikanischen Krieges – zerlegten Deutschland und die Vereinigten Staaten den Archipel in zwei Kolonien. England wurde mit anderen pazifischen Besitztümern abgespeist.

Im ganzen verlieh der Griff Amerikas nach Alaska – einschließlich der Inselkette der Aleuten – nach Hawaii, Midway, Samoa u.a. und seine rasch anwachsende Monopolstellung im westlichen Lateinamerika der frischgebackenen Großmacht eine vorherrschende Stellung im Riesenraum zwischen der Beringstraße und Australien/Neuseeland, die sie nach 1899 und besonders nach 1918 zum bleibenden Schaden Englands und Japans – seiner überlebenden Hauptkonkurrenten im Pazifik – flugs weiter ausbaute. Der Anschluß Alaskas und Hawaiis an die 48 »unteren Staaten« in den Jahren 1959/60 wie auch die Vormachtstellung der USA über ganz Vorderasien und einen Großteil Afrikas und ihre Verdrängung Englands aus Australien/Neuseeland bedeuteten – auch im Wettkampf mit der geopolitisch usw. völlig unterlegenen Sowjetunion – in der Praxis einen Höhepunkt im Weltherrschaftsstreben der strategisch denkenden See-, Luft- und Weltraummacht Amerika.

Das Zusammenwachsen des Westens und der cismontanen USA; das Auslöschen der Indianer; Wirtschaftsexpansion und Flottenstärkung

Am 10. Mai 1869 – vier Jahre nach Ende des Sezessionskrieges – wurde der erste transkontinentale Schienenstrang von Nebraska im Mittelwesten durch das Felsengebirge nach Kalifornien mit dem symbolischen Einhämmern des »goldenen Nagels« bei Promontory in Utah fertiggestellt. 1862 hatte der Kongreß die Union-Pacific-Gesellschaft für den Bau des östlichen Teils gechartert. Die Central-Pacific-Gesellschaft wurde mit dem Bau der westlichen Hälfte beauftragt – eine Leistung, die wegen der Überwindung der hochragenden Sierra Nevada, des Schneegebirges, zu den glänzendsten Konstruktionstaten des 19. Jahrhunderts gehört.

Weniger hervorragend war die rasch voranschreitende Ausmerzung der westlichen Indianer, welche sowohl direkt – wie z.B. durch nächtliche Überfälle auf Indianerdörfer, wobei hauptsächlich Frauen und Kinder »daran glauben mußten« – als auch indirekt betrieben wurde, durch das millionenfache Niedermachen der Bisons, das den Eingeborenen die Lebensgrundlage entzog und sie massenweise verhungern ließ. Die Überlebenden wurden in Reservaten in unwirtlichen Gegenden zusammengepfercht. Wenn dort Gold oder andere Bodenschätze entdeckt wurden, vertrieb man die Indianer aufs neue oder ließ sie »über die Klinge springen«. Die Massenmörder aus dem Sezessionskrieg – wie die Generale Sherman und Sheridan – ernteten wiederum traurige Lorbeeren bei ihrem Völkermord. Im ganzen wurden über 400 einst feierlich mit den Indianern unterzeichnete Verträge gebrochen. Selbstverständlich beteiligten sich auch die höchsten staatlichen Spitzen an dem lukrativen Gewerbe. Als in den ›Schwarzen Bergen‹ Süd-Dakotas ausgiebige Goldvorkommen entdeckt wurden, war die Anwesenheit der dortigen Sioux den Bleichgesichtern lästig, vor allem dem General und Präsidenten Ulysses Grant. Der fabelhafte Reichtum der William Randolph Hearst-(»Hörst«)-Dynastie hatte hier, in der damals reichsten Goldmine der Welt, seinen Ursprung, weniger in ihren Zeitungsunternehmen. Zweifellos wollte sich auch der Präsident Grant daran beteiligen – ganz zum Ärger des kühnen Obristen, Brigadegenerals und Indianertöters Custer (»Küster«). Anscheinend – die offiziellen Dokumente sind heute »verlorengegangen« oder befinden sich noch hinter Schloß und Riegel – wiesen Grant und sein in Geheimsitzungen zusammengetretenes Kabinett die Oberbefehlshaber im Dakota-Wyoming-Montana-Raum an, Custer in einen Hinterhalt reiten zu lassen. So kam es dann auch. 1876 wurden Custer und wenige hundert seiner Mannen in der Schlacht am Little Big Horn von den Sioux und von Medizinmann Sitting Bull zusammengerufenen Indianerstämmen bis auf den letzten Mann niedergemacht. Leider vermochten solche Katastrophen, wie auch der Heldenmut des Apachenführers Geronimo und seiner 10–12 Krieger (zehn bis zwölf) in Arizona, das Unheil für die Eingesessenen nicht aufzuhalten. Allerdings erließ 1887 der Kongreß das sogenannte Dawesgesetz, welches jenen Indianern, die ihren Stamm zu verlassen und den USA den Treueid zu schwören gewillt waren, die amerikanische Staatsbürgerschaft und einen Bauernhof *(homestead)* anbot. Die 1787 entworfene und bis heute gültige

Staatsverfassung behandelt die Indianer als Fremde (» ... *and excluding Indians not taxed:* ... mit Ausschluß der nichtbesteuerten Indianer«, Artikel I, Abs. 2).

Nun allerdings war die Lage der am Ende des 19. Jahrhunderts total unterjochten und demoralisierten Eingesessenen derartig verzweifelt, daß der *Dawes-Plan* – der Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg angebotene »Plan« zur Ratenzahlung der Reparationen lief unter demselben Namen – dem einst blühenden Leben der Indianer den Todesstoß versetzte. Zum leiblichen Tod gesellte sich die Austilgung der Kultur – der Schlußstrich unter dem Völkermord. Um 1900 überlebten nur noch an die 100.000 Indianer von den ursprünglichen fünf Millionen. *Vae victis!*

Wehe den Besiegten. Soweit die Duldung des Multikulturalismus ...

Mittlerweile hatte sich das Einströmen europäischer Einwanderer zu einer Sturzflut entwickelt – die asiatischen wurden verfolgt. Schon 1862 wurde das Homestead-Gesetz verabschiedet, das einem jeden Bürger oder Einwanderer, der es fünf Jahre lang unter den oft unmenschlichen Lebensbedingungen des Mittelwestens aushielt, eine »Viertel-Sektion« oder 160 Morgen, d.h. ca. 64 ha Land: eine »Heimstatt« schenkte. Die Eisenbahngesellschaften ihrerseits, denen Washington Zehntausende qkm Land zur Verfügung gestellt hatte – die ursprünglichen Bewohner waren ja ausgemerzt worden – verkauften weitere Ländereien an die Siedler. Das Morrill-Gesetz, das ebenfalls 1862 erlassen wurde, ermöglichte den Bundesstaaten den Bau landwirtschaftlicher Hochschulen mittels großzügiger Landschenkungen, die sie an Privatfamilien weiterverkauften. Der rasante Bevölkerungszuwachs u.a. in Europa und Nordamerika in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führte zu einer steigenden Nachfrage für die Erzeugnisse der neuerschlossenen landwirtschaftlichen Anbaugebiete, insbesondere nach Weizen. Die Erfindung stets neuer landwirtschaftlicher und industrieller Maschinen regte den extensiven Anbau an – dessen Bodenausbeutung im 20. Jahrhundert sich wiederholt rächen sollte. Millionen qkm bislang unberührten Urwaldes fielen dem Raubbau, der Vermarktung und der Verwüstung anheim, und die neuen Verständigungs- und Transportmittel konzentrierten die Herrschaft über die neuen Märkte in wenigen Finanzzentren, vor allem in New York. Die Weltwirtschaftskrisen von 1873 und 1893 trafen die Landwirte und das städtische Proletariat schwer – und nur

langsam, sehr langsam – von Staat und Wirtschaft wütend bekämpft – entstanden Farmvereine wie die »Granges« Arbeitervereine und Gewerkschaften, wie die »Ritter der Arbeit« 1869 und die *»American Federation of Labor«*, die AFL (1881 und 1886).

Wie bekannt, waren Geschäft, Handel und Industrie schon vom Finanzminister des Präsidenten Washington, Alexander Hamilton, stark gefördert worden. Nun – angespornt von Bevölkerungsexplosion, den neuen Erfindungen, Maschinen und Motoren wie auch von den staatlichen Rüstungsausgaben – schossen neue Gigantofirmen aus dem Boden wie Tropenpilze. Skrupellose Finanzmagnaten und Raubritter – Robber Barons wie John D. Rockefeller, Andrew Carnegie – ein Einwanderer aus Schottland –, darunter die Eisenbahnmogule Hill, Harriman, Vanderbilt, auch Jim Fisk und Jay Gould, etwas später »Judge« Gary, schichteten milliardenschwere Trusts, Pools und Interessengemeinschaften auf und bereicherten sich über Nacht auf Kosten der sogenannten Mittelklasse, zum Ruin des Kleinen Mannes. – Amüsant, wie genau die Mega-Monopole der 1980er und 1990er Jahre in den einmal eingefahrenen Gleisen ihrer kleineren Vorgänger blindwütig einherstampfen. – Um 1910 hatten die Vereinigten Staaten England und Deutschland in der Stahl- und Kohlenproduktion überholt. Der Stahlausstoß wuchs von 77.000 Tonnen im Jahre 1870 auf 11.227.000 Tonnen um die Jahrhundertwende. Zur selben Zeit verdoppelte sich die Weizen- und Maisernte. Das Bruttosozialprodukt wuchs um das Doppelte. Der Export stieg von $ 234 Millionen im Jahre 1865 auf $ 2,5 Milliarden im Jahre 1914, die Einfuhren von etwa $ 230 Millionen auf $ 2 Milliarden im selben Zeitraum. Bis 1913, als Industriegüter die erste Stelle einnahmen, überwogen die landwirtschaftlichen Ausfuhren von Weizen und Mais, von Baumwolle und von Fleisch- und Molkereiprodukten. Noch um 1900 machten die Agrarprodukte zwei Drittel des amerikanischen Exports aus. Schließlich verfügten die USA von 1874 bis 1934 über eine positive Handelsbilanz.[21]

---

[21] *The Times Concise Atlas of World History, Geoffrey* Barraclough, ed.; Hammond Incorporated, Maplewood, New Jersey, 1982, S. 94–95, 99–111
Vgl. *Ploetz, Große illustrierte Weltgeschichte*, Band 6, Die außereuropäische Welt bis 1945; Verlag Ploetz Freiburg-Würzburg, 1984, S. 184–221
Vgl. Thomas G. Paterson, J. Garry Clifford, Kenneth J. Hagan, *American Foreign Policy*, Band I; D. C. Heath and Company, Lexington, Toronto, 1988, Ss. 158–163

Die territoriale und wirtschaftliche Expansion wie auch die Gründung eines Kolonialreiches in Übersee verlangte vom geopolitisch gesegneten Drei-Ozeane-Staat USA (Atlantik, Karibik, Pazifik) selbstverständlich den Ausbau der Kriegsflotte. Ohnehin – folgt man den Lehren des deutschen Sozialdemokraten Hilferding und seiner Nacheiferer Lenin und Rosa Luxemburg – bedeutet der Weltimperialismus das »letzte Stadium des Kapitalismus«, eines »Spätkapitalismus« (Werner Sombart), der seinem erhofften Ende zurast. Möglich. Nur müßte dann erklärt werden, warum der spanische Weltimperialismus des 16. Jahrhunderts – als Kaiser Karl V. den deutschen Finanzhäusern der Welser und der Fugger Spanisch-Südamerika zur leider sehr flüchtigen Ausnutzung überwies – nicht auch mit dem Ende des Kapitalismus abschloß, sondern – ganz im Gegenteil – von einer Reihe weit mächtigerer Weltreiche abgelöst wurde? Vielleicht mündet die – zugegebenermaßen geistig, menschlich und geopolitisch unappetitliche Jetztzeit in eine noch mächtigere, wirtschaftlich-politische-propagandistische Vermarktung der Welt und des Menschen.

Wie berichtet, eilten amerikanische Kaufleute und Matrosen schon seit Ende des 18. Jahrhunderts nach Europa, Nordafrika, China und dem Pazifik, um Gewinn einzuheimsen und die »Flagge zu zeigen«. Die Vereinigten Staaten stationierten Kriegsschiffe in Lateinamerika, Afrika und Asien, um den eigenen Handel zu beschützen und – mit den Worten des Marinekommodores Shufeldt – um die »barbarischen Stämme, die nur das Argument der Gewalt verstehen«, zu beeindrucken. Diese durchaus europäischen Gepflogenheiten entsprechende Haltung ließ sich jedoch seit etwa 1865, dem Ende des Sezessionskrieges, angesichts der steigenden Flottenrüstung der Europäer nicht mehr aufrechterhalten – zumindest, wenn ein Weltreich erwünscht war. Und es war erwünscht. Die führenden europäischen Seemächte, allen voran England und Frankreich, aber auch Dänemark, die Niederlande, Rußland, Spanien, rümpften die Nase über die veralteten amerikanischen Kriegsschiffe, die in Betracht auf Konstruktion, Panzerung, Maschinen und Bewaffnung den Vergleich mit den ausländischen Konkurrenten nicht aufnehmen konnten. Die staatlichen Werften waren korrupt, technisch im Hintertreffen und vor allem von jenem politischen Teilungs-Prinzip belastet, das Präsident Andrew Jackson im großen Maßstabe eingeführt hatte und das Präsident Grant noch weiter ausbaute. Folglich, als in den 1880er und 90er Jahren der

amerikanische Überseekolonialismus immer schneller ins Rollen kam, bestürmten führende Seeoffiziere, Reeder, Industrielle und Imperialisten wie Theodore Roosevelt und Henry Cabot Lodge – die beide der »Brahmanen«-Oberkaste der Ostküste angehörten – den Kongreß und das Weiße Haus, Reform und Modernisierung voranzutreiben.

Glücklicherweise wurden 1876 Rutherford B. Hayes und seine reformistischen Republikaner – im Widerstreit mit zwei anderen Flügeln der Partei, den korrupten »Ehernen« (*stalwarts*) unter der Kontrolle des ›Bosses‹ Conkling aus New York und den »Mischlingen« (*halfbreeds*), angeführt vom nicht viel sittlicheren James Blaine aus Maine – ins Weiße Haus gewählt. – Übrigens wurde auch diese Wahl, ähnlich wie jene aus dem Jahr 2000, von einer Kommission dem Kandidaten mit einer Minderzahl der Stimmen zugesprochen. – Präsident Hayes ernannte ein tüchtiges Kabinett, darunter den Reformer Carl Schurz, und legte den Grundstein für eine saubere Wehr- und Marinepolitik. Leider stieß er damit auch die Mehrheit seiner republikanischen Partei vor die Stirn. Diese, angeführt von den »Mischlingen«, nominierte und wählte James Garfield aus Ohio zum Präsidenten (1880). Als dieser kurz darauf erschossen wurde, stieg sein Vizepräsident Chester Arthur zu seinem Nachfolger auf und verblüffte allgemein, als er – selbst ein Produkt der korrupten Conkling-Maschine – Maschinen sind autoritäre politische Vereine, die das Leben nebst der Finanzkontrolle eines Bezirks, einer Stadt oder auch eines Bundesstaates in der Hand halten, wie noch jüngst die Daly-Maschine von Chicago – es dem Präsidenten Hayes nachmachte. Unter seiner Leitung wurde 1883 das Pendleton-Gesetz erlassen, das mit der Ernennung einer Verwaltungskommission den Boden für den Bau eines zukünftigen Beamtenapparates vorbereitete. Der 1884 gewählte, demokratische Präsident Grover Cleveland – der sich weigerte, Hawaii zu annektieren – setzte die Beamtenreform fort.

In dieser Atmosphäre wurde Vizeadmiral (Rear Admiral) Stephen Luce, »der Vater der modernen amerikanischen Kriegsmarine«, zu einem tüchtigen Marinepolitiker. 1884 gelang es ihm, die Marinekriegsschule zu gründen, die See- und Marinepolitik nach wissenschaftlich-technischen Maßstäben auszurichten und eine »gerade« Flottentradition einzuführen. Dafür bestellte er Lehrer und Theoretiker wie den Kapitän, später Admiral, Alfred Thayer Mahan (1840-1914). 1890 veröffentlichte dieser seine Vorlesungen unter dem Titel: The Influence of

Sea Power upon History (»Die Rolle der Seemacht in der Geschichte«). Kurz und bündig stellte Mahan die These auf, die Größe eines Staates hänge von seiner Seemacht ab. Sie – die These – erklärt sich aus der Bereitschaft des Staates, den Krieg bis zum Endsieg zu führen und im Frieden einen energischen Außenhandel zu betreiben. Beides wird von einer starken und wirksamen Kriegsmarine gewährleistet. Kriegsschiffe ihrerseits sind auf um die Welt verstreute Vorratsdepots und Kolonien angewiesen, welche wiederum den Außenhandel und die Macht des Staates erhöhen. Also schließt sich der Kreis: Eine mächtige Kriegsmarine verlangt nach Kolonien, und Kolonien bedürfen einer mächtigen Marine. Eine Großmacht kommt ohne ein Kolonialreich nicht aus.

Wie schon dargelegt, verließen sich die Vereinigten Staaten im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorwiegend auf eine dynamische Festlandstrategie. Erst mit der Eroberung Kaliforniens und der Eingliederung des Oregongebietes weitete sich der Blick – von expansionistischen Politikern angetrieben – über den Pazifik und den Atlantik und endlich im 20. Jahrhundert über den ganzen Erdball aus. Ab 1916 war die amerikanische zur zweitmächtigsten Kriegsmarine der Erde aufgestiegen. Uncle Sam schickte sich an, John Bull als den stärksten Seebär der Welt auszubooten, so wie New York London als das erste Finanz- und Wirtschaftszentrum der Welt verdrängt hatte. Mit den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam (1943–1945) schlug schließlich das Todesstündchen, schlug der diplomatisch-politisch-militärische Schlußdiskord auch dem Empire.

Auf den ersten Blick gleicht Luces und Mahans Hypothese den Plänen Tirpitz' und Wilhelms II. in Deutschland. Tatsächlich – im Zeitalter des klassischen Industriealkapitalismus – besteht einige Ähnlichkeit. Doch die Unterschiede überwiegen. Einerseits beuteten die USA einen Kontinent völlig aus und beherrschten zwei Kontinente – Nord- und Südamerika – schon um 1900 total. Keine zweite oder dritte Weltmacht konnte ihnen damals oder heute gefährlich werden. Im krassen Gegensatz dazu war Deutschlands Lage weit unerfreulicher. Im Osten und Westen von mächtigen, expansionistischen Gegnern eingekeilt – Großbritannien, Frankreich, Rußland – war es und ist es auf Gedeih und Verderb, um sein Volk am Leben zu erhalten, auf den Export seiner Industriegüter angewiesen, die es hauptsächlich über den eingeengten Küstenstreifen an der Waterkant, allenfalls über das österreichische Triest auszuführen in der Lage war.

Beide Hauptschlagadern konnten leicht vom Feind eingeschnürt werden, wie die Jahre 1914 bis 1919 zeigen. Innenpolitisch war Deutschland im Vergleich mit den USA wegen des revolutionären Ethos seiner sozialdemokratischen Bewegung geschwächt – trotz der weit vorausblickenden Sozialgesetzgebung Bismarcks. Im Gegensatz dazu hatte Amerika kein großes Federlesens gemacht und die Arbeiterbewegung blutig unterdrückt. Der letzte Akt der Tragödie: Die Ausmerzung des Sozialismus im Ersten Weltkrieg unter der Regie Palmers – Woodrow Wilsons Justizminister. Schließlich mußte Deutschlands Flotte – Schutz und Schild seines lebenswichtigen Außenhandels – ständig eines Überraschungsangriffs von seiten Englands gewärtig sein. Unter der Ägide des damals zweitmächtigsten Mannes der Welt – des psychopathischen Ersten Lords der Admiralität W. Churchill – bereitete der energische Erste Seelord Jackie Fisher die Navy darauf vor, Kiel, die Ostseeküste Deutschlands und Berlin zu »kopenhagenisieren«, d.h. einen vernichtenden Überraschungsangriff wie weiland 1807 auf Kopenhagen auszuführen. Die deutsche Hochseeflotte, vor allem die U-Bootwaffe, hat das verhindert. Es zählt zu den Ironien der Menschengeschichte, daß – noch vor dem Ersten Weltkrieg – ein Sproß aus dem glänzenden deutschen Fürstengeschlecht von Battenberg die englische Marine modernisierte und stärkte. Während der Deutschenhetze des Ersten Krieges war er gezwungen, sich auf *Mountbatten* umtaufen zu lassen ...

Die Beherrschung Lateinamerikas und die Venezuela- und Kubakrisen

Nach dem Ende des Bruderzwists in Nordamerika wandte sich das Interesse Onkel Sams mit verdoppelter Inbrunst wieder Lateinamerika zu. Die angewendeten Machtmittel waren sowohl wirtschaftlicher als auch militärischer und propagandistischer Natur. In Kuba, Mexiko, Guatemala, Nicaragua, Haiti/Hispaniola, Kolumbien und dessen Provinz Panama trat die Präsenz der amerikanischen Wirtschaft besonders klar zutage. Im Falle Kubas – hier wurde nach mehreren, blutigen Negeraufständen 1878 die Sklaverei abgeschafft – waren es ausgedehnte Zuckerrohrplantagen und Bergwerke. In Guatemala gehörten 64 v.H. des Handels schon um 1885 den Yanquis. Etwa zur selben Zeit überholten die Investitionen amerikanischer Geschäftsleute in Mexiko jene der Engländer und der Franzosen. Die USA kauf-

ten von Mexiko 75 v. H. seiner Ausfuhren und belieferten es mit 50 v. H. der Einfuhren. Panama und Nicaragua erfreuten sich wegen ihrer strategischen Lage als mögliche Kanalverbindungen zum Stillen Ozean besonderen Zuspruchs. Als der Präsident Hayes 1880 erfuhr, daß der durch den Bau des Suezkanals berühmtgewordene französische Ingenieur de Lesseps Absichten auf Panamá hatte, entsandte er zwei amerikanische Kriegsschiffe, um die Bestürzung der USA zu unterstreichen. Der Clayton-Bulwer-Vertrag von 1850, der das ›Kondominiat‹ Englands und Amerikas über einen Kanal festgelegt hatte, war jetzt den USA zur Last geworden. 1881 verlangte Außenminister James Blaine, der Führer der erwähnten »Mischlings«-Republikaner, von England die Aufhebung des Vertrages, weil er die Monroedoktrin verletze. Drei Jahre darauf unterzeichneten die Vereinigten Staaten unter Verletzung des Clayton-Bulwer-Paktes einen Kanalpakt mit Nicaragua, welcher vom nachfolgenden Präsidenten Cleveland jedoch wieder aufgehoben wurde. 1873 und 1885 landeten amerikanische Truppen in der kolumbianischen Provinz Panamá, angeblich um amerikanisches Vermögen zu beschützen. Kapitän Alfred Mahan wurde an Bord eines Kreuzers nach Guatemala entsandt, um auch dort und in El Salvador amerikanische Besitzungen zu »beschützen«, darunter die Central and South American Telegraph Company.

Im entfernten Südamerika mischten sich die Vereinigten Staaten ebenfalls mit zunehmender Macht ein. 1891 war Chile dran. Chile hatte im »Krieg des Pazifik«, von 1879 bis 1883, Bolivien und Peru ein Gebiet reich an Nitratvorkommen weggenommen. Während der 1889 vom U.S.-Außenminister Blaine in Washington zusammengerufenen Panamerikanischen Konferenz erlaubte sich Chile, den Gastgeber öffentlich zu kritisieren. Als 1891 wieder einmal ein Bürgerkrieg ausbrach, unterstützte Onkel Sam die Regierung. Doch die Aufständischen siegten – was nicht gerade zur Verbesserung der amerikanisch-chilenischen Beziehungen beitrug. Im Oktober des Jahres ereignete sich ein klassischer ›Großmacht-Kleinstaat‹-Zwischenfall. Die Besatzung des schweren amerikanischen Kreuzers ›Baltimore‹, der mit weiteren Kriegsschiffen ausgesandt worden war, um die Interessen des Großen Nordamerikanischen Bruders in Chile zu wahren, ging in Valparaiso an Land und geriet bald außer Rand und Band. Es entwickelten sich Schlägereien zwischen Matrosen und Einheimischen. Zwei Amerikaner wurden erstochen, mehrere verwundet, andere verhaftet. Da anfangs die chilenische Re-

gierung keine Anstalten machte, sich offiziell zu entschuldigen, geriet der U.S.-Präsident Harrison in Wut und drohte mit einer Strafexpedition. 1892 kam in Chile eine neue Regierung an die Macht. Sie drückte ihr Bedauern aus und zahlte eine Entschädigung von 75.000 Golddollar – eine damals recht ansehnliche Summe. Offiziell verlief der Zwischenfall im Sande. Doch in der Praxis hatten die USA ihre Macht bis zur Südspitze Südamerikas – Feuerland – ausgedehnt.

Wenig später, während des brasilianischen Bürgerkrieges von 1893–1894, beorderte Washington eine Kriegsflotte südwärts und brach eine Blockade an der Küste Brasiliens – ein Kriegsfall. Das hieß – und heißt –, daß die Vereinigten Staaten, trotz des noch lästigen Konkurrenten Großbritannien, ganz Süd- und Lateinamerika als ihren – und bald ausschließlich ihren – Einflußbereich betrachteten. Die Venezuelakrise von 1895, die uns bald beschäftigen wird, nagelte den Anspruch endgültig fest.

Noch ein Blick auf die gesamt-amerikanischen Entwicklungen. Wie schon erwähnt, war der republikanische Außenminister James Blaine (1881, 1889–1892) ein früher Fürsprecher der panamerikanischen Organisation – nicht, um den Lateinamerikanern zu Macht und Einfluß zu verhelfen, sondern um die wirtschaftliche und politische Macht der USA in Lateinamerika weiter auszubauen. Die Panamerikanische Konferenz in Washington von 1889 zählte 17 Teilnehmerstaaten und stellte ein Internationales Büro der Amerikanischen Republiken auf, später als die ›Panamerikanische Union‹ oder Bund bekannt. Gegenseitige Handelsverträge wurden ausgetüftelt, doch Argentinien und Chile sprachen sich gegen allzu enge Bindungen an den Großen Nördlichen Bruder aus – zweifellos mit der Unterstützung Englands. Das sollte sich sehr bald – nach der Venezuelakrise, dem spanisch-amerikanischen Krieg von 1898 und der Amtszeit Theodore Roosevelts – gründlich ändern. Nach 1914 gab es südlich des Rio Grande kein Meckern mehr.

Mittlerweile ereignete sich im hohen Norden – an der Grenze Alaskas, den Pribilofinseln – der Beringseestreit um die Seehundjagd (1889–1893). Laut den Äußerungen Außenminister Blaines stand das Gebiet um die Inseln im ausschließlich amerikanischen Interesse. Als die USA britische bzw. kanadische Jagdschiffe auch außerhalb der amerikanischen Drei-Meilen-Grenze aufbrachten, schien eine kriegerische Auseinandersetzung unvermeidlich. Doch beruhigten sich die Gemüter, als

1891 das Jagen wandernder Robben für ein Jahr aufgegeben wurde und London und Washington 1892 zur Gründung eines paritätisch besetzten Schiedsgerichts schritten. Dieses traf 1893 eine den Vereinigten Staaten ungünstige Entscheidung. Die Seehundherden wurden weiterhin dezimiert. Erst 1911 wurden endgültige Regeln zum Schutz der Robben zwischen England, Japan, Rußland und den USA festgesetzt.

Der Venezuelakonflikt von 1895 entzündete sich an der strittigen Frage der Grenzziehung zwischen Britisch-Guayana und Venezuela, die schon ein halbes Jahrhundert vorher Robert Schomburgk – ein Untertan der englischen Krone – zu lösen versucht hatte. Die Engländer standen im Begriff, auf das mächtige Orinokodelta auszugreifen. Die USA wollten das unter allen Umständen verhindern, um ihre wirtschaftliche Vorherrschaft über das nordöstliche Südamerika ausbauen zu können. Der Streit zog sich jahrelang hin, verschärfte sich jedoch, als in der Gegend ausgiebige Goldvorkommen aufgespürt wurden und die amerikanische Wirtschaftskrise der 1890er Jahre das ökonomische Moment augenscheinlich werden ließ. Ursprünglich von Venezuela aufmerksam gemacht, hatten die Vereinigten Staaten den Engländern mehrmals ein zwischenstaatliches Schlichtungsverfahren vorgeschlagen, wurden aber immer wieder abgewiesen. Das letzte Mal nach der Jahresbotschaft des demokratischen Präsidenten Grover Cleveland an den Kongreß vom Dezember 1894. Diesmal war Cleveland entschlossen, der Frage auf den Grund zu gehen. Teils wegen der eben erwähnten Momente, teils weil er im Kongress wegen seines »Aufgebens« Hawaiis angegriffen wurde, und schließlich, weil im April 1895 die Engländer vorübergehend in Nicaragua landeten – eine Reaktion auf die amerikanischen Pläne, dort im Alleingang einen Kanal zum Pazifik zu bauen. Cleveland und sein Außenminister Olney waren schließlich überzeugte Anhänger der Monroedoktrin.

Im Juli 1895 fühlten die Amerikaner erneut in London in der Venezuelafrage vor.

Lord Salisbury wies die Anwendungsmöglichkeit der Monroedoktrin in diesem Fall zurück und bestritt jegliches »Interesse« der USA. Wiewohl historisch und geographisch gerechtfertigt, ließ die englische Note den politischen Takt vermissen. Der Präsident und sein Außenminister waren vom negativen Bescheid überrascht. Was für Alternativen zur Lösung der Frage gab es? Ein Zurückweichen war für eine Großmacht auf jeden

Fall ausgeschlossen. Cleveland entschloß sich, am 17. Dezember eine Sonderbotschaft an den Kongreß zu richten. Diese unterstrich den Ernst der Lage und erhob – ultimativ, so jedenfalls schien es vielen – drei Forderungen: a) England muß sein Vorgehen einem Schiedsgericht unterbreiten; b) Amerika ernennt eine Untersuchungskommission, die mit der Festlegung einer bleibenden Grenze betraut wird; c) Amerika behält sich zukünftige Schritte vor. Erfolg! Tatsächlich wurde Cleveland von den Demokraten wie auch den Republikanern öffentlich unterstützt. Reid, der Schriftleiter der Zeitung ›New York Tribune‹, trompetete enthusiastisch hinaus: »Da haben unsere Geschäftsleute die goldene Möglichkeit, unseren Handel bis in die letzte Ecke Mittel- und Südamerikas auszudehnen!« Doch kühlere Gemüter errangen auch in den Vereinigten Staaten bald die Oberhand, vor allem als die Aktien an der Börse wegen des Abzugs des englischen Kapitals steil abstürzten.

Im Januar 1896 entschloß sich das englische Kabinett, Unterhandlungen mit den USA einzuleiten, da in Südafrika der Burenkrieg seine Schatten vorauswarf und in Nordafrika der englische und der französische Imperialismus immer stärker aufeinanderprallten. Großbritannien konnte sich einen Waffengang mit Amerika nicht leisten. Im November desselben Jahres ernannten England und die USA ein Fünfmann-Schlichtungsgremium, das sich im Oktober 1899 entschied, mehr oder weniger der ›Schomburgklinie‹ zu folgen und die wichtige Orinokomündung Venezuela im ganzen zuzuteilen. Ein Kompromiß, bei der beide Kontrahenten Federn ließen. Interessanterweise hatten die Vereinigten Staaten ihren kleinen südamerikanischen Bruder gar nicht befragt, sondern die Krise als eine *rein U.S.-amerikanische Angelegenheit* behandelt. Außenminister Olney und Präsident Cleveland hatten von vornherein darauf verwiesen, z. B. in der Note an die englische Regierung vom 20. Juli 1895, daß die Vereinigten Staaten auf dem gesamten Kontinent Amerika praktisch souverän seien und ihr »Fiat« in der streitigen Angelegenheit als »Gesetz« angesehen werden müsse ... »Ihr unendliches Potential im Verein mit ihrer isolierten Lage machen sie zum Herren des Geschehens und praktisch unverwundbar im Konflikt mit einer Macht oder mit allen anderen Weltmächten ...«[22]

---

[22] *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States*, 1895, Teil I; Washington: Government Printing Office 1896; S. 545–562

Da haben wir's. Der Fanfarenstoß zum Aufbruch ins 20. und 21. Jahrhundert. Schon 1896 ermöglichte das Marinegesetz (»Navy Act of 1896«) den Bau von drei neuen Schlachtschiffen und von zehn Torpedobooten[23]. Im August desselben Jahres lief das Schlachtschiff ›Iowa‹ von Stapel. Es folgten die ›Kearsarge‹ und die ›Kentucky‹. 1906 wurden die mächtigen Riesen ›Michigan‹ und ›South Carolina‹ in Auftrag gegeben. Die englische Navy begann mit ihren *»Superdreadnoughts«* der ›Orion‹-Klasse. Die deutsche Kriegsmarine folgte zögernder mit dem Bau des Schlachtkreuzers ›Seydlitz‹ und der Schlachtschiffe der ›König‹-Klasse 1911/ 1914. Der Wettlauf der Weltmächte, um die Jahrhundertwende begonnen, steigerte sich zu einem Crescendo.

In Asien umlief das expandierende Zarenreich die Hauptstützen des englischen Empire: China, die Malaienstaaten und vor allem Indien mit einer Zangenbewegung, welche das Weltreich einzustürzen drohte. Die Stoßrichtung ging nach der Mandschurei und Korea im Nordosten und mit dem Griff nach dem Pamirplateau an der Nordgrenze Kaschmirs, in Richtung Süden nach Indien. Das Ringen der Franzosen und Engländer um West- und Zentralafrika – dem Groß-Sudan – gipfelte in der Krise von Faschoda 1898, als die französische Trikolore von den Engländern vom Mast heruntergerissen und in den Staub getreten wurde. In Südafrika kam es zum Burenkrieg, der mit der blutigen Unterdrückung des Burenvolkes endete. Cecil Rhodes und seine imperialen Freunde in London und Kapstadt wollten schließlich ganz Afrika von Kairo bis zum Kap der Guten Hoffung »rot« färben – d.h., es in eine ungebrochene Reihe englischer Kolonien und Protektorate verwandeln –, was nach 1918 auch gelang. Im Balkan endlich, dem Pulverfaß Europas – damals wie heute – hatte Österreich-Ungarn die nominell türkisch gebliebene Provinz Bosnien-Herzegowina seit dem Berliner Kongreß von 1878 verwaltet und das angrenzende Sandschak von Novi-Basar besetzt. Solange jedoch das russische Zaren-

[23] Vgl. dazu und zum Folgenden:
Richard Hough, *Dreadnought. A History of the Modern Battleship.* Einführung von C. S. Forester; Macmillan Publishing Company, Inc., New York, 1975, S. 1–30, 2237–252
Donald MacIntyre, Basil W. Bathe, *Man-Of-War.* Castle Books New York, Revised Edition, 1974, S. 97–156
Antony Preston, *Battleship of World War I*, Lionel Leventhal Ltd., 1972, Stackpole Books, United States of America, S. 6–10, 53–162, 223–254

reich mit seinen fernöstlichen und indischen Abenteuern beschäftigt und England Rußlands Hauptgegner in Eurasien war, durften die schwelenden Balkanwirren als »auf Eis gelegt« betrachtet werden. Als aber die fintenreiche Diplomatie Großbritanniens die Russen als ernstzunehmende Gefahr in Ost- und Südasien ausgeschaltet hatte (vgl. den für das Zarenreich verheerenden Ausgang des Krieges mit Japan, dem Partner Englands), und als die Industrie- und Handelsmacht Deutschland zu einem ernsten wirtschaftlichen Konkurrenten Großbritanniens herangewachsen war, fühlte England sich genötigt, mit seinem russischen Weltfeind zu einem ›Arrangement‹ zu kommen. England war bereit, eine russische Expansion, die sich jetzt wieder gegen den Balkan und Vorderasien bis hin zu den Türkischen Meerengen richtete, weitgehend zu tolerieren. Rußland schloß 1891/92 eine Militärkonvention mit Frankreich und ging frisch ans Werk. Es bedrängte das osmanische Reich, den inzwischen ›Kranken Mann am Bosporus‹ und warf die Brandfackel in den Balkan. So kam es wenige Jahre später zur Entente Cordiale England-Frankreich-Rußland. Die Speerspitze richtete sich naturgemäß gegen das Deutsche Reich und die Donaumonarchie. Die Mittelmächte waren bald fest im Griff und vermochten es nicht, die Umklammerung zu durchbrechen. Im Verhältnis zu den USA – im Vergleich mit dem Deutschen Reich – hatte die englische Herrscherschicht kaum eine Wahl. Es stimmt zwar, daß in der Zeit von etwa 1866 – dem Ende der Bruderkriege im Deutschen Bund und in Nordamerika – bis 1913 sowohl die Vereinigten Staaten als auch Deutschland das wirtschaftlich und ideologisch souverän über ungeheure Landmassen und die Meere der Welt gebietende Großbritannien in der Hauptsache verdrängt hatten. 1913 beherrschten die Ein- und Ausfuhren Deutschlands Europa ganz. Doch lagen die USA schon an zweiter Stelle, vor Frankreich und England. In Nord- und Südamerika hatten die USA England eindeutig auf den zweiten Platz verwiesen, vor allem in der Ausfuhr. Deutschland folgte auf einem soliden, dritten Platz. Lediglich auf den Märkten Asiens, Afrikas und des kaum besiedelten Australien konnte sich England noch imperial behaupten, doch auch hier umringt von den USA, Deutschland, Holland und Frankreich. Für England war die Zeit zur Entscheidung gekommen. Entweder mit dem streberischen und tüchtigen – aber geopolitisch und historisch geschwächten Festlandvetter Deutschland – gegen Amerika, oder mit dem mächtigen, über zwei reiche Kontinente gebietenden Meeresgott Ame-

rika gegen das von Frankreich und Rußland eingekeilte, kleinere Deutsche Reich? Die Herrscherkaste Englands bevorzugte in kaltblütiger Einschätzung die USA, freilich mit stark hysterisch gefärbten Argumenten durchwoben – Eigenschaften, die sie nachdrücklich auf ihre Nachfolger jenseits des Teiches vererbt haben. Während sie noch zur Zeit des amerikanischen Sezessionskriegs die Schwächung der USA und deren Folgen abwog, war dreißig Jahre später 1895/96, am Schluß der Venezuelakrise, die Entscheidung gefallen. Wohl oder übel mußte sich Poseidon mit Neptun verbünden. England überließ den USA fast ganz Amerika, um es als mächtigen Verbündeten bei zukünftigen Zwistigkeiten auf seiner Seite zu wissen. Die Rechnung ging bald nach 1900 auf.

Zurück zur Karibik. 1895 hatten die kubanischen Revolutionäre erneut ihr Haupt erhoben. José Martí, der Nationalheld Kubas aus dem Zehnjährigen Krieg, der jetzt in den USA im Exil lebte, schickte Kämpfer und Geld auf die Insel. Bereits 1892 hatte er die ›Kubanische Revolutionspartei‹ ins Leben gerufen, und »rein zufällig« beschloß der Kongreß 1894 einen neuen Einfuhrzoll auf Zuckerimporte, der die Wirtschaft Kubas schwer schädigte. Im Februar 1895 riefen dann die Nationalisten die Revolution aus. Die militärische Führung oblag General Máximo Gómez, der mittels eines Guerillakriegs die einheimische Wirtschaft zu zerschlagen suchte, um die Insel dergestalt für Spanien uninteressant zu machen. Sein Widersacher war der Generalgouverneur Valeriano y Nicolau Weyler, der in den aufständischen ländlichen Gegenden – zwei Dritteln der Insel – das »reconcentrado«-Programm einführte, welches das Land in gegeneinander abgeschottete Bezirke einteilte und die ländliche Bevölkerung in »Konzentrationslagern« zusammentrieb. Ein jeder Zivilist, der außerhalb der Städte und der Lager angetroffen wurde, war Freiwild. Ein klassisches Mittel der Partisanenunterdrückung, das wenig später von den Amerikanern zur Unterdrückung der philippinischen Freiheitsbewegung und nach 1900 vom englischen General Kitchener in Südafrika, zur Ausmerzung der Buren, angewendet wurde. Von den noch späteren Anwendungen unter den Briten in Irland, unter den Nationalsozialisten in Deutschland und nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Engländern in Kenya – gegen die sogenannte Mau-Mau-Bewegung gerichtet –, in Malaia zur Unterdrückung der Chinesen und schließlich im Vietnamkrieg unter den Amerikanern zur Vernichtung der Vietcong, u.a., ganz zu schweigen.

Der amerikanische Präsident Cleveland und sein Außenminister Olney befanden sich in einer Zwickmühle. Einerseits waren sie nicht gewillt, den Kriegszustand in Kuba zu akzeptieren, da in diesem Fall Spanien für eventuelle Schadenersatzansprüche der amerikanischen Investoren in Kuba nicht zuständig gewesen wäre. Noch weniger dachten sie daran, die Unabhängigkeit Kubas anzuerkennen, da sie bei der Befolgung dieser Alternative ständigen Aufruhr und Rassenkrieg auf der Insel befürchteten, was aller Wahrscheinlichkeit nach einen spanisch-amerikanischen Krieg zur Folge gehabt hätte. Als Olneys diplomatische Protestnoten an Madrid abgewiesen wurden, beschränkte sich der Präsident im Dezember 1896 darauf, den Spaniern Kubas Autonomie anzuempfehlen. Tatsächlich führte Spanien im Februar 1897 begrenzte Reformen ein. Doch im März desselben Jahres trat der neugewählte republikanische Präsident William McKinley sein Amt an, und bald wehte ein schärferer politischer Wind. Begrenzte spanische Reformen in Kuba würden nun den Onkel Sam nicht mehr zufriedenstellen.

An dieser Stelle einige Worte über die Gegner des Imperialismus in den USA. Dieser Gruppe gehörten aufrechte und herausragende Männer an, wie der Stahlmilliardär Andrew Carnegie, der Gewerkschaftsführer Samuel Compers, der berühmte Populist aus Nebraska, William Jennings Bryan, der vornehme Senator aus Massachusetts, George Hoar, der Schriftsteller Mark Twain und der Präsident Charles W. Eliot von der Harvard Universität. Sie und ihre Gefolgsmannen gründeten in Boston im November 1898 einen ›Anti-imperialistischen Bund‹, die »Anti-Imperialist League«, waren jedoch weder in ihrem Ziel noch in der Wahl ihrer Mittel geeint. Trotzdem muß ihnen ihr Mut und ihre Menschlichkeit in einer Zeit der weltweiten Großmachtexpansion und des hysterischen Imperialismus hoch angerechnet werden. Wenn sich Senator Hoar für die Unabhängigkeit Kubas und die Freiheit der Philippinen einsetzte, wenn er die amerikanische Unterdrückung der philippinischen Freiheitsbewegung als Lynchjustiz brandmarkte, dann setzte er Akzente, die auch in der erstickenden *one-world*-Atmosphäre der Jetztzeit sich durchsetzen sollten. Andere seiner Bundesgenossen sprachen sich hingegen zugunsten einer Weltexpansion aus, nur daß sie die »friedlichen« Mittel der wirtschaftlichen Dominanz im Gegensatz zu den Gewaltmethoden des Krieges gewahrt wissen wollten. David Jordan, der Präsident der Stanford Universität von Palo Alto, Kalifornien, betonte die »friedliche Erobe-

rung« Mexikos durch den Handel, nicht die Annexion. Carnegie bot sich sogar an, den Philippinen die Unabhängigkeit für 20 Millionen Dollar zu erkaufen.

Die Bewertung dieser Versuche richtet sich natürlich nach der Auffassung des jeweiligen Betrachters. Manche vielleicht, umwoben von den unzähligen Offenbarungen der heutigen Weltherrschaft, werden zur Skepsis neigen. Doch eines steht fest, trotz ihrer Expansion über die Riesenfläche eines ganzen Kontinentes, oder genauer gesagt, gerade deswegen, stellten die USA geopolitisch und historisch um die Jahrhundertwende die einzige Großmacht dar, die eines Überseereiches nicht bedurfte. Andererseits kann nicht geleugnet werden, daß die Prinzipien des »Selbstbestimmungsrechts der Völker« – höchstselbst in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 verkündet – und der Nichteinmischung in europäische und Überseehändel in Washingtons Abschiedsbotschaft angemahnt und vom Präsidenten Jefferson bestärkt, von der Monroedoktrin scheinbar verewigt, seit 1898 zu ideologischen Schemen herabsanken. Die Politik der Imperialisten Teddy Roosevelt, W. Wilson, F. D. Roosevelt, Kennedy, Johnson, R. Reagan, Clinton und der Bushs hat das bewiesen.

Deutschland und das amerikanische Bildungswesen

Es ist bemerkenswert, daß manche der eifrigsten Imperialisten – wie Theodore Roosevelt und Senator Henry Cabot Lodge – wie auch ihre beredtesten Gegner dem Universitätsmilieu entstammten. Die Bildung »higher education« war gesellschaftlich – in den obersten Schichten – populär geworden. Daran hatte Deutschland einen entscheidenden Anteil. Wie kam dies – für heutige Verhältnisse unglaubliche – Ergebnis zustande? Ganz einfach. Mit der deutschen Auflehnung gegen Napoleons Fremdherrschaft und der damit Hand in Hand gehenden, bahnbrechenden Staatsreform in Preußen, vor allem mit Wilhelm von Humboldts Bildungsreform und der Gründung der Universität Berlin 1810, war das deutsche Bildungswesen bis 1945/1969 zum Vorbild für Europa und für sämtliche »Entwicklungsländer« der Welt geworden, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika. Nun herrschte hier bis ungefähr 1875 – um den Worten des amerikanischen Historikers Richard Hofstadter und seiner Kollegen zu folgen – das mittelalterlich-englisch geprägte »College« vor. Das sind kleine Hochschulen wie die ersten und bekanntesten,

höheren Erziehungsstätten der dreizehn Kolonien: »William and Mary« in Virginia, »Harvard« in Massachusetts, »Yale« in Connecticut, »Princeton« in New Jersey und »Columbia« in der Stadt New York. Die englischen Oxford und Cambridge waren in mancher Hinsicht mustergültig. Nur daß unter den stark konfessionell – oft kalvinisch – geprägten amerikanischen Verhältnissen, auch nach der Rezeption der europäischen Aufklärung der wissenschaftliche Geist seine Schwingen nicht recht entfalten konnte. Die colleges waren und blieben – zwar nicht unwissenschaftliche, so doch außerwissenschaftliche – Berufsbildungsanstalten. Das änderte sich alles mit den Vorbereitungen zur Jahrhundertfeier der amerikanischen Unabhängigkeit. 1873 hatte der Quäker und Finanzmagnat Johns Hopkins die damals bedeutsame Summe von $ 7 Millionen zur Gründung einer neuen Universität gestiftet. Diese Universität – Johns Hopkins in Baltimore 1876 – war tatsächlich von neuem Stoff. Sie war deutsch. Manchmal scherzhaft »Göttingen an der Chesapeake-Bucht« genannt, hatte die Mehrzahl ihrer Professoren an deutschen Universitäten promoviert. Die meisten ihrer Studenten hatten in Deutschland studiert. Nun sputeten sich die ›colleges‹ – schon aus Prestigegründen –, dem Beispiel Johns Hopkins zu folgen. Es entstand die neuzeitliche amerikanische Universität mit ihren »Seminaren« und »Instituten«.

KAPITEL IV

KRIEG, KAMPF UND KAUF: 1896–1920

Betrachtet ein naiv-glaubender Mensch den kometenhaften Aufstieg der Vereinigten Staaten seit ihrem ersten Auftritt am Rande der Weltbühne, bis zu ihrem endgültigen Ausgreifen auf das Leben und Treiben der ganzen Erdkugel um 1898 im spanisch-amerikanischen Krieg, so wäre er beinahe versucht, den Ausspruch des großen schwäbischen Denkers G. W. F. Hegel von der »List des Weltgeistes« als zutreffend zu akzeptieren. Die Vorsehung hätte in diesem Fall die USA – ungeachtet der Schwäche oder der Unkenntnis der Handelnden in bezug auf den göttlichen Plan – wirklich zum Weltenführer ausersehen.

Tatsächlich wurde die Entwicklung so weit wie möglich gelenkt von der List bzw. Skrupellosigkeit der führenden Diplomaten und Politiker wie Benjamin Franklin, Jefferson, John Quincy Adams, Andrew Jackson, Polk, Seward, Olney, McKinley, Th. Roosevelt u.a. Unterstützung fanden diese Männer bei ihren größeren Kollegen George Washington, John Adams, John Jay und Daniel Webster mit ihrem überpersönlichen Ethos der welthistorischen Sendung der USA, ihrer »Aufgabe«, die Welt gewollt oder ungewollt zu bekehren. Wie schon bemerkt, entspringt dieser Glaube, ja diese Absicht, einen säkularisierten *Kreuzzug* über den ganzen Erdball zu entfachen, dem einst puritanischen Auserwähltheitswahn, ebenso wie dem Vorbild des erfolgreichen englischen Weltimperialismus. Die europäische Aufklärung des 18. Jahrhunderts mit ihrem Liberalismus und ihrem oft kämpferisch starrem Weltbild ist nicht hinwegzudenken. Unter den spezifisch amerikanischen Bedingungen des Bestehens eines überreichen Doppelkontinents mit seinen unausgebeuteten Schätzen wie auch dem Verlangen der Puritaner, »eine neue Erde, ein neues Israel«, in den paradiesischen Gefilden zu errichten, entwickelt sich die Praxis, die Ureinwohner auszurotten, sich der oft nur geahnten Reichtümer zu bemächtigen und den auf diese Weise geschaffenen »Gottesstaat« so geschwind wie möglich bis ans Ende der Welt auszudehnen. In der daraus resultierenden Expansions-, Ausbeutungs- und Kampfkultur spiegeln sich dann die Eigenschaften eines sogenannten Idealis-

mus wider, eines rücksichtslosen Geschäftes also – ausgeführt von einer Minderheit von »Auserwählten« nach dem Motto »Immerwährender Krieg für immerwährenden Frieden«.

Von Anfang an hielt sich Amerika hauptsächlich an die Gestalt John Bulls, an das Muster aus Großbritannien. Nicht allein während des Unabhängigkeitskrieges oder während des Weltkrieges zur Zeit Napoleons, 1812, auch in den späteren Jahren. In der Hauptsache war England Vorbild, Konkurrent und – Gegner zugleich. Die Indianer, das spanische Groß-Florida, Mexiko und immer wieder die Indianer erbrachten die Opfer, ohne je Vorbild dafür zu sein. Das Kompliment wurde von England erwidert. Erinnern wir uns an das England der 1840er Jahre, es unterstützte die Unabhängigkeit und das Großraumstreben Texas' in der Hoffnung, die Blitzausdehnung der USA zu sperren und ein – Britannien günstiges – Mächtegleichgewicht nach europäischem Muster zu erreichen. Während des Sezessionskrieges schwankten Premier Palmerston als auch Kaiser Napoleon III. oft zwischen Wunsch und Realität. Die Unabhängigkeit der Südstaaten hätten sie allzu gerne gesehen, doch die Machtpolitik schrieb ihnen andere Schritte vor. Schließlich waren England und die Vereinigten Staaten einander die bittersten Rivalen in ganz Lateinamerika. Erst mit der Venezuelakrise und der Flottenaufrüstung seit 1895/96 glaubte Amerika sich stark genug, Großbritannien auf der westlichen Halbkugel schachmatt setzen zu können. Mit seinem eigenen Überseebereich und seiner wachsenden Wirtschaftsmacht von einer glänzenden geopolitischen Basis aus, begann es England weltweit zu überholen, um es nach 1918/1945 dem amerikanischen Welt-Universalreich ruhmlos einzuverleiben. Selbstverständlich stemmte sich England mit aller Macht gegen diese Entwicklung. Das hat ihm jedoch – vor allem nach Ausbruch des ›Vetternkrieges‹ mit Deutschland 1914 – nichts eingebracht. Amerika war der lachende Dritte.

In diesem Zusammenhang stellt der spanisch-amerikanische Krieg einen globalen Markstein dar.

McKinley, der spanisch-amerikanische Krieg und seine Folgen

Der Präsident William McKinley wurde nach einer aufregenden Wahlkampagne im März 1897 ins Amt eingeführt und vertrat als Republikaner die Interessen der Großindustrie, die er als Senator durch hohe Einfuhrzölle auf konkurrierende Industriepro-

dukte unterstützt hatte. Wirtschaftliche und territoriale Expansion nach Übersee und der Bau einer mächtigen Flotte waren sein besonderes Anliegen. Dem Krieg mit Spanien über Kuba näherte er sich etappenweise. Bei der Wahl von 1896 – die republikanischerseits vom ›Boss‹ Marcus A. Hanna feldherrenmäßig geleitet wurde –, ging es u.a. um die Stärkung des Goldstandards zugunsten des Dollar. Obwohl der berühmte Populist William Jennings Bryan sowohl von der populistischen als auch von der demokratischen Partei zum Gegner McKinleys erkoren worden war, zog er den kürzeren. Sehr im Gegensatz zum Großkapital und den Republikanern, verlangte die sich an notleidende Farmer und Arbeiter wendende Parteiplattform der Populisten die Abschaffung der Nationalbanken, Einrichtung von Postsparkassen, Nationalisierung der Privateisenbahnen und der Telephon- und Telegraphgesellschaften, gestaffelte Einkommensteuern und die allgemeine Volkswahl der U.S.-Senatoren. Dieses sehr europäisch anmutende Programm wurde nie ganz verwirklicht. Die Einkommensteuer und das Wahlverfahren zum Senat wurden jedoch 1913 in die Verfassung eingeführt.

Es war das Schicksal der großen Volksbewegungen in den USA – vor allem unter dem großen Progressiven aus Wisconsin, Robert LaFollette – bis hin zur zahlenmäßig ansehnlichen Protestpartei unter der Führung Ross Perots der 1990er Jahre, gegen schier unüberwindliche Rechtsverordnungen ankämpfen zu müssen. Ging es hart auf hart – wie um 1900 –, dann wurden die Protestführer mit einem Pöstchen in der vorherrschenden Parteimaschinerie abgespeist. So erging es William Jennings Bryan, dem Außenminister Woodrow Wilsons, eines machtbesessenen Präsidenten, der die Funktion eines Staatsführers nach dem Muster der englischen Premierminister auszuüben gedachte und deswegen mit eigenständig handelnden Ministern kurzen Prozess machte. Bryan bekam das zu seinem Leidwesen alsbald zu spüren. Als er 1915 die Entente-freundliche Politik seines Präsidenten mißbilligte, mußte er gehen.

Was die im März 1897 neueingeführte Regierung McKinley betrifft, vereitelte der Präsident von vornherein etwaige Konflikte mit seinem Außenminister, indem er den alten, siechen Senator John Sherman auf diesen Posten berief. Im Juni 1897 richtete McKinley eine Note an Spanien, in der er die grausamen Methoden Weylers und die Zerstörung der amerikanischen Besitzungen in Kuba scharf rügte. Einen Monat später ließ er seinen Gesandten in Madrid die Einstellung jeglicher Feindselig-

keiten fordern. Immer nachdrücklicher drang McKinley darauf, Kuba die Autonomie zu gewähren. Tatsächlich kam im Oktober eine neue spanische Regierung an die Macht, die Weyler abberief und den Kubanern weitreichende Autonomie versprach. Die Lage verschlechterte sich mit einem Schlag, da sich die Aufständischen ihrem Ziel nach Unabhängigkeit näher wähnten und nun noch weniger gewillt waren, Kompromisse zu schließen. Im Dezember 1897 erklärte McKinley, daß er sowohl die Annektierung als auch die Anerkennung Kubas ablehne, schloß aber den Fall einer Intervention nicht aus. Bald sollten sich jedoch zwei weitreichende Zwischenfälle ereignen, welche die Möglichkeit des militärischen Eingreifens in unmittelbare Nähe rückten.

Am 24. Januar 1898 entsandten die Vereinigten Staaten das Kriegsschiff Maine nach Havanna, um die amerikanischen Interessen zu wahren – unter den hochbrisanten Umständen eine gezielte Provokation. Kurz darauf, am 9. Februar, fiel dem Außenministerium die Kopie eines Briefes in die Hände, den der spanische Gesandte in Washington, Dupuy de Lôme, an einen hohen spanischen Beamten, der eben in Kuba weilte, gerichtet hatte. Das Schreiben war von einer Agentin der Aufständischen in Kuba abgefangen und nicht nur dem State Department, sondern auch dem Boulevardblatt *The New York Journal* des Nachrichtenmagnaten Randolph Hearst zugespielt worden. Im marktschreierischen Wettkampf mit Joseph Pulitzers *New York World* verwickelt, steigerten sich beide zum einem hysterischen Crescendo. Das Schreiben Dupuy de Lômes, das den Präsidenten McKinley als schwach und als einen ›Pseudopolitiker‹ darstellte und dazu noch Zweifel an den versprochenen Reformen äußerte, war für diese Blätter ein gefundenes Fressen. Als die Maine am 15. Februar im Hafen von Havanna in die Luft flog – und dabei mehr als 250 amerikanische Seeleute starben – gab es kein Halten mehr. Die Spanier haben die Explosion verursacht! So hieß es, und so wurden die Öffentlichkeit und vor allem der ohnehin aggressiv-imperialistisch gesinnte Kongreß und schließlich auch McKinley in den Krieg getrieben. Ein damaliges amerikanisches Untersuchungsgericht sprach die Spanier schuldig, wie vorauszusehen war. Doch *1976* kam die U.S.-Navy unter dem Vorsitz des Admirals Hyman Rickover zu dem Schluß, daß ein »Unfall« im Inneren des Schiffsrumpfes die Explosion gezündet hatte ... Es darf vermutet werden, daß der damalige Staatssekretär im Marineministerium, Theodore Roosevelt, Sproß einer einflußreichen und geldmächtigen New Yorker Sippe, die Hand mit im Spiel hatte.

Anfang März protestierte der amerikanische Gesandte in Madrid wegen des Maine-Zwischenfalls und der Dupuy de Lome-Affäre. Zugleich verlangte der Präsident vom Kongreß, ihm 50 Millionen Dollar – damals eine gewaltige Summe Geldes – zur Kriegsvorbereitung zu bewilligen, was enthusiastisch begrüßt wurde. Nach Absprache mit führenden Kongreßpolitikern, darunter dem berühmt-berüchtigten »Zar« Joe Cannon, forderte McKinley am 27. März Spanien ultimativ auf, sofort einen Waffenstillstand abzuschließen, Friedensverhandlungen mit Kuba einzuleiten und einer Schlichtung des Streitfalles durch die USA zuzustimmen. Die Unabhängigkeit Kubas wurde zwar nicht erwähnt, hing aber doch als amerikanisches Damoklesschwert über den Köpfen der Spanier. Madrid erwiderte, daß es die Reconcentrado-Methoden beendet hätte, weitere Reformen durchführen würde, aber einen Schiedsspruch von seiten der Vereinigten Staaten ablehne. Am neunten April machte es ein weiteres Zugeständnis: Spanien würde in einen einseitigen Waffenstillstand einwilligen, solange der spanische Oberbefehlshaber in Kuba dies für annehmbar hielt. Doch war die Lage mit Zugeständnissen nicht mehr zu retten. Am 11. April sandte McKinley nach langem Überlegen eine Kriegsbotschaft an den Kongreß: Das Blutvergießen müsse enden, die Sache der Menschlichkeit gerettet werden und der Handel wie auch die Besitzungen Amerikas in Kuba vor weiterem Schaden bewahrt bleiben. Der Kongreß seinerseits erklärte die Unabhängigkeit Kubas – ein im zwischenstaatlichen Recht völlig unannehmbarer Schritt – nahm das Teller-Gesetz an, das die amerikanische Annektierung der Insel verbot, und ermächtigte den Präsidenten, den Kriegszustand einzuleiten. Am 22. April – drei Tage später – blockierten die USA Kuba. Am 24.4. erklärte Spanien Amerika den Krieg.

Jene Yankees, die sich eine romantische Expedition in die Tropeninsel erträumt hatten, wurden enttäuscht. Die Sache war zwar gut vorbereitet, aber schlecht organisiert. 200.000 Mann wurden in dampfenden Ausbildungslagern in und um Tampa in Florida zusammengepfercht. Die Verpflegung war schlecht oder verdorben. Tropenuniformen gab es anfangs nicht, dafür aber Schlägereien und Rassenkrawalle. Die Überfahrt ins nahegelegene Kuba ging demgemäß schlecht vonstatten. Die Landung am 22. Juni war wenig aufregend. Am 1. Juli ereignete sich das später laut gelobte Gefecht um den San Juan-Berg außerhalb Santiagos, das trotz der kümmerlich-veralteten Ausrüstung der Spanier fast mit einer amerikanischen Niederlage endete. Die

Lage wurde von den Negersoldaten des Neunten Kavallerieregimentes und den »Rauhen Reitern« unter der Führung des tatendurstigen Großwildjägers Teddy Roosevelt gerade noch gerettet. Zwei Tage später unternahm die kleine spanische Flotte einen Don-Quichottischen Versuch, aus dem blockierten Hafen von Santiago auszubrechen, wurde jedoch von den technisch absolut überlegenen amerikanischen Kriegsschiffen großenteils versenkt. In Europa wurden jene katholisch-konservativen Franzosen, die sich eine Züchtigung der »... Schweineschlächter von Chicago« erhofft hatten, bitter enttäuscht. Sie vergaßen, daß die Vorsehung nur jenen lächelt, die – technisch voll gerüstet und ideologisch überlegen – *die Gelegenheit flugs beim Schopf ergreifen.*

Das jedenfalls tat der amerikanische Kommodore George Dewey. Nachdem er am 25. Februar 1898 – also lange vor der Kriegserklärung – vom Staatssekretär Roosevelt unterwiesen worden war, sein »Asiatisches Geschwader« für einen Überraschungsangriff auf die spanischen Philippinen bereitzuhalten, eilte er am 1. Mai nachts in die Bucht von Manila und sandte dort zehn spanische Schiffe in die Tiefe, bei Verlust nur eines amerikanischen Matrosen. Die amerikanische Navy hatte sich seit 1896 auf diese Gelegenheit wohl vorbereitet. Lehrreich, daß eine Generation später die U.S.-Navy noch umfassendere Pläne, diesmal gegen Japan, ausheckte, die den zukünftigen Großkrieg im Pazifik vorbereiteten. Laut den besten amerikanischen Quellen fädelte Teddy Roosevelts Vetter Franklin Delano im Dezember 1941 den sogenannten Überraschungsangriff der Japaner auf Pearl Harbor ein, wobei ihm seine Minister bereitwillig sekundierten. Monate vorher hatte er im Atlantik die Beschießung deutscher Kriegsschiffe angeordnet. Doch dazu später näheres.

Im Juli 1898 annektierten die Vereinigten Staaten Hawaii. Da McKinley befürchtete, die für Verträge mit dem Ausland notwendige 2/3-Mehrheit im Senat nicht erreichen zu können, ließ er die Inseln durch einen gemeinsamen Beschluß beider Häuser des Kongresses seinem Lande zuschlagen. Doch sollte sich das Hoheitsgebiet der USA bald noch weiter vergrößern. Nach seinen Niederlagen in Kuba und den Philippinen bat Spanien um Frieden. Am 1. Oktober wurde die Konferenz von Paris eröffnet. Der Friedensvertrag bestimmte folgendes: a) »Unabhängigkeit« Kubas, b) Abtretung Puerto Ricos, Guams und der Philippinen an die USA, c) Zahlung von $ 20 Millionen von seiten Amerikas an Spanien. Ungeachtet des heftigen Widerstandes der

amerikanischen Anti-Imperialisten ratifizierte der Senat den Friedensvertrag am 6. Februar 1899 knapp mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit.

Etwa zur selben Zeit eröffneten philippinische Freiheitskämpfer den Krieg gegen ihre neuen Herren. Sie waren schnöde behandelt worden und wurden grausam unterdrückt. Ihr Führer, Emilio Aguinaldo (1869–1964), war von den Spaniern 1897 verbannt worden. Ein Jahr darauf kehrte er an Bord eines amerikanischen Kriegsschiffes in seine Heimat zurück. Bis Kriegsende hatten seine Streitkräfte den weitaus größten Teil des Archipels von der schwächlichen spanischen Vormundschaft befreit, in der Meinung, die ihnen von den Amerikanern gegebenen Zusicherungen auf Unabhängigkeit würden eingehalten. Sie wurden bitter enttäuscht. In den Augen der mächtigen neuen Herren wurden die Einheimischen den Indianen, Negern und Mexikanern in den USA gleichgestellt und demgemäß als Menschen dritter Klasse behandelt. Kein Wunder, daß die Philippinen den Friedensvertrag von Paris als einen Schlag ins Gesicht empfanden. Deshalb gründeten im Jahr 1899 Aguinaldo mit weiteren führenden Freiheitskämpfern in Malolos eine unabhängige philippinische Republik. An der sich entspinnenden Unterdrückungskampagne nahmen 125.000 amerikanische Soldaten teil. Die angewendeten Konzentrationslagermethoden übertrafen die des spanischen Generalgouverneurs Weyler auf Kuba bei weitem. Etwa 5000 Amerikaner fanden den Tod; doch wurden nach vorsichtigen Schätzungen mehr als *500.000* Philippinos getötet. Manche amerikanischen Feuerwaffenexperten behaupten, daß die berühmte automatische Colt-Pistole – Kaliber 0,45 – mit ihren daumendicken Geschossen – damals speziell als Philippinen-Töter entwickelt wurde, da der etwas schwächere 0,38-Kaliber Revolver die mit besonderem Schneid attackierenden islamischen Moros einfach nicht schnell genug zur Strecke brachte. Auch wenn diese Behauptung nicht zutreffen sollte, so spricht sie doch Bände von der Mentalität der Befreier. In den Augen ihrer Führer freilich, sah die Sache anders aus. William Howard Taft, der spätere amerikanische Präsident und noch spätere Oberste Bundesrichter, Gouverneur der Inseln von 1901 bis 1904, war davon überzeugt, daß die USA »... diesen Leuten die individuelle Freiheit bringen, die sie zu einem Höhepunkt der Zivilisation emporheben wird ...«. Charles Francis Adams d. Jüngere, Sproß einer erlauchten Patrizierdynastie aus Massachusetts, durchschaute solch fadenscheinige Argumente à la

Rudyard Kiplings »Bürde des weißen Mannes«. Wie können Freiheit und Unabhängigkeit einer brutalen Unterdrückung und Unterjochung entspringen? Tatsächlich brach der philippinische Freiheitskampf 1902 zusammen, nachdem Aguinaldo schon im März des Vorjahres gefangengenommen worden war. Vierzig Jahre später wurde ganz Südostasien von den Japanern erobert, die gegenüber ihren dortigen asiatischen Rassengenossen weit klüger vorgingen als die Weißen. Sie versprachen ihnen *dai to'a kyo-en kekku* oder die »groß-ostasiatische Wohlstandssphäre«, der so mancher Freiheitskämpfer in diesem Raum verbunden blieb, darunter Emilio Aguinaldo. 1945 wurde er von den Amerikanern deswegen nochmals eingekerkert. Doch in Anbetracht dieser philippinischen und südostasiatischen Tatsachen darf selbst heute kein unvoreingenommener Beobachter behaupten, daß die Hoffnungen und die Pläne der Ersten Philippinischen Republik von 1899 – die damals von amerikanischen Anti-Imperialisten als weit sauberer und reiner als die tatsächliche Verwaltung New Yorks, Chicagos, New Orleans' und zahlreicher anderer U.S.-Städte bezeichnet wurden – jemals wieder in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in ihrer ursprünglichen Reinheit erreicht worden wären. Doch es winkt ja noch die Zukunft.[24]

Der Hauptwert der Inselgruppe ergab sich aus ihrer strategisch-handelspolitischen Lage, als Drehscheibe innerhalb der Weiten des Stillen Ozeans mit seinen vielen Inseln wie Midway, Wake und Guam im Osten, Borneo und Celebes im Süden, Formosa im Norden usw. Auch China und Vietnam liegen nicht

---

[24] Frank Freidel, *The Splendid Little War*; Little, Brown, Boston, 1958, S. 306
George F. Kennan, *American Diplomacy*, 1900–1950; A Mentor Book, New York 1951
Stuart C. Miller, »Our Mylai of 1900: Americans in the Philippine Insurrection«, *Transaction*, VII, September 1970
Denkanstöße:
Nicholas von Hoffmann, *Make-Believe Presidents; Illusions of Power from McKinley to Carter*; Pantheon Books New York, 1978
Claude Julien, *America's Empire*, Übers. Von Renaud Bruce; Pantheon Books New York 1971
George Fort Milton, *The Use of Presidential Power, 1789–1943*; Octagon Books New York 1980
Eric Nicol & Peter Whalley: *Say, Uncle; A Completely Uncalled-for History of the U.S.*; Harper & Brothers, Publishers, New York 1961
Inside the Monster: Writings on the United States and American Imperialism, by José Martí; edited by Philip S. Foner; Monthly Review Press, New York, London

weit. Es winkten die Aussichten auf einen Markt von schwindelerregender Größe. Aber zum Leidwesen der Amerikaner waren die Leckerbissen Chinas schon von den Kolonialmächten aufgeteilt worden. Den geübten Klassikern der Völkerversklavung – den Engländern, den Russen, den Franzosen und den Niederländern – hatten sich vor kurzem die Neuankömmlinge – die Japaner, die Deutschen und die Italiener – als Greenhorns hinzugesellt. Militärisch war Onkel Sam nicht in der Lage, sich mit den mächtigen Staaten, darunter Großbritannien, Rußland und Japan, zu messen. Den Engländern ihrerseits war die neue alte Konkurrenz nur lästig. 1898 wandten sie sich an die Adresse Washingtons und ersuchten um eine gemeinsame Erklärung betreffs gleicher Handelschancen in China. Wie in der Monroedoktrin von 1823 sollte die Zusammenarbeit der angelsächsischen Mächte die Ansprüche der anderen eindämmen. Doch war Washington mit der spanisch-kubanisch-philippinischen Affäre zu sehr beschäftigt, um sich um Londons Wünsche zu kümmern. So wie einst versuchte Amerika den Alleingang. Am 6. September 1899 richtete der Außenminister John Hay seine bekannte Note der »Offenen Tür« an die anderen sechs China beherrschenden Staaten und forderte sie auf, in ihrem Einflußbereich auch allen anderen Nationen die gleichen Rechte im Handel einzuräumen. Als um 1900 der verzweifelte Boxeraufstand von den Fremdstaaten niedergeschlagen wurde, sandte ihnen Hay eine zweite Note, worin er die amerikanische Chinapolitik a) als Bewahrung der Handelsgleichheit zwischen den Mächten und b) als Sicherung des territorialen und verwaltungsmäßigen Bestandes Chinas festlegte. Dies hielt ihn allerdings nicht davon ab, sich in der San-Scha-Bucht nach einem amerikanischen Stützpunkt umzusehen.

McKinley wurde im Jahr 1900 wiedergewählt. Als er 1901 während der Panamerikanischen Ausstellung in Buffalo von dem eingewanderten »Anarchisten« Czolgosz erschossen wurde, rückte sein dynamisch-abenteuerlustiger Vize Teddy Roosevelt ins Weiße Haus nach. Dieser verschwendete keine Zeit, die Welt mit seiner Lebensauffassung bekannt zu machen. Amerika müsse »... das lässig-leichte Leben und den unrühmlichen Frieden« vermeiden. Es dürfe angesichts eines »kampferfüllten Lebens« nicht verzagen, müsse vielmehr den »harten Wettkampf« aufnehmen. Aufrufe, die bis heute Gültigkeit haben. Doch schon seine Vorgänger – der Demokrat Cleveland und dessen Außenminister Olney wie auch der Republikaner

McKinley – hatten außenpolitische Vorbilder gesetzt, weit entlegene Fremdstaaten überrumpelt, Krieg gespielt und Krieg geführt und gezeigt, wie der Kongreß geleitet und geführt werden müsse. Sie hatten Schritte getan, die Teddy Roosevelt, Woodrow Wilson und ihre Nachfolger im 20. und 21. Jahrhundert nur allzu gerne weiter verfolgten. Als ehemaliger Präsident der Princeton Universität (1907) schrieb Wilson: »... Die Fragen der Außenpolitik haben wieder Wichtigkeit angenommen, so wie in den ersten Tagen unseres Staates ... Notwendigerweise wurde der Präsident wieder zum *Führer* ... Wir sind in Anbetracht unserer Macht und unseres Kräftepotentials zu einem Staat des ersten Ranges emporgestiegen ... Von nun an muß unser Präsident eine der großen Weltmächte repräsentieren«. Die Wirtschaft und Technik – nicht zuletzt die Kriegs- und Kampftechnik – hatten dies ermöglicht.[25]

Das Zeitalter Theodore Roosevelts

Theodore Roosevelt (1858–1919), dessen trügend-behäbiges Äußeres und dessen verkniffenes Gesicht ihm den Spitznamen Teddy verliehen, entstammte der Oberkaste der nordamerikanischen Ostküste. Schwächlich und asthmatisch als Knabe, verlor er als junger Mann Mutter und erste Frau am selben Tage und verbrachte sein restliches Leben damit, diese »Mängel« und Schicksalsschläge rastlos zu überwinden – in dieser Hinsicht Kaiser Wilhelm II. nicht unähnlich. Vergleicht man die grundlegende Politik der beiden, so hört die Ähnlichkeit aber rasch auf. Als Präsident beherrschte Th. Roosevelt zwei Riesenkontinente, verlor keine Zeit, dies weidlich auszunützen, und streckte die Hände nach Asien, Europa und den sieben Weltmeeren aus. Wil-

---

[25] Howard K. Beale, *Theodore Roosevelt and the Rise of America to World Power*, The John Hopkins Press, Baltimore, 1956, S. 84
Wilson's Diplomacy: An International Symposium, Schenkman, Cambridge, Massachusetts, 1973, S. 6
Sven Hedin, *Amerika im Kampf der Kontinente*, F. A. Brockhaus Verlag, Leipzig, 1943
Erwin Hölzle, *Geschichte der zweigeteilten Welt. Amerika und Rußland*; Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek, 1961
ders., *Die Revolution der zweitgeteilten Welt (1905–1929)*, Rowohlt Taschenbuchverlag, 1963
Weltwende 1917. Monarchie, Weltrevolution, Demokratie; für die Ranke-Gesellschaft herausg. Von Hellmuth Rössler, Musterschmidt-Verlag Göttingen, 1965

helm II. andererseits war geopolitisch und historisch – trotz der gewaltigen, bis heute spürbaren Leistungen der deutschen Gründerzeit – zu einem verhältnismäßigen Schattendasein verdammt, doch wollte auch er seinem Volk einen Platz an der Sonne erkämpfen.

Eine kurze Erläuterung des Begriffes Oberkaste: Damals noch weit mehr als heute befanden sich Politik und Finanz, das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben Amerikas in den Händen einer hauchdünnen Oberschicht New Yorks und Bostons. Von Demokratie der politischen oder gar der wirtschaftlichen Art war und ist nichts zu spüren. Wie der amerikanische Politsoziologe C. Wright Mills klarlegte, war und ist dies eine eng verwobene, verschwisterte und verschwägerte »Machtelite«. Sie besuchen Milliardärsinternate wie Groton in Connecticut und Exeter, in welchen das Jahresstudiengeld weit mehr beträgt als die gesamten Lebensersparnisse der durchschnittlichen amerikanischen Familie. Es folgt die Ausbildung in Harvard und Yale, dann die Einheirat im »Old Money«, dem Patriziat des ›Alten Geldes‹. Biologisch und geistig stellt die Machtelite eine Oberkaste dar. An anderen Orten, wie in Kalifornien und Texas, finden sich diese Symptome wieder – zwar nicht so ausgeprägt wie an der Ostküste, doch innen- und außenpolitisch liegen auch sie in den Händen einer kleinen, machtkonzentrierenden Oberschicht. Andererseits begünstigt dieses monopolartige Denken auch den Vorstoß kleinerer Machteliten, die mit Skrupellosigkeit vorzugehen bereit sind und technisch – wie in der Film- und Nachrichtenindustrie – in der Lage sind, die elitär ausgerichteten Seiten der amerikanischen Staatsverfassung gründlich auszunützen. Ergebnis: Elitenstaat der Plutokratie.

Doch, ungeachtet der pseudodemokratischen Wegweiser: Hamilton, Madison und Washington, der Geburtshelfer des heutigen amerikanischen Staates und selbst in Opposition zu der die ungeheure Machtkonzentration fördernden Industrieexplosion Amerikas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, hätte diese Entwicklung zu einer über und hinter der Politik olympisch thronenden Machtelite nicht stattfinden müssen. Das eherne Gesetz der Oligarchie gibt es schließlich nur in den Köpfen der Politsoziologen vom Schlage Robert Michels oder Moscas – *oder* der Gewaltideologen vom Schlage Lenins und Stalins. Erst die Verwicklung in einer ewigen Runde sich steigernder Kriege seit 1898 ergab die bis heute geltende Verschmelzung von Hochfinanz, Industrie, menschenverachtender Innen- und an-

griffslustiger Außenpolitik. Eine ständige, totale Mobilisierung der eigenen Bevölkerung für Weltziele, die sie nichts angehen und worüber sie zutiefst unwissend gehalten werden, charakterisiert den nach Eisenhower »militär-industriellen Komplex«, und zwar von 1914 bis heute. Um die Jahrtausendwende befindet sich der »Komplex« auf der gesteigerten Suche nach frischen Opfern, den sogenannten Schurkenstaaten, die Onkel Sam auf dem Balkan, in Vorderasien und anderswo, z. B. in Nordkorea, bereits gefunden hat.

Theodore Roosevelt steckt zutiefst in den Anfängen dieser Entwicklung. Als sozial denkendes und verantwortungsbewußtes Mitglied der Oberkaste betrieb er zwar eine vermeintlich demokratisierende, das Großkapital, die Trusts zurechtstutzende Innenpolitik, an den heiligen Werten des »Systems« rührte er aber nie. Es war seine Tragik, daß seine ordnungsstiftenden Absichten die Plutokratie nur noch lebenskräftiger machte und sein Muskelprotzen in der Großen Weltpolitik dem amerikanischen militär-industriellen Komplex endgültig in den Sattel der Weltherrschaft half.

Betrachten wir uns die Grundzüge seiner Innenpolitik.

Als progressiver – nach heutigen Begriffen linker – Republikaner versprach er allen Gesellschaftsklassen einen »Square Deal«. Der Ausdruck entstammt der Zunge pokerspielender Cowboys und bedeutet etwa: grundgerechter Lastenausgleich. Dabei war nicht an einen wirklichen Ausgleich, sondern an die Chancen der Cowboys, sich selbst zu bereichern, gedacht, wie unrealistisch dies auch seit 1898 sein mochte. Er wurde als »Trust Buster« bezeichnet, d.h. einer, der den Monopolen das Kreuz bricht. Er teilte sie ein in »gute« Trusts, z. B. die United States Steel Corporation des Wallstreet-Zaren J. P. Morgan, und in »böse« Trusts, wie Rockefellers Standard Oil of New Jersey, die Northern Securities Company des Wallstreetmagnaten James Hill und den Chicago »Rindfleischtrust«. Letztere kriegten die Peitsche seines Zornes zu spüren. Ergötzlich, wie die Züchtigung entstand: In seinem Buch ›Der Dschungel‹ schildert der sozialistische Schriftsteller Upton Sinclair das harte Los eingewanderter Litauer in den Schlachthöfen Chicagos. Die dort vorherrschenden Zustände werden naturalistisch beschrieben: Die das Rind- und Schweinefleisch massenhaft bedeckenden Rattenfäkalien werden zusammen mit Mäuseleichen und anderem Ungeziefer dem Fleisch in den Wurstmaschinen zugemengt und das so gewonnene Endprodukt auf die Speisetische der Ver-

braucher gebracht. Das Zorngebrüll Teddy Roosevelts soll das Weiße Haus in seinen Grundfesten erschüttert haben ... Allerdings war damit den ausgebeuteten Arbeitern und Großstadtbewohnern nur unzureichend geholfen. Von der Verbesserung der staatlichen Inspektionen profitierten sie nur insoweit, als sie selbst Verbraucher waren. Ihre Arbeitsverhältnisse hingegen wurden nicht tangiert. Da ein Großteil der Verbraucher in Europa saß, gingen die Vorteile vielfach an die Großindustrie, zumal Privatinspektionen von nun an nicht mehr notwendig waren.

Jene Reformer und Journalisten, die öffentlich die haarsträubenden politischen, wirtschaftlichen und moralischen Zustände in den Städten und auf dem Lande anprangerten, hieß Roosevelt verächtlich »Schmutzaufkehrer«, »muckrakers«. Doch – getreu seiner vieleckig-prismatischen Natur – legte er sich mächtig zugunsten des Natur- und Umweltschutzes ins Zeug. Er forderte die Vergrößerung des Nationalparks und reservierte, vor allem im Westen und in Alaska, 200 Millionen Morgen für nationale »Wildländer« und Naturschutzreservate. Die Verantwortlichen von heute tun sich da viel schwerer. Der Repräsentant der Ölindustrie, Präsident Bush d. Jüngere, beabsichtigt, das alaskische Reservat wegen eines sehr kurzlebigen Ölzaubers zugunsten eines Milliardenprofits der Ölmagnaten zu schädigen – und eröffnete einem, immerhin überraschten Bundeskanzler Schröder am 29. März 2001, daß die Vereinigten Staaten das Umweltschutzabkommen von Kyoto, einen für die ganze Erde wichtigen Vertrag, nicht gutzuheißen gedächten. Das Geschäft kommt zuerst. Das bedeutet, daß Umweltschutzmaßnamen erst dann eingeleitet werden, wenn Hunderttausende oder Millionen irgendwelchen Naturkatastrophen zum Opfer gefallen sind ... Derartige Risiken einzugehen war Präsident Th. Roosevelt erst in einem wirklichen Großkrieg bereit, und auch dann nur nach gründlicher Vorbereitung. Sein Grundsatz war: »Sprich leise, aber halte eine dicke Keule bereit.« Freilich soll die erste Hälfte des Wahlspruchs mit einer gehörigen Prise Salz genossen werden ... Seine Hauptentscheidungen, besonders in der Außenpolitik, fällte er selbstherrlich wie ein Autokrat und schritt damit seinen bekanntesten Nachfolgern im 20. Jahrhundert als leuchtendes Beispiel voran, vor allem Woodrow Wilson, der, geblendet vom Zerrspiegel seiner Phantasie, den »autokratischen« Kaisern Deutschlands und Österreich-Ungarns mit durchaus vernünftigen Vorschlägen wie dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wedelte, um sie dann brutal zu mißachten. Freilich gab es unter den Ame-

rikanern auch herausragende Kämpfer wider den inneren und äußeren Imperialismus, wie William Jennings Bryan und vor allem den großen Robert M. LaFollette, dessen These, daß das Großkapital mit seinem »militär-industriellen Komplex« Amerika in ständige Kriege mit dem Ausland zerre, bis ins 21. Jahrhundert seine Gültigkeit behält.

Teddy Roosevelts erste Auslandsprobleme erbte er von seinem Vorgänger. Auf den Philippinen gab er den Unterdrücker des Freiheitskampfes freien Lauf. Guam, Midway, Puerto Rico u.a. wurden einfach besetzt. In Kuba hatte McKinley den General Wood als Militärgouverneur eingesetzt, der sich einerseits bemühte das Tropenfieber auszurotten – er war Arzt –, andererseits sich jedoch beeilte, amerikanischen Gesellschaften wie den Eisenbahnen sehr ertragreiche Pfründe einzuräumen. Root, der spätere Außenminister Th. Roosevelts, ermunterte Senator Platt 1901, die berüchtigte *Platt*-Ergänzung der Heeresbewilligungsnovelle anzuhängen. Diese verwandelte Kuba in ein wirtschaftlich wie innen- und außenpolitisch engstens an die USA angeschlossenes Protektorat. Ihre Auswüchse sind bis heute zu spüren – auch noch im Regime Fidel Castros. Sie bestimmte, daß Kuba a) keinen Vertrag mit einem anderen Staat eingehen dürfe, der seine »Unabhängigkeit« antaste; b) den Vereinigten Staaten das Recht auf Intervention einräume; c) sein Staatsbudget von den Vereinigten Staaten genehmigen lassen müsse; d) den USA Gebiet für zwei große Marinestützpunkte zur Verfügung zu stellen habe. Der bedeutendere von beiden, die Guantánamo-Bucht, funktioniert auch jetzt noch. Er bewacht die westlichen Zugänge zum Panamakanal, ganz Mittelamerika und stellt einen der Hauptpfeiler zwischen der Südküste der USA und dem nördlichen Südamerika dar. Um die Wirksamkeit der Platt-Ergänzung auch völlig sicherzustellen, zwang General Wood die verfassungsgebende Versammlung Kubas am 12. Juni 1901, sie als »Änderung« in die neue Staatsverfassung aufzunehmen. 1903 wurde der Stützpunkt an der Guantánamobucht von den USA »auf ewig« gepachtet und sogleich ausgebaut. Ein gegenseitiger Wirtschaftspakt gestattete es Kuba, mit seinen Erzeugnissen am amerikanischen Binnenmarkt zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen teilzunehmen. Die Folgen waren respektabel. Bereits 1920 stellten amerikanische Zuckerrohrplantagen etwa die Hälfte des kubanischen Zuckers her. Die kubanischen Ausfuhren nach den USA, die um 1900 $ 31 Millionen betragen hatten, stiegen auf $ 722 Millionen an.

Diese zivilisatorischen Segnungen wurden von den Kubanern erstaunlicherweise nicht mit der gehörig dankbaren Haltung quittiert. Schon der erste Präsident der Republik Kuba, Tomás Estrada Palma – ein wahres Denkmal der Speichelleckerei – war den kubanischen Massen nicht genehm. Sie revoltierten. Die Revolution erhob im Mai 1912 und im Februar 1917 erneut ihr Haupt. Sie wurde jedes Mal von amerikanischen Kreuzern und Truppen niedergeschlagen. Roosevelts Kriegsminister, William Howard Taft, sah sich die Lage persönlich an und errichtete im September 1906 eine von einem amerikanischen Zivilisten geleitete Marionetten-Regierung. Die Verwaltung bestand aus amerikanischen Offizieren, die Basis aus amerikanischen Truppen. Taft – der republikanische Nachfolger T. Roosevelts – und ab 1912 auch Wilson erstrebten beide die wirtschaftlich-politische Stabilität des Landes mittels gefügiger Vasallen und einer Stärkung der Dollar-Diplomatie. Im karibischen Raum, der von nun an von den USA völlig beherrscht wurde, hat sich seither wenig geändert. Siehe: Haiti, Dominikanische Republik, Panama, Kolumbien, Kuba u.a.

Teddy Roosevelt bediente die Tastatur der Weltpolitik virtuos. Sein Hauptaugenmerk widmete er jedoch dem Großraum Nord- und Südamerika. Im Winter 1901–1902 war er damit beschäftigt, den Bau des Panamakanals vorzubereiten und den dazu notwendigen Vertrag – den zweiten Hay-Pauncefote-Pakt, darüber später mehr – durch den Senat zu schleusen. Er unterwies den Kriegsminister Root, wie eine Militärregierung in Kuba auszusehen habe, und erwog die Erweiterung der Monroedoktrin. Nach seinem Gutdünken war es keiner außeramerikanischen Macht gestattet, auf der westlichen Erdhalbkugel Fuß zu fassen. Sollte sich allerdings ein lateinamerikanischer Staat wirtschaftlich etwas zuschulden kommen lassen, dann und nur dann durfte er von den Europäern gewaltsam »zurechtgewiesen« werden.

Dies geschah auch im Konflikt zwischen Venezuela und Großbritannien/Deutschland. Die Investoren der beiden europäischen Großmächte verlangten Genugtuung, als der südamerikanische Staat die Zahlungen für seine Wertpapiere einzustellen drohte. England und Deutschland antworteten mit einem Ultimatum, das die sofortige Zahlung einforderte. Zwei Forts in Venezuela wurden beschossen, seine Küste im Dezember 1902 blockiert – wohlgemerkt, nach vorangegangener Konsultierung Washingtons. Vorerst erteilte Th. Roosevelt seine Zustimmung.

Doch als die amerikanische Presse den Fall hochspielte und Deutschland zwei weitere Forts unter Feuer nahm – was die Wogen der öffentlichen Meinung beileibe nicht glättete –, sah sich Kaiser Wilhelm II., ein guter Bekannter Roosevelts, gezwungen, seinen früheren Botschafter mit dem neuberufenen Hermann Speck von Sternburg auszutauschen. Im Februar 1903 beendeten Deutschland und England die Blockade Venezuelas und unterbreiteten den Streitfall dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, der ein Jahr darauf zugunsten der Klägerstaaten entschied. Mittlerweile beeilte sich der englische Premierminister Arthur Balfour – der 1917 mit seiner zionistenfreundlichen Erklärung von sich reden machte – öffentlich zuzusichern, daß die zwei Verbündeten keinerlei Absichten auf südamerikanisches Territorium hegten. Im Geiste der jüngsten angloamerikanischen Annäherung hieß er den zunehmenden Einfluß der USA in Lateinamerika »willkommen«.

Inzwischen hatte sich Teddy des Falls »Panamakanal« angenommen. Der Stolperstein hier war der ursprüngliche, englisch-amerikanische Clayton-Bulwer-Pakt vom Jahre 1850, der den gemeinsamen Bau und Betrieb eines mittelamerikanischen Kanals vorschrieb. Später, wie bekannt, befaßte sich der berühmte französische Ingenieur Lesseps mit der Frage, scheiterte aber an technischen und finanziellen Schwierigkeiten – an das Platzen der »Panamablase« an der Pariser Börse sei erinnert. Um 1900 beauftragte der Präsident McKinley seinen Außenminister, einen günstigeren Vertrag auszuhandeln. Der erste Hay-Pauncefote-Vertrag, der die Befestigung des Kanals untersagte, kam infolge der verbissenen Opposition Teddy Roosevelts, der gerade zum Gouverneur von New York avanciert war, nicht zustande. Im November 1901 – als Roosevelt das Weiße Haus schon erstürmt hatte – ließ er den *zweiten Hay-Pauncefote-Pakt* ausarbeiten, in dem Großbritannien Amerika das alleinige Recht zum Bau und zur Befestigung eines mittelamerikanischen Kanals einräumte. Der Präsident hatte noch manche Kümmernis durchzustehen, da die Überlebenden der Lessepschen Kanalgesellschaft ein zu hohes Entgelt für ihre verbliebenen Maschinen verlangten und der Kongreß daraufhin ein Gesetz zum Bau eines Kanals durch Nicaragua verabschiedete. Schließlich einigte man sich dann doch auf die kürzere und technisch leichter zu bewerkstelligende Panama-Route. Nach einer ultimativen Drohung von seiten des Außenministers Hay, dem die Pachtbedingungen zu teuer schienen, unterzeichneten die Gesandten Kolumbiens den

Hay-Herrán-Vertrag vom Januar 1903. Dieser sah folgendes vor: eine einmalige Zahlung von $ 10 Millionen an Kolumbien; eine jährliche Pacht von 250tausend Dollar (!); amerikanische Herrschaft über die sechs Meilen breite Kanalzone durch die damals noch Kolumbien zugehörige Landenge von Panama auf 100 Jahre und die Verlängerung derselben nach dem »alleinigen Gutdünken« der USA. Im März 1903 wurde der Hay-Herrán-Pakt vom amerikanischen Senat ratifiziert – aber nicht vom Kongreß Kolumbiens ...

Hier regte sich der Groll gegen die von Onkel Sam erhobenen, demütigenden Bedingungen. Dem Präsidenten Th. Roosevelt und den Advokaten der Neuen Panamakanal-Gesellschaft war die Unruhe der Südamerikaner nicht entgangen. Sie begannen im New Yorker Blätterwald eine Pressekampagne mit dem Ziel, den Kolumbianern die düsteren Folgen ihrer Störrigkeit eiskalt vor Augen zu führen: Abtrennung des Panamagebietes und Übernahme der praktischen Souveränität durch die Vereinigten Staaten. Die Antwort kam am 12. August 1903. Die Volksvertretung Kolumbiens lehnte den Hay-Herrán-Vertrag einmütig ab. Die Reaktion T. Roosevelts folgte postwendend. Amerikanische Kreuzer machten sich auf den Weg nach Panama. Die Revolution wurde ausgerufen und mit Schmiergeldern siegreich zur Welt gebracht. Wenige Stunden später erteilte Außenminister Hay der »souveränen« Republik Panama die diplomatische Anerkennung. Am 18. November 1903 unterzeichneten die USA und die frischgebackene Republik den »Hay-Bunau-Varilla-Vertrag«, der einen 99-jährigen Pachtvertrag für eine nunmehr 10 Meilen breite Kanalzone vorsah. Die USA verpflichteten sich zu einer einmaligen Zahlung von $ 10 Millionen und zu einer jährlichen »Miete« von $ 250.000. Innerhalb der Kanalzone erhielten die USA »Macht und Autorität«, was praktisch einer quasi Souveränität über das Gebiet gleichkam. Von Teddy Roosevelt ermuntert, ratifizierte der amerikanische Senat den Pakt am 23. Februar 1904. 75 Jahre später, als der wirtschaftliche Wert des Kanals als einer Hauptschlagader Nordamerikas verblaßt war – für die neukonstruierten Großschiffe und Öltanker von 100.000, 200.000 oder noch mehr Tonnen Wasserverdrängung erwies er sich als viel zu schmal und seicht – kamen Präsident Carter und der Diktator/Präsident/General Omar Torrijos überein, dem Staat Panama die »Autorität« und endlich die volle Souveränität über die Kanalzone zurückzugeben. Der ehrgeizige General Torrijos hatte vor, das an der Nahtstelle

Nord- und Südamerikas gelegene Land wirtschaftlich zur »Schweiz Lateinamerikas« zu machen. Leider kam er bei einem rätselhaften Flugzeugabsturz ums Leben. Warum, sollte sich bald herausstellen. Als sein letzter noch »unabhängiger« Nachfolger, der Diktator/General Manuel Noriega – ein bezahlter Agent des amerikanischen Geheimdienstes – es ablehnte, an den Angriffskriegen der Präsidenten Reagan und Bush d.Ä. gegen Nicaragua, El Salvador und Honduras teilzunehmen, erklärte Onkel Sam ihn zum Rauschgiftschieber. Bush d.Ä., der frühere Leiter der CIA, überfiel Panama unter fadenscheinigen Gründen, wobei mindestens 3000 Zivilisten dem hysterischen Wüten der Befreier zum Opfer fielen, und entthronte seinen einstigen Agenten, der in der päpstlichen Legation Unterschlupf gefunden hatte. Unter Gewaltandrohung erpreßten die USA die Auslieferung General Noriegas – ein völlig gesetzloses Vorgehen, das nicht einmal die Sowjets während der ungarischen Revolution von 1956 gegen Premierminister Nagy auszuführen sich getrauten. Noriega wurde in die Vereinigten Staaten verschleppt, in einem politischen Schauprozeß verurteilt und eingekerkert. Die Anträge auf Berufung des Rechtsanwaltes General Noriegas wurden abgewiesen.

Heute ist, ungeachtet seiner wirtschaftlich-strategischen Lage, nicht Panama, sondern die zutiefst korrupte Geschäftsstadt Miami in Florida das Finanzzentrum Lateinamerikas ...

Ähnliches ist über Kolumbien zu berichten. Gegen Ende des 20. und am Anfang des 21. Jahrhunderts sind die Vereinigten Staaten hier schon jahrelang in einen Krieg gegen aufständische Guerilleros verwickelt, mit dem angeblichen Ziel, den Rauschgiftschmuggel in die USA zu unterbinden. Es soll die Ergiebigkeit des Rauschgifthandels, der sich über Mexiko und Florida in den Norden ergießt, nicht bagatellisiert werden. Doch eines steht fest, der Großteil der in Amerika umlaufenden Drogen wird daheim in sogenannten »Crack-Häusern«, Garagen und Laboratorien von findigen Amerikanern hergestellt bzw. auf den Feldern gewerbstüchtiger Farmer angebaut. Außerdem wird ein Gutteil der lateinamerikanischen Drogen von gewissen Teilen der U.S.-amerikanischen Staatsverwaltung selbst in die USA eingeschleust und dort in den Elendsstädten an den Mann gebracht, worauf schon der farbige Bürgerrechtsführer Rev. Jesse Jackson hinwies. Es muß also andere Gründe für die Unterwerfung Kolumbiens geben. Diese finden sich a) in der einzigartig günstigen geopolitischen Lage Kolumbiens, des einzigen süd-

amerikanischen Staates mit Zutritt zur Karibik und dem Atlantik wie auch dem Stillen Ozean; b) in der Gelegenheit, einen Super-Kanal von der Karibik zum Pazifik zu bauen, der auch von den dicksten amerikanischen Flugzeugträgern – der eben vom Stapel gelaufenen »Ronald Reagan« z.B. – und Öltankern benutzt werden könnte; c) in den Natur- und Bodenschätzen der noch unberührten Urwälder und Gebirge Kolumbiens, die in dem von der amerikanischen Wirtschaft bis an den Rand der Erschöpfung ausgeplünderten Nordamerika, einschließlich Alaskas, nicht mehr vorhanden sind.

Die hier wie auch sonst praktizierte Mentalität der völligen Unterjochung, des Kahlschlages und der systematischen Ausplünderung wie auch der verantwortungslosen Bereicherung hat der große kubanische Freiheitskämpfer José Martí am besten formuliert, als er 1895 heimkehrte: »Ich habe in den Eingeweiden des Ungeheuers gehaust, und ich weiß es ...«[26]

Als in der Dominikanischen Republik nach jahrelangem Bürgerkrieg und Wirtschaftschaos wieder eine Intervention der europäischen Mächte drohte, verkündete Th. Roosevelt am 6. Dezember 1904 seine Schlußfolgerung bzw. Ergänzung zur Monroedoktrin: die *Roosevelt Corollary.* Damit zog er einen Schlußstrich unter die bisherige Politik zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika und erhob die USA zum »Großen Bruder« des gesamten Kontinents, dessen Pflicht es sein sollte, »widerstrebend wie auch immer« in diesem Raum als internationale Polizeimacht aufzutreten. Was vorher schon – vor allem seit der Venezuelakrise mit England 1895 – offensichtlich geworden war, wurde nun zum System, und der amerikanische Doppelkontinent von der Beringstraße bis Feuerland, wie auch seine angrenzenden Weltmeere, waren zum Tummelplatz Onkel Sams geworden.

Dort, wo die Nordgrenze des englischen und des amerikanischen Imperiums aneinander stößt, in Alaska und den kanadi-

---

[26] Inside the Monster ... by José Martí, *a.a.O.* Vergl. auch
Carlton J. H. Hayes, *A Political and Cultural History of Modern Europe*, Band 2, New York, The Macmillan Company, 1939, S. 226–433
Ploetz, *Große illustrierte Weltgeschichte*, Band 6, Die außereuropäische Welt bis 1945, S. 257–273
Linda Unger, *»When neighbors kill«*, Catholic Foreign Mission Society of America, Maryknoll New York, 10454-0302, April 1998
Noam Chomsky, *What Uncle Sam Really Wants*, Odonian Press, Berkeley, California, 1992
ders., *Secrets, Lies and Democracy*, Odonian Press, Tucson, Arizona, 1994–1996

schen Gebieten des Yukonterritoriums und der Provinz British-Columbia, sollten sich »Poseidon« und »Neptun« wieder in die Haare geraten. 1896 wurde im Yukon entlang des Klondike wieder einmal ein berüchtigtes Goldfieber ausgelöst. Nun hatte der englisch-russische Vertrag von 1825, den die Amerikaner mit dem Ankauf Alaskas im Jahre 1867 übernahmen, die zwei Hoheitsgebiete nicht scharf voneinander abgegrenzt, und beide Seiten, die Vereinigten Staaten und das »Britische Nordamerika«, versuchten, in der von Fjorden tief eingeschnittenen und mit unzähligen Inseln vorgelagerten Pazifikküste so viel zum eigenen Vorteil herauszuschlagen, wie nur möglich. Vor 1900 unterstützte England die kanadischen Ansprüche in der Hoffnung, die USA würden bereit sein, alaskischen Boden gegen größere englische Konzessionen beim Bau des Panamakanals einzutauschen. Der englische Kummer mit der europäischen Reaktion auf den Burenkrieg – die Vereinigten Staaten schienen der einzige Freund Großbritanniens zu sein – versetzte England in eine nachgiebigere Stimmung. 1901 zog Teddy Roosevelt ins Weiße Haus ein. Mit einem Schlag verwarf er den englischen Vorschlag eines Schiedsspruches von seiten eines neutralen Dritten und – um seiner Meinung Nachdruck zu verleihen – entsandte er 800 Soldaten nach Alaska. England gab klein bei. Im Januar 1903 wurde es mit den USA darüber einig, eine sechsköpfige Teilungskommission von je drei angesehenen Juristen zu bilden. Die drei von Roosevelt höchstpersönlich ernannten amerikanischen Mitglieder waren ausgesuchte Expansionisten. Dem nicht genug, ließ Teddy verlauten, daß er bereit sei, die Grenze mit eigener Hand zu ziehen, falls sie den amerikanischen Vorstellungen nicht entsprechen sollte. Nachdem Premierminister Balfour den führenden englischen Juristen die internationale politische Lage vor Augen geführt hatte, stimmte er im Oktober 1903 den amerikanischen Maximalplänen zu. Kanada wurde mit einer – für nordamerikanische Verhältnisse – verhältnismäßig bescheidenen Handbreit Boden abgespeist. Für Teddy Roosevelt ein Meisterstück der Machtpolitik.

Andere Husarenstückchen folgten. Eines davon war die Schlichtung des russisch-japanischen Krieges. Ungeachtet seiner Siege in der Mandschurei – der Einnahme Port Arthurs und Mukdens wie auch des Triumphes Admiral Togos über die russische Flotte bei den Tsuschima-Inseln – waren 1905 Japans Truppen und Finanzen erschöpft. Minister Kogoro Takahira bat den Präsidenten, einen Frieden zwischen dem Kaiserreich und

dem Zaren zu vermitteln – für Roosevelt ein gewaltiger Prestigesprung nach vorne. Nichts war diesem lieber, denn er mißtraute nach seinen eigenen Worten sowohl der »gelben Gefahr« als auch der »slawischen Gefahr«. Am 29. August 1905 wurde der Friede von Portsmouth in New Hampshire/Neu-England geschlossen. Japan erhielt die Vorherrschaft über Korea und das südliche Mandschurien. Rußland mußte die Mandschurei räumen und teilte fortan die Insel Sachalin mit Japan. Schon in der Unterredung des damaligen Kriegsministers Taft mit dem Premierminister Taro Katsura hatte Amerika die Einbeziehung Koreas in den japanischen Interessenbereich abgesegnet. Ein Jahr darauf öffnete Japan die südliche Mandschurei dem ausländischen Handel. 1910 annektierte es Korea.

Inzwischen regte sich, vor allem im amerikanischen Westen, das Rassengefühl der amerikanischen Bevölkerung gegen die einwandernden Japaner, und Präsident T. Roosevelt war genötigt, 1907 ein »Gentlemen's Agreement« mit dem Kaiserreich abzuschließen, das die Auswanderung der Japaner nach den USA stark einschränkte.

Während diese diplomatischen Erfolge die erste Hälfte des Wahlspruchs Roosevelts veranschaulichten: »Sprich leise ...«, schwang er mit seiner Marinepolitik die zweite Hälfte, die »dicke Keule«. Er betrieb die Stärkung der Befestigungen in Hawaii, Midway und den Philippinen und forcierte den Bau von Schlachtschiffen. 1907/08 schickte er die »Große Weiße Flotte« von 16 »Friedensboten« – lies: Schlachtschiffen – auf eine Weltreise, um die Japaner und den amerikanischen Kongreß zu beeindrucken. Er hatte Erfolg damit. Der Kongreß beschloß, jährlich zwei weitere Schlachtschiffe zu bauen, um England – das mittlerweile die revolutionär neue »Dreadnought«-Schlachtschiffklasse herausgebracht hatte – einzuholen und Deutschland zu überholen. Diese Absichten wurden im Laufe des Ersten Weltkrieges erreicht. Die Japaner, die – von England unterstützt – sich ebenfalls am Flottenwettlauf beteiligten, hießen Roosevelts ›Große Weiße Flotte‹ willkommen. Am 30. November 1908 veröffentlichten der amerikanischen Außenminister und der Botschafter Japans die *Root-Takahira-Erklärung*, welche den Status quo zwischen den beiden Mächten bekräftigte, den Stillen Ozean zu einem offenen Handelsbereich erklärte, einander die gleichen Chancen in China zusicherte und die Inselbesitzungen im Stillen Ozean garantierte. Auf der Basis der aufgeklärten Machtpolitik hatte Theodore Roosevelt das amerikanisch-japanische

Verhältnis zumindest vorübergehend stabilisiert – ein Ziel, das seinem Vetter Franklin nach 1933 nie zu erreichen gelang, was ihm allerdings auch gar nicht vorschwebte.

Eine prosaischere Angelegenheit, sozusagen vor Roosevelts Haustür, stellte die zwischenstaatliche Regelung des Fischfangs vor der Küste Neufundlands dar. Für nordamerikanische Verhältnisse ging sie auf »uralte« Vorbilder zurück. Schon im englisch-amerikanischen Präliminarfrieden von 1782 hatten ja amerikanische Fischereibetriebe – vertreten von John Adams – darauf bestanden, ihre vorrevolutionären »Rechte« vor Neufundland behalten zu dürfen. 1888 war ein weiterer Kompromiß erreicht worden, der jedoch 1905 vom neufundländischen Parlament stark eingeschränkt wurde. In Neu-England, vor allem in Massachusetts, gingen die Kriegsflaggen hoch! Roosevelt beschwichtigte seine Senatoren und schlug Großbritannien die Schlichtung des Streitfalles durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag vor. England willigte ein. 1910 traf der Gerichtshof die Entscheidung, wonach Neufundland das Recht hätte, die Fischereien zu überwachen, daß eine Fischfangkommission Streitfälle regeln solle und daß die Amerikaner das Fischfangprivileg in breiten Buchten ausüben dürften, falls sie die Drei-Meilen-Zone einhielten.

Das Eingehen Großbritanniens auf Amerikas Vorschlag bedeutete diesmal, wenn auch im provinziellen Rahmen – den klugen Rückzug Englands vor den USA auf der westlichen Erdhalbkugel festlegend –, daß England sich der Unterstützung Amerikas versicherte. Das ermöglichte den Engländern, ihre Hauptstreitmacht, die Schlachtflotte, in den europäischen Gewässern zu konzentrieren. Der erste Seelord, Admiral ›Jackie‹ Fisher, sann darauf, die deutsche Flotte in einem Überraschungsangriff zu »kopenhagenisieren« – wie auch ganz Deutschland zum »Klabautermann« zu schicken.

Daß Th. Roosevelt diese Weltstrategie bejahte, zeigte sein Auftreten in der Algeciraskonferenz von 1906. Die zwei vorausgegangenen Jahre waren von welthistorischer Bedeutung. Rußlands Vorherrschaft über Nord- und Ostasien wurde durch Japan – mit Englands Hilfe – gebrochen. 1904 waren die Hauptstreitfragen im Wettkampf zwischen den Weltkolonialisten England und Frankreich beigelegt, »Faschoda« zu den Akten gelegtt und eine ›Entente‹ zwischen den beiden erreicht worden. Als lächelnder Dritter schloß sich 1907 das Zarenreich, der Hauptverbündete Frankreichs, vollends dem Bunde an. Ein Volltreffer

für Großbritannien, dessen Welthandel und Weltreich seit 1866/71 immer stärker von den USA und Deutschland eingeschränkt worden waren. 1913 hatten beide Konkurrenten England wirtschaftlich überholt. Auf dem Spiel stand nun sein überhebliches Selbstverständnis, sein seit mindestens 1763 unangetasteter Weltruf der quasi göttlichen Unbesiegbarkeit. Da England aus geopolitischen, militärischen und diplomatischen Gründen es nicht wagen konnte, Amerika anzugreifen, trifft der volle Strahl seines gekränkten Auserwähltheitsglaubens, seines Hasses Deutschland allein. England – bzw. die englische Herrscherklasse – will Deutschland nicht nur aus »realen«, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gründen als lästigen Konkurrenten ausschalten, sondern auch um der alleinigen »göttlichen« oder historischen Vorsehung wegen. Dieser »außervernünftige« Beweggrund – der auf die Vereinigten Staaten noch stärker zutrifft – ist von den Epigonen Bismarcks nach 1890 und 1939 nie klar genug verstanden worden. Er brachte ganz im Gegensatz zu den real und strategisch begrenzten Beweggründen Berlins pathologische Schößlinge wie W. Churchill hervor, dessen alleinige Seinsberechtigung im totalen Krieg und der völligen Ausmerzung des kleineren Gegners Deutschland zu liegen schien, während die gigantisch dräuenden, wahren Todfeinde Englands und Europas im Osten wie im Westen hochgepäppelt wurden, bis es zu spät war. In dieser Atmosphäre – als die unheilgeweihte ›*Titanic*‹ am 31. Mai 1911 vom Stapel gelassen wurde und ihren Bug der gekritzelte Spruch »Du bist mächtiger als Gott!« zierte, erschienen den Engländern die erstklassigen Leistungen der deutschen Reedereien Albert Ballins, die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd nicht nur als die Hauptkonkurrenten der ›Cunard‹ und der ›White Star Line‹, sondern als Nebenbuhler um die Gunst eines zürnenden Gottes oder einer unbarmherzigen Geschichte. Da gab es kein Zaudern, kein Zagen. Noch mehr als die rein defensiv konstruierten Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer der Tirpitzschen »Risikoflotte« waren die deutschen Rekordpassagierschiffe, darunter u.a. die »Amerika« von 1905, die »Kaiserin Auguste Victoria« 1906, später die Riesen »Imperator«, »Vaterland« und die »Bismarck«, den Briten ein Dorn im Auge. Niemals würden sie auch nur einen Segelbreit ihrer Vorherrschaft auf den sieben Weltmeeren dem streberischen Festlandvetter preisgeben. Nein. Darum mußte die berühmt-berüchtigte Einkreisung des Deutschen Reiches her, betrieben von dem englischen König Eduard VII. – dessen Vater ein deutscher

Fürst und dessen Mutter, Königin Victoria, geradliniger deutscher Abstammung aus dem uralten Welfenhause hannoverscher Provenienz waren. Nur Kaiser Franz Joseph von Österreich schlug Eduards VII. Antrag, der Entente beizutreten, mit dem entrüsteten Ausruf zurück: »Ich bin ein deutscher Fürst!« Was er tatsächlich auch war.

Im Verlaß auf die wirtschaftliche und militärische Stärke Deutschlands hatten Kaiser Wilhelm II. und sein langjähriger Reichskanzler von Bülow in ihrer nicht beneidenswerten geopolitischen Lage versucht, das »Zünglein an der Waage« zwischen den Weltreichen und den Machtblöcken zu spielen. Sie und andere Persönlichkeiten wie der Vortragende Rat v. Holstein hatten es versäumt, die Faschodakrise zu einer bleibenden Annäherung an Frankreich auszunützen, und standen der Isolierungspolitik Eduards VII. fassungslos gegenüber. 1905, nach dem Zustandekommen der englisch-französischen Entente, kam es zu einer Machtprobe. Frankreich, mit Englands Zustimmung, machte sich an die Annektierung des Sultanats Marokko, ohne sich vorher – wie es verpflichtet gewesen wäre – mit Deutschland darüber zu verständigen. Mit Recht ließ sich das Deutsche Reich die Brüskierung nicht gefallen. Kaiser Wilhelm II. begab sich nach Tanger, wo er öffentlich den Sultan – und andeutungsweise den ganzen, den Aufteilungsgelüsten Englands, Frankreichs und Rußlands preisgegebenen islamischen Nahen Osten – seines Schutzes versicherte. Leider sollte sich dies als ein leeres Versprechen erweisen, da das Deutsche Reich den günstigen Zeitpunkt für einen Präventivkrieg gegen die Drohung des französisch-russischen Bündnisses nicht wahrnahm. Damals lag das Zarenreich, von seinen Niederlagen in der Mandschurei und internen Unruhen geschwächt, am Boden. Frankreich befand sich nach dem Sturz des kriegerischen Ministers Delcassé in einer innenpolitischer Krise. Um den europäischen Frieden zu erhalten, ersuchte man schließlich den Präsidenten Th. Roosevelt, zwischen Deutschland und den Ententemächten zu vermitteln, was dieser auch tat – ohne allerdings vorher zu versäumen, Paris mitzuteilen, *daß er nicht auf Berlins Geheiß handle.* Den leitenden Männern der Wilhelmstraße schien anfangs die Hoffnung auf eine unbefangene zwischenstaatliche Regelung – als ob eine solche in der Weltpolitik überhaupt möglich gewesen wäre – durchaus gerechtfertigt, da der Kaiser höchstselbst wie auch sein Kanzler v. Bülow gute Bekannte Roosevelts waren. Die »persönliche Diplomatie« würde sich schon über die Hindernisse der

Blockpolitik und der Umklammerung des Deutschen Reiches hinwegsetzen.

Weit gefehlt. Der Präsident beging den Irrtum nicht, eine etwaige persönliche Gutmütigkeit – die im Falle Roosevelts gar nicht vorlag – mit den Geschäften des Staatsmannes zu verwechseln. Darüber hinaus war er, wie auch seine Nachfolger, vom schrittweisen Nachgeben Großbritanniens in Nord- und Südamerika zugunsten der USA beeindruckt. Als einer, der in der zukunftsgeschwängerten Atmosphäre der göttlichen Auserwähltheit und des Nimbus des Unbesiegbaren aufgewachsen war, sympathisierte er mit der ähnlichen, obgleich vergangenheitsbelasteten Haltung der englischen Herrscherklasse. So setzte die in *Algeciras* unweit Gibraltar anberaumte internationale Konferenz zwar die nominelle Unabhängigkeit Marokkos fest, räumte Frankreich jedoch eine Vorzugsstellung ein, die es zukünftig mehr als weidlich ausnützen sollte. Dieser sogenannte Marokko-Kompromiß war eine Niederlage Deutschlands, sowohl in Europa als auch im islamisch-arabischen Kulturraum. Als nun 1907 Großbritannien und das Zarenreich ihre Machtbereiche in Asien abgrenzten, stürzte sich Rußland mit doppeltem Eifer in eine Expansionspolitik auf dem Balkan und in Vorderasien, prallte hier aber mit dem schwächlichen Osmanischen Reich und mit Österreich-Ungarn und Deutschland zusammen. Das war der Auftakt zum Ersten Weltkrieg.

Und Roosevelt? Mit seiner »staatsmännischen« Machtpolitik legte er die zukünftigen Linien der auswärtigen Beziehungen Amerikas zuungunsten des Deutschen Reiches fest – bis heute. Ein im Grunde empfindlicher, naturaufgeschlossener und aufgeweckter Mensch – Eigenschaften, die ihn von den meisten seiner Nachfolger drastisch unterscheiden –, trieb seine unbändige Urnatur ihn in Lagen und Urteile hinein, die sich einer vernunftmäßigen Beherrschung entzogen, wie z. B. seine Behauptung, daß die Deutsche Hochseeflotte New York, Baltimore usf. beschießen würde. Damit landeten er und die ganze Rooseveltsche Sippe – nach einem leidenschaftlichen, aber glücklosen Wahlkampf, in dem er im Jahre 1912 Woodrow Wilson unterlag – während des Ersten Weltkrieges im Schlammbad der Deutschenhetze und der brutalen Unterdrückung der Deutschamerikaner. Doch Woodrow Wilson, Franklin Roosevelt und Bush Junior übertreffen ihn noch mit ihren realitätsfernen, hochtrabenden Redeweisen, die allem Anschein nach von einem ungezähmten Unterbewußtsein herrühren. Sigmund Freud und Wil-

liam Bullitt – Gesandter Wilsons und Botschafter F. D. Roosevelts – haben mit Blick auf Wilson ein hier lehrreiches Werk über dessen Psychologie veröffentlicht.[27]

Die »Dollardiplomatie« des Präsidenten Taft

Teddy Roosevelts aktives Eingreifen in die Händel der Europäer, gegen die geheiligten Ratschläge der leuchtenden Vorbilder Washington, Jefferson und Monroe brachte ihm daheim geharnischte Kritik ein. Sein republikanischer Nachfolger, William Howard Taft – Sproß einer angesehenen, steinreichen Familie aus Cincinnati am Ohiofluß – wich darin, wie auch in anderer Hinsicht, von Roosevelt ab. 1908 war er im Kampf gegen den scheinbar unverwüstlichen Populisten/Demokraten William Jennings Bryan – den W. Wilson vier Jahre später ins Außenministerium berief – zum Präsidenten gewählt worden. Hinter seinem behäbigen Äußeren verbarg sich ein kluger, tiefsinniger Kopf – er sollte später zum Obersten Bundesrichter ernannt werden. Von der Großwildjägernatur des ›Rauhen Reiters‹ Th. Roosevelt hatte er so gut wie nichts. Es gehört schon eine gute Portion Phantasie dazu, sich vorstellen zu wollen, Taft hätte sich in ähnlich prekärer Lage wie Teddy befunden, als dieser während einer Ansprache in Milwaukee von einem deutschen Wirtshäusler angeschossen wurde, der ihn des Alleinherrschertums verdächtigte. Als die Kugel an Teddys Notizbuch abprallte, setzte er die Rede sehr bald bis zum Ende fort. Doch führen Äußerlichkeiten leicht auf Abwege. In der Innenpolitik war Präsident Taft ein noch aktiverer »Monopolbrecher«, als es Roosevelt je gewesen war – und dies, obwohl er einer Wirtschaftspolitik der hohen Einfuhrzölle das Wort redete. Das kam den Industrialisten des Ostens wohl gelegen; Taft entfremdete sich aber der »aufsässigen«, eher agrarischen, westlichen Republikaner, was ihn 1912 teuer zu stehen kam. In der Außenpolitik mischte er sich in die Streitereien der Europäer direkt nie ein und war damit ein besserer traditioneller »Amerikaner« als Teddy. Während des »Panthersprunges« nach Agadir 1911 – einer europäischen Krise, die *den Simplicissimus* wiederum zu einer köstlichen Karikatur veranlaßte – hielt er sich an die Mahnungen Washingtons und Jeffersons. Dafür verfolgten er und seine

[27] Vgl: *Thomas Woodrow Wilson. A Psychological Study*. Sigmund Freud and William C. Bullitt; Avon Books, The Hearst Corporation, New York 1966

Nachfolger eine »dynamische« Einmischungspolitik in Mittel- und Südamerika und in China.

Taft setzte die militärische Interventionspolitik seiner Vorgänger im karibischen Raum und in Mittelamerika fort und bereitete damit den Boden für Woodrow Wilsons noch angriffslustigere Politik vor. Betroffen waren: Kuba, Honduras und Nicaragua. In Nicaragua blieben amerikanische Soldaten bis August 1925. Wie im Falle anderer unterworfener Staaten bestand ein Lieblingsmittel, die Vorherrschaft des ›Großen Bruders‹ über die Jahre hinaus zu gewährleisten, darin, sich der Zoll- usw. -einnahmen des betreffenden Staates zu bemächtigen. Präsident Th. Roosevelt tat dies 1904/05 in der Dominikanischen Republik. Sein Außenminister Root erklärte, daß der Bau des Panamakanals durch die USA »unentrinnbar« die Beherrschung der Umgebung verlange. Tafts Außenminister Philander Knox stimmte voll damit überein und freute sich, daß in den verschiedenen Ländern von den »revolucionarios« wichtige Geldquellen verstopft und dermaßen »jahrhundertealte Übel« aus der spanischen Zeit beendet würden. 1911 wurde der Präsident der Dominikanischen Republik ermordet. Kurz darauf raubten und plünderten Aufständische aus dem Nachbarland Haiti die Republik. Im September 1912 berief der Präsident Taft eine Kommission, welche die Grenze mit Haiti neu zog und – gestützt auf 750 wohlbewaffnete Marineinfanteristen – den korrupten dominikanischen Präsidenten stürzte.

Freilich brach 1913 und 1916 die Revolution wieder aus, was den Präsidenten Wilson veranlaßte, wieder mit Kreuzern und Truppen zu intervenieren. Unter dem Vorwand der »deutschen Gefahr« besetzte die U.S. Navy die Insel im November 1916 völlig und behielt sie bis 1922 in der Hand. Anscheinend war die, von 1919 bis 1922 ausgehende Bedrohung des karibischen Raumes durch die deutsche Weimarer Republik immer noch sehr besorgniserregend ...

In Ostasien wichen Taft und Knox von Teddy Roosevelts kluger Machtpolitik – die Japans Interessengebiet in Korea, Mandschurien und Nordchina anerkannte – leider ab. Taft hatte schon 1905 als Roosevelts Kriegsminister vom größten Handelsgewinn der Welt, dem »Markt China«, geträumt. Im Zuge seiner »Dollardiplomatie« gestattete er seinem Generalkonsul in Mukden, Straight, eine Interessengemeinschaft mehrerer New Yorker Großbanken unter dem Vorsitz des Wallstreet-Zaren J. P. Morgan als Stoßtrupp der amerikanischen Eisenbahninvestition

in China zu bilden. 1909 schlug Knox den Engländern die Neutralisierung der mandschurischen Eisenbahnen im Zuge einer internationalen Großanleihe an das chinesische Kaiserreich vor. Wie vorauszusehen, wollten England, Japan und Rußland nichts davon wissen. Schließlich gelang es den Vereinigten Staaten doch – im November 1910 –, Eingang in die internationale Gruppe England, Frankreich, Deutschland zur Finanzierung der wichtigen Hukuang-Bahn zu erlangen. 1911 wurde die – von den Fremdstaaten erpreßte – Anleihe getätigt. Doch im selben Jahr brach die gewaltige chinesische Revolution aus. Der Eisenbahnbau unterblieb bis 1913.

Als Jüan-Schi-Kai, der militärisch stärkste Führer der Revolution, die konfessionelle Toleranz versprach, scharten sich die zahlreichen amerikanischen Missionare um ihn und stärkten die chinafreundliche Politik Tafts. Dr. Sun-Yat-Sen, der Gründer der Kuo-Min-Tang – der Nationalistenpartei – und seit 1912 der erste Präsident der Republik China – tadelte den auf den Rockschößen Englands dahinfahrenden Imperialismus und Kolonialismus der Vereinigten Staaten, die im Bund mit England, Frankreich, Rußland, Deutschland und Japan der neuen Republik die Anerkennung versagten. Erst am 2. Mai 1913 wurde dies vom frisch eingeführten Präsidenten Wilson und seinem Außenminister William Jennings Bryan nachgeholt. Allerdings: die soeben erlassenen Rassengesetze und die mehrfachen Rassenpogrome gegen japanische und chinesische Einwanderer in den amerikanischen Weststaaten einerseits wie auch Wilsons wiederaufgenommene Unterstützung des souveränitätsbrechenden, internationalen Finanzmonopols über China andererseits erreichten nichts als eine Entfremdung Japans von der amerikanischen Ostasienpolitik und die Verbitterung – und Korrumpierung – führender chinesischer Kreise. Das führte gegen Ende des Zweiten Weltkrieges zum Sieg der entschlossensten Revolutionäre, der Kommunisten. Eine Entwicklung, die in der skrupellosen Ausbeutung des schwachen Kaiserreiches im 19. Jahrhundert durch England, Rußland, Frankreich wie auch Amerika ihren Anfang nahm.

Es gehört zu den unglücklichsten Geschehnissen der jüngeren Geschichte, daß Theodore Roosevelts reale Machtpolitik in Ostasien von Tafts Dollarpolitik und vollends von der moralischen Politik des zwiespältigen Kreuzfahrers Wilson abgelöst wurde. Damals entzweiten sich Japan und Amerika. Dennoch muß festgestellt werden, daß – laut den verfügbaren Quellen –

der Dollardiplomat William Howard Taft einer von wohl drei anständigen Menschen im Weißen Haus des 20. Jahrhunderts gewesen ist. Es gesellen sich noch hinzu der Republikaner Herbert Hoover (»Huber«) und der Demokrat Jimmy Carter. Vielleicht gelang es auch diesen nicht ganz, ihre menschlichen Pflichten mit ihrer Stellung innerhalb der Reihe der erfolgreichsten Machtpolitiker der Weltgeschichte zu vereinbaren. Aber es nötigt einem Respekt ab, daß diese drei das sie umwabernde Ethos der alleinigen Auserwähltheit nicht dazu mißbrauchten, sich der totalen Korruption auszuliefern oder andere Großvölker zu verdammen und sie der Vernichtung preiszugeben.[28] Da war Tafts Nachfolger Wilson schon aus anderem Holz geschnitzt.

Kreuzfahrer, Prediger und Cäsar: Woodrow Wilson

Selten geschieht es, daß die einmal trocken-sachlich, einmal hysterisch-aufbrausend, in absolute Macht- und Geldkalkulationen verbohrten Führer der modernen angelsächsischen Staaten genötigt sind, die privatesten Winkel ihrer Person der öffentlichen Sezierung zu offenbaren. Das geschah aber Wilson. Das Werk Sigmund Freuds und Bullits wurde schon erwähnt. Tatsächlich laden Wilsons Zwiespalt und seine Ungereimtheiten – selbst auf rein politischem Gebiet – die Psychoanalyse direkt ein. Väter- und mütterlicherseits der Sproß kalvinisch-presbyterianischer Geistlicher, Vorstand der bekannten Princeton Universität in New Jersey, besonders zu einer Zeit, als rücksichtslos-ausbeutende politische Bosse in Stadt und Land die Regel darstellten und intellektuelle Maßstäbe in der Wirtschaft und der Politik kaum gefragt waren, schwang er sich mit einer Kombination von unbändigem Ehrgeiz, einseitiger Rücksichtslosigkeit und

---

[28] *Arthur* S. Link, *Wilson: Confusions and Crises, 1915–1916*; Princeton University Press, 1964, S. 310–317
James Reed, *The Missionary Mind and American East Asia Policy*, 1911–1915, Harvard University Press, Cambridge, 1983, S. 34
Jaroslav Copläk, *Passagierschiffe*, Übers. Von Reiner Arlt; Verlag Werner Dausien, Hanau, 1996
Donald MacIntyre, Basil W. Bathe, *Man-of-War, A History of the Combat Vessel*, Castle Books, New York, 1974
Richard Hough, *Dreadnought*, Introduction by C. S. Forester, Macmillan Publishing Co., New York, 1964, 1975
Jacques Simmons, *Warships*, Bantam Books Toronto, New York, 1972
Antony Preston, *Battleships of World War 1*, Gallahad Books New York City, 1972, S. 7–258

Prediger-/Dozierallüren in die höchsten Ämter seines Vaterlandes auf. Er wurde Gouverneur New Jerseys und – in einer dreiteiligen Wahl zwischen dem Republikaner Taft, dem Progressiven Republikaner Teddy Roosevelt und ihm selber 1912 – höchst umstrittener Präsident. Absolvent Johns Hopkins', der ersten, deutsch geprägten, wissenschaftlichen Universität Amerikas nach dem Muster der Humboldtschen Universität Berlin, stand er trotzdem den Gepflogenheiten des deutschen Kulturkreises – und denen irgendeines anderen außer seinem eigenen, eng puritanisch-kalvinischen – verständnislos gegenüber. Von schlafwandlerischer Sicherheit darüber, daß er dazu ausersehen sei, der Welt – vor allem aber Deutschland – die Demokratie zu bringen, stand er einem Staat und einem Gesellschaftssystem vor, in welchem – vorsichtig ausgedrückt – die Demokratie verfassungsrechtlich, wirtschaftlich und politisch – jedoch nicht propagandistisch – entweder benachteiligt war oder auf verlorenem Posten kämpfte. Die rassisch und völkisch Verfolgten – wie die Indianer, die Neger, die Mexikaner und die Orientalen – wurden praktisch erst mit der Bürgerrechtsgesetzgebung von 1964, also ein halbes Jahrhundert später, aktiv zur Politik zugelassen. Die Frauen besaßen das Wahlrecht nicht. Die Masse der Großstädter, oft auch der Landbevölkerung, wurden autoritär von den politischen Bossen beherrscht, und die unzähligen Wähler und Aktiven in den großen Populisten- und Progressiven-Bewegungen wurden von 1896 bis 1920 hohnlächelnd, besonders von Wilsons Demokratischer Partei, dem Nichtsein überwiesen. Die USA waren alles andere als eine Demokratie. Wilson wäre also wohlberaten gewesen, im Glauben seiner Väter und Vorväter ... den Balken aus dem eigenen Auge zu ziehen, ehe er den Splitter aus dem Auge eines Nachbarn entfernte. Selbstverständlich fiel ihm das gar nicht ein. Dafür zeigte er oft ein peinliches Unwissen über die Verhältnisse in Europa. Er verwechselte Praga, die Vorstadt Warschaus, mit Prag, der Hauptstadt Böhmens, und Budapest mit Bukarest. Während der Pariser Konferenz (Versailles) zauberte ihm der italienische Premierminister Orlando auf neuangefertigten, italienischen Landkarten frisch umgetaufte Ortschaften vor, wie Mezzeselva statt Mitterwald, Bressanone statt Brixen, Brunico statt Bruneck, Castelseprio statt Kloster Säben – uralte deutsch-tiroler Kulturstätten, die nun, nach dem von Wilson wiederentdeckten Selbstbestimmungsrecht der Völker, Italien geschenkt wurden. Die Landkarten bewiesen es doch. Die hier zum Vorschein kommende Un-

kenntnis Professor Wilsons stellte jedoch keine pure Naivität dar – er war nicht Richard Wagners »reiner Tor« –, sie entsprang eher der Überzeugung Wilsons wie auch der meisten seiner Nachfolger und Studenten von der absoluten Drittrangigkeit aller Länder außerhalb der USA. Es gibt eben nur *ein* Gelobtes Land. Alles andere ist nebensächlich. Dieser, im tiefsten Unterbewußtsein schlummernden Überzeugung gesellte sich im Falle Wilsons noch seine wohlbekannte Bewunderung für die englische Parlamentsordnung mit ihrer Machtballung für das Amt des englischen Premierministers hinzu, das tatsächlich unter Männern von Format, wie Walpole, Pitt, Castlereagh, Palmerston, Disraeli und Gladstone, Großbritannien zur führenden Weltmacht erhoben hatte. Wilsons Wunsch war es, ein weltmächtiger amerikanischer Premier zu sein. Er übersah dabei, daß diese Führer einer hauchdünnen Oberschicht entsprangen, ein Umstand, der seinem laut gepredigten Ziel der »Demokratisierung« widersprach. Noch schlimmer, er schien nicht einzusehen, daß das Übertragen der parlamentarischen Machtballung auf amerikanische Verhältnisse fast automatisch mit einem erdrükkenden politisch-gesellschaftlich-wirtschaftlichen Totalitarismus enden muß.

Das von Wilsons unseligstem Nachfolger und Testamentsvollstrecker F. D. Roosevelt mit dem ihm eigenen Humor ausgegebene Wort, Wilson sei ein *»Idealist«* gewesen, er, Roosevelt sei ein *»Realist«*, darf nur insoweit angenommen werden, als F. D. Roosevelt wirklich ein Machtpolitiker bar jeden Skrupels, aber auch frei jeglichen hilfreichen Wissens, jeglicher tiefen Menschenkenntnis war. Beide waren formlose Phänomene: Wilson im durcheinandergewirbelten, ungeordneten Sinn, F. D. Roosevelt im absolut chaotisch-nihilistischen. Ein Idealist oder Realist war keiner von beiden.

Wilsons Zwitterstellung als Prediger-Machtballer ist ihm in seinem Verhältnis zum amerikanischen Senat – der zwischenstaatliche Verträge ratifiziert und dabei mit Fingerspitzengefühl behandelt werden will – wahrlich nicht gut bekommen. Aber in seinem Verhältnis zu auswärtigen Staaten, besonders schwächeren, ließ er seinen Begabungen freien Lauf, beflügelt vom ungestümen Unterbewußtsein. Um ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, muß auf jeden Fall eingeräumt werden, daß er auf der Pariser Konferenz mit einer in der Geschichte in diesem Ausmaß selten erreichten Kombination von expansionslüsternen Machtpolitikern und von eiskaltem Haß erfüllten Revanchisten

(z. B. Clemenceau, Poincaré) als auch mit einer revolutionären außen- und innenpolitischen Lage in Europa zu ringen hatte, die er und Lenin zwar nicht verursacht, doch immerhin herbeigezaubert hatten – mit denen manch' anderer Politiker vielleicht auch nicht fertiggeworden wäre. Aber es beeinträchtigte seine Stellung als gottähnlicher Unfehlbarer von jenseits des Großen Wassers – die er in den Augen der europäischen Massen angenommen hatte, daß er sich täglich mit den schlauen und zähnefletschenden anderen ›Großen Herren‹ herumschlagen mußte, wobei seine eigenen, menschlich-allzumenschlichen Schwächen zum Vorschein kamen. Seinen Versprechungen – von einem, der in der amerikanischen Wahlkampfatmosphäre aufgewachsen war, herausgeschleudert – hätte ohnehin niemand trauen dürfen, wenn seine »Vierzehn Punkte« auch die Zehn Gebote Gottes gleich um 40 v.H. übertrafen.

Gegen seine kleinen Nachbarn tat er sich wesentlich leichter. Ohne zu zögern marschierte er in den Fußstapfen seine dicke Keulen schwingenden und dollardiplomatischen Vorgänger in der Karibik und in Mittelamerika weiter und diente so seinerseits seinen Nachfolgern als leuchtendes Vorbild. Um nur die wichtigsten »Fortschritte« aufzuzählen – Wilson glaubte unerschütterlich daran, daß eine »jede Nation der Vormundschaft Amerikas unterzogen werden müsse ...« 1898 trat Spanien Puerto Rico an die USA ab. Im selben Jahr wurde zwar Kuba ein Besatzungsgebiet, aber kurz darauf ein eng an die USA gefesseltes Protektorat. Amerikanische Truppen beherrschten Kuba von 1898 bis 1902, 1906 bis 1909, 1912, 1917 bis 1922 und – mit verschobenen Kulissen – von 1934 bis 1959. Die östlich Puerto Rico liegenden Virgin Islands – Jungferninseln – kaufte Wilson Dänemark 1917 ab. Die Dominikanische Republik wurde 1916 bis 1924 von amerikanischen Truppen besetzt. Von 1905 bis 1941 befand sie sich unter amerikanischer Finanzaufsicht. Ab 1941 und in Abständen bis heute wird sie von der amerikanischen Kriegsmarine und ihren Marineinfanteristen beherrscht. Das angrenzende Haiti wurde von 1915 bis 1934 von amerikanischen Streitkräften besetzt – amerikanische Finanzaufsicht von 1916 bis 1941 – und ab 1941 von der »U.S. Navy« trotz verschiedener, blutrünstiger Diktatoren bis heute beherrscht. Der Panamakanal, dessen Zone 1903 eine amerikanische Kolonie geworden war, wurde 1914, während der Amtszeit Wilsons, gerade noch rechtzeitig zum Ausbruch des Ersten Europäischen Krieges, fertiggestellt. Seine seitherige Geschichte wurde schon skizziert.

Das nordwestlich an Panama sich anschließende Costa Rica blieb dank seiner stabilen politischen Verfassung von der direkten Besetzung durch die Vereinigten Staaten verschont, ist es doch strategisch weniger wert als seine Nachbarn. Aber wirtschaftlich, finanziell und politisch ist es ein fester Bestandteil des amerikanischen Imperiums. Das nördlich angrenzende Nicaragua blieb auch im 20. Jahrhundert fast ununterbrochen ein Lustobjekt des Großen Bruders. Im akuten Stadium seit 1900, dann wieder 1913 unter Wilsons Außenminister Bryan, schließlich in den 1960er Jahren unter dem U.S.-Präsidenten Lyndon Johnson. Seither wurde es als geeignete Stelle für den Bau eines strategisch wichtigen pazifisch-karibischen Kanals anvisiert. Amerikanische Truppen landeten während verschiedener Anlässe: von 1909 bis 1910, 1912 bis 1925, 1926 bis 1933. Die USA führten die finanzielle Aufsicht von 1911 bis 1924. Die Nicaraguas Ostküste vorgelagerten Korninseln wurden von 1914 bis 1971 gepachtet. 1913 unterzeichnete Wilsons Außenminister den Bryan-Chamorro-Vertrag, der Nicaragua politisch und Wirtschaftlich unabänderlich an Onkel Sam band. Der in den 1920er und 30er Jahren wiederaufkeimende Widerstand gegen die USA und ihre Marionetten – unvergeßlich mit dem Namen des Lehrers und gemeuchelten Freiheitskämpfers Sandino verbunden – flackert sporadisch nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf, um in der von den Präsidenten Reagan und Bush d. Älteren zynisch niedergeschlagenen Sandinísta-Bewegung ihren Höhepunkt zu erreichen. Heute: Ende des 20., Anfang des 21. Jahrhunderts, sitzt die von der Gunst Onkel Sams erhöhte Chamorro-Familie wieder fest im Sattel. Ähnliches gilt für Nicaraguas nördliche Nachbarn El Salvador, Honduras und Guatemala. Was die Wallstreet und Washington gefügigen Regierungschefs und Staatsoberhäupter Mittelamerikas ihren meuchel- und massenmordenden Kumpanen nicht von selbst den Augen des Großen Bruders ablesen, das besorgen die Gelder und die Privatstreitkräfte der mächtigen amerikanischen Monopole – wie der United Fruit Company – und nicht zuletzt die, wie ein riesiges Damoklesschwert über dem lateinamerikanischen Raum hängende, Bereitschaft der Vereinigten Staaten zur Militärintervention. Daß derartige »Beziehungen« auch weiterhin so verlaufen, mit den geringsten Reibereien doch den höchstmöglichen finanziellen und strategischen Renditen für Onkel Sam, dafür sorgen Einrichtungen wie die School of the Americas am Haupttruppenübungsplatz Fort Benning, Georgia, in welchem immer neue

Generationen vollindoktrinierter lateinamerikanischer Offiziere, Generale und Starker Männer für das Mords-Geschäft in ihrer Heimat ausgebildet werden. Ein Bombengeschäft. Tatsächlich durfte am 21. April 2001 der amerikanische Außenminister, General Colin Powell, seinem nach guten Nachrichten lechzenden Fernsehpublikum im vollen Brustton der Überzeugung mitteilen, daß an der eben stattgefundenen Gesamtamerikanischen Konferenz in Québec, die leider von kanadisch-amerikanischen Umweltschützern und demokratischen Gewerkschaftlern empfindlich gestört wurde, mit Ausnahme Kubas nur demokratische, d.h. amerikahörige Staaten teilgenommen hätten. Donnerwetter ...

Wilson in Mexiko

Kein zweites lateinamerikanisches Land hat seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schmerzlicher am Expansionsdrang Onkel Sams gelitten als Mexiko, welchem mehr als die Hälfte seines Hoheitsgebietes und die reichsten seiner Territorien von Texas bis Kalifornien entrissen wurden. Wir kennen das Sprichwort: »Armes Mexiko! Den Yankees so nahe und Gott so fern ...« Der Ausbruch der blutigen Revolution von 1910 hatte das sogenannte Positivistenregime des langjährigen Diktators Porfirio Diaz weggefegt, das bestrebt gewesen war, vor allem den USA und – an zweiter Stelle – Großbritannien weitgehende Konzessionen einzuräumen. Über 40% Mexikos war Eigentum der Amerikaner. In vielem war es also dem Mexiko um die Jahrtausendwende sehr ähnlich. Der damals regierende, wegen seiner Dollardiplomatie und seiner Einschreitungen in der Karibik bekannte Präsident Taft lehnte jedoch jede direkte Einmischung in Mexiko ab. Nicht so sein Botschafter Henry Lane Wilson, der im Februar 1913 – also noch vor der Amtseinführung des Präsidenten Wilson im März d.J. – dem mexikanischen General Victoriano Huerta ans Herz legte, den revolutionär-nationalistischen Führer Madero zu stürzen. Dieser wurde erschossen, und Huerta ließ sich zum Präsidenten ausrufen. Nun schien sich die diplomatische Anerkennung des Huerta-Regimes von seiten Tafts anzubahnen, wobei jener den Schadenersatzforderungen Amerikas wohl Genüge getan hätte. Das war denn doch zuviel des Guten, und die mexikanischen Nationalisten unter der Führung eines Staatsgouverneurs Venustiano Carranza erhoben sich gegen Huerta. Im Süden und Westen des Riesenlandes standen

die verarmten Bauern unter der Führung des bekannten Zapata auf. Als kurz darauf – in Washington – Woodrow Wilson die Präsidentschaft antrat, versuchte er, die Moralität zum Maßstab der Außenpolitik zu machen. Er entließ den Botschafter Wilson und setzte von nun an auf, aus der zutiefst moralischen amerikanischen Innenpolitik hervorgefischte persönliche Abgesandte. Dem nicht genug, trug er den Mexikanern seine Mittlerrolle in ihrem Streit an – ein Verfahren, das sie der »zivilisierten Welt« wieder einreihen sollte. Das Ansinnen wurde von den Parteien im Bürgerkrieg einmütig zurückgewiesen, da seine Annahme selbstverständlich die ständige Einmischung der Vereinigten Staaten in ihre inneren Angelegenheiten bedeutet hätte. General Huerta – dessen Gebaren Wilson als unannehmbar schmutzig empfand, der aber trotzdem von den meisten europäischen Staaten anerkannt wurde – richtete sich in seinem neugewählten Kongreß häuslich ein. Sein Gegner Carranza nahm demgegenüber seine militärische Offensive in Richtung Bundeshauptstadt Mexiko wieder auf, nachdem Wilson im Februar 1914 seine Ausfuhrsperre für Waffen aufgehoben hatte – vermutlich um Carranza unter die Arme zu greifen und um die östlichen Hafenstädte Veracruz und Tampico, ein Zentrum der Ölindustrie, von amerikanischen Einheiten besetzen zu lassen. Eine eindeutige Aggression und Kriegshandlung. Als im April einige amerikanische Matrosen, die provokativ vor der Nase der mexikanischen Truppen umherkreuzten, vorübergehend verhaftet wurden, deutete der örtliche U.S.-Vizeadmiral Mayo dies als eine »unentschuldbare« Entehrung der amerikanischen Flagge. Als Präsident Huerta ein Ultimatum Mayos und Wilsons zurückwies, erhielt dieser am 20. April vom Kongreß die Erlaubnis, die »Würde« der USA mit Gewalt wiederherzustellen und Huerta zu entthronen. Wilsons Rechnung ging aber nicht ganz auf, da an der Ostküste Mexikos sich schwere Gefechte entspannen und die erneute amerikanische Aggression viele Mexikaner, die sonst ihrem Diktator ablehnend gegenüberstanden, hinter Huerta vereinte. Am 25. April boten die ABC-Mächte Argentinien, Brasilien und Chile ihre Vermittlung an, und Wilson stimmte darin ein.

Kurz darauf trafen sich die Abgesandten Mexikos, der Vereinigten Staaten und der ABC-Mächte auf der kanadischen Seite der Niagarafälle. Doch war die Konferenz von Anbeginn zum Scheitern verurteilt, da einerseits Wilson starr auf den Sturz Huertas und der Gründung einer provisorischen Regierung unter der Leitung der Feinde Huertas, der »Constitutionali-

sten«, bestand, andererseits ihr Führer, Carranza, es strikt ablehnte, fremden Mächten die Einmischung in die internen Angelegenheiten Mexikos zu gestatten. Die Konferenz löste sich daher alsbald auf. Wenig später sah sich Präsident Huerta gezwungen, nach Europa zu emigrieren. Am 20. August bereitete die Bevölkerung der Bundeshauptstadt Mexiko Carranza, dem neuen Herren, einen triumphalen Empfang. Leider bezeichnete dies noch lange nicht das Ende des blutigen Bürgerkrieges. General Francisco Pancho Villa aus dem nördlichen Chihuahua, der ursprünglich Wilsons Eingreifen in Mexiko nicht ausdrücklich verurteilt hatte, sprang mit Rücksicht auf den amerikanischen Präsidenten, der die diplomatische Anerkennung der ›Verfassungstreuen‹ hinauszögerte, verständlicherweise von Carranza ab. Am 23. November 1914 zog Wilson sämtliche Truppen aus Veracruz ab. Im Dezember besetzte Villa die Hauptstadt Mexiko. Nicht faul, entschloß sich Carranza zur Gegenoffensive und trieb Villa in verlustreichen Kämpfen wieder aus der Stadt heraus, ohne ihn jedoch gänzlich ausschalten zu können, während die Einwohner, die sich nun im Niemandsland befanden, die Lage mit ausgedehnten Hungerzeiten und anderen Nöten zu büßen hatten.

Auf dem europäischen Kriegsschauplatz 1914–1918 waren die wichtigsten Schlachten an der Ost- und Westfront schon geschlagen. Die Briten errichteten ihre Hungerblockade gegen die Zivilbevölkerung Deutschlands und Österreichs, und ein verzweifeltes Deutschland wandte sich sehr zögerlich dem stärkeren Einsatz der U-Bootwaffe zu. Im Mai 1915 ereignete sich der *»Lusitania«*-Vorfall, den der Erste Lord der Admiralität W. Churchill mit inoffizieller amerikanischer Hilfe dazu benutzte, die USA aktiv auf seiten der Entente in den Krieg zu ziehen. Da Präsident Wilson seine Streitkräfte bald in Europa benötigen würde, zog er sie immer rascher aus der mexikanischen Schlinge heraus. Im Juli 1915 erteilte er dem Carranza-Regime die de facto Anerkennung und gestattete den Waffenexport an die Constitutionalisten, während er ihn an alle anderen Parteien unterband. General Villa, der inzwischen zur Überzeugung gelangt war, daß Wilson ein »evangelisierender Philosophieprofessor [sei], der die Unabhängigkeit eines befreundeten Volkes zerstören will« – ein treffliches Urteil –, reagierte rasch. Im Morgengrauen des 9. März 1916 stießen er und eine Handvoll seiner Getreuen in das knapp an der Grenze gelegene Columbus in Neu-Mexiko und verstrickten sich in ein Scharmützel, das 17 tote

Amerikaner und eine unbekannte Anzahl Mexikaner auf der Walstatt zurückließ, ehe Pancho sich wieder zurückzog. In siedend-heiliger Wut schleuderte Wilson seinerseits den General John Pershing, genannt Blackjack – zu Deutsch Schlagknüppel –, mit 700 Mann über die Grenze, die schließlich 600 km tief ins Land eindrangen, General Villas aber nie habhaft, stattdessen aber in Gefechte mit Präsident Carranzas Streitkräften verwickelt wurden. 1916 wurde Wilson unter dem Motto »Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten« wiedergewählt. 1917 heftete General Pershing in Frankreich weitere Ruhmeslorbeeren an sein Banner. Endlich, am 28. Januar 1917, verkündete Wilsons Kriegsminister Baker die Heimkehr von Pershings ›Jungs‹, drei Tage bevor das Deutsche Reich den unbeschränkten Unterseekrieg erklärte, leider viel zu spät, um die Milliardenwaffenlieferungen Wallstreets und Wilsons an England und die Entente wirkungsvoll zu unterbinden.

Europa und Wilson

Machtpolitikern, wie jüngst ein, der erfolgreichsten weltpolitischen Bewegung höriger morgenländischer Student des Verfassers, bedeuten in der Diplomatie Moralität und Zuneigung nichts, gemeinsame Interessen jedoch alles. Mit Blick auf Wilson umschrieb Clemenceau, der ehern-radikale Premier Frankreichs, bekannt als ›der Tiger‹, das Problem etwa so: Die »Neue Diplomatie« laufe scheinbar darauf hinaus, leuchtende Prinzipien zu verkünden – dann aber das genaue Gegenteil zu tun ... Selbstverständlich trifft es zu, daß verantwortungsbewußte Staatsmänner die Schlagworte, die sie seit den Tagen der französischen Revolution von 1789 und der amerikanischen Revolution den aufgeputschten Massen vorwerfen, *nicht* für bare Münze nehmen und sich nicht von flüchtigen Sentimenten leiten lassen. Aber noch wahrer ist, daß Großstaaten und große Völker, mögen sie auch vorübergehend einander verfeindet sein, bewußt und unbewußt in einer Interessengemeinschaft zusammenleben, in der sich die tiefe Wunde des einen zum bleibenden Übel aller auswirkt. Totale Kriege und totale Siege, wie von den Siegermächten des Ersten und des Zweiten Weltkrieges angezettelt und durchgeführt, ob nun aus weltpolitisch-ideologischen oder zynisch-revanchistischen Gründen, sei dahingestellt, führen stets zu schlimmeren Konsequenzen, als vorgesehen, wenn auch die Nachrichtenindustrien der Sieger unablässig das

Gegenteil behaupten. Hier decken sich die Analysen der Besten, des deutschen Staatshistorikers Carl Schmitt und des vielleicht bekanntesten amerikanischen Berufsdiplomaten des 20. Jahrhunderts, George F. Kennan aus Milwaukee.

Schon 1892, so Kennan, erklärte der reaktionäre Zar Alexander III. zur Zeit der russisch-französischen Militärkonvention und der sich anbahnenden Entente – wohl auch unter dem Einfluß seiner expansionistischen Militärs und radikal-nationalen Ratgeber –, Deutschland in seine schwachen Bestandteile zerlegen und als modernen Staat auslöschen zu wollen. Damit und mit dem angekündigten Ende der Hohenzollern und Habsburger – grub Alexander vor allem seiner eigenen Dynastie, seinem eigenen Regime und seinem eigenen Land das frühe Grab. Der Außenminister des Zaren, Giers, entsetzte sich gegenüber seinem Berater Graf Lamsdorf, daß sein Souverän mit der Vernichtung Deutschlands die Weltherrschaft anstrebe. Eigenartig, daß 50 Jahre später, 1943, zur Zeit der Konferenz von Teheran, wenn auch unter veränderten Umständen, Kennans Dienstherr Roosevelt im Bunde mit Stalin die Zerstückelung und Vernichtung Deutschlands ebenso wie die totale Weltherrschaft anstrebten. Wie die Zeiten sich doch ändern!

Von 1914 bis 1918 hatte das Deutsche Reich den Vorhaben seiner Todfeinde nichts Ebenbürtiges entgegenzusetzen, da es ja im Gegensatz zu Rußland, Frankreich und vor allem England kein Weltreich darstellte und schon rein realpolitisch seinen Nachbarn unterlegen war. Der weltstrategische Rahmen fehlte damals und später. Freilich war es Deutschland geglückt, im osmanischen Reich z. B. die Staatsführung der Jungtürken unter Enver Pascha, Talaat Pascha und Dschemal Pascha mit dem Hinweis auf die Zerfleischungspolitik der Entente cordiale – gegenüber der Türkei und Persien, später auch gegenüber Arabien – auf seine Seite zu ziehen. 42 deutsche Offiziere unter dem Kommando des Generals Liman von Sanders berieten das osmanische Heer. Admiral Souchon befehligte die osmanische Kriegsmarine. Seine Hauptkriegsschiffe, der deutsche Schlachtkreuzer ›Goeben‹ und seine Schwester, der kleine Kreuzer ›Breslau‹, wurden auf Sultan Selim und Medilli umgetauft. Am 2. August 1914 hatten das Deutsche und das Osmanische Reich zwei Geheimverträge unterzeichnet: einen Beistandspakt und eine Militärkonvention. Nun, im Morgengrauen des 29. November, führten Selim und Medilli, unterstützt von kleinen türkischen Einheiten, ein erfolgreiches Husarenstückchen gegen die russischen

Häfen Sewastopol, Odessa und Noworossijsk aus und nötigten damit das Osmanische Reich, seine nominelle Neutralität aufzugeben und dem europäischen Krieg auf seiten der Mittelmächte beizutreten. Das Schicksal der Osmanen war ohnehin schon besiegelt. Im Zuge der Zerreißung des ganzen Morgenlandes von Afghanistan bis Marokko – Italien humpelte beträchtlich nach – setzten England, Frankreich und Rußland ihre Raumpolitik im Nahen Osten von 1914 bis 1918 in sieben Entscheidungen und Geheimverträgen fort:

1. Das Konstantinopel-Abkommen

Großbritannien, Rußland und Frankreich kamen am *18. März 1915* in einem geheimen Protokoll überein: a) Rußland annektiert von der Türkei Konstantinopel und den Bosporus wie auch die Westküste der Dardanellen. b) England und Rußland sichern sich wechselseitig im Iran riesige Einflußzonen. Starke Parallelen zum Vorgehen Englands und der Sowjetunion ab 1941 sind nicht von der Hand zu weisen. c) Konstantinopel und der Bosporus fungieren als freie Schiffahrtsplätze für die Entente.

Scheinbar mit einem Schlag hatte Rußland sein jahrhundertealtes Lieblingsvorhaben – Byzanz bzw. Konstantinopel zu erobern – realisiert. Doch war die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Dardanellen-Gallipoli-Kampagne der Engländer und Franzosen nahm ein klägliches Ende. Aber es ist noch nicht aller Tage Abend ...

2. Der Londoner Geheimvertrag vom 26. April 1915, von England, Frankreich, Rußland und Italien unterzeichnet. Die darin enthaltenen Gebiets- und Machtkonzessionen gegenüber Italien zogen dieses auf seiten der Entente in den Krieg. Die wichtigsten Bestimmungen bezogen sich auf die Schaffung einer »strategischen Grenze« für Italien und den Ausbau der italienischen Machtsphäre im östlichen Mittelmeer: in Südtirol, in Dalmatien und Albanien, selbstverständlich Libyen, dem Dodekanes und einer Besatzungszone im südwestlichen Anatolien, die von den drei Großmächten allerdings recht unklar umschrieben wurde.

3. Die sich lange dahinziehenden Unterhandlungen zwischen Frankreich, Rußland und Großbritannien, die sich zum Teil im Sasonow-Paléologue-Abkommen vom April 1916, hauptsächlich aber im Sykes-Picot-Schlußprotokoll vom 16. Mai 1916 niederschlugen. Die Hauptpersonen dieses Dramas waren auf englischer Seite Sir Mark Sykes und Georges Picot auf französischer Seite. Die Bestimmungen betrafen die russische Annektierung der Ostküste vom Schwarzen Meer bis zum ölreichen Mossul-

gebiet im nördlichen Mesopotamien, welch letzteres wohlweislich Frankreich und schließlich England vorbehalten wurde. Die Errichtung einer französischen Verwaltungszone in Südostanatolien und der Mittelmeerküste Syriens unter Einschluß Beiruts, Akkas, Homs, Aleppos sowie ein sich daran anschließender französischer Einflußbereich im Raum um Damaskus und dem nördlichen Mesopotamien bis zur iranischen Grenze. Die Gründung einer britischen Besatzungszone im Gebiet Bagdad-Basra-Kuweit mit einer sich daran anschließenden, ausgedehnten britischen Einflußzone über Mittelmesopotamien und die strategisch wichtigen Gegenden des ganzen arabischen Subkontinents. Im Osten schloß sich der englisch beherrschte Persische Golf und der englische Einflußbereich über Iran an. Haifa in Palästinien sollte der britischen Besatzungszone angehören. »Klein-Palästina« südlich davon, mit Einschluß Jerusalems und Jaffa sollte unter internationaler Aufsicht verwaltet werden. Schließlich war – zumindest andeutungsweise – vorgesehen, im englischen und französischen Einflußbereich autonome arabische Verwaltungsbezirke bzw. Staaten einzurichten. Das erschien wie ein von der Tafel des Löwen fallender Brocken für jene arabische Fürsten, vor allem für den Scherif Hussein von Mekka und dem Hedschas, mit welchem Großbritannien schon seit geraumer Zeit Verhandlungen führte, um seinen Eintritt in den Krieg gegen das Osmanische Reich sicherzustellen. Unter dem Deckmantel der Vertraulichkeit hatte man ihnen die Unabhängigkeit eines arabischen Einheitsstaates vorgegaukelt.

4. Da Gegenstände der Diplomatie auf die Dauer selten geheimgehalten werden können, drängte die italienische Regierung 1917 auf eine Klärung der Lage. Dies geschah am *17. April 1917* im Treffen der Premierminister Italiens, Frankreichs und Großbritanniens in Ste. Jeanne de Maurienne. Italien wurde freigestellt, ein umfangreiches Gebiet im südwestlichen Anatolien, mit Einschluß der Städte Smyrna, Adalia u.a. zu annektieren. Rußland wohnte dieser Konferenz wegen der ausgebrochenen Revolution nicht bei.

5. Schon im Februar 1914 besuchten Abdullah, der zweite Sohn des Scherifs, und der Emir Hussein von Mekka den englischen Hochkommissar Lord Kitchener – den blutbefleckten Unterdrücker der Mahdi-Bewegung im Sudan – in Kairo. Abdullah stieg später durch die Gnade Englands zum König Transjordaniens auf. Sir Henry MacMahon lancierte die englische Unterstützung eines nationalen arabischen Aufstandes. Er, der neue

Hochkommisar Ägyptens, schaltete sich via Hussein von Mekka in die Gespräche ein. Noch ein halbes Jahr vor dem Schlußprotokoll des Sykes-Picot-Paktes gelobte Sir Henry im Auftrag der Regierung Großbritanniens die »Unabhängigkeit der Araber« in einem Großraum, der im Norden vom 37. Breitengrad, im Osten durch den Iran und den Persischen Golf, im Süden von den Arabischen Golfstaaten und im Westen vom Roten Meer eingerahmt wird. Das gesamte syrische Küstengebiet westlich der Bezirke Damaskus, Homs, Hama und Aleppo sollte allerdings nicht dazugehören. Die Lage Palästinas blieb ungeklärt. Schließlich gelobte England den Arabern »Rat und Hilfe« beim Aufbau des neuen Staates – was Hussein und seine Söhne hätte aufhorchen lassen sollen, da solche Redewendungen die Gründung imperialer Protektorate ummanteln – wie in Kuba, in Nicaragua usw. zugunsten Amerikas geschehen.

6. Im Dezember 1918 willigte angesichts der Eroberung Nord-Mesopotamiens durch die Engländer der Premier Clemenceau in einer Unterredung mit dem englischen Premier Lloyd George darin ein, das ölreiche Gebiet um *Mossul* den Briten zu überlassen. Den Franzosen wurden regelmäßige Öllieferungen zugesagt. Bei alledem wurden die Araber, trotz der großherzigen Versprechen an Scherif Hussein und seine Gefolgsleute – und trotz der Unterstützung durch den berühmten Lawrence von Arabien, der später eine lebensgefährliche Deutschfreundlichkeit bewies – gar nicht berücksichtigt.

7. Im Gegensatz zu den Arabern gestaltete sich die machtpolitische Lage für die Zionisten wesentlich günstiger. Ungeachtet der Tatsache, daß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Zionisten starke Wurzeln im östlichen Europa aufwiesen, vor allem in Rußland und seinen Judenverfolgungen, stiegen bekannte mittel- und westeuropäische Juden zu führenden Stellungen in der Bewegung auf. Darunter Dr. Theodor Herzl, Schriftsteller, Pariser Korrespondent der Wiener »Neuen Freien Presse« und Verfasser des Buches ›*Judenstaat*‹, und Dr. Chaim Weizmann, Dozent der Chemie an der Universität Manchester. Der erste Zionistenkongreß von 1897 in Basel wählte Herzl zum Vorsitzenden. Er versuchte bis zu seinem Tod im Jahre 1904 den türkischen Staat über Kaiser Wilhelm II. zur Annahme einer zionistischen Chartergesellschaft in Palästina zu bewegen. Tatsächlich befand sich bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges der Hauptsitz der Zionisten in *Berlin*. Nach Ausbruch der Feindseligkeiten eröffneten sie von dort aus ein weiteres Büro in

Kopenhagen, um die Entzweiung der internationalen Organisation zu verhindern. Dr. Weizmann andererseits war bestrebt, mit Hilfe prominenter englischer Juden wie den Rothschilds – gegen die starke Opposition anderer, wie Sir Philip Sassoon, Privatsekretär Lloyd Georges, und Edwin Montagu, des Staatssekretärs für Indien – Großbritannien und die Entente als mächtige Förderer der Zionisten zu gewinnen. Seine große Chance kam im Frühjahr 1917, als in Rußland die erste Phase der Revolution aufflammte und als sich in Amerika die »Messiasgestalt« des Präsidenten Wilson von schwindelnden Höhen wieder auf handfeste Fragen der Machtpolitik herabsenkte. Angesichts der Erfolglosigkeit der französischen und englischen Offensiven an der Westfront und der noch fragwürdigeren elf Isonzoschlachten, wobei der italienische Oberkommandierende, General Luigi Cadorna, seine Armee an den Rand der Vernichtung trieb (um schließlich in wenigen Tagen von den Deutschen und Österreichern im Oktober 1917 beinahe vernichtend geschlagen zu werden) und der schier hoffnungslosen Lage an der alliierten Front um Saloniki, fühlte sich die Entente veranlaßt, Rußland um jeden Preis im Krieg zu halten. Premierminister Lloyd George und seinem Außenminister Lord Balfour schien es ratsam, angesichts des verhältnismäßig großen Anteils der Ostjuden in der russischen revolutionären Bewegung und angesichts der bekannten zionistischen Sympathien des Präsidenten Wilson und seiner Hintermänner, möglichst bald und stark die Trommel des Zionismus zu rühren. Im Frühjahr 1917 eröffnete der bekannte Sir Mark Sykes die Unterhandlungen mit Nahum Sokolow, dem Vertreter der Internationalen Zionisten-Organisation. Lord Balfour begab sich in die USA, wo er mit dem einflußreichen Mitglied des Obersten Bundesgerichts Louis Brandeis, einem Berater des Präsidenten, und weiteren Mitgliedern des Zionistischen Exekutivkomitees wie dem Rabbi Stephen S. Wise, dem Richter Julian Mack und dem Professor Felix Frankfurter, dem späteren Obersten Bundesrichter, Kontakte aufnahm. Trotz des Widerstandes prominenter Juden wie z. B. Jacob Schiffs und Mayer Sulzbergers gelang es den Zionisten, den Entwurf einer ihnen freundlichen Erklärung im Kabinett der englischen Regierung durchzudrücken. Bereits am 16. Oktober 1917 erfolgte die Zustimmung Wilsons durch seinen Intimus Oberst House. Der Durchbruch war geglückt. Daß hierbei die reine Menschenliebe oder auch die alttestamentarische Ausrichtung des Kalvinismus nicht die alleinigen Motive waren, erhellt

sich aus den späteren offiziellen Äußerungen Lloyd Georges. 1936 erklärte er vor der Königlichen Kommission über Palästina, der Palestine Royal Commission, die Zionistenführer hätten der englischen Regierung versichert, ihr Bestes tun zu wollen, um der Entente die Sympathien und die Unterstützung der Juden der ganzen Welt zu verschaffen. Sie hätten ihr Wort gehalten. Schon gegen Ende des Ersten Weltkrieges hatte Lloyd George vor dem englischen Unterhaus lautstark verkündet, daß die Zionisten die Sache Englands in Amerika und in Rußland hilfreich unterstützten, obwohl letzteres ziemlich untreu geworden wäre. – Schließlich, nach mannigfachen Vorbereitungen veröffentlichte der englische Außenminister die bekannte Balfour Declaration vom 2. November 1917, wonach S. M. Regierung der Errichtung einer »... nationalen Heimat für das jüdische Volk« in Palästina günstig gesinnt wäre und dieses Ziel mit Nachdruck verfolge, nur dürften dabei die bürgerlichen und konfessionellen Rechte der »existierenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina« [!] oder die Rechte der Juden in irgendeinem anderen Staat nicht angetastet werden. – Ungeachtet dieser Klausel verletzte Lord Balfours Erklärung – wie auch Woodrow Wilsons Absegnung derselben – das Prinzip des »Selbstbestimmungsrechtes der Völker«, das der Präsident am 8.1.1918 im Rahmen seiner »14 Punkte« feierlichst verkündet hatte. Die Palästinenser stellen im wesentlichen auch heute noch die Nachfahren jener Philister dar, die im 13. Jahrhundert v. Chr. als die Seevölker Ägypten und Vorderasien bestürmten, z.T. sich in Palästina niederließen und dem Land ihren Namen gaben.

Trotz ihrer späteren Vermischung mit Semiten, Arabern und Griechen waren sie 1917 und 1918 das ansässige Landesvolk – und sind es noch heute. Es ist gewiß kein günstiges Vorzeichen für einen Versöhnungsfrieden im Morgenland und für *den* Weltfrieden, daß die USA seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den Stiefeln ihrer englischen Vorgänger den islamischen Kulturkreis noch breitspuriger und rücksichtsloser durchstampfen, ohne die legitimen Wünsche der in mannigfache Staaten gespalteten Araber klug zu berücksichtigen. Besonders eklatant seit 1991: Wird sich die geradlinige Fortsetzung der Protektorats-, Stützpunkt- und Mandatspolitik der »klassischen Imperialisten« aus der Zeit vor 1945 rein realpolitisch auch im 21. Jahrhundert als erfolgreich erweisen, nun, da die Völker erwacht sind und an die Oberfläche des Weltgeschehens streben, nachdem sie Jahrhunderte lang unter Wasser gehalten wurden? Selbst die Briten

und die Entente haben es nach 1918 nicht fertiggebracht, ihre Unterdrückungspolitik auf die Dauer durchzusetzen. Ihre finten- und listreiche Kriegsdiplomatie – allein das abgeleistete Arbeitspensum an Geheimverträgen imponiert – bewies nur ihre politische, militärische und geistige Schwäche. Schon der Umstand, daß England und Frankreich lange vor Kriegsausbruch gewillt waren, ihre mehr als jahrhundertealte Bosporus- und Orientpolitik zugunsten des Zarenreiches aufzugeben – wir erinnern uns an Bonapartes Ausruf: »Constantinople? Jamais!«, zu deutsch: »Die Russen in Konstantinopel? Nie!« – spricht Bände von ihrer Einfallslosigkeit. Freilich konnten sich die Ententemächte über ihre Schwäche hinwegtäuschen, als sie im Zuge ihrer Weltraumpolitik nach 1918 ihre enormen Gebietsausdehnungen, zumeist als Protektorate und Völkerbundmandate verkleidet, beschwichtigend sich vor Augen hielten. England durfte sich beglückwünschen, Cecil Rhodes' Traum von der ungebrochenen Verbindung zwischen Kapstadt und Kairo erreicht zu haben. Hinter der Fassade sah es jedoch anders aus. Die einstigen europäischen Großmächte waren weidwund geschlagen. Jetzt kamen Mächtigere an die Reihe, ganz Große, mit absoluter Weltpolitik und Weltanschauung. Der totale Krieg fraß seine Väter und spie die totalen Gesellschaftssysteme des Ostens und des Westens aus. Mittlerweile kühlten sich die Alten, Überholten, ihr Mütchen, indem sie die Mittelmächte zerstückelten. Doch selbst im engen Mitteleuropa glückte die – zumindest von Frankreich und Rußland seit 1892 erhoffte – Zerschlagung des deutschen Volkes nicht ganz. Der Versuch sollte 1939 und 1989 – im letzteren Jahr, um eine bloße deutsche Teilvereinigung zu verhindern – wiederholt werden.

Im Lichte der Europa- und Weltpolitik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind die Vorgeschichte und die Auswirkungen der französisch-russischen Verhandlungen um 1914 von besonderem Belang. Ohne die eindrucksvolle Geschichte Frankreichs und Rußlands aufrollen zu wollen, darf immerhin festgestellt werden, daß über Jahrhunderte das Streben nach Raum, die Expansion beider Mächte sich auch auf Mitteleuropa hinbewegt hat, ein Mitteleuropa, das von einer Völkervielfalt besiedelt ist, darunter den Ungarn, den Slowaken, den Tschechen, den Polen, den Kroaten und Slowenen, das historisch, kulturell und wirtschaftlich – dann und wann auch politisch – aber zweifelsfrei von Deutschland geprägt worden ist. Im Falle Rußlands hat sich nach dem Mongolensturm und mit dem Ausklingen des Ta-

tarenreiches der moskowitische Kernstaat vor allem unter den hervorstechenden Herrschern Iwan dem Großen und Iwan dem Schrecklichen im 15. und 16. Jahrhundert nach allen Seiten, so auch nach Westen, ausgebreitet. Auf die Annexion Nowgorods sei verwiesen. Mit dem Aussterben der Rurikiden und mit der neuen Romanowdynastie erfolgten neue Schläge, bis schließlich Rußland – unter Peter dem Großen und Katharina der Großen zum Leidwesen des schwedischen und des litauisch-polnischen Großreiches – im 18. Jahrhundert direkt und unmißverständlich an die Pforten der Kernstaaten Deutschlands, damals Österreichs und Preußens, anklopfte. Schon im Siebenjährigen Krieg zwischen Friedrich dem Großen und Maria Theresia winkte den Russen als Siegespreis die Annektierung Ostpreußens – fast zwei volle Jahrhunderte vor 1945. Die Erwerbung Galiziens durch Österreich während der verhängnisvollen Teilungen Polens erregte Unmut in St. Petersburg. Die Annektierung jener Provinz, wie auch die der angrenzenden Gegenden – besonders des blühenden Schlesien –, rückte ebenfalls in den Gesichtskreis des Großrussischen Reiches. Freilich darf der grimme Marsch Moskowiens nach Westen, gegebenenfalls zum Atlantik, nicht als ein unabänderliches Geschick Deutschlands und des Abendlandes betrachtet werden. Im 19. und im 20. Jahrhundert gab es genügend diplomatische, wirtschaftliche und andere Mittel, dieser Expansion Einhalt zu gebieten und sie z.B. nach dem Fernen Osten, Zentralasien oder Vorderasien abzulenken. Dazu bedurfte es aber eines unzerstrittenen Abendlandes und eines mächtigen Deutschlands. Sobald jedoch Großbritannien die Machtstellung des Zarenreiches in China, der Mandschurei und am Pamir aus den Angeln gehoben, sich schließlich sogar mit ihm verbrüdert hatte und auf diese Weise die russischen Energien wieder nach Westen und dem Balkan lenkte, war die Existenz Deutschlands wie auch das Herzblut Europas, die abendländische Kultur, aufs schwerste gefährdet. Führen wir uns dazu vor Augen, daß Petersburg und das revolutionäre Paris geschickt mit den erwachenden Kräften der östlichen Orthodoxie, des Slawophilismus und des Panslawismus spielten. Es sei darauf hingewiesen, daß die Extremisten unter den Panslawisten auf dem Kongreß von Prag 1848 ihre Absicht kundgaben, alle nichtslawischen Völker Ost- und Mitteleuropas nach Westen hinter die Linie Lübeck-Triest zu treiben, was dann etappenweise 1918 bis 1945 auch tatsächlich glückte. Es ist unschwer zu erkennen, wie der deutsche Kulturkreis und das gesamte nicht-

revolutionäre bzw. gegenrevolutionäre Europa vor und nach dem ersten Krieg von Osten und Westen her in die Zange genommen wurden. Das Überleben der altangestammten Heimat und Jahrhunderte alter Siedlungsräume standen auf dem Spiel.

Im Westen hatte der französische Staat ganze Arbeit geleistet. Seit dem Ende der Stauferzeit im 13. Jahrhundert hatte sich die kapetingische Monarchie immer stärker und immer zentralisierter nach Süden, Norden und Osten vorgeschoben. Der in Prag residierende Römische und Deutsche Kaiser Karl IV. ließ sich noch als letzter zu Arles in Südburgund um 1357 zum König des Arelat krönen. Nach dem überstandenen Schicksalskampf im ›Hundertjährigen Kriege‹ mit der machtbewußten englischen Monarchie, unterhöhlte die französische Monarchie die Stellung des Habsburgerreiches und damit auch Spaniens und Deutschlands in einem jahrhundertelangem Ringen. Der Ehrgeiz der Bourbonenkönige Ludwig XIII., Ludwig XIV. und Ludwig XV., die Leistungen ihrer zielbewußten Kanzler wie auch die Schrecken des Dreißigjährigen Krieges in Deutschland und Mitteleuropa und die der darauffolgenden bourbonischen Expansions- und Hegemoniekriege sind wohl genügend bekannt, um näher auf sie eingehen zu müssen. Es sei noch erwähnt, daß kein anderer als der weltkluge Präsident de Gaulle in seinen Memoiren die Zersplitterung des Deutschen Reiches im Westfälischen Frieden von 1648 und in der Gegenwart nach 1945 als einen für Frankreichs großen Ostnachbarn durchaus wünschenswerten Zustand erachtet. Zweifellos passen solch zeitgenössische Urteile nicht ganz auf jene vergangenen Zeiten der dynastischen Ehen und Zwistigkeiten. Doch das Ergebnis dieser Verschiebungen und Erweiterungen hat das Angesicht Europas gestaltet – zum Nachteil des deutschen Volkes. Der französische Staat – um nur ein Beispiel herauszugreifen – hat die Konsequenz eisern gezogen. Es ist gegenwärtig vielleicht wenig bekannt, daß das revolutionäre Frankreich einen enormen, das Beispiel der vorangegangenen Monarchie weit übertreffenden, in seiner explosiven Natur begründeten Expansionsdrang entwikkelt hat. In den Geheimklauseln der Friedensschlüsse von Basel 1795 mit Preußen und Campo Formio 1797 mit den Habsburgern war die französische Annexion des gesamten linken Rheinufers und die Errichtung starker Brückenköpfe am Ostufer bereits versteckt vorhanden, was wenig später Napoleon I. dazu veranlaßte, sein ›Empire‹ über die Niederlande, Bremen, Hamburg bis nach Lübeck auszudehnen. Selbstverständlich folgten

Napoleon III. und seine Leute in den Fußstapfen seines Namensvetters und verlangten das linke Rheinufer als Trostpreis für die Vorherrschaft Preußens über Klein-Deutschland.

Was Wunder, wenn angesichts eines solchen Panoramas der Gewaltpolitik im Osten und Westen Europas – bei halboffiziellen Gesprächen zwischen dem zaristischen Generalstabschef, Gen. Nikolai N. Obrutschow, und seinem französischen Kollegen, dem General Raoul le Morton de Boisdeffre, im Jahre 1891 die Annektierung des österreichischen Galizien und die Errichtung eines russischen Stützpunktes an den türkischen Meerengen ebenso zur Sprache kamen wie die Einverleibung des Rheinlandes und die Zerstückelung Deutschlands durch Frankreich. Zeitweise, im Auf und Ab der weltimperialen Diplomatie Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands, lagen diese Ziele mehr oder weniger verschleiert in den Köpfen ihrer Staatslenker. Doch mit dem Herannahen des Ersten Weltkrieges und der Bluttat von Sarajewo am 28. Juni 1914, die ohne weiteres auf den serbischen »Irredentismus« und die von Rußland geförderten panslawischen Phantasien zurückgeführt werden darf, verdichteten sich die Gedanken und Gespräche zu konkreten Plänen im russisch-französischen Bündnis. Innerhalb der ›Entente Cordiale‹ sind sie schließlich als Schlußprotokoll verschiedener Geheimverträge wie dem sogenannten Sasonow-Paléologue-Abkommen vom 26. April 1916 bekannt geworden, und zwar durch Lenin, der sie während der russischen Revolution veröffentlichen ließ. Sasonow war der zaristische Außenminister und Paleologue der französischen Botschafter in St. Petersburg. Von Zweifeln und den von 1918 bis jetzt immer dichter wabernden politischen Nebelschwaden gereinigt, zeigte es sich nun, daß der Vertrag ausgedehnte Gebiets- und Machtzunahmen zu verewigen gedachte. Das Zarenreich forderte die Einverleibung Ost- und Westpreußens, der Provinz Posen, Galiziens und eines Großteils Schlesiens. Im September 1914 veröffentlichte der russische Generalstab eine Karte des zukünftigen Europa, die – mit den Worten des englischen Historikers Norman Davies – den von der Sowjetunion 1945 erreichten Zielen verblüffend ähnelte. Stalin hat sich die Gedankengänge des moskowitisch-zaristischen Imperialismus zu eigen gemacht, was bemerkenswerterweise schon 1940 in seinen Verhandlungen mit dem englischen Abgesandten Stafford Cripps zum Vorschein kam. Übrigens wandelte auch die sowjetische Militärstrategie in den weitausholenden Fußstapfen des zaristischen Generalstabs und seines

»dynamisch-militärischen Komplexes«, wie sich nach den Abwehrschlachten von 1941/42 immer offener zeigte.

Rußlands Bundesgenosse Frankreich begnügte sich nicht nur mit der Wiederbesetzung Elsaß-Lothringens, sondern betrieb darüber hinaus – wie die wiederholte Wirklichkeit nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg zeigen sollte – massiv die praktische Einverleibung des Saarlandes und zumindest zeitweise die Lostrennung des Rheinlandes von Deutschland. Im Osten unterstützte es mit lautem Hurra die deutschfeindliche Politik Nachkriegspolens.

Im Gegensatz zur Entente waren die Absichten der Mittelmächte im wesentlichen defensiv. Ihnen ging es um die Abwehr der feindlichen Expansionspläne, um das Überleben Österreich-Ungarns, dessen Existenz durch das Attentat von Sarajewo in Frage gestellt worden war und um das Aufbrechen der gegnerischen Umzingelung im Osten, Westen und Süden. Deutschland beschied sich gebietsmäßig mit der angepeilten Annektierung der belgischen Provinzen Lüttich und Antwerpen – was rein historisch, volkstumsmäßig und militärisch gesehen immerhin verständlich schien, was ihm jedoch – im Falle der Verwirklichung – die ewige Feindschaft Englands zugezogen hätte. Freilich war diese Feindschaft ohnehin schon vorhanden, versinnbildlicht durch die im Grunde zutiefst nihilistischen Naturen wie Lloyd George, Winston Churchill und Margaret Thatcher.

Unvoreingenommene Historiker kommen daher wohl oder übel zum Schluß, daß die von den Todfeinden Deutschlands erhobene Kriegsschuldanklage sowohl für den Ersten als auch für den Zweiten Weltkrieg üble Fantasiegespinste darstellen. Diese und ähnliche Anschuldigungen wie das »Kinderhändeabhacken« usw. entstammen jener politischen Kategorie, die sich gemeinhin hinter der Bezeichnung »Haltet den Dieb« verstecken und wohlbekannterweise darauf abzielen, die eigenen Missetaten entweder zu rechtfertigen oder zu vertuschen. Dem Präsidenten Woodrow Wilson allerdings, mit seiner ausgeprägten Freund-Feind-Mentalität, seiner ungestümen Kreuzzugsorientierung und seiner ungebrochenen Machtlust waren zwar derartig handfeste Gedankengänge nicht unbekannt, doch er dünkte sich und seinen Staat sittlich darüber erhaben. Er wollte sozusagen aus den Gewölken des Jenseits ins irdische Machtgewühl eingreifen und so die in seinem Lande praktisch nichtexistierende Demokratie über das ganze Erdenrund verbreiten, um den ewigen Frieden zu stiften. Also ein immerwährender

Krieg um den himmlischen Frieden. Wilson vergaß dabei, daß die am höchsten tönenden Lieder meist die niedrigsten Motive verschleiern. Er vergaß, daß im Alltagsstreit der Innen- und Außenpolitik seine politischen Kollegen, Opponenten und Gegner seine Predigten mit Recht als einen Verhüllungsversuch weit düstererer Machtansprüche betrachten würden. Woodrow Wilson fand sich trotz seiner Machtfülle außerstande, diese klaffenden Gegensätze zu überwinden und einer neuen, allgemeinen Synthese zuzuführen, nach der die Welt so begierig lechzt. Die Lösung steht noch aus. Er zerbrach an seiner Ohnmacht, sie herbeizuführen. Schauen wir uns einmal an, wie das geschah.[29]

---

[29] Hölzle, Geschichte ..., *a.a.O.*
ders., Die Revolution ..., *a.a.O.*
Weltwende 1917..., *a.a.O.*
George F. Kennan, *The Fateful Alliance, France, Russia and the Coming of the First World War*, Pantheon Books, New York, 1984, S. 93–166 ff.
George Lenczowski, *The Middle East in World Affairs*, Cornell University Press, Third Edition, 1967, S. 38–500, 653–680
Norman Davies, *Europe. A History.* Oxford University Press, Oxford-New York 1996, S. 902, S. 806–1281
John V. Denson, ed. *The Costs of War. America's Pyrrhic Victories.* Zweite Auflage 1999, Transaction Publishers, New Brunswick, New Jersey, S. 67–300
Larry Diamond, *Political Culture and Democracy in Developing Coutries*, editor, Lynne Rienner Publishers, Boulder, Colorado, 1994, S. 59–247
Robert John, *Behind the Balfour Declararion. The Hidden Origins of Today's Mideast Crisis*, Institute for Historical Review, Costa Mesa California, 1988
David W. Ziegler, *War, Peace and International Politics*, 5. Auflage 1990, Harper Collins Publishers, S. 7–407
Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Duncker & Humblot, Berlin, 1963, 1979
ders., *Die Diktatur, Von den Anfangen des modernen Souveränitätsgedankens, bis zum proletarischen Klassenkampf*, Duncker & Humblot Berlin, 1928, 1978, S. 107ff
ders., *Land und Meer*, Edition Machke Hohenheim, [Ed. Maschke]
ders., *Theorie des Partisanen*, Duncker & Humblot Berlin, 1963, 1975, S. 87–96
Sigmund Freud and William C. Bullitt, *Thomas Woodrow Wilson. A Psychological Study.* Discus Edition, Avon Books, New York, 1968
»Preserving Mankind's Heritage«, *Natural History* Magazine, April 2001, herausgegeben vom American Museum of Natural History, New York Rodney Steel, »Goeben and Breslau«, *War Monthly*, Issue 22, veröffentlicht von Marshall Cavendish Ltd., London, 1975

Amerika und der Erste Weltkrieg

Ehe die vorliegende Analyse sich allzu tief in die politische Psychiatrie der fesselnden Person des amerikanischen Präsidenten verstrickt, sei bemerkt, daß trotz der autokratischen Methoden Wilsons die amerikanische Außenpolitik von einer zahlenmäßig begrenzten Elite von Politikern und Wirtschaftsführern getragen wird. Sie rekrutierte sich damals überwiegend aus den Privatinternaten und den betuchten »Efeuliga«-Universitäten der Nordostküste, war mit der dortigen Oberkaste versippt und bewegte sich zwanglos in ihren Milliardärzirkeln. Die Welt gehört ihnen. Ihr gesellschaftlicher Ton, ihr esprit de corps, ihr Kastengeist war auch im Falle der Roosevelts und ihrer Kumpanen ausgesprochen angelsächsisch. Ihre Sympathien, ihre politischen und kulturellen Zuneigungen lagen vorwiegend bei England. Ihre finanziellen und wirtschaftlichen Sympathien aber richteten sie ausschließlich auf sich selbst. Der Kontrast zur breiten amerikanischen Bevölkerung konnte kaum krasser sein. Allein der Herkunft nach war diese schon am Anfang des 20. Jahrhunderts stark von Deutschstämmigen und Iro-Amerikanern bestimmt. Selbst damals, als die Weltkatastrophen des Ersten und Zweiten Weltkrieges noch nicht in die Auswandererströme aus dem deutschen Kulturkreis nach Nordamerika mündeten, näherte sich der Anteil der Deutsch-Amerikaner an der amerikanischen Gesamtbevölkerung 25 v.H. Daraus folgt, daß sie zahlenmäßig die größte Volksgruppe in den USA ausmachen. Die Bürger irischer Abstammung nehmen mit beiläufig 19 v.H. den zweiten Platz ein (gemäß »Census« 2000 wuchs der lateinamerikanische Bevölkerungsanteil in den USA immerhin schon auf 35 von insgesamt 281 Millionen Menschen). Doch weder damals noch heute und wegen der seit 1914 tobenden Deutschenhetze erst recht nicht, erreicht der politische Einfluß der Deutschamerikaner auch nur einen Bruchteil dessen, was ihnen in einer Demokratie zusteht. Ein Grund dafür ist natürlich in der angelsächsischen bzw. der kalvinisch-iroschottischen Abstammung der Gründerväter und ihrer Nachfolger zu suchen. Wichtiger hingegen ist der Umstand, daß diese Gruppe – zumindest vor 1950 – die Monopole der Staatsmacht, der Justiz und der Propagandaindustrie in der Hand hielten und kollektiv es sich nicht einmal einfallen ließen, diese aus »Demokratietreue« aus der Hand zu legen. Die brutale und breitangelegte Verfolgung der Deutschstämmigen und der Sozialisten im Ersten Weltkrieg und

der Deutschamerikaner, der Italiener, Japaner usf. im Zweiten Weltkrieg, ja noch darüber hinaus, liefert eine lehrreiche Lektion in der totalen Herrschaft der Eliten. Am wichtigsten jedoch wiegt der politische Biedersinn und die Gemütlichkeit der Deutschstämmigen und der Deutschen, die der skrupellosen Gewaltpolitik jener Eliten nichts gleichwertiges entgegenzusetzen haben. Da sind die Iro-Amerikaner schon aus anderem Holz geschnitzt. Als Volksgruppe haben sie sich ihren eifrigen Sinn dafür bewahrt, daß seit dem Zeitalter der Königin Elisabeth I. und des puritanischen Gewaltpolitikers Cromwell das einst blühende irische Volk, angesichts der Massenmorde durch die englischen Eliten, sein Überleben nur seinem unerschütterlichen Zusammenhalt, seiner Schläue und seinem völkischen Freiheitsdrang zu verdanken hat. Im 20. und 21. Jahrhundert erkennen die Iroamerikaner eindeutig, daß die nationale Solidarität, die politische Gewandtheit und die Machtsteigerung die einzigen materiellen Voraussetzungen zu einem menschlich gesicherten und erfreulichen Leben sind. Um 1914 und später widersetzten auch sie sich der englandfreundlichen Außenpolitik Wilsons und seiner totalen Staatselite.

Der Widerstand, wiewohl er im Bunde mit den Pazifisten und Sozialisten mehr als die Hälfte der amerikanischen Wählerschaft umfaßte, erwies sich als zu uneinig und laienhaft, um den konzentrierten Willen und die totale politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht der von Wilson versinnbildlichten Elite zu überwinden. Das waren die Profis – nicht nur als Mitarbeiter eines autoritären Präsidenten und seines damals noch verhältnismäßig embryonalen Staatsapparates, sondern vor allem als die Häuptlinge und Speerspitzen der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft. Denn der amerikanische Staat ist Gesellschaft. Ein durch und durch von wirtschaftlichen Werten und Taten durchwirktes, von den Bossen beherrschtes Gebilde. Diese Bosse sind Wirtschaftler und Politiker zugleich und damit Plutokraten. Politik ist Profit – und umgekehrt. Und alles ist Macht – der Macht untergeordnet und in einem Chaos sich über die Welt aufblähender Machtpyramiden, Trusts und Monopole ineinander verschachtelt. Von einem Rechtsstaat als solchem, von einem abstrakt gesehen unparteiischen, dem Gemeinwohl dienenden Justizapparat, von dem unbestechlichen Geist eines preußischen Staatsdieners ganz zu schweigen, ist im Kern nichts zu spüren. Das Deutschland der Jetztzeit kann ja ein Liedchen davon pfeifen. Unter Zugrundelegung amerikanischer Verhält-

nisse zeichnet diesen Gesellschaftsstaat ein unerreichtes Ausmaß an Kohäsion und Durchschlagskraft aus. Denn wenn ein freier, unbequem gewordener Geist von der Polizei oder den Gerichten nicht belangt werden kann, so erledigt ihn die Wirtschaft durch Arbeitsentzug und die Gesellschaft mit ihren ohrenbetäubenden Propagandaorkanen. Die Praxis gleicht dem gigantischen Mahlen einer entmenschlichten Industriewelt. Das nennt sich dann »intakte politische Kultur«. In der Außenpolitik ist unter den jetzigen Bedingungen solch ein Gigant – der Leviathan – nicht zu schlagen, da er selbst im Frieden die Massen ständig in einem Totalkrieg mobilisiert. Der Krieg ist nicht mehr, wie Clausewitz es einmal formulierte, die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern umgekehrt, jetzt ist die Politik die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Und wenn schon, denn schon, sollte irgendwo im Erdenrund ein Staat aufmüpfig erscheinen, wird er mit dem Aufgebot eines totalen Arsenals, worin die Nachrichtenindustrie die wichtigste Waffengattung darstellt, total vernichtet.

Freilich weisen diese Phänomene, die vorgetäuschten Erwartungen, die weltaufgeblähte Machtentfaltung, die immer wiederkehrenden Wirtschafts- und Gesellschaftskrisen, auf peinliche Weichstellen hin ...

Die Anfänge der Machtelite lassen sich bis in die ersten Jahre der amerikanischen Republik verfolgen. Aber erst die angestrengte Expansion der USA Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit dem Ausbruch des Ersten Krieges 1914 ließ sie in ihrem Wirken weltweit mächtig hervortreten. Die republikanischen Präsidenten Theodore Roosevelt und Taft verließen sich in ihrem imperialen Drange auf ein Kabinett und eine wirtschaftlich-politische Führungsschicht, die in aller erster Linie angelsächsisch geprägt und gesinnt war. Der Demokrat Wilson – dessen Partei oft als ein Sammelbecken der Neueinwanderer, der Nichtassimilierten und der Intellektuellen angesehen wird – beeilte sich diese sogar noch zu übertreffen. Unter seiner Führung gaben der spätere Außenminister Lansing, der wegen seiner Terrormethoden berüchtigte Justizminister und Generalstaatsanwalt A. Mitchell Palmer, der Präsidentenintimus »Texas-Oberst« House, der Marineminister Josephus Daniels u.a. ein wahres Fanal des Anglophilismus und der Voreingenommenheit zugunsten der Entente ab. Wirtschaftsbosse wie der gefürchtete Wallstreet-Zar Pierpont Morgan unterzeichneten – selbstverständlich nicht aus Menschenliebe – Riesendarlehen an England

und Frankreich, die mit gewaltigen Rüstungsaufträgen verbunden waren. Die in einer Krise dahinstotternde Wirtschaft mußte »angekurbelt« werden, eine eigenartige Interpretation des manchesterliberalen Nachtwächterstaats. Wallstreet und New York spürten die Führungsrolle in der Weltwirtschaft, die Weltherrschaft in greifbarer Nähe. Doch gaben rein finanzielle Motive den Ausschlag nicht. Das Streben nach Macht und Ruhm, nach gloire war noch stärker. Wie der bekannte amerikanische Schriftsteller John Dos Passos im zweiten Band seiner Trilogie »USA« klar herausstellt, waren das damalige amerikanische Heer in Frankreich, sein Offizierskorps und seine Befehlshaber von der Idee beseelt, ein neues, diesmal noch mächtigeres Römisches Reich ins Leben zu rufen. Wie bekannt, kehrt die Vorstellung von der Wiedergeburt des Römerreiches im Laufe der Geschichte mehrmals wieder, in besonders glänzender Weise in dem 1806 zu Grabe getragenen Heiligen Römischen Reich. Selbstverständlich ist die Idee eines machtvollen Weltreiches mit der Theorie und der Praxis einer Demokratie unvereinbar.

Die einzige Ausnahme in diesem Privatklub war der erste Außenminister Wilsons, der Populist und Demokrat und dreimalige Präsidentschaftskandidat, der umjubelte Redner aus dem mittelwestlichen Farmland Nebraska, der Mann irischer Herkunft William Jennings Bryan. Dieser befürwortete die Schlichtung zwischenstaatlicher Streitfälle, solange es sich um Großstaaten handelte, führte aber die Interventionspolitik seiner Vorgänger gegenüber Lateinamerika und der Karibik weiter. Nach dem Kriegsausbruch in Europa sprach er sich zugunsten einer strikten Neutralität Amerikas aus. Als sein Präsident ihm dies gröblichst verwehrte, immer entschiedener nach der Torpedierung der ›Lusitania‹ im Jahre 1915, fühlte er sich vor seinem Gewissen verpflichtet und legte sein Amt nieder.

Die Kriegsinvestitionen der Vereinigten Staaten gingen indessen flott weiter.

1914 beliefen sich ihre Ausfuhren nach England und Frankreich auf $ 754 Millionen, im nächsten Jahr stiegen sie auf $ 1,28 Milliarden an; und im letzten Friedensjahr 1916 verdoppelten sie sich auf $ 2,75 Milliarden. Deutschland zog zunehmend den kürzeren: 1914 betrugen die amerikanischen Exporte ins Reich noch $ 345 Millionen, ein Jahr später fielen sie auf $ 29 Millionen, um schließlich 1916 beim Tiefstand von nur 2 Millionen Dollar anzukommen. Doch 1914 bis 1917 ließ die bereits erwähnte Wallstreetbank, die »J. P. Morgan Company«, $ 3 Mil-

liarden an Rüstungswaren nach England und Frankreich fließen. 1914 fühlte sich Bryan noch stark genug, um offizielle Anleihen an die kriegführenden Mächte zu unterbinden. 1915 – und vor allem unter seinem Nachfolger Lansing – gestattete die Wilsonregierung die Unterzeichnung von $ 2,3 Milliarden an Darlehen für die Entente. Das Deutsche Reich ergatterte nur $ 27 Millionen ... Insgesamt erhielten die Ententemächte Anleihen von $ 13 Milliarden. Während die USA den europäischen Volkswirtschaften vor 1914 immerhin noch 3 Milliarden Dollar schuldeten, verzeichneten sie 1919 einen Überschuß von 10 Milliarden und gingen damit unangefochten als mächtigste Gläubigernation Europas aus dem Weltkonflikt hervor.

Großbritannien versuchte die Mittelmächte wirtschaftlich abzuwürgen, Perfiderweise erklärte es auch Lebensmittel, Watte und Verbandszeug zu Konterbandartikeln. Mit seiner Überlegenheit zur See gelang ihm die Errichtung eines weitausgespannten Auffangnetzes zwischen den Küsten Norwegens, Schottlands, Islands und Grönlands und – mit dem Kriegseintritt Italiens – auch an der Meerenge von Otranto am Südende der Adria, welches tatsächlich eine verheerende Hungerblockade gegen die Zivilbevölkerung der Mittelmächte zur Folge hatte und später – trotz Waffenstillstands – bis zur Unterzeichnung der Diktatverträge von Versailles, St. Germain, Trianon, Neuilly aufrechterhalten wurde. Millionen Frauen und Kinder fielen ihr zum Opfer.

Da sich die defensiv konzipierte Hochseeflotte und Flottenpolitik des Deutschen Reiches als unterlegen erwies, das Würgenetz des Feindes zu durchbrechen – die Schlacht am Skagerrak vom 31. Mai 1916 endete mit einem strategischen Patt –, legte seine politische Führung, wenn auch zögernd, verstärktes Augenmerk auf den Unterseekrieg. Ein Grund für das Zaudern der Deutschen war, daß die verhältnismäßig langsamen, verwundbaren und an der Wasseroberfläche unbeholfen manövrierenden Unterseeboote gewöhnlich aus Überlebensgründen nicht in der Lage waren, die traditionellen Regeln eines Kreuzerkrieges einzuhalten. Diese schlossen u.a. die rechtzeitige Warnung des zu versenkenden Frachtschiffes ein, so daß Besatzung und Fahrgäste sich in Sicherheit bringen konnten. Da die Briten sich beeilten, ihre Fracht- und Passagierschiffe zu bewaffnen – meistens mit Geschützen von 15,5 cm Kaliber, die ein aufgetauchtes U-Boot mit einem Schuß ins Jenseits befördern konnten – und ihre Schiffe anwiesen, deutsche U-Boote zu rammen,

war das Risiko, das herkömmliche Kriegsrecht zu beachten, für die Deutschen oft zu groß. Tatsächlich waren ja jene bewaffneten englischen Frachter automatisch zu Kriegsschiffen geworden.

Als nun der englische Würgegriff immer stärker wurde, entschloß sich das Deutsche Reich, die erste Wirtschafts- und Seemacht der Entente mittels des U-Boot-Krieges in die Knie zu zwingen. Am 4. Februar 1915 erklärte es das Gebiet rund um Britannien zur Sperrzone. Sogleich warnte Wilson, der eindeutig auf seiten Englands stand, Berlin vor »ernstlichen Konsequenzen«, sollte amerikanisches Leben oder Habe je angetastet werden. Dies, obwohl die deutschen Weisungen dahin lauteten, neutrale Schiffe vor dem Einlaufen in die Sperrzone zu warnen. Neutralen Passagieren – vor allem Amerikanern – wurde ans Herz gelegt, keine Ententeschiffe zu benutzen. Doch trotz Wilsons Starrsinn (die Tätigkeit der zahlreichen englischen, französischen, italienischen Unterseeboote übersah er geflissentlich), bestand noch immer die Möglichkeit, die internationale Lage zu bessern. Anfang 1915 schlug Außenminister Bryan vor, daß Deutschland auf U-Boot-Überraschungsangriffe verzichte, während gleichzeitig England seine Frachtschiffe wieder entwaffnen und die Lebensmittelzufuhr nach Deutschland freigeben sollte. Das war den Briten dann doch zu viel. Sie lehnten ab. Nun wäre es für Wilson ein leichtes gewesen, die diplomatische Initiative zu ergreifen und beide Seiten in Bryans Sinn zur Mäßigung anzuhalten – etwa durch die Drohung, von amerikanischen Kriegsschiffen begleitete Frachtkonvois nach Deutschland zu schicken. Doch so etwas kam ihm nicht in den Sinn. Zwar entsandte er im März 1915 seine rechte Hand, den Obersten House, mit einem windelweichen Schlichtungsvorschlag nach Europa, aber auch daraus wurde nichts. Der amerikanische Präsident blieb bei seiner einseitigen Definition der Lage.

Das Rätsel der Lusitania

An einem dieser Besuche, am 7. Mai 1915, wurde House vom englischen Außenminister Sir Edward Grey empfangen. Plötzlich stellte Grey die folgende Frage: »Was würde Amerika tun, falls Deutschland ein Passagierschiff mit Amerikanern an Bord versenkt?« House erwiderte: »Ich glaube, daß in diesem Fall ein Schrei der Entrüstung über die ganzen Vereinigten Staaten dahinfegen würde. Das würde genügen, uns in den Krieg zu ver-

wickeln.« Kurz darauf gewährte ihm König Georg V. eine Audienz. Nach anfänglichem Geplauder stellte S. M. dem Texas-Obersten eine noch pointiertere Frage: »Was wird Amerika tun, falls die Deutschen die ›Lusitania‹ versenken?« Just zur selben Zeit war der englische Hilfskreuzer und Munitionstransporter, der als Passagierschiff getarnte Ozeanriese ›Lusitania‹, gerade im Begriff, an der Südostküste Irlands entlang in den St. Georgskanal, mit dem Endziel Liverpool, einzulaufen. Die Frage lag also »in der Luft«, und das Problem war der britischen Führung, darunter dem Admiralitätslord Churchill mit seinem Ersten Seelord Fisher, sicherlich bekannt. Hören wir Churchill selbst, wie er in seiner autobiographischen Darstellung des Ersten Kriegs unter dem Titel »Die Weltkrise« messerscharf formuliert: »An der Staatsspitze sind wahre Politik und Strategie eins. Das Manöver, das einen neuen Verbündeten ins Spiel bringt, ist ebenso nützlich wie der siegreiche Ausgang einer großen Schlacht.« Churchills kaltschnäuzige Prosa zeigt uns die Abgründe der realen Staatskunst schonungslos auf.

Tatsächlich wird an jenem Freitag, dem 7. Mai, die Lusitania knapp vor der irischen Küste von U-20 unter Kapitänleutnant Schwieger mit einem Torpedoschuß versenkt. Von den 1959 an Bord befindlichen Menschen sterben 1198, darunter 124 Amerikaner. Wie House vorausgesagt hatte, durchläuft Amerika ein Aufschrei der Entrüstung – von der Presse weidlich aufgebauscht. Die wirklichen Begleitumstände dieser Tragödie ersten Ranges werden von den offiziellen Untersuchungsstellen in England und Amerika verschleiert oder verfälscht. Sie kommen großenteils erst Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zum Vorschein.

Entscheidende Dokumente fehlen immer noch, so z. B. das Schlußprotokoll darüber, wer in dem Treffen vom 5. Mai 1915 zwischen Churchill, dem Ersten Seelord Fisher und Admiral Oliver – dem Stabschef der englischen Kriegsmarine – die Weisung gab, die Lusitania *nicht* von dem in Küstennähe verfügbaren Kreuzer ›Juno‹ sichern zu lassen bzw. der ›Juno‹ keine unterstützenden Zerstörer beizugeben. Wer gab den Befehl an Kapitän Turner von der ›Lusitania‹, am verhängnisvollen Freitag, dem 7. Mai, Queenstown anzusteuern – obwohl die englische Admiralität und Churchill genau darüber informiert waren, daß U-20 in dortiger Nähe auf Opfer lauerte. Schon im September 1914 war es der britischen Admiralität gelungen, die deutsche Marinechiffre zu entschlüsseln. Seit Februar 1915 ermöglichte

eine Kette von Radiokontrollstationen entlang der Küste Englands und Irlands das Festlegen des Standortes sämtlicher deutscher Unterseeboote und Kriegsschiffe in den Meeren um Großbritannien. Die chiffrierte Order an Kapitän Turner von 11.02 Uhr Greenwich Median Time besiegelte also das Schicksal der Lusitania mit Absicht.

Noch einige Einzelheiten von Belang: Vor der Abfahrt aus New York versuchten die Engländer, mehr oder minder erfolgreich, die wahre Ladung der ›Lusitania‹, nämlich Kriegsmaterial, zu verbergen. Da die amerikanischen Hafenbehörden den Inhalt der Schiffsladung am Tag nach dem In-See-Stechen bekannt zu geben pflegten, verfielen die Engländer darauf, eine fingierte Ladungsliste und eine gefälschte eidesstattliche Erklärung in Umlauf zu bringen. Eine weitere peinliche Gewohnheit der Amerikaner war, daß das State Department unter W. J. Bryan das Laden von Kriegsbedarf auf Passagierschiffen absolut verboten hatte. Die Briten halfen sich damit, die Munition als »Sportpatronen« zu deklarieren, die in Menge »keine Explosionsneigung« zeigen würden. Bryans Stellvertreter, der spätere Außenminister Robert Lansing, allerdings, gab sich vor und nach 1915 jede Mühe – unterstützt von den amerikanischen Finanzhäusern J. P. Morgan and Company und National City Bank –, England hilfreich unter die Arme zu greifen. Auf ihrer letzten Reise beförderte die ›Lusitania‹ nun jede Menge Konterbande, darunter 1639 Kupferbarren, 1248 Kisten 7,5-cm-Granaten, 76 Kisten Messingstäbe und 4927 Kisten Gewehrmunition. Die Deutschen New Yorks gaben sich Mühe, den amerikanischen Zivilisten die Gefahren einer Seereise an Bord eines englischen Schiffes vor Augen zu halten. Schon länger als eine Woche vor der Abreise der Lusitania versuchten sie, eine dementsprechende Annonce in 50 (!) amerikanischen Zeitungen zu veröffentlichen, wurden aber von einem Routinebeamten des State Department davon abgehalten. Erst als es George Viereck, einem deutsch-amerikanischen Vertrauensmann, gelang, eine Unterredung mit Bryan zu erreichen, in der er ihm klarmachte, daß die ›Lusitania‹ seit 1914 mit einer Ausnahme stets Munition befördert hatte und daß diesmal der Hilfskreuzer im Begriff war, an New Yorks Mole No. 54 sechs Millionen Schuß zu laden, gestattete der Außenminister die Veröffentlichung der deutschen Warnung. Außerdem versprach Bryan, sich beim Präsidenten dafür einsetzen zu wollen, ganz Amerika vor einer Reise ins Kriegsgebiet offiziell zu warnen. Wilson gab keine solche Warnung heraus.

Dem nicht genug, hatte der Präsident von den Munitionsladungen der Lusitania und anderer britischer Schiffe Kenntnis, wie der große progressiv-republikanische Senator LaFollette von Wisconsin am 20. September 1917, also Monate nach der Kriegserklärung der USA, behauptete. Daraufhin versuchten seine Kollegen, ihn aus dem Senat zu entfernen. Zu seiner Verteidigung verlangte LaFollette die Herausgabe des wahren Ladungsverzeichnisses der Lusitania. Er erhielt es nicht. Erst als der Aufsichtsbeamte des New Yorker Zollamtes sich anbot, zugunsten des Senators auszusagen, ließ der Senat die Klage fallen. *Dabei hatte Wilson das Dokument ständig in persönlichem Gewahrsam.* Er ließ es im Archiv des Finanzministeriums mit der Anmerkung verwahren: »Nur vom Präsidenten der Vereinigten Staaten zu öffnen.« Dies geschah dann wirklich am *21. Januar 1940*, als der Präsident F. D. Roosevelt sich in ähnlicher Lage befand wie sein Vorgänger eine Generation zuvor. Roosevelt ließ es hervorsuchen und beäugte es. Vielleicht verstärkte der Anblick dieses verhängnisvollen Geheimdokuments – worüber er als früherer Staatssekretär im Marineministerium schon längst eingeweiht war – seinen Entschluß, das Deutsche Reich mittels eines Angriffskrieges im Atlantik in den Krieg mit den USA zu zwingen und, falls dies nicht gelang, die Japaner in die Falle von Pearl Harbor zu locken.

Der Friedensfürst

Anfang 1916 versuchte Wilson auf seine Art, die kriegführenden Staaten zum Konferenztisch zu geleiten. Wiederum entsandte er seinen Oberst House nach London, Berlin und Paris. House erkannte, daß die Hauptkriegsmächte wieder gewaltige Offensiven vorbereiteten, welche den »Endsieg« herbeiführen sollten. Indiskret versicherte er den Franzosen und Engländern, daß im Falle eines Ententesieges »der Präsident sich nicht [in ihre Angelegenheiten] einmischen« würde. Im Falle eines deutschen Erfolges jedoch war der Präsident gewillt, zu handeln. House traf sich wieder mit dem englischen Außenminister, Sir Edward Grey, und erstattete am 22. Februar einen Bericht, der als das »House-Grey-Memorandum« in die Geschichte einging. Darin wurde betont, daß – in einem für England und Frankreich günstigen Augenblick – Wilson eine Friedenskonferenz zusammenrufen würde. Sollte Deutschland den Vorschlag ablehnen, würden die USA auf seiten der Entente in den Krieg eintreten.

Seinen Chef Wilson überredete er, daß England Amerikas Vermittlung begrüßen würde – weswegen jener die Schrift als ein ›diplomatisches‹ Meisterstück lobte. Die Wirklichkeit verhielt sich aber genau umgekehrt. Die Engländer und Franzosen verstanden die Wilsonschen Ouvertüren – und vor allem Houses Auslegung derselben – als Unterstützung ihrer Kriegsziele und dachten nicht im Traum daran, einer amerikanischen oder einer anderen, etwa päpstlichen Vermittlung zuzustimmen. Mittlerweile unterbreiteten Wilson und sein frischgebackener Außenminister Lansing den kriegführenden Staaten den Vorschlag, daß die Entente ihre Frachtdampfer wieder entwaffnen und Deutschland seinerseits das herkömmliche Prisenrecht befolgen und seine U-Boote anweisen sollte, nur nach erfolgter Warnung anzugreifen. Das Deutsche Reich schien dem Vorschlag geneigt und erklärte am 10. Februar 1916, daß von nun an ausschließlich bewaffnete Frachter versenkt würden. London und House waren wie vor den Kopf geschlagen. Plötzlich, so unerwartet wie er ihn gemacht hatte, zog Wilson seinen Vorschlag zurück, um Houses Verhandlungen mit England nicht zu gefährden. Lansing erklärte schließlich, daß die Vereinigten Staaten ihre Bürger nicht von Reisen auf Ententeschiffen abhalten dürfen. Dies konnte unter den Umständen nur als eine direkte Provokation Deutschlands ausgelegt werden, da 1915 der damalige Außenminister Bryan den Präsidenten darauf hingewiesen hatte, daß die Fahrt auf einem Ententefahrzeug – vor allem in der Sperrzone – dem Verbleib eines amerikanischen Zivilisten an der Front eines kriegführenden Landes gleichkäme. Im Juli 1915 sekundierte der amerikanische Gesandte in Berlin, James Gerard, Bryan indem er Wilson schrieb, daß Amerika sich nicht in einen Großkrieg stürzen solle, nur weil einige seiner Bürger darauf bestünden, den Atlantik an Bord eines mit Privatbädern ausgestatteten Luxusdampfers zu überqueren. Wenige Monate später, im Januar und Februar 1916, unterbreiteten der Abgeordnete McLemore aus Texas und der Senator Thomas Gore aus Oklahoma – beide gehörten der Demokratischen Partei an – dem Kongreß eine Gesetzesnovelle, wonach das Reisen auf bewaffneten Schiffen kriegführender Staaten verboten werden sollte. Wilson, seinem Leitgedanken folgend, ein mächtiger »amerikanischer Premierminister« nach englischem Muster zu sein, witterte einen kongressionellen Einbruch in seine angeblichen »exekutiven Privilegien« und bekämpfte den Vorschlag erbittert auf jede erlaubte und unlautere Weise. Der Gesetzesentschluß wurde trotz seiner

Gediegenheit von Wilsons Machtgehabe niedergeschlagen. Der Präsident pochte dann, wie auch 1917, auf das absolute Recht des Amerikaners zu reisen, wie und wo es ihm beliebte – aber vor allem auch auf das Recht einer jeden amerikanischen Firma, so viel Kriegsmaterial wie nur möglich an die Europäer zu verkaufen. In der Praxis hieß das die Entente absolut zu unterstützen. Das bedeutete auch die unverhüllte Drohung einer Kriegserklärung an das Deutsche Reich.

Im März 1916 ereignete sich ein weiterer Zwischenfall. Das französische Schiff Sussex wurde im Ärmelkanal torpediert und schwer beschädigt. Vier Amerikaner wurden verwundet. Wilson nahm dies zum Anlaß, dem Deutschen Reich mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu drohen – nicht zuletzt weil dieser Fall das »Arabic-Gelöbnis« vom August 1915 verletzte, in dem Deutschland Angriffe auf unbewaffnete Passagierdampfer einzustellen versprochen hatte. Nun, da zu Lande Falkenhayns Offensive vor Verdun in einem deutsch-französischen Blutbad zu enden drohte, glaubte das Reich, Amerika nicht brüskieren zu dürfen. Im Mai 1916 gab Deutschland das *»Sussex-Gelöbnis«*: Die U-Boote würden Passagier- oder Frachtdampfer nicht ohne vorherige Warnung angreifen. Berlin erinnerte Wilson im Gegenzug an die englischen Verletzungen des zwischenstaatlichen Rechtes. Die Engländer jedoch vernahmen die deutsch-amerikanischen Streitereien mit Freude und handelten dementsprechend. Sie würgten den Handel der neutralen Staaten mit den Mittelmächten noch weiter ab. Im Juli gab England eine schwarze Liste heraus. Darauf befanden sich mehr als 80 amerikanische Firmen. Wilson war darob erbost, aber er tat wenig. Andererseits schädigte England sein Ansehen in den USA, wo es mit Wilsons Erlaubnis eine haarsträubende Deutschenhetze betrieb, als es den irischen »Osteraufstand« von Dublin auf das brutalste unterdrückte. Dies erinnerte die zahlreichen Iro-Amerikaner an ähnliche Geschehnisse in ihrer nationalen Vergangenheit und verdoppelte ihren Widerstand gegen das offene Kokettieren des Präsidenten mit der Entente. Freilich fruchtete ihre Empörung wenig, da sie gezwungen waren, als Privatpersonen gegen die konzentrierte Machtvollkommenheit der Staatsexekutive und gegen die totale Wirtschafts- und Gesellschaftsmacht des ›Militär-industriellen Komplexes‹ Sturm zu laufen. Macht und Gewalt trugen wieder einmal den Sieg davon.

Am 7. November 1916 wurde Wilson bekanntlich unter dem Motto: »Er hielt uns aus dem Krieg heraus« in einer knapp

entschiedenen Wahl wiedergewählt. Nach Gesprächen mit der Regierung Österreich-Ungarns ergriff der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg deshalb die Initiative und erklärte am 12. Dezember 1916 vor dem Deutschen Reichstag die Bereitschaft der Mittelmächte, Friedensverhandlungen einzuleiten. Der Präsident konnte sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen und richtete am 22. Januar 1917 eine Friedensbotschaft an die kriegführenden Mächte, worin er ihre Expansionspläne verurteilte, wobei er allerdings die fortwährende Expansion der Vereinigten Staaten geflissentlich übersah. Er befürwortete einen sieglosen Frieden »peace without victory« und proklamierte eine auf die Gleichheit zwischen den Staaten errichtete Weltfriedensordnung, nahm also die vierzehn Punkte vom Januar 1918 im großen und ganzen vorweg. Die Ententestaaten, besonders Clemenceaus Frankreich, überschütteten seine Vorschläge mit Spott. Ihre Reaktion auf die Initiative Deutschlands war noch weit negativer. Im Unterhaus am 19. Dezember erklärte Premierminister Lloyd George unter Vorwegnahme einer alliierten Note vom 30. Dezember 1916 das deutsche Angebot für betrügerisch, belastete das Deutsche Reich mit der Kriegsschuld und verlangte praktisch die Auflösung Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches. Bethmann Hollweg versuchte noch, den US-Präsidenten zu einer neuen Friedensinitiative zu veranlassen. Doch angesichts des zur Schau getragenen Nihilismus der Entente und der unzureichenden Erfolge des immer noch eingeschränkten U-Boot-Krieges wurde der Reichskanzler in einer Konferenz im kaiserlichen Hauptquartier vom 9. Januar 1917 überredet, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu erklären. Dieser, so hoffte man deutscherseits, sei das einzige Mittel, den Krieg in absehbarer Zeit zu beenden, ehe sich die Folgen der wohl unabwendbar gewordenen Kriegserklärung Amerikas auswirken würden. Zur Verfügung standen 105 Unterseeboote, von denen sich lediglich ein Drittel in Feindfühlung befand.

Am 3. Februar brachen die USA die diplomatischen Beziehungen mit dem Deutschen Reich ab. Als die Verlustrate des Feindes hochschnellte – vom 1. Februar 1917 an versenkten die U-Boote bis Juli *2.350.000* BRT englischer und *1,5 Millionen* BRT verbündeter und neutraler Fahrzeuge – allein im April wurden 860.000 Tonnen versenkt – stauten sich die noch nicht gelieferten Waren in den amerikanischen Häfen. Die Sorgen Wilsons und der ihn unterstützenden Machtelite wegen einer sich abzeichnenden Wirtschaftskrise trieben Amerika immer

schneller in Richtung Krieg. Dazu gesellte sich noch ein weiteres Zeichen dilettantischer Außenpolitik des wilhelmischen Reiches: das Zimmermann-Telegramm. Ende Februar händigte der englische Geheimdienst Washington den entschlüsselten Text einer Depesche des Deutschen Außenministeriums an Mexiko aus, in welcher dem in einer blutigen Revolution befindlichen lateinamerikanischen Staat ein deutsches Militärbündnis angetragen wurde. Sollte ein Krieg mit den USA ausbrechen, würde das Deutsche Reich Mexiko behilflich sein, die 1848 an die USA verlorenen Gebiete zurückzuerobern. Allerdings darf dieses Telegramm nicht als ein realpolitischer Schachzug, sondern vielmehr als der traurige Ausdruck einer 1917 in der Wilhelmstraße und ganz Berlin vorherrschenden Demoralisierung nach schier drei Jahren eines fast aussichtslos scheinenden Kampfes gegen eine übermächtige Weltkoalition bewertet werden. Für Wilson und seine deutschfeindlichen Oligarchen war dies ein gefundenes Futter. Am 1. März setzte er die Bewaffnung der amerikanischen Frachtdampfer durch – trotz der »Filibuster« der beherzten, kriegsfeindlichen Senatoren Robert LaFollette und George Norris. Jahrelang schon hatte der Präsident die fieberhafte Erweiterung der amerikanischen Kriegsmarine betrieben, so daß sie am Weltkriegsende mit der englischen gleichzog, ja im Begriff war, sie zu überholen. Am 2. April ersuchte er den in feierlicher Sondersitzung zusammengekommenen Kongreß um die Kriegserklärung an das Deutsche Reich. Nach seiner Auffassung war der deutsche Staat ein dräuender Lindwurm, der »selbst die Wurzeln des menschlichen Lebens« gefährdete. Die »preußische Autokratie« mußte entmachtet und »die Welt für die Demokratie gesichert werden«. Wilson wies allerdings nicht darauf hin, daß die Autokratie seines Regimes in Washington und New York den Elitismus der Preußen – der in vielem, besonders auf den Gebieten Bildung, Kultur, Staatsdienst und Unbestechlichkeit durchaus gerechtfertigt war – bei weitem übertraf. Unerwähnt blieb auch, daß das von Bismarck im Deutschen Reich eingeführte allgemeine Wahlrecht – ein Hauptindex der »Demokratie« – 1917 in den USA noch lange nicht erreicht war und praktisch erst *1965* mit der neuen Bürgerrechtsgesetzgebung eingeführt werden sollte – 48 Jahre nach Wilsons leidenschaftlichem Appell. Dessen Demagogie bewies jedoch, daß die Hoffnungen der deutschen Reichskanzler auf einen Verständigungsfrieden gemäß der wilsonschen Proklamationen auf einem äußerst schmalen Grat ruhten. Das Höchste, was bei einer knechtischen

Befolgung der ideologischen Wunschträume des Präsidenten und seiner Kollegen herausschaute, war a) die Zerstückelung Österreich-Ungarns in seine bis heute einander tödlich verfeindeten Volksteile; b) die Abschaffung des hohenzollernschen Kaisertums; c) die Verwirklichung der expansiven Großmachtträume der Anrainer des deutschen Volkes im Osten, Süden und Westen unter Bemäntelung der wilsonschen Ideologie vom Selbstbestimmungsrecht der Völker; d) endlich die immerwährende Bereitschaft eines gezüchtigten Deutschlands, die ideologisch ausufernden Forderungen der tonangebenden Machtelite Amerikas auf den deutschen Volkskörper zu dessen Leidwesen und dessen Schaden anzuwenden, wie z. B. den nach 1989 einreißenden Multikulturalismus. Ungeachtet der von der realen Gefahr einer Festsetzung des Bolschewismus in Deutschland eingegebenen »vernünftigeren« Seiten seiner späteren Außenpolitik, wie der Ablehnung der Annexionsgelüste des neuen polnischen Staates für einen Großteil Schlesiens, müssen Wilson und seine Berater für die nihilistischen Dränge der europäischen Zeitgeschichte mitverantwortlich genannt werden. 1918 und 1919 vereinte nur er Weltmacht und Ansehen auf eine vorher ungeahnte Weise. Er verspielte die goldene Gelegenheit zu einem Kompromißfrieden und strich vor den Clemenceaus und Paderewskis die Fahne – der letztere beeindruckte ihn durch seine Klaviersoireen im Weißen Haus.

Im ganzen wäre es also klüger gewesen, wäre die deutsche Staatsführung dem Rat der Admirale Tirpitz und Scheer gefolgt und hätte die uneingeschränkte U-Boot-Offensive schon 1916 oder wenn möglich noch eher eingeleitet, um den Hauptgegner Großbritannien in die Knie zu zwingen, ehe die ungeheuren Waffenlieferungen Amerikas der Entente allzu sehr den Rücke stärkten. Am klügsten wäre es gewesen, hätten die europäischen Großmächte sich gar nicht erst in den Krieg gestürzt. Doch dazu hätte es des völligen Umsturzes des Hexenkessels der ost-westlichen Weltpolitik bedurft ...

Auf jeden Fall stimmten der amerikanische Senat am 4. April 1917 mit 82 zu 6 und das Repräsentantenhaus am 6. April 1917 mit 373 zu 50 für den Krieg gegen Deutschland. Dies, ungeachtet der übermenschlichen Anstrengungen der oben erwähnten Senatoren und 50 tapferen Abgeordneten. Die berühmte Jeannette Rankin (1880–1973) gehörte zu den letzteren. Sie war schon 1916 aus dem Western-Staat Montana in das Unterhaus gewählt worden, noch ehe die Frauen in den Gesamt-USA das

Wahlrecht erlangten. Als Pazifistin widersetzte sie sich 1917 ehern der Kriegserklärung. 1940 in den Kongreß wiedergewählt, gehörte ihr die einzige Stimme gegen die Kriegserklärung von Dezember 1941. Später demonstrierte sie in den ersten Reihen der Kolonnen gegen den Indochinakrieg Amerikas. In diesem Zusammenhang müssen noch zwei weitere herausragende amerikanische Kämpferinnen für die Freiheit und Wahrheit im 20. Jahrhundert erwähnt werden: die Gründerin der katholisch-sozialen Bewegung in den USA und Herausgeberin der Zeitung »The Catholic Worker«, Dorothy Day, wie auch die aus ärmlichen Verhältnissen sich emporarbeitende Journalistin Clare Booth-Luce, später mit dem einst mächtigen Besitzer der Zeitschriften Time, Life und Fortune, Henry L. Luce, verheiratet. Day war die zeitweilige Gefährtin des großen amerikanischen Sozialistenführers Eugene Debs und teilte mit ihm zahllose Verfolgungen und Kerkeraufenthalte zu Anfang des 20. Jahrhunderts, als die zahlenmäßig große Sozialistenbewegung mit Stumpf und Stiel ausgerottet wurde. Später leistete sie konsequenten Widerstand gegen die imperialen Weltabenteurer F. D. Roosevelt und seine Nachfolger. Clare Booth, wegen ihrer spitzen Feder gefürchtet, prägte das unnachahmlich wahre Wort: *»F.D.R.: the guy who lied us into war«*, zu deutsch: »F. D. Roosevelt: der Kerl, der uns in den Krieg hineinlog« – ein Wort, das vor 35 Jahren, doch besonders auch heute, in einer Zeit der chauvinistischen Hysterie ein Monument des Mutes und der Zivilcourage darstellt.

Wilson, der mit Vorbedacht eifrig bestrebt war, die Kriegsstimmung zu schüren, bereitete schon im Dezember 1915 den Kongreß auf ein Marine-Expansionsprogramm vor, das dem Staat die damals unfaßbare Summe von einer halben Milliarde Dollar zu stehen kommen sollte. Trotz leidenschaftlicher Opposition wurde der Plan im August 1916 Wirklichkeit. Im Mai 1916 beschloß der Kongreß auch das ›Nationale Verteidigungsgesetz‹, das eine Wehrmacht von vorerst 670.000 Mann vorsah. Im April 1917 gab Wilson weitere 500.000 Mann dazu. Im Mai desselben Jahres wurde das Wehrdienstgesetz verabschiedet, das alle Männer im Alter von 18 bis 45 umfaßte und schließlich zum Kriegsende zu einer Streitmacht von 4,8 Millionen Mann führte. Dies war für eine angelsächsisch geprägte Seemacht ein revolutionäres Unterfangen, da dieser Gesellschaftstypus die stehenden Heere der europäischen Kontinentalstaaten als gegen das Volk anzuwendende Unterdrückungsinstrumente mit Argwohn be-

trachtete. Zudem lag die »levée en masse« der französischen Revolution vor Augen, deren Heere ein blutiges Zwangsregime über ganz Europa verbreiteten, das logischerweise im Bonapartismus endete. Die konservativen amerikanischen Gründerväter, wie Washington, Hamilton, John Adams und Madison, hatten sich angewidert davon *abgewandt.* Nun umarmten Wilson – und seit 1932 alle seine Nachfolger mit Ausnahme Nixons – das glänzende jakobinisch-imperiale Vorbild. Er machte sich zum Welt-Cäsaropapisten.

Am 8. Januar 1918 – wohl auch als Antwort auf seinen Welt-Widersacher Lenin aus Petrograd, der das Proletariat und die unterdrückten Völker zur Weltrevolution gegen den Weltkapitalismus aufrief – eröffnete der Präsident dem ergriffen lauschenden Kongreß die bekannten »Vierzehn Punkte«. Sie versprachen nach Ende des Krieges eine »offene Welt«, die von »offen erreichten, offenen Bündnissen« gekennzeichnet sein würde; Freiheit der Seefahrt; Gleichheit der Handelsfreiheit; den Abbau der Zölle; die Abrüstung und das Ende des Kolonialismus. Der sechste Punkt betraf die Räumung Rußlands und seine »Aufnahme in die Gesellschaft freier Staaten«, gelenkt von selbst- und freigewählten Gremien. Der siebte Punkt verlangte die Räumung Belgiens und die »Rückgabe seiner Souveränität«. Der achte dasselbe für die besetzten Gebiete Frankreichs. Das »Unrecht«, das Preußen Frankreich 1871 angetan hat, das fast 50 Jahre lang den »Weltfrieden gestört« hatte, sollte mit der Erstattung Elsaß-Lothringens gesühnt werden. Punkt neun erwähnte die neue Grenzziehung Italiens entlang »klar erkennbarer Linien der Volkszugehörigkeit«. Noch wichtiger, verlangte der folgende Punkt zehn die »freieste Gelegenheit der autonomen Entwicklung« für die Völker Österreich-Ungarns, deren »Stellung unter den Staaten wir gewährleistet zu sehen wünschen«. Der elfte Punkt berührte die Räumung und Befreiung Rumäniens, Serbiens und Montenegros. Freundliche Beziehungen zwischen den Balkanstaaten sollten nach »historisch bestimmten Treue- und Volkstumslinien« erfolgen. Der zwölfte Punkt wünschte »sichere Souveränität« für die türkischen Teile des Osmanischen Reiches. Den anderen Volksgruppen sollte eine »absolut ungestörte Gelegenheit der autonomen Entwicklung« gewährt werden. Der dreizehnte verlangte die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates über »Gebiete mit zweifellos polnischer Bevölkerung«, mit freiem und sicherem Zugang zur See. Seine »politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und

sein territorialer Bestand« sollten von einem internationalen Bündnis gewährleistet werden.

Punkt vierzehn war das Lieblingskind des Präsidenten. Er setzte »einen allgemeinen Völkerbund fest, um sowohl großen wie kleinen Staaten« gegenseitige Garantien der politischen Unabhängigkeit und des territorialen Bestandes« zu gewährleisten.

Tatsächlich – wie seit 1918 schon unzählige Male betont wurde – wimmelt diese majestätische Erklärung förmlich von Widersprüchen: In Südost-, Mittel- und Osteuropa mit seinem Volkstumsmosaik gibt es oft keine »klar erkennbaren Linien der Volkstumszugehörigkeit«. Und wo es sie gibt, werden sie – von Südtirol und Friaul im Süden, über Süd-Slawien, Mazedonien, Thrakien, Rumänien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen usf. – vom expansionistischen Zentralismus der neuerrichteten Staaten überschwemmt und gesprengt. Fesselnd ist der Umstand, daß Wilson verschiedene Bezeichnungen für dieselben Zustände gebraucht. In seinem Wortschatz kommen Begriffe vor wie: Völker, Volkstum und Nation, was letzteres im Amerikanischen auch Staat heißt. Da kann sich dann ein jeder aussuchen, was er will, und das reale Endresultat wird dann stets von Macht und Gewalt bestimmt. Wilson selbst hielt sich für einen – wenn auch aufgeklärten – Meister der Macht- und Gewaltanwendung. Bekanntlich umarmte der Präsident seine Glaubensartikel nicht in grüblerischer Introspektion, sondern erntete die Frucht der wohlvorbereiteten Ratschläge eines von House gesammelten Stabes, der aus Juristen, Technikern, Historikern, Volkswirtschaftlern u.a. bestand. Bei dessen ententefreundlichen Sympathien war die Voreingenommenheit des Gremiums vorauszusehen. Die feierliche Proklamation ist demgemäß das Ergebnis nicht so sehr einer Politikwissenschaft, sondern der präsidentiellen politischen Wissenschaft. Ist sie zu einer »fröhlichen Wissenschaft« geworden? Wohl kaum. Die Verbündeten der Entente reagierten auf die Vorschläge ziemlich sauer. Schon der Umstand, daß die USA sich nicht in ihre Reihen eingliedern ließen, sondern sich eine *»associated power«* hießen, erregte in London, Paris und Rom Unwillen. Daß drei Tage vor dem 8. Januar 1918 Lloyd George vor dem Unterhaus eine den 14 Punkten nicht unähnliche Erklärung der englischen Kriegsziele verkündete, diese aber bis heute fast übersehen wurde, zeugt vom durchschlagenden Erfolg der Weltmacht Amerika, die dem mächtigsten Ententestaat Großbritannien inzwischen ideologisch, wirtschaftlich, finanziell, politisch, militärisch wie auch geostrategisch total den

Rang abgelaufen hatte. Kein Wunder, daß die in Europa selbstbewußt auftretenden amerikanischen Kreuzzügler – die als Kalvinisten mit den entsprechenden Prophezeiungen aus dem Buche Daniel und der Offenbarung Johannis wohlvertraut waren – sich als die größeren Erben des Weltreiches Rom ansahen und demgemäß handelten.

Derartige Pläne stießen in London kaum auf Gegenliebe. Es muß erwähnt werden, daß Wilsons Bannstrahl gegen den Kolonialismus, gegen Geheimverträge und sein wenn auch zwielichtiges Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf die raffgierigen Winkelzüge der Entente ziemlich feindlich wirkte. Genannt seien die von Lenin bekannt gegebenen *Sasonow-Paléologue*-Abmachungen, das-Abkommen, das *St. Jean-de-Maurienne*-Abkommen usf. Frankreich bekam dies sogleich zu spüren, als seine Forderungen, neben Elsaß-Lothringen auch das ganze linksrheinische Land von Deutschland abzutrennen, von Wilson und House abgelehnt wurden. Polen murrte, als Wilson sein Veto gegen die Annexionspläne auf Schlesien einlegte.

Im Gegensatz zu dieser eher unvoreingenommenen Haltung hatte der Weltpräsident die Propagandatrommel unter dem Motto gerührt: »Der Krieg, der alle Kriege beenden wird«, und damit zu seiner Totalität beigetragen. Als am 4. Oktober 1918 Prinz Max von Baden – der letzte, liberale Reichskanzler – über die neutrale Schweiz Wilson um Vermittlung auf der Grundlage der »14 Punkte« ersuchte, erwiderte dieser ungnädig, dem kaiserlichen Regime sei nicht zu trauen, informierte jedoch die Ententemächte am 23. Oktober von diesem Notenwechsel. Bekanntlich hatten alle Seiten den »14 Punkten« ihr Lippenbekenntnis geleistet. Die konkreten Waffenstillstands- und Friedensforderungen und -pläne sahen jedoch ganz anders aus. Erst als Wilson und sein Unterhändler ›Oberst‹ House mögliche Kürzungen der amerikanischen Lieferungen an Paris, London und Rom in Aussicht stellten und damit drohten, der Präsident würde die beutegierigen Pläne der Entente vor dem amerikanischen Kongreß bloßstellen, lenkten die Widerwilligen zögernd ein. England bedingte sich seine eigene Auslegung über die »freie Seeschifffahrt« aus, und Frankreich wies darauf hin, daß die »Wiedergutmachung« seiner »Territorien« und »Schäden« keiner vorherigen Begrenzung unterliege. Italiens Verpflichtungen den 14 Punkten gegenüber wurden ohnehin nicht grundsätzlich geregelt. Die Debatte zwischen den assoziierten Mächten

verlief hitzig, wurde aber schließlich zugunsten der amerikanischen Vorschläge entschieden. Um 11 Uhr des 11. Tages des 11. Monats – zu Karnevalsbeginn! – wurde der Waffenstillstand im Eisenbahnwagen von Compiègne unterzeichnet. Deutschland gegenüber waren die Bedingungen drakonisch. Für Österreich-Ungarn waren sie katastrophal, da in Wien, Prag, Budapest und Zagreb revolutionäre und – in den drei letzteren – unabhängige Staaten ausgerufen wurden. Deutsch-Österreichs Beschluß, ein Teil Deutschlands zu sein, wurde 1919 im Friedensdiktat von Paris zunichte gemacht. Vorerst jedoch hatten Wilsons Vorstellungen den Sieg davongetragen. Seine »harte« Diplomatie der Entente gegenüber schien sich gelohnt zu haben. Würde er auch zukünftig durchhalten?

Nein ... Leider hat der Präsident seinen eigenen Absichten – soweit diese festgestellt werden können – zuwidergearbeitet. Auf dem Gebiet der für die Absicherung seiner aktiven Außenpolitik lebensnotwendigen Innenpolitik verdarb er sich den Brei, da er vor den Kongreßwahlen vom November 1918 – also genau zur Zeit der Waffenstillstandsfestsetzungen – die amerikanische Bevölkerung dazu aufrief, ihm eine demokratische Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus zu schenken. Auf die Republikaner sei kein Verlaß. Die dergestalt vorgebrachte Anklage der Treulosigkeit vergrämte ihm die Mehrzahl der Wählerschaft, welche beide Kammern mit einer republikanischen Mehrheit ausstattete. Daraufhin verschlimmerte Wilson seinen politischen Fehler noch, indem er vor seiner Abreise nach Paris versäumte, sich mit dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats zu beraten – einer Gruppe, die dazu ausersehen ist, den auswärtigen Verträgen des Präsidenten die verfassungsrechtliche Billigung zu erteilen. Dazu kam, daß er keinen prominenten Republikaner in die den Präsidenten beratende amerikanische Friedenskommission bestellte, sondern sich mit der Ernennung zuverlässiger Männer zufrieden gab, nämlich – neben seiner selbst – des Außenministers Robert Lansing, des Unterhändlers Edward House, des Diplomaten Henry White und des Generals Tasker Bliss, des amerikanischen Mitglieds im Obersten Kriegsrat der alliierten und assoziierten Staaten. Wilson vergaß seine Pflicht, die Vereinigten Staaten nach ihrem geschriebenen und angesammelten Verfassungsrecht zu regieren und dabei nicht ätherischen Wunschträumen von der angeblichen oder tatsächlichen Machtballung eines englischen Premierministers nachzuhängen. Er übersah auch völlig, daß, wenn diese Machtballung einmal zu-

stande kommen würde, sie unter amerikanischen Verhältnissen ins Unendliche gesteigert und eine Form der »Autokratie« annehmen würde, die der Selbstherrschaft auch der moskowitischen Zaren sich als grenzenlos überlegen erweisen würde. Diese Möglichkeiten rückten aber erst mit F. D. Roosevelt und schließlich mit dem Zusammenbruch des Sowjetreiches ins Licht der öffentlichen Analyse. Trotz Wilsons apokalyptisch-kalvinischer Verdammnis der vorgeblichen »Autokratie« Hohenzollerns und Habsburgs aber schien ihn der potentielle Welttotalitarismus der Zukunft wenig zu kümmern.

In der Arena der Außenpolitik beging er den Irrtum, darauf zu bestehen, in Paris als persönlicher Führer der Taktik und des tagtäglichen Kleinkampfes zwischen den fünf bzw. drei Großmächten – Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan – aufzutreten. Im Gegensatz zu den Friedenskongressen von Utrecht 1712 und Wien 1814 scherte sich der Kongreß von Paris im Jahre 1919 recht wenig um die Meinung der Besiegten. Sie wurden ausgeschlossen. Klüger wäre es gewesen, hätte Wilson weiterhin ex cathedra Dogmen aus Washington von sich gegeben und seinen Unterhändlern die Schmutzarbeit der Tagespolitik in Paris überlassen oder, wenn er sich nur kurz nach Frankreich begeben hätte, um nach hochtönenden, die Massen bezaubernden Ansprachen in die olympischen Gefilde des Weißen Hauses zurückzukehren. Leider tat er weder das eine noch das andere, verwickelte sich mit seinen Vorurteilen, Schwächen und seinem Unwissen in die bis dato größte imperiale Aufteilung der Erdoberfläche, schien alles mit seinen Phrasen zu heiligen, darunter das Diktat über die Besiegten, und erwartete schließlich von den Senatoren in Washington, als seine Steigbügelhalter aufzutreten. Das wollten sie nicht und taten es nicht. Deswegen sank sein Werk in den Staub.

Die abgrundtiefen Irrtümer dieses Pariser Kongresses – aufgeteilt in seine teils über Jahre sich dahinziehenden Bestimmungen von Versailles, Saint-Germain-en-Laye, Trianon, Neuilly und Sèvres sind auch heute noch, nach Jahrzehnten der feindlichsten »Öffentlichkeitsarbeit«, genügend bekannt. Doch haben sie die Geschichte Europas und der Welt bis ins 21. Jahrhundert so grundlegend beeinflußt – denken wir nur an das Fehlen Österreich-Ungarns im Balkan –, daß sie in ihren Hauptlinien nochmals erwähnt zu werden verdienen. Die neuerstandene Lage an der Ostgrenze Deutschlands wird im folgenden Kapitel gewürdigt. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß – unter dem

Einfluß der von Lloyd George mehr oder weniger unterstützten Vergeltungspolitik Clemenceaus – das deutsche Volk als solches bestraft (wofür eigentlich?) und ewiglich geschwächt werden sollte. Von den 440 Artikeln des Pariser »Vertrages« lenkte deshalb Artikel No. 231 die Hauptaufmerksamkeit auf sich, der – allen geschichtlichen und moralischen Indizien zum Trotz – Deutschland die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg aufbürdete. Objektiv betrachtet, trugen seine Nachbarn, wie auch die Verwicklungen des Weltwirtschafts-Dreikampfes zwischen Großbritannien, Deutschland und den USA – die wahre Verantwortung für dessen Ursprung. Doch in der Mantelnote zum »Vertrag« hieß es anders: Es handele sich um die Verübung des »... größten Verbrechens gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat«. Ein Vokabular also, das nach den Prozessen von Nürnberg selbst noch im 21. Jahrhundert mit durchschlagendem Erfolg gegen das deutsche Volk angewendet wird. Die totale Demütigung wurde schließlich dadurch gekrönt, daß man den Termin für die Unterzeichnung des Diktats – im Spiegelsaal von Versailles – auf den 28. Juni, den fünften Jahrestag der Bluttat von Sarajewo, festsetzte.

Amerika setzte sich ursprünglich für eine begrenzte Reparationszahlung, die die mühevoll neu errichtete Weimarer Republik leisten sollte, ein. Frankreich, von England unterstützt, bahnte die bleibende wirtschaftliche und politische Knechtung Deutschlands an. Wilson, dem es ganz besonders um die ersten 26 Völkerbunds-Artikel ging, fühlte sich genötigt, in die unbegrenzte Entschädigungsklausel einzuwilligen, in der Hoffnung, der Völkerbund würde später einmal die Hauptschwierigkeiten aus dem Weg räumen. Selbstverständlich tat er dies nicht, sondern erwies sich als ein williges Werkzeug in den Händen Englands und Frankreichs. Vorerst waren die Besiegten ohnehin von der Mitgliedschaft im »Bruderbund« ausgeschlossen. Rein finanziell trugen sie die tief an die USA verschuldeten Staaten Frankreich, England & Cie. In der trügerischen Hoffnung, die Entschädigungszahlungen der Deutschen würden sozusagen im Transit ihre Schulden löschen. Die Summe der Kriegskosten wurde deswegen vorläufig gar nicht festgesetzt, um sie später beliebig erhöhen zu können. 1921 einigte sich die Reparationskommission auf den märchenhaften Betrag von 269 Milliarden Goldmark, die nach geraumer Zeit auf 132 Milliarden Goldmark gesenkt wurde. Die Vereinigten Staaten erklärten sich nach Wil-

sons Tod bereit, mittels des Young- und Dawesplanes Deutschland finanziell insoweit entgegenzukommen, die Reparationskosten wenigstens zeitlich zu begrenzen. 1988 sollte Schluß sein. Diese verheerenden Absichten nötigten dem englischen Weltwirtschaftler Keynes, einem Mitglied der britischen Verhandlungsdelegation, das berühmt gewordene Wort vom »karthagischen Frieden« ab. Keynes urteilte: »...Wenn der europäische Bürgerkrieg damit enden soll, daß Frankreich und Italien ihre augenblicklich siegreiche Macht dazu mißbrauchen, um Deutschland und Österreich-Ungarn, die jetzt am Boden liegen, zu zerstören, fordern sie auch ihren eigenen Untergang heraus; so tief und unlöslich sind sie durch geheime und wirtschaftliche Bande mit ihren Opfern verkettet.«

Der Nationalökonom dachte an mögliche, hier in erster Linie gesellschaftliche Auswirkungen, wie innere Unruhen usw., bewegte ihn doch die Frage, wie eine Weltrevolution verhütet werden könnte. Seine Warnung darf aber noch treffender auf die kulturellen und geistigen Werte, die Menschen, Räume und Kontinente – oft unbewußt – zusammenhalten, ausgedehnt werden. Ein von seiner historischen Sendung einstmals erfülltes Volk wie das deutsche konnte sich kulturell und historisch in sich wiederholenden Wogen ausbreiten, ohne Macht und Gewalt zu seinem hauptsächlichen Maßstab zu erheben: etwa im Norden nach Kurland, Livland, Estland und Skandinavien; im Süden nach Siebenbürgen, dem Banat, Bulgarien, der Batschka, dem Gottscheer Ländchen, Istrien, Friaul, der Krain, um nur einige zu nennen. Im Gegensatz dazu handeln jene Staaten der Jetztzeit, deren Weltanschauung großenteils von den einseitig ausbeutenden Globalideologien der Aufklärung – einschließlich des Sozialismus – oder des Manchesterliberalismus vorwärtsgepeitscht wird, in gefährlicher Nähe des Vernichtungstriebes, des Nihilismus. Es male sich ein jeder aus, in welchem Ausmaß die europäischen und amerikanischen Staaten seit 1914 diesem Zerstörungstrieb anheim gefallen sind. Es bedarf aber nur eines Körnchens von Phantasie, um sich vorzustellen, wie erschreckend tief – bis hin zur beinahen Selbstvernichtung – dieselben Staaten im neuen Jahrtausend im Bann einer nihilistischen Universal-Weltherrschaft gestrauchelt und gefallen sind. Absolute Machttechnik und Gewaltideologie sowie Massenproduktion und Massenmobilisierung des Menschen einerseits – der einseitigste und skrupelloseste Elitismus zum anderen, das sind die Symptome und die Ursachen einer neu heranrasenden Weltkrisis. *»L'Europe des*

patries«, das Europa der Vaterländer und der Muttersprachen, ist ein wirkungsvolles Mittel, jenem Zwitterunhold der Anarchie und des Welttotalitarismus zu begegnen und ihn zu besiegen.

Wilson versagte. Er versagte, weil er einen »Teil der Krise und nicht einen Teil der Lösung« verkörperte. Die Mittelmächte wurden zerschmettert ohne Erkenntnis ihrer lebenswichtigen Funktion einer zwischenvölkischen und zwischenstaatlichen Brücke im West-Ost-Gefälle. Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich lösten sich auf. Ihre Räume wurden von explosiven Welt- und Separatistenbewegungen erfüllt, deren Energien bis heute einer schöpferischen Lösung entwunden sind. Das Herz Europas, das Deutsche Reich, wurde bis heute in ein Machtvakuum verwandelt, das Fremdmächte und Fremdideologien wie von selbst anziehen muß. Im krassen Gegensatz zu seinen Nachbarn im Westen, Süden und Osten, die bis über die Zähne bewaffnet waren und deren oft unnatürlich aufgeblähtes Gebiet von einem Bündnissystem zusammengehalten wurde, wie Frankreich/Polen und der »Kleinen Entente« zwischen Frankreich, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, das Deutschland durch Zwang und Völkerbundssatzung anerkennen mußte, wurde Weimar-Deutschland eine Reichswehr von lediglich 100.000 Berufssoldaten aufoktroyiert. Der Entwurf und der Bau von U-Booten, Panzern und Flugzeugen u. a. wurden ihm versagt.

Die deutsche Flotte mußte nach Scapa Flow überführt werden – wo sie sich später selbst versenkte. Das linke Rheinland wurde mit drei gewaltigen Brückenköpfen östlich von Köln, Koblenz und Mainz, Offenbach – wo die von den Franzosen angelegten Bunker noch heute bewundert werden können – in drei Zonen auf 5, 10 und 15 Jahre – und wenn nötig noch länger – von den englisch-amerikanisch-französischen Armeen besetzt. Die Saar wurde der französischen Verwaltung unterstellt – bis zu einer für 1935 anberaumten Volksabstimmung. Wirtschaftlich wurde Deutschland von den zu leistenden Reparationszahlungen ruiniert. Moralisch wurde es vom Artikel 231 und den – über die Jahrhunderte angestauten Ambitionen Frankreichs, Polens und der Tschechei erdrückt. Während die nicht-deutschen und nicht-magyarischen Völker Österreich-Ungarns von den 14 Punkten usf. zur nationalen Selbstbestimmung angefeuert wurden – die tschechischen Politiker Beneš und Masaryk hatten bei Wilson ganze Arbeit geleistet, was bei seiner Persönlichkeit unschwer zu bewerkstelligen war – wurde Deutsch-Österreich der

erwünschte Zusammenschluß mit seinem deutschen Brudervolk und den Sudetendeutschen brutal verwehrt. Es sollte noch schlimmer kommen. In den Fußstapfen der Pariser »Verträge« wurden in der Türkei, in Griechenland und Bulgarien wie auch in Jugoslawien, Rumänien, der Tschechoslowakei und Polen jener verhängnisvolle »Bevölkerungsaustausch« und jene Massenvertreibungen begonnen, welche ab 1944/45 in größtem Ausmaße den kulturellen und physischen Untergang von über 21 Millionen Menschen, darunter 15 Millionen Deutschen besiegelten. Völkermord und Massenmord! Von der Sowjetunion ganz zu schweigen. Es ist ein unaustilgbarer Schandfleck für das Ansehen sich als zivilisiert ausgebender Staaten, daß sie diese Untaten geduldet und sogar sanktioniert haben. Ungeachtet seiner Schwächen hätte sich Wilson wohl kaum für die Greueltaten seiner Nachfolger Roosevelt und Truman u.a. während der Konferenzen von Teheran, Québec, Jalta und Potsdam hergegeben.

Ende Februar, Anfang März 1919 kehrte der Präsident nach einem halben Jahr in Europa vorübergehend heim. Er traf sich mit den die amerikanische Außenpolitik mitbestimmenden Ausschüssen des Repräsentantenhauses und des Senats. Die Volksbeauftragten zeigten sich von den, nach ihrer Meinung die Souveränität der USA einschränkenden Satzungen des Völkerbundes wenig erbaut. Wilson gestand ihnen einige geringfügige Änderungen zu, so z. B., daß die Monroedoktrin und die Innenpolitik Amerikas nicht angetastet werden dürften. Dann dampfte er wieder in Richtung Frankreich. Am 10. Juli wieder in den USA, präsentierte er den 264 Seiten langen Vertrag von Paris dem argwöhnischen Senat. Artikel 10 der zu ratifizierenden Völkerbundssatzung, das Herzenskind Wilsons, erregte die Gemüter ganz besonders. Er sah vor, daß das Hoheitsgebiet und die politische Unabhängigkeit eines Bundesmitglieds vor äußerer Aggression oder der Gefahr einer solchen auf Antrag militärisch zu schützen sei. Es waren nicht allein die geschlagenen und getretenen Staaten der ehemaligen Mittelmächte, sondern einflußreiche amerikanische Senatoren, die als gewiegte Politiker die obengenannten Schlagworte und Phrasen hinterfragten. Was – juristisch und real gesehen – bedeuteten »Aggression« oder die »Gefahr derselben«? Sollte Amerika darin einwilligen, sämtliche Unabhängigkeitsbewegungen und Aufstände, so in Irland, Indien, Ägypten, Palästina, im Bunde mit den Hauptkolonialisten England und Frankreich in ihrem Blute zu ersticken – wie die Kolonialisten dies selbstverständlich gerne gesehen hätten?

Sollte der *»status quo ante«* stets verteidigt werden? Große progressive Senatoren wie Norris und LaFollette hießen den Völkerbund einen imperialistischen Klub. Andere, wie der altrepublikanische Sproß der obersten Brahmanenkaste Bostons, Senator Henry Cabot Lodge, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und selbst ein nationalistischer Imperialist, argwöhnten, daß die Völkerbundsatzung die amerikanische Verfassung und die Souveränität des Landes beschneiden würde. Lodge und Wilson befehdeten sich mit Leib und Seele. Lodge, Doktor der Geschichte, erworben an der Harvard Universität, spöttelte, daß die fehlerhafte juristische und wissenschaftliche Grundlage des Völkerbundstatuts vielleicht an der Princeton Universität – wo Wilson als Präsident fungierte – akzeptiert werden würde – in Harvard jedoch niemals. Im Laufe der Zeit addierten Lodge und seine Kollegen dem Statut eine ganze Reihe »Vorbehalte« hinzu, die nicht dazu angetan waren, den Ratifizierungsvorgang zu beschleunigen. Im Hinblick auf den Kernartikel No. 10 z. B. lehnten sie jegliche Verpflichtung der Vereinigten Staaten ab, das Hoheitsgebiet oder die Unabhängigkeit anderer Staaten zu verteidigen, es sei denn, der Kongreß hätte sich dazu entschlossen. Es schälten sich im Senat vier Gruppen heraus: Etwa 40 regierungstreue Demokraten; 13 Republikaner mit »mildem« Vorbehalt; eine von Lodge befehligte Rotte von 20 Republikanern und mehreren Demokraten mit »starkem« Vorbehalt und endlich die »Unversöhnlichen« 16 Senatoren, die den Vertrag mit oder ohne Änderungen glattweg ablehnten. Die meisten davon waren Republikaner, darunter ehern-einsichtige Progressive wie LaFollette und Norris.

Der Präsident seinerseits verwarf sämtliche Einwände. Im September 1919, als der Ratifizierungsvorgang sich in die Länge zog, versuchte er noch einmal die Bevölkerung während einer 12.000 km umfassenden Rundreise auf seine Seite zu bringen. Ach – es war nicht mehr die Zeit von 1916 bis 1918, als er die Massen zu mobilisieren und jede Opposition im Land grausam mit der Wurzel auszuraufen verstand. Dahin! Es ging nicht mehr. Wilson brach zusammen. Seinem leiblichen Kollaps folgte der politische. Im November 1919 wies der Senat den Vertrag mit Änderungen zurück: 39 zu 55. Dann lehnte er ihn ohne Änderungen 38 zu 53 ab. Wilson bestand immer noch auf einer vorbehaltlosen Ratifizierung. Im März 1920 entwanden sich viele Demokraten Wilsons eherner Kontrolle und stimmten für den Vertrag »mit Vorbehalt«. Es nützte ihnen nichts. Der Vertrag

von Paris, einschließlich seines Völkerbundstatuts, erreichte die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit nicht: 49 zu 35. Es war sein Untergang.

Wilsons bekannteste Nachfolger, vor allem der »realistische« F. D. Roosevelt, zogen die Konsequenz aus der lästigen, verfassungsrechtlichen Gewaltenteilung, eine Konsequenz, die ohnehin schon im 19. Jahrhundert von den aggressiv-imperialen Andrew Jackson, John Quincy Adams, Polk und Teddy Roosevelt vorgezeichnet worden war. Sie stellten den Kongreß und eine widerstrebende Nation vor vollendete Tatsachen, wie im Falle des manipulierten und vorbedachten Ereignisses von Pearl Harbor. Um sich zeitraubende Peinlichkeiten bei den geplanten Kriegen zu ersparen, surrt die Nachrichtenindustrie nebst ihren Propagandafabriken seit Präsident Reagan immer nervenaufpeitschender auf Hochtouren. Eine großenteils dankbare Nation sonnt sich im Genuß des Sendungsbewußtseins. Phantastische Summen verschlingende Raketenabwehrsysteme – Milliarden und Billionen, die weit lebenswichtiger für brennende Sozialfragen, Umweltschutz und die Raumplanung ausgegeben werden sollten – richten sich dräuend auf »Schurkenstaaten«, welch Titel auf ein jedes, irgendwo auf Erden als aufmüpfig empfundenes Volk paßt. Die Definition dessen, wer als lästig empfunden wird, besorgt die von einer winzigen Minderheit gelenkte, aber ungewählte, selbsternannte Medienmonopolindustrie. Absurd, daß jene erfahrenen Senatoren, wie LaFollette, Norris und Borah, die 1919 und 1920 in kluger Voraussicht gegen den Imperialismus und gegen die Machtelite des Pariser Vertrages stimmten, ohne es zu wollen, auf lange Sicht der vorher kaum geahnten totalitären Weltmachtballung im eigenen Land zum Opfer fielen. Die Idee der Demokratie mußte ins Gras beißen.

Im Juli 1921 beendete der Kongreß offiziell den Kriegszustand. Im August desselben Jahres schloß er den Friedensvertrag mit Deutschland, der sich trotz allem auf die Bestimmungen der Pariser Verträge stützte – jedoch der Völkerbundssatzung beraubt.

Zwischenstation: Deutsch-Athen am Michigansee

Getreu seinem Wesen als bramarbasierender Gewaltpolitiker und herrschsüchtiger Kriegsdiktator, was ihm verfassungsrechtlich durch seine Stellung als Oberster Kriegsherr erleichtert wurde, handelte Präsident Wilson ungestüm aggressiv, nicht nur

gegen seine lateinamerikanischen Nachbarn, sondern auch gegen seine Mitbürger, die Deutsch-Amerikaner, die Iro-Amerikaner, die Sozialisten und Pazifisten und gegen alle, die ihn vom Kriegspfad abhalten wollten. Seine Wut – vor allem gegen die zahlreichen Deutsch-Amerikaner – kannte keine Grenzen. Ihm und seinem Justizminister A. Mitchell Palmer war das Schlechteste gerade noch gut genug.

Es schien, als wollte er entsprechend seinem Wunschziel, als unbeschränkter »Premierminister« zu walten, das Antlitz der USA, das sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unaustilgbar ins Unenglische gewandelt hatte, wieder anglisieren. Die von ihm und seinen Handlangern wie dem New Yorker Vetter Sigmund Freuds und den britischen Propagandisten inszenierte Deutschenhetze, die den Deutschen als eine menschenfressende Bestie und Großgorilla darstellten, diente ihm als Hieb- und Stichwaffe für seinen laut hinausposaunten Kreuzzug.

Als historische Randbemerkung darf darauf hingewiesen werden, daß nach der selbstverschuldeten Katastrophe vom 11. September 2001 sein Nachfolger George Bush d. Jüngere wiederum einen Kreuzzug ausrief. Es muß wohl einer jeden Generation von Amerikanern eine frische Portion Teufel zum Auffressen vorgesetzt werden. Zu guter Letzt werden wohl noch unsere liebe Erde und das Weltall daran glauben müssen, weil sie den Puritanern und ihrer Herrsch- und Beutesucht nicht gut genug sind ...

Wilsons brutale Unterjochung der Deutsch-Amerikaner wiegt besonders schwer, weil er ja sozusagen über ihren Rücken in den Ersten Weltkrieg sprang und weil sie mit etwa 25% der amerikanischen Bevölkerung damals und heute die weitaus größte Volksgruppe der USA darstellen. Allerdings entspricht ihr politischer Einfluß wegen der von 1917 bis heute tobenden Deutschenhetze keineswegs ihrer zahlenmäßigen Größe. Zahlreiche amerikanische Familien drücken nur verschämt ihren deutschen Ursprung aus wie: Steinway (Steinweg), Eisenhower, Rockefeller, Wanamaker (Wannenmacher), Snyder (Schneider), Hoover (Huber), Fulbright (Vollbrecht oder Ulbricht), Mansfield (Mansfeld) u.a. Tausende, ja Millionen anderer sind der deutschen Muttersprache treu geblieben.

Von Osten nach Westen zieht sich ein breiter Gürtel deutscher bzw. deutsch geprägter Siedlungen und Bundesstaaten. Dazu gehören seit dem 17. Jahrhundert New York, Pennsylvania, Maryland, Virginia über Ohio, Indiana, Illinois bis hin nach

Kalifornien und Washington am Gestade des Stillen Ozeans. Ganz besonders im weitläufigen Mittelwesten machen die Deutschstämmigen in den folgenden Staaten mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus: in Wisconsin, Iowa, Nord- und Süd-Dakota wie auch in Nebraska, wobei in den drei letzteren die Rußlanddeutschen überwiegen. Sie stellen auch im wald- und seenreichen Minnesota annähernd die Hälfte der Bevölkerung. Weite Landstriche sind von der stillen Frömmigkeit und dem Fleiß der deutschen Pietistengemeinden, der Amish, der Mennoniten und der Hutterer geprägt.

Zu den Großstädten mit stark deutschem Einschlag zählen u.a. New York, Philadelphia, Baltimore, Cincinnati, Buffalo, Pittsburgh, Chicago, St. Louis und San Antonio in Texas mit seinen umliegenden Städten New Braunfels und Detmold, ferner San Francisco in Kalifornien, Anaheim und Santa Ana. Die berühmteste »deutsche« Stadt jedoch ist Milwaukee in Wisconsin, bis 1917 als das »Deutsch-Athen« am Michigansee bekannt.

Um 1910, also noch vor dem Ersten Weltkrieg, beherbergte es über 100 deutsche Bühnen, Vereine und Verlage. Der Brumder-Verlag – in einem berühmten, mit vier übergroßen preußischen Pickelhauben verzierten Haus untergebracht – wurde im 19. Jahrhundert von einem Elsässer gegründet und war bis 1917 der größte deutsche Verlag im Ausland. Herr Brumder leitete seinen Namen von einem uralten, im oberen Rheintal ansässigen Keltenstamm ab. Die sein Gebäude zierende überlebensgroße Figur der Germania wurde 1917 vom aufgehetzten Mob von der Fassade heruntergerissen und ist seither vermißt. Dasselbe geschah mit der hochragenden, vor der klassizistischen Hauptbibliothek Milwaukees aufgestellten Statue Johann Wolfgang Goethes (!). Bis zum Eintritt der USA in den Ersten Krieg war Deutsch Pflichtfach an den High Schools. Bei Kriegsbeginn 1917 änderte sich dies schlagartig. Nicht nur, daß das Deutsche, die Muttersprache der Bevölkerungsmehrheit in Milwaukee und Wisconsin, verpönt wurde – noch in den 1970er Jahren sprach die fünfte Generation, vor allem daheim auf dem Land, Deutsch –, es wurde sogar unter Strafandrohung offiziell geächtet.

Der bis 1960 amtierende, sozialistische Altbürgermeister Frank Zeidler – seine Großeltern entstammen dem Egerland – erzählt, daß ein Lehrer vor den Richter zitiert und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, weil er seinem Sohn (!) erläutert hatte, daß das Englische einen niederdeutschen Dialekt darstellt. Der Justizfrevel wiederholte sich des öfteren. In Milwaukee und

verschiedenen Kleinstädten – die mitunter bis zu 90 v.H. deutsch waren – wurden die Werke Goethes, Schillers, Humboldts und anderer, wie etwa auch die zeitlos große Bibelübersetzung Dr. Martin Luthers, in die Gosse geworfen und unter der wohlwollenden Teilnahme der Polizei *öffentlich verbrannt*. Dem nicht genug, verbot der freiheitsliebendste Großstaat der Welt sogar die Privatlektüre deutscher Bücher. Luthers Bibelübersetzung wurde offiziell eingezogen und vernichtet. Alte Mütterchen in Wisconsin und Iowa, New York und Kalifornien, deren Familien vier Jahrhunderte lang mit der Lutherbibel großgezogen wurden, wurden ihrer geistlichen Stütze beraubt und in aller Öffentlichkeit mit brutalen Repressalien bedroht. Eine blühende Kultur stürzte in sich zusammen. Pazifisten und Sozialisten, die besonders in Milwaukee weitreichende Reformen durchführten, aber auch in New York wie in anderen Großstädten stark vertreten waren, blühte noch viel schlimmeres in den menschenmordenden Zuchthäusern Amerikas, wie Fort Leavenworth in Kansas. Darüber später mehr.

Die Milwaukeer, die Wisconsiner u.a. vollbrachten kaum faßbare Wunder der Tapferkeit. In einer von der Obrigkeit geschürten und befohlenen Atmosphäre geifernder Hysterie lehnten deutsch-amerikanische Fabrikanten es ab, Flugzeuge und andere Waffen für den Krieg gegen Deutschland und die Mittelmächte zu bauen. Andere verweigerten den Kriegsdienst – Amerika war ja weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg auf irgendeine Weise bedroht – und wurden dafür schwer bestraft. Der sozialistische Kongreßabgeordnete Victor Berger aus Milwaukee wurde mit dem Mut der Verzweiflung dreimal in das Repräsentantenhaus gewählt, obwohl seine Kollegen im Kongreß ihn und andere Kriegsgegner wiederholt geächtet hatten. Senator Robert La Follette aus Wisconsin, der Führer der Progressiven Republikaner – wohl der moralisch stärkste und weitblickendste amerikanische Politiker des 20. Jahrhunderts –, entging dem Los Victor Bergers und seiner pazifistischen Mitstreiter, aus dem Kongreß ausgeschlossen und von »rechtsstaatlichen« Richtern zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt zu werden, nur um Haaresbreite und nur deshalb, weil der Aufsichtsbeamte des New Yorker Zollamtes sich anbot (!), La Folletts Anklage gegen den Präsidenten, Wilson habe eidesbrüchig den Waffenschmuggel der Engländer unterstützt, mit Beweisen zu untermauern. Eine Tapferkeit sondergleichen. Doch damals gab es noch eherne, wenn auch historisch auf verlorenem Posten stehende Kämpfer

für die Demokratie, für das Volk *gegen* die Plutokratie. Fighting Bob La Follette wie auch Victor Berger und Emil Seidel – 1910 der erste sozialistische Oberbürgermeister Milwaukees – gehörten zu den hervorragendsten dieser Streiter. Leider erwies sich der von Th. Roosevelt 1901 gestartete und von Wilson verstärkte Galopp in den Weltimperialismus als stärker. Er degradierte das Volk immer gründlicher zu einer von den Machteliten für ihre wirtschaftlichen und expansionistischen Ziele mobilisierten Bevölkerung. Dieser mit einem in der Geschichte wirkungsvollsten Ehrgeiz erstrebte und mit sich steigerndem Tempo durchgeführte Vorgang gipfelte nach 1991 in der Weltherrschaft mit allen ihren Konsequenzen.

Neben der Freiheit der amerikanischen Massen waren die Freiheit und die Kultur der Deutschamerikaner das beklagenswerteste Opfer. Nach 1919 folgte eine wohlverdiente Zeit der Ausgeglichenheit. In ruhigerer Atmosphäre begannen nun zahlreiche Historiker die Kriegspolitik Wilsons wissenschaftlich unter die Lupe zu nehmen und die Exzesse der US-Kriegspolitik an den Pranger zu stellen. Die immer deutlicher zutage tretenden Fehler brachten eine gewisse Zurückhaltung mit sich. Doch schon mit der Machtübernahme Roosevelts 1933 ging es wieder los. Der Rooseveltsche Imperialismus scheute sich dabei nicht, im Bündnis mit dem revolutionären Stalin zu marschieren. Als er sich 1940, »die lebende Verfassung« verletzend, zum dritten Mal zum Präsidenten wählen ließ, gebot er über die Machtmittel, eine neue Welle der Unterdrückung in den USA auszulösen. Was von der Freiheit und der Kultur der Deutschamerikaner noch überlebte, ließ Roosevelt zusammen mit den Italo-Amerikanern und vor allem den »Nisei«, den Japano-Amerikanern, vielfach in Gefängnisse und Konzentrationslager in den menschenmordenden Wüsten Nordamerikas verfrachten – und dies schon vor Pearl Harbor. Erst am 3. August 2001, also mit 60 Jahren Verspätung – doch immerhin mit löblicher Absicht –, unterbreiten die Senatoren Russell Feingold, Demokrat aus Wisconsin, Edward Kennedy, Demokrat aus Massachusetts, und Charles Grassley, Republikaner aus Iowa, eine Gesetzesnovelle, nach der eine Kommission beauftragt werden soll, die während des Zweiten Weltkriegs an den »Euro-Amerikanern« begangenen Untaten zu untersuchen.

Daß die Deutschamerikaner nicht völlig im Strudel der Massengesellschaft untergegangen sind, verdanken sie ihrer Geduld und Lebenskraft und vor allem auch der Arbeit, die die Grün-

dergenerationen im 19. Jahrhundert geleistet hatten. Befassen wir uns kurz mit den Anfängen Milwaukees.

Die ersten Siedler in der Gegend waren selbstverständlich Indianer. Noch im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts bewohnte eine »Rotte« unter dem Häuptling Kenoschojim – Seemakrele – das jetzige Stadtzentrum, das damals aus mehreren Anhöhen und mit Wildreis durchwachsenen Sümpfen, die sich zwischen dem Milwaukeefluß und dem Michigansee ausdehnten, bestand. Bald darauf wurden die Ureinwohner in einer großangelegten, staatlich verordneten Vertreibung in die Gebiete westlich des Mississippi abgeschoben. Jenen, denen es gelang, heil dort anzukommen, wurden recht bald erneut vertrieben und von den berittenen Soldaten des ›Großen Weißen Vaters‹ in Washington, des Generals, Präsidenten und Massenmörders Andrew Jackson und seiner Nachfolger, systematisch niedergemetzelt. Eine Unmenge ertragsreichen Siedlungslandes mit wertvollsten Gold- und Silbervorkommen wurde so befreit.

Die ersten, sich dauernd niederlassenden Weißen am Milwaukeefluß waren der französische Kanadier Salomon Juneau mit seiner Indianerfrau und Familie und der Iroschotte Kilbourn. Einige der Schotten und kalvinistischen Iroschotten, die bis ins 21. Jahrhundert im Wirtschafts- und Geistesleben Milwaukees eine große Rolle spielen sollten, kamen hinzu. Der vielleicht berühmteste aller amerikanischen Berufsdiplomaten des 20. Jh., George F. Kennan, entstammt diesem Milieu.

Doch es waren die Einwanderer aus Deutschland und dem deutschen Kulturkreis Europas, die im Laufe eines Jahrhunderts aus einer kleinen Siedlung – 1840 beherbergte sie ganze 1712 Seelen – eine emsige Millionenstadt machten. Ursprünglich schien sich das, etwa 200 km nördlich Milwaukees gelegene Green-Bay wegen seiner günstigeren Schiffahrtslage schneller zu entwickeln. Aber der Zustrom aus Deutschland, über die Volksschleusen Baltimore-Cincinnati und New York-Chicago, mit seinem schier unversiegenden Reservoir an fachlichem und handwerklichem Können, gab den Ausschlag. Milwaukee wurde zu einer Bierstadt, zu einem Hauptmaschinenbau-, Lederverarbeitungs- und Fachverlagszentrum Amerikas und der Welt. 1850 hatte der Landkreis Milwaukee schon 31.077 Einwohner – die Stadt Milwaukee 20.601. Davon waren 18.622 im Ausland gebürtige Weiße. Zumeist Deutsche, von denen viele aus Bayern und Pommern kamen.

1846 wurde die Stadt Milwaukee offiziell gegründet. Noch

im selben Jahr bauten die Bayern auf einer Höhe über dem Fluß – seit dem Ende des 19. Jahrhunderts vom deutsch geprägten Rathaus überragt – das Kirchlein Mariä Verkündigung. Der Baumeister war Viktor Schulte, der später auch die katholische St. Johannes-Kathedrale – der Turm ähnelt der Garnisonskirche in Potsdam – und am Südende des damaligen Milwaukee die Hl. Dreifaltigkeitskirche errichtete. Diese dient heute unter dem Namen Hl. Jungfrau von Guadalupe einer mexikanischen Gemeinde. Die bayerische Gemeinde wurde vom deutsch-schweizerischen Bischof Henni unterstützt – dem ersten katholischen Bischof Milwaukees – und aus der Heimat von König Ludwig I. gefördert. Dieser stiftete das von dem Künstler H. von Gluenck geschaffene Gemälde »Mariä Verkündigung« – welches dann 1854 im Milwaukeer Kirchlein über dem Hauptaltar angebracht wurde. Pädagogisch war von großer Bedeutung, daß im Jahre 1850 die Schwester Maria Karoline Friess von Baltimore nach Milwaukee kam. Sie gehörte den Schulschwestern Maria Theresia v. Jesu Gerhardinger aus Stadtamhof/Regensburg und München an und machte sich emsig an die Arbeit, die erste katholische Volksschule des amerikanischen Westens aufzubauen. Unter unsäglichen Opfern gründete von hier aus der Orden – in Amerika als die *School Sisters of Notre Dame* bekannt – Hunderte katholischer Schulen, darunter nicht wenige Hochschulen.

Dieses einzigartige Kulturwerk wurde zum Nutzen des Gemeinwohls von den evangelischen Deutschen durch eigenen Schulaufbau ergänzt und weitergeführt. 1856 gründete die Frau des bekannten heimischen Revolutionärs Carl Schurz, der als Berater Lincolns und mehrerer Präsidenten Berühmtheit erlangte, in Watertown unweit Milwaukee den ersten Kindergarten in Amerika. Um diese Zeit erbauten vier bayerische Karmeliter auf einer Erhebung 30 km nordwestlich Milwaukees die Wallfahrtskirche Holy Hill: Andechs in Wisconsin. Heute, im 21. Jahrhundert, pilgern hauptsächlich Mexikaner und Philippiner aus der Umgebung Chicagos zu ihr.

Nach all diesen und vielen anderen – lutherischen! – Aufbauwundern kam auch die wirtschaftliche und die ästhetische Seite nicht zu kurz. Nach dem Ende der 1848er Revolution in Deutschland strömten Jünger des Turnvaters Jahn nach Milwaukee in den USA. Ihrem Motto getreu: Mens sana in corpore sano – Ein heller Geist in einem heilen Leib – gingen sie daran, zahlreiche Niederlassungen in Amerika zu gründen. Sie schufen das Turnwesen in den vom körperverachtenden Puritanismus be-

herrschten USA und trugen historisch sehr viel zu den oft bemerkenswerten olympischen Siegen der amerikanischen Turnriegen bei. Trotz eines verheerenden Brandes in den 1920er Jahren stellt die alte »Turner Hall« im Zentrum Milwaukees auch heute noch ein vielbeachtetes Denkmal dar. Jahrzehntelang, bis ins letzte Viertel des 20. Jahrhunderts, wirkte der Turner-Gesangverein musisch weiter. Der Strom der patriotischen Gedichte allerdings riß 1917 ab …

Einige Hinweise auf das deutsche Wirtschaftsleben Milwaukees: die Maschinen- und Behälterwerke Heil, Harnischfeger, Falk, Rexnord; die einstigen Schuhfabriken Herbst, Florsheim, Nunn-Bush; die großen, doch nach der Mitte des 20. Jahrhunderts eingehenden Lederfabriken Pfister & Vogel, Gallun, Thiele, Trostel – diese war einst mit einer Kapazität von 1000 Häuten pro Tag die weitaus größte Lederfabrik de Welt – und vor allem die berühmten Brauereien Schlitz, Blatz, Pabst, Gettelmann und Miller spielten eine beachtliche Rolle. Die letzteren wiesen einst stolz auf ihre Abstammung von den Hofbraumeistern der sigmaringschen *Hohenzollern* hin. Miller ist die einzige überlebende Großbrauerei Milwaukees, auf dem zweiten Platz des amerikanischen Marktes, hinter »Anhäuser-Busch« aus St. Louis, die ›Budweiser‹ Bier braut. Die deutsch-amerikanischen Brauereien erlitten mit der Einführung der Prohibition im Januar 1920 einen schweren Schlag, von dem sich nur wenige erholten.

Der Name Pabst ziert das einst vom Architekten Otto Starck im eleganten Gründerstil entworfene Theater, das nächst dem imposanten Milwaukeer Rathaus steht. Vorgeschlagen und finanziert wurde es vom Bräufürsten Captain Pabst, der – von seiner Belegschaft geehrt und gefeiert, im Gegensatz zum oft kalvinisch-puritanischen Geist zahlreicher amerikanischer Unternehmer – für seine Arbeiter, seine Stadt und sein Volk in väterlich-deutscher Art sorgte. Leider sahen sich die Pabstbrauerei und andere Braueunternehmen nach 1981 außerstande, dem Ansturm ungezügelter Profitjäger standzuhalten, und wurden Stück um Stück verschachert. Die Belegschaft wurde, wie schon so oft, einfach auf die Straße gesetzt: »So, jetzt schau, wie'st weiterkommst …«

Um diesem Notstand vorzubeugen, waren in den USA mehrere sozialistische bzw. sozialdemokratische Parteien ins Leben gerufen worden. In vielen Großstädten drängte die *Socialist Party of America* besonders darauf, die unerhörte politische Korruption der großen Parteibosse zu beseitigen. In Milwaukee gelang dies um 1910. Die dabei für das Gemeinwohl kämpfenden Männer

und Frauen waren nicht weniger führende und eherne Persönlichkeiten als z. B. »Captain« Pabst auf seiten der Unternehmer.

Viktor Berger war einer der Besten. 1869 in Niederrehbach in Österreich-Ungarn geboren, durchlief er die höheren Schulen in Wien und Budapest, wanderte aber schon 1888 mit seiner Familie in die USA aus. Er erlernte die amerikanische Sprache und wurde in Milwaukee Deutschlehrer. Von seiner deutsch-europäischen Bildung beeinflußt und entsetzt vom Elend der Neueinwanderer, drängte es ihn in die aufkommende Sozialistische Partei, in welcher er bald Karriere machte. Geistig bewahrte er sich eine Mittelstellung zwischen Bernsteins Revisionismus in Deutschland und dem quasi revolutionären Enthusiasmus des linken Flügels. Diese Haltung tat ihm und der Partei gut, denn im April 1910 – nach langer Vorbereitung und erbittertem Wahlkampf – eroberten die Sozialisten die gesamte Stadtverwaltung der bevölkerungsmäßig an 14. Stelle stehenden Großstadt Amerikas. Bürgermeisteramt, Richterstellen und Ratsherrenposten fielen in ihre Hand. Ein bemerkenswerter Erfolg, der zumindest nach außen bis 1960 andauern sollte. Im November 1910 wurde Berger zum ersten Mal ins Abgeordnetenhaus des U.S.-Kongresses in Washington entsandt. Mit seiner Forderung, die in privaten Händen liegende Energieversorgung zum Wohle aller zu sozialisieren, drang er zwar nicht durch, doch gelang es ihm, den Verkauf des von mehreren öffentlichen Stellen verwalteten Michiganseeufers – es handelte sich um höchst wertvolle Grundstücke – an Privatinteressenten zu verhindern. Dies ermöglichte die Erweiterung der Parkanlagen an der Seeküste und im Binnenland. Stadt und Landkreis Milwaukee erhielten so, neben Chicago und New York, eins der schönsten See-Parksysteme in den USA zum Geschenk.

Bergers politische Mäßigung gedieh ihm nicht zum Wohle. Vom linken Flügel wurde er als »Opportunist« angegriffen. Weit schlimmer: Nach dem Ausbruch des Ersten Krieges in Europa und vor allem seit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Jahre 1917 unterließ der amerikanische Staat nichts, sich die lästige Konkurrenz vom Hals zu schaffen. Es gelang ihm. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß die Pazifisten und Sozialisten in den USA wütender verfolgt und grausamer bestraft wurden als in Großbritannien oder dem Deutschen Reich. Nur das Zarenregime Rußlands verurteilte, wie die USA, seine Dissidenten systematisch zu 10- und 20-jährigen Freiheitsstrafen ... Die Repressalien trafen die gemäßigten Sozialdemokraten, die poli-

tisch erfolgreicher als die Linken gewesen waren, besonders hart. Denn Onkel Sams Vorsatz war ja, die gesamte sozialistische Bewegung mit Stumpf und Stiel auszurotten. Von 1917 bis 1920 gelang ihm dies scheinbar auf ewig. Es verdient erwähnt zu werden, daß der linke Flügel der amerikanischen Sozialistenbewegung die bolschewistische Revolution begeistert begrüßte, den sich bald darauf anschließenden deutschen Vormarsch in Rußland aber entrüstet verwarf. Der Unmut entlud sich schließlich über den Häuptern Bergers und seiner gemäßigten Genossen, die man sogleich des deutschen Imperialismus bezichtigte. Die Linken gruben sich damit aber nur ihr eigenes Grab, erzeugte doch die Oktoberrevolution im übrigen Amerika eine panische Angst vor dem Bolschewismus. Unbewußt war man wohl hauptsächlich darüber entsetzt, daß Lenin, Trotzki, Dzerschinsky und Genossen das Weltrettungs- und Weltführungsmonopol, das selbstverständlich den USA vorbehalten war, für sich beanspruchten.

Die nun wieder aufschäumende Hysterie verstärkte die Sozialisten- und Pazifistenverfolgung in ganz erheblichem Maße.

Zu diesem Behufe erließ der amerikanische Staat drei Hauptgesetze: Das *Spionagegesetz* vom 15. Juni 1917 bestrafte ungenaue Nachrichtenreportage und sogar den Versuch, Ungehorsam und Unbotmäßigkeit in der Wehrmacht auszulösen oder die Rekruteneinziehung irgendwie zu behindern, mit $ 10.000 oder mit 20 Jahren Haft, oder mit beidem. Mit dem Gesetz über den Verkehr mit dem Feind vom 6. Oktober 1917 wurden diese Bestimmungen verschärft und die staatliche Zensur eingeführt, welche bis heute nicht abgeschafft wurde. Schließlich folgte am 16. Mai 1918 das sogenannte Aufwiegelungsgesetz, das sogar »unloyale« Veröffentlichungen und Versuche, den Verkauf von Staatsanleihen zu »verhindern« u.ä. mit schweren Strafen belegte.

Die »treulosen« Verlage, Stellen oder Personen wurden von der Postzustellung ausgeschlossen. Daneben wurde der staatliche Öffentliche Informationsausschuß, der von privaten und halböffentlichen Stellen wie der Nationalen Sicherheitsliga, der amerikanischen Verteidigungsgesellschaft, der amerikanischen Schutzgesellschaft und verschiedenen bundesstaatlichen »Komitees« wirksam unterstützt wurde, ins Leben gerufen. Wie im Falle der Bolschewisten wurden diese mit der Agitations- und Propagandaarbeit betraut. Sie übten *Terror* aus. Die deutschen Einwanderer, die Sozialisten und Pazifisten, Berger und seine Mitkämpfer waren von diesen Verfolgungen besonders hart betroffen.

Selbstverständlich verletzten diese Maßnahmen die Bürgerrechte der Betroffenen – in der Verfassung von 1787/89 und in den späteren Ergänzungen immer wieder verbrieft – aufs Gröblichste. Selbst zur Zeit des grausamsten Notstandes, des Sezessionskrieges, als das Überleben der nordamerikanischen Union auf dem Spiel stand, fühlte sich das Oberste Bundesgericht gerechtfertigt, die Entscheidung des skrupellosen Kriegspräsidenten Lincoln – einen Rechtsanwalt und Lehrer Milligan und Tausende anderer wegen ihrer »südlichen« Sympathien von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilen zu lassen – für ungültig zu erklären (1866, Ex parte Milligan, 4 Wallace 2, 18 L. Ed. 281).

Später allerdings, besonders bis 1920, während der Machtergreifung der heranstürmenden Militär- und Industrieeliten, als die Aussicht auf die Weltherrschaft winkte, reihte sich der Oberste Gerichtshof in die Schwarmlinien der Herrschenden ein. Der Notstand, so hieß es, sei so bedrohlich, daß die »Privilegien« suspendiert werden dürften ...

Im September 1917 benachrichtigte die Bundespost Viktor Berger, daß die Zustellung seiner Milwaukeer Zeitung, The Leader, eingestellt würde. Berger und seine Parteifreunde protestierten bei der obersten Postbehörde, jedoch ohne Erfolg. Durch die Sympathiekundgebungen seiner Wähler in Milwaukee und Wisconsin und durch die Unterstützung freiheitsliebender Bürger im ganzen Land kam eine »Kampfsammlung« von $ 150.000 zusammen, womit wenigstens die Kosten einer Anhörung vor dem Obersten Bundesgericht gewährleistet waren. Der Fall wurde 1921 (!) entschieden. Schon lange vorher mußte der landesweite Vertrieb des Leader eingestellt und die Milwaukeer Ausgabe von Hand verteilt werden. Obwohl die Leitartikel und Beiträge in der Zeitung noch weiter »entschärft« bzw. »diplomatisiert« wurden, steigerten sich die Unterdrückungsmaßnahmen. Berger war inzwischen vom Kongreß ausgeschlossen und zusammen mit einigen Kampfgefährten in anderer Sache unter Anklage gestellt worden. Endlich, am 7. März 1921 – also zweieinhalb Jahre nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes –, verkündete das Oberste Gericht seine Entscheidung im Fall Milwaukee Social Democratic Publishing Co. *versus* Burleson. Sie war verheerend. Mit einer Mehrheit von 7 zu 2 stellte es sich auf die Seite des Generalpostmeisters Burleson. Damit unterstützte es die staatliche Unterdrückungskampagne auch im Frieden.

Trotz der aktuellen staatlichen Verfolgung und der unerhörten Kriegshysterie warf sich Berger immer wieder in den Wahl-

kampf. Anfang 1918 kandidierte er für den U.S.-Senat, aber er unterlag. Ungebeugt kandidierte er erneut. Am 6. November 1918 wurde Viktor Berger von den aufgebrachten Bürgern des Fünften Kongreßwahlkreises von Wisconsin in das Repräsentantenhaus zurückgewählt. Inzwischen wurden 15 führende sozialistische Zeitschriften verboten, beiläufig 150 Sozialisten nach dem Spionagegesetz angeklagt und der berühmte Sozialistenführer Eugene Debs sowie nicht minder bekannte Frauen wie Kate Richards O'Hare und Rose Pastor Stokes zu zehn Jahren Haft verurteilt. Ihr Verbrechen?

Abfällige Bemerkungen in der Öffentlichkeit über die Rekrutierung oder die Kriegsgewinner, Frau Stokes z. B. wegen eines Leserbriefes an die Zeitung ›Kansas City Star‹. Bald waren Berger und vier seiner Mitstreiter an der Reihe.

Die offizielle Anklage von seiten des Staatsanwaltes warf ihnen »Verschwörung« und Verletzung des Spionagegesetzes vor. Dies sollte durch private und öffentliche Bemerkungen – fünf Leitartikel im Milwaukee Leader, Inhalt zweier Flugblätter, Programm des Sozialistenparteitages von St. Louis und kleinere Bemerkungen in der Zeitung *American Socialist* und in zwei kritischen Privatbriefen – geschehen sein. Die Gerichtsverhandlung fand im Chicagoer »Cook County Court House« statt. Den Vorsitz führte Richter Landis. Dies war besonders problematisch, war er doch wegen seiner öffentlichen Haßausbrüche gegen die Deutschamerikaner, so z. B.: »Wenn jemand etwas Schlechteres über die Deutschen gesagt hat als ich, soll mir das berichtet werden, so daß *ich* es gebrauchen kann ...«, wohl bekannt. Die Verteidiger protestierten heftig, aber vergeblich. Nach 23 Tagen endete der Prozeß – der nur als Scheinverfahren, als Vorgänger der späteren Moskauer Schauprozesse und der Kriegsprozesse von Nürnberg angesehen werden kann – am 8. Januar *1919*. Nach entsprechender Unterweisung durch Richter Landis sprachen die zwölf Schöffen ihr Urteil. Es lautete: schuldig! Daraufhin verurteilte Richter Landis seinerseits die fünf Angeklagten, von denen einer ein pazifistischer Geistlicher und die anderen Sozialdemokraten waren, mit Genugtuung zur Maximalstrafe von 20 Jahren Haft in Fort Leavenworth. Am selben Tag wandten sich ihre Anwälte an das Bundesappellationsgericht in Chicago. Dieses erhob eine Kaution von $ 100.000 pro Kopf – die höchste Kaution aller »Sozialistenprozesse«. Sie wurde jedoch durch eine Blitzspendenkampagne der Chicagoer Freunde, vor allem des Millionärs William Bross Lloyd, zusam-

mengebracht, und die fünf befanden sich – zwar nicht auf freiem Fuß, doch – nicht im Zuchthaus. Zwei Jahre darauf, im Januar 1921, erklärte der Oberste Bundesgerichtshof das Urteil des »Landis-Gerichts« wegen der ihn bewegenden »Kriegsleidenschaften« für null und nichtig. Zwei Jahre lang hatten die Verurteilten ein Schattendasein gefristet. Die politische und journalistische Arbeit war ihnen verboten. Dem nicht genug, war Viktor Berger genötigt, die von Haß sprühenden Maßnahmen seiner Kongreßkollegen abzuwehren und mit Hilfe seiner treuen Wähler wieder ins Lot zu bringen.

Im Mai 1919 trat der im November gewählte Kongreß zu seiner 66. Jahressitzung zusammen. Schon vorher hatte die Presse – wie nicht anders zu erwarten – die Leidenschaften gründlich aufgeheizt. Wann endlich würde das Abgeordnetenhaus seine verfassungsmäßig-richterliche Gewalt gebrauchen, um dem lästigen Sozialisten aus Wisconsin seinen Sitz im Parlament zu entziehen – auf den er immerhin legitim gewählt worden war? Die Zeit war noch nicht reif. Berger wurde auf der Stelle suspendiert. Der Kongreß berief einen Neuner-Ausschuß. Berger und sein Verteidiger Henry Cochems wiesen vergeblich auf die von Washington über Jefferson bis Lincoln usf. gepredigte ehrenhafte Opposition gegen europäische Verstrickungen hin. Am 24. Oktober 1919 brachte der Untersuchungsausschuß seine Schlußempfehlung ein: Berger war ein »Helfershelfer des Feindes«. Mit überwältigender Mehrheit – lediglich der Progressive Republikaner Edward Voigt aus Wisconsin opponierte – stimmte das Unterhaus gegen Berger. Kurz darauf, im Dezember, sollte die Neuwahl für den nun frei gewordenen Sitz im Wahlkreis stattfinden. Berger kandidierte wieder, und zwar diesmal gegen den Kandidaten beider Hauptparteien – der Demokraten wie auch der Republikaner –, Henry Bodenstab. Dieser haute auf die Pauke des Antibolschewismus. Berger wurde im Triumph wiedergewählt!

Am 10. Januar 1920 (!) – diesmal mit sechs Gegenstimmen – schloß der Kongreß ihn erneut aus. Doch schon zwei Jahre später wurde der Milwaukeer Sozialdemokrat unter dem Jubel der Bevölkerung erneut gewählt.[30]

---

[30] Vgl. »*U.S., Congress, House, Hearings*« Before the Special Committee Appointed under the Authority of House Resolution No. 6 Concerning the Right of Victor L. Berger to be Sworn in as a Member of the 66th Congress, 1st Session, 1919; »Why Milwaukee Insists on Berger«, Literary Digest, 64, 3. Januar 1920

Treu diente er seinen Wählern, Milwaukee, Wisconsin und dem wahren Wohl der Vereinigten Staaten. Er starb im August 1929, wenige Tage vor dem berüchtigten Wallstreet-Krach, der in Amerika und weltweit die von Viktor Berger vorausgesehnte Krise des Spätkapitalismus einleitete. So sollte ihm erspart bleiben, im November 1932 die Wahl des sich lebenslänglich »wiederwählen« lassenden *Cäsaren* F. D. Roosevelt mitzuerleben.

Die einst einflußreiche und gefürchtete sozialistische Bewegung in den USA war schon vor Bergers Ableben an ihren inneren Widersprüchen und vor allem an den Folgen der unbarmherzigen Unterdrückung durch den Staat zugrundegegangen. Völlig unnötig, aber um seine eiserne Unterstützung der staatlichen Verfolgungskampagne besonders hervorzuheben, stellte der Oberste Bundesgerichtshof 1919 in dem Verfahren Schenck versus the United States nochmals fest, daß Schenck – der Generalsekretär der Sozialistischen Partei in Philadelphia – und seine Genossen zu Recht zu langjähriger Zuchthaushaft verurteilt worden seien, weil die von ihnen gedruckten 15.000 pazifistischen Flugblätter die Moral der insgesamt 4,8 Millionen amerikanischen Krieger untergraben hätten. Der berühmte Oberrichter Oliver Wendell Holmes legte die juristische Doktrin fest, daß in Zeiten »klarer und vorhandener Gefahr« für das Vaterland die Pressefreiheit und alle anderen bürgerlichen Freiheiten eingeschränkt werden dürften. Stellt man diese Auffassung von der Allmacht des Vaterlandes – vertreten durch den Staat – der Praxis im Deutschen Reich zur Zeit der bittersten Lebensgefahr gegenüber, kann man ohne weiteres feststellen: a) daß selbst unter Lebensgefahr das Deutsche Reich seine Linke weit milder behandelte als die USA, und b) daß unter diesen Umständen des absoluten Machtvertrauens der »alliierten und assoziierten« Mächte die Friedensresolution der Deutschen ausschließlich als ein Zeichen der Schwäche angesehen wurde. Die beteiligten Herren und Damen, darunter die Reichstagsabgeordeneten Erzberger und Eisner, waren also gegenüber dem deutschen Gemeinwohl ipso facto Hoch- und Landesverräter.

Kein Wunder, daß bald nach dem Ausbruch des Zweiten europäischen Krieges im September 1939 der Kongreß unter der Leitung des Rooseveltregimes das sogenannte Smithgesetz verabschiedete. Es datiert 1940, also lange vor Pearl Harbor. In Sachen »Umsturz des Staates« – ob nun durch Rat oder Tat, Anstiftung, Lehrtätigkeit, Veröffentlichungen usw. – übertrifft das Gesetz noch seine Vorgänger aus den Jahren 1917/18, wie etwa das

Spionagegesetz durch die allumfassende Breite seiner Anlage und Auslegung. Die Möglichkeiten einer »Verschwörung« schienen unendlich und wurden weidlich ausgeschöpft. In den 1950er und 60er Jahren sogar gegen die einst »treuesten« Verbündeten des amerikanischen Staates: die Kommunisten. Ob es während der staatlich geschürten Hysterie nach dem 11. September 2001 fröhliche Urständ feiert, wird die Zukunft zeigen. Rechtsstaat und Demokratie sind ja spätestens schon zur Zeit des Ersten Weltkrieges beseitigt worden. Rein zahlenmäßig wirkte sich das am nachteiligsten in den mehrheitlich von Deutschstämmigen besiedelten Staaten im Mittelwesten aus; vor allem in den von der Polizei leichter zu beherrschenden Großstädten, hier besonders in Milwaukee. Milwaukee war noch um die Jahrhundertwende die »fremdländischste« aller amerikanischen Großstädte (Um 1890 stammten 39 v.H. seiner Einwohner aus dem Ausland. Ein Jahrzehnt später waren immer noch über 150.000 seiner 285.315 Bewohner deutschgebürtig oder von deutschen Eltern abstammend.). Die deutsche Kultur war selbstbewußt und trotz aller Anfeindungen stark. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Wilsons wie auch Roosevelts Deutschenverfolgungen und die Unterdrükkung zahlreicher kriegsfeindlicher Sympathisanten – Iren, Skandinavier, Ungarn usf. – von einer zahlenmäßig kleinen, vom Volk nicht legitimierten, doch zu allem entschlossenen Elite durchgeführt wurden – also von einer Macht- und Gewaltelite, wie sie heute wieder *allenthalben* vorherrscht. Es ist die Herrschaft der Volkzerstörer und der Antidemokraten. Wirkt hier das »Eherne Gesetz« der Oligarchie, wie sich Robert Michels ausdrückte, oder ist es ganz einfach das skrupellose Ergreifen und die totale Anwendung der Machtmonopole der Polizei und der Meinungsfabriken?

Was ist ein Jahrhundert später vom Deutschtum »übriggeblieben«? Viel und zugleich wenig. Erfreulich ist, daß viele Amerikaner noch heute sich als Deutsche verstehen. »I am German« hört man allenthalben; sind sie auch vielfach der Muttersprache ihrer Großeltern nicht mehr mächtig. Man hat sie ihnen aus dem Herzen gerissen. Die Großen starben im frühen 20. Jahrhundert: »Captain« Fred Pabst im Jahre 1904, der Verleger Georg Brumder 1910, Viktor Berger kurz vor der Götzendämmerung in der Wallstreet 1929.

Das Zentrum, das Herz Milwaukees, weist auch heute noch hervorstechende alte deutsche Gebäude auf. Neben den lutherischen und katholischen Kirchen das renommierte Pfisterhotel

und insbesondere das hochgetürmte Rathaus – erbaut vom Architektenbüro »Henry« Koch. Um diese u.a. Denkmäler scharen sich in größerer Entfernung wohlbekannte deutsche Restaurants, deutsche Vereine wie das ›Bayerische Klubhaus‹ und der große ›Schwabenhof‹ der Donauschwaben. Allen Anfechtungen zum Trotz sind besonders rührig das »Goethehaus Milwaukee« und vor allem der »Deutsche Sprach- und Schulverein«, dem es nach jahrelanger Mühe gelang, dem öffentlichen Schulbezirk Milwaukee eine deutsche Immersionsgrundschule abzuringen. Angefangen von der Kindergartenebene sprechen hier die Schüler ausschließlich deutsch. Im Sommer stellt das »Germanfest« mit oft 200.000 Gästen aus den deutschgeprägten Gegenden Wisconsins, Illinois', Iowas und Minnesotas, das beliebteste Volksfest am Gestade des Michigansees dar. Diese dem Durchschnittsamerikaner teuren, idyllischen Einrichtungen und Veranstaltungen können wegen der schließlich überwundenen politischen, finanziellen und moralischen Hindernisse *und* der geleisteten Öffentlichkeitsarbeit nicht hoch genug bewertet werden. Aufgrund des fehlenden – besser gesagt: versagten und verbotenen – dauernden politischen Einflusses entbehren sie jedoch der Schlagkraft gegenüber der breiten Masse der Bevölkerung und versagen in der Abwehr gegen die Salven und Kampagnen der von einer winzigen Minderheit beherrschten Meinungsindustrie. Diese seit 1917 chronische politische Schwäche des Amerika-Deutschtums wirkt sich besonders fatal aus, führt man sich vor Augen, daß – realistisch gesehen – der Erwerb der politischen Macht, auf welche Weise auch immer, *alles* bedeutet, und daß eine kulturelle und Öffentlichkeitsarbeit als solche lediglich Handlangerdienste verrichten kann. Die wenigen, die an den Schalthebeln der Macht, also der Wirtschaft und Politik sitzen, ordnen bzw. unterordnen so ziemlich *alles* im amerikanischen Innenleben wie auch im Weltgeschehen. Das ist der Totalitarismus, wie ihn Noam Chomsky vom Institute of Technology, Massachusetts, beschreibt, und wird so lange bleiben, bis er über seine eigenen Beine stolpert.

Dann kracht's aber. Vom Standpunkt der Freiheit aus gesehen, ist die Masse der Bevölkerung, und zwar sowohl Amerikas als auch in der übrigen Welt, bereits zum Knecht jener Herren geworden. Höchstqualifizierte Kleingruppen gehören zu ihren Adjutanten, Assistenten und Knechten.

Die Deutschen und die dem deutschen Kulturkreis Entstammenden haben – besonders auch für das Überleben Amerikas – Lebenswichtiges geleistet. In den 30er und 40er Jahren wurden

die vom Nationalsozialismus Betroffenen in der übernationalen Gilde der vorwiegend deutschgeprägten Naturwissenschaft – wie Einstein, Bethe, Teller und Oppenheimer – zu den Vätern der Atom- und Wasserstoffbombe und ermöglichten so der amerikanischen Machtelite den Griff nach der Allmacht. Wenig später, am Ende des Zweiten Weltkrieges, verfrachtete Onkel Sam ganze Scharen deutscher Wissenschaftler und Techniker – u.a. General Dornberger und Prof. Wernher von Braun – nach den USA. Auf dem deutschen Vorsprung im Raketen- und Flugwesen aufbauend – und im Wettlauf mit den in die UdSSR verfrachteten Deutschen – erarbeiteten sie die Entwicklungslinien des bis heute gültigen amerikanischen Fortschritts im Flug- und Raumfahrtwesen. Ihr Beitrag *ist* unermeßlich. Sie retteten Amerika das Leben. Hat Deutschland den Dank Amerikas geerntet?

Nachdenken in dürftiger Zeit

Es wäre naiv annehmen zu wollen, die knapp geschilderten Vergehen, die systematischen Brüche der amerikanischen Verfassung usw. erstreckten sich lediglich auf einige Ausnahmezeiten, die sie gar nicht waren, da die USA bis zum Ausbau der sowjetischen Interkontinentalraketen von außen niemals bedroht wurden. Nein – dieses Verhalten weist genau auf den Normalzustand einer unbarmherzigen Auslese der »Fähigsten« hin, der Sozialdarwinisten, eingebettet in die permanente Ausbeutungsmentalität der amerikanischen Eliten. Der alleinige Maßstab ist der Erfolg – der Totalerfolg im Erringen der Macht und des Geldes. Geben wir einem Kenner das Wort, Eugen Kühnemann, der vom 7. September 1914 bis zum Mai 1917 in den USA weilte und als ›Carl-Schurz-Professor der Germanistik‹ an der Universität Wisconsin wirkte:

»... Dieses ganze Staatswesen trägt den Charakter der Unredlichkeit, des Mangels an Sachlichkeit und wahren Verantwortungsgefühls, der Abhängigkeit von staatsfremden Beweggründen unrettbar in sich ... Vor allem ist es in keinem Sinne ... eine Herrschaft des Volkes ... Alles vielmehr ist Maschine ... Das bedeutet aber, daß eine Handvoll von geschickten und oft gewissenlosen Männern das Geschick des Staats bestimmt ... Der Präsident regiert in allen wichtigen Fragen völlig selbstherrscherhaft. Seine persönliche Macht übersteigt bei weitem die des Kaisers ...«[31].

---

[31] Eugen Kühnemann, *Deutschland und Amerika*, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung München, 1917

Von den Herrscherallüren Wilsons geblendet, übersieht der Vertreter der klassischen Geisteswissenschaften das Auf- und Abwogen der maßlosen Machtkämpfe zwischen dem Kongreß und dem Weißen Haus, die auch vor der Anwendung der allerscheußlichsten Mittel nicht zurückschrecken – siehe die Nixon- und Clintonaffären. Doch im Kern hat er recht. Schon früh ergriff in den USA ein Kollektiv, eine ehrgeizige Machtelite die Zügel der Staats- und Gesellschaftskalesche zur eigenen Bereicherung und betrachtete die ins Land strömenden Entwurzelten und Verzweifelnden als Mittel zum Zweck, als einen auszunützenden Bevölkerungsbrei. Vom säkularisiert kalvinischen Kampf- und Beuteethos vorwärtsgetrieben, von der günstigen geopolitischen Lage am Atlantik und Pazifik unterstützt, und vom scheinbar grenzenlosen Reichtum des Kontinents ermächtigt, expandiert die Elite am Ende des 19. Jahrhunderts etappenhaft nach fast allen Seiten. Auf folgende Ereignisse sei hingewiesen: 1905/06 Friede von Portsmouth (beendet den japanisch-russischen Krieg), Algeciras (nachteiliger Ausgang für das Deutsche Reich), 1914–1917–1919 (deutschenfeindliche Maßnahmen unter dem Präsidenten Wilson), 1921/22 (die Marinekonferenz von Washington: japanfeindlich), 1924/29 Dawes- und der Youngplan, (der Deutschland die Fortzahlung der Reparationen ermöglichen sollte), 1928–1929–1931 (das Börsenfieber, der Börsenkrach und die Weltwirtschaftskrise), 1933 (die Thronbesteigung des Präsidenten F. D. Roosevelt, sein Vertrag mit Stalins Sowjetunion, seine Feindschaft gegen Japan und Deutschland), 1940–1945 (Roosevelts unerklärter Krieg gegen Deutschland, die provozierte Pearl Harbor-Affäre, die internationalen Treffen und Konferenzen von der »Atlantikcharta«, von Washington, Quebec, Casablanca, Kairo, Teheran, Moskau, Jalta, Potsdam), 1947/48 (Trumandoktrin und Marshallplan), 1949 (NATO), 1949/50 (der Verlust Chinas und der Koreakrieg), 1951 (Friedensvertrag mit Japan), 1956 (die ungarische Revolution und die Ausschaltung Englands und Frankreichs im Nahen Osten, Afrika und Asien), 1961–1973 (Krieg in Indochina), 1961–1989 (die Berliner Mauer), 1991 (der Fall des Sowjetreiches), 1991–2008 und weiter? Verstärkte militärische Einmischung in Vorder- und Mittelasien und der Welt ...

In allem eine bemerkenswerte, ungeachtet aller Rückschläge in Asien (China, Korea, Vietnam) steil nach oben tendierende Karriere, »geschickt, unredlich und gewissenlos« durch eine Mischung von Weltgeschäft – Dollardiplomatie – Öffentlichkeits-

arbeit und Kleinkriegen gespeist. 1991 ist das Ziel der Weltherrschaft erreicht – *Pax Americana.* Alle anderen Völker und Staaten dürfen nun, so scheint es wenigstens, nach dem in zwei Jahrhunderten bewährten Muster der Zuckerrohr- und Bananenrepublik behandelt werden. Doch weit gefehlt! Denn nach 1991 zeichnet sich immer weiter die Epoche der Reaktion ab: a) Überfüttert stockt das Weltgeschäft, besonders in den lebenswichtigen Dependencen Japan, Asien und Deutschland. Überhitzte Spekulation und eine unverantwortliche Innen- und eine aufbegehrende Außenpolitik wirbeln das Rad zurück. b) Wichtiger: Onkel Sam wird von seiner eigenen Ideologie zu Fall gebracht. Ab 1776 stellten die USA das berühmteste Beispiel eines in einem nationalen Freiheitskrieg geborenen Großstaates dar. Außerhalb des amerikanischen Doppelkontinents kommt dieser Nimbus ab 1945 ins Wanken. Ab 1991 wird das Weltreich von der von Wilson popularisierten Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Frage gestellt. c) Die in alle Weltecken und -enden entsandten amerikanischen Besatzungstruppen sind der wirksamste Gegner des amerikanischen Befreiernimbus'. Die derartig behandelten Völker entsinnen sich noch zu gut der »Wohltaten« des alten, klassischen Imperialismus der Engländer und Franzosen – außer in Deutschland, in welchem eine offizielle Politik der nationalen Erniedrigung und Unterjochung vorherrscht. d) Da Amerika der erste Weltherrscher und Weltallbeherrscher der Geschichte zu sein beansprucht, bläht sich sein Weltprestige logischerweise ins Unendliche auf. Es wacht argwöhnisch auch über jene Kleinsttat, die als Verletzung seiner Interessen ausgelegt werden könnte. e) Die entstehende Hysterie explodiert in der vom Sendungsbewußtsein ergriffenen amerikanischen Bevölkerung bei jedem auch nur vermeintlichen Rückschlag ins Unendliche: Wer wagt es, »unser unantastbares« Paradies anzutasten?

Das Zukunftspotential dieser – oft mit Absicht geplanten, teils sich zufällig ereignenden – »Heilsgeschichte« des 20. Jahrhunderts ist weitreichend. Einerseits ergibt sich die von Patrick Buchanan erörterte Möglichkeit des »Aufstandes« der amerikanischen Bevölkerung gegen die militär-industrielle Elite im Falle einer Katastrophenkette, die deren Führungsanspruch zumindest in Frage stellen würde. Im Gegensatz dazu ersehnen so manche europäische Fortschrittsgeister – die auch die letzte Bindung an die Freiheit durchschnitten haben – das Wunschbild einer Weltdiktatur, in der sich alle Völker und Staaten der Erde in

einer Internationalen vermeintlichen Wohlergehens auflösen würden. Oswald Spenglers dahinvegetierender »Fellachinismus« – oder schlechter: »New Yorkismus« – feiert fröhliche Urständ! Auf alle Fälle dürfen wir uns auf Überraschungen gefaßt machen; denn die »moderne Technik« wie auch die sie vorwärtstreibende Weltmacht- und Raffkultur beschleunigen die Auf- und Abwärtsbewegungen, die einstmals Jahrhunderte währten, aufs Äußerste.[32]

Vielleicht findet der »fortschrittliche« Sektor der Menschheit dann endlich zur Achtung der bleibenden Grundwerte der menschlichen Natur – und der Natur als ganzer – zurück.

---

[32] 54% in state claim German ancestry. Wisconsin's percentage leads nation, according to 1990 census data«, by Craig Gilbert, *The Milwaukee Journal*, Sunday January 10, 1993
1776-1976. Zweihundert Jahre deutsch-amerikanische Beziehungen. Two Hundred Years of Geman-American Relations. Herausg. Von Thomas Pilz, Heinz Moos Verlag München, 1975, S. 3–166
Paul C. Bartholomew, *Summaries of Leading Cases on the Costitution*, 10. Auflage, Littlefield, Adams & Co, Totowa, New Jersey, 1977, S. 80–83, 276–277
Frances Fox Piven & Richard A. Cloward, *The New Class War*, Pantheon Books New York, 1982, S. 66–150
Joel D. Joseph, *Black Mondays, Worst Decisions of the Supreme Court.* Foreward by Justice Thurgood Marshall. National Press, Bethesda, Maryland, 1987, u. a. S. 163–192.
Sally M. Miller, *Victor Berger and the Promise of Constructive Socialism, 1910–1920.* Greenwood Press, Inc., Westport, Connecticut; London; 1973, S. 17–244
Thomas James Norton, *The Constitution of the United States*, Committee for Constitutional Government, Inc., New York, 1922, 1940, 1952
Saul K. Padover, *The Living U.S. Constitution*, Revised, A Mentor Book, New York, Scarborough, Ontario, 1968, S. 162–291
Arnold Petersen, *The Supreme Court. Watchdog of Capitalism.* New York Labor News, 1937, 1971
John M. Swomley, Jr., *American Empire. The Political Ethics of Twentieth-Century Conquest.* The Macmillan Company, New York, 1970, S. 1–185ff.
Christopher Wolfe, *The Rise of Modern Judicial Review*, Basic Books, Inc., New York, 1986; u./a. S. 181–222
Eugen Kühnemann, *Deutschland und Amerika*; C. H. Beck, München 1917 u. a. S. 56–104
ders., *Aus dem Weltreich deutschen Geistes*, C. H. Beck München 1926, S. 14–274
»Ursachen, Verlauf und Lehren der Münchener Revolutionen ... 1918 bis ... 1919«; B. Baumans Verlag, München 1919

KAPITEL V

NORMALITÄT? 1919–1939

Wie bekannt, geißelte der radikale französische Premierminister Clemenceau die »Neue Diplomatie« des Präsidenten Wilson wie folgt: Sie bestehe darin, hochtönende Prinzipien zu verkünden, um bei Gelegenheit ihr genaues Gegenteil zu verwirklichen. Doch leider war weder Clemenceaus noch Poincarés Revanchepolitik vor und nach dem Weltkrieg irgendwie geeignet, Europa und der Welt einen dauernden Frieden zu bescheren. Die heute unter etlichen Politikwissenschaftlern Amerikas verbreitete Meinung, bei Fortsetzung der Gewaltpolitik Frankreichs wäre der Zweite Krieg zu vermeiden gewesen, zeugt demgemäß von der Blindheit dieser »Wissenschaftler« und von der krampfhaften Entschlossenheit führender amerikanischer Kreise, ihre Vorherrschaft über Deutschland, Europa und die Welt mit allen Mitteln – auch mit denen der Massenvernichtung – aufrechtzuerhalten.

Was beim Versailler Diktat und den übrigen »Friedensverträgen« herauskam, war die ständige Schwächung Europas, bewerkstelligt durch: 1. Die krankhafte Weiterführung der traditionellen Hegemoniebestrebungen Frankreichs über Kontinentaleuropa mit Hilfe seiner Verbündeten, Polen und der »Kleinen Entente« – Rumänien, Tschechoslowakei und Südslawien – gerichtet gegen Deutschland und gegen Sowjetrußland. 2. Das verzweifelte Festhalten Englands an dem sich in immer rascherer Auflösung befindenden Britischen Empire und sein Versuch, sich gegen die Vorherrschaft der USA auf den sieben Weltmeeren und in der Weltwirtschaft irgendwie zu behaupten. 3. Die Revisionsbestrebungen Deutschlands, Italiens wie auch Ungarns von 1919 bis 1939. 4. Die vorerst unlösbaren innen- und außenpolitischen Konflikte der neu entstandenen Staaten und damit die Balkanisierung des »Dritten Europa« von Finnland bis Griechenland. 5. Die angekündigte und tatsächliche Expansion Sowjetrußlands. 6. Die vorerst wirtschaftliche, geopolitische und ideologische, später auch die militärische Vormacht der Vereinigten Staaten über die wichtigsten Stützpunkte in der Welt. 7. Die Radikalisierung der staatlichen Innen- und Außenpolitik angesichts der erfolgreichen »Vorbilder« USA und UdSSR.

Ungeachtet Wilsons Versagen während der Pariser Konferenz waren die Vereinigten Staaten zweifellos die Hauptnutznießer dieser »Neuen Ordnung«. Schon im Laufe des Krieges 1914–1918, als Milliardenanleihen an England, Frankreich und Italien flossen, hatte New York dem eben verarmten London den Rang als das Wirtschafts- und Ideologiezentrum der Welt abgelaufen. So ist es auch geblieben. Der Ansturm amerikanischer Bräuche und Ideen wirkte sich auf das geschlagene und in einer Existenzkrise steckende deutsche Kernvolk Europas weltanschaulich besonders verwirrend und erschütternd aus. Das offensichtliche Vorgehen der neuerstandenen »Ordnungsmacht« aus Übersee und die großenteils von ihr revolutionierte Weltlage – wenn auch im Wettkampf mit Lenin – rief gebieterisch nach neuen Lösungen. Laut Auffassung des Soziologen Prof. Dr. Hans Gerth, einst an der Universität Wisconsin tätig, war die am rechten Flügel angesiedelte »Bewegung« während der Weimarer Zeit am auffallendsten in der Lage, die Früchte der »kulturellen Kolonisierung« einzuheimsen und in einer syn-kretistischen Synthese, in einer pragmatisch-politischen Zusammenlegung zu nutzen. Doch heutzutage, um die Jahrtausendwende werden jene Früchte besonders ausgiebig und direkt von der Machtelite aus Übersee eingeheimst und von »Hollywood« und »Madison Avenue«, den größten Werbezentren der Welt, pausenlos und profitreich unterstützt. Wehe dem Volk, das aufmüpfig nach Freiheit ruft! Es wird in einem – sämtliche Phasen des »Cyberkrieges« von der Tagesschau-Industrie bis hin zu den Massenvernichtungsmitteln umfassenden – totalen Feldzug eingeäschert, siehe Irak und Afghanistan. Aber in Europa muß es so weit nicht kommen.

Denn der Kern der »Frohbotschaft« ist die Wiederbelebung der uralten Lusttheorie in Europa. Da sie die sofortige und unbedingte Selbstbefriedigung des Individuums verlangt und alles andere – die Familie, die Gemeinschaft, das Vaterland – für unwichtig und lästig erklärt, bewirkt er logischerweise den politischen Quietismus – »das geht mich nichts an« – und fördert den völkerrechtswidrigen Status quo per 1991. Die Völker haben das Nachsehen. Sie werden entvolkt.

Was als »Bevölkerung« bzw. »Gesellschaft« übrigbleibt, verdummt. Die winzige Welt-Machtelite muß sich keine Sorgen machen. Endlich sind Deutschland, Europa und die Welt zu Helotenwüsteneien degradiert ... Europa droht Geistesverfall und Anarchie.

Dabei stimmt diese Botschaft aus dem »Paradies« gar nicht, wiewohl sie sich u.a. auf die Umdeutung des Satzes »life, liberty and happiness« – Leben, Freiheit und Glück – aus der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 stützt. Den sogenannten zersetzenden, politischen Individualismus gibt es in den USA nämlich gar nicht. Ganz im Gegenteil, huldigt die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung einem gesellschaftlich, wirtschaftlich wie politisch totalen Kollektivismus – einem Kollektivismus, der sich 1991 über den mehr oder weniger konkurrierenden Kollektivismus des anderen »Paradieses« der Werktätigen als endgültig überlegen erwiesen hat.

Spätestens ab 1917 hat sich diese »zweite amerikanische Revolution«, diese Heilsbotschaft, dieser Cäsaropapismus – schließlich ist er genauso unfehlbar wie der Papst – der Welt, Europa und dessen deutschem Kernvolk in etwa drei Stilarten offenbart: 1. Mittels der irreführenden bzw. verführerischen Schlagwörter im Stile Wilsons, F. D. Roosevelts, später L. B. Johnsons, R. Reagans, Clintons und der Bush-Sippe. Diese Phrasen richteten sich ursprünglich – und im Grunde genommen auch heute noch – an die Adresse Deutschlands und der Mittelmächte, wurden jedoch schon unter Wilson weltweit und universal formuliert. Ihre Urheber und Apologeten kümmern sich wenig darum, daß so geheiligte Grundanschauungen wie die der Präsidenten Washington und Jefferson und die der Monroedoktrin eine Einmischung der Vereinigten Staaten in europäische Streitfragen verbieten. Es darf auch heute noch, im 21. Jahrhundert, festgestellt werden, daß die große Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung die Kriegspolitik von 1939 bis 1941 und selbst die von 1914 bis 1917 grundsätzlich ablehnte und daß sie darin von verantwortungsbewußten Staatsmännern wie Senator und Gouverneur La Follette und dem ersten Außenminister Wilsons, William Jennings Bryan, bestärkt wurde. Ja, nach Wilsons Wahlsieg 1916 forderte Bryan vor dem führenden Demokratischen Nationalkomitee sogar eine Verfassungsänderung, die eine jede Kriegserklärung, außer im unwahrscheinlichen Fall einer Invasion, von einer Volksbefragung abhängig machen sollte. Amerika dürfe kein internationaler Polizist sein. Der Kongreßabgeordnete Louis Ludlow unterbreitete 1938 einen ganz ähnlichen Vorschlag. Ludlow sah im Falle eines erneuten Krieges »einen Riesentotentanz« richtig voraus. Trotz der wütenden Gegnerschaft Roosevelts wurde die Gesetzesvorlage nur knapp, mit 209 zu 188 Stimmen, abgelehnt.

Daß amerikanische Häuptlinge, d.h. mächtige Geschäftsleute/Politiker von beiden Monopolparteien, an der Weltgewaltpolitik beteiligt sind, zeigt die Liste der republikanischen und demokratischen Mittäter: 1916 Charles Evans Hughes, der republikanische Präsidentschaftskandidat und Außenminister unter dem späteren republikanischen Präsidenten Harding; sodann Bernard Baruch, der Wallstreetspekulant, Freund sämtlicher Präsidenten von Wilson bis Johnson und ab 1917 der Vorsitzende in Wilsons Gremium für die Kriegsindustrie; Herbert Hoover, der Quäker, erfolgreicher Ingenieur und Unternehmer, Zar der Lebensmittelverwaltung unter Wilson und nach 1928 republikanischer Präsident mit gemäßigter Außenpolitik, aber mit einem starken Interesse für »Wirtschaftsplanung«; schließlich auch John Foster Dulles, der schier allmächtige Außenminister unter dem Präsidenten Eisenhower, im Bunde mit seinem Bruder Allen W. Dulles, von 1953 bis 1961 Chef der Geheimpolizei CIA. Dulles gehörte ebenso wie Baruch zu Wilsons Gremium für die Kriegsindustrie und nahm an der Versailleskonferenz als Vorsitzender des Europäischen Ausschusses für Planung und Statistik teil. Selbstverständlich nimmt General Dwight D. Eisenhower, republikanischer Präsident, eine vorläufig krönende Stellung in dem Verzeichnis ein. Von einer *offiziellen* Isolationspolitik kann also auch unter den republikanischen Präsidenten von 1921 bis 1933 nicht die Rede sein, und schon gar nicht unter dem Demokraten Roosevelt, geschweige denn unter den demokratisch-republikanischen Regierungen ab 1945.

2. Wohl aber gab es – um mit den Worten der Historikerin Joan Hoff Wilson zu sprechen – einen »unabhängigen Internationalismus«, dem die republikanischen Regierungen ab 1921 zu folgen bestrebt waren. Treu seiner quäkerischen Herkunft erläuterte ihn Präsident Hoover folgendermaßen: »Es wird uns nie gelingen, *die Welt* mit Kriegshunden auf den Pfad der Rechtmäßigkeit zu treiben.« Eine kluge, unter den amerikanischen Verhältnissen sogar profunde Aussage, die eine klare Absage an die Außenpolitik der von Macht besessenen Präsidenten Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson darstellte, leider aber schon von Franklin Roosevelt über den Haufen geworfen wurde. Von Hoover mit Mitteln der Wirtschaftsplanung und Kartellisierung unterstützt, verzichteten seine Vorgänger Harding und Coolidge auf kriegerische Maßnahmen und setzten eher auf Konferenzen und Verträge, im Rahmen einer zwielichtigen Dollardiplomatie. Der Young- und Dawes-Plan zur Stärkung der deut-

schen Wirtschaft, um weiterhin Reparationen zahlen zu können, stellten bezeichnende Seiten dieser Außenpolitik dar. Allheilmittel waren das aber nicht.

Freilich, im Vorder- und Hinterhof der USA, in ganz Nord- und Südamerika, von der Beringstraße bis Feuerland, hatten auch die Republikaner nichts gegen die mehr als handfesten, traditionellen Einmischungsmethoden – die Th. Roosevelt und Wilson zu einer in der Welt sonst kaum zu beobachtenden Aggressions- und Militärpolitik genutzt hatten – in die rein inneren Angelegenheiten der anderen amerikanischen Staaten einzuwenden. Mit seiner politischen Schläue schien F. D. Roosevelt ab 1933 hier einen geruhsameren Gang einzuschlagen, den der »gut-nachbarlichen Politik«, der sich bei näherer Betrachtung aber als der alte Wolf im Schafspelz erwies. Vormacht und Vorherrschaft gingen so bis 1959 weiter, als Fidel Castros Revolution den Yankee-Liebling und Diktator Batista aus Kuba verjagte und damit die Macht der USA auch in anderen lateinamerikanischen Staaten in Frage stellte. Nachdem die beschwichtigende Politik des Demokraten Carter in den USA auf Ablehnung gestoßen war (siehe seine Panamakanal-Abmachung mit dem Diktator Omar Torrijos), griffen seine republikanischen Nachfolger Reagan und Bush d.Ä. mit Gusto die einst herkömmlichen, demokratischen wie republikanischen Aggressionsmethoden gegen die Latinos wieder auf, nur mit noch gesteigerter Rasanz. Die Folge war die völlige Unterdrückung jeglicher Unabhängigkeitsbestrebungen südlich des Rio Grande, verbunden mit einer immer krisenhafteren Misere für die Massen der lateinamerikanischen Bevölkerung. Clintons NAFTA-Pakt – North American Free Trade Area – mit Mexiko und Kanada drückte dieser Entwicklung noch den Stempel der Dauerhaftigkeit auf, während seine Industriearbeiter in den USA auch weiterhin das Nachsehen haben. Verelendungspraxis für die Schlechtweggekommenen.

3. Sachliche Beobachter können weder von Clintons »neudemokratischem« Bekenntnis, d.h. von den zur Zeit Reagans wiederaufgefrischten Thesen des reaktionären Manchesterliberalismus – seit 1933 durch den reformistischen Großkapitalismus der demokratischen Partei ersetzt – noch von den von G. Bush d. Jü. und seinem Verteidigungsminister Rumsfeld betriebenen militärischen Abenteuern in der Außen- und Innenpolitik überrascht sein. Warum? Es handelt sich um nichts anderes als um die seit McKinley und dem spanisch-amerikanischen Krieg von 1898

durch alten Brauch abgesegnete Ehe zwischen der Machtelite und der aktivistischen weltweiten Expansionspolitik, die von Th. Roosevelt und Wilson vehement vorangetrieben und von F. D. Roosevelt und seinen Nachfolgern als unersättlicher Weltappetit hinterlassen wurde. Dazu gesellen sich ganz natürlich die Kontrolle und die Unterdrückung der Andersdenkenden, der Nicht-Mitläufer der aus ihrer Sicht gefährlichen Innenpolitik. Gefährlich deswegen, weil ihr Vorbild anstecken, der Funke auf andere überspringen könnte. Möglicherweise gehen Herrschsucht und Welteroberungspläne der Machtelite wie auch deren Absegnung mittels geheiligter Stereotypen und Klischees nicht ganz so glatt vonstatten als ehedem. Gefährlich vor allem auch deswegen, weil die wahren Vorbilder und die Verfassungsdokumente der amerikanischen Republik von alters her – und heute wohl auch die eines jeden anderen Staates unserer Welt einschließlich der verblichenen Sowjetverfassung und der UNO-Charta mit ihren zahlreichen Beschlüssen – die Selbstbestimmung und die »Demokratie« eines jeden Volkes zu verbürgen scheinen. Kein Wunder also, daß der innen- wie außenpolitische Aktivismus in den USA und in jenen Staaten, in denen er ab 1917 und 1945 als Vorbild wirkte, gerne zur Unterdrückung seiner Mitbürger schreitet. Im 20. Jahrhundert ging Wilson mit schlechtem Beispiel voran. Noch 1920 legte er sein Veto gegen jene Gesetzesnovelle ein, die die Kriegsspionage- und Aufwiegelungsgesetze abschaffen sollte. Damals waren die USA der einzige, ehemals kriegführende Staat, der noch immer keine Amnestie für die politisch Inhaftierten erlassen hatte. Bekanntlich hatte sich der Oberste Gerichtshof noch 1919 enthusiastisch der Unterdrückungskampagne angeschlossen und war auch später – etwa ab 1937/1946 und nach dem Attentat von Oklahoma City im Jahre 1995 – bereit, die Kontrollmaßnahmen der Exekutive »rechtlich« abzusichern. Vor allem während sogenannter Ausnahmezeiten, anläßlich der vom Weißen Haus herbeigeführten oder beschleunigten Kriege und Wirtschaftskrisen werden zwielichtige Erlasse und Gesetze vom Präsidentenstab rasch beschlossen und vom Kongreß angenommen, wie z. B. das Anti-Terroristen-Gesetz von 2001.

Die Phrasen angeblicher Freiheit und Demokratie bieten sich geradezu an, die wahre Freiheit im Lande und anderswo zu unterdrücken. Wenn sich ein Staat wie die USA, der nach 1775 als das leuchtendste Beispiel einer aus einem nationalen Befreiungskrieg hervorgegangenen Republik galt, schon so verhält, was konnte

man dann von den neu entstandenen Staaten in Mittel- und Südosteuropa verlangen, die – besonders im Fall der ehemaligen Mittelmächte – von tatsächlichem Notstand gepeinigt wurden?

Behalten wir Leopold v. Rankes Wort im Auge, die Entwicklung so zu schildern »... wie eigentlich gewesen«, und untersuchen wir im Zuge der Lagebesprechung Europas und Amerikas auch die wichtigen Tatsachen im Hinblick auf Polen und die Tschechoslowakei.

Versailles-Polen

Die Tiefen und die Höhen der Innen- und Außenpolitik Polens in der Zeit von 1919 bis 1939 sind stark an die Politik Frankreichs gebunden. Nachdem Präsident Wilson und der britische Premier David Lloyd George die Lostrennung des linksrheinischen Deutschland vom Reich vereitelt hatten – die von Frankreich während der Ruhrbesetzung am 21. Oktober 1923 ausgerufene »Rheinische Republik« in Aachen scheiterte am Widerstand der deutschen Bevölkerung – setzte die französische Politik vor allem auf die Errichtung eines »Großpolen« im Verbund mit der südlich und westlich angrenzenden »Kleinen Entente«. Da Polen jedoch Grenzstreitigkeiten mit der CSR noch auszuhandeln hatte – vor allem im Teschener Gebiet – und darüber hinaus die führende Rolle in einem »Dritten Europa« von Finnland bis an die Südgrenzen Rumäniens beanspruchte, ließ es sich nicht in die Kleine Entente einbeziehen, sondern zog es vor, sozusagen unter vier Augen mit Frankreich unmittelbar zu paktieren. Im Februar 1921 unterzeichneten die beiden Staaten einen Beistandspakt, der im »Verteidigungsfalle« gemeinsame Maßnahmen »zum Schutz ihres Hoheitsgebietes und ihrer rechtmäßigen Interessen« vorsah. Polen war eben dabei, seinen mit Frankreichs Nachhilfe begonnenen und beendeten Krieg mit Sowjetrußland vermittels des *Vertrages von Riga* – März 1921 – zu den Akten zu legen. Dabei fielen ihm ausgedehnte Gebiete mit vorwiegend nicht-polnischer Bevölkerung zu, insbesondere Ukrainer und Weißrussen, die es systematisch zu unterjochen anfing. Frankreich vervollständigte seine östlichen Bündnisse durch entsprechende Verträge mit der Tschechoslowakei im Januar 1924, mit Rumänien im Januar 1926 und mit Jugoslawien im November 1927. Alle diese Staaten waren mit Minderheitsfragen schwer belastet.

Am 2. Mai 1921 erfolgte, mit der Billigung des polnischen Staates und der Unterstützung Frankreichs, der bewaffnete Auf-

stand Wojciech Korfantys in Oberschlesien. Dieser hatte bereits am 23. März die »wasserpolnisch«-schlesischen und die polnischen Einwohner zur Rebellion gerufen, nachdem Tags zuvor polnisches Militär die Grenze bei Kattowitz überschritten hatte. Vorherige Versuche der Warschauer Regierung im August 1919 und im August 1920, Oberschlesien zu annektieren, waren am deutschen Widerstand gescheitert. Korfanty war von 1903–1912 und 1918 Mitglied des Deutschen Reichstags, seit 1919 polnischer Plebiszitkommissar. Die Gründe für den Aufruhr: Als am 10. Januar 1920, mit der Ratifizierung des Vertrages von Versailles, Oberschlesien von der Deutschen Reichswehr geräumt werden mußte, rückte an ihrer Statt die »Internationale Plebiszitkommission« unter dem französischen General Le Rond mit französischen, englischen und italienischen Truppen ins Land. Vor allem die ersteren legten dem Terror Korfantys keinerlei Hindernisse in den Weg – im Gegensatz zu den Italienern. Die vom Völkerbund festgesetzte und von General Le Rond schließlich für den 20. März 1921 anberaumte Volksabstimmung – Deutschland oder Polen – sollte einen einwandfreien Entscheid für Polen ergeben. Allein vom 1. September 1920 bis zum 15. Januar 1921 wurden 55 Deutsche ermordet. Trotz allem fiel das Plebiszitergebnis für Polen und Frankreich zutiefst unbefriedigend aus: 702.045 Stimmen erklärten sich für den Verbleib beim Deutschen Reich (59,4 v.H.), Polen erhielt 479.232 Stimmen (40,6 v.H.). Das bedeutete, daß die »wasserpolnischen« Schlesier, die einen eher dem Tschechischen ähnlichen, mit vielen Germanismen durchsetzten westslawischen Dialekt sprechen und besonders in den ländlichen Gegenden des Abstimmungsgebiets die Bevölkerungsmehrheit ausmachten, hauptsächlich für Deutschland optiert hatten. Als Antwort darauf entfachte Korfanty, von Warschau unterstützt, den erwähnten »Aufstand«. Erst als die gegen die Eindringlinge sich zusammenscharenden deutschen Freikorps unter dem Oberkommando des Generals Höfer – eine Gedenktafel an der Altöttinger Gnadenkapelle erinnert selbst heute an ihre bayerischen Mitkämpfer – trotz widriger Umstände mehrere Siege, vor allem den vom *23. Mai 1921 am Annaberg* errangen, durfte die polnische Gefahr wenigstens vorläufig als gebannt angesehen werden. Doch nicht für lange. Schon einen Tag nach der Schlacht am Annaberg sah sich Reichspräsident Ebert genötigt, unter französischem Druck die »... Bildung von Freikorps und anderen Freiwilligenverbänden für Oberschlesien ...« zu untersagen. Auf der Entente-Ebene kam es

jedoch zu Reibereien zwischen Frankreich und England. Letzteres hatte sich verhältnismäßig rasch von seinen – noch in den Dezemberwahlen 1918 vorherrschenden – kriegerischen Leidenschaften erholt. Dem Empire waren schließlich ungeheure Ländereien zugefallen. Andererseits schien Frankreichs Militärgehabe das Schreckgespenst einer überstarken kontinentalen Vormacht wieder heraufzubeschwören. Wie im Rheinland und in der Danziger Frage konnten sich Frankreich und Britannien auch über Oberschlesien nicht einig werden. Es wurde der Völkerbund befragt. Dessen Rat verkündete am 20. Oktober 1921 die Teilung Oberschlesiens. Entgegen dem Wahlergebnis und trotz der engen wirtschaftlichen Verquickung des Industriereviers mit dem übrigen Schlesien wurden etwa 40 v.H. der Bevölkerung – die genaue Zahl beläuft sich auf 892.547 –, insbesondere aber der weit überwiegende Teil der Kohlen- und Eisenerzgruben sowie der Steinkohle- und Eisenerzvorkommen, Hochöfen und Walzwerke, Polen zugesprochen.

Das war die Wirklichkeit der – im polnisch-französischen Abkommen vom Februar 1921 vereinbarten gegenseitigen »Schutzmaßnahmen zur Erhaltung des »Hoheitsgebietes« und der »rechtmäßigen Interessen«. Diese Entscheidung und die neu geschaffenen Verhältnisse in der Provinz Posen, in und um Danzig, in West- und Ostpreußen – sollte das deutsch-polnische Verhältnis auf Jahrzehnte hinaus belasten. Vom Standpunkt der Seemacht Britannien, die es bis März 1939 traditionell ablehnte, in osteuropäische Händel hineingezogen zu werden, hatte Lloyd George durchaus recht, als er am 24. März 1919 die folgende Warnung an die Konferenz von Paris aussprach:

»In der Stunde des Triumphes begangene Ungerechtigkeit und Anmaßung werden nie vergessen noch vergeben werden. Aus diesem Grunde bin ich streng dagegen, mehr Deutsche ihrem Vaterland zu entreißen und sie der Herrschaft anderer Nationen zu unterwerfen, als unbedingt notwendig ist. Ich kann mir keine größere Ursache eines zukünftigen Krieges denken, als das deutsche Volk, welches sich gewiß als eine der stärksten und mächtigsten Nationen der Welt gezeigt hat, mit einer Anzahl kleiner Staaten zu umgeben, von denen viele aus Völkern bestehen, die früher nie eine eigene Regierung besaßen, jetzt jedoch bedeutende Massen Deutscher einschließen sollen, die ständig nach Wiedervereinigung mit ihrem Heimatlande rufen werden. Der Vorschlag der polnischen Kommission, daß wir 2.100.000 Deutsche unter die Herrschaft Polens stellen sollten, ...

muß nach meinem Urteil früher oder später zu einem neuen Krieg im Osten Europas führen ...«

Prophetische Worte, die von der bis ins Mark getroffenen deutschen Nation vollauf geteilt wurden. Der damalige deutsche Außenminister Graf v. Brockdorff-Rantzau machte daher seinem Herzen in überzeugenderweise Luft, als er das Versailler Diktat empört zurückwies. Er erklärte:

»[Der Text] steht im schroffsten Widerspruch zu der vereinbarten Grundlage für einen dauerhaften Rechtsfrieden [mit Wilsons Vierzehn Punkten – d. Verf.]. Nahezu keine einzige Bestimmung des Vertragsentwurfs entspricht den vereinbarten Bedingungen, und der Entwurf fordert in territorialer Hinsicht die Annexion rein deutschen Gebietes und die Unterdrückung des deutschen Volkstums. Er bringt die völlige Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens. Er führt das deutsche Volk in eine in der Weltgeschichte bisher nicht gekannte finanzielle Sklaverei. Die Verwirklichung dieses Vertragsentwurfs würde für die ganze Welt ein neues Unglück bedeuten.«

Lloyd George, der berühmte englische Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes, Graf v. Brockdorff-Rantzau und viele andere Kritiker, sahen das drohende Unheil klar voraus, und das im Hinblick auf den Vertragsinhalt als solchen. Die »Realität« der abenteuerlichen Aufteilung der Mitte Europas und ihres östlichen Saumes schuf dauernde Labilitäten, die im Grunde genommen bis ins 21. Jahrhundert nicht verbessert oder gar gelöst worden sind – trotz der Massenmorde und der Massenvertreibungen nach 1945.

Zur polnischen Frage sei noch erwähnt, daß es Lloyd George immerhin gelang – im Gegensatz zu den Wünschen Polens und Frankreichs –, den von Paderewskis Vorstellungen betörten Wilson dahingehend umzustimmen, von seiner Idee einer Angliederung Danzigs an Polen abzulassen, und statt dessen eine vom Völkerbund überwachte »Freie Stadt« an der Weichselmündung herzurichten. Nicht, daß Polen darauf verzichtet hätte, Danzig so bald wie möglich doch zu übernehmen. Es verharrte in Lauerstellung. Im Oktober 1920 besetzte General Zeligowski die jetzige Hauptstadt Litauens und Geburtsstadt des Marschalls Pilsudski, Wilna. Sie wurde Polen eingegliedert. Litauen revanchierte sich, indem es am 10. Januar 1923 mit Freischaren ins Memelland einfiel und dieses dem eigenen Territorium anschloß. Ohne Übertreibung darf festgestellt werden, daß in der »Zwischenkriegszeit« von 1919 bis 1939 Polen zwar die aktivste Re-

visionspolitik in Europa betrieb – sieht man von der revolutionären Zielsetzung Sowjetrußlands einmal ab –, aber das gesamte »Dritte Europa« vom Baltikum bis Griechenland und Thrakien einen brodelnden Krisenherd darstellte. Um dem Präsidenten Wilson die gebührende Gerechtigkeit angedeihen zu lassen, sei festgestellt, daß er sich den ausufernden Forderungen Polens und Frankreichs entgegenstellte, sobald seine monumentalen Vorurteile, sein Missionarsethos und seine Herrschsucht dies zuließen. Ein Großteil Schlesiens, Ostpreußen und ein kleinerer Teil Westpreußens blieben beim Reich. Der von ihm sehnlichst herbeigewünschte Völkerbund ordnete im deutschen Kulturkreis – neben dem »Fall« Oberschlesien – einige weitere Plebiszite an. Am 20. Februar 1920 wurde in Nordschleswig über dessen Verbleib im Reich oder dessen Anschluß an Dänemark abgestimmt. Im nördlichen Teil der Abstimmungszone ergab sich eine 75prozentige Mehrheit für Dänemark, während in ihrem südlichen Abschnitt für Deutschland gestimmt wurde. Ungeachtet der späteren Teilung Oberschlesiens, in welcher Polen bevorzugt wurde, teilte der Völkerbund dieses Gebiet nicht und sprach es in seiner Gänze Dänemark zu. Ein von vornherein zweifelhaftes Verfahren, da ja Dänemark im Ersten Weltkrieg ein neutraler Staat gewesen und Nordschleswig staatsrechtlich seit 1864 ein Teil des Deutschen Bundes und seit 1871 ein Teil des Deutschen Reiches gewesen war. Mit derselben Logik hätte das südschwedische Skåne, das früher einen Teil des Königreiches Dänemark ausmachte, wieder von ihm annektiert werden dürfen. Es wird vermutet, daß die enge Verwandtschaft der englisch-hannoverschen Dynastie mit dem dänischen Königshaus die Abtretung ganz Nordschleswigs förderte. Plebiszite fanden auch im südlichen West- und Ostpreußen, am 11. Juli 1920, statt. Im Bezirk Allenstein – einschließlich der Masuren – sprachen sich 97,9 v.H. für den Verbleib bei Deutschland, im westpreußischen Marienwerder 92,4 v.H. für Deutschland aus. Diese überzeugenden Mehrheiten – welche den etwa gleichzeitigen Abstimmungsergebnissen in den Ländern Salzburg und Tirol der damaligen Republik Deutsch-Österreich entsprachen, schlossen eindeutig die Masse der ansässigen Kaschuben und Masuren mit ein, auf deren polenfreundliches Votum die Warschauer Regierung, wenn auch vergeblich, gehofft hatte.

Nicht enttäuscht wurden die Absichten Wilsons und seiner Versailler Parteigänger, Westpreußen/Pommerellen und die Provinz Posen, dem polnischen Staat zuzuschlagen. Vermutlich hät-

ten auch hier zahlreiche Städte und Bezirke zugunsten Deutschlands gestimmt. Doch der von Wilson initiierte, aber von England und vor allem von Frankreich überschattete Völkerbund lehnte es ab, in diesen Fällen – wie auch in Danzig, dem Sudetenland, den Karpatengebieten Ungarns, der Untersteiermark und in Deutsch-Südtirol – vom Reichsland Elsaß-Lothringen ganz zu schweigen – Volksbefragungen durchzuführen. Es sei hier an die berechtigte Kritik der überragenden amerikanischen Senatoren Robert La Follette und Borah aus den Jahren 1919/1920 erinnert, wonach Wilsons Völkerversammlung zu einem »Imperialistenklub« ausarten werde, in dem das Gros seiner Mitglieder zum Spielball einiger weniger Großmächte herabgewürdigt würde. War es anders? Betrachten wir das Beispiel Danzigs.

Diese prächtige Hansestadt war 1224 als deutsche Stadtgemeinde mit Lüb'schem Recht gegründet worden. Ihr Name scheint sich von der Bezeichnung »Gothiskanza« – Gotenküste – des Geschichtsschreibers Jordanes herzuleiten. Nach der Auflösung der ostgermanischen Reiche hatten friesische, sächsische und fränkische Kaufleute an dieser Küste ihre Handelsstützpunkte. Die reichsdeutsche Besiedlung Westpreußens nahm 1178 n.Chr. mit der Gründung des Klosters Oliva ihren Anfang. Von 1308 bis 1454 gehörte Danzig dem Deutschen Orden an. Von diesem Zeitpunkt bis zur zweiten polnischen Teilung von 1793 schloß es sich dem polnisch-litauischen Staat an, behielt jedoch weitgehende Privilegien als »Freistadt«, darunter die eigene Gesetzgebung, das Münzrecht und die diplomatische Vertretung an ausländischen Höfen. 1793 wurde Danzig von Preußen übernommen, sank vorläufig zu einer Provinzhauptstadt Preußens ab, erlebte aber in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine wirtschaftliche Blüte. Zahlreiche Werften, Fabriken und Großwerkstätten verliehen der Stadt eine erstklassige wirtschaftliche und räumliche Bedeutung in Ostdeutschland, im Baltikum und bei den übrigen Ostseeländern. Als nach Ende des Ersten Weltkrieges die Versailler Bedingungen bekannt wurden, demonstrierte ihre Bevölkerung in Großkundgebungen gegen die Lostrennung vom Mutterland. Der Magistrat richtete ein Telegramm mit folgendem Wortlaut an das Reichsinnenministerium: »Unsere alte Hansestadt Danzig ist durch deutsche Kulturkraft entstanden und gewachsen, sie ist kerndeutsch. Wir nehmen für uns das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Anspruch. Wir wollen deutsch bleiben immerdar ...« Im Reich selbst tauften Städte und Ortschaften manche Plätze zu Ehren

des Danziger Freiheitskampfes »Danziger Freiheit«, so München und die uralte Kaiserstadt Regensburg an der Donau. Vergebens. Es darf sogar als ein »glücklicher« Umstand bewertet werden, daß es Lloyd George und – zögernder – auch Woodrow Wilson Frankreich nicht gestatteten, die Hansestadt völlig an Polen anzuschließen. Ansonsten war die neugeschaffene Lage wenig vom Glück gesegnet.

Freilich, rein rechtlich gesehen, hatte der Völkerbund in Danzig das Sagen. Sein wohl bekanntester Hoher Kommissar Carl Jakob Burckhardt, der deutsch-schweizerische Historiker, Diplomat und Sproß der berühmten Patrizierfamilie aus Basel, trat im Februar 1937 sein Amt an. Das gab noch um *1990* – zur Zeit der deutschen Teilvereinigung – laut der Meldung des gehobenen Mittelklasseblattes *The Milwaukee Journal* in den USA Anlaß zur weitverbreiteten Meinung, Danzig habe »zwischen den zwei Weltkriegen der Schweiz gehört«. Realpolitisch aber war die Stadt mit ihren 383.995 Einwohnern und 1966 qkm Umland in der Hand Polens. Im Gegensatz zu ihrem Status als tatsächlicher Freistaat vor der zweiten Teilung Polens im Jahre 1793 bestimmte ab 1920 der polnische Staat die auswärtigen Angelegenheiten und den »Schutz« der Danziger Staatsbürger. Danzig und Umland wurden dem polnischen Zoll unterstellt. Sogar die Eisenbahnen standen unter polnischer Verwaltung und Bewachung. Der »Ausschuß für den Hafen und die Wasserwege von Danzig«, pro forma paritätisch mit Deutschen und Polen besetzt, befand sich in Reichweite polnischer Geschütze. Zugleich baute der polnische Staat den Konkurrenzhafen Gdingen zügig aus, so daß der sogenannten Freistadt auch wirtschaftlich das Wasser abgegraben wurde. Vielleicht drückte sich in dieser Gewaltlage die Universität Basel anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Carl J. Burckhardt am 10. Juni 1939 am passendsten aus:

»Der Menschenfreund, der als Historiker stets humane Würde hochhielt und sich der großen Aufgabe, die ihm der Völkerbund neuerdings übertrug, im Sinne des Rechts und des Friedens unter den Völkern widmete, hat sich nicht nur um die Rechtsgrundsätze, sondern auch um das Vaterland aufs beste verdient gemacht.«

Menschenwürde und Völkerrecht wurden von den Siegermächten und ihren Zöglingen leider sehr klein geschrieben. Obgleich die alliierten Großmächte in ihren Verträgen mit den betreffenden Staaten Klauseln eingefügt hatten, welche die Rechte

der völkischen, konfessionellen und rassischen Minderheiten zu wahren vorgaben – im Falle Polens und Rumäniens sollte die zahlreiche jüdische Minderheit besonderen Schutz genießen –, hingen die Auslegung und die reale Ausübung dieser Rechte von den Interessen und der Machtdiplomatie Englands und vor allem Frankreichs im Völkerbund ebenso ab wie von den Praktiken einer verheerenden Assimilierungs- bzw. Austilgungspolitik der neuen Staaten. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß diese Staaten von Jugoslawien bis Polen – ausgesprochene Vielvölkergebilde darstellten. Wie dieses Vielvölkermosaik mit den – von den schlagkräftigen Forderungen der Revolutionen von 1789 und 1848 herrührenden – politischen und weltanschaulichen Auffassungen vereinbart werden sollte, zeigen die Tatsachen von 1919 bis 1939. Bis heute, anfangs des dritten Jahrtausends, ist weder rechtlich noch menschlich eine tragbare Lösung gefunden worden.

Unvoreingenommene amerikanische Wissenschaftler weisen darauf hin, daß z. B. die deutsche Minderheit in Polen »reichlich Ursachen zum Klagen« hatte.[33] Die offizielle polnische Haltung verwies ihrerseits darauf, daß die Minderheiten gar keines Schutzes ihrem Staat gegenüber bedürfen und daß eine Klage vor dem Völkerbund »unloyal« sei. Fühlte sich Polen in seiner »protektorischen« Funktion beeinträchtigt, schritt es sogleich zu Schikanen und Unterdrückungsmaßnahmen, und zwar nicht nur gegen seine deutschen und jüdischen Minderheiten, sondern auch gegen seine zahlenmäßig starke ukrainische, weißrussische und litauische Bevölkerung. Schon 1926, als Deutschland endlich zum Völkerbund zugelassen wurde – nach der Unterzeichnung des Locarnopakts, in dem das Deutsche Reich u.a. seine Westgrenzen zu Frankreich und Belgien, nicht aber seine Ostgrenzen zu Polen und der Tschechoslowakei anerkannte, unter den gegebenen Umständen ein Meisterstück des Reichsaußenministers –, verurteilte Stresemann die Vorgehensweise Polens. Es wird berichtet, daß er in Madrid bei einer Ratssitzung des Völkerbundes mit der Faust auf den Tisch schlug, um der Beschwerde der deutschen Minderheit Gehör zu verschaffen. Angesichts der realen Schwäche Deutschlands dürfte sich die Warschauer Regierung

[33] u.a. Richard Blanke, *Orphans of Versailles: The Germans in Western Poland 1918–1939*, Lexington, Kentucky, 1993; Charles C. Tansill, »The United States and the Road to War in Europe« in Harry Elmer Barnes, ed. *Perpetual War for Perpetual Peace*, Greenwood Press, Publishers, New York [1953] 1969

wenig beeindruckt gezeigt haben. Dies erhellt sich schon daraus, daß laut Telegramm Nr. 1023 vom 6. April 1939 des amerikanischen Botschafters in Warschau, in der Zeit von 1919 bis 1926 etwa 990.000 Volksdeutsche genötigt waren, Polen zu verlassen. Im Urtext: *It is estimated that, in the years 1919–1926, some 990,000 Germans left Polish territory to take up permanent residence in Germany ...«* Bei einer gesamtstaatlichen Bevölkerung von über 31.915.800 bezifferte die amerikanische Botschaft die Zahl der Volksdeutschen auf noch 741.000. 1919 hatte Premierminister Lloyd George noch von 2,1 Millionen betroffenen Deutschen gesprochen.

Zweifellos bildeten die Minderheitenpolitik des damaligen Polen wie auch der unselige Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei und die allerdings weniger bekannte Vertreibung Hunderttausender Ungarn aus der Slowakei, Rumänien und Jugoslawien – die genozide Entvolkung großen Stils unter Lenin, Dzerschinskij und *Genossen* nicht zu vergessen – die Präzedenzfälle für die um 1944/45 beginnende Lawine von Massenvertreibungen und von Massenmord von mehr als 20 Millionen Menschen aus Ost- und Mitteleuropa nach dem Westen. Als erschwerender Umstand kommt hinzu, daß maßgebende polnische Regierungskreise – mit Ausnahme einiger scharfblickender Politiker wie des späteren Ministerpräsidenten der Exilpolen, General Sikorski – den Besitz nicht nur Danzigs, sondern ganz West- und Ostpreußens sowie Schlesiens begehrten. Bereits am 17. Juni 1939 (!) war der NS-Propagandaminister Goebbels während einer Ansprache in Danzig in der Lage zu behaupten, der polnische Staat erstrebe eine Grenze entlang der Oder. Die Periode des beruhigten Status quo zwischen Polen und Deutschland war endgültig vorbei.

Zur Vorgeschichte des polnischen Staates im 20. Jahrhundert – sie ist aufs engste mit der Geschichte Deutschlands und Rußlands verknüpft – einige kurze Hinweise. Nach den unseligen Teilungen Großpolens im 18. Jahrhundert – wobei der Löwenanteil an das zaristische Rußland fiel – erstand der polnischen Nation etwa 120 Jahre später ein Retter, der dazu ausersehen war, Polen wiedererstehen zu lassen. Seit 1908 nationaler Sozialistenführer in Opposition zu Rußland, gründete Pilsudski bei Kriegsausbruch in Krakau die »polnische Legion«, um auf seiten Österreichs und der Mittelmächte gegen Rußland ins Feld zu ziehen. Sein Bemühen war von Erfolg gekrönt, als am 5. November 1916 die Kaiser Deutschlands und Österreichs gelobten,

ein »unabhängiges Königreich Polen« in enger Anlehnung zu ihren Reichen zu konstituieren. In Warschau, das kurz zuvor noch dem russischen Herrschaftsbereich angehört hatte, errichtete man eine Regentschaft. Die Frage, ob dieses Vorgehen einen Separatfrieden Rußlands mit den Mittelmächten vereitelte, sei dahingestellt – jedenfalls entsagte das bolschewistische Rußland im Vertrag von Brest-Litowsk vom März 1918 allen seinen Ansprüchen auf polnisches Gebiet. Der damalige General – und spätere Marschall – Pilsudski war allerdings zu dem Schluß gekommen, daß Polens Freiheit nicht allein die Niederlage Rußlands, sondern ebenso die Niederlage der Mittelmächte zur Voraussetzung habe, und so kam es auch. Im November 1918 übernahm er in Warschau die Regierungsgeschäfte. Er selbst wurde zum Präsidenten, der Klaviervirtuose Paderewski, der im Gegensatz zu Pilsudski die Westmächte und insbesondere den Präsidenten Wilson umworben hatte, zum Premier- und Außenminister bestellt. 1920 besiegte Pilsudski – mit Hilfe Frankreichs – die Bolschewiki vor den Toren Warschaus. Alle Welt sprach vom »Wunder an der Weichsel«. Polen, der revisionistische Staat Europas, hatte zwar Sowjetrußland mit Erfolg angegriffen, war aber dann von den Reiterheeren Budjonnys fürchterlich gemaßregelt worden. Im wirtschaftlichen und politischen Chaos der Nachkriegszeit unternahm Pilsudski *1926* einen Staatsstreich, der ihn zum starken Mann Polens machte. Nationalheld war er bereits. Überraschend unterzeichnete er am 26. Januar *1934* einen zehnjährigen Nichtangriffspakt mit dem Deutschen Reich. Dieses Abkommen wurde vielfach als ein sowjetfeindlicher Akt gewertet, enthielt aber auch eine unmißverständliche Warnung an Frankreich, den Hauptbundesgenossen Polens. Frankreich hatte sich im Bunde mit dem Vereinigten Königreich dem Vorschlag Mussolinis für einen europäischen Viermächtepakt – Frankreich, England, Italien, Deutschland – genähert und damit nicht nur seine Dependencen bei der Kleinen Entente geängstigt. Vier Jahre darauf im Münchener Abkommen sollte die von den letzteren befürchtete Lage eintreffen. Weit klüger wäre es gewesen, die Pariser Verträge von 1919 in ihrer damaligen Form nicht zu beschließen oder aber, nach deren Zustandekommen, den berechtigten Wünschen Deutschlands, Österreichs und Ungarns noch in den zwanziger Jahren zu entsprechen. Es wurde aber weiterhin rücksichtlose Machtpolitik getrieben. Als 1931, zwei Jahre nach dem gigantischen Wallstreetkrach, der die Weltwirtschaftskatastrophe einleitete, die Regierung Brüning den

deutsch-österreichischen Zollunionsplan bekanntgab, machten ihn Frankreich und seine Verbündeten zunichte. Dies zog am 11. Mai 1931 den Zusammenbruch der Österreichischen Kredit-anstalt nach sich, was wiederum erhebliche Verluste für deutsche Großbanken zur Folge hatte. Die im wesentlichen durch amerikanische Kredite gestützte deutsche Wirtschaft, die jetzt wieder in Zahlungsschwierigkeiten geriet, brach mit dem Bankkrach vom 13. Juli 1931 vollends zusammen.

Abrüstung und?

Ähnlich verhielt es sich mit der heiklen, weil lebenswichtige Gebiete berührenden Frage der Abrüstung. Der Völkerbundvertrag erklärte feierlich, daß »die Erhaltung des Friedens die Senkung der staatlichen Rüstung auf den niedrigsten, mit der nationalen Sicherheit zu vereinbarenden Punkt verlangt ...« Doch nur die besiegten Mittelmächte waren bis an den Rand der Schutzlosigkeit entwaffnet worden. Andere Länder, vor allem aber ihre Nachbarn, blieben unter dem Vorwand der staatlichen und nationalen Sicherheit bis an die Zähne bewaffnet. Nicht, daß der Völkerbund keine mehr oder weniger akademischen Versuche, seine Versprechen einzulösen, unternommen hätte. In den zwanziger Jahren nach der Marinekonferenz von Washington berief er eine Heereskommission, die Untersuchungen zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz einleitete. Nach langen Verhandlungen, die übrigens auch die Nicht-Mitgliedsstaaten USA und Sowjetunion mit einschlossen – der sowjetische Kommissar des Äußeren Litwinow schlug eine Vollabrüstung aller vor und sorgte damit für eine betretene Peinlichkeit unter den Siegermächten –, unterbreitete die Kommission 1930 einen ersten Vertragsentwurf. Im Februar 1932 tagte dann die besagte Konferenz mitten während der Mandschukuokrise. Japan – von der Weltwirtschaftskatastrophe und seiner rasch steigenden Bevölkerungszahl an den Rand der Verzweiflung getrieben – ging daran, sein im russo-japanischen Krieg von 1904/05 erworbenes mandschurisches Interessengebiet zu erweitern, stieß dabei aber auf chinesischen Widerstand. Im Mai 1933 schloß es mit Tschang-Kai-Schek einen Waffenstillstand. Bereits ein Jahr zuvor hatte eine mandschurische »Nationalversammlung« die Unabhängigkeit des Staates Mandschukuo unter dem Kaiser K'ang-Te – dem mandschu-chinesischen Pu-ji – erklärt und sich unter den Schutz Japans gestellt. Staatsrechtlich gesehen

entsprach dies etwa dem Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Kuba. Als der Oberste Rat des Völkerbundes Japan der Aggression bezichtigte, kündigte dieses seine Mitgliedschaft im März 1933.

Die Abrüstungskonferenz in Genf lief weiter. Doch schon am 16. September *1932* drohte die deutsche Delegation, die sich in ihrem Streben nach Gleichberechtigung allerorts geprellt sah, mit dem Austritt aus der Konferenz. Schnell wurde ein Fünf-Mächte-Treffen einberufen – USA, England, Frankreich, Italien, Deutschland –, das ein Lippenbekenntnis zugunsten Deutschlands ablegte, wodurch eine gewisse Beruhigung eintrat. Vom März bis Juni 1933 folgte die Episode des bereits erwähnten Viermächtepaktes Mussolinis. Am 17. Mai 1933 hielt der neueingeführte deutsche Reichskanzler und Diktator Adolf Hitler eine unvermutet gemäßigte Ansprache, in der sich Deutschland weiterhin zur Mitarbeit in Genf bereiterklärte. Im Herbst trat die Abrüstungskonferenz erneut zusammen, ohne allerdings substantielle Zugeständnisse zu machen. Daraufhin verließ Deutschland die Konferenz und trat am 19.10. aus dem Völkerbund aus. Im Dezember signalisierte Hitler, daß er beabsichtige, die Abrüstungsverhandlungen unter bestimmten Bedingungen fortzuführen. Diese schlossen ein: eine Wehrmacht von 300.000 Mann mit allen von der Konferenz als defensiv bezeichneten Waffen, das Weiterbestehen von SS und SA und die sofortige Rückkehr der Saar zu Deutschland. Die Alliierten hatten das Rheinland mit seinen Brückenköpfen am 30. Juni 1930 geräumt. Die Abrüstungskonferenz dauerte bis in den Sommer 1934, als Großbritannien – die Macht, der am meisten an der Begrenzung der Landstreitkräfte, nicht aber der Marine gelegen war – ihr Scheitern verkündete. Von nun an würde es seine *Aufrüstung* – zu Lande und vor allem in der Luft – nicht mehr beschränken. Diplomatisch geschickt umschrieb es so ein *fait accompli*, das schon seit 1932 bestand. Um die Mitte des Jahres wurde ein staatliches Flugzeugprojekt (B. 9/32) ausgeschrieben, das die Konstruktion eines zweimotorigen Hochleistungsbombers vorsah. Die nun entwickelten – rein offensiven – Bombertypen wie die Handley-Page »Hampden«, die Armstrong-Whitworth »Whitley« und vor allem die Vickers »Wellington« wiesen für die dreißiger Jahre eine hohe Geschwindigkeit auf. Sie konnten schwere Bombenlasten bis zu 3,2 Tonnen mit sich führen und je nach Spritzuladung eine aufsehenerregende Flugweite bis zu 3800 km erreichen. In dieser Hinsicht waren sie ihren deutschen,

nach 1934/35 entwickelten Konkurrentinnen wie der Heinkel 111, der Junkers 88 und der Dornier 17 weit überlegen. Die Seemacht England war damit in der Lage, von ihren über den ganzen Erdball verstreuten Stützpunkten aus sämtliche Industrie- und Rohstoffländer militärisch-diplomatisch unter Druck zu setzen. Ganz Deutschland und Italien lagen innerhalb des Aktionsradius dieser Flugwaffen. Freilich unterscheidet sich die rauhe Wirklichkeit bisweilen von den mit Rechenmaschinen konstruierten Absichten. Am 18. Dezember 1939 flogen 24 Wellingtons einen Tagesangriff auf die Schillingwerften und Wilhelmshaven. Zehn Maschinen wurden abgeschossen, drei schwer beschädigt. Die Niederlage in der »Schlacht an der Deutschen Bucht« veranlaßte London, sich – zunächst verdeckt, ab März 1940 nach Kabinettsbeschluß aber auch ganz offiziell – auf Nachtangriffe gegen zivile Ziele in Deutschland zu verlegen. Bereits 1936 hatte England Pläne für viermotorige Bomber entworfen (B. 12/36; P. 13/36), darunter die Short »Stirling«, die Handley-Page »Halifax« und die Avro »Lancaster« – ursprünglich »Manchester« –, von denen die letztere bei den Flächenbombardements und der Zerstörung deutscher und europäischer Städte ab 1941 die erfolgreichste war. Vorkehrungen für die Massenproduktion dieser überschweren Bombenflugzeuge wurden Mitte 1938 in die Wege geleitet.

Weit davon entfernt, im Rahmen einer mit Propagandaposaunen hinaustrompeteten »appeasement«-Politik gegenüber Mussolini und Hitler klein beizugeben, rüsteten sämtliche englische Regierungen – trotz aller taktischen Winkelzüge – in den Jahren ab 1932 / 1934/ 1936 weit vorausschauend und großzügig auf.

Mittlerweile waren die Abrüstungsverhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland von Frankreich gesprengt worden, indem es offiziell und brüsk jegliche deutsche Wiederaufrüstung ablehnte. Der kurz zuvor geschlossene Hitler-Pilsudski-Nichtangriffspakt mag dabei ein Motiv gewesen sein. Der Pakt entlastete die Ostflanke des Reichs und erleichterte dem Nationalsozialismus womöglich die Einflußnahme auf Österreich – dem deutschen Brudervolk an der Südostflanke. Im Juli 1934 fand dort ein Putsch österreichischer Nationalsozialisten statt, der vom Mord an dem klerikal-faschistischen Kanzler Dollfuß begleitet war. Doch die drohende Haltung Frankreichs, der Tschechoslowakei und vor allem Italiens beendeten das Abenteuer, das von Hitler öffentlich abgelehnt

wurde. Das Ergebnis war, daß Mussolini und das offizielle Frankreich unter seinem Außenminister Barthou, später Laval, näher zusammenrückten. Im Januar 1935 erreichten Paris und Rom ein mehr oder weniger herzliches Einvernehmen über ihre Einflußzonen in Afrika: Tunesien, Libyen und Somaliland. Wahrscheinlich gab dabei Laval Mussolini freie Hand hinsichtlich Äthiopien, obzwar jener dies später bestritt. *England* war davon wenig erbaut, Polen noch weniger, argwöhnte es doch zu Recht engere französische Beziehungen zu der Sowjetunion, die nicht in seinem Interesse schienen. Immerhin hatte die Sowjetunion bereits 1931 und 1932 Nichtangriffsabkommen mit Frankreich und der Tschechoslowakei unterzeichnet.

Im selben Jahr 1935 ging die im Vertrag von Versailles vorgesehene Saarabstimmung vonstatten. 91 v.H. der Saarländer entschieden sich für die Rückgliederung ins Deutsche Reich; 9 v.H. stimmten für das Weiterbestehen des gegebenen Zustandes, und nur 0,4 v.H. entschieden sich für Frankreich. Am 17. Januar beschloß der Völkerbundsrat die Rückführung der Saar in das Reich. Gestärkt durch den internationalen Wahltriumph und von den düsteren Ergebnissen der Abrüstungsverhandlungen scheinbar entmutigt, verkündete Hitler am 16. März 1935 pathetisch den »Aufbau der Wehrmacht« wie auch die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Wehrmacht sollte 550.000 Mann umfassen. Die Luftwaffe zahlenmäßig der britischen oder der französischen ebenbürtig sein.

Bereits Anfang März – über den ungünstigen Ausgang der Saarwahl verstimmt – hatte die Regierung in Paris einen Gesetzesvorschlag eingebracht, die allgemeine Wehrpflicht von einem auf zwei Jahre zu verdoppeln und damit dem deutschen Reichskanzler die Gelegenheit gegeben, seinerseits mit dem Wehrgesetz aufzutrumpfen. Der somit erfolgte schwere Bruch des Versailler Diktats rief wiederum die übrigen Mächte auf den Plan. In der Tradition des Laval-Mussolini-Abkommens trafen sich die Premierminister Englands und Frankreichs im April 1935 mit Mussolini in dem malerisch am Gestade des Lago Maggiore liegenden Stresa. Dort stellten sie fest, daß sie sich »einseitigen Kündigungen von Vertragspflichten, die den Frieden in Europa bedrohen könnten«, mit »allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln« widersetzen würden. Sie versprachen, in ihren kollektiven Friedensbemühungen im Rahmen des Völkerbundes eng und »herzlich« zusammenzuarbeiten – eine neue »Entente cordiale«. Das Vorgehen des Deutschen Reiches wurde in einer

außergewöhnlichen Sitzung des Völkerbundrates verurteilt, aber keine Sanktionen erhoben. Interessanterweise sprach die »Stresa-Front« vom Frieden »in Europa« ungeachtet der, gegen Äthiopien gerichteten, militärischen Vorbereitungen Italiens. Frankreich besann sich seines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion von *1932* und seiner langen Tradition, die Hauptmacht Mitteleuropas (wie etwa das Erste oder das »Zweite Deutsche Reich«) durch osteuropäische Allianzen schachmatt zu setzen, und schloß am *2. Mai* ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Sowjetunion, dem am 16. Mai ein ähnliches Bündnis mit der Tschechoslowakei folgte. Die Sowjetunion verpflichtete sich ihrerseits zum Beistand gegenüber der Tschechei, aber nur in dem Falle, daß Frankreich der »angegriffenen Partei« zuvor zu Hilfe käme – eine Klausel, die 1938 während der Vorbereitungen zum Münchener Abkommen wichtig werden sollte.

Auf der anderen Seite mußte der Eifer, mit dem die strategisch im Herzen Europas gelegene Tschechei (Benesch) immer wieder die Gunst Sowjetrußlands erheischte, eine weitere Entfremdung vom Deutschen Reich und von Polen nach sich ziehen. Marschall Pilsudski und insbesondere Oberst Beck, der polnische Außenminister, zeigten sich von der französisch-tschechischen Annäherung an Rußland wenig begeistert. Die deutsch-polnischen Beziehungen verliefen durchaus normal.

Ausländische, dem Nationalsozialismus feindlich gesinnte Wissenschaftler wie der englische Historiker A. J. P. Taylor in seinem Werk über den Ursprung des Zweiten Weltkrieges und sein Kollege René Albrecht-Carrié, Professor am berühmten Barnard College, bemerken mit Erstaunen – wenn nicht gar mit Bewunderung –, mit welcher diplomatischer Gewandtheit – darin den Briten und Franzosen durchaus ebenbürtig – der deutsche Reichskanzler die berechtigten Revisionsforderungen seines Landes vertrat. Staatsmänner wie der frühere Präsident Ägyptens Anwar El-Sadat schlossen sich dieser Meinung öffentlich an. Schließlich ruhte das Geschick der jeweiligen Diplomatie – selbst 1935, nach dem »Zerreißen« des Versailler Vertrages und trotz aller kollektiven Sicherheitsvorkehrungen – eindeutig auf dem Unterbau der nationalen Souveränität. Vor allem was die »Vier Mächte« Europas, nämlich Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland anbelangt, gehörten sie vor und nach dem Ersten Weltkrieg gleichwertigen Gemeinschaften, dem sogenannten europäischen Konzert an. Der Erfolg der Revisionsbestrebungen des Deutschen Reiches mit dem Ziel, die

Knechtschaft des deutschen Volkes – die diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Knechtschaft – im Herzen Europas abzuschaffen, konnte nur ganz Europa, vor allem aber den Vier Mächten zugute kommen. Nach dem Stand der Dinge ab 1871 – war selbstverständlich nur Deutschland in der Lage, die erste Geige im europäischen Konzert zu spielen – wenn auch mit Mäßigung, denn »In der Beschränkung zeigt sich der Meister«, wie uns Goethe überliefert. Die Lebensgefahr Kerneuropas entwickelte sich ab 1917 mit der weltanschaulichen, geopolitischen, weltwirtschaftlichen Umklammerung Deutschlands durch die sich die allseitige Weltherrschaft anmaßenden Außenseiter. Dies waren und sind die Exo-Zentren Rußland und Amerika, deren Lebenszentren schier unerreichbar weit außerhalb des europäischen Machtblocks liegen. Lebensgefährlich auch die Tendenz der neuen bzw. revolutionären Bewegungen, den totalitären Kollektivbestrebungen der Exo-Zentren zuzufallen. Heute, seit 1945/1991, herrscht in Europa und der ganzen Welt nur eine einzige Macht vor. Ungeachtet allen Pluralitätsgeschwafels sind jede Vielfalt, jede Fülle, jede Mannigfaltigkeit, wie lebenswichtig sie für den Fortgang bzw. für die Erholung des Lebens aus dem heutigen Kultursumpf auch sein mögen, selbstherrlich von einer Schaltstelle, von einem anmaßenden Cäsaropapismus abgeschafft. Von dieser Warte aus betrachtet präsentiert sich das europäische System von 1914 bis 1939 oder, besser gesagt, vom Frieden von Utrecht 1713 bis 1945 als Anarchie. Nichts ist irreführender als das. Mit der Ausnahme des Balkan oder eines balkanisierten Europa stellt dieses System ganz im Gegenteil ein hochsensibles Gebilde dar, staatliche und nationale Verschiedenheiten auszugleichen, ohne in totalen Kriegen oder totalen Gesellschaften Zuflucht zu suchen. Mit der Weltherrschaft ist es dann natürlich aus. Um den Gedanken des englischen Historikers Arnold *Toynbee d.Jü.* zu folgen, ist Europa bis 1914, ja bis 1939 dem antiken Griechenland im 4. und 5. Jahrhundert v.Chr. durchaus wesensverwandt: geistsprühend, voll von einer buchstäblichen Unmenge von Ideen, zutiefst in Tausende Jahre alten Traditionen verwurzelt, aber innerlich und äußerlich gespalten. Es gelang in beiden »Epochen« mit der größten Anstrengung, der Gefahr des östlichen Despotismus, vertreten zum einen von Persien, zum anderen von Rußland, Herr zu werden. Doch erlagen beide der Tendenz des inneren Despotismus und vor allem der Knechtschaft westlicher Großreiche – das antike Griechenland Mazedonien und Rom, das Europa von 1713–1945 den an-

gelsächsischen Mächten Großbritannien und den USA – die mehr oder weniger unter orientalischem Einfluß in einem starr-absoluten Regime der Gott-Kaiser endeten bzw. in einen quasi-diktatorischen Cäsaropapismus einmündeten. Eine fatale »End-zeit« wirft ihre düsteren Schatten voraus. Sie muß aber nicht eintreten, wenn wir uns im Sinne Friedrich Nietzsches der Freiheit nicht »von, sondern für« das Schöpferische, das Notwendige besinnen.

Kehren wir zu den geschichtlichen Ereignissen von 1935 zurück. Am 21. Mai hielt der deutsche Reichskanzler eine Ansprache, in der er unter Hinweis auf die sowjetische Gefahr ausführte, daß die neugeschlossenen französisch-tschechischen Bündnisse mit der Sowjetunion mit den Bestimmungen des Locarnopaktes rechtlich nicht in Einklang stünden. Eine erste Warnung, der aber noch keine Konsequenzen folgten. Es sei hier noch kurz darauf hingewiesen, daß noch vor der brüsken Beendigung der Abrüstungsverhandlungen durch Frankreich im April 34 Deutschland ein Memorandum mit Abrüstungsvorschlägen an dasselbe gerichtet hatte und daß England zwischen den beiden schlichtend eingriff. Bekanntlich verdoppelte Paris im März 1935 die Militärdienstzeit (was gewöhnlich vor Kriegsbeginn geschieht), knapp gefolgt vom deutschen Wehrmachtsgesetz. London hingegen, das sich vergeblich bemüht hatte, in der Abrüstungsfrage zwischen Deutschland und Frankreich zu vermitteln, betrachtete die innen- und außenpolitischen Krisen in Frankreich (u.a. die Pariser Krawalle) und die französisch-italienische Entente im Mittelmeerraum und am Horn von Afrika mit Stirnrunzeln. Könnte hier nicht der Lebenslinie des British Empire (Gibraltar – Malta – Zypern – Suez – Aden – persischer Golf – Indien) eine Gefahr erwachsen? Hitler kehrte seine englandfreundliche Haltung heraus. Kurz und gut, Großbritannien und das Deutsche Reich schlossen am 18. Juni 1935 überraschend ein Flottenabkommen, wonach es der Deutschen Kriegsmarine gestattet war, bis zu 35 v.H. der englischen Stärke zu erreichen. Die deutsche *U-Boot-Waffe* durfte mit der englischen gleichziehen. Diese beachtlichen Zugeständnisse der Ersten bzw. Zweiten Seemacht pflegen heutzutage damit erklärt zu werden, daß diese eben das Unterwasserortungsgerät erfunden hatte und voller Zuversicht war, einer eventuellen deutschen Gefahr mit Erfolg begegnen zu können ... Weit gefehlt. Hatte doch England Frankreich seit der Washingtoner Marinekonferenz von 1921/22 bezichtigt, unzumutbar viele Unterseeboote zu bauen. Es muß

jedoch im Auge behalten werden, daß Großbritannien auch andere, außereuropäische, von ihr als lebenswichtig erachtete Ziele am Herzen lagen. Insofern hatte es seit 1917 schmerzliche Einbußen einstecken müssen: finanziell und prestigemäßig den Verlust der Weltführung an die USA. Rüstungsmäßig hatten ihm seit der genannten Washingtoner Konferenz und der Londoner Konferenz von 1930 die Vereinigten Staaten eine beträchtliche Mäßigung im Bau von Großkampfschiffen abgenötigt. Sowohl Frankreich als auch Italien lehnten die Londoner Abmachung ab und ließen nun ihrerseits ein »begrenztes« Marinebauprogramm vom Stapel. Eine Ausweichklausel, wonach ein Staat die Tonnagebeschränkungen überschreiten durfte, sobald seine »nationale Sicherheit« vom Bauprogramm einer anderen Macht stark beeinträchtigt schien, gestattete dem japanischen Reich, seine Verpflichtungen 1934 zu kündigen und ab 1936 – dem Auslauftermin der Washingtoner und Londoner Vereinbarungen – den ihm von den USA und England auferlegten Rückstand einzuholen, was ihm jedoch niemals gelang. Die Japans nationale Sicherheit beunruhigenden Ereignisse waren: das von Präsident *F. D. Roosevelt* 1933 begonnene Zusammengehen mit Stalin und seine projizierte Verstärkung der amerikanischen Luft- und Seestreitkräfte. England hatte also allen Grund, seine Weltmachtstellung in Europa abzusichern, und zwar auch gegen Frankreich und Italien. Englands Seemachtstreitkräfte und sein 1932 begonnener, 1934/1936 im Wettlauf mit Roosevelts Bomberflotten beschleunigter Aufbau einer modernen strategischen Luftwaffe ließen es allerdings der Zukunft mit Gleichmut entgegenblicken Dem Deutschen Reich glückte der lebenswichtige Wurf einer strategischen Bomberflotte auch 1939–1945 nicht. Als Beweggrund für das Marineabkommen von 1935 kommt vielleicht noch hinzu, daß das nüchtern gesinnte England die sichtbare und somit leichter zu kontrollierende Aufrüstung, den mit Zittern und Zagen vorangetriebenen Geheimprojekten der Weimarer Republik in den Niederlanden, Schweden und Sowjetrußland vorzog. Freilich torpedierte das Abkommen die Einheit der »Stresafront« und verärgerte Frankreich. Auf beide war ohnehin kein Verlaß. Deshalb erschien es England besser, das Empire mit taktischen Zusagen in Europa – an ein wiedererstarkendes Deutschland – abzusichern. Japan und insbesondere die USA mußten sich überdies vom Hals gehalten werden ... Im Gegensatz zum Cäsaren F. D. Roosevelt schreckten die Führer Englands und Europas damals noch vor dem Abgleiten in einen

Weltkrieg zurück. Und *Winston Churchill*, der ihn dann später in Europa herbeiführen sollte? Seine Kassandrarufe von der »deutschen Gefahr« – nur kurzfristig von Bewunderungsmonologen über den neuen »deutschen Staatsmann« unterbrochen – kamen für gewöhnlich seinen hysterischen Haßausbrüchen gegen die »große Seele« Indiens, Mahatma Gandhi, gleich. Einer von ihnen lautete: »Ein jedes Mal, wenn ich den halbnackten Fakir die Stufen des vizeköniglichen Palastes hinaufgehen sehe, bebe ich vor Wut ...« – Übrigens hatte Gandhi Jura an der Universität London studiert.

Das französisch-sowjetische Abkommen wurde zwar am 2. Mai 1935 unterzeichnet, doch noch nicht ratifiziert. Im Juni wies das Deutsche Reich in einer Note an Frankreich erneut auf die Unvereinbarkeit mit dem Locarnopakt hin. Frankreich lehnte kaltschnäuzig ab. Im Februar und März 1936 wurde das Abkommen von beiden Kammern des französischen Parlaments ratifiziert. Kurz zuvor hatte Hitler dem bekannten französischen Journalisten Bertrand de Jouvenel ein vielversprechendes Interview gegeben, das jedoch in Paris verspätet, erst nach der parlamentarischen Abstimmung veröffentlicht wurde, um die politische Meinung in Frankreich nicht gegenteilig zu beeinflussen. Mussolini hatte schon in den späten zwanziger Jahren den »Geist von Locarno« für tot erklärt. Der französische Botschafter in Berlin hatte seine Regierung vom offiziellen Abschluß des französisch-sowjetischen Vertrages gewarnt, da dies die deutsche Wiederbesetzung – »Remilitarisierung« – des Rheinlandes nach sich ziehen dürfte. Tatsächlich informierte Reichsaußenminister von Neurath die Locarnomächte am *7. März 1936* von der Kündigung des Paktes wie auch davon, daß symbolische Einheiten der Deutschen Wehrmacht eben im Begriff stünden, die Demarkationslinie zu überschreiten. Hitlers gleichzeitige Rede vor dem Reichstag begründete nochmals den deutschen Standpunkt. Als ein »Mann des Friedens« eröffnete er Frankreich – das die Bestimmungen des Locarnopaktes verletzt habe – und Belgien ein großzügiges Angebot: einen *fünfundzwanzigjährigen Nichtangriffs- und Luftpakt*, der unter britischer und italienischer Garantie stehen sollte. Den Anrainern des Deutschen Reiches im Osten bot er Verträge im Sinne des deutsch-polnischen Abkommens an. Frankreich war gesinnt, Verhandlungen nur im Fall der Räumung des Rheinlandes durch Deutschland aufzunehmen.

Die »Locarnomächte«, hauptsächlich Frankreich, Großbritannien und Italien, wie auch der Völkerbundrat bezichtigten

das Reich, den Locarnopakt gebrochen zu haben, waren aber nicht gewillt, dem Deutschen Reich wegen einer stufenweisen Rückgewinnung seiner Souveränität den Krieg zu erklären. Hitlers »Intuition« hatte wieder einmal recht behalten – gegen die Warnungen seiner Generale, denen die augenfällige Schwäche der Deutschen Wehrmacht die allergrößten Sorgen bereitete. England baute auf das Flottenabkommen von 1935 und seine eigenen, strategisch weit vorgeschrittenen Rüstungsvorbereitungen. Italien war in den Krieg gegen Äthiopien verwickelt, und Frankreich stak im April und Mai 1936 in wichtigen Parlamentswahlen, die schließlich eine Volksfrontregierung unter dem Sozialisten Léon Blum hervorbringen sollten.

In eben dem Mai besetzte Italien Addis Abeba, und Mussolini erklärte die Annexion ganz Äthiopiens. König Viktor Emanuel III. titulierte sich nun als der »Kaiser Abessiniens«. Die ungeachtet des Laval-Mussolini-Abkommens vom Völkerbund einstimmig beschlossene Verurteilung Italiens als Aggressor und die dabei erhobenen wirtschaftlichen Sanktionen führten zum Austritt auch Italiens aus dem Völkerbund, sprengte die Stresafront vollends und trieb Mussolini und Hitler einander in die Arme. Im Oktober 1936 trat die »Achse Rom-Berlin« ans Licht der Öffentlichkeit. Schon zuvor, am 11. Juni, hatte das Deutsche Reich die italienischen Sorgen wegen eines eventuellen deutsch-österreichischen Zusammenschlusses mit der Anerkennung der Souveränität des Alpenlandes aus dem Weg zu räumen versucht. Die aus Wien und Berlin verlautende Erklärung enthielt jedoch den Hinweis, daß Österreichs Politik die Tatsache zu berücksichtigen habe, ein deutscher Staat zu sein. Im November erkannte die »Achse« das nationalistische Regime in Spanien unter der Führung des Generals Franco an und versprach – vor allem von seiten Italiens – Kriegsmaterial und Truppenunterstützung. Die Verzettelung der Kräfte Italiens in Spanien eröffnete später die Gelegenheit zum deutsch-österreichischen Zusammenschluß, trotz der Ängste Italiens wegen der Brennergrenze.

Im November 1936 unterzeichneten Berlin und Tokio den gegen den russischen Bolschewismus gerichteten Anti-Komintern-Pakt, welchem Italien ein Jahr später beitrat. Das japanische Reich verfolgte damit die Absicht, dem Liebäugeln Roosevelts mit Stalin einen festen, in der rauhen Wirklichkeit aber doch recht locker gefügten Gegenpol zu geben. Bemerkenswert die Tatsache, daß vor dem Schmieden des *»Stahlpaktes«* durch Mussolini das Deutsche Reich zauderte, dem realpolitisch und mili-

tärisch Großbritannien und Frankreich unterlegenen Italien sich voll anzuvertrauen. Erst nachdem der italienische Geheimdienst Deutschland eine Schrift des britischen Außenministers Anthony Eden zuleitete, in welcher dieser gegen die »deutsche Gefahr« wetterte, wandte sich Hitlers Gunst auch anderen Staaten zu, ohne jedoch seine positive Einstellung England gegenüber aufzugeben. Seine Kontakte mit Lloyd George und dem abgedankten König Eduard VIII., die er auf dem Obersalzberg empfing, waren besonders weit gediehen. Das englische Establishment, darunter Winston Churchill, sorgten dann während des Krieges dafür, daß dieser als Herzog von Windsor weitab vom Schuß, auf einem winzigen Eiland in der fernen Karibik, von seinem eigenen Staat gefangen gehalten wurde. Seine Träume, als Volkskönig aufzutreten, die englische Monarchie politisch zu stärken und den Krieg mit dem Deutschen Reich zu verhindern, waren zerschellt. England, Deutschland und Europa versanken im Abgrund.

Angesichts der damaligen Tatsachen löste Belgien sein Bündnis mit Frankreich und trat einen Kurs der neutralen Unabhängigkeit an – ein Umstand, dem die englisch-französische Erklärung vom 24. April 1937 Rechnung trug. Der deutsche Reichskanzler seinerseits bekundete wiederholt im Januar und am 3. Oktober 1937 vor dem Reichstag seine Bereitschaft, die Unverletzlichkeit sowohl Belgiens als auch die der Niederlande achten zu wollen. Polen war zwar nicht gewillt, sein Bündnis mit Frankreich aufzukündigen, doch hatte die Annäherung Frankreichs und der Tschechoslowakei an Sowjetrußland die Atmosphäre in Warschau getrübt. Pilsudskis Abkommen mit Hitler unterhöhlte die Allianz. Nach dem Tod des Nationalhelden im Jahre 1935 besuchte 1936 General Gamelin Warschau, und General Rydz-Smigly, der Nachfolger des alten Marschalls, besuchte im Gegenzug Paris. Aber so richtig herzlich sollte es nicht werden. Andererseits liebte Göring das Waidwerk in den Urwäldern Ostpolens, und selbst der NS-Kultur- und Propagandachef Goebbels war von Marschall Pilsudski empfangen worden. Das deutsch-polnische Verhältnis sollte sich noch einige Zeit im Gleichgewicht halten – bis Präsident Roosevelt und der auf sein Geheiß auserwählte U.S.-Botschafter Bullitt die Lage grundlegend verschlechterten. Darüber weiter unten. Die drei Staaten der Kleinen Entente arrangierten sich, ein jeder auf seine Art. Jugoslawien schloß Verträge mit Bulgarien und Italien. Im August 1936 trat der Frankreich geneigte rumänische

Außenminister Titulescu zurück, und in der Tschechoslowakei kehrte Benesch immer drastischere Maßnahmen gegen die wachsenden Freiheitsbestrebungen der Deutschen, Slowaken, Ungarn, Karpatenruthenen und Polen hervor. Der Staat war als Demokratie getarnt, eine Schweiz wurde er nie. Nichtsdestoweniger flackert in den USA bis heute eine gewisse Sympathie für diese Lieblingsillusion Wilsons auf, geschickt gefördert von nationaltschechischer Propaganda.

Trotz der immer aufdringlicheren Versuche Roosevelts, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen, kam 1937 etwas mehr Bewegung in das englisch-italienisch-deutsche Verhältnis. Das sollte im folgenden Jahr konkrete Konsequenzen zeitigen: Als Italien im Juli 1936 in Rom zu einem Gentlemen's agreement mit London kam, in welchem beide Mächte sich verpflichteten, den Status quo im Mittelmeerraum nicht anzutasten. Das war auch Frankreich recht, weil Mussolini die Balearischen Inseln praktisch besetzt hielt und damit der strategischen Südküste Frankreichs ungemütlich nahe trat. Diese Gefahr schien nun gebannt. Andererseits durften die Briten aufatmen, weil die durch die Mussolini-Laval-Vereinbarung von vor genau zwei Jahren heraufbeschworene Gefahr einer französisch-italienischen *Entente* in Nordafrika nun wohl beigelegt war. Mussolini, ohnehin unvorbereitet angesichts der verhältnismäßigen Schwäche seiner Luft- und Landstreitkräfte und der unterlegenen Industriekapazität seines Landes, traute man jetzt größere Sprünge kaum noch zu. Was einer zum Äußersten entschlossenen Welt-Seemacht möglich war, zeigten die vernichtenden englischen Überraschungsangriffe auf Taranto in Puglia und auf Oran – Mers-el-Kebir –, den nordafrikanischen Kriegshafen seines besiegten Verbündeten Frankreich im Jahr 1940, vom glänzenden englischen Sieg über die Italiener vor Kap Matapan 1941 ganz zu schweigen. Dessen eingedenk war der Staatslenker Italiens nie – auch im heißesten Kriegsgetümmel nicht – geneigt, die Verbindungsdrähte zu seinem britischen Gegenüber abreißen zu lassen. Noch vor Kriegsende 1945, als er mit der schönen Chiara Petacci die Schweizer Gastfreundschaft vergeblich zu beanspruchen suchte und dabei von kommunistischen Partisanen niedergemacht wurde, soll seine Aktentasche Geheimdokumente geborgen haben, die seine wiederholten Kontakte mit *Churchill* bewiesen. Kurz darauf ließ Churchill auf der Suche nach wichtigen Geheimpapieren Italien der Länge und Breite nach durchkämmen, wurde ihrer aber nicht habhaft. Die Duce-Dokumente

gehörten wohl auch dazu. Fest steht, daß zumindest gute Kopien im Vatikan aufbewahrt werden. Dort entkam Churchill einer Privataudienz mit *Pius XII.* nur keuchend und schweißgebadet. Was besprochen wurde, ist noch nicht bekannt. Es darf aber angenommen werden, daß der englische Kriegsdiktator den Papst – der vor März 1939 als Eugenio Pacelli einer der gewiegtesten Kirchendiplomaten seit Jahrhunderten gewesen war – nicht zum Beichten aufsuchte. Die Vermutung liegt nahe, daß das Gesprächsthema auch die Politik des deutschen Staatsführers mit einschloß. Dieser hatte sich ausgesprochen englandfreundlich gegeben. Ob das Vereinigte Königreich mit den entsprechenden Archivbelegen wohl in absehbarer Zeit herausrückt? Das scheint, nachdem Rudolf Heß in Spandau »zum Schweigen gebracht« wurde, mehr als zweifelhaft.

1937 liegen diese Umstände noch in weiter Zukunft ... Im Mai des Jahres tritt der neue englische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, sein Amt an. Er hat sich die Verständigung mit Deutschland auf seine Fahne geschrieben. Tatsächlich entspannt sich die Lage. Im November besucht der spätere britische Außenminister Lord Halifax Hitler. Freilich ist dieser vom zunehmenden Einfluß der englischen Kriegspartei überzeugt – andererseits ist er Zeuge der sowjetischen Schauprozesse und Säuberungen, denen neben Millionen anderer im Juni 1937 auch die berühmten Sowjetmarschälle Tuchatschewsky und Blücher zum Opfer fallen. SD-Chef Heydrich soll sich später damit gebrüstet haben, Stalin gefälschtes Belastungsmaterial zugespielt zu haben. Immerhin ist Sowjetrußland als starker Partner für die Außenpolitik der USA, Frankreichs und der Tschechoslowakei auf einige Zeit ausgeschaltet. Auch mit Englands Gunst darf nur auf wenige Jahre gerechnet werden. Also ist, amerikanisch ausgedrückt, das »Fenster der Gelegenheit – noch – geöffnet«. Immerhin ist Großbritannien seit geraumer Zeit damit beschäftigt, sich seine strategische Bomberwaffe mit überschweren Viermotoren zu schaffen. Die Zeit zum Handeln ist da. Jetzt oder nie! Es wird berichtet, daß Hitler am 5. November 1937 einer Konferenz seines Außenministers und der Oberbefehlshaber seiner Streitkräfte den Wunsch eröffnete, den wesentlichen Teil deutschen Siedlungsgebietes in Europa auch politisch zu einen, d.h. Österreich und das Sudetenland im Deutschen Reich zusammenzuschließen. Obzwar nach seiner Meinung England und Frankreich den tschechischen Staat schon als aussichtslos abgeschrieben hätten, würden sie doch einer Ausbreitung der deut-

schen Macht in Europa feindlich gegenüberstehen. Es bestünde demnach bei der Verfolgung der genannten Ziele zwar ein gewisses Kriegsrisiko, das jedoch nun, im noch günstigen Augenblick vermieden werden könnte. Im Gegensatz dazu dürfte in wenigen Jahren die überlegene Aufrüstung Englands und Frankreichs die diplomatische Initiative des Deutschen Reiches erheblich einschränken. Reichsaußenminister von Neurath, Kriegsminister von Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres von Fritsch melden darauf angesichts der realen Schwäche der Deutschen Wehrmacht und der geopolitischen Eingekeiltheit des Reiches ernste Bedenken an. Konstantin von Neurath reicht seinen Rücktritt ein und wird am 5. Februar 1938 vom deutschen Botschafter in London, Joachim von Ribbentrop, abgelöst. Hitler baut seine Diktatur aus, indem er den Reichskriegsminister v. Blomberg und den Generaloberst Fritsch entläßt. Der letztere wird durch v. Brauchitsch ersetzt. Es wird ein Oberkommando der Wehrmacht unter General Wilhelm Keitel gebildet, der sich Hitlers Vorstellungen bereitwillig fügt. Am 27. August 1938 tritt der Chef des Generalstabes des Heeres, General der Artillerie Beck, zurück. Sein Nachfolger wird General Franz Halder. Noch am 26. November 1937 wird Dr. Hjalmar *Schacht* auf sein Gesuch hin seines Amtes als Reichswirtschaftsminister enthoben. Seine Nachfolger sind zunächst Göring, dann Funk. Schließlich wird Schacht am 20. Januar 1939 auch als Reichsbankpräsident entlassen, da er gegen die Reichsfinanzpolitik Einwände erhebt. Ja – wie der englische Historiker A. J. P. Taylor messerscharf klarlegt –, es *ist* ein Hasardspiel mit den allerhöchsten Einsätzen. Doch eine verantwortungslose Außenpolitik ist es nicht – noch nicht. Zweifellos stellen die Revisionsbestrebungen des Deutschen Reiches von 1920 bis Ende 1938 die notwendige Konsequenz der Knechtung des deutschen Volkes durch das Versailler Diktat dar. Außenpolitisch gesehen, fangen sie mit dem tastenden *Adagio* Rathenaus an, fahren mit Stresemanns *Andante Moderato* fort und – da diese sich als unzulänglich erweisen – steigern sie sich nach 1933 zum *Galoppo Furioso*. Doch sind sie stets dem Konzert der europäischen Mächte vorgespielt und vorgeführt – und leider auch von einer kriegslüsternen Politik besonders der außereuropäischen Zyklopen überschattet.

Da Hitler Italien in Spanien überbeansprucht und vom äthiopischen Abenteuer geschwächt weiß – bekanntlich tritt es am 6. November 1937 dem deutsch-japanischen Antikominternpakt bei – schreitet er zum Anschluß Österreichs. Die italienischen

Ängste um die Brennergrenze sucht er durch eine staatsmännische Geste zu besänftigen. Er erklärt sich mit dem italienischen Raub Südtirols gemäß den Pariser Vorortverträgen einverstanden – des wohl schönsten, fruchtbarsten und historisch reichsten der Gaue im deutschen Kulturkreis, gesegnet mit über 400 Burgen, Schlössern und Klöstern, die vom tiefen Verständnis unserer Ahnen für eine innige Verquickung von Machtpolitik mit der tiefverwurzelten Kraft der Religion und der heimatlichen Bräuche zeugen. Dafür gibt der Duce ihm freie Hand in Österreich. Es wird im Drei-Viertel-Takt angeschlossen. Am 12. Februar 1938 wird Kurt Schuschnigg, österreichischer Kanzler und Nachfolger des 1934 ermordeten Diktators Dollfuß, von Hitler auf dem Berghof empfangen. Dieser veranlaßt seinen Landsmann, den Nationalsozialisten Dr. Seyss-Inquart zum Innenminister und damit zum Staats-Polizeichef zu ernennen. Als Schuschnigg jedoch am 9. März völlig unerwartet eine »Volksbefragung« unter Verwendung einer doppelsinnigen Textvorlage ankündigt, stellt Hitler ein Ultimatum und verlangt seine Abdankung. Seyss-Inquart, jetzt selbst Kanzler, lädt »zur Aufrechterhaltung der Ordnung« die deutschen Truppen zum Einmarsch ein. Am 13. März 1938 ist Österreich offiziell ein Teil des Reiches. Die europäischen Westmächte nehmen den Wandel widerstandslos hin.

In Paris ist Chautemps Premier und Georges Bonnet Außenminister – beide gehören der radikal-sozialistischen Partei an. Sie sind Fürsprecher einer französisch-deutschen Verständigung. Tatsächlich hatten beide im Dezember 1937 während einer Unterredung mit v. Papen zu verstehen gegeben, daß Paris einer deutschen Vormachtstellung im östlichen Europa nicht abgeneigt sei, was wohl dem immer längeren Schatten Sowjetrußlands über diesen Raum zuzuschreiben war. Ebenda, im östlichen Mitteleuropa, nutzt Polen Mitte März 1938 die Gelegenheit und zwingt Litauen ultimativ, seine Annexion Wilnas vom Jahre 1922 anzuerkennen und »gut-nachbarliche Beziehungen« anzuknüpfen. Diese Handlungsweise kündigt Polens raffgieriges Verhalten auch gegenüber der Tschechoslowakei Ende 1938 und später, im März 1939, während der Auflösung dieses Staates an.

Im Frühjahr 1938 beschleunigt der britische Premier Neville *Chamberlain* die Verhandlungen mit Italien, die seit dem Abessinienkonflikt für Großbritannien unbefriedigend verlaufen waren. Österreich, Spanien und Äthiopien werden behandelt. Österreich wurde abgeschrieben. In Spanien gelobte Italien

keine privilegierte Stellung einnehmen zu wollen, und hinsichtlich Afrikas schlossen beide ein klassisches imperiales Abkommen, das die beiderseitigen Interessengebiete am Roten Meer, im Quellgebiet des Blauen Nil und am Südsaum Somaliens abgrenzte. Großbritannien segnet die Eroberung Äthiopiens ab und macht von seinem Einfluß im Völkerbund Gebrauch, diese Haltung auch anderen Völkerbundmitgliedern nahe zu legen.

Sensationell wirkt der gleichzeitige Rücktritt des englischen Außenministers Sir Anthony Eden. Als einer der Hauptvertreter eines harten Kurses gegenüber den Achsenmächten hatte er von 1935 bis 1938 Großbritannien der Sowjetunion und Frankreich genähert, dabei aber Italien in die Arme Deutschlands und Japans getrieben und die autoritärnationalistischen Mächte England und Frankreich entfremdet. Würde diese Politik fortgesetzt – so argumentierte Premierminister Chamberlain – hätte sein Land nur noch die Wahl zwischen weiteren schmachvollen Demütigungen oder einem furchtbaren Krieg. Er, Chamberlain, beabsichtige sich von Sowjetrußland abzusetzen, zwar Frankreich die Treue zu halten, doch die Verständigung mit Deutschland und Italien anzustreben. Eden hatte dann wieder unter Winston Churchill Gelegenheit zu zeigen, was er konnte. Es war nicht viel, aber immerhin befand er sich vor Kriegsende 1945 im Gegensatz zu seinem Chef, als er – wenn auch zu spät – vor den vorauszusehenden schlimmen Folgen einer Lostrennung der deutschen Ostgebiete und vor einer allzu aktiven Unterstützung der Tito-Partisanen warnte. 1956, zur Zeit des unseligen Suezkrieges Englands, Frankreichs und Israels gegen Dschamel Abdel-Nassers Ägypten, war er dann doch noch Premierminister geworden. Ein Pechvogel. Dulles und Präsident Eisenhower nutzten die Chance, die abbröckelnden Stückchen der britischen und französischen Kolonialreiche zu erhaschen, was die USA recht bald in den Indochinakrieg verwickelte. – Im Gegensatz zu Edens Auffassung verkündete Premierminister Chamberlain damals, im Jahre 1938, weder eine Appeasementpolitik im Sinne einer anrüchigen Beschwichtigung, noch wollte er mit seinen Worten eine verantwortungslos gähnende politische Leere tarnen. Nein. Bekanntlich trifft die englische Regierung seit Anfang 1938 konkrete Vorbereitungen zur Massenproduktion einer strategisch-offensiven Bomberwaffe, mit über ganz Britannien und Kanada ausgelagerten Werken, einer Bomberflotte, die um den ganzen Globus allein in den USA ein gleiches findet. Ein überzeugendes Beispiel weltstrategischen Denkens der angelsächsischen Weltmächte. Diese

strategische Waffe wurde ja seit 1932 mit den damaligen schweren Langstreckenbombern vorbereitet, 1934 beschleunigt, 1936 mit dem Entwurf überschwerer Viermotorer erweitert und 1938 praktisch-industriell auf die Beine gestellt. Nach der damaligen und heutigen Luftmacht-Doktrin gestattet der Besitz dieser Waffe, die Produktionsstätten des Feindes vernichtend zu treffen, die Moral seiner Zivilbevölkerung mit Bombenteppichen zu zermalmen und ihn mit einer totalen Niederlage auszuschalten. Als Beispiel dieses Denkens seien die Pläne Dr. Lindemanns – Lord Cherwells –, des »wissenschaftlichen« Beraters Churchills angeführt, der schon vor 1940 die 58 deutschen Großstädte mit einer strategischen Flotte von 10.000 Viermotorern dem Erdboden gleichzumachen befürwortete. Die Einwohner sollten »enthaust« werden. Feindliche Zivilverluste von 2 bis 5 Millionen Toten wurden dabei mit Achselzucken hingenommen. Im März 1940 werden diese apokalyptischen Visionen offiziell zur britischen Kriegführungsdoktrin erhoben – in der rationellen Effizienz nur noch vom Atombombenangriff der Amerikaner auf Japan übertroffen.

Rein formell erteilen die europäischen Westmächte also ihre Genehmigung zum Anschluß. In Wirklichkeit ist ihre Aufrüstung schon weit fortgeschritten, wenn auch die Kontinentalmacht Frankreich in ihrem Wehrdenken von dem der Seemacht England abweicht. Das Deutsche Reich, das naturgemäß wegen der drastischen Wehrbeschränkung des Versailler Vertrags einen ungleich weiteren Weg als seine Konkurrenten zurückzulegen hat, ist trotz einiger technischer Fortschritte im Bau von Jagdflugzeugen und Schnellbombern auf vielen Gebieten noch im Rückstand, z. B. in der Artillerie, der Panzer- und der U-Boot-Konstruktion. Das revolutionäre Rußland andererseits verfügt schon 1938 über eine Panzerwaffe, die zahlenmäßig der aller anderen Mächte zusammengenommen gleichkommt und die ihnen qualitativ oft überlegen ist. Diese Tatsache gehörte damals keineswegs zum Allgemeinwissen. Der andere außereuropäische Koloß, die Vereinigten Staaten, befinden sich auf Betreiben F. D. Roosevelts und seiner Kamarilla im Zustand der Flotten- und Luftwaffenaufrüstung und führen 1940 zum ersten Mal in ihrer Geschichte die allgemeine Wehrpflicht zu Friedenszeiten ein. Auch diplomatisch schalten sie sich immer stärker in die europäischen Händel ein. Sie nehmen immer stärkeren Einfluß, vor allem auf England, Frankreich und Polen. Wir vernehmen verblüfft, daß nach Ausbruch des europäischen Krieges der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, berichtet,

Chamberlain behaupte, Amerika und das Weltjudentum hätten Britannien in den Krieg gezwungen – *forced Britain into war.* Auf jeden Fall sichert der Botschafter – der Vater des späteren Präsidenten John F. Kennedy – dem Premierminister am 30. August 1938 die Hilfe Amerikas zu, falls England und Frankreich wegen der Tschechoslowakei gegen Deutschland in den Krieg zögen. Im Originalton:

»... *President Roosevelt had decided to go in with Chamberlain; whatever course Chamberlain desires to adopt he would think right ...*«[34]

Baut die Nachgiebigkeit Chamberlains gegenüber Hitler während der Sudetenkrise und des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 etwa darauf, daß er der Einmischung Amerikas gewiß war? Darüber unten mehr. In allem ist es auf keinen Fall angebracht, in den allgemeinen Mänadenchor einzustimmen und Chamberlain wie Daladier der Unterwürfigkeit und Hitler – im Vormärz 1939 – des verantwortungslosen Expansionismus zu bezichtigen. Ganz im Gegenteil war es das Versailler System – dazu ausersehen, das Kernvolk Europas und damit ganz Europa zu knechten und zu knebeln –, das mit Recht zu Grabe getragen wurde. Das Wiederherstellen der Reichshoheit über das Rheinland im November 1936, die Aufkündigung der Kriegsschuldklausel im Januar 1937 und die ersehnte Aufnahme Österreichs 1938 ins Reich sind nicht zu bestreitende Beispiele. Allerdings mußte dafür Sorge getragen werden, im Zuge der eigenen, gerechtfertigten Gleichberechtigung die Idee der Selbstbestimmung – die einst die Sieger höhnisch mit Füßen getreten hatten – auch anderen gegenüber gelten zu lassen, um so das eben mühevoll wiederhergestellte Konzert der europäischen Mächte nicht mißtönend zum allein eigenem Monopol zu machen. Mit anderen Worten bedurfte die Zeit eines zweiten Bismarck. Doch nun ist die Not weit größer als sechzig Jahre zuvor – 1878 –, zur Zeit des Berliner Kongresses, denn im Osten und Westen lauern jetzt zyklopische Übermächte darauf, beim Scheitern dieser Politik ganz Europa mit Haut und Haar an sich zu reißen, und so kommt es dann auch. Die USA und die UdSSR führen den europäischen Krieg herbei. Jetzt gibt es viel Arbeit für diejenigen, welche Gräber zu schaufeln verstehen, noch mehr für denjenigen, der dieses größte aller Dramen

---

[34] Prof. Dr. Charles C. Tansill, »The United States and the Road to War in Europe«, in: Harry Elmer Barnes, *Perpetual War for Perpetual Peace*, Greenwood Press, New York, 1953/1969, S. 153

auf die Bühne zu bannen weiß, das Drama vom Aufstieg und Niedergang des faustischen Kontinents. Er bedürfte der vereinten Genien Dantes, Camoes, Shakespeares, Schillers, Goethes und Grillparzers, um seinem Ruf auch nur halbwegs gerecht zu werden.

Vielleicht singt er einst das Heldenlied von Europas Wiedergeburt und Verklärung.[35]

---

[35] *Vergl. zum Vorangegangenen die folgenden Veröffentlichungen*
History Forum, Duquesne University (Pittsburgh), 16.–18. November 2000: »Conference on Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe« (Konferenz über die Volkssäuberungen im Europa des 20. Jahrhunderts):
Generalleutnant Michael Hayden, Direktor der ›National Security Agency‹, *»The Balkans and Ethnic Cleansing: Some Personal Observations«;*
Dr. Géza Jeszenszky, der Botschafter Ungarns in den Vereinigten Staaten, *»From ›Eastern Switzerland‹ to Ethnic Cleansing«* (»Von einer ›östlichen Schweiz‹ zur Volkssäuberung«);
Dr. Alfred de Zayas, Senior Human Rights Officer, United Nations, Geneva: *»Anglo-American Responsibility and the Decisions at Teheran/Yalta/Potsdam Concerning the Expulsion of the Germans«* (UNO-Hauptbeauftragter für Menschenrechte, Genf: »Die anglo-amerikanische Verantwortung und die Entscheidung über die Vertreibung der Deutschen in Teheran/Jalta/Potsdam«);
Dr. Andreas R. Wesserle, *»Ethnic Cleansing of the Carpathian Germans,* 1918–1946« (»Die Volkssäuberung der Karpatendeutschen in der Slowakei, 1918–1946«);
Dr. Steven Béla Várdy, *»Ethnic Cleansing in History: A New Term for an Old Practice«* (»Volkssäuberung in der Geschichte: eine neue Bezeichnung für eine alte Praxis«)
IGAR News, Institute for German American Relations, Pittsburgh
»*100 Jahre Auswärtiges Amt* 1870–1970«, herausgegeben vom Auswärtigen Amt Bonn 1970, mit einem Geleitwort des Bundesministers des Auswärtigen Walter Scheel, S. 33–57, 214ff.
René Albrecht-Carrié, *A Diplomatic History of Europe Since the Congress of Vienna*, Harper & Row, Publishers, New York, Evanston, 1958, S. 360–559
Harry Elmer Barnes, ed., *Perpetual War for Perpetual Peace*, Greenwood Press Publishers, New York, 1953/1969, S. 1–406
Richard Blanke, *Orphans of Versailles: The Germans in Western Poland 1918–1939*, Lexington, Kentucky, 1993, S. 21–29
Hellmut Diwald, *Propyläen Geschichte der Deutschen*, Verlag Ullstein GmbH, Frankfurt am Main, Berlin, Wien, 1979, S. 136–152
William Green, *Famous Bombers of the Second World War*, Band I, Doubleday and Company, Garden City New York, 1959
Ders., *The Warplanes of the Third Reich*, Galahad Books New York (by arrangement with Doubleday & Company), 1986
John Maynard Keynes, *The Economic Consequences of the Peace*, Harcourt, Brace & Howe, New York, 1920
F. W. von Oertzen, *»Polen an der Arbeit«*, Arndt-Verlag Kiel, 1986
John Milsom, *Russian Tanks 1900–1970,* Galahad Books, New York, S. 20–122
Kenneth Munson, *Bombers 1939–1945,* The Macmillan Company, New York, 1. Aus. 1969
Ralph Raico, »World War I: The Turning Point«, in: John V. Denson, *a.a.O.*
Ernst von Salomon, *Der Fragebogen,* Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg, 1961
Werner Schmidt, *Carl J. Burckhardt,* Colloquium Verlag Berlin, 1960

Politiker und Staatsmänner freilich können sich solch historisch-»sentimentalischen« Gedankengängen, wie Friedrich Schiller sich ausdrückt, nur auf Kosten der ihnen anvertrauten Völker verschließen. Doch liegt ihre Aufgabe auf anderen Gebieten. Sie sind dazu berufen, unermüdlich die Macht der von ihnen geführten Staaten zu festigen und wenn möglich zu steigern. Sie dürfen sich hierbei ausschließlich des Nützlichkeitskalküls bedienen – was jenen leichter fällt, die wie die angelsächsischen Mächte zur Welteroberung und zur Weltherrschaft sich berufen fühlen oder die wie die Sowjetunion ihre geopolitisch-historische Rückständigkeit mit weltrevolutionären Kampfparolen wettzumachen streben. Eine kontinentaleuropäische Macht wie das Deutsche Reich hingegen – wird sie von einem Regime geleitet, das sich der relativen Stärkung des völkischen Prinzips in Mittel- und Osteuropa annimmt und den Schutz Europas vor den universalistischen Weltmachtansprüchen Amerikas und der Sowjetunion auf ihre Fahnen schreibt – tut sich da wesentlich schwerer.

Sie setzt sich der Gefahr aus, von den Weltmächten des Ostens wie des Westens bedrängt oder gar bekriegt, das heißt zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben zu werden. Sie wird von den angelsächsischen Weltmächten als Todfeind angesehen, weil das Nationalitätsprinzip: 1. auf deren Kolonien und Dependancen schmerzlich übergreifen könne – so auf Indien, Malaien/Singapur, die Philippinen und insbesondere auf die Staaten Lateinamerikas, die in der Regel fest in Onkel Sams Hosentasche stecken, trotz seiner Sprüche vom Selbstbestimmungsrecht; 2. der Übernahme Europas durch die USA im Rahmen ihrer Kreuzzugs- und Ausbeutungskampagnen diametral entgegensteht; 3. fast automatisch Konflikte zwischen den europäischen Staaten heraufbeschwört, die den eigenen Interessen nicht förderlich sind und den Koloß aus dem Osten auf den Plan rufen könnten. Vom Gedanken einer deutschen Vormachtstellung auf dem europäischen Festland überzeugt und von rassistischen Leitbildern geprägt, verspielt das Reich, anstatt einer nüchternen Realpolitik zu folgen, immer wieder dilettantisch die Gelegenheit, die glänzendsten taktischen Siege mittels Lahmlegung des Widerstandswillens und der strategischen Grundlagen des Feindes (Clausewitz!) in eine Niederlage zu verwandeln. Diese grundlegenden Versäumnisse wiederholten sich gegenüber England 1940/1941: vor Dünkirchen, im Falle Maltas und besonders

im Nahen Osten, wo die starken nationalistischen Befreiungsbewegungen Ägyptens, Syriens, Palästinas und vor allem des Irak und Iran nur auf das Signal warteten, loszuschlagen, oder – wie im Irak – schon losgeschlagen hatten und die britischen Besatzer in arge Bedrängnis brachten. Es bedurfte lediglich der Ausschaltung Maltas, der stärkeren Unterstützung Rommels in Nordafrika und der Entsendung von Luftwaffeneinheiten in den Irak und Iran, um das auf des Messers Schneide stehende Befreiungsunternehmen von Erfolg gekrönt zu sehen. Die Lebenslinien des britischen Empire – des damaligen Todfeindes des Reiches – mußten gekappt werden, um Britannien gänzlich von der Ölzufuhr abzuschneiden. Ein kühner Vorstoß in den Raum des Kaspischen Meeres hätte darüber hinaus Stalins Panzerarmeen völlig lahmgelegt. Der britischen Navy und Luftwaffe und den sowjetischen Massenheeren wäre über Nacht der Sprit ausgegangen. Die amerikanische Ölzufuhr über den Atlantik wäre durch einen verstärkten U-Boot-Krieg großenteils gebrochen worden. Doch die deutsche Hilfe blieb aus. Warum? In Anbetracht der auf lange Sicht versiegelten britischen Archive wie auch des Mordes am Kronzeugen Rudolf Heß sind objektive Betrachter gezwungen, schlüssige Indizienbeweise auszuwerten. Das mehr als phantastische Heß-Unternehmen nach Schottland/Britannien weist *u.a.* darauf hin, daß der deutsche Reichskanzler und Diktator noch zu diesem späten Zeitpunkt, 1941, die Hoffnung auf eine Verständigung mit England, selbst mit Churchills England, nicht aufgegeben hatte, worauf auch ihm ablehnend gesinnte Historiker wie Lukács hinweisen. Hitler beging den fatalen Fehler, die Küken noch vor Ausbrüten der Eier zu zählen. Anscheinend verleiteten ihn die unerwarteten großen Siege der Wehrmacht in fast ganz Europa dazu, einen allgemeinen europäischen Frieden und damit eine stabile Weltlage anzuvisieren, in welcher England und das von ihm bewunderte Britische Empire ein Gegengewicht zum amerikanischen Weltreich, zum japanischen Reich und evtl. auch zur Sowjetunion abgegeben hätte. Noch kurz vor seinem, gar nicht geheim gebliebenen, Angriff auf Stalin erhoffte er die wohlwollende Neutralität Britanniens.

Unter den gegebenen Umständen – besonders des Roosevelt-Churchill-Bündnisses, das englische Historiker wie John Charmley als eine betrogene Hoffnung Churchills zur Rettung des Empire bewerten – kam Hitlers statische, am Status quo von 1914 orientierte, europazentrische Einstellung dem Selbstmord

gleich. Wie sagte doch Talleyrand, der berühmt-berüchtigte Diplomat Frankreichs? Das größte Verbrechen eines Diplomaten sei die Dummheit.

Nach 1945 und vor allem im dritten Jahrtausend diktiert das Nützlichkeitskalkül die Vereinigung Europas, nicht aber seine kulturelle Einheitlichkeit! Im Rahmen der verbrüderten Vaterländer und im Schoße der europäischen Mutter Erde soll die Kraft des einzelnen Volkes von der Macht eines übernationalen Gemeinwesens verstärkt werden.

Daß schon in den 30er Jahren die Haltung Englands gegenüber einer erstarkenden Kontinentalmacht vorauszusehen war, zeigt die früh erschienene Schrift des Vizeadmirals Wolfgang Wegener: »Die Seestrategie des Weltkrieges«. Darin legt Wegener dar, daß ein wiedererstarktes Deutsches Reich mit einem Krieg gegen England zu rechnen habe und deshalb Stützpunkte in Frankreich und Norwegen gewinnen müsse, welche ihm gestatten würden, einen strategischen Seekrieg gegen die Nachschubwege Britanniens zu führen. Allerdings hänge der siegreiche Ausgang eines solchen Kampfes von einem, in diesem Fall notwendigen Bündnis mit den USA ab. Bestand aber seit 1914 oder besser gesagt seit 1901, dem Jahr des Einzugs Theodore Roosevelts ins Weiße Haus, jemals die realistische Chance eines solchen Bündnisses? Allein die Frage zu stellen, scheint heute beinahe lächerlich. Ganz im Gegensatz zu Wegener verbot Admiral Dr. phil. h.c. Erich Reader – seit dem 1. Oktober 1928 Oberbefehlshaber der deutschen Seestreitkräfte – jeden ernstlichen Gedanken an einen Krieg mit Großbritannien. Darin fühlte er sich auch nach 1933 von seinem Vorgesetzten, dem deutschen Reichskanzler, bestärkt.

Was die Wünsche und die Vorstellungen der betreffenden Persönlichkeiten auch gewesen sein mögen, fest steht, daß mit seiner Amtseinführung 1933 Präsident F. D. Roosevelt eine Entente mit Stalins Sowjetrußland anstrebte, deren ausersehene Gegner Japan und das Deutsche Reich, daneben zweifellos aber auch Frankreich und das Britische Weltreich waren. Das letztere rechnete Roosevelt zu den bestenfalls buntfarbig-niedlichen, doch hoffnungslos rückständigen Gebilden der Zeitgeschichte. Churchill sollte die Konsequenzen dieser Einstellung zu spät, doch am eigenen Leib erfahren.

Als gerissener und skrupelloser Politiker verstand es Roosevelt vorzüglich, mit verdeckten oder falschen Karten zu spielen. Einerseits gab er vor, auf seiten der – in den dreißiger Jahren –

überwältigenden Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung zu stehen, die jede Einmischung in Europa ablehnte. Das führte 1935/37 zur Verabschiedung der Neutralitätsgesetze durch den Kongreß. Dieser hatte aus der Erfahrung mit dem Ersten Weltkrieg den Schluß gezogen: a) amerikanische Waffenlieferungen und Anleihen an alle kriegführenden Staaten zu verbieten; b) die amerikanische Neutralität im spanischen Bürgerkrieg zu proklamieren; c) die kriegführenden Staaten zu zwingen, ihre eigenen Schiffe einzusetzen, um – bei sofortiger Zahlung – in den USA gekaufte Waren abzuholen – sogenannte cash and carry-Klausel. Roosevelt sollte diese Bestimmungen später findig umgehen.

Im August 1936 hielt er eine Ansprache in Chautauqua, New York. Darin schöpfte er aus seinen angeblichen Kriegserfahrungen: »... Ich habe den Krieg erlebt ... ich sah, wie die Verwundeten verbluteten. Ich sah, wie Menschen ihre vergasten Lungen aushusteten. Ich sah die Toten im Schlamm. Ich sah das Leid der Mütter und Frauen. Ich hasse den Krieg. Ich verbringe ungezählte Stunden und werde weitere ungezählte Stunden in Gedanken daran verbringen, wie der Krieg von diesem Land abgewendet werden kann ...« Schließlich standen Wahlen bevor. Nicht näher erläuterte Roosevelt, wie und wo ein Staatssekretär im Marineministerium des Ersten Krieges – als Sproß adliger Patroonssippen aus New York und hervorstechendes Mitglied der Milliardärskaste der Ostküste Amerikas – »vergaste Lungen« und »Leichen im Schlamm« gesehen haben will.

Bald darauf inszeniert er ein Bubenstück gegenüber dem Obersten Gerichtshof. Roosevelt drohte den höchsten Richtern der USA – sie hatten sich 1933–1937 in Sachen des New Deal vielfach störrisch verhalten – damit, ihnen von ihm selbstbestimmte, also willfährigere Kollegen zur Seite zu stellen, um so die Entscheidungen zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Eine verfassungsrechtliche Grundlage war dafür nicht vorhanden. Die Wellen schlugen hoch. Die Richter jedoch, verängstigt und verstört, beeilten sich, sogleich einige als »anstößig« empfundene Entscheidungen wieder aufzuheben und schwenkten in das Fahrwasser der Regierung ein. So hatte es Roosevelt fertiggebracht, den Supreme Court fast über Nacht in einen Trabanten seiner Präsidentialpolitik zu verwandeln. Kein Wunder, daß der Satiriker H. L. Mencken die Rooseveltregierung des Faschismus bezichtigte. Daß Roosevelt letztendlich mit seinem Vorhaben unterlag, spielte nun keine Rolle mehr, hatte er doch erreicht was er wollte. Für die Zukunft brauchte er sich keine

Sorgen zu machen, denn der Gerichtshof war stark überaltert, und ihm, wie allen U.S.-Präsidenten, oblag ohnehin das Recht, ausscheidende Richter durch solche eigener Wahl zu ersetzen. Dabei kam es zu einem erneuten Eklat, als sich herausstellte, daß ein nachrückender von ihm bestimmter Richter – Justice Hugo Black – in früheren Jahren dem neger- und judenfeindlichen weißen Kampfbund, dem Ku-Klux-Klan, angehört hatte. Der entstehende Radau drohte Roosevelt gefährlich zu werden. Zugleich kriselte es auch um die sogenannten Reformen, die Roosevelt mit seinem New Deal zur Bekämpfung der großen Wirtschaftsdepression 1933 eingeführt hatte. Anstatt daß diese die Lage grundlegend verbesserten, ging es seit 1936 wieder bedrohlich bergab. In dieser Krisis erschien ihm der im Juli 1937 wiederaufflackernde, aber nicht erklärte japanisch-chinesische Krieg – die Truppen des Generalissimo Tschiang Kai-Schek hatten dabei mehr als eine Hand im Spiel – als ein Gottesgeschenk. Roosevelt lehnte es ab, sich der Neutralitätsgesetze zu bedienen, und war so in der Lage, einseitig der chinesischen Regierung Kriegsgüter zu liefern. Dem nicht genug, verlangte er am *5. Oktober 1937* in Chicago (bekannt als »Quarantäne«-Rede), die sogenannten Aggressorenstaaten – d.h. jene, die sich seinen Weltmachtphantasien zu fügen nicht bereit waren, vor allem Japan, das Deutsche Reich und Italien – wie Pestbazillenträger zu isolieren. Die über drei Jahrhunderte hinweg vorgetragene Expansionspraxis eines eigenen Landes versäumte er bezeichnenderweise zu erwähnen.

Die Ergebnisse der verschärften Außenpolitik – die nicht allein momentanen Krisen, sondern wie Roosevelts Anbiederung bei Stalin zeigt, langzeitig kühlen Berechnungen entstammten, ja z.T. noch aus der Zeit des Ersten Weltkriegs herrührten – ließen nicht lange auf sich warten. Die Wahlen waren vorbei und Rücksichten auf die Wählerschaft nicht mehr notwendig. Roosevelt verstärkte seine geheimen militärischen Verbindungen mit England. Britisch-amerikanische Besprechungen wurden sub rosa anberaumt, und der Präsident setzte sich mit führenden deutschfeindlichen englischen Politikern wie Churchill und Eden in Verbindung. Es sei hier nur daran erinnert, daß der letztere die deutsch-französische Friedensinitiative, von Reichsaußenminister v. Ribbentropp wie auch von Dr. Hjalmar Schacht Ende 1936 vorgeschlagen und vom französischen Premier Blum wenigstens zunächst unterstützt, mit einer feindseligen Ansprache vor dem englischen Unterhaus am 19. Januar 1937 torpedierte.

Mit seinen Warnungen vor dem deutschen Rassismus und dem Nationalismus, die im Großbritannien der Zeit nicht weniger augenfällig als auf dem Festland waren, schien sich der britische Außenminister zu einer zahlenmäßig kleinen, aber hinter den Kulissen mächtigen Clique gesellt zu haben. Unter diesen Umständen entsandte Roosevelt Admiral Royal E. Ingersoll, den Direktor der Kriegsplanungsabteilung der amerikanischen Kriegsmarine, nach London, um die anglo-amerikanische Zusammenarbeit im Kriegsfall zu erörtern. Permanente Geheimdiskussionen entspannen sich. Ebenfalls 1937 wurde der geheime Industriemobilisierungsplan auf die Beine gestellt, der die Heranziehung von 20.000 – i.W. zwanzigtausend – Fabriken für die Herstellung von Kriegsausrüstung vorsah. Erwartungsgemäß – wie zahlreiche der damaligen amerikanischen Veröffentlichungen herausstellten, darunter die *New York Herald Tribune*, die *Detroit Free Press* und die Jesuitenzeitschrift *America* – lehnte die übergroße Mehrheit der Amerikaner die Einmischungspolitik ihres Präsidenten in Europa rundweg ab – soweit sie ihnen bekannt war ...

Mittlerweile erging sich der New Yorker Oberbürgermeister Fiorello LaGuardia in giftigen Attacken gegen das Deutsche Reich, z.B. in seiner Ansprache vom 3. März 1937, was ihm Jahre später den Chefposten bei der UNRRA einbrachte. Sein Nachfolger Rudy Giuliani beschreitet 2007 ähnliche Pfade.

Der angegriffene deutsche Kanzler reagierte auf die Drohungen Roosevelts und die Hetze seiner Mitstreiter zunächst mit diplomatischen Protesten, die der amerikanische Botschafter in Berlin, Wilson, dadurch zu entkräften suchte, daß er auf die Deutschfreundlichkeit des Großteils der Amerikaner hinwies, wobei er allerdings die Banken und die Trusts der Ostküste ausnahm. Daneben ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß Hitler seine Ausführungen in der berühmten Konferenz vom 5. November 1937, in welcher er seinen Entschluß eröffnete, im Zuge der Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes Deutsch-Österreich und das Sudetenland so bald wie möglich mit dem Reich zu vereinen, als rationale Replik auf Roosevelts Quarantänerede vom Vormonat und auf dessen fieberhafte Aufrüstungspolitik verstand. Die planmäßigen Kriegsvorbereitungen in Ost und West, so glaubte er, könnten noch unterlaufen werden, wenn nur rasch und mit Umsicht gehandelt würde. Schließlich entschloß sich Hitler, die offiziellen deutsch-amerikanischen Beziehungen dadurch zu verbessern, daß er dem

deutsch-amerikanischen Bund in den USA seine Unterstützung entzog. Am 10. Februar 1938 wird Botschafter Dieckhoff in Washington dahin unterwiesen, daß es von nun an reichsdeutschen Staatsbürgern untersagt ist, dem Bund oder irgendeiner Nachfolgeorganisation anzugehören. Nach der Angliederung Österreichs am 12. März 1938 bleibt der amerikanische Außenminister Cordell Hull – der sich ohnehin nicht der Gunst seines Präsidenten erfreut – laut Botschafter Dieckhoff unvermindert höflich. Sein Stellvertreter Sumner Welles jedoch, der ebenso wie Roosevelt ein Absolvent des Milliardärinternats *Groton* in Connecticut war und sich deshalb mit diesem ungezwungen geben darf, zeigt eine Art »bösartiger Verbitterung«. Doch Wilson, dem amerikanischen Botschafter in Berlin, scheint es klar, daß es die Reichsregierung mit unbeschadet freundschaftlichen Beziehungen zu den USA ernst meint. Dr. Goebbels lädt Wilson zu sich und beklagt sich über den Ton der amerikanischen Presse. Er entläßt den amerikanischen Botschafter mit den Worten, ihn recht oft wiedersehen zu wollen. Wilson seinerseits sympathisiert mit Chamberlains Friedensbemühungen. Die *Münchener Konferenz* vom 29. September 1938 zwischen Chamberlain, Daladier, Hitler und Mussolini und die damit verbundene Abtretung des Sudetenlandes an das Reich scheint ihm ein Tor »zu einem besseren Europa«. Wilson hält das nationalsozialistische Deutschland für ein »Bollwerk« gegen den Bolschewismus und ist wie Kennedy in London und wie noch im Jahre 2001 der frühere Chefredakteur der National Review und Fernsehanalysator John McLaughlin davon überzeugt, daß Hitler vom Schicksal »bestimmt ist, Rußland anzugreifen« (destined to attack Russia). Roosevelt in Washington teilt diese Ansichten natürlich nicht und holt Wilson im November 1938 nach der von Goebbels am 9. zum 10. November orchestrierten »Reichskristallnacht« heim. Hugh Wilson wird nie ersetzt. Noch im selben Monat beginnt Roosevelt ein Programm, jährlich 10.000 Kriegsflugzeuge herzustellen. Er vereinbart den geheimen Verkauf von 555 modernen Bombern und Jagdflugzeugen an den französischen Staat. Er treibt die Staaten Nord- und Südamerikas dazu, sich zur »Abwehr der Aggression in der westlichen Hemisphäre« um Washington zu scharen ...! In seiner Neujahrsbotschaft von 1939 verlangt der Präsident vom Kongreß die Änderung der Neutralitätsgesetze, um ausgesuchten Staaten Unterstützung angedeihen zu lassen. Gegenüber Parteifreunden bemerkt er, »Amerikas Grenze liegt am Rhein«. Zur Rede gestellt, bestreitet

er dies jedoch. Freilich sollten manche seiner Nachfolger diese Grenze ostwärts bis zum Ural und endlich bis zur Beringstraße verschieben.

Der polnische Botschafter in Washington Graf Jerzy Potocki durchschaut Roosevelts Manöver. Am 12. Januar 1939 kabelt er an seinen Außenminister Beck:

»Ich kann nur sagen, daß Präsident Roosevelt als geschickter politischer Schachspieler und Kenner der amerikanischen Mentalität eiligst die öffentliche Aufmerksamkeit von der heimischen Situation ablenkte und sie mit auswärtiger Politik beschäftigte. Der Weg, um dies zu erreichen, war einfach genug, man brauchte nur von der einen Seite die Bedrohung der Welt durch Krieg richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, andererseits mußte man ein Gespenst schaffen durch die Behauptung, die totalitären Staaten würden die Vereinigten Staaten attackieren. Das Münchener Abkommen kam für Roosevelt wie ein Gottesgeschenk. Er legte es als Kapitulation Englands und Frankreichs aus. Hier in Washington sagte man: ›Hitler nötigte Chamberlain mit gezogenem Revolver. So blieb England und Frankreich keine andere Wahl, als einen beschämenden Frieden zu schließen.‹«[36]

Es war ein geschickter Schachzug, den Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen »ideellen« Thron eines Streiters für die Menschenrechte zu setzen.

Am 16. Januar 1939 unterhält sich Potocki mit William Bullitt, der kurzfristig in Washington weilt. Bullitt erklärt ihm rundheraus, daß Roosevelt nicht gewillt sei, die Politik der totalitären Staaten hinzunehmen. Im Kriegsfall werde er aktiv auf seiten Englands und Frankreichs eingreifen. Der Präsident sei der Meinung, daß Frankreich und England jedwede Kompromißpolitik gegenüber Deutschland und Italien beenden müßten. Die amerikanischen Kriegsvorbereitungen, die nun weiter beschleunigt würden, verschlängen bereits die ungeheure Summe von 1250 Millionen Dollar. Die Tatsache, daß Bullitt ein guter Freund des Präsidenten ist, der ihn gerne mit »my dear Bill Buddha« anspricht und zu den Spitzendiplomaten der USA gehört, verleiht seiner Stimme besonderes Gewicht. Er gilt in

---

[36] Der fast vollständige Text des Kabels kann nachgelesen werden in dem Aufsatz von Charles Callan Tansill, Prof. für Geschichte der amerikanischen Außenpolitik an der Georgetown-Universität unter dem Titel: *The United States and the Road to War in Europe*, veröffentlicht in Barnes: Perpetual for Perpetual Peace, Greenwood Press, New York 1969.

Europa unbestritten als mächtiges Sprachrohr des Rooseveltschen Amerika. Es scheint daher keinem Zweifel zu unterliegen, daß die sich zumindest versteifende Haltung Polens gegenüber Deutschland und vor allem aber auch die sensationelle Garantieerklärung Großbritanniens vom Ende März 1939 auf den Druck Roosevelts zurückzuführen ist. Nach außen hin allerdings beriefen sich Churchill, Eden & Co. auf das im selben Monat, am 15.3., von Hitler errichtete Protektorat über die Tschechoslowakei. Daß es sich dabei tatsächlich nur um einen Vorwand handelte, ergibt sich schon daraus, daß Potockis Bericht und Bullitts Erklärung vom Januar des Jahres datieren.

Bezeichnenderweise durchbricht die besagte Garantie an Polen auch die traditionelle Osteuropapolitik Großbritanniens, die in früheren Zeiten darin bestand, sich weniger direkt als indirekt einzumischen, durch strategisches Einengen und Einschnüren. So etwa gegenüber dem Zarenreich in Sachen der Meerengen Kattegat und Skagerrak oder der Dardanellen, bei Streitfragen über Persien bis hin zum Hindukusch und nicht zuletzt in Ostasien. Im Hinblick auf die dortigen bei Japan gelegenen Meerengen war dieses goldene Zeitalter 1921/1922 endgültig verflogen. Jetzt, 1939, wird Chamberlain zum Leidtragenden der sowjetfreundlichen Weltpolitik Roosevelts, der bald darauf auch Bullitt zum Opfer fällt. Als dieser 1941 auf die für Europa und Asien tödliche Gefahr der totalitären Sowjetmacht hinzuweisen sucht, entläßt ihn Roosevelt. Bullitt beendet seine Laufbahn als Major im französischen Heer.

Daß er aber 1939 als »Spezi« Roosevelts, als ernannter Beamter im diplomatischen Dienst mit astronomischen Haushaltsziffern herumschmeißen darf – mit »Tausenden Millionen Dollar« – und dies in Zeiten der menschlichen und wirtschaftlichen Not in den USA, obwohl diese Summen vom zuständigen Kongreß noch gar nicht bewilligt sind und die breite Masse der Bevölkerung auch nicht den geringsten Dunst davon hat, was eigentlich vorgeht, ist für den Rooseveltschen Stil bezeichnend. Der Stil ist elitär, autoritär und diktatorisch. 1940 bricht Roosevelt die »lebende Verfassung« und damit die vom Präsidenten Washington geheiligte Tradition der Beschränkung auf zwei Amtsperioden, indem er sich zum dritten Mal wählen läßt. Er bricht sie vollends 1944, als er sich lebenslang – zum vierten Mal – zum Präsidenten kürt. Roosevelt ist »Cäsar« (Oswald Spengler). Als selbstauserkorener Weltarzt, Weltchirurg und Weltenpapst ist er nach Wilson der zweite, noch brutalere »Cäsaropapist«. Seine Nachfolger

sind Weltcäsaropapisten. Ihr Anspruch auf Macht und auf den alleruntertänigsten Glauben der weltweiten Massen ist räumlich, weltanschaulich und tatsächlich unbegrenzt. Nicht weit enfernt und sie geben vor, auch die Sonne, den Mond und die Sterne zu lenken ...

Ironischerweise ist sowohl Polen als auch, im weit größeren Maßstabe, Amerika Nutznießer des Münchener Abkommens.

Warschaus Segel blähen sich in den Böen der Berliner Tschechenpolitik. Am 23. Juli 1938 beschuldigt Polen Prag erneut der »... antipolnischen Tätigkeit kommunistischer Elemente in der Tschechoslowakei«. Am 13. September 1938 kommentiert das offizielle Warschau die Hitleransprache vom Vortag wie folgt: »... Die Rede des Kanzlers, die die internationale Lage klar darstellte, unterstreicht den Willen Deutschlands zur Erhaltung des Friedens ... mit einer Ausnahme, nämlich der Tschechoslowakei, wo alles von der Regelung der sudetendeutschen Frage abhängig gemacht wurde ... Die Rede unterstreicht die Bedeutung des Abkommens Deutschlands mit Polen aus dem Jahre 1934 für die Sache des Friedens. Durch dieses Abkommen ist Polen in das System der Stabilisierung der deutschen Grenzen als ein grundsätzliches Element für den Frieden eingeschlossen worden ... Die Hervorhebung des Grundsatzes der Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen durch Hitler erfolgte im Geiste der Verständigung.«

Freilich teilt Warschau schon bald darauf, am 17. September 1938 mit, daß es seinerseits am tschechischen Problem interessiert sei und daß jede Regelung der sudetendeutschen Frage auch auf die polnische Volksgruppe im Teschener Gebiet Anwendung finden müsse. Drei Tage später unterstreicht der polnische Botschafter Jozef Lipski diese Ansichten vor dem deutschen Reichskanzler auf dem Obersalzberg. Im Laufe der Sudetenkrise und seiner Beilegung verlangt Polen auch die Erfüllung seiner Forderungen Schritt für Schritt, bis hin zum politischen Ultimatum vom 30. September 1938, dem die Tschechei tags darauf entspricht. Dem Münchener Abkommen auch programmatisch folgend, vereinbarte Polen eine gemischte tschechisch-polnische Grenzkommission, deren Aufgabe es war, die polnischen Forderungen bis zum 30. November 1938 zu prüfen. Abgetreten wurden die Bezirke Teschen und Freistadt, das Gebiet nördlich Cadca und die nördliche Hohe Tatra. Ähnlich Hitlers Gelöbnis vom 26. September im Berliner Sportpalast, daß es nach der Lösung der Sudetenfrage »... für Deutschland in Europa kein

territoriales Problem mehr gibt«, versprach auch Warschau, nach der erfolgten Grenzrevision keine weiteren Gebietsansprüche an die CSR zu stellen. Allerdings geben die wiederholten tschechisch-sowjetischen Kontakte, darunter das Überführen von mehreren hundert sowjetischen Kriegsflugzeugen auf tschechische Flugplätze noch vor dem Abschluß des Münchener Abkommens – was schließlich den Hauptgrund für die überhastete Errichtung des »Reichsprotektorats Böhmen und Mähren« darstellen sollte – wie auch das Bestreben offizieller tschechischer Kreise, eine gemeinsame Grenze mit der UdSSR auf Kosten Polens herzustellen, der Warschauer Regierung Grund zur Sorge. Der polnische Wunsch nach einer selbständigen Slowakei und einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn labilisierte die Situation zusätzlich. Verfolgen wir kurz die Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik im Zusammenhang mit der deutschen und polnischen Außenpolitik ab 1937.

Ungeachtet der Verfolgung der deutschen Minderheit in Polen, vor allem in Oberschlesien, hatte sich die Reichsregierung im November 1937 zu einer weiteren Freundschaftsgeste gegenüber Polen entschlossen. Am 5. November empfing der Reichskanzler Vertreter des Bundes der Polen in Deutschland in Berlin, während zur selben Zeit Vertreter der Deutschen in Polen Staatspräsident Moscicki in Warschau einen offiziellen Besuch abstatteten. Es blieb eine bloße Geste, denn an der Deutschenunterdrückung änderte sich nichts. Bekanntlich waren unter der Ägide des Völkerbundes in Genf 1922 für bestimmte Zeit den Deutschen im Raum Königshütte und Kattowitz eine Reihe von Sonderrechten zuerkannt worden, die der polnische Staat in der Regel zu ignorieren pflegte. Nun, nachdem am 14. Juli 1937 die Frist ausgelaufen war, schritt man zu noch gründlicheren Unterdrückungsmaßnahmen. Die Tatsache, daß Berlin diesen Zustand offiziell übersah und seine stillschweigende Zustimmung zur endgültigen Annexion des Gebietes um Wilna durch Polen gab – Litauen wurde ultimativ von Warschau »überredet«, offiziell zu verzichten – sowie seine Duldung der polnischen Grenzrevisionen gegenüber der CSSR, spricht Bände vom Bestreben der Reichsregierung, eine Politik der Verständigung mit Polen zu erreichen.

Wie gestaltete sich die amerikanische Haltung dem deutsch-polnischen Verhältnis gegenüber? Ungeachtet des Umstandes, daß die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 ein weit widerhallendes Signal zur Selbstbestimmung der Völker

darstellte und daß der Waffenstillstand von 1918 weitgehend auf der Grundlage von Wilsons versprochenem Selbstbestimmungsrecht ausgehandelt wurde – ein Versprechen, das in Versailles gebrochen werden sollte, wie wir gesehen haben –, galt für die imperiale Außenpolitik F. D. Roosevelts nur die von ihm und seiner Kamarilla geheiligte Interpretation. Das heißt, daß Deutschlands Bestrebungen, die Fesseln des Diktats abzustreifen, nicht allein von Frankreich und England, sondern zunehmend auch von Roosevelt als eine Zumutung, den Status quo zu ändern, ja als eine Herausforderung der US-Weltmacht und ihrer weitgestreckten weltpolitischen Ziele aufgefaßt wurden. Mit anderen Worten: Roosevelt betrachtet Europa als eine – wenn auch wichtige – Ecke seines »Hinterhofes«.

Wenige Tage nach dem deutsch-polnischen Minderheitenvertrag vom November 1937 – als die Pläne des Deutschen Reichskanzlers für Österreich und die Sudeten wohl schon durchgesickert waren und wenige Wochen nach Roosevelts Quarantänerede in Chicago – begibt sich Bullitt nach Warschau. Er trifft sich mehrmals mit dem politischen Außenminister Beck und mit Marschall Rydz-Smigly. Das Ergebnis der Unterredungen teilt Botschafter Biddle »streng vertraulich« in vier Teilen am 30. November 1937 seinem Außenminister Hull mit. Die Hauptpunkte sind: a) Aufgrund der in Sowjetrußland durchgeführten Säuberungen – vor allem im Offizierskorps – fällt Stalin für ein Anti-Hitler-Bündnis vorläufig aus ... b) Falls Deutschland die Tschechei angreift, wird Frankreich wegen seiner innenpolitischen Labilität nicht marschieren. In diesem Fall beansprucht Polen Teschen für sich. Damit war Washington von den möglichen Folgen einer Sudetenkrise schon ein Jahr vor ihrem Eintreten benachrichtigt. c) Bullitt und Beck sind sich darin einig, einen großen Teil der drei Millionen Juden in Polen weitverstreut in andere Länder auszusiedeln. d) Polen ist willens, an dem gemeinsamen Ziel einer Stabilisierung Europas mitzuarbeiten, solange seine Interessen vollauf gewahrt bleiben – »... as long as its own interests are properly safeguarded«. Diese Interessen schließen Großmachtträume nicht aus: Polen möchte den Raum von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer beherrschen – und ist deshalb Sowjetrußland nach wie vor feindlich gesinnt. Das Buch des früheren Ministers und späteren Ministerpräsidenten General Sikorski »Weder mit Deutschland noch mit Rußland« erfreute sich wieder großer Popularität, besonders in Offizierskreisen.

Wie berichtet, nützte Polen die Sudetenkrise zur Bereinigung seiner Grenzen mit der CSR aus und bereitete sich auf die Ausrufung der slowakischen Unabhängigkeit vor. Diese Haltung mißfällt *Roosevelt.* Am 29. September 1938 weist er seinen Außenminister Hull an, dem polnischen Außenminister Beck »als alten Freund seine Enttäuschung über das polnische Vorgehen« mitzuteilen. Im Laufe einer wohlvorbereiteten Pressekonferenz vom 30. September und in Memoranden an Frankreich und England bezeichnet er »München« als eine Kapitulation der demokratischen Staaten wie auch als ein »Zeichen ihrer Schwäche dem Deutschen Reich gegenüber«. Er unternimmt zugleich weitere Schritte, um Polens Unnachgiebigkeit gegenüber Deutschland zu stärken. Doch mit Eingeweihten und »Kollegen« gibt er sich völlig anders. Schon am 11. Oktober schreibt Roosevelt an den kanadischen Premierminister Mackenzie King: »Ich darf Ihnen versichern, daß wir in den Vereinigten Staaten mit Ihnen und der ganzen Welt frohlocken, daß der Ausbruch des Krieges abgewendet wurde.« Eine Woche später erklärt er seinem Botschafter Phillips in Rom, daß »das Endergebnis [ihn] nicht im geringsten störe«. Tatsächlich war Roosevelt ein – wenn nicht *der* – Hauptinitiator der Münchener Konferenz. Laut Cordell Hulls Memoiren war das U.S. State Department angesichts der Sudetenkrise geteilter Meinung. Außenminister Hull riet dem Präsidenten, eine »langsame Gangart« einzuschlagen, während der stellvertretende Außenminister Welles Roosevelt anfeuerte. Roosevelt nahm Welles' Rat an. Auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise, am 26. September 1938, als England Frankreich Unterstützung zusicherte und sogleich seine Flotte mobilisierte – und als die Sowjetunion verkündete, sie gedenke den Beistandspakt mit der CSR von 1935 einzuhalten, und Kriegsflugzeuge in die Tschechei entsandte, während der deutsche Reichskanzler melden ließ, daß das Reich nicht zu mobilisieren gedenke –, trifft Roosevelts Botschaft bei den Unterhandelnden ein. Er rät zu Verhandlungen, um Krieg zu vermeiden. Am darauffolgenden Tag sendet er weitere Kabel, darunter nochmals an Hitler wie auch an Mussolini, den er eine Konferenz einzuberufen drängt. Damit entzieht er den Habichten in Paris und London – wo der amerikanische Einfluß jetzt schon überwiegt – den Boden, und die Tauben dürfen wieder aufflattern.

Was war geschehen? Waren Roosevelt, Welles & Co. – die Propagandameister ohne Furcht und Tadel – auf die Kraftprotzerei Hitlers und Mussolinis hereingefallen, die eine starke, aber

kaum vorhandene Streitmacht zu Wasser, zu Lande und zur Luft vortäuschte? Das deutsche Volk lehnte den Krieg ab, und hochplazierte Generale waren angesichts der realen Schwäche der Deutschen Wehrmacht zum Putsch gegen den Oberbefehlshaber bereit. Oder war es dem Präsidenten ganz im Gegenteil klar, daß das Reich nicht in der Lage sein würde, einer entschlossenen Kriegskoalition im Osten wie im Westen auf längere Zeit zu widerstehen? Bestand nicht die Gefahr, daß Amerika nach einer baldigen Niederlage Deutschlands bei der dann zu erwartenden Aufteilung der Beute nicht genügend berücksichtigt werden würde? Roosevelts aggressiver Einfluß auf Polen, Paris und London läßt eher die letzte Möglichkeit vermuten.

Am 19. November 1938 trifft sich Spitzendiplomat Bullitt mit dem polnischen Botschafter in Washington, Graf Potocki – sozusagen, um an die aufschlußreichen Ergebnisse seines vorjährigen Warschauer Besuches anzuknüpfen. Dem Geheimbericht Potockis an Außenminister Beck zufolge sprach Bullitt über Deutschland nur mit starkem Haß und meinte, daß nur »Gewalt ... und Krieg der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen könne«. Die demokratischen Mächte bräuchten jedoch noch zwei Jahre zur vollen Kriegsbereitschaft [Deutschland allerdings fünf – d. Verf.]. Diese Schwäche würde Deutschland zur Expansion in östlicher Richtung ausnützen. Dort, im Osten, würde es sich aber zu weit von seiner Ausgangsstellung entfernen und zu einem langen Krieg verurteilt sein. Bei derartiger Entwicklung und nur dann müßten die Demokratien eingreifen und das Reich niederwerfen. Der Krieg würde sechs Jahre dauern. Die USA würden sich an ihm mit allen Mitteln beteiligen, »aber erst dann, wenn England und Frankreich zuerst losschlagen«. Als Kind französischer Eltern und Ehrenbürger der alten Römerstadt Nimes härmte sich auch Bullitt über den zu erwartenden Einfluß der Sowjetunion bei Kriegsausgang. Schließlich teilten französische Militärs manche der ebengenannten Sorgen schon seit geraumer Zeit.

Nach ihnen zu urteilen, könnte der Krieg mit »der völligen Zerschlagung Europas und mit dem Kommunismus« in all seinen Staaten enden. Sein weiteres Schicksal ist bekannt. Als sich seine Bedenken zu Kassandrarufen steigerten, wurde er von Roosevelt eiskalt vor die Tür gesetzt. Bekanntlich war Joseph Kennedy, der amerikanische Botschafter in London, im Sommer 1939 der Meinung, ein Krieg zwischen Deutschland und England sei überflüssig. Deutschlands Interessen lägen im Osten,

nicht im Westen. Wenn das Reich also die Sowjetunion angriffe, und das sei früher oder später sicherlich der Fall, so ergäben sich daraus keine irgendwie erwähnenswerte Gefahren für Großbritannien. Deutschland sei dann auf lange Sicht mit sich selbst beschäftigt und könne auch deshalb nicht dem Westen gefährlich werden.

Es wird selten erwähnt, daß Anfang der dreißiger Jahre Roosevelt einen Kuhhandel mit Kennedy ausmachte, wonach zunächst Roosevelt die Präsidentschaft auf acht Jahre übernehmen würde, um sie dann Kennedy auf weitere acht zu überlassen. Der Präsident sollte sich die Sache später noch einmal überlegen und entschloß sich: a) einen Weltkrieg in Asien und Europa vom Zaun zu brechen. Der Asienkrieg war schon seit dem Ende der Teddy Rooseveltschen Präsidentschaft 1908 vorprogrammiert; b) die Wirtschaftskrisenlage ausnützen und sich auf *Lebenszeit* »ins höchste Amt« küren lassen; c) den unbequemen Konkurrenten nach London abzuschieben. Möglicherweise lag Kennedy, dem Iro-Amerikaner, das Wohl des *Empire* nicht allzu sehr am Herzen, obgleich er als Realpolitiker die Winkelzüge der englischen Taktik stets in Rechnung stellen mußte.

Nach der Abberufung des amerikanischen Botschafters Wilson aus Berlin und der des deutschen Botschafters Dieckhoff aus Washington werden Mitte November 1938 auch Bullitt, Kennedy und Phillips zur Lagebesprechung zusammengerufen. Trotz oder gerade wegen der Tatsache, daß im Münchener Abkommen der deutsche Reichskanzler diplomatische Niederlagen einstecken musste – Besetzung des Sudetenlandes in vier zeitlich aufeinander folgenden Abschnitten, Bestandsgarantie für die restliche CSR usw. – werden insgeheim Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland beschlossen. England und Frankreich sollen mit allen Mitteln unterstützt werden. Roosevelts Finanzminister Henry Morgenthau schaltet sich in die Verhandlungen ein und »verschenkt« die neuesten amerikanischen Kampfflugzeuge massenweise an Frankreich und England. In seiner Neujahrsbotschaft an den Kongreß vom 4. 1. 1939 und in seiner Sonderbotschaft über die »Verteidigung« um dieselbe Zeit freilich spricht der Präsident propagandistisch von Maßnahmen, die den Krieg vermeiden sollen, von »methods short of war«: »... Es gibt viele Methoden, ganz abgesehen vom Krieg, die weit stärker und wirksamer sind als bloße Redensarten ...« Wie redlich Roosevelt es damit meint, zeigt der Umstand, daß halboffiziell die Entwicklung der furchtbarsten Massenvernichtungsmittel der Ge-

schichte, darunter die Atomwaffe, schon diskutiert wird, und zwar vor Albert Einsteins »Atombrief« an ihn. Der deutsche Exilwissenschaftler richtet bekanntlich am 2. August 1939 ein Schreiben an Roosevelt, worin er diesen warnt, daß in den letzten vier Monaten – durch die Forschung seiner Kollegen Fermi und Szilard – die Auslösung einer atomaren Kernreaktion möglich geworden sei, die den Bau einer Bombe von äußerster Sprengwirkung wahrscheinlich mache. Falls eine solche Bombe an Bord eines Schiffes gezündet würde, wäre die völlige Zerstörung eines Hafens mit all seinen Werften und Installationen die Folge. Das für die Herstellung der Bombe erforderliche Uranerz würde hauptsächlich in Kanada, der früheren Tschechoslowakei und im Belgischen Kongo gewonnen. Die Tatsache, daß Deutschland den Verkauf von Pechblende aus der Tschechoslowakei vor kurzem untersagt habe und daß der im Kaiser-Wilhelm-Institut Berlin tätige Physiker von Weizsäcker der Sohn des leitenden Staatssekretärs im deutschen Auswärtigen Amt sei, gäbe Grund zur Besorgnis. Es sei daher wohl angebracht, in den Vereinigten Staaten die leitenden Universitätsinstitute, staatlichen Programme und privaten Spenden zusammenzufassen, um den Bau von Atomwaffen in die Wege zu leiten.

Einstein weist hier – durch die Blume – auch auf die bahnbrechenden Arbeiten seiner Kollegen Werner Heisenberg und Otto Hahn hin. Dem letzteren war 1939 die Atomkernspaltung durch Beschießung schwerster Atomkerne mit Neutronen gelungen. Es ist aufsehenerregend, daß – im Gegensatz zu den USA – Deutschland trotz seines Reichtums an wissenschaftlichen Fähigkeiten die Entwicklung der Massenvernichtungswaffen jahrelang verzögert hat. Das spricht nicht gerade für seine Entschlossenheit, einen totalen Krieg heraufzubeschwören. Am 5. Januar 1939, dem Tag nach Roosevelts Kongreßbotschaft, trifft sich Hitler mit Außenminister Beck auf dem Obersalzberg, um Polen wegen der durch Bullitt in Umlauf gesetzten Gerüchte, das Deutsche Reich beabsichtige, die Karpatenukraine zu annektieren und damit Polens Großmachttraum von einem »Dritten Europa« zu beeinträchtigen, zu beruhigen. Noch wichtiger, der deutsche Reichskanzler sucht Polen von seinem Danzig-Vorschlag zu überzeugen. Danach sollte die Freistadt Danzig wieder zum Reich kommen und mit einer exterritorialen Autobahn und einer ebensolchen Eisenbahn quer durch den Korridor mit Pommern verbunden werden. Zum Ausgleich sollte Polen verbriefte Rechte in Stadt und Hafen von Danzig erhalten. Diese

schon vom Reichsaußenminister Ribbentrop gegenüber dem polnischen Botschafter Lipski angeschnittene Frage, die jener bei seinem Staatsbesuch in Warschau vom 26. und 27. Januar 1939 erneut zu Vorschlag bringen sollte, wird von Beck brüsk abgelehnt. Kurz nach seiner Unterredung mit Hitler benachrichtigt Beck den amerikanischen Botschafter in Warschau, Biddle. Dieser beeilt sich sogleich am 10. Januar, seinen Präsidenten und seinen Außenminister darüber streng vertraulich zu informieren. Dem Bericht zufolge waren der deutsche Reichskanzler, Ribbentrop und andere von Roosevelts und Sumner Welles' jüngsten Äußerungen aufs äußerste bestürzt, schienen sie doch Deutschlands strategische und wirtschaftliche Lage zu beeinträchtigen. Im Gegensatz dazu zeigen sich der polnische Außenminister und seine Regierung von den Amerikanern im positiven Sinne »tief beeindruckt« und erhoffen die Gelegenheit, gemeinsam mit Frankreich gegen Deutschland vorgehen zu können. Bullitt war immerhin akkreditierter Botschafter in Paris. Am 10. Januar 1939 abends ist die politische und militärische Lage dann auch das Thema eines Abendgespräches zwischen Biddle und Beck, zu dem, um Nägel mit Köpfen zu machen, der polnische Generalstabschef hinzugezogen wird. Am 16. Januar folgt die Unterredung des Botschafters Graf Jerzy Potocki mit Bullitt in Washington, die bereits oben erörtert worden ist. Erinnern wir uns: Bullitt drückt seine Überzeugung aus, daß Amerika beschleunigt aufrüste und daß England und Frankreich aufhören müßten, irgendeinen Kompromiß mit den »totalitären Staaten« einzugehen. Dann würde Amerika die Demokratien mit seiner ganzen Macht unterstützen. Freilich weist der aufgeweckte Potocki darauf hin, daß Sowjetrußland gar nicht erwähnt werde. Wenige Wochen später, im Februar 1939, spricht der polnische Botschafter in Paris Graf Juliusz Lukasiewicz mit Bullitt. Laut dessen Geheimdepesche werden die Vereinigten Staaten den Widerstandswillen Frankreichs stärken, die Kompromißbereitschaft Englands untergraben und den deutsch-italienischen Druck aufhalten. Bricht ein Krieg aus, so Bullitt, »... werden wir sicherlich nicht von Anfang an an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden«.

Washingtons Kriegspsychose gegen das Deutsche Reich, die seit Ende 1939 Dimensionen angenommen hatte, die jenen von 1916/1917 glichen, wurde durch Hitlers Vorgehen gegenüber der Tschechoslowakei im März 1939 noch gesteigert.

Am 21. Januar hatte Hitler eine wichtige Unterredung mit dem tschechischen Außenminister Chvalkovsky. Er teilte ihm

mit, daß die neue Tschechei eine dem Reich zuträgliche Politik einschlagen und seine Streitkräfte stark reduzieren müsse. Diese Haltung wäre mit dem Geist Münchens noch vereinbar gewesen, denn dieser – aller späteren Aufschreie zum Trotz – beruhte nicht auf einer etwaigen brutalen Erpressung der CSR durch das Reich, sondern erstand aus der Geheimdiplomatie des tschechischen Präsidenten Eduard Benesch. Seit den im Mai 1938 stattgefundenen Kommunalwahlen wußte dieser nämlich, daß bei der von England angeregten Volksabstimmung das Sudetenland sich überwältigend für den Anschluß an Deutschland entscheiden würde (wie übrigens schon 1918/19). Benesch wußte, daß er sich solch eine politische Niederlage nicht leisten konnte, weil sie in den Augen des Auslands – vor allem Amerikas – den Mythos, die CSR sei ein demokratischer, auf dem Selbstbestimmungsrecht basierender Staat, ein für allemal über den Haufen geworfen hätte. Also bot er am *16. September 1938* in einer Geheimbotschaft an Paris die Abtretung großer Teile der Sudeten an, um das Gesicht zu wahren. Es darf angenommen werden, daß das Angebot alsbald an Bullitt weitergeleitet wurde. Stimmt diese Annahme – und das ist höchstwahrscheinlich der Fall –, dann hat dessen Überantwortung der Beneschofferte an Roosevelt die »Blitzkabel« an Berlin, Prag, London, Paris und Rom vom 26. und 27. September 1938 und damit die Münchener Konferenz endgültig ausgelöst. Benesch verpflichtete aber seinen Sonderbotschafter, die Veröffentlichung seiner Initiative niemals zu erlauben.

Demgemäß war München ein Doppelsieg Beneschs: a) Es gelang ihm, den tschechischen Mythos – die Mär von der ›Insel der Demokratie‹, an deren Gestade allseits die Sturmwogen der Diktaturen anbrandeten – insbesondere in den USA und im »reeducated Germany« bis ins 21. Jahrhundert aufrechtzuerhalten. b) Als raffiniertem Politiker war es ihm und seinen Botschaftern, mit ihren vorzüglichen Verbindungen zum offiziellen Washington, spätestens 1935 zur Zeit des tschechischen Beistandsabkommens mit der Sowjetunion, klar, daß Roosevelt auf Krieg gegen Japan und Deutschland sann. Warum also nicht dem Präsidenten die Gelegenheit geben, sein Land in den nächsten Jahren mit allen halberlaubten, unerlaubten und ruchlosen Mitteln in den Krieg zu zerren? Und andererseits, warum dem deutschen Kanzler nicht die Versuchung, das Münchener Abkommen zu brechen und nach der Tschechei zu schnappen, vor der Nase herumschwirren zu lassen? Hatte Benesch doch gesagt: »ja mám svuj plán« ich habe meinen Plan. Er riskierte ja nichts. Sollte Hitler Böhmen und

Mähren – wenn auch pro forma autonom – dem Reich angliedern, würde er sich die offene Todfeindschaft Amerikas zuziehen, und zwar ungeachtet der Tatsache, daß die USA 10.000 km Lateinamerika von Kalifornien bis Feuerland ähnlich behandelten. In dem entbrennenden Krieg würde nach dem Sieg Amerikas und Rußlands womöglich eine noch größere Tschechoslowakei glorreich wiedererstehen. Die Rechnung ging auf ...

Schließlich war unschwer vorauszusehen, daß der deutsche Reichskanzler aus militärischen – die Tschechei als »Flugzeugträger« Sowjetrußlands und Frankreichs gegen Deutschland –, wirtschaftlichen und auch historisch-kulturellen Gründen Hand auf die Tschechei legen würde. Kein außerdeutsches Land ist für Deutschland wichtiger als Böhmen. Umgekehrt sind die Geschichte und die Kultur der Tschechen – wie einsichtige Tschechen, darunter Prof. Dr. Dr. Mácha von der Kaiser-Karls-Universität Prag, erkennen, ohne den deutschen Einfluß und den deutschen Schirm der letzten 1200 Jahre unvorstellbar. Die »Goldene Bulle« des in Prag residierenden Kaisers Karl IV. erhob den König von Böhmen zum führenden der sieben Kurfürsten des Heiligen Römischen Reiches. 1348 gründet er die erste deutsche Voll-Universität in Prag, Peter Parler aus Schwäbisch Gmünd erbaut den kühnen St. Veitsdom, ein Wahrzeichen der Stadt. Neben der Marienburg in Westpreußen – die sich in Aus- und Übermaß ihrer Kraft nur mit der päpstlichen Burg von Avignon vergleichen läßt – wird des Kaisers »Karlstein« unweit Prag zum Schutze der Reichskleinodien errichtet; wohl die mächtigste deutsche Burg überhaupt. Am Fuße des Hradschin erstreckt sich das Waldsteinpalais, der Prachtpalast Wallensteins mit seiner Salla Terrena, das einzigartige Echo der Ewigen Stadt nördlich der Etsch. Noch im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts wurde, trotz der Eiferer auf dem Panslawistenkongreß im Revolutionsjahr 1848, in Prag überwiegend deutsch gesprochen. Die Steine Prags sprechen auch heute nur deutsch. Kein Wunder also, daß im Überschwang der Gefühle nach der Unterzeichnung des Protektoratsvertrags mit dem tschechischen Präsidenten Hácha am 15. März Reichskanzler Hitler seinen Sekretärinnen zuruft: »Kinder, Hácha hat unterschrieben. Das ist der größte Tag meines Lebens. Ich werde als der größte Deutsche in die Geschichte eingehen!«[37] Mitnichten. Die räumliche Expan-

---

[37] überliefert in Prof. Hellmut Diwalds *»Propyläen-Geschichte der Deutschen«;* Berlin 1978

sion kann den Mangel an Gedankentiefe nicht wettmachen. In der rauhen Wirklichkeit hat er sich mit dem – zwar nicht formellen, wohl aber inhaltlichen Bruch des Münchener Abkommens als ein »vorgeschichtlicher Gewaltmensch« erwiesen und Chamberlain wie auch Daladier zu angeblichen Appeasern hochstilisiert, was ihre Erpressung durch die wahren Kriegstreiber bedeutend erleichterte. Er hat damit den Todfeinden des Deutschen Reiches – das auch während der Weimarer Zeit wacke wenn auch erfolglos für die Befreiung des deutschen Volkes stritt – den Dolch in die Hand gedrückt, mit dem der deutsche Staat, das deutsche Volk und letztlich auch er selbst gemeuchelt wurde. Die Protektoratslösung war für seine Widersacher gewissermaßen die Morgengabe, um ihre Völker via Polen in den Krieg zu treiben.

Hitler tappt in Beneschs Falle. Die Reaktion von seiten der Großmächte läßt nicht lange auf sich warten. Am 18. März 1939 kommentiert der Stellvertretende Außenminister der USA, Sumner Welles, den deutschen Einmarsch in Prag wie folgt: Hitler habe die Unabhängigkeit eines friedliebenden Volkes, das mit den Amerikanern besonders eng und freundschaftlich verbunden sei, mit Füßen getreten. Die USA lehnten es ab, den de facto-Zustand Böhmens und Mährens juristisch anzuerkennen. Die Phrase vom »vorübergehenden Freiheitsverlust« schmeckt nach einem Krieg und deutet auf die Wiedereinsetzung des verworfenen Benesch-Systems hin.

Am 24. 3. bespricht sich Bullitt mit dem polnischen Botschafter in Paris Lukasiewicz, weist ihn u.a. darauf hin, daß die britische Außenpolitik nicht allein den Schutz der von den neuen deutschen Methoden »bedrohten« Staaten bezwecke, sondern vor allem auch den ideologischen Konflikt mit dem Hitlerismus suche. Ihr Endziel sei nicht der Friede, sondern der Sturz Deutschlands (»the downfall of Germany«). Das sind gelinde gesagt eigenartige Äußerungen für den Repräsentanten eines Staates, der schon am 16. März der Unabhängigkeit des neugeschaffenen slowakischen Staates unter Msgr. Tiso die diplomatische Anerkennung erteilt hatte. Lukasiewicz beklagt sich auch darüber, daß weder England noch Frankreich militärische Maßnahmen ergriffen hätten und deshalb ihre Vorschläge zur Unterstützung Polens höchst gefährlich seien. Bullitt beeilt sich, tags darauf mit Kennedy in London in Verbindung zu treten. Er weist ihn an – »instructed him« –, Chamberlain zu informieren. Kennedy befolgt die Weisung am 26. 3. und erstattet Bullitt

Rückmeldung. Letzterer unterhält sich wieder mit dem polnischen Botschafter. Dieser bezweifelt erneut Englands Entschlossenheit, sich voll und ganz für Polen einzusetzen. Er hoffe allerdings, daß die Vereinigten Staaten genügend »Mittel besäßen, um wirksamen Druck auf England auszuüben ...« Er bitte nachdrücklich darum, die Mittel zu bündeln. Am 29. 3. 1939 sendet Biddle, der amerikanische Botschafter in Warschau, seinem Außenminister eine Geheimdepesche, die seine Unterredung vom Vortage mit dem polnischen Außenminister Beck zum Inhalt hat. Beck unterstreicht die offizielle polnische Haltung, dem deutschen Druck nicht nachzugeben und eine Position der Stärke beziehen zu wollen. Deshalb würde auch die inzwischen angeordnete Teilmobilmachung beibehalten werden. Marschall Rydz-Smigly sei überzeugt, daß das ganze polnische Volk jeden Kompromiß mit Deutschland, besonders in der Danziger Frage, ablehne. Ein Nachgeben käme einem Defaitismus gleich und würde zum Sturz der Regierung, zumindest aber seinem eigenen führen. Biddle meint, daß sich Berlin mit einem einfachen Wegerecht durch den Korridor – im Gegensatz zu einer exterritorialen Auto- und Eisenbahn – zufrieden geben und so lange warten sollte, bis Warschau bereit sei, den Status Danzigs abzuändern *(»... Warsaw's willingness to grant a promise eventually to concede ... modification in Danzig's status ...«).*

Doch mit der Hoffnung alleine ist es in der Diplomatie nicht getan.

Noch 1933 hatte Roosevelt die Möglichkeit einer deutschen Hochbahn durch den Korridor in Erwägung gezogen. 1939 hatte sich seine Auffassung geändert. Beck lehnt daher mit bestem Gewissen ab.

Wie Polen schien sich auch Chamberlain anfänglich mit der Einverleibung Böhmens und Mährens abzufinden. Doch schon am 17. März gab er in Birmingham eine scharfe Kritik von sich. Den Kommentaren sachlicher amerikanischer Wissenschaftler zufolge, wie denen Prof. Tansills von der Georgetown Universität und denen des namhaften Historikers Harry Elmer Barnes, wäre es durchaus angebracht gewesen, dem polnischen Außenministerium nahezulegen, sich den »vernünftigen« Vorschlägen des Reichskanzlers in bezug auf Danzig und das Durchfahrtsrecht durch den Korridor zu nähern. Hitler hatte mit der Besetzung der Tschechei das Blatt jedoch gegen sich gewendet. Am 31. März gibt Chamberlain vor dem Unterhaus seine Beistandsgarantie an Polen bekannt. Am 6. April schließt er einen Vertei-

digungspakt mit Polen. Er versucht, eine neue Einkreisungspolitik gegen Deutschland in die Wege zu leiten und Italien dem Reich abspenstig zu machen. Mussolini ergreift die Gelegenheit und besetzt am 7. April Albanien. Am 13. April erweitert Chamberlain seine Beistandserklärung durch die Einbeziehung Rumäniens und Griechenlands. Da zu dieser Zeit Großbritanniens Streitkräfte, insbesondere das Heer, für einen Dreierbeistand noch nicht ausreichend waren, hatten diese Beistandserklärungen nur begrenzten Wert. Am 14. April erteilt ihm Roosevelt verbale Schützenhilfe, indem er die faschistischen und nationalsozialistischen Expansionsmethoden scharf rügt. Er vergleicht sie mit denen »der Hunnen und Vandalen vor 1500 Jahren«. Zugleich appelliert er schulmeisterlich an Mussolini und Hitler, versprechen zu wollen, in den nächsten zehn Jahren eine große Anzahl von Staaten, die er im einzelnen aufzählt, nicht anzugreifen. Am 28. April erwidert ihm darauf Hitler vor dem Reichstag und macht seine Forderungen lächerlich, indem er u.a. im Hinblick auf Palästina darauf verweist, daß dieses Land gar keine Grenze zu Deutschland habe und nicht von Deutschland, sondern von England als Protektoratsmacht bedroht würde. Hinter den Kulissen sind Amerikas Forderungen an England schroff. Der polnische Botschafter in London unterrichtet seine Regierung um den 31. März 1939 über ein Gespräch Kennedys mit Chamberlain. Danach soll Kennedy dem Premier rundweg erklärt haben, daß im Falle eines militärischen Konflikts die Unterstützung Amerikas davon abhängig gemacht würde, ob und inwieweit England den bedrohten europäischen Staaten tatsächlich beistehe. 1951, lange nach Kriegsende, ermittelt Prof. Tansill aus mehreren Quellen, darunter den »Tagebüchern« des verstorbenen U.S.-Marineministers James V. Forrestal, daß Präsident Roosevelt 1939 seinen Spitzenbotschafter Bullitt angewiesen hatte, in ähnlicher Weise Druck auf die französische Regierung auszuüben. Der Ton ist fast der gleiche. Wenn im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen Frankreich und England diesem nicht zu Hilfe kämen, dürften sie in einem größeren Krieg keine amerikanische Hilfe erwarten. Würden sie jedoch in jenem Fall dem Reich sofort den Krieg erklären, würden die USA »jede Hilfe« leisten. Von Kennedy verlangte der Präsident, ein Eisen in Chamberlains Rückgrat zu stoßen, im Original: »... to put some iron up Chamberlain's backside«. Bekanntlich war Kennedy der Meinung, daß ohne den Konflikt mit England Deutschland lediglich Sowjetrußland angegriffen hätte. Kennedy schlußfol-

gert: Weder Großbritannien noch Frankreich hätten dem Reich wegen Polen den Krieg erklärt, wären nicht ständig die Nadelstiche aus Washington gewesen – »neither the French nor the British would have made Poland a cause for war if it had not been for the constant needling from Washington ...«. Wegen dieser durchaus zu vertretenden Auffassung wird das Andenken an Joseph Kennedy heute von der amerikanischen Meinungsindustrie total in den Schmutz gezerrt ...

Im Spätherbst 1939 bittet Außenminister Lord Halifax Kennedy um Hilfe. Die britischen Verpflichtungen in Europa seien derartig schwerwiegend, daß England sein Versprechen an Australien, eine Flotte nach Singapur zu entsenden, nicht einzulösen imstande sei. Könnte Amerika einspringen? Am 11. April sekundiert Bullitt gegenüber Roosevelt die Bitte: Im Falle, daß die englische Mittelmeerflotte nach Singapur geschickt wird, sieht sich Frankreich außerstande, Britannien gegen Deutschland beizustehen. Italien besaß zwar eine imponierende Flotte, aber nur auf dem Papier. Am 15. April beordert Roosevelt einen Teil der amerikanischen Marine in den Pazifik. Am 17. Mai warnt der amerikanische Botschafter in Rom Phillips den italienischen Außenminister Graf Ciano, daß »... das amerikanische Volk einstimmig der Meinung ist, sich mit den europäischen Angelegenheiten zu befassen, und es wäre eine Torheit anzunehmen, daß es im Falle eines Konflikts abseits stehen würde«[38]. Das war völlig aus der Luft gegriffen. Ganz im Gegenteil, die amerikanische Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit widersetzte sich einer Einmischung der USA in Europa. Freilich war der Präsident Roosevelt da ganz anderer Auffassung, und er verstand es, seine Absichten mittels Geheimabkommen, diplomatischer Machtentfaltung und zwielichtiger Propaganda rechtzeitig zu verwirklichen.

Am 10. Juni 1939 statten *König Georg VI.* – der Bruder des abgedankten Eduard VIII., der einen Krieg mit dem Deutschen Reich zu vermeiden strebte – und seine Gemahlin Roosevelt in dessen Villa in Hyde Park, New York, einen sensationellen Besuch ab. Sensationell schon deswegen, weil die ungeschriebene englische Verfassung vorgeblich den Monarchen von den Machtfragen der Politik ausschließt. Er soll lediglich repräsen-

[38] *The Ciano Diaries*, 1939–1943; Hugh Gibson, ed., introduction by Sumner Welles; Doubleday & Company, Garden City New York, 1946 [»Das Tagebuch des Grafen Ciano«], S. 83

tieren. Anscheinend ist die englische Verfassung doch weit elastischer als gewöhnlich angenommen. Schon Eduard VII., der Sohn der Königin Viktoria und Oheim Kaiser Wilhelms II., hatte es verstanden, mit seiner Einkreisungspolitik gegen Deutschland Großbritannien zum Gipfel der Macht aufzuschwingen, um allerdings alsbald seinem Tiefstpunkt im Jahre 1917 entgegenzugehen. Nun, 1939, befindet sich sein Enkel auf Bittfahrt zum Cäsar Amerikas. Sie lohnt sich. So wichtig ist sie, daß der König – laut den Mitteilungen seines Biographen John Wheeler-Bennett – das Originalprotokoll seiner Gespräche mit Roosevelt sicher in einer Aktentasche verwahrt und den ganzen Krieg über mit sich führt. Selbstverständlich informierte er in London sofort den maßgeblichen Personenkreis. Der Inhalt: Roosevelt verspricht England im Falle eines Krieges volle Unterstützung. Er hat vor, im Atlantik eine von der amerikanischen Kriegsmarine bewachte Zone einzurichten. Wörtlich: »... Wenn er ein U-Boot erspäht, würde er es sofort versenken und die Konsequenzen erwarten.« Seine Vorschläge enthalten im übrigen das Tauschgeschäft amerikanischer Zerstörer gegen englische Stützpunkte und das Pacht- und Leih-Abkommen.

In Moskau, dem anderen Pol der Weltpolitik, hat sich inzwischen ein Gesinnungswandel vollzogen. Der aufgrund seiner Abstammung entschiedene Feind des Nationalsozialismus und Faschismus, Maxim Litwinow, der Befürworter einer Politik der Zusammenarbeit mit der Hochburg des Spätkapitalismus, den USA, wird Anfang Mai 1939 von Wjatscheslaw Molotow als Kommissar des Äußeren abgelöst. Molotow sollte 1945 die Rückkehr der Karpaten-Ukraine, nach »tausendjähriger Abwesenheit«, in den Schoß des »Mutterlandes Rußland« feiern.

Seit dem 14. April aktiviert England wieder seine Einkreisungspolitik gegen Deutschland, die es mit der Entlassung Edens als Außenminister vorübergehend aufgegeben hatte – indem es die Sowjetunion in seine Beistandsliga einzubeziehen gedenkt. Stalin macht dem englischen Botschafter Sir William Seeds den Gegenvorschlag, England, Frankreich und die UdSSR ein Beistandsabkommen mit sofortiger Wirkung schließen zu lassen. Er verlangt nördliche und südliche Einmarschwege nach Ostpolen, eine Erklärung Englands, nur die Westgrenze Polens garantieren zu wollen, eine freie Hand in den baltischen Staaten und weitgehende Konzessionen. Offensichtlich betrachtet Stalin Polen östlich der Curzonlinie als das seine. Schließlich war ein Großteil dieser Gebiete im polnisch-sowjetischen Krieg von

1920, also erst kürzlich, von Polen annektiert worden. Im Zuge seiner Restitutionspolitik des alten Zarenreiches denkt er auch schon daran, das sowjetische Interessengebiet über ganz Finnland, über die Zugänge zu den dänischen Meerengen und den türkischen Meerengen (dem Bosporus und den Dardanellen), über die Nordbukowina/Bessarabien und einen Großteil des Balkans, über den nördlichen und mittleren Iran und über ganz Mandschukuo u.a. auszudehnen. Einen kleinen Teil dieser Forderungen erhält er in den geheimen Vereinbarungen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 zugesprochen. Jetzt schlägt er zu. Ostpolen wird annektiert. Das Baltikum fällt. Finnland wird angegriffen, und Rumänien wird ultimativ gezwungen, Abtretungen zu machen. Doch seine Großraumpläne sind noch lange nicht erfüllt. 1940 erhebt er den Engländern gegenüber – Stafford Cripps, einem linken Flügelmann der Labourpartei – und im Oktober/November dem Deutschen Reich gegenüber – Besuch Molotows in Berlin vom 12. bis zum 14. Oktober – weitere immer maßlosere Forderungen. Cripps sagt zu. Hitler lehnt ab und schlägt am 22. Juni 1941 zu. Stalin schreitet fort. Kurz nach der Verlautbarung der Atlantikcharta durch Roosevelt und Churchill – Treffen in der Placentiabucht, Neufundland, 9.-11. August 1941 – und ihrer Verkündigung der Unantastbarkeit staatlicher Grenzen und Hoheitsgebiete überfallen England und Rußland den Iran und teilen ihn habgierig unter sich auf. In der Konferenz von Teheran – November bis Dezember 1943 – äußert der Präsident Sorgen wegen Japan. Mit Einflußsphären und der Aussicht auf die Macht über den größten Teil Asiens geködert, verspricht Stalin den Kriegseintritt der Sowjetunion unter Verletzung des *Molotow-Matsuoka*-Nichtangriffspaktes vom April 1941 – der es den Sowjets erlaubte, sibirische Kerntruppen zur Verteidigung Moskaus einzusetzen. Die Belohnung erhält er in der Weltenteilung von *Jalta* im Februar 1945. Roosevelt »schenkt« Stalin die ganze Nord- und Südmandschurei und Nordkorea – gegen den Rat seines Botschafters in Moskau, Averell Harriman –, ein wirtschaftlich und strategisch höchst wichtiges Gebiet. Sein Besitz ermöglicht Mao Tse-Tung die Eroberung Pekings.

Zurück zum Jahr 1939. Japan war die Aufweichung des deutsch-sowjetischen Gegensatzes in der Folge des Münchener Abkommens nicht verborgen geblieben. Es verfolgte die deutsch-russischen Verhandlungen über einen Warenkreditvertrag, der am 19. August in Berlin unterzeichnet werden sollte, mit

wachsendem Unbehagen. Japan argwöhnte mit Recht, daß eine politische Fühlungnahme alsbald folgen würde. Dies könnte zur Schwächung, wenn nicht zur Auflösung des Anti-Kominternpaktes führen. Weit schlimmer, eine Entspannung in Osteuropa würde Stalin im Rahmen seiner *Wiederaufnahme der zaristischen Großraumpolitik* die Gelegenheit und die Muße geben, sich auch im Fernen Osten, d.h. in der Mongolei, der Mandschurei und in Rumpfchina, wieder stärker zu engagieren. Russische und japanische Interessen würden erneut aufeinanderprallen. Noch gefährlicher, das Japanische Reich würde dann in die Zange genommen – eine Gefahr, die sich seit dem von Präsident Theodore Roosevelt 1905 vermittelten Frieden von Portsmouth nicht mehr von der Hand weisen ließ. Damals jedoch erfreute sich Japan des mächtigen britischen Weltreiches als Verbündeten. Aber 1921/22, während der Flottenabrüstungskonferenz von Washington, zwang der nunmehrige Weltenrichter Onkel Sam das geschwächte England, Japan fallen zu lassen. Als unterlegene dritte Welt-Seemacht steht es der Übermacht der USA – mit England am Gängelband – gegenüber. 1933 will F. D. Roosevelt die Außenpolitik seines Vetters Teddy noch übertreffen und Japan völlig in die Enge treiben. Der Pazifik ist ein amerikanischer Teich! 1939 sieht sich das Japanische Reich umzingelt: Im Norden von Sowjetrußland, im Westen von China, im Süden und Südwesten von den britischen und französischen Dependancen und hauptsächlich, im Südosten, Osten und Nordosten, von der breitgefächerten Angriffsfront Amerikas. Am *23. Mai 1939* kommt es zu einer Geheimkonferenz mit den USA in Tokio. Sie findet statt zwischen Baron Hiranuma, dem japanischen Premierminister, und Eugene H. Dooman, dem amerikanischen Botschaftsrat. Hiranuma schlägt vor, mit Deutschland und Italien sich in Verbindung setzen zu wollen, wenn Präsident Roosevelt das gleiche mit Frankreich und Großbritannien tun würde, um eine Konferenz zur Lösung der europäischen Fragen einzuberufen. Der amerikanische Außenminister Hull hält den Plan für erstaunlich und leitet ihn an Roosevelt persönlich weiter. Doch, wie bekannt, erfreut sich jener nicht der Gunst seines Chefs und muß fast drei Monate auf dessen Antwort warten. Inzwischen hat sich die Lage in Europa grundlegend verändert.

Roosevelt zieht es vor, die englischen Habichte unter seinen Fittichen zu versammeln, darunter Eden und vor allem Winston Churchill. Dieser ist seit 1936 bestrebt, seine stockende Karriere durch engen Kontakt zum »Focus«, dem »Brennpunkt«, aufzu-

frischen. Dabei handelt es sich um eine politische Gruppierung, die sich die Niederhaltung Deutschlands auf die Fahnen geschrieben hat. Der Focus wird weitgehend finanziert von Sir Robert Mond, dem Direktor mehrerer Chemiekonzerne, und Sir Robert Waley-Cohn, dem Vorsitzenden – managing director – der großen Shell-Ölgesellschaften. Im Oktober 1937 unternimmt Wickham Steed im Namen des ›Focus‹ eine ausgedehnte Reise durch Kanada und in die USA. Er trifft sich mit den Finanzgrößen Bernard Baruch und Felix Warburg und schmiedet enge Verbindungen zu Roosevelt, Hull und Arthur Sulzberger, dem Herausgeber der New York Times. Die Times war und ist nicht allein der angesehenste Meinungstrichter Amerikas und der Welt, sondern war damals auf dem besten Weg, das »zweite Rad« an der amerikanischen Staatskarosse zu werden (Das Weiße Haus ist das erste Rad. Das fünfte Rad am Wagen ist die amerikanische Bevölkerung.). Zeit seines offiziellen Lebens war Churchill eine laute Kriegstrommel. Jetzt wird er noch lauter. Er wettert – zuerst gegen Weimardeutschland und dann gegen Hitlerdeutschland. Er bauscht die Aufrüstung des Reiches ernorm auf. Als begabtem Schriftsteller gelingt es ihm – und als unermüdlichen Weltpropagandisten gelingt es seinen Freunden –, sein Vorkriegsbramarbasieren und seine Rolle als brutaler Gewaltpolitiker während des Zweiten Weltkrieges geradezu als vorbildlich darzustellen. Im Gegensatz zu den rückgratlosen »Beschwichtigern« wie Chamberlain und Halifax erschien er angeblich wie ein vorgeschichtlicher Recke, ein Fels, ein Berserker. Das letztere war er tatsächlich, wenn man darunter eine eindimensionale Gewaltpolitik versteht. Eine Gewaltpolitik, die – unter dem Vorwand, stets der Größe des Empire zu dienen – alle Kompromißmöglichkeiten mit Deutschland verwarf, Polen blindwütig den Sowjetrussen auslieferte, Deutschland als starken Gegenpol Rußlands ebenso blindwütig ausmerzte, Stalin im Besitz des Herzens Europas und der Vorherrschaft über Asien vom Ural bis Mandschukuo beließ und die schließlich – als Vollironie – gezwungen war zuzuschauen, wie Präsident Roosevelt im Bunde mit dem totalitärsten Tyrannen die Welt unter sich aufteilten, wobei zweifellos das Empire auch ein Opfer der USA wurde.

In Teheran und Jalta war Churchill nur noch Ersatzteil im Sonnengefährt Roosevelts.

In ohnmächtiger Wut revanchiert er sich, indem er der Begräbnisfeier Roosevelts im April 1945 fernbleibt. Ein schwacher

Trost. Doch 1939 erscheint all dies vielleicht in schwindelnd weiter Ferne. Einem Mann von Churchills Intelligenz hätten die Alternativen zu einem Weltkrieg schon von Anfang an klar sein müssen. Sie waren es nicht. Chamberlain und Baldwin, die Premierminister vor Churchill, waren es, denen es gelang, die traditionelle britische Außenpolitik der Gegnerschaft zu stark aufstrebenden Kontinentalmächten fortzusetzen. Ungebrochen – trotz einer von Finanzschwäche und den USA diktierten Mäßigung in der Flottenfrage, Konferenzen von Washington (1921/22), Genf (1928) und London (1930) – verfolgt Großbritannien eine Politik der Stärke und der Aufrüstung. Es ergeben sich folgende Etappen. 1918: Die Errichtung einer eigenständigen ›Royal Air Force‹. 1919 und in den zwanziger Jahren: Das Bombardieren Arabiens, Iraks, Afghanistans u.a. 1932: Das Konzipieren einer modernen Strategischen Bomberflotte. 1934: Kündigung der Abrüstungskonferenzen des Völkerbunds. 1936: Die offensive strategische Luftflotte wird mit dem Entwurf überschwerer Viermotorer verstärkt. 1938: Kriegsvorbereitung der Industrie. Anfang 1940: Nachtangriffe auf zivile Ziele. März/Mai 1940: Uneingeschränkte Luftoffensive gegen die Zivilbevölkerung Deutschlands und Europas. 1939 ist Britannien der erste Staat der Welt mit einer voll integrierten, radargeleiteten Luftverteidigung, wenig später mit einer radargeleiteten strategischen Bomberoffensive.

Sachliche Beobachter kommen zu dem Schluß, daß es die Tragik der Premierminister MacDonald, Baldwin und Chamberlain war, die Wünsche der ausgehenden Weimarrepublik und der anfänglichen NS-Regierung nach einer ausgewogenen europäischen Abrüstung und nach Gleichberechtigung zugunsten des Empire und der Vormachtstellung Frankreichs und Englands in Europa hinausgezögert und vereitelt zu haben – während die wahre Bedrohung der »Freiheit und des Friedens« im Osten und Westen schon an die Tore Europas pochte. Hitler hat seine Revisionswünsche im Hinblick auf das Versailler Diktat nie verhehlt. Seine außenpolitische Tragik lag darin, seine Vorhaben unter dem Druck des Rüstungsfahrplans Englands und Frankreichs durchführen zu müssen – ehe die militärische Überlegenheit der Gegner Deutschlands dies völlig unmöglich machte. Sein dabei entwickeltes Tempo und sein Ausgreifen auf Böhmen und Mähren verhärteten unter amerikanischem Druck die Fronten vollends und gaben den Todfeinden des Deutschen Reiches den Vorwand, offen einzugreifen. Sein Pakt mit Stalin darf durchaus noch als ein Versuch, aus der weltweiten Um-

klammerung auszubrechen und einen Großkrieg zu vermeiden, gewertet werden. Daß Hitler vom englisch-französischen Ultimatum als Reaktion auf den deutschen Angriff auf Polen überrascht war – die Auseinandersetzung wurde unvermeidlich wegen der durch Roosevelts und Englands erfolgten Quertreibereien endgültig verhärteten Position Polens –, spricht eher für die These des englischen Historikers A. J. P. Taylor, Hitler habe sich auf überraschende diplomatische Manöver verlassen, doch gehofft, 1939 einen Krieg mit Großbritannien und Frankreich vermeiden zu können.

Roosevelt andererseits handelte mit Muße als der Führer einer auch damals schon – trotz der Wirtschaftskatastrophe – übermächtigen Weltmacht. Geopolitisch, militärisch, ideologisch und selbst finanziell schöpft er aus dem Vollen. Die Kriegserklärung Englands und Frankreichs an das Deutsche Reich erfolgt aufgrund der Garantie an Polen, einer Garantie, die Lloyd George »schwachsinnig« – hare-brained – nennt. Churchill aber wird von seinen Freunden auf seinen altgewohnten Sitz des Ersten Lords der Admiralität katapultiert. Nun geschieht etwas Außerordentliches. Präsident Roosevelt verabreicht Chamberlain einen diplomatischen Kinnhaken. Er bespricht sich nicht mit ihm, sondern mit seinem Untergebenen Churchill, und zwar oft und regelmäßig. Zumeist umgeht er dabei den üblichen Weg über den amerikanischen Außenminister und Botschafter, sondern bedient sich vielmehr – laut Churchill – seit dem 11. September 1939 des versiegelten diplomatischen Schriftverkehrs, des »sealed diplomatic pouch«. Es gab etwa 1700 bis 2000 dieser Geheimbotschaften, von denen der Großteil bis heute geheimgehalten wird.

Es folgt die Tyler-Kent-Affäre. Kent ist ein amerikanischer Chiffrierbeamter in der Londoner Botschaft, der aus Pflichtgefühl – die USA sind nach außen hin noch immer ein neutraler Staat – einige dieser Botschaften entschlüsselt und wegen ihres Roosevelt bloßstellenden Inhalts veröffentlichen möchte. Er wird von den Engländern mit der Zustimmung seines Chefs Joseph Kennedy verhaftet, vor Gericht gestellt und eingekerkert. Warum diese große Aufregung? Anscheinend beinhalteten die Nachrichten Roosevelts Absichten, den Neutralitätsstatus der USA zugunsten Englands zu unterlaufen. Beiden Staaten war es daran gelegen, die größtmögliche Geheimhaltung zu wahren.

Als die Chamberlain-Regierung nach dem Verlust Norwegens – wo die deutsche Landung der englischen nur um wenige Stun-

den vorauseilt – zurückzutreten gezwungen ist, wird der Erste Seelord zum Premierminister ernannt. Sogleich – im Mai 1940 – widersetzt er sich dem Begehren der englischen Friedenspartei, den Friedensfühlern des Deutschen Kanzlers entgegenzukommen – genau so, wie er und seine Anhänger den Friedensappell Hitlers nach der Eroberung Polens mit allen Mitteln bekämpften. Bekanntlich haben englische und amerikanische Historiker in den letzten Jahren mit wissenschaftlicher Akribie nachgewiesen, daß es für Großbritannien und Europa von Vorteil gewesen wäre, hätte Churchill Hitlers gemäßigten Friedensvorschlägen, die nach dem Sieg im Frankreichfeldzug erneut auf dem Tisch lagen, Gehör geschenkt. 1940 ist Englands Friedenspartei stark. Staatsmänner wie Lloyd George, Lord Halifax, der ehemalige Außenminister, und andere – wichtiges Archivmaterial ist auch heute noch unter Verschluß – sehen ein, daß nach den deutschen Eroberungen vom Nordkap bis zur spanischen Grenze und der damit verbundenen Konzentration des Industriepotentials Mittel- und Westeuropas in deutscher Hand, selbst die Weltseemacht Großbritannien nicht in der Lage sein würde, einen Krieg mit Deutschland auf eigene Faust durchzustehen und siegreich zu beenden. Den Krieg fortführen heißt nichts anderes als England und das Empire dem alleinigen Wohlwollen Roosevelts ausliefern[39]. Trotz Hitlers Absicht, das Empire nicht zerstören zu wollen, weswegen er seine Panzerspitzen vor Dünkirchen anhält und es ein Jahr später ablehnt, Malta, obwohl es sturmreif bombardiert ist, einzunehmen, und er schließlich, vor dem Rußlandabenteuer, noch seinen Stellvertreter Heß dilettantisch nach Britannien entsendet, um einen Kompromißfrieden in letzter Minute nochmals anzubieten – trotz dieser Anstrengungen weiß er zutiefst, daß Churchill und Roosevelt auf einen kompromißlosen, totalen Krieg gegen das deutsche Volk und gegen Europa sinnen. Churchills Krieg bedeutet den Tod der deutschen Städte und den unsäglichen Verlust Ostdeutschlands. Roosevelts Krieg bedeutet noch weit mehr, nämlich den Ausverkauf Mittel- und Osteuropas an Stalin und die Vorherrschaft der Sowjetunion über fast ganz Eurasien.

Der Rote Dschingis Khan von Gnaden des Weltplutokraten.

Umreißen wir die Haltung des Präsidenten im Jahre 1939 mit einem Hinweis auf zwei bemerkenswerte Vorfälle: Die deutsche

---

[39] vgl. John Charmley, *Chamberlain and the Lost Peace*, London 1989; ders., *Churchill: The End of Glory*, London, 1993; u.a.

Friedensinitiative über Norwegen und die Kenntnis des Präsidenten um die Geheimbestimmungen des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August.

Im Dezember 1939 unterhält sich der norwegische Rekordflieger Tryggve Gran in Berlin mit Hermann Göring und leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes über Möglichkeiten, den Krieg zu beenden. Gran teilt den Inhalt der Unterredungen Professor Wilhelm Keilhau mit, der wiederum den amerikanischen Gesandten in Oslo Harriman informiert. Dieser hält die Nachrichten für so wichtig, daß er sie am 22. Dezember 1939 streng vertraulich an Außenminister Hull in Washington weiterleitet. Berlin macht konkrete Vorschläge hinsichtlich Polens, der Tschechoslowakei, Finnlands und einer allgemeinen Friedensregelung. Polen soll als unabhängiger Staat wiederhergestellt werden – mit der Ausnahme des nun bei Deutschland verbleibenden Danzig und des Korridors. Als Kompensation dürfe Polen sich einen Ostkorridor auf Kosten der Sowjetunion zueignen. Deutschland sei sogar dazu bereit, mit der Sowjetunion zu brechen, sofern dies zu einem Verständigungsfrieden mit den Westmächten beitrüge. In diesem Fall wäre das Reich auch gewillt, Finnland aktiv zur Seite zu stehen – was wohl auf Chamberlains Unterhauserklärung vom 14. Dezember anspielt, »... dem Opfer des Angriffs ... zu Hilfe zu kommen«. Auch die »Tschechoslowakei« dürfe in irgendeiner Form auf Wiederherstellung hoffen – allerdings ohne Benesch. Im ganzen also halten sich die Vorschläge durchaus im Rahmen der antisowjetischen »Front«, die den früheren U.S.-Botschafter in Berlin Hugh Wilson und besonders auch Botschafter Kennedy in London vorschwebt. Allerdings stößt diese Auffassung im Weißen Haus nicht auf Gegenliebe. Der Präsident wendet sich unbeugsam gegen jeden Verständigungsfrieden mit Deutschland. Er denkt wohl schon jetzt an die Formel von der »bedingungslosen Kapitulation«, die allerdings erst während der Casablanca-Konferenz im Januar 1943 offen ausgesprochen wird.

Am 21. September 1939 ruft Roosevelt eine Sondersitzung des Kongresses ein, um das Neutralitätsgesetz zu ändern. Obgleich er vom Scheitel bis zur Sohle in Kriegsvorbereitungen steckt und England immer wieder anstachelt, beteuert er öffentlich, die Vereinigten Staaten seien neutral und lehnten es ab, im Krieg verwickelt zu werden (sic!). Nach Erpressungen jeder Art gelingt es ihm, am 3. November die ersehnte *»cash-and-carry«*-Klausel im Kongreß durchzupauken. Englische und französi-

sche Einkaufskommissionen befinden sich schon im Lande, um Kriegsmaterial zu grenzenlosen Dollarsummen, die sie nicht imstande zu bezahlen sind, mitzunehmen. Am 22. 9. 1939 verkündet der Präsident die Einrichtung einer sogenannten Neutralitätspatrouille innerhalb einer vermeintlich neutralen Zone, die sich im Gegensatz zum internationalen Recht auf 300 bis 1000 Meilen östlich und südlich des U.S.-Festlandes erstreckt. Nach überkommenen Seerechtsvorschriften beschränkt sich das besagte Hoheitsgebiet eines Staates auf *drei* Meilen jenseits der Küste, später auf zwölf Meilen erweitert. Innerhalb dieser Zone helfen nun amerikanische Kriegsschiffe und Flugzeuge den Engländern, deutsche Prisen aufzubringen. Ein besonderer Bruch der Neutralitätsgepflogenheiten ist das »Beschatten« des deutschen Schlachtschiffes ›Bismarck‹ durch amerikanische Flugboote im Mai 1941. Noch im selben Jahre wird die »neutrale« Zone bis nach Island ausgedehnt, das schon im April 1940, nach dem Fall Dänemarks von britischen Streitkräften besetzt wurde. Es wird den U-Booten der kriegführenden Staaten – mit Ausnahme Sowjetrußlands – verboten, in amerikanische Häfen einzulaufen – was wiederum den Engländern zustatten kommt, da ihnen zahlreiche Häfen in Kanada, der Karibik und in Südamerika zur Verfügung stehen. Die Geheimvorbereitungen für den Eintritt der USA in den europäischen Krieg – und damit seine Erweiterung zum Weltkrieg – werden fortgesetzt. Im September/Oktober 1939 wird das Gesetz für die allgemeine Wehrpflicht von 1940 ausgearbeitet. Eine Kriegssteuer wird vorbereitet.

Im Februar und März 1940 begibt sich der Stellvertretende Außenminister Sumner Welles nach Rom, Paris, Berlin und London auf Informationsreise. Friedensverhandlungen liegen in der Luft, doch der Präsident torpediert sie, indem er a) Sumner Welles nicht gestattet, sich daran zu beteiligen, b) London und Paris versichert, daß er ihnen so beistehen würde, wie seinerzeit 1917 Oberst House und Präsident Wilson. Am 19. 3. 1940 gestattet Roosevelt den Verkauf der modernsten amerikanischen Kampfflugzeuge an England und Frankreich. Im Mai 1940 versucht er im Bunde mit Churchill und Reynaud, zunächst durch Drohungen, dann mit lockenden Angeboten von Gebietszuwachs im Mittelmeerraum – die er persönlich zu garantieren sich verpflichtet –, endlich wieder mit schlecht verhüllten Einschüchterungen, Italien aus dem Krieg herauszuhalten. Mussolini versagt sich. Am 10. Mai erfolgt der deutsche Angriff im We-

sten. Am 15. Mai 1940 telegrafiert Churchill als frischgebackener Premierminister Roosevelt eine lange Wunschliste, in der er um materielle, um diplomatische und um Luft- und Marineunterstützung bittet ... Tags darauf appelliert Roosevelt an den Kongreß, ihm weitere Mittel für »die Landesverteidigung« zu gewähren – ein Appell, den er 1940 und 1941 mehrmals und erfolgreich wiederholt. Am 17. Mai befiehlt der Präsident, sämtliche amerikanische Zerstörer zu überholen – um am 3. September 1940 fünfzig alte davon England zur Verfügung zu stellen. Im Austausch erhalten die USA wichtige britische Stützpunkte in Nordamerika und der Karibik.

Am 3. Juni 1940 verfügt Generalstabschef George C. Marshall die Lieferung von einer halben Million Gewehren, 80.000 Maschinengewehren und von 900 Geschützen an England. Zwei Tage später erstellt der Justizminister ein offizielles Gutachten, wonach zusätzlich 600.000 Gewehre und weitere 2500 Geschütze als »Überschuß« an England verkauft werden dürfen. Am 20. Juni 1940 wird der Habicht Stimson – der seit 1931 als Außenminister des republikanischen Präsidenten Hoover eine harte Linie besonders gegenüber Japan vertritt – zum Kriegsminister ernannt. Auch er gehört zur Machtelite der Ostküste. Trotz Roosevelts Rekrutierungstamtams eilen lediglich 9000 Rekruten zu den Fahnen. Also wird am 16. September des Jahres die allgemeine Wehrpflicht ausgerufen, zum ersten Mal in der Geschichte der USA zu Friedenszeiten. Am 2. Juli 1940 verbietet der Präsident zwar, um das Volk zu beruhigen, die Ausfuhr von Kriegsmaterial und anderen Gütern – behält sich aber Sondergenehmigungen vor. Selbstverständlich erteilt er diese nur an England, später auch an die Sowjetunion und andere Freunde. Das seriöse Friedensangebot des Deutschen Reichskanzlers vom 19. Juli wird – wie schon erwähnt – von Roosevelt und Churchill abgelehnt. Im November wird Roosevelt unter Bruch der Verfassung für eine dritte Amtsperiode als Präsident wiedergewählt. Das Tor zur vollen Unterstützung Churchills, 1941 auch Sowjetrußlands, steht offen. Am 12. Dezember 1940 beginnen geheime Stabskonferenzen mit den Engländern in London, Manila und Washington. Sie verfestigen sich zu einem konkreten englisch-amerikanisch-niederländischen Kriegsplan gegen Deutschland und Japan. Der Präsident erteilt seine Billigung. Im Januar 1941 schickt er Harry Hopkins – sein alter ego, sein zweites Ich – nach London. Hopkins erklärt Churchill zu dessen heller Freude, der Präsident sei entschlossen, »... daß wir den Krieg ge-

meinsam gewinnen, koste es was es wolle ...« Gekostet hat es die Freiheit und die Unabhängigkeit Europas und der Welt. Mittlerweile wird in den Büros *Stimsons* und *Morgenthaus* das Leih- und Pachtgesetz – »lend-lease« – novelliert. Es tritt am *9. März 1941* in Kraft, nachdem der Kongreß mit der falschen Behauptung, England stehe unmittelbar vor einer deutschen Invasion, getäuscht worden war. In diesem Gesetz überträgt der Kongreß seine kriegserklärende und kriegsführende, verfassungsmäßige Autorität auf den Präsidenten. Roosevelt darf nun unerklärte oder erklärte Kriege in eigener Regie führen, wo und wann er will. Das ist der Gipfelpunkt einer langen Entwicklung, die mit dem Überfall des Generals und späteren Präsidenten Andrew Jackson auf das spanische Florida und der Annexion des westlichen Florida durch die USA in den Jahren 1810/1818 beginnt, mit dem provozierten »Vergeltungsschlag«, d.h. dem imperialen Expansionskrieg des Präsidenten Polk gegen Mexiko, weiterschreitet, durch den vom Präsidenten Lincoln und dem rechten Flügel der republikanischen Partei herausgeforderten und brutal-total geführten Sezessionskrieg neue Dimensionen der Diktatur annimmt und schließlich von den Präsidenten McKinley und Theodore Roosevelt auf die internationale Ebene gehoben wird. Europa und Asien geraten unter dem Präsidenten Wilson – der die Vereinigten Staaten nach 1917 zur ersten Weltmacht erhebt – in den Einflußbereich Amerikas. Unter dem Präsidenten Franklin D. Roosevelt wird dieses System zur vorläufigen Kulmination geführt. Die beinahe allumfassende Weltmacht USA wird nur noch von der Sowjetunion in Schranken gehalten. Die totale und weltstrategische Kriegführung Roosevelts und Churchills, durch die Weltanschauung, Taktik und Strategie des amerikanischen Sezessionskrieges auf das gigantische Weltmaß gesteigert, zerstört mutwillig jede nichtamerikanische Eigenständigkeit außerhalb der Sowjetunion. Sie ist die Basis für die völlige Demoralisierung der führenden Völker Europas und Asiens und die Grundlage für die Weltherrschaft Amerikas nach 1991. Das hat zur Folge, daß alle Fragen der Weltpolitik und der Weltwirtschaft ganz automatisch zu – zumindest scheinbaren – Lebensfragen der amerikanischen Machtelite werden. Wird sie es schaffen, der anstürmenden Krisen Herr zu werden? Die Zukunft wird es zeigen.

Es ist aufschlußreich, daß der Präsident nicht gewillt ist, die Sowjetunion, die sich laut den Geheimbestimmungen des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939 Ostpolen einverleibt,

ausgedehnte Gebiete Südost- wie auch Nordosteuropas annektiert und am 29. November 1939 sogar das kleine Finnland angreift, ebenso zu verurteilen und zu verdammen wie das Deutsche Reich. Tatsächlich verfolgt die UdSSR im Gegensatz mit Deutschland nicht nur weltweite Revolutionspläne, sondern schreitet unter Stalin auch in den expansionistischen Spuren der einstigen Zaren weiter voran – vor allem in Eurasien. In den dreißiger Jahren wird Chinesisch-Turkestan, *Sinkiang*, zu einem Bestandteil des Sowjetreiches, die äußere und innere Mongolei verfallen seinem Einfluß, und Stalin pocht an die nördlichen Einfallstore Mandschukuos – zum hellen Entsetzen der Japaner. Jetzt wird klar, warum sich der Roosevelt-Litwinow-Pakt vom 17. November 1933, den der Präsident unter Umgehung des *State Department* unterzeichnete, gegen das Japanische und das Deutsche Reich richtet. Gerade weil die Sowjetunion ihre geopolitische Lage in Eurasien mit starker militärischer Macht auszubauen bestrebt ist und dabei – nach der Ansicht Roosevelts – wirtschaftlich und weltanschaulich mit »bewunderungswürdiger Fortschrittlichkeit« verfährt, möchte der Präsident sich ihrer bedienen. Freilich eröffnet 1944 Stalin Churchill in Moskau mit offensichtlicher Genugtuung, er habe schon Anfang der dreißiger Jahre zehn Millionen Kulaki verhungern und liquidieren lassen. Doch wen von den angelsächsischen Machtpolitikern stört das schon?

Ebenso bemerkenswert ist es, daß der Präsident darauf verzichtet, seine Kenntnis vom ›Geheimen Zusatzprotokoll‹ des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August auf irgendeine Weise als diplomatisches Druckmittel gegen Stalin einzusetzen – ihn damit zumindest zur Änderung seiner weltimperialen Ziele zu bewegen. Denn – wie die »Herbig Materialien zur Zeitgeschichte« der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (Dezember 1985) anhand von Originaldokumenten glaubhaft darlegen – unterrichtet der amerikanische Botschafter in Moskau, Laurence Steinhardt, seinen Außenminister in Washington schon um 11:15 Uhr des 24. August 1939, daß am Vortage ein umfassendes Übereinkommen zwischen der Sowjetunion und Deutschland hinsichtlich der osteuropäischen Gebietsfragen erzielt worden sei. Estland, Lettland, Ostpolen und Bessarabien seien als innerhalb der sowjetischen »Einflußsphäre« liegend anerkannt worden. Steinhardt wußte, daß Stalin die Verhandlungen selber führte. Dieser verheimlichte seine Meinung nicht, daß er schon lange einer sowjetisch-deutschen Verständi-

gung günstig gesinnt gewesen sei, und brachte einen Trinkspruch auf Hitler und die »Wiederbelebung der traditionellen deutsch-russischen Freundschaft« aus. Andere Geheimdepeschen Steinhardts an Washington waren vorausgegangen, z. B. am 25. März des Jahres über den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen oder am 27. Februar über die deutsch-sowjetischen Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsabkommens. Diese und andere »Auskünfte« gingen dem Botschafter von einem Mitglied der deutschen Botschaft zu, das wiederum mit Charles E. Bohlen (dem späteren U.S.-Botschafter in Moskau) eng befreundet war. Bohlen hieß ihn »Johnny«, zu deutsch Hans. Doch – ungeachtet seiner zahlreichen Kassandrarufe sieht der Präsident davon ab, das Vorgehen des sowjetischen Diktators öffentlich zu brandmarken, etwa um die europäische Politik zu stabilisieren und einen Kriegsausbruch zu verhindern. Damit behalten namhafte amerikanische Historiker recht, daß Roosevelt an einer Verhinderung des Krieges gar nichts lag. Im Gegenteil, er ließ Stalin freien Lauf, wollte ihn für seine spätere »Rolle« schonen. Der mächtige Gewaltpolitiker Roosevelt reicht dem mächtigen Gewaltpolitiker Stalin die Hand – wohl nicht zum ewigen Bunde, doch zur Teilung der Welt.

Übrigens war die soeben beschriebene nicht die alleinige undichte Stelle im deutschen Machtapparat. Der Fall Sorge an der deutschen Botschaft in Tokio ist eine der berüchtigtsten. Wie der deutsche Diplomat Karl Otto Braun, der an ebendieser Botschaft Dienst tut, später erläutert, pflegt Sorge – obzwar weder Diplomat noch deutscher Beamter, sondern »Journalist« – die besten Beziehungen zum deutschen Botschafter und dessen Mitarbeitern in Japan. Sie alle geben im Laufe angeregter Plaudereien leichtsinnig Staatsgeheimnisse preis, wie z. B. die Absicht Japans, die Nichtangriffsverpflichtungen aus dem Matsuoka-Molotow-Pakts vom April 1941 einzuhalten und Sibirien nicht anzugreifen. Sorge eilt mit dieser lebenswichtigen Information zu seinen sowjetischen Vertrauensleuten – denn er ist ein russischer Spion.

Diese Umtriebe waren der japanischen Geheimpolizei schon längere Zeit nicht verborgen geblieben, und sie hatte die Deutschen gewarnt. Vergebens. 1941 werden Richard Sorge und sein Spionagering – dem auch Japaner angehören – von den Japanern (Kempejtai) ausgehoben. 1944 wird er hingerichtet. Weit glimpflicher erging es seinen »Kollegen« im Westen. Ein ganz besonderer Ruf haftet den sowjetischen Spionen in dem Vereinigten

Königreich an. Nicht nur, daß sie im Dienste der UdSSR standen und überraschend zahlreich vertreten waren, entstammten sie auch noch den gehobenen und gebildeten Gesellschaftsklassen Britanniens, wie etwa Guy Burgess, Donald MacLean, Kim Philby und John Cairncross. Das Beispiel Anthony Blunts ist besonders lehrreich. Als angesehener Kunsthistoriker und Direktor der Königlichen Gemälde, einer der hervorragenden privaten Kunstsammlungen der Welt, ist er auch Intimus der englischen Königsfamilie einschließlich der Königin Elisabeth. Insgeheim arbeitet er aber für die sowjetische Spionage, als er 1937 an der Universität Cambridge von seinem homosexuellen Freund Burgess in den »Dienst« eingeschleust wird. Während des Zweiten Krieges gehört er zum Herzen des britischen Nachrichtendienstes, M.I. 5, Abteilung B. Von dort aus schickt er fortlaufend Informationen an seine sowjetischen Kontaktmänner, darunter auch das Datum und den Landeplatz der alliierten Invasion in Frankreich im Juni 1944. Nach Kriegsende, im August 1945, entsendet ihn König Georg VI. in die amerikanische Besatzungszone auf das Schloß seiner Base, der Prinzessin Margarethe von Hessen, anscheinend um »Familienpapiere« zu entwenden, welche die aktiven Versuche König Eduards VIII., des Herzogs von Windsor, dokumentieren sollen, mit Hilfe Hitlers und anderer NS-Größen den Krieg zu verhindern. Die Papiere verschwinden ... Doch die Dankbarkeit der englischen Königsfamilie bewahrt Blunt vor dem Schlimmsten, auch dann noch, als 1979 seine Spionagetätigkeit offiziell bekannt wird. Er stirbt 1983.[40]

Was hätte wohl Rudolf Heß wenige Jahre später der Welt enthüllen können?

Roosevelt setzt auf die Zusammenarbeit mit Rußland. Ab Mitte Januar 1941 läßt er sein Außenministerium den kratzbürstigen sowjetischen Botschafter in Washington Konstantin Oumansky mehrfach vor den deutschen Angriffsabsichten auf die UdSSR warnen. Aus Japan und dem Fernen Osten schließt sich Sowjetspion Richard Sorge dem Chor der Warner an. Anfang Februar ist der Ostaufmarsch der deutschen Streitkräfte sowohl in Washington und London als auch bei den obersten Führern im Kreml Allgemeinwissen. Im Balkan spitzt sich die

---

[40] s. »The Fourth Man«, Buchbesprechung von: Miranda Carter, *Anthony Blunt*; Farrar, Straus & Giroux, New York; »The New York Times Book Review«, 6. Januar 2002

Lage zu. Nachdem Bulgarien im November 1940 aus gutem Grund das sowjetische Angebot einer »Garantie« oder aber eines gegenseitigen Beistandspakts zurückgewiesen hatte, tritt es im März 1941 dem Rom-Berlin-Tokio-Pakt bei. Unter sowjetischem Protest ziehen Einheiten der Deutschen Wehrmacht in Bulgarien ein. Sein westlicher Nachbar Jugoslawien schließt sich am 25. März ebenfalls dem Dreierpakt an. Die angloamerikanische Politik fühlt sich in ihrer Mittelmeerstrategie bedroht, möchte aber auch dem erwartungsvoll lächelnden »Woschd« – Führer – des Weltproletariats hilfreich zur Seite springen. Vergessen wir nicht, daß 1940 der Labour-Linksaußen Stafford Cripps Stalin des wohlwollenden Einvernehmens der britischen Regierung versichert hatte, obwohl dieser phantastische Gebietsforderungen stellte. Churchill ernennt Cripps von 1940 bis 1942 zum Botschafter in Moskau. Alsdann inszenieren Churchill und Roosevelt einen Putsch in Belgrad. Der Prinzregent Paul wird gestürzt. Eine neue amerika- und rußlandfreundliche Regierung unter dem minderjährigen König Peter II. zieht ein. Hitler will sich das nicht gefallen lassen und greift am 6. April 1941 Jugoslawien an. Der Angriff wird auf Griechenland ausgedehnt, weil die aus Albanien attackierenden Italiener eine Schlappe nach der anderen durch die Griechen erleiden. Aus Achtung vor ihrer Tapferkeit gestattet Hitler den gefangenen griechischen Offizieren, ihre Degen zu behalten. Die in Griechenland gelandeten Briten werden geschlagen. Im Mai wird auch Kreta von den deutschen Fallschirmjägern, wenn auch unter erheblichen Verlusten, eingenommen. Obgleich Jugoslawien, Griechenland und Libyen in einem erneuten Blitzfeldzug erobert werden und die englische Mittelmeerflotte von der Luftwaffe erheblich dezimiert wird, geht die Rechnung der Angloamerikaner auf. Der von allen erwartete Rußlandfeldzug verzögert sich um schicksalsschwere sechs Wochen.

Doch die in der Realpolitik unumgängliche nüchterne Beurteilung der Machtverhältnisse geht den herrschenden Angloamerikanern ab. Genauer gesagt, bläht sich im Falle Roosevelts und seines Vertrauten Harry Hopkins, deren bisherige Meinung zu einer skurrilen Fehleinschätzung der sowjetischen Innen- *und* Außenpolitik auf. Davon zeugt die Berichterstattung Kardinal Spellmans, des Erzbischofs von New York, an Papst Pius XII. Spellman als oberster und sehr engagierter Militärgeistlicher der amerikanischen Streitkräfte ist im Weißen Haus ein gern gesehener Gast. Am 2. September 1943, nach der Rückkehr Roose-

velts von der ersten Quebeckonferenz – wenige Monate nach der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 und kurze Zeit vor der Einberufung der Konferenz von Teheran im November desselben Jahres – plaudern Roosevelt und Spellman wieder einmal angeregt miteinander. Aber diesmal handelt es sich um weltstrategische Visionen.

Der Präsident: »Die Teilung ist eine einfache Sache. Der Ferne Osten kommt zu China [nicht eingehalten; d. Verf.], der Pazifik zu den Vereinigten Staaten. Afrika und Europa werden zwischen Rußland und England aufgeteilt ... Ich hoffe, daß die russische Intervention in Europa nicht zu grob sein wird ... Mit Stalin, glaube ich, werde ich mich besser verstehen als mit Winston. Winston ist Idealist. Stalin dagegen Realist wie ich ... Nur habe ich die Sorge, obwohl sie wahrscheinlich überflüssig ist, ob Stalin sich verpflichten wird, seinen Einflußbereich nicht über eine bestimmte Linie hinaus auszudehnen. Er wird sicherlich Finnland, die baltischen Staaten, die Osthälfte Polens und Bessarabien fordern. Sich seinen Wünschen zu widersetzen, wäre sinnlos, denn Stalin hat ja die Macht und die Mittel, sie sich selbst zu erfüllen ... Außerdem hat die Bevölkerung Ostpolens ohnehin den Wunsch, russisch zu werden ...«

Diese Gedankengänge von beispielloser Banalität und Brutalität erschrecken den Kardinal. Er verweist darauf, daß die Sowjetunion auch nach Deutschland, Österreich, Ungarn und der Tschechei greifen werde.

Der Präsident: »Damit muß man rechnen. Es wird sicher zu einer beträchtlichen Ausdehnung kommunistischer Regimes kommen. Aber was ist da zu machen? (»What can we do about it?«) ... [Österreich, Ungarn und Kroatien kommen unter das sowjetische Protektorat] ... Aber wir müssen die großartigen wirtschaftlichen Erfolge Rußlands in Betracht ziehen. *Seine Finanzen sind gesund.* Natürlich wird die Europäer der Gedanken erschrecken, sich Rußland anpassen zu müssen, doch ist zu hoffen, daß in zehn oder zwanzig Jahren der europäische Einfluß die Russen weniger barbarisch machen wird ... Was uns betrifft, so hoffe ich, daß aus einer Zwangsfreundschaft bald eine echte und dauerhafte Freundschaft werden wird ... Letztlich werden die Russen 40% des [europäischen] Gebiets mit kapitalistischer Wirtschaft beanspruchen, so daß die Kapitalisten 60% behalten werden. Auf dieser Basis ist eine Verständigung möglich, jedenfalls ist das Litwinows Meinung ...«

Man sieht, daß der Präsident und Harry Hopkins sich schon

recht eingehend mit Litwinow, der in Washington von 1941 bis 1943 als Sowjetbotschafter fungiert, besprochen haben. Wie stellt sich Roosevelt die Nachkriegslage der einzelnen Völker vor? Frankreich entgeht vielleicht dem Kommunismus, wenn es sich eine Volksfrontregierung zulegt. Polen soll Ostpreußen erhalten. Deutschland wird in mehrere Staaten ohne Zentralregierung aufgeteilt. Es wird von den USA, der UdSSR, Britannien und China überwacht. Es wird für die Dauer von 40 Jahren entmilitarisiert und darf keine Art Luftfahrt besitzen ... Diese, einmal schwächlichen und schwachsinnigen, dann aber wieder gewaltstrotzenden Argumente stammen von einem Politiker, dessen Staatsleistungen von seinem Nachfolger Truman wie folgt geschildert werden:

»Das Land lieferte an Rußland, Großbritannien, China, Australien und alle seine Verbündeten Kanonen, Panzer, Flugzeuge und Lebensmittel in unerhörten Mengen. Es baute, bewaffnete und führte die größte Flotte aller Zeiten in den Kampf. Es schuf die mächtigste und wirksamste Luftwaffe, die man bis dahin kannte. Es rüstete eine Armee von achteinhalb Millionen Mann aus und setzte sie an zwei Fronten ein, die voneinander 20.000 km und vom Mutterland 5000 bzw. 11.000 km entfernt lagen, und baute zur Versorgung dieser beiden Fronten die größte Handelsflotte der Geschichte ...« [Die Zahl der amerikanischen Gesamtstreitkräfte im Zweiten Weltkrieg beträgt 16 Millionen und 353.659 Mann – d. Verf.]

An die Sowjetunion allein liefert Roosevelt 16 Millionen Tonnen Kriegsmaterial, für dessen Beförderung mehr als 2600 Schiffe benötigt wurden. Schon 1943 ist er der Mächtigste der Erde. Er hat diese seine Macht ebenso wie andere Trümpfe dem Kreml gegenüber nie ausgespielt. Er tut auch hier das Gegenteil davon, was ein weitsichtiger Staatsmann hätte tun müssen. Roosevelt steht im Bann der Persönlichkeit Stalins. Immer wieder schlägt er ein Stelldichein dem roten Despoten vor – im Frühjahr 1942, Januar 1943, Mai 1943, August 1943 –, bis dann das langerwartete Treffen unter vier Augen in Teheran stattfindet. Roosevelt benimmt sich »wie ein stürmischer Liebhaber, der sich von einer exotischen Frau mit einiger Erfahrung angezogen fühlt«, so hat es einmal Eden ausgedrückt.

Harry Hopkins, die Graue Eminenz im Weißen Haus, wohnt schon jahrelang dort. Er erhält das Arbeitszimmer Lincolns zugewiesen. In den letzten Stadien einer tödlichen Krebskrankheit, scheint ihn nur seine Machtgier am Leben zu erhalten. Denn,

obgleich er nie in irgendein Amt gewählt wurde und keinen anderen Titel innehat als »persönlicher Abgesandter des Präsidenten«, wird in Washington nichts ohne seinen Rat entschieden. Regelmäßig verfaßt er in der Abwesenheit Roosevelts Staatstelegramme, unterzeichnet Anweisungen an Botschafter und hohe Militärs, ohne Roosevelt auch nur zu befragen. Im Ausland wird er als Repräsentant der stärksten Vormacht der Erde mit allen Ehren u.a. von Pius XII. und von dem Premierminister in Downing Street No. 10 empfangen, ebenso dem Proletarier-Khan im Kreml. Seine Kindheit war für den amerikanischen Mittelwesten typisch. Seine Mutter, eine der damals autoritären und chauvinistischen Volksschullehrerinnen, erzog ihren Sohn im strengen Methodismus. Diese volkstümliche Abart des Anglikanismus wird in den USA – wo sämtliche Konfessionen einer finanziell-klassenmäßigen Rangordnung unterliegen – als der guten Mittelklasse zugehörend angesehen. Noch als reifer Erwachsener und als Bewohner des Weißen Hauses – zu einer Zeit, als er und Roosevelt bereits hohe Freimaurergrade innehatten – las er allabendlich die Bibel. Aus der Verschmelzung dieser starren Religiosität mit der von der übermächtigen Mutter-Megäre eingedrillten Homoerotik und den freimaurerischen Idealen entsteht bei ihm, wie so oft in Amerika, ein besonders hochtrabender Messianismus, ein säkularisierter Kreuzzugsgeist, der die Welt unterwerfen *muß*, um sie zu verbessern. Freilich trifft der Bannstrahl seines aufgestauten Idealismus und gärenden Hasses nicht Stalin und den Kommunismus, in welchen er gleich seinem Herrn und Meister eine fortschrittliche Reformbewegung sieht, sondern Hitler und die Deutschen.

Es war in erster Linie Hopkins, der zu Kriegsbeginn – als die Vereinigten Staaten noch nominell neutral waren – die Hilfslieferungen an England in die Wege leitete, dann im Juni/Juli 1941 die bedingungslosen und ungeheuren Lieferungen an die Sowjetunion begann und schließlich die Konferenzen von Teheran und Jalta vorbereitete. Er war es auch, der sich am nachhaltigsten für eine bedingungslose Kapitulation aussprach, der am entschiedensten darauf bestand – gegen den Widerstand der Kriegsmarine und des Generals MacArthur –, zuerst das Deutsche und dann das Japanische Reich zu erledigen und der sich in der Quebeckonferenz am eifrigsten für den Morgenthauplan einsetzte, der Deutschland seiner Industrien berauben und es in ein Weide- und Ackerland verwandeln sollte. Selbst dem martialischen Kriegsminister Stimson ist es nicht gelungen, den Präsidenten

von den Fehlschlüssen und den Gefahren des Planes zu überzeugen. Achselzuckend erwidert Roosevelt wenige Tage vor der Abreise nach Jalta: »Ich habe ihn gar nicht gelesen.«

Man muß kein Kardinal sein, um sich vor dieser bodenlosen Verantwortungslosigkeit zu entsetzen.

Ganz im Gegensatz zum Präsidenten atmet der Geist der diplomatischen Noten, die der polnische Exil-Ministerpräsident, General Sikorski 1942 an die britische und die amerikanische Regierung richtet, eine wahre Realpolitik. Er widersetzt sich Stalins und Molotows Plan, Ostpolen zu annektieren und Warschau dafür mit Ostdeutschland zu kompensieren. Er führt aus, daß die neugezogenen Grenzen Polen von seinem mächtigen östlichen Nachbarn abhängig machen und der Sowjetunion gestatten würden, Polen als Sprungbrett zur Beherrschung ganz Mitteleuropas, insbesondere Deutschlands, zu mißbrauchen. Eine wohlfundierte Prognose, die der Lagebeurteilung Anthony Edens vom April/Mai 1945 fast auf das Haar gleicht. 1945 war es freilich zu spät. Sikorski mußte seine Weigerung mittels inszeniertem Flugzeugunfall mit dem Tod bezahlen, da Churchill um das sowjetische Bündnis bangte. Schließlich war der Premier über die deutsch-sowjetischen Kontakte in Stockholm und anderenorts wohlunterrichtet.

Noch schlagender vielleicht sind die Weissagungen des großen spanischen Konservativen Donoso Cortés aus dem 19. Jahrhundert. Seine Prognosen gehen von den Erschütterungen aus, die das Revolutionsjahr 1848 Europa und Vorderasien brachte und die er als eine Kraft erkannte, die unterschwellig weiterwirken würde, um eines Tages ungestüm wieder hervorzubrechen. In seiner Rede über die allgemeine Lage Europas fällt er ein berühmt gewordenes Urteil über Rußland:

»Ich halte eine Revolution in Petersburg viel leichter für möglich als in London ... wenn die Revolution in Europa die stehenden Heere zerstört hat – wenn die sozialistischen Revolutionen den Patriotismus in Europa ausgetilgt haben – wenn im Osten die große Föderation der slawischen Völker sich vollzogen hat – wenn es im Westen nur noch zwei Armeen gibt, die der Geplünderten und die der Plünderer – dann wird die Stunde Rußlands schlagen. Dann wird Rußland, das Gewehr unterm Arm, ruhig in Europa auf- und abgehen können. Dann wird die Welt dem größten Strafgericht beiwohnen, das die Geschichte je zu verzeichnen hatte. Dieses Strafgericht wird über England ergehen ...«

Ebenso frappant sind seine Worte in Cortés' »Versuch über den Katholizismus, den Liberalismus und den Sozialismus« aus dem Jahr 1851:

»Das neue Evangelium der Welt wird vielleicht in einem Zuchthaus geschrieben ... Diejenigen, die den Völkern den Glauben beibrachten, daß die Welt ein Paradies sein könne, machten es ihnen noch leichter verständlich, daß die Erde ein Paradies sein müsse, wo niemals Blut fließe ...

Das Übel liegt in der Illusion. Es liegt darin, daß gerade an dem Tag und zu der Stunde, wo diese Illusion von allen geglaubt wird, das Blut selbst aus den Felsen sprudeln und die Erde eine Hölle sein wird.

In diesem dunklen Erdental kann der Mensch nach keiner vollkommenen Glückseligkeit streben, ohne das geringe Glück zu verlieren, das in seinem Bereich liegt ...«

Man kann es sich leicht machen und diese Worte als das Phantasieprodukt eines reaktionären Iberers abtun. Doch niemand kann bestreiten, daß viele seiner Prognosen durchaus im Bereich des Möglichen liegen. Noch ist nicht aller Tage Abend. Daß Amerika vom Gedanklichen her die Geschichte »abgeschafft« hat – denn in einem Paradies gibt es ja kein Gestern und Morgen, nur eine ewige Glückseligkeit – und deshalb in der Gestalt seiner Cäsaropapen Woodrow Wilson, F. D. Roosevelt, Ronnie Reagan wie auch der beiden Bushs bereit ist, endlose Blutströme zu vergießen und damit die täglich auftretende »Historia« zum Milliardengeschäft seiner winzigen Machtelite herabdegradiert ist – bedeutet noch lange nicht, daß alles erfolgreich verläuft. Krise folgt auf Krise, und die Ankunft eines Welttyrannen – wie Donoso Cortés und die großen Russen Dostojewskij und Wladimir Solowjew prognostizierten – wird uns erst recht kein Paradies herbeizaubern.

Gegen den Selbstbetrug aus dem »Land des Lächelns« gibt es nur ein Mittel, und das lautet: »Wir sind nicht da, um glücklich zu werden, sondern um unsere Pflicht und Schuldigkeit zu tun!«

In der zeitgeschichtlichen Praxis freilich läßt sich ohne weiteres Abhilfe schaffen. Die Maxime heißt schlicht und einfach: Der völker- und geistesmordende Neo-Kolonialismus muß endlich abgeschafft werden. Woodrow Wilson hätte nie – auf seiten der Entente – im Ersten Krieg mitkämpfen dürfen. F. D. Roosevelt hätte nie England, Frankreich und Polen in den Krieg treiben und die Beteiligung der USA herbeiführen dürfen. Gewiß wäre Amerika dann nicht in der Lage gewesen, 1989/91 die

Weltherrschaft an sich zu reißen. Aber gibt es die so oft beschworene moralische Weltautorität wirklich nicht? Auf jeden Fall gab es ab 1918 für die Vereinigten Staaten eine Fülle von Möglichkeiten, einen gerechten Frieden herbeizuführen und zu sichern. Die Chancen wurden nicht wahrgenommen, sondern verworfen. Denken wir daran, daß der große Wiener Weltwirtschaftler Joseph Alois Schumpeter – seit 1932 Professor an der Harvard Universität – nicht allein F. D. Roosevelts Maßnahmen, die Weltwirtschaftskatastrophe zu »bändigen«, verachtete, sondern auch dessen Kriegstreibereien gegen das Deutsche Reich – die für einen Mann seines Formats leicht zu durchschauen waren – zutiefst fürchtete. Selbst als der Krieg schon voll im Gange war und der Präsident sich anschickte, Hunderttausende amerikanische Bürger japanischer, italienischer, deutscher, ungarischer usw. Herkunft grundlos zu verhaften, einzukerkern und in Konzentrationslagern einzupferchen, mäßigte der Deutsch-Amerikaner Schumpeter seine berechtigte Kritik nicht. Obzwar weder persönlich noch weltanschaulich ein Bewunderer des Nationalsozialismus, vertrat er mit vollem Recht die Ansicht, *Roosevelt und Churchill* hätten furchtbareres Unheil angerichtet als Dschingis Khan. Ist erst einmal alles vorbei, darf man selbstverständlich Bedenken hegen. Es regt sich plötzlich das Gewissen bei jenen, die noch nicht ganz abgestumpft sind und deren Verstand noch scharf genug ist, das angerichtete unsägliche Unheil einigermaßen nüchtern einzuschätzen. Aber das ist nur eine winzige Handvoll, die Besten der Besten, le brave des braves, wie einst Napoleon seinen Marschall Ney nannte. Die überwältigende Mehrheit der Täter, Zeugen und »Berichterstatter« sind aufgeblähte Sumpfunken, die mit quakender Öffentlichkeitsarbeit die nächsten Massenmorde und die nächste Runde des Profiteinstreichens vorbereiten. Doch selbst das zusammenschmelzende Häuflein der Heroen und Erwachenden kann das einmal Geschehene nicht ändern. Die Gewaltpolitik wühlt sich gefräßig neuen Ufern zu, bis irgendwann die letzte Katastrophe anbricht. Das offen ausgesprochen zu haben, sei dem 85-jährigen Robert McNamara, dem »Verteidigungsminister« unter Kennedy und Johnson, lobend zuerkannt. Einst der Schrecken Südostasiens, erlebt er im Greisenalter die Bekehrung und arbeitet jetzt aktiv für eine vernünftige Friedenspolitik. Erst jüngst wieder im ›Esquire‹ vom Januar 2002 wies er darauf hin, daß die CIA und Präsident Eisenhower 1960 mit ihrer »Dominohypothese« – der Fall Südvietnams würde das restliche Südostasien nach sich zie-

hen und den weltstrategisch und wirtschaftlich höchst wichtigen Raum den Kommunisten ausliefern – einem tragischen Irrtum unterlegen seien.

Eine der Schlußfolgerungen, die Amerika als Nation aus diesem Fiasko ziehen sollte, ist nach McNamara, mehr Einfühlungsvermögen in die Vorstellungen anderer Nationen der Erde zu zeigen, um sie zu verstehen: »Ein weiches Herz verträgt sich mit einem harten Kopf«. Durchaus! Hoffentlich wird diese Lektion alsbald gelernt, noch vor dem Massensterben durch die neuesten Massenvernichtungswaffen.

Aus diesem Blickwinkel heraus ist es möglich, das Verderbliche, ja, den Nihilismus der amerikanischen Deutschland-, Europa- und Asienpolitik richtig einzuschätzen, denn seit 1901 und besonders seit 1914 war sie bestenfalls eine Tragikomödie. 1939 notiert Schumpeter in seinen Tagebüchern, daß die Westmächte Hitler in die Arme Stalins getrieben haben, und noch im Mai 1944 bezeichnet er das Deutsche und das Japanische Reich als die »zwei natürlichen Bollwerke« Amerikas. Dies fünf Monate nach der Teheran- und sieben Monate vor der Jaltakonferenz, als der Präsident seinem Freund und Feind Stalin auch den letzten Wunsch von den Äuglein abliest. Nur noch einen oder zwei Schritte weiter, und Sowjetrußland hätte Amerika von seiner neuerworbenen Festung Eurasien aus erdrosselt, oder – wie der Kernphysiker und »Vater der Wasserstoffbombe« Eduard Teller sich ausdrückt – hätte Amerika die Wasserstoffbombe nicht entwickelt »... würden wir heute in den USA russisch sprechen«. Denn mit Hilfe seines weitverzweigten Spionagenetzes in den USA, Kanada und England (Klaus Fuchs, Julius und Ethel Rosenberg und die britischen Spitzenspione) ließ Stalin seinerseits die A-Bombe und kurz darauf auch die H-Bombe im Eiltempo entwickeln.

Beschäftigen wir uns nochmals mit William Bullitt. William Bullitt, bis 1940 der Spitzendiplomat des Präsidenten in Paris und Europa und einer der Hauptakteure, die Polen und England vor September 1939 zu einer immer härteren Gangart gegen Deutschland anfeuerten, ändert seine Einstellung zur Sowjetunion gründlich. 1946 schreibt er das Roosevelt-feindliche Buch über die Sowjets: ›The Great Globe Itself‹. Obzwar einst, 1933, der erste amerikanische Botschafter in Moskau und damals ebenso bolschewistenfreundlich wie sein Herr, kühlt sich sein Enthusiasmus vor Ort angesichts der rasenden Stalinschen Massensäuberungen und der gegen ihn gerichteten Spitzeleien bemerkenswert schnell ab (ähnlich ergeht es anderen westlichen

Botschaftern, selbst dem Labour-Linksaußen Stafford Cripps). 1935 legt er sein Amt nieder, wird auf den Spitzenposten in Paris ernannt. 1940 ist er »ambassador-at-large« – Botschafter ohne Mission – und Sonderbeauftragter für den Marineminister. Nach wiederholten Warnungen wegen der Unzuverlässigkeit der Sowjets überwirft er sich mit dem Präsidenten vollends. Der stellvertretende Außenminister Sumner Welles triumphiert. Bullitt wird an die frische Luft gesetzt. 1944 wird er Major im französischen Heer und Sonderkorrespondent für die Zeitschriften Time und Life des damaligen Nachrichtenzars Henry Robinson Luce. Er wechselt zu den Republikanern über. 1946 äußert er sich im Kongreß vor dem Abgeordneten John Rankin, er habe in der UdSSR die Fotografie eines Kinderskeletts gesehen, das während einer Hungersnot von seinen Eltern verzehrt worden sei. Wörtlich: »Es gibt in Rußland mehr menschliche Sklaven als jemals irgendwo auf der Welt.« 1967 stirbt Bullitt in Paris. Tragisch, daß es ihm nicht gelang – oder daß er es nicht verstand –, im Bunde mit anderen amerikanischen Realpolitikern, wie Hugh Wilson (Botschafter in Berlin), Joseph Kennedy in London und der englischen Friedenspartei, das Roosevelt-Churchill-Bündnis zu unterlaufen und aufzuheben. Doch um das zu bewerkstelligen, hätte Joseph Kennedy, der zweitstärkste Mann der Demokratischen Partei, Präsident werden müssen – wie von Roosevelt versprochen. Auf den Präsidenten war eben kein Verlaß. Dieser blieb nur allein *Stalin* treu. Entgegen den zahlreichen Ammenmärchen, die in Umlauf gesetzt wurden, hatten Amerika wie auch England und das Empire vor Hitlers angeblicher Angriffslust nichts zu befürchten; schon deswegen, weil er weder über eine strategische Marine – trotz der U-Boote – noch über eine strategische Luftwaffe verfügte. Wie bekannt fielen den Alliierten nach Kriegsende buchstäblich Tonnen deutscher Archive und Protokolle in die Hände. Sie wurden nach etwaigem belastenden Material für die Nürnberger Schauprozesse fieberhaft und genauestens durchkämmt. Es war den Amerikanern und Engländern peinlich, erfahren zu müssen, daß der deutsche Reichskanzler von 1937 bis zum 7. Dezember 1941 – Pearl Harbor – alles unternahm (trotz des »unerklärten« Krieges von seiten Roosevelts), um ja in keinen erklärten Krieg mit den USA verwickelt zu werden. Ähnliches gilt von 1935 bis 1939 für Großbritannien.

Die Unzahl der vom Präsidenten vor »Pearl Harbor« begangenen Provokationen und Aggressionen, um die »Deutschen

dazu zu bringen, den ersten Schuß abzufeuern« – »drive the Germans into shooting first« – wird im nächsten Kapitel gewürdigt. Doch da ihm der Eintritt in den europäischen Krieg nicht direkt gelingt, wählt er die Hintertür. Er schnürt die Lebenszufuhr des japanischen Reiches immer heftiger ab, um es zu wohlbekannter Stunde zu offener Reaktion zu reizen. Nur so, das weiß Roosevelt, kann er sein Land auch mit Deutschland in den Krieg stürzen. Bevor wir uns Deutschland zuwenden, noch einige Worte über die Vorstufen im Pazifik:

Die Flottenabrüstungen und ihre Folgen

In der Zwischenkriegszeit von 1919 bis 1939 treffen sich die großen Seemächte an drei Orten, um Abrüstungsmaßnahmen in Marineangelegenheiten zu besprechen: in Washington 1921–1922, in Genf 1927 und in London 1930/1935.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges bis Anfang 1922 steigert sich das Wettrennen der verbliebenen Seemächte zu einem neuen Crescendo. Im Gegensatz zur Lage von 1914, als fünf oder sechs Großmächte zur See miteinander wetteiferten – Großbritannien, das Deutsche Reich, die USA, Japan, Rußland und Frankreich –, sind es diesmal nur drei. In den USA warten elf Schlachtschiffe und sechs noch größere Schlachtkreuzer auf ihre Fertigstellung. In Japan, das ein Drittel seines Staatshaushalts für die Kriegsmarine ausgibt, sind zwei Schlachtschiffe schon vom Stapel gelaufen. Zwei weitere und vier Schlachtkreuzer eines 8-8-Programms werden gebaut. England, das trotz seiner lähmenden Finanznöte weiterhin der erste Seebär der Erde sein will, beabsichtigt 1921 vier Schlachtkreuzer und ebenso viele Schlachtschiffe von 48.500 BRT in Auftrag zu geben. Die Volkswirtschaften, die betroffenen Völker und die Abrüstungsklausel des Völkerbunds mahnen jedoch gebieterisch zur Zurückhaltung. *Charles Evans Hughes,* der frühere Präsidentschaftskonkurrent Woodrow Wilsons und nun eleganter Außenminister des republikanischen Präsidenten Harding, schlägt gleich *fünf Fliegen auf einen Streich,* die eben genannten drei Faktoren und vielleicht noch wichtiger: die Schwächung Japans als strategische U.S.-Konkurrenz im Pazifik und in China, schließlich die Lösung des englisch-japanischen Bündnisses von 1904/1914. Dies erlaubt den Vereinigten Staaten, Britannien noch stärker an sich zu ketten und es in Australien, Singapur, China und im Pazifik als Vorposten des strategisch-wirtschaftlich-militärischen Kampfes Amerikas gegen Japan zu gebrauchen.

Die Ära der »freundschaftlichen Gefühle« unter dem Präsidenten Theodore Roosevelt, als dieser dem Japanischen Reich freie Hand in Korea und der Südmandschurei einräumte, ist längst vorbei. Selbst dieser hatte doch selbstherrlich den Kompromißfrieden von Portsmouth zwischen Japan und Rußland eingefädelt (1905) und die »Große Weiße [amerikanische Kriegs-]Flotte« um die Welt und nach Japan entsandt, um den dortigen Eingeborenen mit der heranstürmenden Weltmacht Amerika zu imponieren. *Franklin D. Roosevelt,* 1913 Staatssekretär im Marineministerium, ist von der Auffassung des bekannten Marinestrategen Admiral Mahan beeindruckt, nach der das Japanische Reich als der »natürliche Feind« der USA anzusehen sei. Mit Übernahme der Präsidentschaft 1933 leitet er eine verstärkte Rückbesinnung auf die Politik des einstigen Commodore Perry ein. Bekanntlich hat dieser 1854/1855 das damals mittelalterlich-feudale Japan mit einer Flotte von rauchspeienden Kriegsschiffen unsanft der erhofften Ausbeutung durch die USA »geöffnet«. F. D. Roosevelt will Perrys Husarenstück mit der stärksten See- und Luftflotte im Pazifik noch übertreffen. Er wird Japan endgültig zur Besinnung bringen. Wie sagte doch Admiral Ingersoll *1941*? »Wir haben uns schon 20 Jahre auf diesen Krieg vorbereitet.«

Charles Evans Hughes, auch nicht faul, ruft 1922 acht Staaten nach Washington, um die Abrüstung zur See zu besprechen: England, Japan, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien, Portugal, und China. Schon in seinen einleitenden Bemerkungen verkündet er die Verschrottung 30 amerikanischer Kriegsschiffe, dazu 23 englischer und endlich 25 japanischer. Mit gutem Beispiel vorangehend, »überzeugt« er die beiden anderen Großseemächte, im ganzen 70 Schiffe zu »versenken« – mehr, so behauptet ein Beobachter, als sämtliche Admirale der letzten Jahrhunderte versenkt hätten. Die versammelten Staaten unterzeichneten mehrere Verträge.

1) *Den Fünfmächtepakt.* Die fünf verpflichteten sich auf zehn Jahre, bestimmte für Großkampfschiffe festgesetzte Quoten in bezug auf Wasserverdrängung, Artilleriekaliber usw. nicht zu überschreiten. Als Ersatz für verschrottete, über 20 Jahre alte Schlachtschiffe dürfen neue Einheiten von nominell 35.000 BRT aufgelegt werden. Den USA, England und Japan ist es darüber hinaus gestattet, zusätzlich je zwei Großkampfschiffe zu Flugzeugträgern umzubauen. Insgesamt wird für Großkampfschiffe und Flotten ein Verhältnis von 5:5:3:1,75:1,75 vereinbart: USA,

Großbritannien, Japan, Frankreich und Italien. Eine Relation, die stark gegen die vom Japanischen Reich ersehnte Gleichberechtigung verstößt. Der japanische Botschafter Saito heißt sie daher sarkastisch »Rolls Royce : Rolls Royce : Ford«. Die drei Hauptmächte geloben außerdem, ihre Stützpunkte im Pazifik nicht zu befestigen, so z.B. Hongkong, die Philippinen oder Rabaul.

2) *Den Viermächtepakt.* Dieser macht dem traditionellen anglo-japanischen Bund ein Ende. Er verlangt, daß ein jeder Signatarstaat die pazifischen Gebiete der anderen »achte«.

3) *Den Neunmächtepakt.* Alle Staaten unterstützen die amerikanische Politik der Offenen Tür in China und die Unabhängigkeit des allerdings stark gespaltenen chinesischen Staates.

Wichtiger als der letztere sind die Nebenverträge, mittels derer das Japanische Reich gezwungen wird, die Schan-Tung-Halbinsel einschließlich des ehemals »deutschen« Tsingtao zu räumen und seine Besetzung sowohl des nördlichen Teils Sachalins als auch Ostsibiriens aufzuheben – ein verhängnisvoller Schachzug Amerikas. Vorderhand gelingt es zwar, die Macht Japans zu schwächen und kriegerische Verwicklungen bis in die 30er Jahre aufzuschieben. Wie der nipponesische Premierminister jedoch ausführt, gestaltet sich die Wirtschaftskonkurrenz um so schwieriger. Die Sowjets nützen die Reibereien zwischen den kapitalistischen Mächten aus und verstärken nach 1928 ihre Stellung in Ostsibirien mit 300.000 Mann Kerntruppen beträchtlich. Sie dehnen ihr Interesse auf Sinkiang, Tannu-Tuwa, die Mongolei und die Grenzen Mandschukuos aus.

Die verschiedenartigen imperialen Verpflichtungen Amerikas und Englands verhindern ein den Großkampfschiffen analoges Einverständnis hinsichtlich der kleineren Einheiten, der Kreuzer, Zerstörer und der Unterseeboote. Dies erlaubt den fünf Mächten eine größere Handlungsfreiheit auf diesem Gebiet. Vor allem Frankreich beeilt sich, zum Ärger Englands, eine reichgefächerte U-Boot-Flotte aufzustellen. 1935 wird dies ein Hauptgrund für Englands Bereitschaft zu einem deutsch-britischen Flottenabkommen. Japan zieht wieder mal den kürzeren. Es unterzeichnet den Vertrag, doch nur unter der Bedingung der Ebenbürtigkeit bei U-Booten und einer Zulage für seine Kreuzerquote. Die Beliebtheit des Londoner Flottenvertrages in Japan darf daran gemessen werden, daß dem Marineminister nach seiner Heimkehr ein Dolch übergeben wird – eine unmißverständliche Aufforderung, Harakiri zu begehen. Ein Mitglied des

Kaiserlichen Marinestabs wählt tatsächlich den Freitod. Doch verspricht die Zukunft noch weit ernstlichere Schwierigkeiten. Mit der Novemberwahl 1932 kommt ein »Marinemann« ins Weiße Haus, der entschlossen ist, seine Kriegsmarine auf Kosten der verachteten Japaner noch mehr aufzustocken, nicht zuletzt um dem großen Heer der Arbeitslosen in den Großstädten Amerikas wieder Beschäftigung zu verschaffen. Gedacht, getan.

In seinem ersten Amtsjahr läßt Roosevelt das mächtigste Flottenaufbauprogramm der amerikanischen Geschichte vom Stapel. Claude Swanson, der im Kongreß wegen seiner Unterstützung großzügigerer Marinebewilligungen bekannt war, wird Marineminister. Er setzt sich gewissenhaft für eine unübertroffene amerikanische Seemacht ein. Am 16. Juni 1933 erteilt Roosevelt die Anordnung, die für damalige Zeiten gewaltige Summe von $ 238 Millionen sinnigerweise aus den Mitteln des »Staatlichen Wirtschaftserholungsamtes« für den Aufbau der Kriegsmarine auszugeben. Schon Ende 1933 klagen ihn manche seiner früheren Freunde des Militarismus an (so in einem Artikel der linksliberalen Zeitschrift ›*The Nation*‹ vom 4. Oktober). Im Januar 1934 bringt das Weiße Haus im Kongreß eine Gesetzesnovelle ein, wonach über die nächsten fünf Jahre 100 neue Kriegsschiffe aufgelegt werden sollen. Die vorgesehenen Ausgaben betragen jetzt 380 Millionen Dollar. Es werden Flugzeugträger, Kreuzer, 14 Zerstörer und 6 Langstrecken-U-Boote auf Stapel gelegt. Im starken Gegensatz zur Rooseveltschen Großzügigkeit werden in Japan und in den europäischen Staaten die Budgets infolge des wirtschaftlichen Notstandes gekürzt. Japans Ausgaben für den Kriegsschiffbau – nach den Zahlen des amerikanischen Marinenachrichtendienstes – rutschen von *40,9* Millionen Dollar im Jahre 1930/31 auf *33,5* Millionen Dollar im folgenden Jahr und schließlich 1932/33 auf *26,9* Millionen Dollar ab. Obgleich der Präsident offiziell erklärt, die Grenzen der Washingtoner und Londoner Abkommen nicht überschreiten zu wollen, sieht Japan in der amerikanischen Aufrüstung eine tödliche Bedrohung. Im Oktober 1934 werden vorbereitende Gespräche für eine neue Marinekonferenz eröffnet. Das Japanische Reich erklärt sich außerstande – aufgrund des beträchtlich vergrößerten Aktionsradius' der Schlachtschiffe wie auch besonders wegen der atemberaubenden Fortschritte im Flugzeugbau –, die 5:5:3-Quoten von 1922 einhalten zu können. Es plädiert für eine stärkere Gleichberechtigung mit den USA und England oder aber für die Preisgabe der offensiven Flottenstärke, bestehend aus Flugzeugträgern,

Schlachtschiffen usw., bei einer Betonung der defensiven Seewaffen wie U-Booten, Zerstörern u.a. Hätten die USA den letzteren Vorschlag angenommen, wäre im Pazifik eine mehr oder minder stabile Lage eingetreten. Amerika hätte den Nord-, den Ost- und den südöstlichen pazifischen Raum von den Aleuteninseln bis Guam, Hawaii, Panama und Feuerland beherrscht, Großbritannien den Raum Indien – Singapur – Australien – Neuseeland und Japan den westlichen Pazifik mit China. Doch das ist Roosevelt, Stimson & Co. nicht genug. In den expansionistischen Fußtapfen Commodore Perrys, Admiral Mahans u.a. streben sie nach wirtschaftlich-politischem Vorrang in China. Mit der amerikanischen Kolonie der Philippinen – die ohne den starken amerikanischen Einfluß in China militärisch ziemlich schutzlos sind – wird das Japanische Reich ohnehin schon vom Süden und Westen durch die USA in die Zange genommen. Mit anderen Worten: Der Stille Ozean ist ein amerikanischer Teich und soll es bleiben. Die Vereinigten Staaten schlagen den Antrag Japans aus. Aus dem stillen soll sehr bald ein sturmumtoster Ozean werden. Ende 1934 kündigt Japan die Verträge von Washington und London – unter Einhaltung der vorgesehenen Zweijahresfrist für 1936. Inzwischen hatte sich der Präsident, wie bereits beschrieben, mit der Sowjetunion arrangiert. Das Japanische Reich soll von allen Seiten eingekreist werden und sich auch der expansiven Sowjetmacht erwehren müssen – was selbstverständlich seine Verteidigungskraft gegenüber den USA schwächt. Aus dem Jahre 1933 datiert die Konstruktion des aufsehenerregenden überschweren viermotorigen Bombers B-17. Ursprünglich vom Heeresluftkorps als Bomberprototyp mit einer Reichweite von 5000 Meilen (8000 km) und einer Bombenlast von 1000 kg ausgeschrieben, erreicht die »Superfestung« bereits 1938 die sensationelle Höchstgeschwindigkeit von 500 km/Std. Während der »Sudetenkrise« desselben Jahres wird die Maschine vervollkommnet und auf Massenproduktion vorbereitet – was Roosevelts »Friedensvorschläge« von der Münchner Konferenz in ein bezeichnendes Licht setzt. Auf alle Fälle ist die B-17 mit ihrer großen Reichweite eine ideale Offensivwaffe im Pazifik wie in Europa.

In seiner Neujahrsbotschaft an den Kongreß vom *Januar 1935* gibt sich Roosevelt heuchlerisch optimistisch. Er verkündet friedliche Beziehungen mit »einer jeden Nation«. Außergewöhnliche Rüstungsausgaben sollten und könnten mittels zwischenstaatlicher Vereinbarungen verringert werden. Doch unmittelbar danach leitet er dem Kongreß einen Kostenvoran-

schlag für das mächtigste Militärbudget Amerikas in Friedenszeiten zu. Der Kriegsmarine alleine werden märchenhafte 485 Millionen Dollar zugesprochen. Kritische Stimmen – wie die linksliberale Zeitschrift »Nation« – bezichtigen Roosevelt nun des fleischgewordenen Militarismus.

In Japan gehen die Ansichten ebenfalls auseinander. Das Marineministerium besteht auf voller Ebenbürtigkeit mit den USA und Großbritannien. Das Außenministerium ist eher kompromißbereit. Doch setzen sich beide dafür ein, das Washingtoner »Quotensystem« abzuschaffen. Im Dezember 1935 tagt die wiedereinberufene Londoner Flottenkonferenz. Amerika – das allen Teilnehmern versichert, seine Aufrüstung bezwecke im wesentlichen den Ersatz für alte Schiffseinheiten – stellt sich mit England erneut gegen die Vorschläge Japans. Japan, das immer noch bereit ist, die Flottengröße dermaßen zu verringern, daß ein Krieg zwischen den drei Seemächten unmöglich gemacht würde, fühlt sich nach der zehnten Sitzung genötigt, die Konferenz zu verlassen. England und die Vereinigten Staaten haben die Versuche zur Beschränkung der offensiven Rüstung torpediert. Erinnern wir uns daran, daß Britannien schon 1934 die Genfer Abrüstungsverhandlungen verließ und seine Luft- und Landaufrüstung verkündete. Weitere Bemühungen der Konferenz, doch noch zu einem Ergebnis zu kommen, blieben ohne Erfolg.

Roosevelt läßt sich nicht beirren. Im Frühjahr 1936 verlangt er 530 Millionen Dollar für den weiteren Ausbau der Flotte. Im Januar 1937 läßt er zwei neue Schlachtschiffe in Auftrag geben. Im Haushaltsjahr 1938 wird das Marinebudget »für Verteidigungszwecke« auf knapp unter 600 Millionen $ erhöht. 1938 ermöglichen der Anschluß Deutsch-Österreichs und die »Sudetenkrise« der Rooseveltregierung, auf die Notwendigkeit einer »Zwei-Ozeane-Flotte« – Atlantik und Pazifik – hinzuweisen und das Marinebudget fürs kommende Jahr auf 670 Millionen zu erhöhen. Für die allgemeine Aufrüstung wird doppelt so viel ausgegeben wie 1935. Für 1940 erhält die Kriegsmarine fast $ 900 Millionen, im Nachfolgejahr die fabelhafte Summe von $ 2 Milliarden. Nach der Niederlage Frankreichs wird der Betrag fast verdoppelt. Immer gewaltigere Schiffe werden gebaut. Die vier Schlußgiganten der ›Iowa‹-Klasse mit einer Wasserverdrängung von maximal 55.710 BRT, neun Langrohrgeschützen vom Kaliber 40,6 cm und einer sehr hohen Geschwindigkeit bis zu 34 Knoten eignen sich vorzüglich als Begleitschutz für die neuen Flugzeugträger im Pazifik.

In jeder Hinsicht wohlgerüstet, setzt Roosevelt seinen Marsch gegen das Japanische und das Deutsche Reich fort. Als 1937 der Krieg in China wiederaufflammt – Tschiang Kai-scheks Truppen, von den Sowjets ermuntert, tragen zumindest einen Teil der Verantwortung hierfür –, möchte der *Präsident* die Japaner mit einer englisch-amerikanischen Blockade zum Rückzug zwingen. Viele seiner Admirale widersetzen sich, weil das nach ihrer Meinung den Krieg bedeuten würde. Als aber auch die Öffentlichkeit auf seine bekannte »Quarantäne-Rede« von Chicago ungünstig reagiert, sieht er von seinem Vorhaben ab. Dennoch schickt er im Februar 1938 drei Kriegsschiffe aus Anlaß der Festlichkeiten zur Fertigstellung eines neuen englischen Flottenstützpunktes nach Singapur, um weltweite Präsenz und Verbundenheit zu demonstrieren. Die Nachricht über einen Geheimbesuch des damaligen Kapitäns und späteren Admirals Ingersoll, dem Chef der Marinestabsabteilung, in London sorgen für weitere Unruhe. Gemeinsame militärische Absprachen gegen Japan und Deutschland werden geargwöhnt, was in Japan nicht verborgen bleibt. Noch im selben Jahr finden amerikanische Flottenmanöver im Pazifik statt. Dabei gelingt es dem amerikanischen Flugzeugträger ›Saratoga‹, einen Überraschungsangriff auf Pearl Harbor aus nur 100 Meilen Entfernung durchzuführen – ein Ereignis, das wir im Auge behalten sollten. Schließlich wird ein koordinierter Heeres- und Marinekriegsplan gegen das Japanische Reich aufgestellt. Er hat zur Grundlage, daß der Gegner in einer Zeit internationaler Spannungen die Feindseligkeiten ohne Kriegserklärung eröffnet. Daraufhin soll die amerikanische Flotte von Pearl Harbor aus eine Offensive in westlicher Richtung vortragen und die japanischen Karolinen- und Marshall-Inseln erobern. Von Singapur aus würden Formosa und die Südwestflanke des Japanischen Reiches aufgerollt werden usw. – durchaus weitsichtig für das Jahr 1938.

Im Oktober 1939 werden ein Geschwader Schwerer Kreuzer, ein Flugzeugträger und 18 Zerstörer nach Pearl Harbor verlegt. Ein halbes Jahr später wird die ganze pazifische Flotte auf unbegrenzte Zeit von den Marinestützpunkten an der nordamerikanischen Westküste nach Pearl Harbor befohlen. Der strategische Schachzug wird nicht vom Marineministerium, sondern vom Präsidenten auf Empfehlung des State Department eingeleitet. Er bringt das Machtzentrum der amerikanischen Pazifikflotte um 2500 Seemeilen oder 4500 km näher an die japanischen Inseln heran und vervielfacht die amerikanische Bedrohung. Es

wird schließlich eine Zusammenarbeit mit britischen und niederländischen Einheiten in die Wege geleitet, namentlich ab dem 10. Mai 1940, als der neue Premierminister Churchill im Laufe seiner bekannten Bittgesuche an den Präsidenten Singapur als amerikanischen Flottenstützpunkt anbietet, um es bei Kriegsausbruch der amerikanischen Flotte zu ermöglichen, von dort aus Japan noch vor der erwarteten japanischen Offensive in den Pazifik zu erreichen ...

Das Fazit

Immer das gleiche. In einer glänzenden, immer weiter ausgreifenden Reihe von ›Vorfällen‹, von der Aggression gegen Kanada und das spanische Florida und der Annexion Westfloridas anfangs des 19. Jahrhunderts, über Präsident Polk und seinen expansionistischen Krieg gegen Mexiko, 1846–1848 nach erfolgter Annexion Texas', über den Kriegsdiktator Lincoln und seinen totalen Krieg gegen die Südstaaten; über den »Ausbruch« des spanisch-amerikanischen Krieges von 1898 unter dem Präsidenten McKinley und seinem Nachfolger Theodore Roosevelt; über die vorgetäuschte Neutralität Amerikas 1914/17 unter Wilson und den Bruch seiner Versprechen in Versailles; über die Schwächung des »Erbfeindes Japan« unter Außenminister Hughes ab 1922 und die Zuspitzung der japanfeindlichen Außenpolitik unter Stimson, bis hin zur rasenden Aufrüstung Roosevelts gegen Japan und Deutschland; über den Frontenwechsel 1946 und die »Einkesselungspolitik« gegen Sowjetrußland unter Truman und Eisenhower; über den Indochinakrieg unter Johnson; über die aggressiv-imperialen Abenteuer und Kolonialkriege der Präsidenten Reagan, Bush d.Ä., Clinton und Bush d.Jü., zeigt sich die mit skrupelloser Sicherheit gehandhabte Verquickung der pseudo-moralistischen »Verteidigungsvorkehrungen«. Die fieberhafte, vernunftmäßig oft gänzlich abwegige Aufrüstung, das fortlaufende Säbelrasseln, das Herbeizwingen des psychologisch günstigsten Augenblicks, um die Kampfhandlungen zu eröffnen und dabei – trotz Hineinmanövrierens des Gegners, in einer Zwangslage den ersten Schuß abzufeuern – auch noch als Angegriffener dazustehen, das hemmungslose Bekenntnis zur totalen Kriegsführung mit seiner vernichtenden Praxis, all das zeigt einen mit immer größerer Vollkommenheit entwickelten und in seiner Gesamtheit sicherlich einmaligen Kampf- und Kriegsstil des amerikanischen ›Militär-industriellen Komplexes‹ (Präsi-

dent Eisenhower) – mit dem Weißen Haus als Vorhut, als Kriegsherrn und als Staaten-/Weltenlenker. Milliarden- und Billionenprofite für die amerikanische Rüstungsindustrie, Rüstungstechnik und die Ölkartelle sind das Ergebnis. Die Nachteile sind offenkundig. Die lebenserhaltende Sozialpolitik wie auch die wirtschaftliche Sicherheit der eigenen Bevölkerung werden völlig vernachlässigt und die Masse der Bevölkerung bis hin zur Armut schwer belastet. Die katastrophale Ausbeutung der Natur- und Bodenschätze im eigenen Lande und rund um die Erde vernichtet den lebenswichtigen Umwelt- und Naturschutz. Die dabei praktizierte Weltstützpunkt- und Besatzungspolitik wie die dauernden Übervorteilungen auf wirtschaftlichem Gebiet vergrämen ein jedes noch freiheitsbewußtes Volk. Ein Zeitgenosse Theodore Roosevelts, der Chefredakteur der bekannten Zeitung ›The Louisville Courier-Journal‹ aus Kentucky, predigte vor dem Ersten Weltkrieg:

»Aus einem Händlervolk sind wir ein Kriegervolk geworden. Wir entrinnen der Gefahr des Sozialismus und des Agrarianismus, wie England vor uns, mittels einer Politik des Kolonialismus und der Eroberung ... Wir erheben uns zur Würde und Kraft einer imperialen Republik, unvergleichlich größer als Rom ...« Na also. Wer sich einbildet, im vergangenen Jahrhundert hätten sich die Ziele und die Mentalität geändert, täuscht sich. Nur eben, daß sich die Größenmaße ins Kosmische ausgedehnt haben. Freilich, wie der polnische Botschafter in Washington, Graf Potocki, scharfblickend schon 1939 ausführte, spricht die Rhetorik der internationalen Bewegungen, die sich Roosevelt und seiner Nachfolger – besonders offen seit Ronnie Reagan – bedienen, lieber vom Kampf für die Menschenrechte. Wie heißt es doch in der kommunistischen Hymne? »Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!« Eigenartig, daß die zwei einander angeblich so todfeindlichen Weltideologien, die beide um jeden Preis das Paradies auf Erden herbeizaubern wollen und dabei nicht zögern, die furchtbarsten Verwüstungen der Geschichte anzurichten, dasselbe Vokabular benützen. Es ist der Wortschatz des Chiliasmus. Er paßt in die kalvinisch-manichäisch getönte, schwarz-weiß wallende Landschaft der vorherrschenden Kultur Amerikas.

Eine andersgeartete amerikanische Tradition läßt sich am besten mit dem Wahlspruch aus dem flächenmäßig bescheidenen, doch geistig bemerkenswerten Staat Neu-Englands, New Hampshire, ausdrücken: »Live free or die!« (»Lebe frei oder

stirb!«). Er entspricht dem Friesenausruf: »Lever dod as slav« – lieber tot als Sklave! – und entspringt dem Geist eines jeden gesunden Volkes unserer Mutter Erde. Es ist erschütternd und zutiefst nihilistisch zugleich, daß es der amerikanischen Machtelite durch Lug und Trug und Terror gelungen ist, diesen Geist – der 1775 den Kampf mit der Weltmacht England siegreich bestand – im 20. und 21. Jahrhundert in sein Gegenteil zu verkehren. »Quo usque tandem?« Wie lange noch?

Daß die verschiedenartigen Komponenten der amerikanischen Mentalität manchmal überraschende Vermischungen eingehen, zeigen die Bemerkungen des Präsident Wilson von 1918/19, wonach der »slawischen Rasse« endlich Gerechtigkeit widerfahren solle – ein unbewußt Herdersches Sentiment. Nun waren zu jener Zeit Sprüche über die Großartigkeit der »angelsächsischen Rasse« gang und gäbe – und der Nationalsozialismus schöpfte hier aus dem vollen. Es wird aber nur selten erwähnt, daß die Eckpfeiler der »Kleinen Entente«, die in Versailles aus der Taufe gehobenen Retortenkinder, die *Tschechoslowakei* und *Südslawien* (Jugoslawien), Erzeugnisse des Rassismus/Ethnizismus darstellten. Im Gegensatz dazu ist Polen in erster Linie ein Restaurierungsversuch seines Ende des 18. Jahrhunderts dreimal geteilten Reiches gewesen. Es scheint allerdings, wie auch 1945/1989, eine Verwirrung zwischen der dynastischen Identität des alten Vielvölkerreiches und des auf einer völkischen Basis beruhenden modernen Staates vorzuliegen. Daß der mächtige Polenherzog Boleslaw Chrobry (»der Tapfere«: 992–1025) im Südwesten Böhmen auf zwei Jahre, Mähren von 1003 bis 1029 und im Osten Kiew vorübergehend eroberte, im Norden Pommern sich einzuverleiben gedachte und 1018 im Frieden von Bautzen die Mark Lausitz und das Milziener Land als Reichslehen zugesprochen erhielt, ist noch lange kein Grund, diese zutiefst nichtpolnischen Gebiete tausend Jahre später Polen zuzuschlagen. Mit noch besserem Recht wäre dann Deutschland befugt, fast ganz Italien und Burgund einzuheimsen. Weit wichtiger ist es, daß der Polenherzog Mieszko I. nach seiner Vermählung mit der böhmischen Prinzessin Dubrowká zum lateinischen Christentum übertritt (966); daß bekanntlich im Jahre 845 vierzehn böhmische Stammesfürsten in Regensburg sich taufen lassen und daß ihre Nachfolger dem deutschen König und fränkischen Kaiser Arnulf von Kärnten huldigen; und endlich, daß 994 Bischof Adalbert von Prag den Arpadenprinzen Wajk, Stephan, den ersten und den größten aller Könige Un-

garns bis 1919, ebenfalls zum lateinischen Christentum bekehrt. Die Tatsache, daß Adalbert aus der Domschule Magdeburgs hervorgeht, des von Kaiser Otto dem Großen zur Metropole des Ostens erhobenen Erzbistums, daß die Bischöfe Wolfgang v. Regensburg und jene von Passau emsigst im Herzogtum Ungarn missionierten, weist auf die seinerzeit unvergleichliche weltanschauliche und politische Stellung Deutschlands hin – eine Stellung, die in der Vorgeschichte Mittel- und Osteuropas unerreicht dasteht. Sie machte die Existenz Mitteleuropas überhaupt erst möglich. Ja, es darf unwidersprochen hervorgehoben werden, daß zumindest östlich der Maas und der Schelde das deutsche Volk und bald darauf das Römisch-Deutsche Reich, mit der Kaiserkrönung Karls des Großen zu Weihnachten 800, der Unterwerfung Böhmens und der Gründung Halles an der Saale um 805 – in Symbiose mit dem abendländischen Christentum – Europa überhaupt erst geschaffen haben. Das ist eine Leistung, die in der ganzen uns bekannten Menschheitsgeschichte nur von wenigen Völkern erreicht worden ist.

Der ersten zivilisatorischen Schlüsselleistung schließen sich die wiederholten Wellen der, dem ost-westlichen Gefälle folgenden deutschen Ostsiedlung an. Auch sie entströmen den Hauptbrennpunkten, den großen »Vororten« der Rechtsfamilien wie *Magdeburg* und *Lübeck* im Norden, *Wien*, *Iglau* in Mähren und *Nürnberg/Prag* im Süden. Sie erstrecken sich in drei gewaltigen Gürteln ost- und südostwärts, noch jenseits der Siedlungsgebiete mit deutschen Waldhufendörfern, Kolonialstädten und -städtchen, weit über Krakau und Lemberg hinaus bis nach Warschau, Minsk, Mogilew, Poltawa und über Pernau und Reval bis Narwa und zur großrussischen Kaufmannsrepublik Nowgorod. Im Südosten umschließen diese Ströme abendländisch-europäischer Kultur – die mittelalterlichen Sachsen- und Schwabenspiegel seien nicht vergessen – Alt-Ungarn mit den Städten Preßburg, Karpfen, Neutra, Schemnitz, Kremnitz, Sillein, Kaschau – alle in der heutigen Slowakei gelegen – ferner Ofen und Pest, Raab (Györ), Komorn, Ödenburg (Sopron) und, in Siebenbürgen, Hermannstadt, Kronstadt und Klausenburg, um nur einige wenige aufzuzählen. Neben dem byzantinisch-orthodoxen Bulgarien werden besonders auch die katholischen Länder Kroatien und Slowenien, die vor St. Germain und Trianon höchstwichtige Teile Österreich-Ungarns gewesen waren, von der deutschen Kultur bis heute bleibend beeinflußt. 1919 finden sie sich in einer unnatürlichen Gemeinschaft mit dem östlich-

orthodoxen Serbien, mit Bosnien und Mazedonien – wiewohl auch Serbien sehr stark von Deutschen und Ungarn besiedelt ist –, die trotz aller rassistisch-linguistischer Dogmen sehr bald zu blutigen Zusammenstößen, Attentaten, Bürger- und Partisanenkrieg und, nach dem massenmordenden kommunistischen Zwischenspiel Titos, Ende des 20. Jahrhunderts zur völligen Auflösung des jugoslawischen Staats führt. Selbstverständlich haben weder Professor Woodrow Wilson noch seine, von Oberst House zusammengetrommelte »Inquiry« von »Fachkräften« die blasseste Ahnung von den uralten, historisch gewachsenen Zusammenhängen im östlichen Mitteleuropa oder im Balkan. Doch liegt dem modernen Machtpolitiker Wilson – außer einigen, schnell zündenden Schlagworten – wenig daran, ebenso wenig wie dem blasiert-banalen Gewaltmenschen F. D. Roosevelt und dessen »Spezi« Harry Hopkins. In ihrem Fall ist jede Hoffnung auf Menschlichkeit und Menschenverständnis vergebens – mit Ausnahme jenes »technischen« Verständnisses, das ihnen die rücksichtsloseste Ausbeutung der zartesten und schwächsten Seiten der Menschennatur ermöglicht, von den Erzfreunden Stalin und seinen Sowjets einmal ganz abgesehen. Schließlich, am Ausgang des 20. Jahrhunderts, erntet der Repräsentant des amerikanischen Weltölkartells Bill Clinton mit gezielten Terrorangriffen auf Zivilbevölkerungen sämtliche Ölkonzessionen auf dem Balkan. Im Irak verüben die USA Völkermord im Frieden. Nach den Angriffen auf das Welthandelszentrum New Yorks und das Weltmachtzentrum Pentagon läutet der jüngere Sproß des Weltölkartells, Präsident Bush d. Jü., das neue Jahrtausend mit Bombenteppichen und lasergeleiteten Massenvernichtungswaffen auf Entwicklungsländer ein, die sich sinnbildlich nur mit »Pfeil und Bogen« verteidigen können. Afghanistan soll von Ölleitungen durchquert werden. Das jüngste Exemplar des eingefleischten Satans – Osama bin Laden – wird erfolglos von Höhle zu Höhle gehetzt, so daß die von Horror gelähmte amerikanische Öffentlichkeit es zuläßt, Aberbillionen Dollar entweder auf den, schon vorhandenen militärisch-industriellen Komplex oder auf noch exotischere Massenvernichtungsmittel zu verschwenden. Auf dem Binnen- und dem Weltmarkt wird der Raubbau großgeschrieben. Mittlerweile werden die menschlichen Seiten der eigenen Bevölkerung – es gibt derer genug – immer stärker dem Kahlschlag unterworfen. Die Entmachtungs- und die Verelendungspraxis blühen wie noch nie seit den Tagen des Kaisers Diokletian im 3. Jahrhundert

n. Chr. Angesichts dieser Tollheit brüllen Karl Marx und Machiavelli vor olympischem Gelächter ... Nicht zu vergessen, der Hauptzweck der vor den Augen der Weltöffentlichkeit verübten Völker- und Massenmorde ist die Abschreckung. Etwa nach dem Motto: »Und willst du nicht mein Bruder sein, so hau ich dir den Schädel ein«, das spätestens mit Ende des Zweiten Weltkrieges hätte offenkundig sein sollen.

»Es irrt der Mensch, solang er strebt«, sang schon Goethe. Leider hinterließ er uns außer den zutiefst symbolischen Gestalten Fausts und Mephistos keinen Hinweis darauf, wie oder wie lang welcher Mensch irrt. Da lob ich mir die kluge Art der aufgeweckten, aber winzigen amerikanischen Historikerschar, die das Vorgefallene allen Anfechtungen zum Trotz so schildert, »wie es eigentlich gewesen«. Mit wissenschaftlichen Maßstäben messend, bezweifeln sie den »Realismus« der von den Siegern zunächst in den Pariser Vorortverträgen und später nach dem Zweiten Weltkrieg von 1945 bis 1989/91 geschaffenen Grenzen und Verhältnissen in Mitteleuropa. Ja, manche gehen so weit, u.a. die von offiziellen amerikanischen Kreisen seit 1918 und 1939 gebenedeite Tschechoslowakei einen Völkerkerker zu nennen.[41]

Zweifellos richtig. Noch in der Volkszählung von 1926 – nach sieben Jahren intensiver Tschechisierung von seiten des »Väterchens Staat«, nach der Entsendung tschechischer Kolonisten in deutsche Gemeinden und Gegenden, nach dem Terror, nach der Ausweisung und der Denaturalisierung von über 150.000 Ungarn – lauten die Zahlen gemäß dem Statesman's Yearbook‹ von 1926 wie folgt: Tschechen 6,5 Millionen, Deutsche 3,3 Millionen, Slowaken 2,5 Millionen, Ungarn 800.000, Ruthenier (Karpatenukrainer) 400.000, Polen 100.000. Bezeichnenderweise wiesen die Sudetengebiete Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien nach der letzten österreichischen Volkszählung von 1910, 3.512.682 Deutsche auf. Eine beachtliche Völkervielfalt – unter der Knute der Tschechen. Die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen, die sich in den anderen rassistisch/ethnizistischen Neustaaten Ostmitteleuropas und des Balkans millionenfach wiederholten, sind im heutigen, geköpften Rumpfdeutschland fast unbekannt.

---

[41] Dr. Ralph Raico, Geschichtsprofessor am State University College at Buffalo, New York in: *»The Costs of War: America's Pyrrhic Victories«*, Transaction Publishers, New Brunswick/New Jersey, 2. Auflage 1999

In diesem Zusammenhang muß auch auf die Rolle dreier Schlüsselfiguren während der Pariser Vorortverhandlungen hingewiesen werden. Die Siegermächte – indem sie die als Basis für die zukünftige Friedensordnung angenommenen 14 Punkte Wilsons mißachteten – schlossen die Besiegten von jeglicher Mitsprache aus, luden aber ihnen genehme Völker zur Stellungnahme ein. Das gab politisch gewiegten Persönlichkeiten, wie Benesch, dem späteren langjährigen tschechischen Außenminister und schließlichen Präsidenten, und Kramarsch, dem wohlhabenden Führer der Jungtschechischen Partei und erstem Ministerpräsidenten der CSR, Gelegenheit, mit französischer Unterstützung ihren und Prof. Masaryks großtschechischen Expansionismus auf panslawischer Grundlage durchzusetzen. Dr. Benesch, der »Adjutant« Masaryks, verließ sich in seinen Schriften, z. B. dem »Memoire III«, und seinen Reden vor dem Hohen Rat der Alliierten und Assoziierten Mächte, vor allem den Briten und den Amerikanern gegenüber, auf offensichtliche Fälschungen, zumeist falsche Karten und falsche Statistiken. Die Früchte jahrelanger Propagandaoffensiven erntend – die vom tschechoslowakischen Komitee in Paris ausgingen –, glückt es Benesch, große rein ungarische Gebiete entlang der Donau für die künftige Tschechoslowakei und in den Sudeten noch größere, rein deutsche Gegenden einzusäckeln. Daß hierbei das von Wilson herausgestellte Recht auf Selbstbestimmung mit Füßen getreten wird ist Tatsache. Die Entschließungen der Deutschen aus Nordmähren, Österreichisch-Schlesiens und Südmähren, die Beschlüsse der deutschen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates vom 16. Okt. 1918, der deutsch-böhmischen Landesversammlung vom 20. Okt. und der deutsch-österreichischen Nationalversammlung vom 22. November 1918 und viele andere mehr, die einhellig für die Vereinigung mit Deutschland plädieren, werden einfach nicht zur Kenntnis genommen. Am 13. Dezember 1918 beginnt die Besetzung durch das tschechische Militär. Am 4. März 1919 werden die demonstrierenden Deutschen von der tschechischen Okkupationsmacht niedergemacht. Es sind 54 Tote zu beklagen.[42]

Mehrere, nicht zu überhörende Stimmen werden gegen die angewendeten Praktiken laut, von Allen Dulles (nach dem Zweiten Weltkrieg Direktor der CIA und Bruder des Außenmi-

[42] *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States*, 1919–1920, «The Paris Peace Conference«, Bd. 2, Washington, D.C. 1942

nisters, John Foster Dulles), vom britischen Premierminister Lloyd George und vor allem vom amerikanischen Außenminister Lansing. Doch ohne die entschlossene Rückendeckung durch Oberst House und Präsident Wilson – der die Gewaltpolitik Frankreichs, der Tschechen, der Polen, der Serben usw. mit einer öffentlichen Bloßstellung oder dem Rückzug aus der Pariser Konferenz hätte beantworten können und müssen – fruchten all die beherzten Vorstöße selbst Lansings nichts. Sein Chef Wilson leidet bekanntlich an einem sehr unausgeglichenen Messias/Gewaltpolitiker-Komplex und ist nur selten imstande, z. B. in der Frage der Lostrennung des linken Rheinufers von Deutschland und hinsichtlich Danzigs, drohende diplomatisch-politische Katastrophen wenigstens einigermaßen abzuwenden. Die Briten schließlich, ungeachtet der Beteuerungen Lloyd Georges und des Diplomaten Nicolson, lassen sich von einer Schrift des Foreign Office leiten, die die Grenzen – als vollauf gerechtfertigt bezeichnet. Von einer Volksabstimmung in Kärnten oder Westpreußen ist keine Rede. Der Grund hierfür, wie der französische Delegierte M. Laroche sich ausdrückt, ist, daß im Falle eines Plebiszits der Deutschböhmen die verbleibende CSR einen »sehr schmalen Umfang« annehmen würde. Kurz, das Macht- und Gewaltprinzip wird kaltschnäuzig über das demokratische Prinzip der Selbstbestimmung gestellt. So bleibt es auch. Es erheischt die erlauchte Stellung, die die CSR in den Verlautbarungen Roosevelts wie auch Sumner Welles u.a. seit 1938 einnimmt und sich zum Teil bis heute in Washington bewahrt hat, die politisch-geistige Lage seit der Ausrufung der selbständigen tschechoslowakischen Republik am 28. Oktober 1918 etwas eingehender zu untersuchen.

Die Maßnahmen dürfen kurz und treffend als Entkultivierung charakterisiert werden. Unter der Führung Kramarschs, Dr. Beneschs und Prof. Masaryks versuchen die Tschechen, die starken Verflechtungen, die seit 1100 Jahren Böhmen und Mähren kulturell, historisch, strategisch und selbst sprachlich an Deutschland banden, radikal zu durchschneiden. Die Mitte Europas soll – seine Vergangenheit verleugnend – entweder mit Frankreich marschieren oder aber nach dem Sowjetpakt Beneschs vom Jahre 1935 sich an das revolutionäre Sowjetrußland anlehnen. Die logische Folge dieser Politik ist die Teilung Deutschlands zwischen Ost und West – und die Besetzung der Tschechoslowakei durch die Rote Armee 1945. Trotz der vom Präsidenten Masaryk ausgegebenen Devise, eine »zweite

Schweiz« sein zu wollen, wird die Ent-Deutschung unter dem Deckmantel der »Entösterreichisierung« rasch vorangetrieben. Die tausendfach praktizierte deutschfeindliche Politik – mit ihren ungarnfeindlichen und sogar slowakenfeindlichen Parallelen – läuft auf drei Ebenen: der kulturellen, der wirtschaftlichen und der politischen.

Kulturpolitisch läßt sich eine, in Anbetracht der tschechischen Vergangenheit und geographischen Lage rätselhafte Vorliebe für das – oft von Moskau für seine eigenen Zwecke benützte – Panslawentum feststellen. Sie entstammt teils dem Austroslawismus, dem Bestreben, die untereinander sehr verschiedenen Slawen der Donaumonarchie als eine dritte Kraft im Reich zusammenzuballen, teils aber auch dem Prager Panslawistenkongreß vom Revolutionsjahr 1848. Schon damals forderte eine kleine radikale Minderheit, geführt vom großrussischen Anarcho-Revolutionär Bakunin, die Zerstörung Österreich-Ungarns, die reaktionäre »Wiedergewinnung« der »slawischen Westgrenze« von Lübeck bis Triest. Dieses Programm wird dann von 1919 bis 1945 verwirklicht. Es mutet grotesk an, vom Bestreben führender tschechischer Kreise – der »Sokol« (Falken) Turnbewegung und selbst Masaryks – berichten zu müssen, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges keine Republik, sondern ein »slawisches Königreich« mit einem russischen oder einem serbisch-montenegrinischen Prinzen als Monarchen errichten zu wollen, obwohl die Böhmen und Mähren, wie auch die Slowaken, außer einer sehr schattenhaften sprachlichen Verwandtschaft mit den Völkern der ostchristlich-byzantinischen Kultur nichts gemein haben.

Ein weiteres Lieblingsprojekt Masaryks, Beneschs, Kramarschs *et.al.* ist der sog. zweite slawische Korridor von Preßburg, dem westlichen Zipfel der Slowakei, durch das deutsche Burgenland, nach Kroatien/Jugoslawien. Ein weiterer extremer Ausfluß der panslawistischen Doktrin ist seine Absicht, eine Trennung der Deutschen von Ungarn – den »Preußen Südosteuropas« – herbeizuführen, um die Magyaren entweder zu assimilieren oder aus ihrer 1100 Jahre alten Heimat vertreiben zu können. Obgleich die Forderung 1919 von den Siegermächten abgelehnt wird, werden Hunderttausende Ungarn aus den drei Staaten der Kleinen Entente vertrieben.

Die tschechische Entkultivierungspolitik erstreckt sich selbstverständlich auch auf die Schlüsselstellen der deutschen Kultur. Das 1783 von Graf Nostitz-Rhineck gegründete Stände-

theater wird gewaltsam entwendet. Die Karl-Ferdinands-Universität wird schon Ende des 19. Jahrhunderts in einen tschechischen und einen deutschen Teil gespalten. 1920 wird die ›Carolina‹ völlig tschechisiert, ihre Gebäude, die geschichtsträchtigen Schlüssel, Dokumente, Bilder, Siegelstöcke und schließlich auch die Insignien durch Erpressung und Gewalt den Tschechen übertragen. Den deutschen Hochschulen in Prag, Brünn und Liebwerde wird nur noch ein Schattendasein gestattet. Damit wird offiziell weitergeführt, was die Ausschreitungen chauvinistischer tschechischer Studenten und Arbeiter in den sogenannten Prager Krawallen schon vor der Jahrhundertwende bezweckten.

Wirtschaftspolitisch werden der voreinst blühenden deutschen Industrie schwerste Schäden zugefügt. Vor Kriegsende befand sich etwa 75 v.H. der *Industrie* Österreichs in Böhmen, Mähren und Schlesien. Davon lagen wiederum 75 v.H. in volksdeutschen Händen. Die Vernichtung der Donaumonarchie in St. Germain und Trianon führte nicht allein zur äußersten Verarmung der verbliebenen Kleinstaaten Rumpfösterreich und Rupfungarn, sondern zum Verlust des Binnenmarktes für die etablierte Volksdeutsche Wirtschaft.

Die Bodenreform traf den deutschböhmischen und den kaisertreuen Adel schwer – als Sühne für die, seit der Schlacht am Weißen Berg 1620 angeblich erfolgte Entrechtung der Einheimischen. Das war eine Legende von vielen, da seinerzeit das kaiserliche Strafrecht die protestantische Führungsschicht, ohne auf die Volkszugehörigkeit zu achten, dezimierte. Ganz im Gegenteil hatten im 18. und 19. Jahrhundert gerade der Adel und die katholische Geistlichkeit – und später die Slawenideen Herders und der deutschen Romantik – das tschechische Wesen stark gefördert. Jetzt wurde es ihnen vergolten.

In der am 13. November 1919 zusammengetretenen tschechoslowakischen »Nationalversammlung« findet sich kein einziger Deutscher. Dies wiegt um so schwerer, als die Delegierten ernannt und – aus gutem Grund – nicht gewählt sind. Die Besetzung und Tilgung der deutschen Kommunalverwaltungen und Landesregierungen durch den tschechischen Staat und sein Militär werden eingeleitet. Die offizielle Feindseligkeit des »Staatsvolkes« der 6 Millionen Tschechen den 3 Millionen Deutschen wie auch den Ungarn, Polen, den Ruthenen und selbst den auf ihre versprochene Autonomie harrenden Slowaken gegenüber sollte sich auf fast allen Gebieten politisch verhängnisvoll aus-

wirken. Freilich versuchen die Sudetendeutschen in der Zwischenkriegszeit in den sogenannten Minderheitsverträgen »verbriefte« Rechte immer wieder vor dem Völkerbund – es kam zu 19 Verfahren – geltend zu machen, vergebens. Unter diesen Umständen bedeutet es ein dem nationalen Selbstmord fast gleichkommendes Opfer, daß ab 1929 volksdeutsche Parteien (die Christlichsozialen, die namhaften deutschen Sozialdemokraten und der Bund der Landwirte) an Regierungsbildungen in Prag teilnehmen – ohne jedoch die tschechische Machtelite zur Aufgabe ihrer Unterdrückungspolitik bewegen zu können. Mit dem Eintritt der Weltwirtschaftskatastrophe verschlimmert sich die Lage der Deutschen zusehends. Selbst die SDP (= Sudetendeutsche Partei) unter der Leitung Konrad Henleins, die seither rasch an Stimmen gewinnt – 1935 kann sie die meisten Stimmen auf sich vereinigen und zieht als zweitstärkste Partei ins Parlament ein –, distanziert sich noch 1934 von der NSDAP in Deutschland. Es ist ein verhängnisvoller Fehler der tschechischen Elite, das staatstragende Potential dieser starken Kraft nicht zur Regierungsverantwortung mit heranzuziehen. Inzwischen tritt in den dreißiger Jahren das Staatsverteidigungsgesetz in Kraft, das es den Regierungen erlaubt, in Notstandszeiten Eigentum und Industrien zu enteignen und »unzuverlässige« Menschen von ihren Posten zu entfernen und zu verhaften. Dieses Gesetz wird gegen die Deutschen und die autonom gesinnten Slowaken sehr freigebig ausgelegt. Die Repressalien und die unduldsame Einstellung Prags werden natürlich auch in Westeuropa, namentlich England, bekannt. Das tschechische Verhalten wie auch das Bewußtsein der zutiefst unlauteren Tätigkeit Masaryks und Beneschs in Versailles und später, veranlaßt den Premierminister Chamberlain, Lord Runciman zur Beobachtung nach Prag zu entsenden. Er ist derart entsetzt, daß er gegenüber seinem Außenminister Lord Halifax am 30. August 1938 die Tschechoslowakei als ein »verfluchtes Land«, in dem es viele Anzeichen »schlechter Regierung« gäbe, bezeichnet (»an accursed land ... bad government«). Konrad Henlein hingegen sei »ein höflicher, freundlicher und ehrlicher Mensch. Es dürfte für Britannien zweckmäßig sein, das Karlsbader Programm [des Minderheitenschutzes – d. Verf.] zu unterstützen«. Diesem englischen Urteil gesellen sich noch die ausdrücklichen Depeschen des Präsidenten Roosevelt wie auch die Geheimbotschaft des Präsidenten Benesch an den Minister Nečas hinzu, das Sudetenland abzutrennen. Das führt zu den Treffen auf dem Obersalz-

berg und in Bad Godesberg zwischen Chamberlain und Hitler und, nach weiteren diplomatischen Manövern, zur Münchener Konferenz vom 29. September 1938.

Die führende Rolle Roosevelts am Ereignis von München erinnert an Woodrow Wilsons Wohlwollen für Masaryks Umtriebe in den USA. In Pittsburgh proklamiert Masaryk im Mai 1918 den »Tschechoslowakischen Staat«. Amerikanische Slowaken, die sich ihrerseits konstituiert hatten, stimmen zu. Den Slowaken ist volle Autonomie garantiert. Der Unterbau der im fernen Europa lebenden Bevölkerung fehlt allerdings noch. Masaryk, Benesch, Kramarsch und anderen tschechischen Führern eignet bekanntlich ein jakobinischer Komplex an. Obgleich als eine nur kleine Minderheit versammelt, hecken sie eine revolutionäre Verschwörung aus, die sie mittels einer rigorosen Gewaltpolitik auf die große Mehrheit der restlichen Bevölkerung des vorgesehenen Staates anwenden, und zwar auch auf die Durchschnittstschechen. Es ist lehrreich, daß die rassistisch-ethnizistische Färbung ihrer Doktrin sie nicht davon abhält, den einmal etablierten Staat von Prag aus auch auf Kosten der »mitslawischen« Slowaken, Ruthenen und Polen immer straffer zu zentralisieren. Noch lehrreicher ist das Los des glänzendsten »Fanges« Masaryks und Beneschs im Pariser Nationalrat, des slowakisch-französischen Fliegergenerals Stefanik. Als er nach Kriegsende die den Slowaken versprochene Autonomie einzuleiten versucht, werden er und sein Programm vom tschechischen Militär abgeschossen. Die überwiegend katholische Kultur der Slowakei – die 1000 Jahre unter der Krone des Hl. Stefan eine sehr andere Richtung eingeschlagen hatte als die progressistisch-sozialistisch-hussitische der Tschechen – verträgt sich mit der tschechischen ohnehin nicht und löst sich unter der Leitung des aufrechten Pfarrers Hlinka endgültig von Prag.[43]

Fazit: Die in den Pariser Vorortverträgen diktierte Lösung war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Für ein positives Gedeihen fehlte jegliche Logik.

Präsident Wilson sperrte sich 1919 dieser Einsicht, als er im Zusammenhang mit der Reparationsfrage aufbrüllte: »Logic? I don't give a damn about logic!« (»Mir ist die Logik verflucht

---

[43] *Näheres* enthalten zwei Werke: Prof. Karel Mácha: »Glaube und Vernunft. Die Böhmische Philosophie in geschichtlicher Übersicht«; Teil III, 1900–1945, K. G. Saur, München 1989; *vor allem* Prof. Josef Kalvoda: »*The Genesis of Czechoslovakia*«, East European Monographs, Columbia University Press, New York 1986.

egal!«). Ergebnis: 1919, 1939, 1945, 1991 und weiter bis ins dritte Jahrtausend obsiegt allein die Logik der Gewalt und der Gewaltlösungen. Daß der tschechische Ministerpräsident Zeman sich erdreisten darf, zur Jahreswende 2001/2002 in einer Unterredung mit der österreichischen Zeitschrift ›Profil‹ die Sudetendeutschen als »Landesverräter« abzuurteilen, denen die Vertreibung und Hunderttausende unsagbarer Greuel »mit Recht« angetan wurden, bedeutet, daß die Gewaltlösungen in der Zukunft noch wahrscheinlicher und noch furchtbarer sein werden als bisher. Doch lernen wir aus der Geschichte. Setzen wir auf Gerechtigkeit und Wahrheit. Erinnern wir uns der großen Vorbilder wie Friedrich Schillers, der eindrucksvoll bekannte:

»Was hat der Mensch dem Menschen Größeres zu geben als die Wahrheit.«

Denken wir an die großartige mährische Pazifistin Bertha von Suttner. Sie ruft uns noch immer ins Gewissen: »Die Waffen nieder.«[44]

---

[44] Vergl. zum Ganzen:

Eduard Benesch *In His Own Words*, Czech-American National Alliance, New York 1944

Arthur Conte: *Die Teilung der Welt. Jalta 1945*. DTV, München, April 1967, S. 198–233

Aurel Emeritzky, *»800 Jahre Deutschtum im Nordkarpatenraum«*, Arbeitsgemeinschaft der Karpatendeutschen aus der Slowakei, Stuttgart, 1952

Dr. Karl Hans Ertl, *Gebiets- und Bevölkerungsverluste des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs nach dem Jahre 1918*, Kultur und Zeitgeschichte; Archiv der Zeit, Rosenheim, 1996, S. 45–260

German White Book. Documents Concerning the Last Phase of the German-Polish Crisis, German Library of Information, New York

Wenzel Jaksch, *Europe's Road to Potsdam*, übersetzt von Kurt Glaser; Frederick A. Praeger, Publisher, New York, 1963; urspr. »Europas Weg nach Potsdam« (1958) Stuttgart, S. 11–419

David L. Hoggan, *Meine Anmerkungen zu Deutschland*, Grabert-Verlag, Tübingen, 1990, S. 84–356

Louis C. Kilzer, *Churchill's Deception. The Dark Secret that Destroyed Nazi Germany*, Simon & Schuster, New York, 1994, S. 55–290

John Lukacs, *Churchill und Hitler, Der Zweikampf*. Piper München-Zürich, 1995 *Marine*. Die deutsche Kriegsmarine von 1914–1942, Sonderheft Das Dritte Reich, Vorwort von Großadmiral a.D. K. Dönitz, John Jahr Verlag KG, Hamburg, o.D. *Marine*. Die deutsche Kriegsmarine von 1942–1945, ebda., Vorwort von Vizeadmiral a. D. Friedrich Ruge

Kriegsschiffe des Zweiten Weltkrieges, hgg. V. Bernard Fitzsimmons, Heyne-Bildpaperback 1974

Ostdeutschland und die deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa, Südwest Verlag, München 1991

Die deutschen Ostgebiete aus historisch-politischer und völkerrechtlicher Sicht, Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Struckum, 1991

Gerechtigkeit und Wahrheit wirken und leben. Sie spalten sich selten – außer in der fiebernden Phantasie jener, die andere beherrschen und auspressen wollen. Mögen jene, die mit Pauken und Posaunen stets darauf aus sind, in jedem Nichtwilligen einen Schurken zu sehen und cäsaropapistisch mit a-b-c-Waffen (atomic-bacteriological-chemical) zuschlagen, bedenken, daß in der Geschichte einem Hoch noch immer ein Tief gefolgt ist und daß sie letztendlich als das gesehen werden, was sie sind – als elende Menschenschinder.

Blicken wir zurück. Die Zeit ab 1919 zeigt folgende Entwicklungen.

1. Von den zwei Welt-Seemächten läuft die eine – Großbritannien – imperial, ideologisch, wirtschaftlich und geopolitisch mit Schlagseite auf halber Fahrt. Sie versucht mit allen machtpolitischen Mitteln, ihre Kräfte zu schonen, indem sie zuerst mit

---

»Polen«, *Informationen zur politischen Bildung*, No. 273, 4. Quartal 2001

Polish Acts of Atrocity Against the German Minority in Poland, German Library of Information, New York 1940

Ploetz Deutsche Geschichte, Epochen und Daten, Sechste Auflage, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, 1998, S. 225–271

Ilpo Tapani Piirainen, Jörg Meier, *Der Schwabenspiegel aus Kaschau*, Weidler Buchverlag, Berlin, 2001

Ingomar Pust, *Schreie aus der Hölle – ungehört.* Das totgeschwiegene Drama der Sudetendeutschen, Hartmann Verlag, D-74372 Sersheim

Alfred Schickel, *Vergessene Zeitgeschichte.* Ergänzungen und Korrekturen zur deutschen, polnischen und amerikanischen Zeitgeschichte, Herbig Materialien zur Zeitgeschichte, Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt, Dezember 1985

Ders., *Weichenstellung in die Katastrophe*, Zur Vorgeschichte des deutsch-polnischen Krieges, Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V., Hamburg 1979

Rudolf Schreiber, *Prag. Die vielgestaltige Stadt.* Aus dem Göttinger Arbeitskreis, Holzner-Verlag, Kitzingen/Main, 1952, S. 14–133

Wilhelm von Sternburg, *Die deutschen Kanzler von Bismarck bis Schmidt*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1987, Beiträge von: Rudolf Augstein, *Otto von Bismarck*, Fritz Fischer, *Theobald von Bethmann Hollweg*, Wilhelm von Sternburg, *Gustav Stresemann*, Martin Broszat, *Kurt von Schleicher*, Joachim Fest, *Adolf Hitler* u.a.

Wilhelm Weizsäcker, *Geschichte der Deutschen in Böhmen und Mähren.* Der Göttinger Arbeitskreis Heft 2/3, Holzner-Verlag, Würzburg/Main, Zweite bearbeitete Auflage

Joseph Alois Schumpeter, The Economics and Sociology of Capitalism, hgg. Von Richard Swedberg, Princeton University Press, Princeton, New Jersey, 1991, S. 22–444

»*War Hides Assault on U.S. Environment*« (»Der Krieg wird mißbraucht, um den Ansturm der amerikanischen Regierung auf die Umwelt zu verbergen«), *Nature's Voice*, März/April 2002, Natural Resources Defense Council, New York NY 10011

dem »ewigen Widersacher« Frankreich, darauf mit Italien und dem NS-Deutschen Reich Verträge schließt. Unter Edens und Churchills Führung liebäugelt sie auch mit der Sowjetunion, was von 1940 bis 1945 zur Dauerposition ausartet.

2. England rüstet nach 1919 zu Wasser und in der Luft auf, soweit es dessen wirtschaftlich befähigt ist. Dabei wird es von der stärkeren Macht, den USA, mittels der ›Flottenabbaukonferenzen‹ gezwungen, sich zu mäßigen. Doch etappenweise: 1932, 1934, 1936 und 1938 rüstet es zu Wasser und in der Luft weiter, namentlich im Hinblick auf Deutschland, das seinerseits gezwungen ist, von der Versailler »Nullposition« aus anzufangen, seine Wehr gegen potentielle Gegner im Westen (Frankreich) und im Osten (Polen, CSR, Sowjetrußland) wieder aufzubauen. Britannien errichtet die einzige strategische Offensivluftflotte der Erde außerhalb den USA. Sie wird ab Januar und März 1940 auf die unumschränkte Bombenoffensive gegen die Zivilbevölkerung Deutschlands und Kontinentaleuropas ausgerichtet.

3. Die mächtigste Welt-Seemacht, die USA, beherrscht seit 1917 Europa und die Welt durch die Wallstreet – J. P. Morgan Bankhaus – und durch ihr Sprachrohr den Präsidenten Wilson ideologisch. Wilson verspielt die versprochene europäische Friedensordnung, namentlich durch Konzessionen an die neuen Bundesgenossen Frankreichs an Deutschlands Ostgrenze und im Balkan: die rassistisch orientierten Mini-Imperien.

4. Die Welt-Seemacht USA bedrängt und befeindet die pazifische Konkurrenz der Dritten Hauptseemacht, das Japanische Reich ab 1905 und 1921 bis 1941 diplomatisch, wirtschaftlich und militärisch. Unter dem Präsidenten Roosevelt beginnt sie die größte Flotten- und Luftaufrüstung der Erde in »Friedenszeiten«. Roosevelts Absicht, das Deutsche Reich in einen Krieg mit den USA zu provozieren, scheitert. Er schlägt zwei Fliegen mit einem Streich, indem er Japan zum Angriff auf Pearl Harbor treibt und damit durch die Hintertür in den Krieg mit Deutschland gelangt. Seit seiner Anerkennungsouvertüre von 1933 hegt Roosevelt Welt-Teilungspläne mit Stalins Sowjetrußland.

5. Das Deutsche Reich liegt geopolitisch und ideologisch zwischen vier »heißen Eisen«: England, Frankreich, Polen und der Sowjetunion. Amerikanische Historiker weisen darauf hin, daß Hitler, um dem Druck zu entgehen, Verträge mit Polen und England, später mit Italien und Japan schließt. Die Tatsache, daß der Abrüstungsartikel VIII des Völkerbundes nicht eingehalten wird, benützt er, eine »Wehrmacht« von 550.000 Mann zu schaf-

fen (die Sowjetunion hat 960.000 Mann unter Waffen; Frankreich hat seine Wehrdienstpflicht verdoppelt). Mit dieser, wie auch mit weiteren Aktionen gegen das Versailler Diktat, mit der Besetzung des Rheinlandes, der Vereinigung Deutsch-Österreichs und des Sudetenlandes mit dem Reich u.a., unterstreicht der Reichskanzler zwar das scheinbar – auch von den Pariser Vorortverträgen – garantierte Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, beschleunigt damit aber die Aufrüstung der um ihre europäische Vorherrschaft besorgten Mächte Großbritannien und Frankreich. Er gibt den USA – die unter F. D. Roosevelt ihre Weltübermacht mit einem hemmungslosen Aufrüstungsprozeß auszubauen bestrebt sind – die Gelegenheit, sich weiter expansiv in europäische Angelegenheiten einzumischen. Mit seinem Griff nach »Böhmen und Mähren« überreicht er seinen Todfeinden und den Weltseemächten USA und England den Giftdolch, womit sie unter dem Vorwand, der Aggression Einhalt zu gebieten, der aufmüpfigen Bewegung Hitlers und dem Deutschen Reich den Garaus zu machen hoffen. Chamberlain und Roosevelt (Bullitt) bestärken Polens Kompromißlosigkeit und treiben Deutschland wie auch Polen in den Krieg, nachdem Hitler Chamberlains Einkreisungspolitik mit dem Stalinpakt durchkreuzt hat. Von einem Überfall auf Polen kann keine Rede sein. Ebenso wenig stimmt es, daß das Deutsche Reich diesen Krieg geplant hat oder auf ihn vorbereitet gewesen wäre.

6. Stalin ist der lachende Dritte. Trotz der geopolitischen Unterlegenheit der UdSSR – verglichen mit England oder Amerika – beherrscht er eine Landmasse, die von Ostpolen bis zur Mongolei, Mandschukuo und der Beringstraße reicht und den Kern des Kommunismus praktisch unangreifbar macht. Sie ermöglicht ihm Offensivunternehmungen entlang einer 12.000 km langen Grenze von Finnland bis Japan. Die Rote Armee hat er zwar in den »tschístki« um 8000 der besten Offiziere beraubt. Doch – ist der Schaden einmal behoben – stellt sie sich als eine überaus schlagkräftige, mit mit Panzern bestens ausgerüsteten Landstreitkraft dar, wie die Japaner zu ihrem Leidwesen in den Kämpfen um die Mongolei erfahren müssen. Zwei seiner Hauptstützen sind: a) die mittels unsäglicher Menschenopfer, welche die ganze Sowjetunion belasten, aus dem Boden gestampfte Rüstungsindustrie, b) Millionen fanatisierter »Genossen« in aller Herren Länder, auch in New York und Washington, die bereit sind, für die »Ideen« des Bolschewismus mit ihrem Leben einzustehen.

Sie und sein Agentennetz liefern Stalin Amerikas Atomgeheimnis und wenig später auch das Wasserstoffbombengeheimnis aus, das ihm erlaubt, schon bald dem »Offensivdegen« der Welthauptplutokratie zu parieren. Obgleich der dem amerikanischen Geld-Hochadel entstammende Präsident Roosevelt kein »Roter« ist, ermutigt er doch mit seiner blasiert-bornierten Weltgewaltpolitik, mit ihrem Lug und Trug das Emporwuchern der »Roten« bis in die höchsten Stellen der amerikanischen Macht, wie von den erst kürzlich freigegebenen Archiven der GPU/NKWD/KGB erneut enthüllt wird. Ähnlich steht es in England. Stalin reibt sich listig lächelnd die Hände.

7. Roosevelt, sein Busenfreund Harry Hopkins und Morgenthau – in enger Tuchfühlung mit Churchill – sind die Hauptinitiatoren des Weltkrieges in Europa und Asien. Nur der Sieg der Friedensfreunde in Großbritannien im Jahre 1940 hätte ihrem Treiben ein Ende bereitet, der Menschheit unsägliches Leid und unersetzlichen Verlust erspart und England, Deutschland und Europa vor dem Geistes- und Sittentod nach 1945 bewahrt.

KAPITEL VI

»LES TERRIBLES SIMPLIFICATEURS«: DIE FURCHTBAREN UND FURCHTSAMEN VEREINFACHER

Angesichts der gesellschaftlichen und politischen Zustände der Neuzeit, deren revolutionären Stoff zu bändigen sich eine Handvoll skrupelloser Politiker zum Ziel und Profit gemacht hat, prägte der deutschschweizerische Historiker Burckhardt das Wort von den »furchtbaren Vereinfachern«. Kaum ausgesprochen, fängt eine Heerschar »politischer Wissenschaftler« an, lautstark zu plärren: »Ja, wie kann denn eine moderne ›Massendemokratie‹ anders regiert werden, als die ›Großen Probleme‹ den Massen mundgerecht zu machen – oder, noch besser, vor den Massen zu vertuschen. Die Masse ist nun mal Herdenvieh und versteht eben vieles gar nicht.« Lugen aber die sogenannten Probleme als reale Krisen dann doch einmal wie Eisbergspitzen aus dem breitgekneteten Schlick und aufsteigenden Miasma hervor – nun, dann sorgt eben die, ohnehin ständig auf Hochtouren trommelnde Mobilisierungstechnik dafür, daß die Aufmerksamkeit der Massengesellschaft – es handelt sich um den »Gesellschaftsstaat« der totalitären Gesellschaft, in dem die Politik Geschäft und das Geschäft Politik ist – auf Terroristen oder fremdländische Schurkenstaaten abgelenkt wird. Die Machtelite lacht sich ins Fäustchen und heimst immer mehr Macht und Gewinn ein. Die Technik bzw. »die Technologie«, die sich in den ersten Phasen der Industrierevolution mit der Nutzbarmachung der Natur und des Kosmos beschäftigt, wird jetzt voll auf die Beherrschung des Menschen und die Ausbeutung der Menschennatur konzentriert (Klonen, lebende Roboter usf.) – ohne jedoch die Weltsicht irgendwie zu vernachlässigen. Im Gegenteil! Die Macht der Weltelite scheint unüberwindlich ...

Kein Land der Erde ist in diesen Vorgängen so weit »fortgeschritten« als eben die Vereinigten Staaten. Die Gründe hierfür wurden schon angedeutet. Einerseits die Millionenmassen der verzweifelten und entwurzelten Einwanderer. Andererseits die einst unerschöpflich scheinenden Rohstoffe und Naturvorkom-

men eines schier unbegrenzten Kontinents. Noch wichtiger, das zeitliche Zusammenfallen der Kolonisierung Nordamerikas mit der seicht-optimistischen, fortschrittsgläubigen Phase der europäischen »Aufklärung«. Am wichtigsten, das messianische Sendungsbewußtsein einer neu entstandenen Supernation[45], das es im 20. und 21. Jahrhundert der amerikanischen Machtelite erlaubt, die ganze Welt einschließlich Europas mit unaufhörlichen Kriegen weltanschaulicher, wirtschaftlicher und wehrhafter Natur zu unterjochen. – Dies sind im wesentlichen die Gründe für das Erscheinungsbild des heutigen Amerikanismus. So wird es auch stets bleiben – genauso, wie früher der »übersinnliche« Glaube, der aufblühende Rationalismus, der völkische Wettstreit den Völkern Europas unwiderruflich ihre Würde, ihren eisern-goldenen Kronreif auf die Stirn gedrückt haben – bis »ans Ende der Zeiten«. Amerika ist die überbegehrende Tochter des faustischen Europa: hie unbegrenzter Raum und paradiesische Zeitlosigkeit – hie räumliche Begrenzung mit »überirdischem«, unversiegendem Ideenreichtum. Ein homerisches Weltepos der verrauschenden fünf Jahrhunderte, aber wie lange noch?

All das bedeutet, daß die übermäßig »materialistisch« gleißende Popkultur des Amerikanismus – eines Materialismus, den die Europäer seit 1917 und 1945 gierigst und selbstmörderisch nachzuäffen bestrebt sind – gar nicht materialistischen, sondern verzerrt-geistigen Ursprungs ist. Der Amerikanismus ist gleich der Zielstrebigkeit des erblindenden Faust ein Ketzerglaube des evangelischen Christentums, wie schon vom großen britischen Schriftsteller Thomas Carlyle im 19. Jahrhundert angedeutet. Kein Wunder also, daß Amerika Deutschland – das Vaterland, aber auch der Mutterleib der einstigen Großtat Martin Luthers – 1917, vierhundert Jahre nach der Reformation, wieder heimsucht. Ein allerdings schief gelagerter Kreuzzug.

Daß das amerikanische Sendungsbewußtsein in der aufmüpfigen Unabhängigkeitserklärung Thomas Jeffersons und seines Glücksevangeliums wurzelt, bedeutet aber zugleich, daß die Oberen Zehntausend, wie skrupellos sie auch sein mögen, sich ihrer Sache nie ganz sicher sein können. Das messianisch-chiliastische Unabhängigkeitsgespür könnte vielleicht doch einmal aufbegehren und alles über den Haufen werfen. Im Bewußtsein der Massen heißt das Erbe der Gottgleichen, der Allwissenden,

---

[45] Prof. Luis Diez del Corral, »Der Raub der Europa«, *El rapo de Europa*, Verlag C. H. Beck München 1959

die in Mount Rushmore kosmisch-tellurisch verewigt sind – Washington, Jefferson, Lincoln und Theodore Roosevelt –, daß die heute amerikanische Machtelite sich nicht der Ruhe widmen darf. Dasselbe gilt für die von ihnen abgeleiteten Eliten, ihre Satrapen und Trabanten in Deutschland, Europa, Asien und auf allen anderen Festländern. Sie sind die »furchtsamen Vereinfacher«. Ungeachtet der Tatsache, daß heute ein immer geringerer Prozentsatz der amerikanischen Bürger zur Wahlurne schreitet – in den Präsidentenwahlen besteht seit dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eine fallende Tendenz, die 1996 im Wettstreit zwischen Präsident Clinton und Senator Dole einen Tiefpunkt von 49 v.H. der Wahlberechtigten erreicht und in den Landtags- und Lokalwahlen nur noch um die 30 v.H. bis 20 v.H. der Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben – wirkt der Militär-*industrielle* Komplex *potentiell* im Schatten des Damoklesschwertes von Aufruhr und Aufstand. Um so listiger und totaler »arbeiten« die Methoden seiner Bevölkerungsbeherrschung; um so schwerer drückt das Weltgewicht des *1941* vollends eingerichteten Imperialismus das Bewußtsein, die Unabhängigkeit und das Leben des amerikanischen Bürgers zu Boden. Angstbesessen gibt er sich anfangs des dritten Jahrtausends der Illusion des »Frohsinns« im Frondienst hin. Daß es 60 Jahre vorher auch nicht besser lag, zeigt das Werk des Soziologen David Riesman: »The Lonely Crowd« (»Die einsame Masse«). Die bitteren Voraussagen der Volkstribunen von 1900/1920, die der größten Politiker und der einzigen Staatsmänner Amerikas im 20. Jahrhundert, des Senators und Gouverneurs Bob LaFollette von Wisconsin, des Sozialistenführers Eugene Debs und der sozialen Dorothy Day, des Populisten und Außenministers William Jennings Bryan, haben sich bewahrheitet. Die plutokratische Machtelite hat die Freiheit, den Frieden und die Freude der amerikanischen Bürger im tausendfachen Dunst ihrer einzigartigen Macht und Geldgier verbrennen und verglühen lassen. Immer weiter feuert sie ihre Günstlinge an, die Schraube der Expansion nach außen und der Vereinfachung nach innen noch stärker anzuziehen ... In dem nach dem Ersten Weltkrieg von Krisen geschüttelten Europa versuchen autoritäre Bewegungen, sich der rasanten Ausbreitung der Praktiken Wallstreets und Hollywoods, der Symbol- und Tatzentren der Weltmachtelite, entgegenzustemmen und dabei manche ihrer Erfolgsrezepte zu übernehmen. Namentlich der Faschismus und der Nationalsozialismus gehen eine *synkretistische Mischehe* mit der mächtigen »Mo-

derne« ein, wie denn auch Mussolini wiederholt auf die Ähnlichkeit seiner Weltanschauung mit der des amerikanischen Pragmatismus hinweist, z. B.: »Gut ist, was mir nützt«. Von der alliierten Propaganda des Ersten Krieges und der immens erfolgreichen Demagogie Lloyd Georges und vor allem Woodrow Wilsons angestachelt, wirft sich der Nationalsozialismus in die Konstruktion der imitativen Propaganda von Flaggenmeeren, Parteitagen, direkter Agitation und des Gigantismus – obgleich es ihm gar nicht gelingt, mit dem »Größenwahn« Manhattans, Chicagos, San Franciscos oder selbst des namhaften Architekten Frank Lloyd Wright gleichzuziehen, der ein »meilenhohes Gebäude« wie auch die Zehntausende qkm ausgedehnte »Broadacre City« entwirft. Die NS-Entwürfe vermengen die neuen Elemente mit der Psychologie des Kameradschaftserlebnisses des Ersten Krieges und seinen »Stahlgewittern« (Ernst Jünger) wie auch der Disziplin des überlieferten europäischen Militarismus. Schwerer wiegt die Übernahme jahrzehnte- bzw. jahrhundertelanger amerikanischer Praxis, die Einführung des Rassismus und der politisierten Justiz. Ethisch verwerflich war auch die praktische Entfremdung der für das deutsche Volk so wertvollen Wissenschaftler und Künstler. Es ist erschütternd, feststellen zu müssen, daß der umjubelte deutsche Operettensänger Richard Tauber, der Interpret der unsterblich schönen Melodien Franz Lehárs wie: »Gern hab' ich die Frau'n geküßt« oder des Themenwalzers aus der ›Lustigen Witwe‹, gezwungen war, seine letzte Ruhestätte in New York zu finden, wo Tausende deutscher Kriegsgefangener ihm das letzte Geleit gaben. Der Max-Weber-Exeget H. H. Gerth, später an der Universität Wisconsin, wird rassisch und – als wackerer deutscher Sozialdemokrat Kurt Schumacherscher Prägung – ideologisch vom NS-Regime unterdrückt.

Kaum in den USA angelangt, schüttelt er sich vor Entsetzen, denn plötzlich scheinen ihn SA-Männer zu umringen. Aber es waren dann doch nur die uniformierten Mitglieder eines der vielen freimaurerähnlichen Vereine Amerikas! Seine Gemahlin, eine Gräfin Reventlow, wird von der in den fünfziger Jahren tobenden Deutschenhetze in den Tod getrieben. Diese Hetze erreicht in den Jahren 1989/1993, zur Zeit der Teileinheit Rumpfdeutschlands, einen zweiten Höhepunkt.

Die Koryphäen der »amerikanischen« Nachrichten-Massenproduktion wie die ›New York Times‹, ›Time‹, ›U.S. News & World Report‹ u.ä. ergehen sich in zügellosen Angriffen auf den

wichtigsten und treuesten »Bundesgenossen« Amerikas in Europa, die Kronkolonie Klein-Deutschland.

Es fehlt uns an Raum und Zeit, näher auf die Parallelen der Politisierung des Lebens im Nationalsozialismus und in den Vereinigten Staaten einzugehen. Einige Hinweise mögen genügen. In seiner detaillierten Untersuchung der nationalsozialistischen Diktatur gebraucht der bis 1938 in Berlin tätige Rechtsanwalt Ernst Fraenkel den Begriff des »Doppelstaates«[46]. In der permanenten Krise des nationalsozialistischen Deutschland und Weimardeutschlands existieren der normative Rechtsstaat und der willkürliche »Ausnahmestaat« nebeneinander. Geisteskraft und »Recht« sollen nach 1933 aus dem Reich der Politik verschwinden. Das Führerprinzip überwiegt. Nun gut. Schaut man sich aber die USA an, gibt es hier nur ein einziges Prinzip: *»Monoregime«* der Machtelite. Ein wohlgeordneter ›Staat‹ als solcher ist praktisch unbekannt. Politiker wie *F. D. Roosevelt* sind nur als Produkte dieses Zustandes zu verstehen. Den auf amerikanische Verhältnisse passendsten Hinweis gibt das flott geschriebene Werk des Fritz Morstein Marx, herausgegeben von der Universität Chicago: *The Administrative State* (Der Verwaltungsstaat, 1957/1969). Überzeugend legt Marx dar, wie 1828 die »demokratische Revolution« der westlichen Siedler unter der Führung des Präsidenten Andrew Jackson gegen die rechtsstaatlichen Prinzipien der östlichen Aristokraten und Oligarchen – wie einst Washington, Hamilton und Oberrichter Marshall – anbrandet und sie hinwegschwemmt. Von nun an gilt nicht nur in der Außen-, sondern auch in der Innenpolitik das *»spoils system«* der Parteien – mit ihrem Wirtschafts-, Beute- und Belohnungssystem. Parteigetreue und lärmende Kämpfer für einen Führer werden mit Ländereien, Geld und öffentlichen Stellen belohnt, die wie Brosamen vom Tisch des Großen herabtrudeln. Trotz des Pendleton-Gesetzes von 1883, das einen begrenzten Beamtenstaat einführt, spukt der Geist und die sich aufblähende Macht des Spoils System, namentlich seit seiner fröhlichen Wiedererweckung durch Präsident Reagan, immer forscher bis ins 21. Jahrhundert hinein. Als der deutsche Sozialwissenschaftler Max Weber Anfang des 20. Jahrhunderts die USA besucht, ist er vom Ausmaß des – von Polit- und Geschäftsbossen ausgeübten – Beuteverteilungssystems verblüfft. Am Vorbild des »reinen«,

[46] *The Dual State.* Octagon Books, New York 1969, copyright Oxford University Press 1941

korruptionslosen preußischen Beamtenstaats geschult, der das Gemeinwohl mit den rationell verwalteten Pflichten der Krone und ihrer ersten Minister identifiziert (»Ich bin der erste Diener des Staates« – Friedrich der Große) mahnt er rationelle Regeln und Prinzipien an, ohne die der Industriekapitalismus nicht zu überleben vermag. Amerikanische Wallstreetadvokaten und -Magnaten wie John Foster und Allen Dulles, Charles Evans Hughes, Bernard Baruch, Herbert Hoover usf. kommen bekanntlich zum selben Schluß und verlangen eine wenigstens stufenweise »Umstrukturierung«. Bis heute wird aber sehr viel Geld und Energie – und das mit Bedacht – auf meist nutzlose »überwachende Kommissionen, »überwachende Büros« usw. verschwendet, ohne in der Sache vorwärts zu kommen. Dies erlaubt den heutigen Megakonzernen, beide politische Parteien finanzabhängig zu machen, mit den Republikanern oder den Demokraten ins Weiße Haus einzuziehen und in den genannten Kommissionen u.ä. ihre eigenen Spielregeln zu verfassen. Mit eben derselben Durchdringung des Kongresses wird der Konzern auch formell zum Gesetzgeber und Gesetzesverwalter. Dies ist um die Jahreswende 2001/2002 in dem Enron-Skandal öffentlich geworden. Eine Handvoll Geschäftsgrößen der Riesenkonzerne wird innen- und außenpolitisch zum Führer der Nation, wie es in Vorderasien, Mittelasien, im Fernen Osten und in den Bananenrepubliken Lateinamerikas, Afrikas und Europas zum Vorschein kommt. »Mit Zuckerbrot und Peitsche« bedienen sie sich der massen- und völkermordenden Machtmittel des »Gesellschaftsstaates«.

Nun ist Max Weber auch mit seinem Appell an die Verantwortung und das Pflichtgefühl der Staatslenker berühmt geworden (bekanntlich hielt er der Wilhelminischen Politik einen klaren Spiegel vor). Was hätte er wohl über die heutigen Zustände in Amerika und Deutschland zu sagen ...? Von einer verantwortungsbewußten Politik ist kaum ein Fetzen mehr zu spüren. Um die allzu anstößigen Auswirkungen der »irrationalen Kräfte« des Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus[47] auf Staat und Gesellschaft pseudomoralisch zu vertuschen, hat sich in den USA namentlich seit Präsident Reagan wieder der Brauch eingestellt, einen Teil der eingenommenen Steuergelder an die »Steuerzahler« zurückzuerstatten. 2001 gelang es George Bush d.Jü. nach hin- und herwogenden Kämpfen mit der demokrati-

[47] Prof. Johannes Messner, *Das Naturrecht*, Tyrolia Verlag Innsbruck-Wien-München 1966

schen Opposition 1,35 Billionen Dollar zu verteilen. Selbstverständlich erhielt die individuelle Familie nur eine Bagatelle von wenigen hundert Dollar, 90 v.H. des Betrages wurden an das Großkapital abgezweigt, das ohnehin mittels der Rüstungs- und anderer Staatsaufträge/Zuwendungen jährlich Milliardengewinne einstreichen darf. Manche, wie der Industrie- und Finanzgigant ›General Electric‹, zahlten 2001 keinerlei Bundessteuern (»federal income taxes«). Es ist eigenartig, daß der, 1828 mit den Schlagworten »Beuteverteilung« und »Politik statt Rechtsstaat« aufbrausende »Volksaufstand«, nachdem er sich zur Zeit des Sezessionskriegs mit dem Strom des ›laissez-faire‹-Manchesterliberalismus vereinigt und die feindlichen Bewegungen der Populisten, der Progressiven und der Sozialisten geschlagen oder vernichtet hatte, schon wenige Jahrzehnte darauf imstande war, einen Geldadel und eine Plutokratie einzurichten, die dem Absolutismus der französischen Monarchie und Aristokratie vor 1789 absolut überlegen scheint. Der hierbei auftretende Zynismus, die Verachtung der eigenen Bevölkerung – wie auch die Furcht vor ihr – dürfen auf der Bundesebene wie auch bei den noch irrationaleren Zuständen in den 50 Staaten nur als abgrundtief bezeichnet werden. Aber es läuft ... Die Zauberformel ist bekannt. Es ist das Sendungsbewußtsein des braven amerikanischen Durchschnittsbürgers, der sich in eine nationale »Familie« eingebettet fühlt. Sollten ihm die krassesten Klassen- und Kastenunterschiede der Industrieländer je auffallen, so tut er sie achselzuckend als *»fact of life«*, als unveränderliche Lebenstatsachen ab. So jedenfalls seit der Installierung des U.S.-Weltimperialismus von 1941-1945. Nach innen wie nach außen wird dieser Zustand vor allem auf dem Gebiet der Volks- und Weltwirtschaft durch eine eherne Wehr abgeschirmt. »Verteidigungsminister« Rumsfeld verlangt einen jährlichen Mindestbetrag von 329 Milliarden Dollar für das Pentagon, andere Militärausgaben – wie für das Energieministerium – nicht miteingerechnet. Der Kostenvoranschlag der vergangenen Clintonregierung für die »Verteidigung« betrug 281,1 Milliarden Dollar im Haushaltsjahr 2001 und 274,3 Milliarden im Jahr 2002. Also lustig immer höher! Es dräuen zwar wieder Riesendefizite, trotz aller illegalen Eingriffe in den »unabhängigen« Rentenfonds, aber die lebenswichtigen Fragen der Innenpolitik werden immer mehr vernachlässigt. »Aber was soll's?«

Im Vergleich mit diesen kosmischen Vorgängen fristen die Größenverhältnisse der Militärausgaben im Deutschen und im

Japanischen Reich und auch im britischen Weltreich von 1939 bis 1945, ja selbst im mächtigen Sowjetreich von einst, nur ein kümmerliches Schattendasein. Was schrieb doch der Doyen der amerikanischen Diplomaten? »Die jährliche Ausgabe hunderter Milliarden Dollar für die ›Verteidigung‹ ist zu einer Sucht geworden ... Sie muß im Hinblick auf die maßlosen Träume und Hoffnungen nach Welteinfluß, wenn nicht nach Weltherrschaft verstanden werden – nach dem Gefühl, daß es uns obliegt, die Lösung für jedermanns Schwierigkeiten zu haben und den Finger in jeden Kuchen zu stecken ...« *George F. Kennan, »Morality and Foreign Policy«.*

Starke Parallelen zwischen dem Verhalten der nationalsozialistischen Häuptlinge – namentlich die dilettantische Vervielfältigung halb unabhängiger Parteiämter im damaligen »Doppelstaat« der Krisenzeit – mit dem seit mindestens 1828 eingebürgerten, skrupellos politischen Verhalten der amerikanischen »Profi«-Häuptlinge sind ebenfalls nicht von der Hand zu weisen. Es dürfte weiterhin zutreffen, daß es den ersteren darauf ankam, die von Standesdünkel, Konfessionshaß und Klassenkampf gespaltene deutsche politische Kultur am Beispiel der trotz aller Krisen intakten, politischen Kultur Amerikas (»gemeinsame politische Werte«) zu reformieren. Die Methoden der, von den expansionistischen Präsidenten angewendeten Gewaltpolitik, angefangen mit Andrew Jackson, über u.a. Tyler, Polk, Buchanan, Lincoln, McKinley, Teddy Roosevelt, Wilson und F. D. Roosevelt dürften, im beschränkt kontinental-europäischen Rahmen, von der Maas bis an die Memel, auch von Einfluß gewesen sein. Es läßt aufhorchen, daß der Deutsche Reichskanzler Hitler ab Januar 1933 die Angehörigen des Auswärtigen Dienstes bisweilen als die »Herren von Stresemanns Silberstreifenpartei« zu bezeichnen pflegte, war doch der, im Rooseveltschen Weißen Haus gängige Spitzname für die Diplomaten vom *State Department:* »the striped pants boys from ›Foggy Bottom‹« »die Jungs mit den gestreiften Hosen vom ›Nebelgrund‹«, praktisch derselbe. Schließlich genoß Präsident F. D. Roosevelt die Gunst gleich mehrerer Ermächtigungsgesetze in seinem »Maßnahmestaat«. 1. Die allgemeinen Kriegs- und Notstandsbestimmungen der amerikanischen Verfassung und die darauf beruhenden Präzedenzfälle, wie etwa die aus dem Sezessionskrieg. 2. Die Ausnahmeverfügungen Woodrow Wilsons aus dem Ersten Weltkrieg, die trotz Kriegsende noch in Kraft bleiben. 3. Die Entscheidungen des obersten Gerichtshofes, denen Gesetzeskraft zukommt.

Als 1936 der Präsident droht, den Gerichtshof umzukrempeln – Pack the Supreme Court –, ergeht in Sachen United States versus Curtiss-Wright Export Corporation eine revolutionierende Entscheidung, in der das Gericht die neuartige Doktrin von der »innewohnenden Macht« der ›Inherent Powers‹ verkündet. Demnach soll die Bundesregierung insbesondere auf dem Gebiet der Außenpolitik, des Krieges und des Friedens ihre Macht auch dann ausüben können, wenn das nach dem Wortlaut der Verfassung *nicht* vorgesehen ist. Es genügt fortan, daß die Machtausübung der Verfassung irgendwie »innewohnt«, 4. Das Leih- und Pachtgesetz vom 9. März 1941, worin der Kongreß seine Kompetenzen, den Krieg zu erklären und die Kriegführung zu beeinflussen, wie auch sämtliche mit dem Krieg zusammenhängende Notstandsbefugnisse voll an Roosevelt abtritt. Quod erat demonstrandum: Roosevelts Maßnahmestaat ist perfekt. Er ist der »Cäsaropapa«.

Die Organe der Besatzungsmacht in Deutschland und die übrigen Nutznießer der re-education-Schickeria reden dann und wann von der »zweiten amerikanischen Revolution«. Damit meinen sie die Umwandlung des freiheitsbewußten deutschen Volkes in eine schwache Helotenbevölkerung. Mit einem genüßlichen Lächeln räumen sie ein, daß schon die Nationalsozialisten den Einfluß des Adels hinweggefegt hätten. Gewiß, da ist wahres dran, aber welch heuchlerische Begründung für ihr wirkliches Vorhaben! Ganz abgesehen davon, daß der amerikanische Adel der Ostküstenoberkaste noch heute wildeste Blüten treibt.

Das Revolutions*bewußtsein* freilich und die messianische Sendung, den Umsturz auf Biegen und Brechen in nicht genehme Staaten hineinzutragen, um sie dergestalt dem Imperium dienlich zu machen, ist eine Hauptkomponente der U.S.-Außenpolitik. Darin deckt sie sich mit dem messianisch-chiliastischen (urspr. byzantinisch-moskowitischen, seit dem 18. Jahrhundert »verwestlichten«) Drang Rußlands. Insofern ergeben sich auch Ähnlichkeiten zwischen dem Aristokraten Roosevelt und dem Weltbolschewisten Stalin. Roosevelt und der »Zeitgeist« öffnen dem Einfluß des »fortschrittlichen« Kommunismus mancherorts Tür und Tor. Auf den Verrat des Atom- und Wasserstoffbombengeheimnisses an die UdSSR wurde bereits hingewiesen. Julius Rosenberg und Klaus Fuchs tauchen als Hauptinformanten in den NKWD/KGB-Archiven auf. Die Dossiers über den Kernphysiker J. Robert Oppenheimer, des Direktors des Man-

hattan-Projekts, dem 1953/54 bescheinigt wurde, »sehr wahrscheinlich ... ein Agent der Sowjetunion« zu sein, sind unauffindbar. Über andere gibt es Stoff genug. Der für die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik höchst wichtige Alger Hiss – er stammt, wie sein Bruder Donald, aus einer der besten Familien Amerikas – wird schon 1939 von Whittaker Chambers, einem ehemaligen führenden Kommunisten, als sowjetischer Agent bezichtigt, macht aber dennoch unter der Ägide des Bundesrichters und Präsidentenfreundes Felix Frankfurter Karriere. Er koordiniert die Außenpolitik, bereitet die UN-Organisation vor und ist 1944/45 vor allem während der Konferenz von Jalta eine der Hauptstützen Roosevelts. Er schwärmt für Sowjetrußland und Stalin, der kein Kommunist, sondern ein ganz normaler Nationalist sei. In Wirklichkeit war Alger Hiss unter der Leitung des Sowjetgenerals Walter Kriwitzki der Hauptagent Moskaus für die gesamte westliche Halbkugel. Nachdem er noch 1946 zum Präsidenten der einflußreichen »Carnegie Foundation für den Weltfrieden« avanciert, wird er endlich 1950 von einem Schwurgericht wegen Spionage verurteilt. Er kommt glimpflich mit fünf Jahren Haft davon. Ebenso aufschlußreich ist die Laufbahn des Harry Dexter White, als Staatssekretär die rechte Hand des Finanzministers Henry Morgenthau. Als Fachmann geschätzt, bereitet er die Bretton Woods Konferenz zur Regelung der Nachkriegsfinanzen vor (»White Plan« – Weißplan). 1946 fungiert er als Leitender Direktor des ›International Monetary Fund‹. Den Gipfel des Ruhmes erklimmt er jedoch schon vorher, als er den berüchtigten *Morgenthauplan* ausarbeitet, nach dem die ganze deutsche Schwerindustrie an Ruhr und Saar demontiert werden soll – was 20–30 Millionen Deutsche dem Hungertod ausgesetzt hätte. Da er ein Spitzenagent der Sowjets ist, läßt sich unschwer erraten, daß all diese Maßnahmen – darunter auch die ›Joint Chiefs of Staff Directive‹ No. 1067 von 1945 – das Ziel haben, die Rote Revolution nach Westeuropa zu tragen ... Kriegsminister Stimson, ein Republikaner, und manche seiner einsichtigsten Generale sind damals gegen diese Pläne Sturm gelaufen, konnten aber bei Lebzeiten Roosevelts und Harry Hopkins nicht durchdringen. Präsident Truman gibt Morgenthau den Laufpaß. Amüsanterweise kommt das zwar nicht bezweckte, doch sehr dicke Ende dieser Skandale erst 1973, mit Präsident Nixons Watergate-Affäre. Noch heute erzählen sich hinter vorgehaltener Hand republikanische Strategen, daß der junge Nixon 1946 hauptsächlich wegen seiner Kom-

munistenjagden in Südkalifornien in den Kongreß gewählt wurde. Vermutlich, so heißt es, trat er in gewissen kommunistenfreundlichen Kreisen Hollywoods auf empfindliche Zehen. Jene Kreise warten dann den Moment ab, an welchem Nixon, vor der Kulisse des Zusammenbruchs in Vietnam, den Gipfel seiner Macht erklimmt. Ungeschickterweise gibt er sich mit dem Einbruch ins demokratische Hauptquartier im Watergate-Komplex eine Blöße, die von der Washington Post aufgedeckt und von seinen südkalifornischen Todfeinden sogleich genützt wird. Sie schlagen zu – noch skrupelloser als Nixon selbst –, stürzen ihn von Himmels Höhen hinab und provozieren die schwerste Staatskrise Amerikas seit dem Sezessionskrieg von 1861. Doch Rache ist süß ... So jedenfalls lautet die Mär.

Vor diesem Hintergrund des ständig tobenden Machtgerangels mit all seinen Verzweigungen in die Außenpolitik, sei nochmals auf die Mahnung des Weltwirtschaftlers Joseph Alois Schumpeter hingewiesen, der noch 1944 das Deutsche und das Japanische Reich als die »natürlichen Bollwerke« Amerikas gegen das Sowjetreich bezeichnet (wohlgemerkt ist Schumpeter kein NS-Sympathisant). Diese Einsicht in die klassische Staatskunst bleibt jedoch Roosevelt, Hopkins, Morgenthau und Churchill verschlossen. Alles und Nichts!

Roosevelt & Co verachten auch die Friedensbestrebungen des weitaus größten Teils der amerikanischen Bevölkerung, der von aufrechten Männern wie dem berühmten Flieger Lindbergh angeführt und im September 1940 im America First Committee zusammengefaßt wird. Der Präsident verfolgt eine Zangenstrategie gegenüber der Friedensbewegung. Zum einen läßt er Lindbergh und seine Mitkämpfer von der Geheimpolizei beschatten, verfolgen und unterdrücken. Später, als der Oberste Bundesgerichtshof und der Kongreß vor Roosevelt bedingungslos kapitulieren und ihn noch zur Friedenszeit zum Diktator machen, suspendiert er »habeas corpus« und andere Rechtsmittel und läßt friedliche Opponenten und Kritiker wie auch Amerikaner japanischer, deutscher, italienischer, ungarischer Herkunft zu Hunderttausenden verhaften und ihrer Habe und Freiheit berauben. Andererseits behauptet er entgegen allen Tatsachen, daß sein »Maßnahmestaat« unerschütterlich zum Frieden stehe. Allerdings teilt er schon im April 1939 seinem Kabinett mit, daß in einer noch zu errichtenden »Neutralitätszone« die amerikanische Kriegsmarine jedes deutsche oder italienische Schiff, namentlich U-Boote, angreifen und versenken werde. Bekanntlich brüstet

er sich auf ähnliche Weise dem englischen Königspaar gegenüber. Was er dem letzteren verspricht, hält er im folgenden Jahr, als er am *3. September 1940* mittels eines Verwaltungserlasses, um mißliche Reibereien im Kongreß zu umgehen, 50 alte Zerstörer nach England überführen läßt. Für die Öffentlichkeit behauptet der Präsident, es handele sich um »die wichtigste Verstärkung der nationalen Verteidigung ... seit dem Louisiana-Ankauf«. Privat weiß er, daß seine Handlung einen Kriegsgrund darstellt. Inständig hofft er, daß das Deutsche Reich auf seine Provokation hereinfällt. Hitler stellt sich taub. Schon während der ›Panamerikanischen Konferenz‹ vom 23. September bis 3. Oktober 1939 läßt Roosevelt eine mindestens 300 Meilen breite »Neutralitätszone« entlang der gesamten Küste Nord- und Südamerikas ausrufen (mit der Ausnahme Kanadas). Durch ein Komitee für wirtschaftliche Zusammenarbeit erweitert er seine Kriegsmaßnahmen über ganz Lateinamerika, was zur Verfolgung Millionen deutscher und italienischer Siedler führt. Wie berichtet, gelingt es ihm, das Leih-Pachtgesetz am 11.3.1941 mit allen Mitteln durch den Kongreß zu pauken. Bis Kriegsende geben die USA 50 Milliarden Dollar für alle die Länder aus, »deren Verteidigung der Präsident als lebenswichtig für die Verteidigung der Vereinigten Staaten erachtet«. Davon erhält das Vereinigte Königreich 31,6 Milliarden. Mit Recht ruft der bekannte Senator Vandenberg (Michigan) aus: »Wir haben 150 Jahre Tradition in der amerikanischen Außenpolitik in Fetzen gerissen. Wir haben Washingtons ›Abschiedsansprache‹ [in welcher Präsident Washington eine Außenpolitik der klugen Neutralität anmahnte – d. Verf.] auf den Kehrichthaufen geworfen«. Im Guten wie im Bösen entschied sich Amerikas Machtelite für die Installierung eines militärisch untermauerten, permanenten Weltimperialismus. Nüchtern und sachlich stellen dies Kenner wie John M. Swomley, Professor für Sozialethik an der St. Paulus Hochschule in Kansas City, fest, oder die Wissenschaftler, deren Beiträge in dem Werk »The Cost of War. America's Pyrrhic Victories« (»Die Kriegskosten. Die Pyrrhussiege Amerikas«)[48] zu finden sind. Aus der Sicht eines Linkskritikers legt Noam Chomsky, Professor am Massachusetts Institute of Technology, dar, daß 1945 die USA 60 v.H. des Weltvermögens und beide große Ozeane in ihrer Hand vereinten. Wie sollte es weitergehen? Darauf gab es zwei Antworten. Die vorsichtigere wird 1948 – nach-

[48] Transaction Publishers, New Brunswick/USA, London, 2. Aufl. 1999

dem die Liebschaft mit der Sowjetunion verpufft war – vom weitsichtigen George Kennan, aus dem Planungsstab des State Department formuliert. In der »Studie 23« rät er zur Anwendung einer unsentimentalen Machtpolitik, ohne viel Gerede über ›Menschenrechte‹ oder ›Demokratisierung‹. Das Ziel sei die Aufrechterhaltung der amerikanischen Weltmonopolstellung, unterstützt von starken, untergeordneten Volkswirtschaften wie denjenigen Deutschlands und Japans.

Fragt sich nur: Hat das nicht *Schumpeter* schon 10, 20 Jahre vorher klar erkannt? Warum bemühen sich Roosevelt und die Engländer, den zweiten furchtbaren Weltbrand anzustiften? Die Antwort liegt auf der Hand. Kennan ist auch einer der Urheber der »containment«-Doktrin: das Sowjetreich und seine Trabanten in ihrer Igelstellung zu umzingeln, bis sie – geopolitisch, wirtschaftlich und ideologisch isoliert – den Geist aufgeben. Beschleunigt wird diese Tendenz mittels der »strategischen Antwort No. 2«, die vom Außenminister Dean Acheson – einem Wallstreet-Rechtsanwalt – erarbeitet und 1950 von Admiral Paul Nitze formuliert wird. Im National Security Council Memorandum 68 rät er, das Sowjetsystem »aufzurollen« *(roll-back)*. Dies würde die »Saat der Zersetzung« in ihm aufgehen lassen, so daß der geschwächte Feind genötigt wäre, sich in ungleiche Verhandlungen mit den USA einzulassen. Tatsächlich wird dann der Plan nach 1980 unter der Führung des Präsidenten Reagan, mit der Unterstützung Papst Johannes Pauls II., verwirklicht. Die Sowjetunion sieht sich außerstande, in dem von Reagan – zugunsten seiner Freunde in der Rüstungsindustrie – gnadenlos beschleunigten Rüstungswettlauf mitzuziehen, und zerplatzt.

Das während des ersten Golfkrieges vom Präsidenten Bush d.Ä. unfehlbar verkündete Dogma der »Neuen Weltordnung« bedeutet nichts anderes als die Verewigung des plutokratischen Garnisonsstaates. Schon vorher hatten die U.S.-Präsidenten die amerikanischen Streitkräfte auf eigene Faust mehr als 200 Mal in die Welt entsandt, um nach dem Rechten zu sehen, und immer wieder Kriege entfacht. Der zweite Golfkrieg ist nur die logische Fortsetzung dieser Politik. Die amerikanische Elite stürzt sich fortwährend in militärische Abenteuer, nicht um die Welt zu beglücken oder zu einem anderen positiven Zweck, sondern um sich schamlos zu bereichern und um ihre Macht ins Unermeßliche zu steigern.

Die permanente Kriegsgesellschaft

Klar, daß die kriegerische Ausbreitung allein und das Weltreich-Bauen, wie noch von den Mongolen Dschingis Khans praktiziert, heute nicht mehr genügen. Der moderne Mensch lechzt nach einer Gesinnung, nach einer wohlfeilen Theorie. Die zermalmende Wirkung des Wortes: »Die Propaganda ist mächtiger als das Schwert«, erlernte Amerika von den Briten, den Streitern der Religionskriege und den Kreuzzüglern. »Nach innen« ermöglicht sie eine unaufhörlich gischtende Berieselung durch Presse, Fernsehen und Public Relations und damit die Mobilisierung der Massen und ihres Sendungsbewußtseins. Auf den Gebieten der internationalen Beziehungen verwirrt, entzweit und demoralisiert sie den Gegner, der zumindest potentiell sämtliche Völker der Erde umfaßt. Die milde Kritik George Kennans, die amerikanische Außenpolitik gäbe sich zu »moralistisch«, verfehlt deshalb das Ziel.[49] Der Moralismus ist Attrappe. Er ist Mittel zum Zweck. Er dient dazu, in der Innen- und Außenpolitik dem Publikum die Sicht zu trüben. Die eigene Bevölkerung dient als ein anorganischer Grundstein, als ein zu verbrauchender Bestandteil des Publikums.

Nun zu den Stadien der eben skizzierten Politik.

Das Verhalten Roosevelts gegen das Deutsche und das Japanische Reich: si vis bellum para bellum – wenn du den Krieg willst, bereite dich auf ihn vor

Nach der Besetzung Grönlands und dem Aussenden der amerikanischen Kriegsmarine um den halben Atlantik, um die englischen Schiffe voller Kriegsgüter heim zu geleiten, läßt Roosevelt im Juli 1941 Island »zur Verteidigung der westlichen Halbkugel« von 4000 Marineinfanteristen besetzen. Da Hitler seinerseits die Sowjetunion bereits angegriffen hat, schickt Roosevelt Leih-Pacht-Güter auch an sie. Die Sendungen belaufen sich schließlich auf Milliarden Friedensdollar. Er übergeht schweigend den Rat des Senators Harry S. Truman (ab 1944 amerikanischer Vizepräsident), Rußland zu helfen, solange Deutschland den Krieg zu gewinnen scheint – und Deutschland zu unterstützen, sobald Rußland die Oberhand gewinnt. Wie bekannt, hegt

---

[49] Amerikas Außenpolitik 1900 bis 1950 und ihre Stellung zur Sowjetmacht. Europa Verlag Zürich 1950

der Präsident schon 1939, vor dem Ausbruch des europäischen Krieges, den Plan, deutsche und italienische U-Boote zu versenken. 1941 weist er seine Kriegsmarine insgeheim an, offensiv gegen deutsche Schiffe vorzugehen. Als das erwartete Ereignis eintritt und ein Unterseeboot zur Verteidigung Torpedos auf den angreifenden amerikanischen Zerstörer ›Greer‹ abschießt, frohlockt Roosevelt im stillen. Öffentlich entrüstet er sich hochheiligst und gibt den »shoot on sight«-Befehl, d.h. deutsche U-Boote zu versenken, wo immer sie auch gesichtet werden. Roosevelts Absicht, das Deutsche Reich mittels immer blutigerer Provokationen zu kriegerischen Unternehmungen zu veranlassen, schlägt jedoch fehl. Hitler hält Dönitz von einer uneingeschränkten U-Boot-Offensive ab. Als am 17. Oktober der Zerstörer ›Kearny‹ vor Island torpediert wird, nützt Roosevelt die Gelegenheit, um die Öffentlichkeit mit einer gefälschten Landkarte zu beeindrucken, die angebliche deutsche Pläne zur Kolonisierung Lateinamerikas aufzeigt. Er ist nunmehr darauf erpicht, den Kongreß zur Änderung jener Stellen aus dem Neutralitätsgesetz von 1939 zu »überzeugen«, welche das Bewaffnen von Frachtschiffen verbieten und sie aus Kriegszonen heraushalten sollen. Als am 31. Oktober der Zerstörer ›Reuben James‹ versenkt wird, nimmt er dies zum Vorwand, die anstößigen Paragraphen zu tilgen. Nach erbittertem Kampf mit dem von ihm bespitzelten und verfolgten »America First«-Komitee siegt Roosevelt nur knapp. Bewaffnete amerikanische Frachtdampfer dürfen jetzt Waffen und Munition offen nach England befördern. Etwa zur gleichen Zeit widersetzen sich 80 v.H. der amerikanischen Bevölkerung einem Eintritt in den europäischen Krieg, wie die Roper- und Gallup-Umfragen zeigen.

Roosevelt muß sich etwas anderes einfallen lassen. Er hat ja schon alles vorbereitet. Er setzt jetzt auf die japanische Karte. Wie bekannt, wurde Japan vom amerikanischen Kommodore Perry in den Jahren 1853/54 »geöffnet«. Die sich daran anschließende, rücksichtslose Ausbeutung durch die damaligen Großmächte wie vor allem auch deren skrupelloses Schalten und Walten im benachbarten kaiserlichen China – angeführt von den Briten, den Russen und Franzosen – überzeugten die führenden Sippen Japans davon, das Heil im Nachahmen der weißen Methoden zu suchen. Die »Westernisierung«, Industrialisierung und Militarisierung war im eigenen Land kraft seines Bündnisses mit England schließlich so weit fortgeschritten, daß 1904 das Inselreich die europäische Vormacht in der Mandschurei, Ruß-

land, angriff und siegreich überwand. Präsident Theodore Roosevelt schaltet sich ein und erreicht den »Kompromißfrieden« von Portsmouth, 1905. Im Gegensatz zu seinem Vetter Theodor war Franklin Delano Roosevelt 1933 nicht gewillt, der neuen asiatischen Konkurrenz freie Hand in der Mandschurei und im übrigen China zu gewähren.

Inzwischen war es zur Weltwirtschaftskatastrophe gekommen, und Nippon sah sich vor eine Überlebensfrage gestellt: Entweder sein staatliches und völkisches Überleben durch Unterwerfung unter den Willen der USA, die eben den beißenden Smoot-Hawley Einfuhrzoll erhoben hatten – andere Industriestaaten wie Großbritannien verschlimmerten die Lage durch die Anordnung weiterer Einfuhrbarrieren –, oder den Notstand der rohstoffarmen, stark überbevölkerten Inselkette durch Expansion und Industrialisierung in der reichgesegneten Mandschurei beheben zu wollen. Selbstverständlich entscheidet sich Japan für das letztere. Es hat ohnehin schon mehr als die Hälfte seiner Auslandsinvestitionen in der Mandschurei angelegt. Die von Japan geleitete ›Süd-mandschurische Eisenbahngesellschaft‹ dient als Nervenstrang. Vom Kuo-Min-Dang-Führer Tschiang Kaischek ermutigt, boykottieren die Chinesen japanische Güter. Es folgen mehrere Händel zwischen den japanischen und chinesischen Truppen. Schließlich eröffnet die japanische Kwantung-Armee am 18. September 1931 die Offensive und besetzt innerhalb eines Monats die gesamte Mandschurei. Im Februar 1932 wird das Protektorat »Mandschukuo« mit dem letzten chinesischen Mandschukaiser Pu-ji als nominellem Oberhaupt geschaffen. 1934 erklärt Nippon, daß es im Raum Ostasien eine besondere Verantwortung trage, und appelliert an die weißen Imperialisten – namentlich England und die USA –, die Ausbeutung Chinas zu beenden. 1937 lässt die Sowjetunion Tschiang Kaischek – den sie unterstützt – militärisch gegen die in Nordchina eingedrungenen Japaner vorgehen. Am 7. Juli beginnt der Krieg von neuem. Peking, Schanghai, Nanking und Hang-Schou werden von den japanischen Truppen erobert. 1938 und 1939 stoßen die Japaner südlich und westwärts in das »Riesenreich der Mitte« weiter vor.

Die traditionelle amerikanische Politik der offenen Tür in China wird dadurch stark eingeengt – vor allem in Mandschukuo, wo die amerikanischen, britischen und niederländischen Ölgesellschaften ausgebootet werden. Die USA müssen wirtschaftliche Einbußen hinnehmen, die vor allem hinsichtlich ei-

ner zukünftigen Expansion in China als schmerzlich empfunden werden. Der Präsident – der schon seit den Anfängen des Roosevelt-Litwinow-Paktes von 1933 darauf abzielt, die Sowjetunion gegen das Japanische Reich einzusetzen, und damit die sowjetische Expansion nach China und Fernost fördert – beschleunigt seine fieberhafte Flotten- und Luftaufrüstung und läßt einige Inseln im Pazifik als Stützpunkte gegen Japan besetzen. Am 5. Oktober 1937 hält er seine bekannte »Quarantänerede« gegen die sogenannten Aggressoren. Mitte 1939 kündigt er das japanisch-amerikanische Handels- und Schiffahrtsabkommen von 1911 und steigert in den folgenden Jahren das Aufrüstungstempo ins schier Unermeßliche.

Seit 1937 ist Hauptmann Claire Chennault vom US Army Air Corps »Flying Tigers« für Tschiang Kai-schek tätig. Als führender Berater der Luftstreitkräfte der Kuo-Min-Dang befehligte er eine aus amerikanischen Freiwilligen bestehende, die Japaner bekämpfende Fliegereinheit. Die USA unterstützt aber nur im Geheimen. Nachdem Roosevelt im Juni 1940 zwei wohlbekannte Republikaner in sein Kabinett aufnimmt, verschärfen sich die wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen. Namentlich der Kriegsminister Stimson wie auch sein Kollege vom Schatzministerium, Henry Morgenthau, zeichnen dafür verantwortlich. Das japanische Vermögen in den USA wird eingefroren. Ungeachtet der Tatsache, daß der japanische Premierminister Hiranuma 1939 seine Dienste zur Schlichtung der europäischen Differenzen anbietet und dabei offiziell hervorhebt, daß auch die amerikanischen Wirtschaftsinteressen in China unschwer reguliert werden können, stellt sich Roosevelt spröde. Nach der Niederlage Frankreichs und Hollands in Europa verlangt Japan Konzessionen in Indochina und in Niederländisch-Insulinde. Am 1. August 1940 verkündet Außenminister Matsuoka offiziell die Doktrin von der Großostasiatischen Wohlstandssphäre (»Dai to-a kjo-en kekku«). Ende August gewährt Vichy-Fankreich dem Japanischen Reich militärische Vorrechte in Indochina. Japan marschiert ein. Dies nimmt Roosevelt zum Anlaß, eine totale Handelssperre für Schrotteisen, Stahl und vor allem Öl – für Japan lebenswichtige Güter – zu verhängen. Japan bezeichnet Roosevelts Anordnungen als »unfreundlichen Akt« und warnt, daß Handelsbeschränkungen »unvorhergesehene« Konsequenzen zeitigen könnten – ein Wink mit dem diplomatischen Zaunpfahl.

Tags darauf, am 27. September, tritt das Japanische Reich dem Dreierpakt mit Italien und dem Deutschen Reich bei. Artikel III

des Abkommens verpflichtet einen jeden der drei Staaten, dem anderen mit »allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln beizustehen«, falls dieser von einer Macht, die nicht im europäischen Krieg oder im sino-japanischen Konflikt verwickelt ist, angegriffen wird. Deutschland versichert Japan, daß mittels dieses Abkommens Amerika aus dem Krieg herausgehalten werden soll. Dem neuen japanischen Premierminister, Fürst Konoje – der am Ende des Weltkrieges wieder Friedensverhandlungen einzuleiten versucht –, erscheint das nur logisch. Ihm schwebt vor, sowohl die Vereinigten Staaten als auch Japan vom europäischen Kriegsschauplatz fernzuhalten und zwischen Deutschland und England zu vermitteln. Freilich stellt dies das genaue Gegenteil der Rooseveltschen – und Churchillschen – Pläne dar. Jener befleißigt sich, Japan mit noch wuchtigeren Faustschlägen in den Krieg zu treiben, um trotz Hitlers Zaudern den Krieg gegen Deutschland eröffnen zu können.

Von Januar bis März 1941 intensiviert Roosevelt die gemeinsamen britisch-amerikanischen Stabskonferenzen. (Geheim-) Delegationen aus Neuseeland, Australien, Kanada und dem Vereinigten Königreich besprechen mit ihren amerikanischen Kollegen die zu erwartende Kriegslage im Pazifik.

Roosevelts Eifer, sich sobald wie möglich auf seiten Englands in den europäischen Krieg zu stürzen und dabei zugleich die um den Frieden bemühte amerikanische Opposition niederzuhalten, erhellt sich auch daraus, daß seit 1940, von dem Präsidenten ermutigt, eine britische Agentenzentrale von über 300 Spitzeln im Rockefeller Center, New York, tätig ist. Unter der Leitung William Stephensons (Tarnname »Intrepid«) bespitzelt und verfolgt er, liest er die Korrespondenzen, läßt er die Telefonleitungen »bewanzen« und in die Tresore der Friedensfreunde einbrechen, die natürlich seine und Churchills Feinde sind. Es besteht kein Zweifel, daß seit der Amtseinführung Ronnie Reagans im Jahre 1981 eine noch weit größere und ruchlosere Kampagne zur Verfolgung und Ausmerzung der Friedens- und Wahrheitsfreunde das ganze Land USA unsicher macht – diesmal aber nicht zugunsten Englands. Wie sagte doch Jesus? »Wachet und betet, damit nach der Austreibung des einen Teufels nicht hundert andere, weit wüstere zurückkehren und seinen Platz einnehmen ...« Ein kurzer Abstecher in die Theologie sei erlaubt.

Es erregt Aufsehen, als es Ende 1940 einer Gruppe weitblickender amerikanischer Privatleute unter der Leitung der namhaften Asienmissionare Bischof Walsh und P. Drought, be-

kannt als die »John Doe Associates«, gelingt, mit einem Friedensplan bis zum Außenminister Matsuoka und seinem Premier, Fürst Konoje, vorzudringen. Matsuoka heißt sie willkommen und schickt sie in Sondermission nach Washington, wo sie den Präsidenten von der Absicht des Japanischen Reiches überzeugen sollen, über eine Friedensregelung zu verhandeln. Die Vorschläge sind folgende: a) ein Abkommen, das Japan aus den Verpflichtungen des Dreierpaktes löst, b) eine japanische Garantie, seine Streitkräfte aus China – mit Ausnahme Mandschukuos – abzuziehen um dem Reich der Mitte seine »geographische und politische Einheit« zurückzugeben. Weitere Fragen sollten in persönlichen Gesprächen zwischen Roosevelt und Konoje in Hawaii sondiert werden. Bischof Walsh und sein Mitbruder führten auch eine Unterredung mit General Muto, dem Direktor des Zentralamtes für Militärangelegenheiten. Muto versichert ihnen, daß er und »seine Mitarbeiter im japanischen Heer mit den Absichten, einen Friedensvertrag herbeizuführen, übereinstimmen«. Am 23. Januar 1941 unterbreiten die Geistlichen diese konkreten und lebenswichtigen Friedensvorschläge Roosevelt und Hull. Die zweistündige Konferenz schließt mit dem kargen Hinweis, daß die »Sache beraten wird«. Offenbar kommt die japanische Friedensinitiative Roosevelt ungelegen.

Anfang April 1941 unterrichtet Hull den neuernannten japanischen Botschafter Nomura von vier Grundbedingungen: (1) Achtung des Gebietsbestandes und der Souveränität aller Staaten; (2) Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten anderer; (3) Anerkennung des Prinzips der »Offenen Tür« (Handelsgleichheit für alle) in China; (4) Unterstützung einer rein friedlichen Änderung des Status quo im pazifischen Raum. Die Bedingungen decken sich im großen und ganzen mit den Hauptpunkten der von Roosevelt und Churchill im August 1941 abgehaltenen »Atlantikkonferenz«. In diesem Treffen machen sich der Präsident und Churchill den Standpunkt des stellvertretenden US-Außenministers Sumner Welles zu eigen, jedweder japanischen Offensive im Nord- oder Südpazifik, wenn auch »nur« gegen die niederländischen oder die englischen Kolonien oder auch gegen die Sowjetunion und China gerichtet, mit Gewalt zu begegnen. Deutschland, das in einen Krieg mit den USA hineingezogen werden soll, bleibt jedoch der Hauptgegner. Es sei daran erinnert, daß bei den Präsidentenwahlen von 1940 das heilige Versprechen lautete: »Wir behalten eure Jungs zu Hause (keep your boys at home!«). Betrachtet man Hulls ›Vier Bedin-

gungen‹ nüchtern, wird bald klar, daß gerade die Vereinigten Staaten fast sämtliche Punkte – außer Punkt No. 3, den der Offenen Tür in China – immer wieder verletzt haben, namentlich in Lateinamerika, Europa und Asien. Das *Gipfeltreffen* zwischen Konoje und Roosevelt kommt nicht zustande. Der Präsident ist sich inzwischen darüber klar, daß er Hitler nicht direkt in einen Weltkrieg stoßen kann, und wählt deshalb die indirekte Route – die Hintertür –, um mittels eines provozierten japanischen »Überraschungsangriffs« (!) auf die USA sein Ziel doch noch zu erreichen. Das entspricht dem kaltblütigen, blasiert-bornierten Herrschaftsstil des Präsidenten.

Daß Japan seine Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten nicht aufgegeben hatte, wird aus der Ernennung des Admirals Kitschissaburo Nomura zum Botschafter in Washington anfangs 1941 ersichtlich. Nomura, der während des Ersten Weltkrieges Marineattaché in Washington gewesen war und mit dem damaligen Leitenden Staatssekretär im Marineministerium Franklin Roosevelt ein freundschaftliches Verhältnis angeknüpft hatte, wird von Fürst Konoje und Matsuoka versichert, daß dem Japanischen Reich an einem friedlichen Einvernehmen mit den USA weit mehr gelegen sei als an dem Bündnis mit der Achse. Doch obzwar Nomura in mehr als 40 Unterredungen mit Außenminister Hull die Amerikaner von den gegenseitigen Vorteilen verbesserter Handels- und Außenbeziehungen zu überzeugen sucht, wird er immer gröber vor den Kopf gestoßen. Roosevelt setzt auf wirtschaftliche Erdrosselung. Nunmehr beschließen die Generale des japanischen Heeres, die Sowjetunion nicht anzugreifen – was vom kommunistischen Spion Sorge an Stalin weitergegeben wird –, sondern nach Süden in Richtung Indochina vorzustoßen, in greifbare Nähe zu den Öl- und Rohstoffquellen in den englischen und niederländischen Kolonien. Als dies Tokyo Botschafter Nomura mitteilt, hat Washington bereits davon Kenntnis – denn es ist ihm gelungen, die japanischen Geheimcodes zu knacken. Von nun an lesen die Spitzen des offiziellen Washington die »Geheimbotschaften« Japans mit. Aufgrund des zunehmenden amerikanischen Drucks weist der Tenno Fürst Konoje an, ein neues Kabinett, aber ohne den deutschfreundlichen Matsuoka, zu bilden. Admiral Tojoda, der das Versiegen des letzten Rinnsals an lebenswichtigen amerikanischen Gütern für Japan besonders fürchtet, wird Außenminister. Er fleht Botschafter Nomura an, die kritische Lage, in welche sein Land hineingetrieben wird, Hull und Roosevelt noch-

mals klarzumachen. Der letztere reibt sich genüßlich die Hände. Sein Kriegsplan geht auf! Der Umstand, daß Tojoda im Gegensatz zu Matsuoka der friedlicheren kaiserlichen Marine angehört und deswegen zu noch größeren Konzessionen bereit ist, veranlaßt Roosevelt zu keinerlei Friedensinitiativen. Im Gegenteil. Am 20. Juli 1941 erhält er eine Denkschrift von der Hand des Admirals Turner – vom Marinestabschef Stark gegengezeichnet –, die ihm zu erklären sucht, daß weitere Handelssperren gegen das Japanische Reich, namentlich ein letztes Abwürgen der Ölzufuhr, dieses zu einer entschlossenen Haltung gegen die USA treiben und wahrscheinlich den Krieg herbeiführen würde. Also ruft Roosevelt den japanischen Botschafter zu sich und macht ihm ultimativ klar, daß ein japanischer Angriff auf Niederländisch-Ostindien auch die Briten in den Krieg verwickeln und deshalb auch für die Vereinigten Staaten »sofort ... eine äußerst ernste Lage« heraufbeschwören würde.

Als mit der Bewilligung Frankreichs – dessen Vichy-Regierung von den USA anerkannt ist – japanische Truppentransporter Indochina anlaufen, blockiert der Präsident das japanische Vermögen in den USA und schneidet die Ölzufuhr ab. England, die Dominien und die Niederlande folgen dem Beispiel mit der sog. ABCD-Handelssperre (»American, British, Commonwealth, Dutch«). Da das japanische Reich täglich 12.000 Tonnen Öl benötigt, ist es sämtlichen Parteien klar, daß Nippon nur die Wahl zwischen der bedingungslosen Kapitulation unter Onkel Sams Willkür oder dem baldigen Krieg offen steht. Doch in ihrer Verzweiflung machen die Japaner den USA immer einschneidendere Zugeständnisse. Selbst während der Kaiserkonferenz vom 6. September besteht der Tenno immer noch auf Erhaltung des Friedens. Sollten jedoch die ABCD-Mächte die Sperre bis zum 15. Oktober nicht aufheben, würde das Reich sich auf einen Krieg um Ende Oktober vorbereiten. Das Datum wird später auf den 25. November, schließlich den 30. November verschoben. Am 27. November berichtet die amerikanische Dechiffrierbehörde (»Operation Magic«) von einem baldigen japanischen Militärschlag. Der Funkverkehr zwischen den Einheiten der Kaiserlichen Flotte – deren Gros sich bei den Kurilen zum Angriff bereit hält – wird aufgeschlüsselt. Das Ziel: Pearl Harbor. Hier haben sich die Chefärzte und Abteilungsleiter im Marinelazarett vorsichtshalber schon sechs Wochen vor dem 7. Dezember auf sichere Stellen an der amerikanischen Westküste abgesetzt ... Rücksichtsvoll sorgt sich der Präsident jedoch um die zu

erwartenden Opfer. Einige Zeit vor dem japanischen Angriff lässt er Don C. Smith, den Direktor des Kriegsdienstes beim amerikanischen Roten Kreuz, zu sich ins Weiße Haus rufen. Streng vertraulich teilt er ihm mit, daß er Rote-Kreuz-Arbeiter und -Nachschub in einem Hafen an der Westküste bereithalten solle, da er [der Präsident] starke Verluste in Pearl Harbor befürchte, sein Nachrichtendienst hätte ihn vor einem bevorstehenden Angriff gewarnt. Die Marineverwaltung in »Pearl Harbor« dürfe aber unter keinen Umständen benachrichtigt werden. Als Smith Einwände erhebt, erwidert Roosevelt, daß »das amerikanische Volk sich weigere, im Krieg in Europa einzutreten« und nur ein Direktangriff auf »ihr eigenes« Gebiet diese Haltung ändern könne.[50] Daß es trotz der laufenden Propagandastürme unerschrockene Historiker und Schriftsteller wie John Costello, John Toland, Robert B. Stinnett[51] u.a. gibt, die ihre Karriere und ihre persönliche Freiheit auf dem Hochaltar der Wahrheit und der nationalen Befreiung zu opfern wagen, spricht Bände für den geraden Charakter des besseren Bevölkerungsteiles Amerikas. Leider hat diese ehrenvolle Haltung die Gewaltpolitik Onkel Sams bis jetzt auch nicht um einen Deut verbessert.

Noch einige Bemerkungen zu dem diplomatischen Vorspiel zum Krieg im Pazifik. Nach dem »Nichtzustandekommen« der von Japan erhofften Gipfelkonferenz zwischen Roosevelt und Konoje und der unbeugsam starren Haltung Hulls, Welles', Roosevelts & Co. waren die Tage des Konojekabinetts gezählt. Am 16. Oktober 1941 übernimmt General Hideki Tojo das Amt des Premiers. Schigenori Togo wird Außenminister. Saburo Kurusu – früher Generalkonsul in Chicago und New York, er ist mit einer Amerikanerin verehelicht – fährt als Sonderbotschafter nach Washington, um Admiral Nomura bei seinen Verhandlungen zu unterstützen. Ein letzter desperater Versuch, ehe – um mit den Worten des amerikanischen Botschafters in Tokyo, Grew, zu sprechen – das Japanische Reich »nationalen Harakiri« begeht. Den Abschlußakt inszeniert Außenminister Hull am 26. November. Mit der Genehmigung Roosevelts händigt er den japanischen Botschaftern eine Liste mit zehn Forderungen aus, die er

---

[50] weitere Auskunft enthält: Daryl S. Borgquist, »Advance Warning? The Red Cross Connection«, *Naval History*, United States Naval Institute, Annapolis, Mai/Juni 1999, Band 13

[51] »Day of Deceit. The Truth About FDR and Pearl Harbor«, The Free Press [Simon & Schuster] New York 2000 oder Mark Willey (*»Pearl Harbor. Mother of All Conspiracies«*; Samizdat, E-Mail: PHA 1941@hot-mail.com

wie auch alle seine Kollegen als einen ultimativen Schritt zum Kriege betrachtet. Der amerikanische Vizeadmiral Robert A. Theobald bemerkt 1954, daß Hulls Vorschläge derart undiplomatisch verfaßt gewesen seien, daß sie nur durch die Absicht des Präsidenten erklärt werden können, entweder eine Kriegserklärung oder einen Kriegsakt Japans als Antwort zu erhalten. Die Hauptforderungen umschließen: a) die völlige Räumung Chinas, also auch Mundschukuos und Indochinas; b) die Anerkennung und Unterstützung allein des nationalistischen (Tschiang Kaischek) China; c) die Auslegung des Dreierpaktes mit Deutschland in der Weise, daß er der amerikanisch-japanischen Annäherung nicht entgegenstehe, während es den USA ihrerseits jedoch freistünde, sich im europäischen Krieg einzumischen. Der unerschrockenen Kongreßabgeordneten Jeannette Rankin aus Montana – der ersten Frau im Kongreß und dafür berühmt, die einzige Stimme im Unterhaus gegen die Kriegserklärungen von 1917 und 1941 abgegeben zu haben – scheint es eigenartig, daß Roosevelt von den Japanern die Unterwerfung unter den Status quo ante im pazifischen Raum erwartet, doch vor den weißen Imperien im Osten – besonders dem britischen Empire – beide Augen zudrückt.

Endlich ist das Spiel aus. Am 28. November teilt Tokio Nomura und Kurusu mit (und damit auch den amerikanischen Dechiffrierern und deren Chefs), daß die Verhandlungen als gescheitert anzusehen seien. Am 4. Dezember fängt die amerikanische Marineradiostation in Cheltenham, Maryland, den Funkspruch »Wind, ausführen« aus Tokio ab. Dabei handelt es sich um das Codewort für Krieg, was den US-Behörden durchaus bekannt war. Den amerikanischen Experten ist klar, daß das Krieg mit England, Krieg mit den Niederlanden und Krieg mit den USA, aber andererseits Friede mit der Sowjetunion bedeutet. Hulls Ultimatum vom 26. November überzeugt den Tenno und seine kaiserlichen Räte endgültig davon, daß die USA den Krieg wollen. Admiral Yamamoto wird angewiesen, am 8. Dezember (japanischer Zeit) loszuschlagen. Das Signal, das – den meisten Quellen zufolge – nicht verschlüsselt wird, lautet: *»Niitaka Jama-Noboru, 1208«* (»Ersteigt den Berg Niitaka, 1208«). Es wird um 1:30 Uhr früh am 2. Dezember von der Marinestation H in Hawaii, aber auch von der Festung Corregidor in den Philippinen und auf der Insel Guam abgehört. Da der Niitakaberg den höchsten Gipfel des japanischen Reiches darstellt, ist es den amerikanischen Nachrichtenleuten wiederum

klar, daß die Botschaft mit »Kriegsanfang am 8.12.« übersetzt werden muß. Sie wird an die Stäbe der leitenden Generale und Admirale in den Philippinen und Hawaii und an den Militärstab des Präsidenten in Washington weitergeleitet. Heute scheint die Annahme sicher, daß die höchsten Stellen in Washington – offensichtlich auf Befehl des Obersten Kriegsherrn Roosevelt, alles andere wäre Hochverrat – den Befehlshabern zu Wasser und zu Land in Honolulu lebenswichtige Einzelheiten vorenthielten. Diese Einzelheiten befinden sich jedoch immer noch wohlverwahrt in den Hauptarchiven hinter Schloß und Riegel ...

Denken wir daran, daß der Präsident Roosevelt am 21. Januar 1940, also während der Zeit des »Sitzkrieges« nach dem Polenfeldzug, in die vom Präsidenten Woodrow Wilson geheimgehaltenen Schiffspapiere der 1915 von U-20 torpedierten ›Lusitania‹ Einsicht nimmt. Sie beweisen, daß der Cunard Hilfskreuzer mehrere Millionen Stück Munition geladen hatte und deshalb versenkt wurde. Wilson war mit Churchill, König Georg V. u.a. eine Verschwörung eingegangen, die darauf abzielte, die amerikanische Öffentlichkeit mit Horrorgeschichten auf seiten der Entente in den Krieg zu ziehen. Nun, 1940 und 1941, befindet sich F. D. Roosevelt in ähnlicher Lage. Es ist ihm wohl auch die Rolle seines Vetters Theodore im Sinn, der während der Explosion des amerikanischen Schlachtschiffes Maine im Hafen von Havanna leitender Staatssekretär im Marineministerium gewesen war – mit glänzenden Beziehungen. Auch damals (1898) führte die rasende Entrüstung des amerikanischen Publikums schnell zum Krieg mit Spanien und zur Besetzung Kubas, Guams und der Philippinen. Es gibt doch nichts Neues unter der Sonne – auch 2001 und 2002 nicht.

Eine Woche vor Pearl Harbor spricht die berühmte Kongreßabgeordnete Jeannette Rankin mit einem namhaften nichtjapanischen Orientalen über die amerikanisch-japanischen Beziehungen. Dieser erklärt: »Die Lage ist ernst. Japan hat nur die Wahl zwischen Krieg oder immerwährender wirtschaftlicher Sklaverei.« Dasselbe gilt für das Deutsche Reich seit 1919, nur, daß in seinem Fall die Lage noch weit ernster ist, da es sich – im Grunde genommen seit seinem wirtschaftlichen und politischen Aufstieg im 19. Jh. – von mächtigen Feinden im Osten und Westen umzingelt sieht.

Es ist die Absicht dieser Arbeit nicht, Schuld zu finden oder »Schuld« jemandem aufzubürden. Das überlassen wir jenen Cäsaropapisten, die sich ein göttlich unfehlbares Allwissen an-

maßen und damit, wie ein gigantischer Golem in die von ihnen selbst gegrabene Grube tappen. Doch die *Verantwortung* für den Ausbruch des Zweiten Krieges und seine Folgen liegt weder beim Deutschen noch beim Japanischen Reich. Das erstere war eine Gefahr weder für die USA noch für England und sein – rasch dahinschwindendes – Empire. Es stimmt zwar, daß Japan mit seiner klareren strategischen Sicht und seinem Kampfruf »Asien den Asiaten!« dem britischen Weltreich den Gnadenstoß versetzte, den große indische Freiheitskämpfer wie Mahatma Gandhi, Chandra Bose und Pandit Nehru schon vorausgesehen hatten. – Ein kurzer Blick auf den siegreichen Vormarsch durch Malayen nach Singapur der kleinen Armeegruppe unter dem Kommando des japanischen Generals Torijuki Jamaschita vermittelt ein Gespür dafür, wie es getan wurde. Von drei Landungsplätzen im südlichen Thailand aus – einer davon war Khota Baru – stießen seine Truppen auf Fahrrädern, leichten Panzern und Lastwagen durch den Dschungel die Küste entlang blitzschnell nach Süden, ehe die über 120.000 Mann der Briten recht zur Besinnung kamen. Nach mehreren Scharmützeln und Gefechten steht Jamaschita mit etwa 30.000 Mann und 18 Panzern vor Singapur, dem »Gibraltar des Ostens«. In der mächtigsten Festung des Weißen Mannes in Asien – sie wird u.a. von 38 cm Langrohrgeschützen bewacht – stehen ihm 120.000 Briten und Kolonialtruppen gegenüber, die mit einem konzentrierten Angriff auf die im Osten und Westen getrennt angreifenden Japaner diese spielend hätten überrennen können. Doch der kommandierende General Percival und viele seiner Truppen – namentlich die Australier und die Inder – sind von Jamaschitas überraschenden Schlägen demoralisiert. Trotz ernstlicher japanischer Munitions- und Lebensmittelknappheit ergibt sich ihm die Festungsinsel nach wenigen Tagen der Belagerung am 15. Februar 1942. Seit dem 8. Dezember hat er – der »Tiger von Malaya« – kämpfend 1200 km durch oft unwegsames Gelände zurückgelegt. Eine Meisterleistung. Nippon – das mit seinem schwer erkauften Sieg von 1905 über das Zarenreich den Mythos des unbesiegbaren Weißen Mannes in alle Winde zerstreute – zerschmettert die britische Oberherrschaft über Asien, Afrika und den Pazifik ein für allemal. Tausende Australier suchen panikartig das Weite. Mehr als 20.000 indische Truppen gehen zu den Japanern über und kämpfen seither für die Befreiung ihres großen Heimatlandes. Klüger wäre es auch für Hitler und seine »Häuptlinge« (vor allem Gauleiter Koch in der Ukraine) gewe-

sen, auf die früheren Erfolge der Wiener Schiedssprüche in Südosteuropa von der Slowakei bis Bulgarien zu bauen, die Fahne der Befreiung in der zu Boden geschlagenen Sowjetunion zu hissen und die stolzen Völker Osteuropas – trotz aller politischen und historischen Schwierigkeiten – dem deutschen Befreier ebenbürtig einer gemeinsamen europäischen Zukunft entgegenzuführen. Die Politik Japans gab das Vorbild.

Die Vereinigten Staaten geben ein schlechtes Beispiel. Nachdem sie als Nutznießer einer »Ökonomie«, die zehnmal stärker ist als die Volkswirtschaft des Japanischen Reiches, rassistisch die Gelbe Gefahr »gebannt« und den ›Großostasiatischen Wohlstandsraum‹ zu ihrem Vorteil zerstört und den Stillen wie auch den Indischen Ozean zu amerikanischen Teichen gemacht haben, rasen sie seit den fünfziger Jahren bis ins Dritte Jahrtausend hinein immer gieriger auf den Spuren der einstigen britischen, französischen und niederländischen Kolonialherren über die Kontinente Asien, Afrika und selbstverständlich Lateinamerika wie eine Furie dahin. In dem geopolitisch wie rohstoffmäßig – besonders für Europa und Japan – lebenswichtigen Raum Vorderasien, der die drei Festländer Asien, Afrika und Europa wie eine Türangel freischwingend verbindet, bedienen sie sich des Stellvertreters Israel, um die es umgebenden arabischen und islamischen Länder mit militärischen Mitteln (einschl. der a-b-c-Waffen) bei der Stange zu halten. Ungeachtet aller gewaltpolitischen Erfolge der Kolonial-/Kontinentalstrategie und der »Zuckerbrot-und-Peitsche«-Taktik, fast sämtliche Staaten außer Israel als Bananenrepubliken zu behandeln, zeichnen sich die Grenzen dieser kurzsichtigen Politik immer rascher ab. Da Israel unter der Führung der Premierminister Barak und Scharon, wie schon jahrzehntelang, eine rücksichtslose Expansions- und Kolonialpolitik betreibt – mit amerikanischer Unterstützung –, kämpfen beide gegen den ursprünglich 1776 von den USA entfachten Strom der Völkerbefreiung und der Menschenrechte an. Hier fruchten die a-b-c-Massenvernichtungswaffen nichts. Ja, im Gegenteil, die blutigsten Unterdrückungsmaßnahmen (»Der Maßnahmestaat«) führen nur noch schneller zu Aufruhr und Aufstand der Volksmassen Asiens und Afrikas. Im April 2002 zischt die entfachte Lunte mit Beschleunigung ins Pulverfaß der Erde. Die zu erwartende Explosion wird die Marionettenregimes Amerikas im Nahen Osten, in Südasien und wohl auch in Indonesien vom wankenden Thron fegen. Schlagartig labilisiert sie die Weltwirtschaft und die Weltpolitik – genauer gesagt, führt die von Washington und Tel Aviv

angetriebene Labilisierung zum logischen Ende – und läßt die ernstesten militärischen und geographischen Konsequenzen erwarten. Denn weder Rußland noch China dürften in dem entbrennenden Weltkonflikt über kurz oder lang beiseite stehen.

Wer in diesem Zusammenhang von der »Befreierrolle« Amerikas seit 1939/1941 sprechen will, heult heuchlerischen Hohn. Noch in dreifach anderer Hinsicht wirkt die Elite Amerikas seit dem Cäsarenregime F. D. Roosevelts als Weltunterdrücker. (1) Von 1933 bis mindestens 1947 verbündet sie sich mit der UdSSR, dem Totalitärstaat schlechthin, dem Gipfel der euroasiatischen Tyrannei, dessen Terrorregime im Herzen Europas wie auch in ganz Mittel- und Osteuropa bis ins 21. Jahrhundert verheerende und bleibend-nihilistische Spuren hinterläßt. (2) Seit 1933 führt Roosevelts Elite Schritt für Schritt, namentlich ab 1940 ein Unterdrückerregime auch in ihrem eigenen Land ein: einen Unrechtsstaat. Hunderttausende werden rechtswidrig verhaftet, in Gefängnisse gesperrt und in KZs eingeliefert. Ihr Hab und Gut wird eingezogen. Die Mehrzahl der amerikanischen Bürger, das Gros der damals kriegshassenden Bevölkerung, wird eingeschüchtert und terrorisiert. Von den traditionell verfolgten Millionen Indianern, Negern, Mexikanern und Asiaten ganz abgesehen. Mit Kriegsende lösen sich diese »Maßnahmen« nicht etwa in blauem Dunst auf, sondern bilden im Rahmen des englisch-amerikanischen Gewohnheitsrechts Präzedenzfälle für ähnliche Erlasse bis zur Gegenwart. (3) Noam Chomsky vom Massachusetts Institute of Technology (M.I.T.), der bekanntesten technischen Universität Amerikas, nennt die von wenigen Gigantokartellen betriebenen Plutokratogesellschaften Nord- und Südamerikas mit Recht totalitär. Doch ist die Gesellschaft der USA dies in noch weit gründlicherem Sinn. Das allen eingeimpfte Sendungsbewußtsein ruft einen entsprechenden Kollektivdrang hervor, der alle Amerikaner in einer oft unterbewußten, deswegen um so mächtigeren, erstickenden Totalitäratmosphäre vereint. Ausländischen Besuchern fällt das aus einem Stück Stoff gewebte Panorama von sombrerobehuteten Sheriffs, zähnebleckenden Mädchen, grellster Lichtreklame, Coca Cola und McDonald's angenehm-amüsant auf. Sie übersehen jedoch meistens zwei andere, damit verbundene Phänomene: die Flucht der größten amerikanischen Denker und Künstler, angefangen mit den Gebrüdern Henry und William James, dem Kunsthistoriker Adams, Whistler, F. Scott Fitzgerald, Gertrude Stein und zwei der größten Sprachschöpfer des

20. Jahrhunderts: T. S. Eliots, der ein überzeugter Untertan der englischen Krone wird, und Ezra Pounds, der ins Italien Mussolinis flüchtet und von G.I.s im Triumph in einem Käfig »heimgeholt« wird. Die zweite wichtige Seite dieses »paradiesischen« Kollektivismus stellt die Politik. Im Bunde mit der unangreifbaren geomilitärischen Machtbasis der Kopfregion des nord- und südamerikanischen »Welteneilands« – so der britische Geopolitiker Halford MacKinder –, dem Zerstörungsdrang des Puritanismus und dem Weltbeutekapitalismus, ergibt jener Kollektivismus fast mechanisch-automatisch eine Offensivmacht von bislang in der Geschichte unerreichter Brisanz. Doch auch diesem bisher unvergleichlich mächtigen Gesellschafts-Totalitarismus ist es nicht gegeben, gegen die Strömung der heranwogenden Weltgeschichte anzurudern. Mitnichten. Deswegen befinden wir uns im Stadium des – zögernd ausgesprochen – »Endkapitalismus« (Werner Sombart). Möge es nicht das Stadium der »Endzivilisation« sein.

Im eigenen Interesse wäre es also »besser« gewesen, wäre es Roosevelt und seinem Kreis geglückt, ihre maßlose Irrationalität so weit zu bändigen, um wenigstens dem Deutschen und dem Japanischen Reich ihre, von Joseph Alois Schumpeter festgestellte Bollwerksfunktion zu belassen – in Annäherung an die erstrebenswerten Ergebnisse der *klassischen Staatskunst.* Doch kann ein Tiger seine Streifen abschütteln? Schließlich konnte Admiral Jamamoto nur beschwörend erklären: »Wenn – ungeachtet der Konsequenzen – mir zu kämpfen befohlen wird, werde ich sechs Monate oder ein Jahr lang recht unbändig umherrasen. Aber fürs zweite oder dritte Jahr habe ich gar kein Vertrauen.« Tatsächlich, um 9:35 Uhr des 18. April 1943 werden Admiral Jamamoto und sein Stab über den Salomoneninseln von überraschend angreifenden amerikanischen Langstreckenjägern abgeschossen. Amerikanische Abhördienste hatten die Signale der Kaiserlichen Japanischen Kriegsmarine abgefangen, dechiffriert und pflichtgemäß nach Washington weitergeleitet. Marineminister Knox und General »Hap« Arnold – der Chef des Heeres-Luftkorps – erteilten mit Billigung Roosevelts den Befehl, den Oberbefehlshaber der japanischen Hochseeflotte – den Architekten des Angriffs auf Pearl Harbor – zu beseitigen. Da diesen Herren jedoch die entsprechenden aufgeschlüsselten Signale des Kaiserlichen Hauptquartiers und der japanischen Kriegsmarine auch schon vor dem Kriegsausbruch im Dezember 1941 voll zugänglich waren, warum trafen sie damals die einfachsten Sicherheitsvorkehrungen nicht?

Die Antwort darauf ist klar.

Als kraft der Tüchtigkeit ihres Nachrichtendienstes die Amerikaner im Juli 1942 den Sieg vor den Midwayinseln erzielen und im März 1943 nach erbittertem Kampf Guadalcanal fällt, sieht sich das Kaiserreich außerstande, angesichts seiner weit unterlegenen Volkswirtschaft und seines viel kleineren Industriepotentials die empfindlichen Verluste an Flugzeugträgern und kampferprobten Flugzeugführern wettzumachen. Seine Strategie der hinhaltenden Defensive im Pazifik bröckelt ab. Nun nimmt die amerikanische Elite das von Roosevelt inszenierte Malheur von Pearl Harbor zum Vorwand, auch im zweitrangigen Kriegsschauplatz Asien skrupellos vorzupreschen. Dem japanischen Krieger bleibt nur die Wahl, mit dem Segen für den Kaiser auf den Lippen als Nyiku-dann (»Fleischgeschoß«) oder im Kamikaze (»himmlischen Wind«) zu sterben. Fürst Konojes Friedensangebote werden mit den nihilistischen Atompilzen von Hiroshima und Nagasaki beantwortet.

Lehrreich, daß – mit Ausnahme des ersten Erbfeindes Großbritannien – Onkel Sam sich stets zahlenmäßig und materiell stark unterlegene Gegner ausgesucht hat, von den Indianern über die Spanier bis hin zu den Schurkenstaaten von 2001/2002. Die Vorteile liegen auf der Hand. Die Billionen und Trillionen Dollar, die in der Binnenwirtschaft oder in eng angeschlossenen Trabantenstaaten wie Kanada, Mexiko, Haiti, Venezuela, Saudi-Arabien, Bahrain zugunsten der Hauptaktionäre der Megakartelle verplempert werden, kehren durch erfolgreiche militärische Erpressungen, d.h. durch »Befreiungskriege« wieder nach Wallstreet und Washington zurück. Mit Zins und Zinseszins. Das nennt sich dann »militär-industrieller Komplex« oder auch »Geldkreislauf«. Ein kleines Beispiel nur stellen die Milliardenzuschüsse dar, die Japan und Deutschland nach den von ihnen gar nicht gewollten Feldzügen gegen den Irak, Serbien, Afghanistan usw. mir nichts, dir nichts zugunsten Onkel Samuels aufgebürdet werden. Das sind dann die »freiwilligen Beiträge der Verbündeten«. Diese Milliardensummen verschwinden in den Fugen im Bretterboden Washingtons.

Die Konferenzen

Die »Atlantik«-Konferenz von Argentia (Neufundland) vom 9. bis 12. August 1941. Präsident Roosevelt läßt seinen Außenminister Hull absichtlich »daheim« und verspricht Churchill seine volle

Kriegsunterstützung vier Monate *vor* ›Pearl Harbor‹. Der Hauptfeind, das Deutsche Reich, soll in einen Weltkrieg hineinprovoziert werden. Die Propagandaerklärung, bekannt als Atlantikcharta, erwähnt die kollektive Sicherheit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die freie Seefahrt, freieren Welthandel, soziale Gesetzgebung und das Gelöbnis, keine fremden Territorien mehr annektieren zu wollen. Alles wohlklingende Sprüche, die von ihren Urhebern insgeheim nur belächelt werden.

Zwei Wochen vor Beginn hatte Roosevelts Busenfreund Harry Hopkins den eben von Hitler attackierten Stalin besucht und ihm »jegliche Hilfe« versprochen. Nun wird der abwesende Stalin wieder gepriesen, obgleich er gröblich aggressiv gegen Finnland, die baltischen Staaten, Polen, Rumänien, China und die Mongolei vorgegangen war und weiteren, gewaltigen Gebietszuwachs in Eurasien anäugt. Wenige Tage nach der Atlantikkonferenz greifen England und die Sowjetunion den neutralen Iran an und teilen ihn unter sich auf – ähnlich wie schon 1907. Im September 1941 erklären sich auf einem Alliiertentreffen in London die Feinde der Achsenmächte mit den oben genannten »Prinzipien« solidarisch. Am 1. Januar 1942 unterzeichnen 26 Staaten die »Erklärung der Vereinten Nationen«.

Roosevelt fühlt sich in seinem Element. Der britische Außenminister Anthony Eden meldet später, diplomatisch taktvoll, einige Bedenken an. »[Er, Roosevelt] sieht sich als der Schalter und Walter über das Geschick sehr vieler Länder, ob nun Freund oder Feind. Er bewerkstelligt alles mit solchem Charme, daß es sich nicht leicht analysieren läßt. Doch ist er zu sehr ein Zauberer, der mit Dynamitbällen jongliert, deren Wesen zu verstehen er außerstande ist ...«

Vielleicht sinnt der Präsident schon damals über seinen *Teilungsplan für Frankreich nach,* das er (a) in einen Pufferstaat »Wallonia« mit dem wallonischen Teil Belgiens und Elsaß-Lothringen, (b) einen verringerten Zentralstaat »Isle de France« und (c) einen westlichen Teil: Gascogne, Aquitaine und Anjou zu zerreißen wünscht. Der Grund? Wie er später selbst ausführt, sind alle Franzosen über 40 politisch und persönlich unzuverlässig; was ihn allerdings nicht davon abhält, diplomatische Beziehungen mit Vichy-Frankreich anzuknüpfen. Kein Wunder, daß *de Gaulle* den »Anglo-Saxons« grollt. Churchill aber sonnt sich in der eitlen Gewißheit, das Empire gerettet zu haben ...

Die Washingtonkonferenz vom 22. Dezember 1941 bis 14. Januar 1942.

Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten wird das Amt der ›Verbündeten Stabschefs‹ (Combined Chiefs of Staff) eingerichtet. Deutschland mit seinem größeren Potential als Japan ist Feind Nr. 1. Die ›Erklärung der Vereinten Nationen‹ wird vorbereitet.

Die Washingtonkonferenz vom 19. bis 25. Juni 1942. Churchill und Roosevelt planen den Feldzug in Nordafrika: »Operation Torch«, als es offensichtlich wird, daß wegen Hitlers Zaudern die Briten auf Malta dem italienischen und deutschen Nachschub immer katastrophalere Verluste beibringen. Rommels Offensive vom 30. August bleibt vor El Alamein stecken – dem Tor zu Alexandrien. Am 23. Oktober 1942 beginnt Montgomery seinerseits die Offensive mit überwältigender Überlegenheit an Menschen und Material. Als die Alliierten im November auch in Marokko landen, ist das Schicksal des ruhmreichen Afrikakorps und der Italiener besiegelt – und damit auch die Chance, die Nabelschnur des Empire zu durchbeißen. Churchill darf aufatmen – zum Ärger der amerikanischen Generale, die eine »zweite Front« in Frankreich eröffnen möchten.

Das Treffen von Casablanca, 14. bis 24. Januar 1943.

Zwei Hauptentscheidungen: Roosevelt verlangt die »bedingungslose Kapitulation« Deutschlands, Japans und Italiens. Churchill willigt ein. Die beiden einigen sich auf eine »rollende« strategische Luftoffensive gegen das Deutsche Reich und Europa. Die Briten – die sich seit der Niederlage ihrer Luftoffensive in der Deutschen Bucht im Herbst und Winter 1939/40 auf Angriffe gegen Zivilziele verlegt haben, so 1942 vor allem auf Köln, Essen, das Ruhrgebiet, Bremen und darauf Hamburg – spezialisieren sich auf schrankenlose Terrorangriffe bei Nacht. Tagsüber werden sie von den Amerikanern mit ihren B-17 und B-24 abgelöst. Der angerichtete menschliche und geistige Schaden ist unfaßbar; doch steigt die deutsche Kriegsproduktion unter der Leitung Speers bis zum Herbst 1944 um ein Vielfaches. Der Zweck der Bombardements wird nicht erreicht: die Zerstörung des deutschen Kriegs-, Industrie- und Wirtschaftspotentials sowie die Zermalmung der Moral der Zivilbevölkerung. Kaum zu glauben, die Bombenverwüstung in Japan übertrifft die in Deutschland noch um ein beträchtliches, selbst wenn die Atomangriffe nicht mitgezählt werden.

Feldmarschall Montgomery meint, daß erst das Bombardieren den Krieg in einen totalen verwandelt hat. Tatsächlich stellt das Ziel der totalen Vernichtung des Wirtschaftspotentials und

der Zivilmoral Deutschlands den allerletzten Schritt vor der Verkündung des Morgenthauplans dar. Nach Kriegsende wird die Bombardierung der Moral »mit allen Mitteln« fortgesetzt. Die Forderung der »bedingungslosen Kapitulation« hält Montgomery für einen tragischen Fehler. Er zitiert den englischen Juristen Lord Hankey, nach dessen Urteil diese Forderung die Kriegsführung unnötig verbitterte, dem deutschen und dem japanischen Soldaten den Mut der Verzweiflung einflößte, die Möglichkeit zu gegenseitigen Verhandlungen von vornherein ausschloß, die Invasion in der Normandie unvermeidlich machte und Stalin die Gelegenheit gab, sich ganz Ost- und Mitteleuropa einzuverleiben – fatale Konsequenzen eines fanatischen Sendungsbewußtseins.

Die Konferenz von Washington vom 12. bis 25. Mai 1943 zwischen Roosevelt und Churchill sieht den 1. Mai 1944 als den Zeitpunkt der Landung in Frankreich vor, ein Jahr später als ursprünglich Stalin versprochen.

Im Sommer 1943 brechen die Sowjets die diplomatischen Beziehungen zu der polnischen Exilregierung in London ab, nachdem diese das Internationale Rote Kreuz aufgefordert hatte, den von den Sowjets 1941 an etwa 18.000 polnischen Offizieren verübten Massenmord in Katyn usw. zu untersuchen. Churchill zwingt die Polen brutal, Stalins Forderungen nachzugeben.

Die (erste) Konferenz von Québec vom 14.-24. August 1943. Churchill und Roosevelt bestätigen die Absicht einer Invasion auf dem Festland. Das Oberkommando Südostasien unter Lord Mountbatten wird zusammengestellt.

Nach der deutschen Niederlage vor Kursk im Juli 1943 befürchtet Stalin anscheinend, daß ihm ein westalliierter Stoß – auf Churchills Drängen – aus Norditalien durch die »Laibacher Pforte« in Wien und Budapest zuvorkommen könnte. Er beruft eine Außenministerkonferenz nach Moskau (19.–30. Oktober 1943), auf der Hull, Eden und Molotow die kurz darauf stattfindende Konferenz von Teheran vorbereiten. Sie gründen einen Alliierten Rat für Italien und eine Europäische Ratgebende Kommission, die damit betraut werden soll, den Friedensschluß zu entwerfen. Im Gegensatz zu Churchill und vor allem zu Roosevelt scheint Stalin der einzige Staatslenker mit konkreten Plänen für die Gestaltung Nachkriegseuropas zu sein. In Asien verspricht er einzugreifen gegen Japan, nachdem ihm dort glänzende territoriale und weltanschauliche Konzessionen in Aussicht gestellt werden.

Im Gegensatz dazu verspricht Roosevelt beim Treffen mit Churchill und Tschiang Kai-schek im November in Kairo, die Rückgabe der »verlorenen Ländereien« an China. Korea soll unabhängig werden. Japan soll seines pazifischen Inselreiches zugunsten der USA entkleidet werden. Anscheinend soll die stärkste Industriemacht Asiens dem sowjetischen Kollektivismus und der amerikanischen Vorherrschaft geopfert werden.

In Teheran – tief innerhalb der sowjetischen Besatzungszone des einst neutralen Iran gelegen – wendet sich das Blatt gegen Churchill. Nachdem er in Casablanca die Schlagader des Empire durchs Mittelmeer gerettet und die Verwüstung Deutschlands mittels der Luftoffensive sichergestellt hat, gibt ihm Roosevelt in Teheran (27. November bis 1. Dezember 1943) einen Korb und widmet sich ausschließlich Stalin. Die zwei stimmen überein, daß (a) Frankreich schwach, zu »kollaborationistisch« und unfähig sei, an der Herrschaft über Nachkriegseuropa teilzunehmen. Sein Kolonialreich soll ihm entrissen werden ... (b) Rußland nach dem Sieg über Deutschland das Japanische Reich angreift, wie schon in Moskau zugesagt; (c) Churchills Lieblingsplan, den Sowjets mit einer westalliierten Attacke auf den »weichen Unterleib Europas« im Balkan – Ungarn und Österreich – zuvorzukommen, unsinnig sei und durch einen Angriff in Nordfrankreich ersetzt werden muß; (d) Amerika Südfrankreich und das Rhonetal besetzen soll, um den Deutschen auf dem italienischen Kriegsschauplatz möglichst viele Divisionen zu entziehen. Klar, daß Churchill sein geplantes Wettrennen um Wien und Budapest zugunsten »Uncle Joe's« damit verloren hatte. Deutschland zerstückelt werden soll. Roosevelt hält eine Sechsteilung für vorteilhaft. Ein Teil davon soll ein unabhängiges Österreich werden. Der Kaiser-Wilhelm-Kanal und das Ruhrgebiet sollen »international« verwaltet werden. Churchill erwidert, daß »der Herr Präsident das Maul voll genommen habe« und kontert mit seinem Vorschlag, Preußen zu verkleinern und im Süden Südwestdeutschland, Bayern, Österreich und Ungarn (usw. ...) in einem Donaubund zusammenzuschließen. Als windbewußter Politiker (einer, der weiß, woher der Wind bläst) beeilt sich der britische Kriegsdiktator, Rußland gefügig zu sein, und zeigt anhand von Streichhölzern, wie Deutschland und Polen um 300 km westwärts wandern sollen – ein Zustand, den Sasonow/Paleologue und russische Generalstabskarten schon 1914 anvisierten. Der englisch-amerikanische Streit um die richtige Kriegsstrategie schwelt, wenn auch auf anderem Gebiet, weiter – und Stalin bleibt der lachende Dritte.

Nach dem anglo-amerikanischen Sieg in Frankreich schlägt Feldmarschall Montgomery eine massierte Offensive durch das Ruhrgebiet auf Berlin vor – dem Zentrum Deutschlands –, ganz im Sinne Generaloberst Guderians »klotzen, nicht kleckern«. Er, wie auch der englische Militärhistoriker Liddell Hart sind der Meinung, daß solch ein Vorstoß mit überlegener Luftunterstützung den Krieg noch im Winter 1944 beendet und Berlin in der Hand der Anglo-Amerikaner belassen hätte. Die Amerikaner teilen die Auffassung nicht. Roosevelt hat nichts gegen Stalins Besetzung Ost- und Mitteleuropas einzuwenden. Stabschef Marshall und der in Europa Oberkommandierende Eisenhower halten ›Montys‹ Plan militärisch für zu riskant. Ihnen – mit Ausnahme des kühnen Generals Patton – liegt an einem Vormarsch in der Breite. Als Patton aus Bayern nach Böhmen vorstößt (er hätte es ganz besetzen können), pfeift Eisenhower ihn zurück. Patton wird später unter rätselhaften Umständen in Bayern »verunglückt«. Eisenhower betont seine politische Intelligenz, indem er sich bei seinem sowjetischen Gegenüber Antonow vergewissert, ob ein amerikanischer Vormarsch in Böhmen genehm sei. Der Russe rät ab. Die »Zitadelle Europas« (Bismarck) wird zur sowjetischen Vorburg.

Inzwischen versucht man sich auf wichtige Verwaltungsmaßnahmen zu einigen. Vom 1. bis zum 22. Juli *1944 werden in Bretton Woods (New Hampshire)* die ›Weltbank‹ und das ›International Monetary Fund‹ gegründet. Vom 21. August bis zum 7. Oktober heben die USA, Britannien, die UdSSR und China in *Dumbarton Oaks (Washington, D.C.)* die »Vereinten Nationen« aus der Taufe. Vom 11. bis zum 16. September 1944 tagt die (zweite) *Konferenz von Québec.* Schon vorher hatte der Finanzminister Henry Morgenthau beim Präsidenten vorgesprochen und die Annahme seines »Planes« erreicht, die Industrie aus dem Ruhrgebiet und allen anderen Ballungszentren Deutschlands zu entfernen. Der anfangs, aus realen Gründen widerstrebende Churchill wird mit dem Versprechen geködert und gewonnen, die demontierten deutschen Industrien in Britannien anzusiedeln. Die Demontage der deutschen Industrien durch die Briten und die Franzosen – von den Sowjets ganz zu schweigen – dauert bis 1949 und später fort. Die dürren Worte lauten: »Dieses Programm, die kriegserzeugenden Industrien an der Ruhr und an der Saar auszuschalten, erwartet die Verwandlung Deutschlands in ein vorwiegend landwirtschaftliches und viehzüchtendes Land« also, so scheints, zurück auf den Stand vom sechsten

Jahrhundert. Deutschland soll von einem Volk von 80 auf etwa 10 Millionen »abmagern« und die Gesellschaft Europas ins totale Chaos gestürzt werden – ein »Programm«, das an Unsinn und Bösem in der Weltgeschichte unerreicht ist. Einer seiner Urheber war Harry Dexter White, Morgenthaus Staatssekretär und Agent Stalins.

Im Spätseptember 44 überzeugt der Finanzminister seinen Präsidenten auch von der Güte des »Erlasses der Vereinten Stabschefs« (Joint Chiefs of Staff Directive) JCS 1067. Nicht vom Kriegs- und Marineministerium, sondern von Morgenthaus Finanzministerum ausgearbeitet, erreicht er im April 1945 Gesetzeskraft in den Westzonen Deutschlands. Er sieht vor: die Demontage der Eisen-Stahl-Kohle- und chemischen Industrien, die Entmilitarisierung und Entnazifizierung, eine von den Alliierten beherrschte Planwirtschaft und die Verhinderung von Hungersnot und Seuchen, aber lediglich in dem Ausmaß, wie es für den Gesundheitszustand der Besatzungstruppen unbedingt erforderlich ist. Im schroffen Gegensatz zur rumpfdeutschen Ideologie um die Jahrtausendwende spricht JCS 1067 eine klare Sprache: *»Deutschland wird nicht zum Zweck der Befreiung, sondern als eine geschlagene Feindnation besetzt. Sie* [die vier Militärgouverneure – d. Verf.] *werden die Fraternisierung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung untersagen* (»As a member of the Control Council and as a zone commander, you will be guided by the principle that controls ... may be imposed ... as essential to protect the safety and meet the needs of the occupying forces ... to prevent starvation or such disease and unrest as would endanger these forces ...«).

Mit anderen Worten: Unter den damaligen Umständen, im völlig verwüsteten, von neun Millionen Vertriebenen und Millionen Flüchtlingen überschwemmten Deutschland stellt JCS 1067 den unmißverständlichen Befehl zum millionenfachen Massenmord an Zivilisten dar – gebilligt vom Obersten Kriegsherrn Roosevelt.[52]

Tatsächlich verkörpern die hier aufgeführten Abschnitte aus JCS 1067 vom April 1945 schon eine gewisse »Verbesserung« im Verhältnis zu der unverwässerten Mordlust der ursprünglichen Fassung von 1944. Außenminister Hull und Kriegsminister Stim-

[52] »1945 Directive to the Commander in Chief of the U.S. Force of Occupation [JCS 1067]«, Germany 1947–1949, The Story in Documents, U.S. Government Printing Office, Washington 25, D.C., March 1950

son waren dagegen Sturm gelaufen, da Deutschlands Volk und Industrie für die Genesung des nichtkommunistischen Europa und den bleibenden Wohlstand Amerikas unabdingbar waren. Trotz dieser realistischen Auffassung fiel die tägliche Lebensmittelzuteilung in der amerikanischen und englischen Zone vielerorts auf weniger als 1000 kcal. Laut den Aufzeichnungen des amerikanischen Spitzendiplomaten Robert Murphy – er war Berater der Generale Eisenhower und Clay – war zu erwarten, daß die westdeutsche Sterberate von 1947 bis 1950 die Geburtenrate um zwei Millionen übertreffen würde. Den Forschungen des Kanadiers James Bacque zufolge[53] starben bis 1950 etwa 2,1 bis 6 Millionen Vertriebene – Bundeskanzler Adenauer erwähnt die letztere Zahl in seiner Lebensbeschreibung –, mindestens 1,5 bis 2 Millionen Kriegsgefangene und 5,7 Millionen in West- und Mitteldeutschland Beheimatete, im ganzen also 9,3 Millionen bis 13,7 Millionen Deutsche und Volksdeutsche. Laut amerikanischen Quellen (Fred Smith, Assistent des Finanzministers) war einer der begeistertsten Förderer des frühen Morgenthauplans General Dwight Eisenhower. Am 7. August 1944 stellt dieser in seinem Hauptquartier in England fest, *»...persönlich interessiert mich die deutsche Wirtschaft nicht ... und ich würde sie nicht ankurbeln, nur um es den Deutschen leichter zu machen. Die Führer und die SS-Truppen sollten alle die Todesstrafe erhalten, doch die Bestrafung soll damit nicht aufhören«.*

Nach Eisenhowers Meinung bezwecken jene, die den Deutschen eine mildere »Strafe« angedeihen lassen wollen, Deutschland als ein Bollwerk nach Osten – gegen die Wünsche Rußlands – zu nützen ... (Eisenhower entstammt einer frommen deutsch-amerikanischen Pietistenfamilie). Im November 1952 und 1956 wird der General, der sich mit dem Buch »Kreuzzug in Europa« besonders hervorgetan hat, zum Präsidenten gewählt. Während seiner Regierungszeit – und der des schon im Ersten Weltkrieg prominenten John Foster Dulles – ereignen sich zwei besondere Begebenheiten in der Außenpolitik – der traurig endende Aufstand der Ungarn im November/Dezember 1956 und der britisch-französisch-israelische Angriff auf Ägypten und den Suezkanal. Im ersten Geschehnis befremdet die Tatsache, daß die USA – nachdem sie jahrelang den Ungarn mittels Presse- und Rundfunk-Propagandawellen den Aufstand gegen die er-

[53] *»Crimes And Mercies«, The Fate of German Civilians Under Allied Occupation, 1944–1950*; Little, Brown and Company (Canada) Limited, 1977

drückende stalinistische Diktatur Rakosis und Gerös eingepaukt haben – nun, nach Eintritt des Falles, diese sitzen lassen und zuschauen, wie das ungarische Volk von den Sowjets unter der Leitung des NKWD-Chefs Andropow grausam niedergetreten wird. Chruschtschow hatte vor Einsatz seiner Truppen sogar einige Tage die amerikanische Reaktion zögernd abgewartet. Beim Stand der damaligen Kernwaffenrüstung hätte ein Wink mit dem H-Bomben-Zaunpfahl die Befreiung erreicht. Doch wer so kleinbürgerlich-moralisch denkt, kennt sich in der Diplomatie nicht aus. Erstens hatte die amerikanische Elite unter Roosevelt, Marshall und Eisenhower den Sowjets zur Eroberung Ungarns, Böhmens, Mährens usw. verholfen. Zweitens, noch wichtiger, drohte der Aufstand der Ungarn nach Polen und vor allem in den strategischen Kernraum Mitteldeutschlands überzugreifen. Das heißt, daß die Befreiung Ungarns wohl auch die Freiheit dieser beiden Länder zur Folge gehabt hätte, wodurch die Herrschaft der Sowjets über ihren Teil Europas zerstört worden wäre. Mit unabsehbaren Folgen für das amerikanische Reich in Westeuropa. Das konnten der Präsident und der Wallstreetadvokat Dulles sich nicht leisten. Deutschland bleibt der Hauptfeind bis ins dritte Jahrtausend.

In Ägypten liegt die Lage etwas anders. Hier wähnen sich in arger Verkennung der Tatsachen England, Frankreich und Israel noch im Empiredenken Churchills um 1899. Auf nach Khartum! Eisenhower und Dulles nutzen die Gelegenheit, den abbröckelnden Kolonialreichen den Todesstoß zu versetzen, stellen sich auf die Seite des arabischen Patriotismus (Nasser) und zwingen die Aggressoren wieder abzuziehen. Vorher schon, im August 1953, hatten die Vereinigten Staaten den aufmüpfigen iranischen Premier Dr. Mossadegh (Mosesberg) durch Anzettelung einer Verschwörung unter General Zahedi gestürzt – dessen Sohn wird später iranischer Botschafter in Washington und Schwager des Schah-in-Schah ... In einem kühnen, in Washington ausgehandelten Handstreich bemächtigt sich das amerikanische Ölkartell 40 v. H. der Aktien der noch kurz vorher von der British Petroleum und der Royal Dutch Shell monopolisierten Anglo-Iranischen Ölgesellschaft. Seither bemüht sich Washington mit wechselndem Geschick – aber mit wachsender Macht –, die Interessen Iraks, Irans, des Protektorats Kuwait und der amerikanischen Dependencen Bahrain, der Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi Arabiens, Jemens usf. gegeneinander auszuspielen. Dabei spielen die Expansionsgelüste Israels, das seit

den Regierungen Reagans, Bushs d.Ä. und Clintons in Washington immer mehr zu sagen hat, eine nicht unwesentliche Rolle.

Rückblendung auf die »Schwertzeit« – die schwere Zeit – von 1943 bis 1945, in welcher die Grundlinien der heute offensichtlich bankrotten Weltpolitik von den zwei Hauptmächten festgelegt und – trotz allen hysterischen Geschreis – bis 1991 aufrechterhalten wurden (es sei an den Moskaubesuch Bundeskanzler Kohls zur Zeit Andropows erinnert, als dieser lapidar feststellte, daß »niemand die Einheit Deutschlands befürwortet«).

Es hängt wohl mit der Machtfülle des amerikanischen Präsidentenamtes zusammen, daß manche von ihnen es vorzogen, ihre Außenminister zu vernachlässigen, und lieber auf Berater oder Freunde zurückgriffen. Das traf schon auf das Dreieck Washington-Hamilton-Jefferson zu. Als sich im 20. Jahrhundert die Cäsaropapen der Allmacht immer näher wähnen, mißtraut Wilson z.B. seinem Außenminister William Jennings Bryan und bevorzugt die Dienste des Colonel House. F. D. Roosevelt stützt sich auf Harry Hopkins, Morgenthau, Stimson und Sumner Welles. Immer öfter erfahren ›Secretary of State‹ Hull und sein Ministerium erst mit Verspätung von den Entscheidungen Roosevelts. So nimmt es nicht wunder, daß 1944 das Außenministerium Pläne für die Besetzung Deutschlands ausarbeitet, die im Gegensatz zu den in Teheran getroffenen Entscheidungen – Annexion Ostdeutschlands durch Polen und die Sowjetunion – stehen.

Roosevelt hat Hull nichts mitgeteilt. Selbst Edward R. Stettinius jr., der von Roosevelt 1944 neuernannte amerikanische Außenminister, bleibt in Unkenntnis. Er schlägt daher nach einem Treffen in Malta mit Außenminister Eden Roosevelt am 4. Februar 1945 – also knapp vor der Jaltakonferenz – vor, im östlichen Polen die Curzonlinie, wenn auch mit einigen Änderungen, einzuhalten, aber der »uneingeschränkten Massenumsiedlung« zu widersprechen, allenfalls eine schrittweise Umsiedlung unter »internationaler Aufsicht« zuzulassen. Die Annexion der deutschen Gebiete will er auf Ostpreußen, Danzig, einen Küstenstreifen in Ostpommern und auf Deutsch-Oberschlesien beschränken – ohnehin ein ungeheurer Gebiets- und Menschenverlust für Deutschland. Entsprechend den Absprachen zwischen Roosevelt und Stalin in Teheran und der westlichen »Zündholzverschiebung« Polens von seiten Churchills einigen sich die Drei in Jalta darauf, Polen »erhebliche Gebietszugeständnisse im Norden und Westen« einzuräumen, die Endlö-

sung aber der Friedenskonferenz vorzubehalten. Dies ist ein, von Eden durchgeschleuster »Kompromiß«, wie vom sudetendeutschen Sozialdemokraten und Exilpolitiker in London, Wenzel Jaksch, in seinem mit wissenschaftlicher Akribie verfaßten Werk »Europas Weg nach Potsdam« beschrieben[54]. Jakschs tragisch-tapferes Bemühen in London – der Stand eines aufrechten Menschen –, eingekeilt zwischen dem Kriegstreiber Churchill und dem listigen, seine völkermordenden Dekrete ausarbeitenden Benesch, dem tschechischen Exilpräsidenten, ist von vornherein hoffnungslos.

Das Moskauer Treffen zwischen Churchill und Stalin vom 9. bis 18. Oktober 1944 steht für eine eigenartige Aufteilung der britisch-sowjetischen Interessensphären in Südosteuropa. Nach Churchills eigener Darstellung kritzelt er ein paar dürre Ziffern auf ein Blatt Papier, welche die Machtverhältnisse in den verschiedenen Staaten klarlegen sollen, und zwar wie folgt: In Rumänien – das gerade zu den Sowjets übergegangen war – die UdSSR 90 v.H., England 10 v.H.; in Ungarn und Jugoslawien je 50-50; in Bulgarien – das von den Sowjets überrumpelt wird – die UdSSR 75 v.H., England 25 und in Griechenland 90 v.H. zugunsten Englands, 10 für die Sowjets. Stalin hakt die Zahlen mit einem Blaustift ab und reicht sie einem Adjutanten. Fertig. Die Umstände werden hier wiedergegeben, nicht um neuartige Einsichten zu behaupten, sondern um Churchills Verzweiflungstat ins rechte Licht zu rücken. Die Amerikaner haben seinen projizierten Balkanfeldzug – diesmal aus guten militärischen Gründen – abgelehnt. Der Italienfeldzug stagniert – der Wien und Budapest in die Hand der Engländer hätte bringen können –, teils, weil die Amerikaner Truppen nach Südfrankreich abziehen, teils, weil die überlegene Feldherrnkunst Kesselrings, der trotz der zahlenmäßigen Unterlegenheit der Deutschen die Alliierten noch am 12. Januar 1945 im Apennin südlich Bolognas festhält. Im Hauptkriegsschauplatz Deutschland sehen die Amerikaner die politische Notwendigkeit eines Blitzvorstoßes nach Berlin – und im April 45 eines Spaziergangs nach Prag – nicht ein. Sie überlassen den Kern und das Herz Europas den Sowjets. Im Oktober 44 ist nur Budapest noch nicht gefallen – und auch das nur wegen der heldenhaften Verteidigung des Duklapasses in der Ostslowakei durch eine kleine deutsche Streitmacht, die das Ausbrechen einer sowjetischen Armee in die ungarische Tief-

[54] Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1958

ebene vereitelt. In Jugoslawien ist der blutige Bolschewik Tito Sieger über den königstreuen Oberst Mihailović, nicht zuletzt aufgrund der verständnislosen Unterstützung durch Churchill. Bei Kriegsende können die Briten sich nur in Griechenland gegen die starken, von Tito und Bulgarien unterstützten Partisanenverbände behaupten – und auch das nur mit Mühe. Nur Truman ist in der Lage, 1946/1947 die Lage im östlichen Mittelmeer zu »bereinigen«. Doch im Oktober 44 – wie auch im Februar 1945 – sieht sich der englische Kriegsdiktator auf verlorenem Posten. Er muß sich ›akkommodieren‹. Der scharfblickende Stalin andererseits sieht sich in der Bolschewisierung Ost- und Mitteleuropas durch die USA und sogar seinen einstigen Todfeind Churchill bestätigt. Im Vollgefühl seines Triumphes führt er die in Teheran angewandte Taktik, den Engländer zu »frotzeln«, fort und erzählt ihm genüßlich, wie er nach 1931 zehn Millionen Kulaken und Regimegegner liquidieren ließ. Anscheinend hat sich's doch gelohnt.

Die *Jaltakonferenz* tagt auf der Krim vom 4. bis zum 11. Februar 1945. Die trostlose Reihe von Unterlassungen und Konzessionen, die mit Harry Hopkins' Besuch Moskaus im Jahre 1941 beginnt – vom Roosevelt-Litwinow-Pakt 1933 bereits eingeleitet – und mit dem Treffen der Außenminister wie auch der Teherankonferenz 1943 ihrem Höhepunkt zustrebt, wird hier von Roosevelt-Hopkins-Hiss, dem Dreigestirn der gottverordneten Neuen Ordnung, fortgesetzt. Der brummig-bissige alte Seebär Churchill ist ausgebootet. Unter vier Augen teilt Roosevelt Stalin mit, daß er beabsichtigt, das englische Weltreich aufzulösen – Hongkong soll an China zurückgegeben werden – und den unzuverlässigen Franzosen die Rückkehr nach Indochina zu verwehren. Das war schon in Teheran abzusehen. Das Versprechen Stalins wird erneuert, den Matsuoka-Nichtangriffspakt von 1941 zu brechen und das Japanische Reich nach einer kurzen Atempause in Europa anzugreifen. Als Belohnung schenkt ihm der Präsident die wirtschaftlich und strategisch wichtigsten Ländereien Asiens außerhalb Japans: die Mandschurei und Nordkorea. Der General und Prokonsul MacArthur freilich verbittet sich jede sowjetische Einmischung in Japan. Der Besitz Mandschukuos ermöglicht Mao Tse-Tung die Eroberung Pekings und Chinas. Roosevelts und Churchills Versagen in Teheran und Jalta ermöglicht Stalin die Ausdehnung seines Reiches von der Elbe bis Tsuschima. Dem neuen exilpolnischen Premierminister Mikolajczyk erklärt der Präsident im Juni 1944,

Stalin sei »kein Imperialist« ... In Jalta wird die Ostgrenze Polens »zeitweilig« an der Curzonlinie gezogen. Trotz Hulls und Stettinius' anderslautenden Plänen bleibt die Oder-Neiße-Linie »bis zur Friedensregelung« seine Westgrenze – obwohl Premier Mikolajczyk und der polnische Botschafter Ciechanowski in Washington Hull und Churchill klarlegen, daß sie sich den Grenzziehungen im Osten und Westen widersetzen. Selbst im Sommer 1944 hätte sich die polnische Exilregierung mit dem – immerhin gewaltigen – Gebietszuwachs Ost- und Westpreußen, Danzig und dem oberschlesischen Industrierevier »zufriedengegeben«. Als Churchill in einer Ansprache vor dem englischen Unterhaus vom 15. Dezember 1944 seine Unterstützung der (von Stalin befürworteten) neuen Grenzen unterstreicht und die völlige Vertreibung der Deutschen aus der Heimat vorschlägt, so daß es »keine Bevölkerungsmischung gibt, die endlose Schwierigkeiten verursacht, wie im Falle Elsaß-Lothringen ... Ich bin darob nicht entsetzt ...« widerspricht ihm der neue polnische Exilpremier Arciszewski (Mikolajczyk war wegen der Grenzfragen zurückgetreten). Ostpolen sei lebenswichtiges Gebiet. Polen fordere Breslau und Stettin nicht. Stalin und seine Lublinregierung denken da anders. Mit kleinen Abänderungen obsiegen sie in Jalta. Haben Churchill, Roosevelt und selbst Stalin den Gedanken der Vertreibung aus der Luft gefischt? Keineswegs. Erstens gibt es die Präzedenzfälle aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, vor allem den grausamen griechisch-türkischen Bevölkerungstausch und die noch grausameren Deportationen und Völkermorde der Bolschewisten unter Lenin, Dzerschinski und dem jungen Georgier J. W. Dschugaschwili, genannt Stalin. Zum anderen war der Hauptbefürworter einer Vertreibung der Deutschen und der Ungarn aus Mitteleuropa der langjährige tschechische Außenminister und seit 1935 Präsident Eduard Benesch. Den Weststaaten – namentlich Frankreich – ab 1919 als ein begeisterter Verfechter der Völkerbundsidee, zur Schwächung Weimardeutschlands und Ungarns wie auch der Autonomiebestrebungen der Slowaken, Kroaten usw. bekannt, dreht er ganz im Sinne der Sowjetunion, die ihm immer noch als die ›Mutter aller Slawen‹ [!] vorschwebt, und deren panslawistisch-rassistisch angehauchten Völkern sein echt slawisches Gesicht zu. Darin wird er von Stalin und seinen Adjutanten bestärkt, etwa zur Zeit des tschechisch-sowjetischen Paktes von Dezember 1943. In Hinblick auf die westlichen Hauptmächte bewegte sich Benesch mit seinem Vertreibungsprojekt in drei Sprüngen vor-

wärts. Im August 1942, als Außenminister Eden das Münchener Abkommen für ungültig erklärte, fühlten sich Benesch und sein Exilkabinett sicher, ihre »Aussiedlungspläne« veröffentlichen zu können, obgleich diese gegen Punkt 2 der Atlantikcharta verstießen. Der sudetendeutsche Kommunist Karl Kreibich trompetete hinaus: »Das ist nicht allein der Krieg gegen den Faschismus, sondern gegen das Deutschtum.« Am 12. Mai 1943 hält Benesch eine vielbeachtete Ansprache vor dem U.S.-Kongreß. Er unterhält sich mit Hull, Stimson, Morgenthau, Hopkins, Welles und Roosevelt, den großkalibrigen Kanonen der westlichen Plutokratien – wovon mindestens vier geneigt sind, den sowjetischen Gebiets- und Machtforderungen zuzustimmen. Auf seine großspurige Art segnet der Präsident Beneschs Völkervertreibungsschema ab und entsendet diesen nach Moskau, um Stalin Amerikas Zustimmung zur Annexion der Baltenstaaten zu überbringen. Als dritten Streich hat sich Benesch die Vorbereitung der »gehobenen« amerikanischen Öffentlichkeit auf die Völkervertreibung der Deutschen und der Magyaren ausgedacht. Zu diesem Zweck gibt er Sulzberger, dem Sproß der ›*New York Times*‹, ein vielbeachtetes Interview, das am 19. Februar 1943 von diesem »zweiten Rad an der U.S.-Staatskarosse« – das Weiße Haus ist bekanntlich das erste Rad, die amerikanische Bevölkerung das fünfte – veröffentlicht wird. Ein Erfolg! Damit gewappnet, reist der tschechische Exilpräsident nach Moskau, wo sein Vertreibungsvorhaben nicht auf sofortige Gegenliebe stößt. Doch im Laufe der Unterredungen geht Stalin, dem tschechischen Kommunisten Gottwald u.a. ein Licht auf, nämlich, daß dieser »Völkertausch« – der sich in Wirklichkeit von Nordfinnland bis Bulgarien erstreckt – die empfindlichen Gesellschaften Westeuropas dermaßen zerrüttet, daß »eine Zweite [Rote] Revolution« in Deutschland und Europa das nachholen würde, was 1918 verpaßt wurde. Völker, hört die Signale! Benesch & Co. zerreißen mutwillig die tiefen Bande, die das tschechische Volk schon 1200 Jahre lang mit dem deutschen und dem italienischen Volk, mit dem Abendland verbinden. Doch ist diesem die *Gabe zur Erneuerung* inne, einer Erneuerung, die nach 1989 und 1991 im anbrechenden Dritten Jahrtausend auch in Böhmen und Mähren, in der Slowakei, in Ungarn und in Polen Einzug hält ...

Aber in *Jalta* und vor allem in *Teheran* verspielten Roosevelt und Churchill – deren ohnehin zweifelhafte staatsmännische Weitsicht von ihrem fanatischen Sendungsbewußtsein und ihrer totalen Kriegsideologie vollends geblendet wird – den Sieg des

wahren Westens. Sollten künftige politische und weltwirtschaftliche Erschütterungen die zögernd heilenden Narben wieder aufreißen, haben wir uns dafür bei Churchill, Benesch und besonders Roosevelt zu bedanken. Teheran und Jalta weisen auf Potsdam – und die Potsdamer Konferenz der »Großen« Drei weist auf die Verhandlungen um den »2+4«-Vertrag 1990 hin, wie auch auf die begleitenden und folgenden Abkommen mit der Sowjetunion und Polen, die vordergründig von den Bestimmungen Teherans, Jaltas und Potsdams geprägt, doch in Wirklichkeit vom Unwillen des Präsidenten Bush d.Ä. und seines Außenministers Baker bestimmt sind, die deutsche Einheit auch auf Ostdeutschland zu erstrecken. Die ideologisch-politischen Hemmungen und die Ohnmacht des Bundeskanzlers Kohl taten ein übriges. Tatsächlich setzte weder die Konferenz von Jalta noch die von Potsdam die deutsch-polnischen/deutsch-sowjetischen Grenzen definitiv fest, sondern verschob alles auf eine spätere Friedenskonferenz. In Jalta sträuben sich die Briten gegen eine definitive Aufteilung Deutschlands, erreichen aber die Einrichtung einer vierten, französischen Zone. Die Westmächte legen sich lediglich fest, um die Summe von 20 Milliarden Friedensdollar deutsche Reparationen zu »diskutieren«, einigen sich jedoch auf qualitative Reparationen, unter welch harmlos anmutender Rubrik die Sieger von Jalta und Potsdam den ertragreichsten Raub in der europäischen Geschichte verstehen – noch weit gewinnreicher als die Plünderung Europas durch die Heere der französischen Revolution und des Regimes Napoleons. Zu diesem Thema passen sowohl die persönlichen Räubereien der feindlichen Feldmarschalle und Generale als auch die Entwendungen durch die kleinen GIs, die sich die wertvolle Gutenbergbibel, die Kloster- und die Domschätze Quedlinburgs und Halberstadts und und und kurzerhand in die Beutel steckten. Die Vernichtung Berlins, Dresdens, Leipzigs, Breslaus, Danzigs usw. bilden makabre Höhepunkte. Hunderttausende Volksdeutscher aus dem Banat, der Batschka, Ungarn, der Slowakei, dazu Sudetendeutsche und Reichsdeutsche aus dem Osten, Rußlanddeutsche aus allen Gegenden werden in die Sowjetunion verschleppt – manche bis nach Ostsibirien und Kamtschatka –, wo sie mit Millionen deutschen, italienischen, polnischen, 360.000 japanischen Kriegsgefangenen und Deportierten aller Länder unter den primitivsten Zuständen Sklavenarbeit verrichten. Ein trauriges Los ereilt auch viele deutsche Kriegsgefangene in französischen und amerikanischen Lagern, nun da nach der bedingungslosen Kapi-

tulation keine Vergeltungsmaßnahmen zu erwarten sind. Trillionenwerte an deutschen Patenten und technischen Errungenschaften fließen nach Osten und Westen, namentlich in die USA. Unermeßlich ist der Beitrag deutscher Techniker und Wissenschaftler an der amerikanischen *Raketen-* und *Raumpolitik* (Gen. Dornberger, Prof. W. v. Braun). Ohne diese Arbeit hätte die UdSSR – mit ihrer eigenen, kleineren Gemeinde an deutschen Technikern – mit den USA gleichgezogen oder sie auf noch lebenswichtigeren Gebieten wie dem Sputnik oder dem überlegenen Jagdflugzeug MiG-15 überholt. Man sucht aber in der »amerikanischen« Presse oder sonstwo vergebens nach Dankesbezeugungen. Im Gegenteil! – In puncto UNO fordert Stalin einen Sitz für eine jede der 16 Sowjetrepubliken, erhält aber nur drei in der Generalversammlung. Roosevelt läutet das Armesünderglöcklein zum baldigen Begräbnis des englischen Empire, als er die sowjetische Forderung nach Stützpunkten am Bosporus und an den Dardanellen sekundiert.

»Warmwasserhäfen« seien doch für die Russen lebenswichtig, so doziert er albern-blasiert. Wozu bräuchten die Türken an den Meerengen Befestigungen? Die 5000 km lange Grenze zwischen den USA und Kanada käme doch auch ohne sie aus. Eine Sternstunde der Menschheit! 148 Jahre britischer Nahostpolitik werden zu Grabe getragen. Und vier Jahrhunderten moskowitischer und großrussischer Süd- und Ostexpansion seit der Eroberung Kazans und Astrachans durch Iwan den Schrecklichen scheinen endlich der Griff nach Zarigrad, der Cäsarenstadt Konstantinopel, nach dem Gelobten Land und dem Suezkanal gelungen zu sein. Doch zwei Monde nach Jalta stirbt Roosevelt. Aus Abscheu vor seinen ›Missetaten‹ bleibt Churchill dem Begräbnis fern. Dessen Nachfolger Truman zieht schrittweise schärfere Saiten auf – von der Ansprache des Außenministers Byrnes 1946 in Stuttgart, der »Trumandoktrin«, der offiziellen Bekämpfung des sich ausbreitenden Kommunismus, bis hin zum E.R.P., *»European Recovery Program«*, dem sog. Marshallplan. *1946* hatte es an der Wallstreet den stärksten Aktienrutsch seit der Katastrophe von 1929 gegeben. Die Machtelite wertete es als einen göttlichen Fingerzeig und ging daran, die von den helleren Geistern ohnehin eingesehene Aufbauförderung Europas – darunter später auch Westdeutschlands – in die Hand zu nehmen. Wirtschaftliche Abhängigkeit ist die Vorstufe zur politischen Abhängigkeit. Die Rechnung geht auf. Die sich erholenden Fremdräume Europa, Deutschland und Japan bewerkstelligen die Gesundung Amerikas und seinen Auf-

stieg zur Weltübermacht. Doch Churchill greift sich an die Nase. Wäre es anders nicht leichter, nicht gesünder gewesen? »Was, wenn ich den Bund mit dem amerikanischen Cäsaren nicht geschlossen, wenn wir zusammen das Deutsche und das Japanische Reich nicht vernichtet und den russo-revolutionären Bolschewisten den Weg ins Herz Europas nicht geebnet hätten?« Ja, dann hätte es eine vielfältige, miteinander wetteifernde Menschheit gegeben und keine ungesunde Monopolisierung. Trotzdem wären die kapitalistischen Reiche Deutschland und Japan laut Schumpeter »Bollwerke« der USA geblieben. Aber was nicht ist ...

Die sich anbahnende Entfremdung – die seitens Stalins ohnehin ständig da war – zwischen dem frischgebackenen Präsidenten Truman und dem sowjetischen Machthaber tritt in Potsdam – 16. Juli bis 2. August 1945 – offen zutage. Die Hauptpunkte wurden schon gestreift. Die übergroßen Zwei balgen sich um die ungeheure Beute, ohne die beteiligten »Verbündeten« oder Opfer um ihre Meinung zu fragen, so wie es Roosevelt schon in Teheran und Jalta hinsichtlich China, der Mandschurei, der Türkei usw. gehandhabt hatte. Doch Truman, aus der »Catch-as-catch-can«-Schule der Politik hervorgegangen, ist weniger als sein Vorgänger gewillt, Stalin als einen gleichberechtigten Kumpel zu akzeptieren. Von Morgenthau sagt er: »he doesn't know shit from applebutter« (»Er kann nicht einmal Sch... von Apfelmus unterscheiden«), und gibt ihm den Laufpaß. Was nicht heißen soll, daß noch bis 1947 die liberalen Nachfolger und Kreuzzügler Roosevelts nicht ganz Westdeutschland auf der Suche nach »demokratischen Kommunisten« durchstreiften, um ihnen die höchsten Nachrichten-, Verwaltungs- und Unterrichtsposten eigenmächtig zuzuteilen – denn Roosevelts Mitmarschierer bezeichneten die Kommunisten ja als Demokraten. Dieser Umstand – und der, daß die führenden amerikanischen Besatzer das deutsche Volk analog den Südstaaten am Ende des Sezessionskrieges als Abtrünnige, als Ketzer am wahren Glauben des puritanischen Manichäismus, als Verdammte behandelten – ist ein Hauptgrund für das Dahinsiechen des öffentlichen Lebens im heutigen Deutschland. In Potsdam widersetzt sich Truman der völkerrechtlichen Zerstückelung Deutschlands. Als Subjekt innerhalb der Grenzen vom 31. Dezember 1937 bleibt es bestehen.

Dennoch wird es in vier Besatzungszonen zerteilt. *Berlin* liegt als Enklave innerhalb der sowjetischen Besatzungszone, gehört aber nicht dazu, sondern wird von den vier Besatzungsmächten mittels einer Alliierten Regierungsbehörde, der Kom-

mandantur, beherrscht. »Deutschland als Ganzes« wird vom Alliierten Kontrollrat regiert, dessen Entscheidungen nur einstimmig gefällt werden. Dieser löst am 25. Februar 1947 das Land Preußen auf. Andererseits erfährt das Hoheitsgebiet Deutschlands nicht die Abtrennungen, die später – namentlich seit den Wende-Abkommen mit Rußland, Polen und der Tschechei – für Potsdam beansprucht werden. Die Forderungen des französischen Präsidenten de Gaulle nach einer Abtretung des ganzen linksrheinischen Deutschland an Frankreich – ein Verlangen mit uralter Tradition – oder wenigstens der Formierung linksrheinischer Trabantenstaaten Frankreichs bleiben unerwähnt. Nach Art. VI des Potsdamer Schlußprotokolls werden Königsberg und das anliegende Gebiet der UdSSR ausgehändigt, »vorbehaltlich der endgültigen ... Friedensregelung«. Artikel IX gibt die übrigen deutschen Ostgebiete einschließlich Danzigs »unter die Verwaltung des polnischen Staates«. Churchill, der wegen der verlorenen Unterhauswahl der zweiten Hälfte der Konferenz nicht beiwohnt – er und Eden werden durch Attlee und Bevin ersetzt – erklärt zwar, daß die Regierung seiner Majestät es »niemals zugeben« werde, die »im Kriege besetzten ostdeutschen Gebiete polnisch« werden zu lassen; er hätte dies nie gebilligt und »lieber den Bruch [der Konferenz] in Kauf genommen ...« Die Verlautbarungen muten jedoch reichlich verspätet an, da er schon in Teheran und noch im Dezember 1944 für die »Westverschiebung« Polens und die Massenvertreibung der Deutschen sich eingesetzt hatte. Mit Artikel XIII bricht die Katastrophe über die Deutschen in Ost- und Mitteleuropa herein. Von Reval, Riga und Memel im Norden über Käsmark, Neumarkt, Bartfeld, Preßburg, Raab, Ofen (Budapest) bis Klausenburg, Hermannstadt, Kronstadt im Südosten zur Gottscheer Sprachinsel in Kroatien und Marburg und Aßling in Slowenien – um nur wenige aufzuzählen – stürzt die blühende, deutsch-abendländische Kultur, das Werk unzähliger Generationen seit dem 12. und 13. Jahrhundert, zusammen. Mit Recht schreibt der frühere Syndikus der ›Hochschule für Politik München‹, Dr. Alfred Jüttner, in seiner Abhandlung »1945–1995. 50 Jahre Ringen um Deutschland«:[55] »Die Bestimmung des Artikels XIII, ... die Überführung habe ›in ordnungsgemäßer und humaner Weise‹ zu erfolgen, muß nicht nur wegen der schrecklichen Begleitumstände, sondern allein schon durch die Verbindung der Begriffe

[55] »Junge Wissenschaft«, Band 7

›Vertreibung‹ und ›human‹ als blanker Hohn bezeichnet werden.« Etwa 21 Millionen Menschen von Finnland und Karelien bis Bulgarien werden vertrieben – eine unfaßbare Zahl, davon sind 15 Millionen Deutsche. Millionen sterben den elendiglichsten Tod. Bischof Alois J. Muench aus Nord-Dakota – einer der herausragenden Helfer in diesem Jammer – heißt die Zwangsumsiedlung »das furchtbarste Verbrechen dieser Zeit«. Obgleich die endgültige Höhe der von Deutschland zu entrichtenden Reparationen wegen Trumans Sträuben nicht festgesetzt wird, werden den Sowjets – die der amerikanische Botschafter in Moskau Harriman »diese Barbaren« nennt – Entnahmen aus den Westzonen gestattet. Wie schon im Zusammenhang mit der Jaltakonferenz skizziert, leisten sich sämtliche Siegermächte »qualitative Reparationen«, einschließlich der Sklavenarbeit Millionen deutscher Zivilisten und Kriegsgefangener. Viele Hunderttausende weiterer Opfer sinken zu Boden. Der Wert der geraubten Schätze und der angeeigneten Leistungen ist unermeßlich. Was die Demontage der deutschen Industrie betrifft, sagt Konrad Adenauer in Bern am 23. März 1949, daß sie das Ziel habe, »die deutsche Konkurrenz am Weltmarkt« auszuschalten. Die von Deutschland zu leistende »Wiedergutmachung« mit ihren immer wieder erhöhten Bergen an Finanz-, Sach- und Arbeitsleistungen soll nach entsprechenden Verträgen bis mindestens 2030 weiterlaufen. Schließlich leisten sich die Siegermächte, denen Millionen deutscher Zivilisten und Kriegsgefangene zum Opfer gefallen sind, im Rahmen der Entnazifizierung und Entmilitarisierung eine lange Reihe von Schauprozessen, in welchen viele leitende Politiker, Militärs und Wirtschaftsgrößen abgeurteilt werden. In Tokio wiederholen sich die Racheakte, oder auf gut amerikanisch ausgedrückt: »cangaroo courts«. Die tatsächlichen Missetäter – soweit sie den Krieg überlebten – hätten einer neutralen Justiz überliefert werden müssen. So aber, nebst der bezweckten Selbstbeweihräucherung der Siegermächte, ist das psycho-politische Ziel die bleibende Knechtung des deutschen und des japanischen Volkes. Ein Bombenerfolg!

Ein weiterer düsterer Schatten über den Konferenzen von Potsdam und Jalta ist die Hypothek der strategischen Bomberoffensive der Angloamerikaner. Am 16. Juli 1945 – dem ersten Konferenztag in Potsdam – wird auf dem Versuchsgelände in Alamogordo (Neu-Mexiko) die erste Atombombe detoniert. Im Februar desselben Jahres wird ein Großteil der von schlesischen Flüchtlingen überfüllten Lazarettstadt Dresden – das Elbflorenz –

ein Raub der Flammen. Eine der schönsten Städte der Erde versinkt in Schutt und Asche. Dieser Terrorangriff wird von Richard Crossman, einem Labourabgeordneten, in einer Reihe von Veröffentlichungen hauptsächlich Winston Churchill zur Last gelegt. Der Premierminister wollte Stalin mit der Macht und der Schlagkraft seiner Streitkräfte beeindrucken, doch ohne jeden Erfolg. Churchill war bereits ausgebootet. Roosevelt hatte sich für Stalin entschieden. Daß Churchill des Massenmordes jederzeit fähig war, steht außer Zweifel. Im mittleren Stadium der Schlacht um den Atlantik, als Roosevelt und Churchill die Azoren als Marinestützpunkte an sich reißen wollen und Dr. Salazar, der *caudillo* Portugals, mit der Herausgabe zögert, droht ihm der Wüterich mit der Bombardierung Lissabons, einem Juwel Europas. Und am 2. Juni 1942 erklärt Churchill vor dem Unterhaus, »... daß deutsche Städte, Häfen und Produktionszentren im weiteren Verlauf des Jahres einer so grausamen Prüfung ausgesetzt sein werden, wie sie *in solch ununterbrochener Folge, Schwere und Größe noch niemals von einem Lande erlebt wurde«.*

Ein Mann, ein Wort. Den Hintergrund dafür gibt Roosevelts Meldung vor dem Kongreß am 17. September 1943, daß seit Mai 1940 – dem Antritt Churchills als Premierminister – die USA 123.000 Flugzeuge und 349.000 Flugmotoren hergestellt hätten. Schon im Herbst 1941 gelang es Britannien, mehr Flugzeuge und Panzer herzustellen als das Deutsche Reich, ungeachtet der Besetzung der Zentren der Schwerindustrie in Böhmen und Mähren, Belgien, Frankreich und den Niederlanden. Es sei nochmals erwähnt, daß am Ende des Ersten Krieges England als erste Großmacht der Welt eine unabhängige Luftwaffe, die R.A.F., zusammenstellt, sie in den zwanziger Jahren taktisch und strategisch erprobt und – ohne abzurüsten – sie ab 1932 als strategische Langstreckenbomberflotte auf den Höchststand der Technik bringt. 1933 folgen die USA – etwas zögernder – nach. Von den Bestimmungen des Versailler Diktats gefesselt und von der strategischen Kurzsicht Hitlers und Görings behindert, gelingt es Deutschland nie, den Wettkampf mit den zwei führenden See- und Raummächten in der Luft zu gewinnen, obwohl bewundernswerte Leistungen in der Flugzeugindustrie erzielt werden, z. B. die Entwicklung des ersten Turbinenjägers der Welt.

Bekanntlich beschränken sich Deutschland und England bei Kriegsanfang auf das Bombardement militärischer Ziele, wie Werften und Installationen der Kriegsmarine. Ihre außergewöhn-

lich schweren Verluste in der Schlacht über der Deutschen Bucht bewegen die Briten, sich auf Nachtangriffe und schon vor dem 10. Mai 1940 auf reine Zivilziele zu verlegen. Doch als Churchill Premierminister wird, schnellt die Anzahl der englischen Einsätze auf Zivilziele schlagartig hoch. Allein in der Zeit vom 10. bis 13. Mai bombardieren die Briten 71 Ziele in Deutschland. Sechs sind gegen militärische Ziele, 14 Objekte von militärischer Wichtigkeit (wie Brücken, Kohlebergwerke), aber 51 gegen reine Zivilziele wie Schulen, Krankenhäuser und Altersheime gerichtet. Bis zum 22. Mai führen die Engländer 228 Angriffe auf deutsches Hoheitsgebiet aus, wovon 75 v.H. gegen nichtmilitärische Objekte geflogen werden. Es sind 136 tote und 305 verletzte Zivilisten zu beklagen. Nach der erfolgreichen Abwehr der mit taktischen Ein- und Zweimotorern geführten deutschen Luftoffensive (Battle of Britain) und vor allem nach dem Abzug eines großen Teils der Luftwaffe zum Kampf in der UdSSR wendet sich das Blatt zugunsten Englands. Vom Nachschub aus den USA unterstützt, schreitet Großbritannien zur Massenproduktion und zum Großeinsatz seiner strategischen Viermotorer. Am 14. Februar 1942 wird das Flächenbombardement deutscher und europäischer Städte offiziell vom englischen Kabinett beschlossen. Dr. F. A. Lindemann, der spätere Lord Cherwell, ein Freund und Berater Churchills seit den frühen zwanziger Jahren und seit Kriegsanfang auch sein »science advisor«, hatte sich schon ehedem mit seinem Vorschlag hervorgetan, 58 und mehr deutsche Großstädte mit Hilfe von 10.000 Viermotorern dem Erdboden gleichzumachen. Die Überlebenden sollten »enthaust« sein. Nun führt er aus, daß sich der Bombenangriff im wesentlichen gegen deutsche Arbeiterwohnviertel richten soll. Nüchtern weist er darauf hin, daß die Wohnhäuser der bessergestellten Klassen zu weit verstreut liegen und deshalb einen erheblichen Mehraufwand an Bomben beanspruchen. Fabriken und militärische Ziele schließlich würden zu rasch wieder aufgebaut. Mit diesen wissenschaftlich exakten Methoden dürfte es möglich sein, mindestens 50 v.H. der Wohnhäuser in allen deutschen Städten mit über 50.000 Seelen zu vernichten. Am 20. Februar 1942 wird Arthur Harris, genannt »Bomber-Harris«, mit der Durchführung dieser Pläne betraut. Er leistet ganze Arbeit.

Während des Krieges werden 131 deutsche Städte von Großangriffen getroffen, davon Berlin 29mal, Braunschweig 21mal, Ludwigshafen und Mannheim 19mal, Kiel, Köln und Frankfurt am Main 18mal, Hamburg und München je 16mal, Koblenz und

Hamm je 15mal, Hannover und Magdeburg je 11mal. Die größten Wohnungsverluste im ehemaligen Bundesgebiet weisen auf: Berlin (556.500 Wohnungen), Hamburg (295.654), Köln (176.000), Dortmund (105.500), Essen (100.000). Köln, Dortmund, Duisburg und Kassel – insgesamt ein Verlust von 64 bis 70 v.H. aller Wohnungen. Mittel- und Kleinstädte wie Düren, Paderborn, Bocholt, Hanau, Gießen, Moers, Siegen, Würzburg, Emden, Pirmasens und Dorsten verlieren 70 bis 99,2 v.H. ihrer Wohneinheiten. Es fällt auf, daß das Stadtinnere vieler der historisch wertvollsten und schönsten Städte Europas mit Absicht zermalmt wird, z.B. in Köln, Münster, Paderborn, Kassel, Braunschweig, Magdeburg, Lübeck, Wismar, Rostock, Düren, Leipzig, Nürnberg, Würzburg, Rothenburg ob der Tauber, Pforzheim, Stuttgart, Augsburg, München und vor allem in Dresden. Einige davon beherbergen selbstverständlich wichtige Rüstungs- und strategische Industrien wie synthetische Ölraffinerien usw., die jedoch ausnahmslos am Stadtrand oder in Vororten liegen, so daß die Stadtzentren keineswegs – schon gar nicht nach den international anerkannten Regeln der Landkriegsführung zur Vermeidung von Kriegsoperationen gegen Nichtkombattanten – hätten in Mitleidenschaft gezogen werden müssen. Im Reichsgebiet vom 31.12.1942 – ohne Böhmen und Mähren – werden 609.000 Nichtkombattanten getötet, zu denen noch 26.000 Polizei- und Wehrmachtsangehörige hinzukommen, also insgesamt 635.000 Luftkriegstote – und 879.000 Verletzte.

Ein Vergleich: Während des Krieges wirft die angloamerikanische strategische Bomberwaffe 2.690.000 t Bomben auf Europa ab, darunter etwa 1.450.000 t auf das Deutsche Reich, 590.000 t auf Frankreich, 370.000 t auf Italien. Im selben Zeitraum fallen an deutschen Bomben – einschl. der V-1 und V-2-Geschosse – 74.172 t auf Britannien ...

Der Umstand, daß dem angloamerikanischen Bombenhagel und den Kanonen ihrer Tiefflieger anscheinend eine weit kleinere Anzahl als die von Churchill, Dr. Lindemann und Bomber-Harris inoffiziell veranschlagten 2 bis 5 Millionen Ziviltoten zum Opfer fiel, ist das Verdienst der deutschen Luftabwehr, des Luftschutzes, der Feuerwehr und vor allem des deutschen Volkes. Es seien besonders auch die im Höllenfeuer ausharrenden fünfzehnjährigen Flakhelfer lobend erwähnt. Ihnen gebührt Ruhm und Ehre.

Noch einige lehrreiche Bemerkungen. Buchstäblich »eine Minute vor zwölf« werden die Industriezentren Böhmens und

Mährens nochmals bombardiert: die Skodawerke in Pilsen, Kolben-Daněk und Avia in Prag u.a. Manche der größten Maschinen- und Rüstungswerke Europas werden zu Staub. Obwohl militärisch völlig sinnlos, denn Deutschland lag bereits in den letzten Zügen, dachte man hier wohl daran, eine lästige Konkurrenz für die Zukunft auszuschalten. Was machen da schon ein paar Tausend tote Zivilisten aus? Die dabei wieder zum Vorschein kommende Mentalität ist für den Egoismus und das göttlich-allmächtige Sendungsbewußtsein der angloamerikanischen Elite bezeichnend.

Den Terrorangriffen auf Italien fallen zahlreiche unersetzlich schöne Baudenkmäler und Kunstwerke zum Opfer, darunter in Mailand (2698 Ziviltote, 81.000 zerstörte Wohnungen, schwere Beschädigungen am Dom, an Basiliken und Palästen), Turin (2063 Ziviltote, die Stadtmitte schwer getroffen), Genua, Ravenna, Verona, Ferrara, Modena, Treviso, Vicenza, Neapel, Rom (wo Papst Pius XII. die Angriffe verurteilt), und in Castelgandolfo, der Sommerresidenz des Papstes, wo über 500 Zivilisten getötet werden. Dazu ein Störangriff auf den Vatikan, um dem kritisierenden Papst zu zeigen, wer der Boss ist. Monte Cassino, die Mutterabtei des abendländischen Klostertums; Florenz, das Kleinod der Renaissance, und Padua. Der Bischof von Padua veröffentlicht einen Hirtenbrief, in welchem er »die barbarischen Angriffe einer Kriegsführung, die nur einer den Grundsätzen des Evangeliums entgegengesetzten Mentalität entsprechen kann«, verurteilt. Tatsächlich, so ist es[56].

Zwei – Gott sei Dank verhütete – Donnerschläge im untergehenden Deutschen Reich erhellen die Lage. Nach (dem verstorbenen) Prof. Howard Becker d.Ä. von der Universität Wisconsin, der bei Kriegsende Oberst im amerikanischen Heer und »Politischer Offizier« der Universität Marburg gewesen war, ist offiziell vorgesehen, das, was von München noch übrig blieb, am letzten Tag der Feindseligkeiten mit einem Großangriff restlos dem Erdboden gleichzumachen. Nur der Umstand, daß aufständische – d.h. fahnenflüchtige – Landser zuallerletzt Radio München den Nationalsozialisten entrissen und einen ›Soldatensender München‹ einrichteten, der sich mit den heranrollenden Amerikanern in Verbindung setzte, ist zu verdanken, daß das brave Völkchen der Münchener vor dem Mas-

---

[56] Vergl. zum Bombenterror vor allem Maximilian Czesany, *»Europa im Bombenkrieg 1939–1945«*, Leopold Stocker Verlag Graz–Stuttgart, 1998

sentod bewahrt wurde. Über das Schicksal Salzburgs wird ähnlich entschieden. Auch dieses Juwel unter den Städten der Erde sollte am letzten Kriegstag vom Erdboden verschwinden. 3000 Jahre glorreicher Geschichte und Vorgeschichte – dahin! Doch ersteht ihm ein Retter aus den Reihen des »Befreier«. Ein General der amerikanischen Heeres-Luftwaffe, dessen irische Herkunft ihn ohnehin vom innersten Kreis der kalvinisch-angelsächsischen Oberkaste/Machtelite ausschließt, ist von den ungeheuren Freveln entsetzt und verhindert wenigstens dieses »Verbrechen gegen die Menschheit«. Nun ruht er schon jahrzehntelang im Schoß des St. Peter-Friedhofs in Salzburg, des »praeceptor Germaniae«.

Wenn die Meister des jahrhundertelangen Massen- und Völkermordes schon gegen die eigenen Rassegenossen blindwütig vorgehen, wie würde sich ihre psychische Mischung von Rassismus und kosmischem Sendungsbewußtsein erst gegen die asiatischen *Japaner* auswirken? Tatsächlich erbost sich der berühmte Admiral Halsey während einer ›Wochenschau‹ mit den Worten: »Wir ersäufen und verbrennen die viehischen Affen (the bestial apes) über den ganzen Pazifischen Ozean – und es macht ebensoviel Vergnügen sie zu verbrennen, als sie zu ersäufen.« Selbst Präsident Truman – der doch genauestens damit vertraut gewesen sein muß, wie unnachgiebig sein Vorgänger Japan in den Krieg und in die Falle von Pearl Harbor trieb – erklärt am 11. August 1945, wenige Tage nach dem Atombombenabwurf über Hiroshima und Nagasaki mit über 250.000 Todesopfern: »Wenn man einer Bestie begegnet, muß man sie wie eine Bestie behandeln« (»when you have to deal with a beast you have to treat him as a beast«).

Nach wiederholten amerikanischen Luftangriffen auf die Städte und Industrien des von Japan beherrschten Südost- und Ostasien – so auf Rangun, Bangkok, Singapur, Saigon, Formosa, Hainan, Schanghai, Mandschuko, Korea und verstreuten Angriffen auf die japanischen Inseln – übernimmt am 19. Januar 1945 der gedrungen-aggressive Generalmajor Curtis E. LeMay das Oberkommando über die strategische Bomberflotte gegen Japan. Er macht sich die Erfahrungen der englisch-amerikanischen Luftoffensive gegen das Reich und gegen Europa zu eigen. Er verwendet den neuen, überschweren – seit Anfang 1939 entwickelten, Ende Juni 1943 einsatzbereiten – Viermotorer B-29 (Gewicht: 61 t; Höchstzuladung: 18 t; Aktionsradius 3600 km; mögliche Höchstgeschwindigkeit: 579 km/h) und setzt ihn zu-

erst in massierten Großtagesangriffen, dann in noch überwältigenderen Terrorangriffen bei Nacht auf die japanischen Städte ein. Unter Ausnützung der traditionellen orientalischen Wohnarchitektur aus Bambus und Wachspapier und der ungewöhnlichen städtischen Bevölkerungsdichte erzielt er wiederholt sehr zufriedenstellende »Erträge« von mehr als 100.000 Ziviltoten pro Großeinsatz. Allein beim Angriff auf Tokio vom 10. März 1945 kommen mehr als 130.000 Menschen zu Tode. Weitere, ähnlich erquickliche Erträge werden in wiederholten Einsätzen auf Tokio, Yokohama, Chiba, Osaka, die größte Hafenstadt Kobe eingefahren. Diese Offensive mit »konventionellen« Mitteln – darunter Napalmkanistern, die in der Luft aufbrechen und ganze Gegenden verwüsten – erreicht am 2. August ihren Höhepunkt, als 855 B-29 6000 Tonnen Bomben abladen. Die sonst unbekannte, mittelgroße Stadt Tojama mit schätzungsweise 230.000 Seelen wird als Racheakt (weswegen?) nachts mit einem Feuerkreis umlegt und dann flächenmäßig mit mehreren tausend Tonnen Brandbomben »gesättigt«. *97 v.H.* des Stadtgebietes und der Einwohner verbrennen ... Nur Nagoja, das »Essen« Japans, wird wegen seiner modernen Stahl- und Betonkonstruktion kein völliger Raub der Flammen. Die Großstadt Kyoto mit ihren berühmten Tempelbauten wird Gott sei Dank nicht verwüstet. Ein kleiner Vergleich: In fünf Einsätzen zerstört die amerikanische Bomberflotte über 74,1 km^2 der fünf wichtigsten Industriezentren Japans mit 10.100 Tonnen Bomben, während beim größten Angriff auf London die Deutsche Luftwaffe lediglich 200 t (zweihundert Tonnen) Bomben abwirft. Beim Großangriff auf Berlin am 3. Februar 1945 der ›Achten Luftflotte‹ laden 1000 amerikanische Viermotorer 2250 t ab. Während des »Höhepunktes« der strategischen Luftoffensive im Juni, Juli und August 1945 vernichten die B-29 je vier japanische Städte in einem einzigen Einsatz. Die Einsätze wiederholen sich alle 2, 3 Tage. Über 50 v.H. des Gebietes in 42 Städten sind völlig ausgebrannt. In 69 Städten ist eine Gesamtfläche von 455,7 km^2 total zerstört. Die Zahl an Ziviltoten aufgrund der Luftoffensive – die von einer bekannt brutalen Tieffliegerkampagne begleitet wird – ist höher als die der militärischen Kriegsverluste, die etwa 1,2 Millionen Tote betragen (worin 360.000 von den Sowjets aus Mandschukuo und Korea nach Sibirien verschleppte »Vermißte« mitenthalten sind). Generalmajor Curtis LeMay beißt in seine Zigarre: »Wir haben Japan praktisch ins Zeitalter der Finsternis zurückgeschlagen« ... Im Gegensatz dazu erklärt Admiral Leahy, der Berater der Präsi-

denten Roosevelt und Truman in Marinesachen, im Hinblick auf die Atommassenmorde: »Da wir sie [die Atombombe] als erste gebrauchten, wendeten wir einen den Barbaren des Finsteren Zeitalters eigenen ethischen Maßstab an. Mir wurde nicht beigebracht, Krieg auf diese Art zu führen, und Kriege werden nicht gewonnen, indem man Frauen und Kinder vernichtet.« Leider wird sein Rat nicht befolgt. Im Bruchteil von Sekunden werden 250.000 Menschen getötet oder grausam verletzt.

Dabei war die Anwendung der Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki völlig überflüssig. Führende Militärs und namhafte Historiker behaupten, daß schon sieben Monate vor dem Atommord die japanische Regierung (u.a. Fürst Konoje) Friedensvorschläge unterbreitete, die den schließlich angenommenen fast aufs Haar glichen. General McArthur soll sie am 20. Januar 1945 in einem 40-seitigen Protokoll an Roosevelt weitergeleitet haben. Washington schweigt. Doch Admiral Leahy spielt dem Journalisten Trohan insgeheim Informationen zu, aus denen sich ergibt, daß das Protokoll tatsächlich existiert. Letzterer berichtet darüber sogleich in der Chicago-Tribune vom 19. August 1954. Der führende amerikanische Historiker Harry Elmer Barnes enthüllt in der Zeitschrift National Review am 10. Mai 1958 weitere Einzelheiten, was wiederum Trohan zum Anlaß nimmt, in der Chicago Tribune vom 14. August 1965 seine vormalige Auffassung nochmals zu bekräftigen. Truman soll dem früheren Präsidenten Hoover gegenüber sogar zugegeben haben, daß ihm das Friedensangebot schon im Mai 1945, also kurz nach seiner Amtsübernahme, bekannt gewesen sei. Roosevelt starb im April 1945. Schließlich wird vorgetragen, daß Präsident Truman über spezifische Punkte des Angebots mit Stalin in Potsdam konferiert habe. Brigadegeneral Fellers, ein Mitarbeiter General MacArthurs, schreibt:

»Weder die Atombomben noch der Kriegseintritt der Sowjetunion erzwangen Japans bedingungslose Kapitulation. Es war schon vor diesen Ereignissen geschlagen.«

Der erwähnte Admiral Leahy bestätigt 1950, daß die Japaner damals schon geschlagen und kapitulationsreif gewesen seien »... wegen der wirksamen Seeblockade und dem erfolgreichen Bombardieren mit konventionellen Waffen ...« Schließlich erklärt der Ex-Präsident Eisenhower 1963: »Die Japaner waren bereit, sich zu ergeben, und es war nicht notwendig, sie mit dem scheußlichen Ding zu treffen ...«

Warum bestand *Roosevelt* auf Durchführung des Atommordes? Wohl deswegen: (1) um die Möglichkeit eines Kompromiß-

friedens mit Japan – wie vorteilhaft dieser auch für die Vereinigten Staaten gewesen wäre – von vornherein auszuschließen. Japan sollte amerikanische Kolonie werden. (2) Ein Einlenken wäre der amerikanischen Bevölkerung – die sich in der Siedehitze der aufputschenden Kriegspropaganda befand – vielleicht verdächtig vorgekommen, und sie hätte den wahren Zusammenhang des »Rätsels von Pearl Harbor« wohl erraten. (3) Vor dem 7. Mai 1945 hatte Deutschland noch nicht bedingungslos kapituliert. *Truman?* Aus denselben Gründen und um die UdSSR mit der Übermacht der USA zu beeindrucken (die Protokolle der Potsdamer Konferenz sagen nichts von einem Truman-Stalin-Palaver über das japanische Friedensangebot aus, doch enthalten sie die eklatante Forderung an Japan, sich zu ergeben, um Zerstörung und Tod zu entgehen).

Aus Anlaß des hundertsten Geburtstagsjubiläums F. D. Roosevelts am 30. Januar 1982 würdigen ›Prawda‹ und ›Iswestia‹ den Beitrag zum »Völkerverständnis« des sich auf Lebenszeiten ins Amt wählen lassenden Präsidenten. Im Gegensatz zum Präsidenten Reagan hätte er »Rationalität« offenbart. So weit die Worte des Roten Evangeliums. Doch wer Roosevelts – und in seinem Fahrwasser Churchills und des frühen Trumans – »Leistungen« in der Außenpolitik nüchtern wägt, kommt zum entgegengesetzten Schluß. Seit 1933 Befürworter einer Welt-Gewaltpolitik im Bunde mit Stalins Sowjetreich, räumt er diesem seit 1939 (Geheimhaltung des unveröffentlichten Stalin-Hitler-Protokolls) und 1941 eine immer mächtigere Rolle in Eurasien ein, selbst wenn dies den Interessen der USA und der amerikanischen Bundesgenossen England und China – von Japan bis zu den Dardanellen, Polen, Deutschland und Nordeuropa – zuwiderläuft. Dem Deutschen und dem Japanischen Reich ist er ein unerbittlicher und vernunftloser Todfeind. Mit Ausnahme Japans – wo General MacArthur etwas anders vorgeht – obsiegt sein traumhaftes Vorhaben, die Deutschen in zwei Generationen »umzuerziehen«, und stürzt sie in die tiefste Erniedrigung in 3000 Jahren Geschichte und Vorgeschichte. Von der lebenswichtigen historischen Zusammenarbeit der Völker versteht er nichts und kümmert sich noch weniger darum – er ist ein totalitärer Nihilist. In Verfolgung dieser »Politik« betreibt er einen totalen Krieg, der in der Vertreibung 15 Millionen Deutscher und 6 Millionen anderer Menschen, in der strategischen Bombenoffensive gegen die »Moral« und die Arbeitermassen Deutschlands, Europas und Japans und in dem Atommord zweier Großstädte gipfelt. Obwohl er

in diesem genoziden Verfahren z.T. in den Fußstapfen Stalins, Churchills und Beneschs rast, ergibt die von ihm und Morgenthau befohlene Nachkriegspolitik gegen Deutschland, Italien und Japan eine weitere Ernte von mindestens 10 Millionen Toten. Erst *Truman* und seine Außenminister Byrnes, Marshall und Acheson lösen sich schrittweise von seinem Nihilismus. Sie bringen ein realeres Verständnis für die strategische und wirtschaftliche – wenn nicht für die 1000-jährige geschichtliche – Rolle des deutschen Kernvolkes in Europa auf (bzw. für den stärkeren westlichen Teil) und sind nach und nach, vor allem seit 1947 bereit, längst fällige wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen, d.h., vom Völkermord Roosevelts und Morgenthaus abzuweichen. Das politische Einverständnis, das Erreichen der deutschen Souveränität, läßt lange auf sich warten: von 1945 bis 1991. Selbst dann wird es mit den einschneidendsten deutschen Konzessionen erkauft. Aber auch im größeren, weltweiten Zusammenhang trifft ›Prawdas‹ und ›Iswestias‹ Kontrastierung von Roosevelt und Reagan ins Leere: weil dieser nämlich der Testamentsvollstrecker Roosevelts ist. Im Gegensatz zu den republikanischen Staatslenkern zwischen 1920 und 1932, die es vorzogen, sich außerhalb Nord- und Südamerikas hauptsächlich auf die Dollardiplomatie und den diplomatischen Überdruck zu verlassen – vergleiche *Präsident Hoovers* bemerkenswerten Ausspruch, daß es nicht anginge, den Weltfrieden »mit den Hunden des Krieges« stabilisieren zu wollen –, gehen die neurepublikanischen Cäsaren ab Eisenhower leichtfertig die Ehe mit Roosevelts weltkriegerischen Methoden ein. Wie Roosevelt (und Bullitt) – erleichtert durch Hitlers Protektorat über Böhmen und Mähren – Chamberlains England und Polen gegen Deutschland treibt und mittels Erpressung des Japanischen Reiches und der Falle von Pearl Harbor das absolut neue Niveau eines totalen Weltkrieges durch die Hintertür besteigt, ergehen sich Reagan und Bush d.Ä. in Aggressionen gegen Nikaragua, Grenada, Libyen, Panama, Kolumbien und den Irak, gegen Somalien und den Libanon und, in der Gestalt ihrer Nachfolger, gegen den Sudan, Afghanistan und immer wieder gegen den Irak. Wie Roosevelt unter dem Vorwand, den Frieden »sichern« zu wollen, eine skrupellose Kriegspolitik und Aggression betreibt und – mit nicht zu unterbietendem Zynismus – seine eigene Bevölkerung hinters Licht führt, so behauptet Präsident George Bush d.Jü., Saddam Husseins »Vernichtungswaffen« – fünf bis sieben veraltete sowjetische T-72-Panzer – ausschalten zu wollen, dieweil er als Hauptrepräsentant

des amerikanischen Ölkartells im Irak Völkermord verübt, dem jährlich 200.000 Zivilisten – vor allem Kinder – zum Opfer fallen. Im Gegensatz dazu behandelt er den einzigen Staat Vorderasiens, der tatsächlich über »atomic-bacteriological-chemical« Massenvernichtungswaffen verfügt, nämlich Israel, mit Glacéhandschuhen, während Israel rücksichtslos zuschlägt. Der Einwand, daß dergestalt die Gründung eines islamisch-theokratischen Reiches verhindert und der Dritte Weltkrieg vermieden wird, ist völlig verkehrt – denn eben diese Phänomene werden ja von den angewendeten »Maßnahmen« nur ermuntert und beschleunigt.

Ausgehend von der Politik Roosevelts, ergibt sich 1945 im europäischen Kernland Deutschland die folgende Lage: Das deutsche Reich wird praktisch in sechs Teile zerrissen. Es gibt das »unabhängige« Österreich; dann die Ostgebiete unter fremder Verwaltung, deren Einwohner vertrieben oder ermordet werden; die mittlere Portion, die aus der sowjetischen Besatzungszone und dem sowjetischen Sektor Berlins besteht – in welchem sich das historische Zentrum der Reichshauptstadt befindet; die westliche Portion aus den amerikanischen, englischen und französischen Besatzungszonen und den westlichen Sektoren Berlins; schließlich das Saargebiet als Sinnbild der französischen Pläne nach einem Kranz französischer Rheinsatelliten. Truman lehnt Churchills Ansinnen ab, die von den englischen und amerikanischen Streitkräften besetzten Teile Mitteldeutschlands – einschließlich Wismar, Magdeburg, Leipzig, Erfurt und Weimar – gegen sowjetische Konzessionen in der Hand zu behalten, und liefert das Herz und den Kern Europas, einschließlich Böhmens, an die Ostbesatzer aus. Die Sowjetunion führt in der ihr zugeteilten Zone Deutschlands von Anfang an auf den Kommunismus ausgerichtete gesellschaftliche Umbrüche durch. Ab dem 20. April 1946 werden diese – unter sowjetischer Vormundschaft – von der neugebackenen, durch Zwangsfusion von SPD und KPD entstandenen SED (»Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands«) weiter geführt. Im ganzen sind die Deutschen in den Augen der Besatzer »vogelfrei« (Alfred Jüttner) oder Freiwild.

Der Wiederaufbau (West-)Deutschlands und Europas

Die vier Besatzungsmächte erklären ihre prinzipielle Bereitschaft, einen deutschen Einheitsstaat zu gründen. Doch ihre »Naturunterschiede« und grundverschiedenen Ideologien treiben sie auseinander. Die Amerikaner mühen sich um eine diplomatische

Verständigung mit den Sowjets. Als jedoch auf einer Reihe von Außenministerkonferenzen – 1947/1949 – keine grundlegende Einigung zwischen Washington und Moskau erreicht wird – die Westmächte widersetzen sich den sowjetischen Leitbildern eines starken deutschen Zentralstaates, weiteren Entnahmen aus der Produktion und der neuen Westgrenze Polens –, schreitet auch der Westen unter der Führung der USA schon früh zur Gründung wirtschaftlicher und politischer ›Realitäten‹. Ein herausragendes Dokument in dieser Richtung ist der Erlass Nr. 1779 der *›Joint Chiefs of Staff‹* vom 15. Juli 1947. In ausgesprochenen Kontrast zum J.C.S. Nr. 1067 beginnt der nunmehrige amerikanische Außenminister Marshall damit, in Deutschland und Europa eine konstruktivere Ära einzuleiten. Einige Punkte hatte schon Außenminister Byrnes in seiner bekannten, von der Ideologie des Siegers getränkten Stuttgarter Ansprache vom 6. September 1946 vorweggenommen. JSC 1979:

»... Obwohl Einschränkungen weiterhin bestehen bleiben, [führt] unsere Militärregierung Maßnahmen durch, die auf das Hervorbringen stabiler politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse in Deutschland hinzielen, und welche Deutschland befähigen, einen Hauptbeitrag zur Genesung Europas zu leisten ...

Es ist die Absicht der U.S.-Regierung in Deutschland so schnell wie möglich eine politische Ordnung und ein politisches Leben herbeizuführen, welche – *da sie auf einer soliden Grundlage wirtschaftlichen Wohlseins ruhen* – die bürgerliche Ruhe innerhalb Deutschlands zu stärken und den Geist des Friedens zwischen den Völkern mit zu erwecken helfen ...«

Fürwahr eine Sprache, die sich von viel Vorhergehendem wohltuend unterscheidet. Die Bundesrepublik Deutschland und Europa zehren noch heute, 55 Jahre später, von der wiedererweckten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilität – weniger jedoch von irgendeiner real vorhandenen politischen Macht. Wie angenehm Marshalls Erklärung sich auch anhört – und wie vorteilhaft ihre Konsequenzen für die USA auch gewesen sein mögen – fragt sich der besonnene Beobachter mit Schumpeter dennoch, ob diese konstruktiven Wirkungen ohne die Dschingis-Khan'sche Zerstörungswut Churchills und Roosevelts nicht auch auf friedlichem Wege hätten erreicht werden können?

Es nimmt nicht Wunder, daß Präsident Truman etwa um diese Zeit, am 12. März 1947 seine bekannte *»Doktrin«* erläßt, in der er Griechenland und der Türkei großzügig Hilfe gegen »Aggressionen« in Aussicht stellt. Die Sowjets, die sich ab Au-

gust 1941 im Nordiran häuslich eingerichtet hatten – vor allem in Iranisch-Aserbaidschan und der Republik Mahabad (Kurdistan), werden durch iranische Zugeständnisse und amerikanischen Druck zum Ausziehen veranlaßt. Truman revidiert seine eigene frühere und damit auch Roosevelts sowjetfördernde Auffassung hinsichtlich Vorderasiens wie auch Chinas. Im Gegensatz zu der »weichen«, rooseveltschen Haltung bauen die Präsidenten Truman und Eisenhower später die amerikanische Stellung in Asien zügig aus. Sie nützen den britischen Ölstreit mit Irans Premierminister Dr. Mossadegh, um die amerikanische Vorherrschaft über den ganzen Nahen Osten, einschl. des öl- und gasreichen Saudi Arabien, des Persischen Golf und des Irak, weiter zu festigen. Mit dem Ende des Sowjetreiches im Jahre 1991 fühlt die amerikanische Machtelite sich sicher genug, um den Irak im Stellvertreterkrieg gegen das Mullahregime im Iran zu hetzen. Nach getaner Arbeit ist dann der Irak selbst an der Reihe, sein Volk muß bluten für Öl. Doch was soll's? Der beste Kaufmann ist der Krieg. Diese bewundernswert hinterlistige Gewaltdiplomatie wird auch im Raum des öl- und erdgasreichen Kaspischen Meeres gegen das heutige Rußland angewandt und als »Kampf dem Terrorismus« verschleiert – freilich mit weit riskanteren Aussichten. Die Ölleitungen vom Kaspischen Raum zur Ostküste des Mittelmeeres verlaufen durch die Osttürkei und das neugeschaffene »Kurdistan« (d.h. Nordirak), jene von Zentralasien zum Arabischen Meer quer durch Afghanistan ...

Zurück nach Deutschland und Europa! Laut JCS-Erlaß Nr. 1779 werden die Westzonen von Anfang an in den »Marshallplan« (European Recovery Program) einbezogen. Die Militärgouverneure der drei Westzonen unterschreiben den Vertrag zur Gründung einer ›Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa‹ (OEEC) am 16. April 1948. Auf der Sechs-Mächte-Konferenz in London vom März 1948, welche die USA, das Vereinigte Königreich (U.K.), Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg – nicht aber die Sowjetunion – mit einschließt, wird die Gründung eines westdeutschen Staates beschlossen. Am 20. Juni 1948 wird die Währungsreform verkündet, welche die wertlose Reichsmark mit der stabilen Deutschen Mark ersetzt, die aus politischen Gründen im Jahre 2002 endgültig von der Euro-Währung abgelöst wird. An der ursprünglichen Währungsreform sind auch deutsche Fachleute maßgeblich beteiligt – namentlich Prof. Erhard, der Taufpate des Wirt-

schaftswunders. Dieser – ein anständiger und gescheiter Mensch – avanciert später zum Bundeskanzler als Nachfolger Dr. Adenauers. Leider sind Klugheit und Anständigkeit nicht genügend kräftige Voraussetzungen zum politischen Erfolg, vor allem in der Außenpolitik. Mittlerweile ballen sich auch über Berlin weltpolitische Gewitter zusammen. Am 20. Oktober 1946 versetzen die Berliner der SED eine niederschmetternde Niederlage. Daraufhin lassen sich der Rote Diktator Ulbricht und Genossen nie mehr auf eine freie Wahl ein. Sie und ihre sowjetischen Drahtzieher versuchen, die drei Westmächte aus Berlin herauszubugsieren. Da die sowjetische Besatzungsmacht die Kontrolle über Straße, Schiene und Wasserwege in der Hand hat, werden diese gesperrt (von Juni 1948 bis Mai 1949). An der »Luftbrücke« und an der tapferen Haltung der hungernden Berliner wird die Hoffnung der Sowjets zuschanden. Jetzt spalten die Sowjets die Stadt. Kontrollrat und Kommandantur sind funktionsunfähig. Die SED erstürmt das Rathaus – das ›Herz‹ Berlins liegt ja im sowjetischen Sektor. Magistrat und Abgeordnetenhaus fliehen in die Westsektoren. Am 30. November 1948 setzt die SED einen neuen Magistrat mit dem illegal ernannten Friedrich Ebert (dem Sohn des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik) als Oberbürgermeister ein. Der sowjetische Kommandant erklärt den illegalen Magistrat zum einzig rechtmäßigen Selbstverwaltungsorgan Berlin. Die Westmächte nehmen den SED-Putsch und die sowjetische Spaltung der Hauptstadt Berlin hin. Daraus entstehen die weiteren (West-)Berlinkrisen, darunter das Chruschtschow-Ultimatum vom 27. November 1958 und der Bau der unseligen Mauer. Eben hier sollte später der Präsident Reagan seinen Propagandaappell lauthals verkünden: *»Mr. Gorbachev, tear down this wall!«* (»Herr Gorbatschow, reißen Sie die Mauer ein!«) Als KpdSU-Generalsekretär und sowjetischer Präsident Gorbatschow 1989, aus Anlaß des letzten Gründungsjubiläums der »DDR« dieser seine schützende Hand entzieht und so den Sturz des Sowjetregimes in Mitteldeutschland, den Einsturz der Mauer und die Teileinheit Deutschlands herbeiführt, sind die Herrschereliten sämtlicher Weststaaten, einschließlich des um Südtirol bangenden Italien, vom Donner gerührt. Zeter und Mordio! Vor allem in der Nachrichten-Massenproduktionsindustrie New Yorks und Hollywoods. Andropow hatte doch Recht, als er Helmut Kohl bedeutete, niemand befürworte die deutsche Einheit – niemand, außer der überwältigenden Mehrheit der Deutschen – wie auch vieler,

einfacher Amerikaner, einfacher Briten, einfacher Franzosen, Spanier und Italiener ...

Nach der Sechs-Mächtekonferenz von London bestellen die Militärgouverneure der drei Westzonen die Ministerpräsidenten der Länder für den 1. Juli 1948 zu sich nach Frankfurt/Main, wo diese angewiesen werden, eine (west-)deutsche Verfassung auszuarbeiten. Anfangs sträuben sie sich gegen das alliierte Ansinnen, da ihnen ja klar wird, daß die SBZ (Sowjetische Besatzungszone) – wo es ab dem 26. November 1947 einen »Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden« und einen 300-köpfigen »Deutschen Volksrat« gibt – nicht vertreten sein würde. Sie denken allenfalls an ein Organisationsstatut für die einheitliche Verwaltung Trizoniens. Schließlich beugen sie sich doch dem Willen der westlichen Besatzungsmächte. In Herrenchiemsee arbeitet ein Gremium Sachverständiger eine provisorische Verfassung für einen Bund deutscher Länder aus. In Bonn tritt darauf der »Parlamentarische Rat« zusammen – 65 Delegierte aus den Landtagen – und erläßt das »Grundgesetz« stellvertretend für die ganze Nation am 5. Mai 1949. Nach der Ratifizierung durch die Landtage (mit Ausnahme Bayerns) und der Genehmigung durch die Militärgouverneure – die verfassungsrechtlich Berlin vom Bund ausschließen – tritt das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft. Dennoch ist die »Bundesrepublik Deutschland« kein souveräner Staat, da die Militärbehörden ein »Besatzungsstatut« erlassen, das die oberste Gewalt – die jederzeit wieder von ihnen ausgeübt werden darf, vor allem auch zur Aufrechterhaltung der ›demokratischen Ordnung‹ oder um ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen – bei den Besatzungsmächten beläßt. Es darf nochmals festgestellt werden, daß die Besatzungsmächte Deutschland weit rigoroser behandeln, als das Deutsche Reich mit den westeuropäischen Staaten zu Kriegszeiten verfuhr. Später gibt es aber doch Fortschritte in Richtung größerer Selbständigkeit. Die wichtigsten Schritte sind: die Beendigung der Militärregierung 1949 und der *›Deutschlandvertrag‹* vom 26. Mai 1952. Dieser wird am 23. Oktober 1954 dahingehend geändert, daß die Bundesrepublik »die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten« erhält, mit Ausnahme der von den drei Mächten »bisher ... innegehabten ... in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung ...« Endlich die Schlußakte der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz

vom 3. Oktober 1954, in welcher zu lesen ist, daß »dieses große Land nicht länger der Rechte beraubt bleiben darf, wie sie einem freien demokratischen Volk von rechts wegen zustehen«. Eins dieser Rechte ist die Festlegung der deutschen Ostgrenze. Am gleichen Tag wird das Besatzungsregime beendet. Am 29. Mai 1953 werden die Westmächte wieder daran erinnert, daß keine deutsche Regierung je in der Lage sein werde, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen – trotz der von der »DDR« 1950 anerkannten »Friedensgrenze« mit Polen. Der erfolgreichen Inkarnation der frühen Jahre der Bonner Republik – Bundeskanzler Konrad Adenauer – ist es möglich, so etwas vorzutragen, weil er ständig betont, daß es »keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung [gibt] als den durch die europäische Integration«. Die Bundesrepublik wird bald darauf eingeladen, sich an der »Europäischen Verteidigungsgemeinschaft« zu beteiligen. Als diese von Frankreich gesprengt wird, tritt die BRD der »Westeuropäischen Union« und der NATO bei. Um das in letzter Minute zu verhindern, unterbreitet Moskau Bonn am 10. März 1952 den Vorschlag zur Wiedervereinigung und Rückgabe der Ostgebiete – falls Deutschland sich an keinem Bündnis gegen einen Staat beteiligt, der im Zweiten Weltkrieg gegen das Reich gekämpft hat. Also strengste Neutralität. Von der Gewißheit erfüllt, daß die Westmächte dieses Vorhaben ohnehin nicht billigen würden, unternimmt Adenauer den schicksalsschweren Schritt und lehnt »um Europas willen« ab, da eine Annahme »Rußland zum Herrn über Deutschland und damit über kurz oder lang zum Herrn über Europa« machen würde. Am Ende seiner langen Laufbahn leistet sich Konrad Adenauer – als Rheinländer und Kölner – noch die Freude, den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vom 23. Januar 1963 (Elysee-Vertrag) im Bunde mit Präsident de Gaulle zu unterzeichnen. Unter seinem Nachfolger Erhard bröckelt Adenauers Deutschlandpolitik ab (Friedensbotschaft vom 25. März 1966). Bald darauf zieht die Große Koalition mit Georg Kiesinger als Bundeskanzler und Willy Brandt als Außenminister in Bonn ein. Sie macht den letzteren gesellschaftsfähig und ermöglicht ihm den Sprung zum Bundeskanzler und zur neuen Ostpolitik. In den USA bereitet der, von einer winzigen Gruppe beherrschte Blätterwald und Fernsehsumpf Kiesinger einen wüsten Empfang. Er wird als »Ex-Nazi« und als Verursacher eines Dritten Weltkrieges *(»The Causes of World War III«)* persönlich und als Deutscher Bundeskanzler gröblichst beleidigt. Es stellt sich bald heraus, warum. Von ein-

flußreichen Cliquen in den USA sturmreif geschossen, erklären er und sein Außenminister ihren Willen, »alte Klischees« – d.h. lebenswichtige Fragen wie die Ostgrenze und die Wiedervereinigung – fallen zu lassen und den Geist der »Aussöhnung und des Friedens auch nach Osten« hineinzutragen. Anscheinend ist das den Machtcliquen in den USA und England nicht genug. Sie verlangen mehr. Ihr Vorbild wirkt anregend auf die Sowjets und ihre Trabanten in Ost- und Mitteleuropa. Die Attacken auf die Bundesrepublik nehmen an Schärfe zu. In der bundesdeutschen Innenpolitik gefällt sich die »Schickeria« als Revoluzzer. Von der ›Frankfurter Schule‹ forsch geführt, brechen die »fortschrittlichen Kräfte« zum »Marsch durch die Institutionen« auf. Die Bundesrepublik schlittert in ein »unsicheres, ja schizophrenes Dasein zwischen wirtschaftlicher Stärke und politischer Schwäche« (Maier) in welchem sie bis ins 21. Jahrhundert weiterschlingert. Die frischgebackene, sozial-liberale Koalition schickt sich an, den »juristischen Formelkram« über Bord zu hieven. Am 12. August 1970 unterzeichnet Willy Brandt mit dem ›Moskauer Vertrag‹ den ersten der sogenannten Ostverträge. Der ›Warschauer Vertrag‹ folgt am 7. Dezember 1970. Es sind Gewaltverzichts- und Grenzanerkennungsverträge. Da die Sowjetunion in diesen Fragen praktisch über das Gewaltanwendungsmonopol verfügt – die »a-b-c-Waffen« – scheint der Wert dieser Urkunden von vornherein illusorisch. Schließlich hat die Bundesrepublik auch gar nicht die »Rechtsmacht«, die einem Friedensvertrag vorbehaltenen Grenzregelungen vorwegzunehmen (Alfred Jüttner). Am 3. September 1971 folgt das Viermächte-Abkommen über Berlin, das zwischen den Besatzungsmächten ausgehandelt wird. Es umfaßt einen Gewaltverzicht, die Verpflichtung, die »tatsächliche Lage in Berlin« zu achten und die Feststellung, daß Berlin kein »konstitutiver Teil« der Bundesrepublik Deutschland ist. Der Pakt bemäntelt also den, von den Sowjets und der SED geschaffenen widerrechtlichen Stand Ostberlins mit einem scheinrechtlichen Umhang.

Logisch und chronologisch folgt am *21. Dezember 1972* der »Grundlagenvertrag« zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der »Deutschen Demokratischen Republik«. Auf der Grundlage der »Unabhängigkeit und Selbständigkeit jeder der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten« sollen gutnachbarliche Beziehungen angestrebt werden. Weitere Abkommen zu diesem behufe folgen. Als Schlußstein der, von der sozial-liberalen Koalition unterzeichneten Verträge folgt am

11. Dezember 1973 der *»Prager Vertrag«* mit der damaligen CSSR. Dem tschechischen Staat ist daran gelegen, das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 für ungültig erklären zu lassen. Da England, Frankreich und Italien maßgeblich am Münchener Abkommen beteiligt gewesen waren, war Bonn nicht in der Lage, es von vornherein dem »Nichtsein« zu überliefern. Es wird ein Kompromiß gefunden, nach welchem die BR Deutschland und die Tschechei in ihren gegenseitigen Beziehungen sich so verhalten, als ob es das Abkommen nicht gäbe. In Anbetracht der Gesamttendenz der Ostverträge behalten jene recht, die diese als eine nochmalige, bedingungslose Kapitulation der Bundesrepublik – d.h. dem Nachfolgestaat des Deutschen Reiches – vor dem Machtblock des Sowjetreiches und als einen Sieg der sowjetischen Expansionslust werten. Der damalige Ausspruch eines tschechoslowakischen Kommunisten: »On nas prodal Némecku« (»er [Brandt] hat uns Deutschland verkauft«) zielt durchaus in diese Richtung. Freilich sei daran erinnert, daß schon 1933 Präsident F. D. Roosevelt die UdSSR zu einem weit großzügigeren Vorstoß ermunterte: von Polen über Deutschland bis zur Mandschurei und Korea. Mächtige Kreise in den USA – wie der polnische Botschafter Graf Potocki scharfblickend vor dem Zweiten Krieg feststellt – gebrauchen Roosevelts Großspurigkeit für ihre eigenen Zwekke und räumen einem erstarkenden Deutschland gar keinen Platz in Europa ein, bestenfalls eine Helotenexistenz.

Als sich nun die erstarrten Strukturen des sowjeto-moskowitischen Staates als zu schwach erweisen, der in Tausenden Milliarden Dollar daherstürmenden amerikanischen Aufrüstung unter *Reagan* und *Bush d.Ä.* »Contra« zu geben, proklamiert der Generalsekretär der KpdSU, Michail Gorbatschow »Perestroika« und »Glasnost«, die zu spät kommende »Reformation« des Sowjetreiches. Es birst auseinander. Gorbatschow läßt die »DDR« fallen. Unter dem elementaren Druck der Bevölkerung bricht das DDR-Regime zusammen. Die Mauer wird eingerissen und die Einheit Rumpfdeutschlands hergestellt. Am 18. März 1990 finden erstmals seit 1946 freie Wahlen statt, die der »Allianz für Deutschland«, dem Bund zwischen der CDU/CSU und dem »Demokratischen Aufbruch«, einen großartigen Sieg einbringt. Leider verpaßt Bundeskanzler Kohl – aus Furcht vor einem Stirnrunzeln in New York, London, Paris, Moskau etc. – die goldene Gelegenheit, durch Betonung eines gesamtdeutschen Patriotismus den Sieg zum größeren Gemeinwohl Deutschlands

auszubauen. Am 18. Juni 1990 beschließt die neugewählte Volkskammer die Vereinigung der »DDR« mit der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes. Indessen herrscht als Reaktion auf die sich anbahnende deutsche Kleinsteinheit in vielen Hauptstädten im Osten und im Westen wahre Hysterie vor. Gorbatschow und sein Außenminister Schewardnadse bestehen auf der »Realität zweier deutscher Staaten«. Der französische Präsident Mitterand besucht noch knapp vor dem Zusammenbruch das Regime in Berlin-Pankow, um ein Zeichen zu setzen. In England erklärt Margaret Thatcher, man habe Hitler schließlich nicht besiegt, um nun die deutsche Einheit wieder herzustellen – eine glänzende Enthüllung des wahren Grundes, weswegen die Westalliierten 1939 den europäischen Krieg vom Zaune brachen. In den USA hält sich Präsident Bush d.Ä. öffentlich zwar klug vom brodelnden Hexenkessel der Leidenschaften fern, aber nur weil er sich gewiß darüber ist, daß der Beitritt der Sowjetzone zu Westdeutschland den amerikanischen Einflußbereich in Europa nur noch vergrößert und höchstwahrscheinlich auch die östlichen Anrainer des deutschen Kulturkreises – darunter Polen, die Tschechei, Ungarn – unter seine Fittiche bringen wird. Andererseits jedoch stellt die Reaktion der weltallmächtigen Nachrichtenfabriken New Yorks und Hollywoods alles in den Schatten, was sich in Europa offiziell gegen Deutschland wendet. Die seit 1917 tobende Hetze auf die Spitze treibend, speien u.a. renommierte Blätter wie die ›New York Times‹, ›Newsweek‹, ›Times‹, ›U.S. News & World Report‹ Gift und Galle. Die oft blutrünstigen Unheilsdrohungen scheinen schon deswegen rätselhaft, weil seit 1949 die BR Deutschland der wichtigste und treueste europäische Verbündete der USA gewesen war. Andererseits entsinnen wir uns des Tobens der nämlichen »News«-Massenfabrikanten zu Zeiten Adenauers, Erhards und Kiesingers, um eine auch nur irgendwie geartete deutsche Einheit von vornherein im Keim zu ersticken was ihnen mit der »Ostpolitik« der sozial-liberalen Koalition vordergründig ja auch gelungen ist. Damals fühlte sich der deutsche Botschafter in Washington, Grewe vor einem New Yorker Publikum genötigt auszuführen, daß es sich entscheiden müsse, ob Deutschland ein wichtiger Bündnispartner oder ein auf ewig auszustoßender Todfeind sei. Nun, um 1990, wird auch der rheinische Kanzler Kohl »aufgeweicht«, so daß er schon vor seinem Treffen mit Präsident Bush und Außenminister Baker bereit ist, die völkerrechtlich sehr wohl begründeten Ansprüche auf die

deutschen Ostgebiete fallen zu lassen. Freilich darf ihm zugute gehalten werden, daß er mit seiner geschickten Beruhigungspolitik gegenüber den östlichen und westlichen Besatzungsmächten die Spannungen entschärft. Gorbatschow kauft er mit Zusagen von Milliarden- und Abermilliarden. Realpolitisch hat er vor den übermächtigen Cäsaropapisten Bush und Baker einen schweren Stand, da Deutschland – mit Japan – eins von zwei Großvölkern ist, das völlig vom Export abhängt und daher leicht erpreßbar ist. Im Gegensatz zu Japan ist es dazu noch von unerbittlichen Gegnern umringt. Die schon erwähnten »2+4 Verhandlungen« vom Februar und September 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, dem Vereinigten Königreich und Frankreich führen dennoch zum Ende der Besatzerrechte und zur juristischen Souveränität Deutschlands. Mit Polen und der Sowjetunion werden Verträge »über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit« unterzeichnet. Die Oder-Neiße-Grenze wird anerkannt, obgleich keine Friedenskonferenz, wie eigentlich vorgesehen, stattgefunden hat. Der »Deutschlandvertrag« wird außer Kraft gesetzt. Einige westliche Besatzungstruppen bleiben unter geänderten juristischen Voraussetzungen zurück ... Im Grundgesetz wird die Wiedervereinigungspräambel gestrichen (*»Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert,* die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.«). Berlin wird Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Es ist das kleinste Deutschland seiner Geschichte. Die USA haben wesentlichen Anteil daran.

Auch im Inneren verfällt der Rechtsstaat mehr und mehr. Als am 26. Februar 1993 der erste Anschlag auf das World Trade Center erfolgt, werden die Angeklagten – ein Sammelsurium zwielichtiger Moslemgläubiger – mit Hilfe meineidiger Zeugen überführt, anstatt das Verbrechen wirklich aufzuklären. Dies entspricht durchaus der Tradition der politischen Justiz, vor allem im 20. und 21. Jahrhundert, die – dynamisch beflügelt von der Idee der imperialen Weltherrschaft – von Präsidenten wie Wilson, F. D. Roosevelt, Reagan u.a. gefördert wird. Selbst mißliebige Privatpersonen, die unter die knochenbrechenden Räder der Politik geraten, wie die Anarchisten Sacco und Vanzetti in den zwanziger Jahren, Bruno Hauptmann im aufgeputschten Fall der Kindesentführung Lindberghs 1932 und erst jüngst, der vorgebliche Alleintäter des Attentats von Oklahoma City, Jim McVeigh, haben wenig mehr zu erwarten als massive Erpressun-

gen von seiten der politisierten Polizei, meineidige Zeugen und eine jeder Beschreibung spottenden, »Anteilnahme« der Nachrichten-Massenproduktionsfabriken.

Fürwahr ein Rechtsstaat. In Wirklichkeit, die perfekte Herrschaft der, auf olympischen Höhen thronenden Spitzen der Weltgesellschaft. Kein Wunder, daß die Bush-Regierung nach dem 11. September 2001 ein »USA-Patriotengesetz« (USA Patriot Act) im Kongreß durchpaukt, das die Geheimüberwachung und »Kontrolle« von Privatpersonen, die des sogenannten Terrorismus gar nicht bezichtigt sind, gründlichst erlaubt und offiziell macht. Von 100 Senatoren im Kongreß stimmt allein der beherzte Senator Russell Feingold (Wisconsin) gegen das Gesetz.

Wie schon wiederholt beschrieben, liegt der Schlüssel zur Wirksamkeit der Weltelitenherrschaft in dem Alleinigen-Auserwähltheitsfimmel der Amerikaner. Während die amerikanische Geistesgeschichte zweifellos das letzte, wenn auch das ausgefallenste Reis vom Stamm des europäischen Geistes darstellt – die Unabhängigkeitserklärung und die 1789 in Kraft getretene Bundesverfassung gehören zu den leuchtendsten Beispielen der europäischen Aufklärung –, ist das Sendungsbewußtsein zur »Bekehrung« der Welt im 20. und 21. Jahrhundert zur weltpolitischen Realität geworden. Allerdings ist die Weltelite herkunftsmäßig gespalten. Neuzeitlichen Befreiungsbewegungen, die das Machtmonopol der Weltelite hier und da und dann und wann auch nur anzutasten wagen, wird mit Massenmord und Völkermord begegnet – eine, hinsichtlich der Ideale von 1776 erstaunliche Haltung. Japan, Deutschland, Italien, Kroatien, die Slowakei, Ungarn haben dies am eigenen Leibe in jüngster Vergangenheit bitter erfahren. Das erklärt die unterwürfige »Verfassung« der deutschen Schickeria und Duodezhonoratioren mindestens zum Teil – wiewohl sie von scharfblickenden Geistesgrößen wie dem Siebenbürger Raumfahrtpionier Prof. Oberth und Dr. Alfred Jüttner als »Kakokratie«, als Herrschaft der Schlechtesten angeprangert wird. Ja, das eigentliche Phänomen der Zeitgeschichte – mit dessen Erscheinungen wir uns im letzten Kapitel vornehmlich beschäftigt haben –, der vielschillernde Nihilismus der US-Weltmacht, wurde schon 1945 vom rumänischen Denker Mircea Eliade vorausgesagt:

»Und in unseren Tagen, da der Druck der Geschichte keinen Ausweg mehr erlaubt, wie kann der Mensch die Katastrophen und Schrecken der Geschichte ertragen – von den kollektiven Entvölkerungen und Massakern bis zu den Atombombenab-

würfen –, wenn er darüber kein Zeichen, keine überhistorische Bedeutung erspähen kann; wenn die Schrecken nur das blinde Spiel wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Kräfte darstellen oder, noch schlimmer, nur das Ergebnis der »Freiheiten«, die eine Minderheit auf der Bühne der Weltgeschichte direkt ausübt.«[57]

Wie wahr – es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder die in New York und Hollywood massenfabrizierte Patentlösung der Flucht in die tote Scheinwirklichkeit, der »virtual reality«, in die kollektive Knechtschaft und den Geistesuntergang, oder die Auflehnung wider den »systematischen« Nihilismus, die diesem die (Schein-)Legitimität entzieht und, im Opfergang der Helden, das krumme Sendungsbewußtsein begradigt, das Auserwähltheitsmonopol birst und ihre Ideen einem jeden Volk der Erde gewährt. Denn was vor zwei, drei Jahrhunderten als das sogenannte blinde-Spiel-des-Zufalls in der »materialistisch« befangenen Naturwissenschaft anhebt, kurz darauf im »blinden Spiel« der technischen und wirtschaftlichen Kräfte ausartet und schließlich in gigantischen weltpolitischen Krisen, Kriegen und Katastrophen sich auszutoben beginnt, mündet seit 1945/1991 »jenseits von Gut und Böse« in der eisig-toten Abstraktion einer Weltmacht, einer *Weltallelite.* Doch ein kosmisch-komisches Stolpern ist gar nicht ausgeschlossen ... Und wer zuletzt lacht, lacht am besten. Untersuchen wir im nächsten Kapitel ein paar Höhe-, Tief- und Fluchtpunkte der Misere.

[57] *Le mythe de l'eternel retour: archetypes et repetition;* Paris 1949

KAPITEL VII

EINKEHR UND AUFBRUCH

Am 3. Juni 1965, nach der amerikanischen Invasion der Dominikanischen Republik und der Wiedereinsetzung der Militärclique, die den – zum ersten Mal in 38 Jahren frei gewählten – Präsidenten Juan Bosch 1963 gestürzt hatte, erklärte Präsident Lyndon B. Johnson:

»Im Laufe unserer Geschichte sind unsere Streitkräfte in viele Länder hinausgezogen; doch kehrten sie stets zurück, als sie nicht mehr gebraucht wurden. Denn das Ziel Amerikas ist, die Freiheit nie zu unterdrücken, sondern sie immer zu retten.«

Drei Tage später erläutert er: »Die Macht Amerikas liegt in der Moralität unserer Ziele und in ihrer Unterstützung durch den Willen des amerikanischen Volkes.«

Als einer der herausragenden Cäsaropapen in der Zeit zwischen dem Ende F. D. Roosevelts und dem Aufstieg der Neu-Republikaner, angeführt von Ronald Reagan, verkörpert L. B. Johnson eine typische Persönlichkeits- und Politikspaltung. In der Innenpolitik wandelt er auf »progressistischen« Pfaden mit dem Ziel, eine »großartige Gesellschaft« aufzubauen und verlangt u.a. die Einführung einer Art öffentlicher Krankenkasse für Rentenempfänger, ein in den USA unerhörter Schritt. Im Gegensatz dazu marschiert er in der Außenpolitik als Imperialist reinsten Wassers in den Spuren der altvorderen Freibeuter und Expansionisten. Es sei darauf hingewiesen, daß die blutigen Negeraufstände der 1960er Jahre – zur Amtszeit Johnsons und Nixons – nur deswegen nicht in einer staatsumwandelnden Revolution gipfelten, weil ihre Vorgänger – besonders Wilson und F. D. Roosevelt – dafür gesorgt hatten, jede substantielle Opposition – oder was sie als Opposition betrachteten – schon im Keim zu ersticken. Die großangelegte Vernichtung der amerikanischen Sozialisten durch Wilson und seine »staatlichen« Kollegen, die Gouverneure, gibt hier ein eindrucksvolles Beispiel. Im Schatten des hysterisch geführten Vietnamkrieges muß schließlich auch Johnsons Sozialgesetzgebung daran glauben: Kanonen statt Butter!« heißt die Devise. Seither – allem oberflächlichen Augenschein zum Trotz – trudelt auch der materielle Lebensstandard des Durchschnittsamerikaners unaufhaltsam in düstere

Tiefe – doch die Reichen werden immer reicher – oder wie der gemäßigte Republikaner Kevin Phillips, einst Adjutant Nixons, in »Wealth and Democracy« es bezeichnet: Seit Ronnie Reagan herrscht die uneingeschränkte Plutokratie. Daß es auch vorher schon die »fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte« in den USA verstanden, ihre Schäflein ins Trockene zu bringen, zeigt Johnsons Vorstoß in Santo Domingo. Versteht sich, daß der Präsident den Löwenanteil für sich selbst einstrich, wie ja sein Gehabe hinsichtlich der illegalen Umtriebe seines jungen Senatsadjutanten Bobby Baker aus Texas (»Little Lyndon«) es hinreichend beweist. Das Verfahren im Falle der Dominikanischen Republik ist exemplarisch.

Es ist exemplarisch, weil die Behandlung der kleinen karibischen Inselrepublik – und die aller ihrer Nachbarstaaten – verdeutlicht, wie die amerikanische Machtelite mit sämtlichen lateinamerikanischen Staaten und der OAS (Organization of American States) auch im großen verfährt. Tasten irgendwelche demokratische Reformen, z. B. Landreformen, die Privilegien des allerorts stark vorhandenen U.S.-amerikanischen Besitztums an, werden sie automatisch als amerikafeindlich eingestuft, verfolgt und unterdrückt. Ähnliches gilt für die Entwicklungsländer der Dritten Welt und – mit einigen mehr oder weniger geschickten diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Winkelzügen – auch für alle anderen Staaten der Erde. Aus der Sicht Washingtons und New Yorks ist es selbstverständlich, all diese Völker vor die Quadriga der amerikanischen Machtelite möglichst glatt und reibungslos einzuspannen. Und warum auch nicht? Das ist ja der Fortschritt. Das Verzeichnis der allein gegen die Lateinamerikaner angezettelten Verschwörungen, Militäreinsätze und Unterdrückungen reicht bis ins 18. Jahrhundert zurück. Es umfaßt Gebiete wie Kuba, Haiti, Puerto Rico, Panama, Kolumbien, Honduras, Guatemala, Nikaragua, Mexiko, Venezuela, Brasilien, Argentinien, Peru und Chile. Nicht zu vergessen solche Kleinigkeiten, wie Grenada und die dänischen Jungferninseln (Virgin Islands), die mit Gewalt oder Gelddiplomatie unter den Fittichen des Yankee Aars versammelt wurden.

In der Dominikanischen Republik geht das etwa folgendermaßen vor sich. Im Mai 1961 wird General Trujillo, der 32 Jahre lang als Diktator regiert hatte, ermordet. Nach einer labilen Übergangszeit wird im Dezember 1962 der gemäßigte Reformer Juan Bosch zum Präsidenten gewählt. Die unter seiner Leitung

eingeführte, erste demokratische Verfassung der Republik sieht vor, das Los der armen Landarbeiter zu verbessern, die großen Latifundien zu verkleinern und das Anrecht der Ausländer, sich beliebig große (Zucker-)Plantagen anzueignen, einzuschränken. Dies verstößt direkt gegen die amerikanische Präsenz. Neun Monate später wird Bosch durch eine Militärrevolte gestürzt, die ihrerseits wiederum von einem Boschfreundlichen Militärputsch am 25. April 1965 überrumpelt wird. Die Johnson-Regierung stellt sich auf die Seite der Feinde Boschs. Warum? Ganz klar, die in der Demokratischen Partei vertretene Portion der Machtelite fühlt sich angegriffen. Schlüsselfiguren der »linksliberalen« *»Americans for Democratic Action«* (ADA) haben wichtigste Finanzpositionen auf der Insel in ihrer Hand. Darunter befinden sich Abe Fortas, der von 1965 bis 1969 das Amt eines Obersten Bundesrichters bekleidet und zwanzig Jahre Direktor der »Sucrest Corporation«, eines großen – auf Lieferungen aus der Dominikanischen Republik angewiesenen – Zuckerraffineriekonzerns gewesen war. Dazu gesellt sich Adolph Augustus Berle, Jr., frühreifer Harvardstudent und Mitglied eines einflußreichen Juristenbüros unter Brandeis, den wir als Richter am Obersten Gerichtshof bereits kennen gelernt haben. Dann kommt Ellsworth Bunker, der frühere Präsident der ›Sugar Refining Corporation‹ amerikanischer Botschafter für Südvietnam von 1967–73 und Hauptunterhändler in den Panamakanalverhandlungen in den Jahren 1973–78. Die Liste der Fortschrittlichen wird von J. M. Kaplan, dem Melassen-und-Sirup-Magnaten, abgerundet. Weitere Bündnis- und Geschäftspartner schließen ein: nordamerikanische Großbanken und die katholische Kirche, welcher der säkularistische Ton der neuen dominikanischen Verfassung mißfällt. Kurz und gut, es wird Juan Bosch zwar gestattet, aus seinem Exil in Puerto Rico zurückzukehren; er bleibt aber unter Hausarrest und ist nicht in der Lage, sich in die Wahlen von 1966 nennenswert einzumischen, sodaß er von Joaquin Balaguer, dem Kandidaten der Vereinigten Staaten aus dem Feld geschlagen wird. Die Demokratie hat wieder einmal gewonnen. Präsident Johnson hat Recht behalten.

Ähnliche Vorfälle ereignen sich in ganz Lateinamerika und – mit gewissen Abwandlungen und Schattierungen – um den ganzen Erdball. Die Leidensgeschichte Guatemalas pfeifen die Spatzen vom Dach. Dort wird 1944, als die USA noch mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt sind, der langjährige Diktator Jorge Ubico gestürzt. Er wird vom ersten, frei gewählten Präsidenten,

dem Universitätsprofessor und Sozialdemokraten Juan José Arevalo ersetzt. Dieser ermutigt die Gründung von Gewerkschaften und verweigert den nordamerikanischen Ölgesellschaften das Ausbeutungsrecht in Guatemala. Oberst Jacobo Arbenz Guzman wird 1951 wiederum nach freier Wahl sein Nachfolger. Wie fast alle mittelamerikanischen und lateinamerikanischen Staaten befindet sich das Land im Strudel wirtschaftlich-politischer Krisen, deren Gegeneinander die Lage oftmals noch verschärft. Es leidet an einer »Einprodukt-Wirtschaft«, da die Kaffeeausfuhr 82 v.H. seiner Exporte ausmacht. Seine drei Hauptgesellschaften befinden sich in US-amerikanischen Händen, der Fruit Company, der »Internationalen Eisenbahn von Mittelamerika« und der einzigen Stromgesellschaft der Gegend, der »Empresa Electrica«. Andererseits haben Guatemala und der ganze lateinamerikanische Raum schwer an ihrer historischen, rassischen und geographischen Hypothek zu schaffen. Als Folge der Unterwerfung durch die Spanier und Portugiesen vereint eine nur hauchdünne Oberschicht sämtliche Macht in Staat und Gesellschaft. Seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist diese Elite geneigt, mit ihren, noch weit mächtigeren und expansionslustigeren Machtkollegen aus den USA »zusammenzuarbeiten«. Sie läßt das schier unendliche Yankeekapital ihre Länder überfluten und »akzeptiert« ihre eigenen Regierungen als Marionetten des großen Bruders aus dem Norden. All das geschieht mit gewohnter Brutalität, die in US-amerikanischen Einrichtungen wie der »School of the Americas« – deren Absolventen in die Stellung der ›Harten Männer‹ Lateinamerikas aufrücken – immer mehr verfeinert wird. Freilich ist nicht alles eitel und glänzendes Gold, selbst südlich des Rio Grande nicht. Die Mehrzahl der Bevölkerungen besteht aus unterdrückten Indios und Mestizos (Mischlingen), die sich trotz ihrer enormen Geburtenrate mit einer kargen Existenz entweder als ländliches Proletariat auf den vulkanisch und tektonisch gefährdeten Randzonen der Hochgebirge oder mit einem, noch ungesünderen Dahinvegetieren in den ungeheuer anschwellenden Großstädten bescheiden müssen. Seit Ende des 18. Jahrhunderts, nach vielen Revolutionen, hören sie nun schon zwei Jahrhunderte lang von Demokratie und vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, obgleich sie feststellen müssen, daß diese Ideale ihnen nur vorgeheuchelt werden. Von ihrem glänzenden, vorkolumbischen Dasein als »Maja«, Azteken, Tolteken, Olmeken und »Inka« ganz zu schweigen. Vereinzelt nehmen sich, aus ihren

Reihen aufgestiegene Militärs oder abgesplitterte Mitglieder der kolonialen Elite ihrer an. Diese heißen dann Fidel Castro, der zweifellos einer der herausragenden lateinamerikanischen Staatsmänner der letzten fünf Jahrhunderte ist, oder Hugo Chavez, der populistische Führer Venezuelas, der 2007 mit seiner wenigstens unabhängig anmutenden Außenpolitik in Washington für Aufregung sorgt.

Einige Worte darüber, wie solche Aufregungen gewöhnlich geschlichtet werden. Verfolgen wir die »pasión« Guatemalas und Lateinamerikas bis zu ihrem logischen Ende.

Nach 1951 führt die Arbenz-Regierung eine Landreform durch, die das Monopol der amerikanischen Machtelite beschneidet. Als sie 160.000 ha brachliegenden Landes der United Fruit Company enteignet und nur gewillt ist, $ 609.572 Entschädigung dafür zu zahlen – United Fruit hatte den Wert auf $ 2 Millionen beziffert, verlangt aber einen Betrag von $ 16 Millionen – bezeichnet der bekannte U.S.-Außenminister John Foster Dulles das guatemaltekische Regime als »kommunistisch«. Dulles Wallstreeter Juristenfirma hatte 1930 und 1936 die Verträge mit der »United Fruit« ausgearbeitet. Sein Bruder Allen Dulles, der als leitendes Mitglied des O.S.S.-Nachrichtendienstes während des Zweiten Weltkrieges in der Schweiz mit Repräsentanten des deutschen Untergrundes verhandelte, war Direktor der CIA und man höre und staune, ehemaliger Präsident der »United Fruit«. 1953 errichtet die CIA ein Arbenz-feindliches Schulungszentrum in Florida, das mit gedungenen Überläufern bestückt wird. In Honduras und Nikaragua gibt es Invasionslager. Ihr Chef ist der, von Onkel Sam zum Präsidenten bestimmte Obrist Carlos Castillo Armas, ein Absolvent der amerikanischen Heeresstabsschule in Fort Leavenworth. Anfang 1954 nötigen die USA die inter-amerikanische *»Organization of American States«* (O.A.S.) eine Erklärung abzugeben, wonach die »Vorherrschaft der internationalen Kommunistenbewegung« in irgendeinem nord- oder südamerikanischen Staat eine Bedrohung der gesamten westlichen Halbkugel darstelle. Die USA unterbinden die technische Unterstützung und die Waffenlieferungen an Guatemala und verhindern die Verhandlungen über einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt zwischen Guatemala und dem benachbarten Honduras. Als im Mai 1954 ein schwedisches Frachtschiff mit tschechischen Waffen an Bord sich der Küste des Landes nähert, tritt der »Fall Rot« ein. Oberst Armas marschiert mit seiner Meute aus Honduras in Guatemala ein. Amerikanische Flug-

zeuge bombardieren die Hauptstadt. Es wird berichtet, daß der amerikanische Botschafter John E. Peurifoy mit umgeschnallten Revolver sich an die Spitze der Meuternden stellt – ähnlich wie 1953, auf der anderen Seite des Erdballs Kermit Roosevelt die iranischen Aufständischen gegen Premierminister Dr. Mossadegh durch sein Beispiel mitreißt. In allen Fällen geht es um handfeste »Interessen« der USA. Präsident Arbenz findet sich auf verlorenem Posten. Er flieht ins Exil. Oberst Armas wird Diktator. Er wird 1957 umgebracht, aber nicht ehe er sämtliche »anti-amerikanischen« Reformen rückgängig gemacht hat. Guatemala bleibt bis heute ein treuer Trabant Onkel Sams, so daß es nach 1959 die CIA sogar als einen Hauptstützpunkt gegen Fidel Castros unabhängig-nationales Regime gebraucht. Die »Demokratie« wird gerettet.

Zur Entwicklung in Kuba. Diese reichgesegnete Insel – bis 1898 eine Kolonie Spaniens – zieht das Augenmerk führender Amerikaner seit dem 18. Jahrhundert auf sich. Mit dem spanisch-amerikanischen Krieg wird sie zu einem der am gründlichsten ausgebeuteten Protektorate im neuen Kolonial-Weltreich Amerikas. Daß im Mai 2002 der einsichtvolle und persönlich sympathische, frühere Präsident Jimmy Carter Kuba einen »inoffiziellen« Besuch abstattet, deutet auf Annäherungsabsichten an Castro zumindest von einem einflußreichen Teil der amerikanischen Machtelite hin – allerdings nicht aus gutem Willen, sondern aus Gründen wirtschaftlichen Profitstrebens. Das seinerzeitige amerikanische Invasionsfiasko in der Schweinebucht vom April 1961 wurde zwar durch Präsident Kennedys Weigerung, ausreichend Kräfte der amerikanischen Kriegsmarine gegen Castro einzusetzen, mit verursacht, noch schlimmer aber wogen die Konsequenzen daraus: (a) Fidel Castro, der nach dem Sturz des amerikahörigen Diktators Fulgencia Batista versucht hatte, auf gutem Fuß mit den Eisenhower- und Kennedyregierungen zu stehen, dies aber mit einem autonomen politischen Kurs vereinbaren wollte, wird nun vollends in die Arme des Marxismus-Leninismus getrieben; (b) Kennedy, dem es danach gelüstet, die Scharte auszuwetzen, inszeniert ein Jahr später, im Oktober 1962 ein hartes Vorgehen gegen Chruschtschow, als dieser seinen neuerworbenen Schützling Castro mit sowjetischen Mittelstreckenraketen gegen Onkel Sams Annexionsabsichten zu schützen gedenkt. Ungeachtet der späteren Versicherungen des damaligen Verteidigungsministers Robert MacNamara, daß 1962 die Entscheidung für einen Atomkrieg auf des

Messers Schneide stand, scheint dies angesichts der krassen Kernwaffenunterlegenheit sowjetischerseits wenig glaubhaft. Wahrscheinlich erwogen Präsident Kennedy und sein Bruder Bobby, die Sowjetmacht weltweit in die Knie zu zwingen, (c) Kennedys Zorn richtet sich gegen die CIA, die er rügt, ein Heer von Fehlern begangen zu haben (darunter die Annahme, die Invasion würde eine Revolution gegen Castro auslösen). Im Zwielicht des damaligen und vor allem des jetzigen Byzantinismus Washingtons scheinen wissenschaftliche Schlüsse unsicher, doch es wird glaubhaft behauptet, daß Kennedy vorhatte, den Augiasstall der Nachrichtendienste gründlich auszumisten. Das Vorhaben, so heißt es, alarmiert den Kern der Machtelite, die gar keine Neigung verspürt, diesen Platz zu räumen. Mit Hilfe castrofeindlicher Cubanos, die sich von Kennedy betrogen und verraten fühlen, wird dieser im November 1963 in Dallas kaltgestellt. Eines jedoch steht fest – und realistische Mutmaßungen sind seit 1963 und 1968, als Robert Kennedy und Dr. Martin Luther King von ähnlichen Kreisen ausgeschaltet werden, lebensgefährlich –, die Geister, die die Cäsaropapisten riefen, werden sie nun nicht los. Denn Weltvormacht, wie Lord Acton feststellte, korrumpiert – und Weltherrschaft korrumpiert absolut. Es täuscht kein Geplapper über »Befreiung« darüber hinweg, daß die amerikanische Machtelite als Weltherrschaft das gröbste Hindernis und den wütendsten Todfeind aller echten Volksbefreiungsbewegungen der Geschichte darstellt – angefangen mit der befreienden Mündigkeit der amerikanischen Bevölkerung, über die Freiheit ihrer Nachbarn bis hin zu Freiheit Deutschlands, Europas und der ganzen Welt.

Der Nornenfaden wird weitergesponnen. Die 1969 ins Amt eingeführte Nixonregierung beäugt die Innenpolitik *Chiles* – der langgestreckten Andenrepublik – mit äußerstem Mißtrauen. 1970 überschüttet sie mit Hilfe der CIA und privater Konzerne (wie des Nachrichtengiganten International Telephone and Telegraph Company) das Land mit Bestechungs- und Propagandageldern, um die Wahl des Sozialisten Salvador Allende zu verhüten. Als er trotz dieser Anstrengungen zum Präsidenten erkoren wird, weisen Nixon und sein Außenpolitischer Ratgeber Henry Kissinger die CIA an, seine Amtseinsetzung durch das chilenische Parlament mittels eines Militärputsches zu unterbinden. Als auch dies mißlingt, erzeugen Nixon und die CIA in Chile einen wirtschaftlichen Notstand. Nachdem Präsident Allende die amerikanischen Kupferkonzerne Kennecott und

Anaconda verstaatlicht hatte, wird jegliche Wirtschaftshilfe eingefroren. Die Darlehen aus der ›Export-Import-Bank‹ wie auch aus privaten Quellen versiegen. Zugleich pumpen die Vereinigten Staaten finanzielle Unterstützung und Waffen an die Gegner Allendes, vor allem an das Militär. Chile droht das wirtschaftliche und politische Chaos. 1973 stürzt eine Militärjunta den Präsidenten Allende und ermordet ihn. Der neue Diktator reprivatisiert die Wirtschaft, suspendiert die Bürgerrechte und unterdrückt die Opposition brutal. Doch das Ziel Onkel Sams ist erreicht, das schwarze Schaf Chile kehrt in die friedliche Herde der Demokratien zurück. Die Freiheit hat gesiegt. Allerdings war Chile vor 1970 eins der wenigen Paradebeispiele stabiler »Rechtsstaaten« in Südamerika. Noch in der Zeit von 1964 bis 1970 hatte der christlich-demokratische Präsident Eduardo Frei folgende, durchaus vernünftige Maßnahmen durchgeführt: eine begrenzte Landreform, Gewinnanteile an den amerikanischen Kupferkonzernen; den sozialen Wohnungsbau und die Bildungsreform. Seit der Intervention allerdings sind diese – Maßnahmen und die Rechtsstaatlichkeit – illusorisch geworden. Es mutet einen tragikomisch an, daß um die neue Jahrtausendwende der Generalstaatsanwalt Spaniens ein Verfahren gegen den greisen General Pinochet, den damaligen Diktator Chiles anstrengen läßt, während dessen Bosse in Washington und New York unerwähnt bleiben.

Doch 1976 scheint sich in den USA ein Klimawechsel anzubahnen. In der Folge der Niederlage im Vietnamkrieg und der von Nixons Todfeinden heraufbeschworenen Watergate-Affäre avanciert Jimmy Carter zum Präsidenten. Dieser – und sein neuernannter Außenminister Cyrus Vance – haben sich die Mäßigung des west-östlichen Kalten Krieges, die Behebung bzw. die Besserung des »nord-südlichen« Wohlstandsgefälles und die Unterstützung der Reformatoren in den Entwicklungsländern auf die Fahne geschrieben. Der »neue Kurs« in der Außenpolitik soll die Menschenrechte pflegen. Tatsächlich erzielt die Carterregierung – die auch in der Innenpolitik gemäßigt – demokratisch geprägt und die goldene Mitte zwischen rechts und links einzuhalten bestrebt ist – bemerkenswerte Erfolge nach außen. Die Panamakanalverträge und das Camp-David-Abkommen zwischen dem ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat und dem israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin gehören dazu. Von Sadat tatkräftig unterstützt, wird der ägyptisch-israelische Friedensvertrag im März 1979 unterzeichnet. Drei Bestimmungen sind wichtig. 1. Israel zieht sich aus der Sinaihalb-

insel zurück. 2. Israel und vor allem Ägypten erhalten noch großzügigere finanzielle und militärische Hilfe von den USA und 3. Verhandlungen über die Rechte der Palästinenser in Ghasa und dem Westjordanland werden vorgesehen. Carters Vorschläge und der Friedensvertrag beruhen auf der sehr zurückhaltend formulierten UNO-Resolution Nr. 242 von 1967, der Israels Existenz und Sicherheit garantiert – im Austausch für die Rückgabe der eroberten Gebiete an die Araber. Obwohl das Recht auf einen freien Palästinenserstaat nicht erwähnt wird, macht im Jahre 2002 Saudi Arabien einen ähnlichen Friedensvorschlag. Wie mächtig die Zionisten inzwischen geworden waren, zeigt der Umstand, daß der beliebte farbige Bürgerrechtskämpfer und Kongreßabgeordnete Andrew Young – den Präsident Carter zum UNO-Botschafter ernannt hatte – sich 1979 genötigt sieht, seinen Rücktritt einzureichen, als sich herausstellt, daß er sich Gespräche mit der PLO Gespräche zuschulden kommen ließ. Wir erinnern uns der ohrenbetäubenden Aufregung, die wenige Jahre später ähnliche Kreise wegen des ehemaligen UNO-Generalsekretärs Waldheim entfachen, als dieser für das Amt des Bundespräsidenten der Republik Österreich kandidiert. Auch er ließ sich Kontakte mit der PLO zuschulden kommen. Gegen Ende seiner Regierungszeit wird Carter – anscheinend unerwartet – gleich von mehreren Unglücksblitzen getroffen. Der wichtigste ist die iranische Revolution von 1978, die den Schah und sein Regime stürzt. Die im November 1979 stattfindende Erstürmung der amerikanischen Botschaft in Teheran, die 66 amerikanische Beamte und Diplomaten 444 Tage lang den fanatisierten Studenten als Geiseln ausliefert, wird zu Carters Schwanengesang. Eine vom Präsidenten und seinem Ratgeber Dr. Zbigniew Brzezinski gebilligte Befreiungsexpedition erstickt im Sand der iranischen Wüste. Dieses iranische Trauma wie auch die vorhergehenden »Ölkrisen« infolge der Kürzung der strategischen Öllieferungen durch die OPEC, überzeugen Carters Nachfolger Reagan von Folgendem:

(1) der Notwendigkeit zur Rückkehr der altväterlichen Politik des Imperialismus gegen die Entwicklungsländer; (2) einer übertriebenen »Zuckerbrot-und-Peitsche«-Politik gegen die Staaten des Nahen Ostens außerhalb Israels, wobei das letztere noch stärker gefördert wird; (3) die »amerikanische Wehr«, das Pentagon und den militär-industriellen Komplex noch weiter auszubauen, und dies auf Kosten der ohnehin schon weit zurückgeschraubten Sozial- und Zivilprogramme in der Innenpolitik.

Im Dezember 1979 marschiert die Sowjetunion unter Breschnew in Afghanistan ein, um dort ein sowjetfreundliches Regime gegen die feindseligen islamischen Mudschaheddin zu stabilisieren, um den USA zuvorzukommen – falls Brezezinskis Ausführungen aus dem Jahre 2001 geglaubt werden dürfen – wonach von der CIA ausgestreute Gerüchte darauf hindeuten, daß die USA Ähnliches vorhatten. Anscheinend wird die UdSSR in die ›Falle‹ gelockt und muß bitter bezahlen. Verbunden mit Reagans fieberhafter Aufrüstung – die Sowjets sehen sich außerstande, ernstlich mitzuhalten – und seinem psychopolitischen Bündnis mit Papst Johannes Paul II. bricht die amerikanische Politik Rußland das Kreuz. Das Sowjetreich zerfällt – sehr zur Freude Brzezinskis, der sich als »der erste Pole in 300 Jahren« bezeichnet, »der imstande ist, es den Rußen endlich heimzuzahlen«. Seither – seit der für Carter ungünstig ausfallenden Präsidentenwahl von 1980 – spiegelt die amerikanische Innen- wie Außenpolitik mit sehr geringen Abweichungen das langweilige Bild ein und desselben Regimes wider. Ob nun vom plutokratisch gesinnten und politisch äußerst anpassungsfähigen »Neu-Demokraten« und Weltimperialisten Bill Clinton oder von den plutokratisch unterkellerten und ummauerten Welt-Cäsaropapen Reagan, George Bush d.Ä. und dessen Sprößling G. W. Bush d.Jü. »befehligt«, hat die vom Kuba- und Vietnamfiasko gespaltene Welt-Machtelite wieder zu sich gefunden. Im Bunde mit ihren, seit Roosevelt, Johnson und Reagan neu aufgenommenen agitprop-gewandten Superaktivisten schließt sie die scheinbar uniformen Reihen. Das Motto lautet: »Kein Risiko eingehen!« Lieber weltweit unzählige Aggressionen und in ausgewählten Staaten wie dem Irak Völkermord begehen, als die schmerzliche Unsicherheit von 1973/79 nochmals durchzustehen. Doch keine Bange! Die Weltkonkurrenz ist ja im Moment machtlos. Laut Adam Smith, dem Propheten des Industriekapitalismus darf sich der Unternehmer – in Ermangelung vom Wettbewerb – so ziemlich alles erlauben, nur daß das dann ins Unheil führt ... Auf jeden Fall darf optimistisch festgestellt werden, daß es der Machtelite seit Th. Roosevelt – mit verschwindend kleinen Opfern für die USA – gelungen ist, jede scheinbare Konkurrenz, jeden Ansatz zur »multipolaren Weltpolitik« – mit Ausnahme der Sowjetunion – schon im Keime zu ersticken. Die da »haben« machten den »Habenichtsen« überhaupt keinen Platz.

Daß Präsident Carter dies, ungeachtet aller historischen und institutionellen Hindernisse, anders und besser gestalten wollte,

macht ihn mit seinem republikanischen Vorgänger Herbert Hoover zu einem der herausragenden Menschen, und hervorragenden Politiker der amerikanischen Zeitgeschichte.

Dasselbe kann von Reagan und seiner Riege in gar keinem Fall gesagt werden.

Zeitlose Vergleiche oder die Vorteile des Anachronismus

Carters Reich war nur ein Zwischenspiel zwischen den ihm vorangegangenen Macht- und Gewaltpolitikern und der Welt-Gewaltpolitik der ihn übertrumpfenden Cäsaropapisten, angefangen mit Reagan. Diese Wortführer der Restauration der Gewaltpolitik knüpfen rhetorisch an die Agitprop-Phrasen Johnsons, Kennedys, General Eisenhowers, F. D. Roosevelts, Wilsons usw. an, um das Sendungsbewußtsein der Amerikaner aufzupeitschen und die Massen für frische Abenteuer und Aggressionen im Ausland zu mobilisieren. Denn erhöhte Ausgaben für die Aufrüstung bedeuten auch in paradiesischen Gefilden notwendig die Senkung des für die Innenpolitik übrigbleibenden Geldspiegels (etwa für die Bildung, den Umweltschutz, oder die Städteplanung) – vor allem, wenn Politiker wie Reagan oder G. W. Bush jr. versprechen, Tausende Milliarden Dollar an »den Steuerzahler«, d.h. an das Großkapital »zurückzugeben«.

Wie aufrichtig jene Wortführer es mit ihren »befreienden« Phrasen meinen, zeigen einige Beispiele.

Nach ihren eigenen Reden zu urteilen, stufen Reagan, sein späterer Vize Bush d.Ä. und vertraute Berater wie William Casey, der ab Januar 1981 von Reagan zum Direktor der CIA ernannt wird, u.a. die iranischen Aufständischen und besonders den Ajatollah Chomeini um einige Ebenen tiefer ein als den Satan selbst. Aber als Carter und seine demokratischen Partei sich von den naiven Appellen des Präsidenten an die Vernunft und den gesunden Menschenverstand seiner Mitbürger zu erholen beginnen, während der Wahlkampagne 1980 aggressiver auftreten und scheinbar verlorenes Gebiet zurückgewinnen, überschlagen sich plötzlich Reagans Republikaner in ihrem Eifer, sich mit dem bodenlos Bösen in Verbindung zu setzen. Bush d.Ä., Bill Casey u.a. eilen nach Paris und Madrid, um mit iranischen Unterhändlern, darunter dem Sohn Chomeinis zu verhandeln. Welcher Menschenhandel genau geschachert wurde, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen, denn es mangelt an Dokumenten. Doch ein Händereichen, ein breites Grinsen, ein

Kopfnicken – und der Ajatollah erklärt sich damit einverstanden, die Geiseln der amerikanischen Botschaft am Tag der Amtseinführung Reagans – ein Gotteswunder! so heißt es – freizugeben. So geschieht es auch. Eine Freisetzung noch vor der Präsidentenwahl wäre wohl Carter zugute gekommen ...

Wenig später, während der zweiten Amtszeit Reagans wiederholt sich der Spaß. Als Reagan, Vizepräsident Bush und der Staatliche Sicherheitsrat (National Security Council) unter Admiral John Poindexter kein Mittel unversucht lassen – auch rechtswidrige – vom Kongreß untersagte Mittel, um die Sandinista-Regierung im glücklosen Nikaragua zu stürzen und das Ländchen wieder in die Reihen der freiheitsliebenden Demokratien einzustufen (siehe die Aussprüche Präsident Johnsons) stellt der Untersuchungsausschuß unter dem früheren Senator John Tower fest, daß Poindexter und namentlich sein Adjutant, Oberstleutnant Oliver North, Gelder aus illegalen Waffenverkäufen an das Mullahregime im Iran dazu benützten, um die reaganhörigen Contras in Nikaragua zu unterstützen. Die CIA arbeitete rechtswidrig eng mit Ollie North zusammen. Der NSC – der staatliche Sicherheitsrat, der Oberste Kriegsherr – Präsident Reagan – und seine Camarilla reaktionärer Gewaltpolitiker scheuen vor nichts zurück, um ihre Weltmacht in einem Winkel des Globus mit skrupellosem Handel in einem anderen zu sichern. Verdächtigerweise sterben einige belastende Kronzeugen rechtzeitig an »Krebs«, darunter auch der einstige »Spezi« Reagans, CIA-Direktor Bill Casey, im Mai 1987. Seine Witwe beschwört seinen Patriotismus. Andere, wohlhabende Patrioten sorgen dafür, daß Oberstleutnant Norths Kampffond wohl gefüllt bleibt, indem sie sich mit ihm fotografieren lassen. Eine Fotografie kostet $ 15.000 bis $ 25.000. Der hierbei offengelegte Machiavellsche Zynismus wirkt auf Politikwissenschaftler schon wegen seines klaren, von einer winzigsten Spitzengruppe ausflutenden Machtgefälles befreiend. Schließlich wäre es möglich, daß diese Elite – falls sie sich von der Rentabilität vernünftiger Motive überzeugen ließe – ihre Weltmacht auch für ethisch unanfechtbare Ziele einsetzt. Dagegen sprechen jedoch: (a) die in den nachkolumbischen Jahrhunderten in Süd- besonders aber in Nordamerika vorherrschende »Kultur« des Beutekapitalismus (»Raff zusammen, soviel du nur kannst, denn morgen willst du *noch* mehr!«); (b) die Ausdehnung dieser zügellosen Mentalität über den ganzen Erdkreis; (c) die schon erwähnte Einstellung, kein Risiko eingehen zu wollen – auch kein Kyoto-Protokoll zur Rettung der Welt und Umwelt. Endlich ist

das »eherne Gesetz der Oligarchie« unvereinbar mit der Idee und der Praxis der sogenannten repräsentativen Demokratie.

Der Präsident verkündet seine Reagan-Doktrin: die Vereinigten Staaten machen es zu ihrer offen erklärten Aufgabe, »Freiheitskämpfer« gegen sowjetabhängige oder linksgerichtete Regimes rund um den Erdball zu unterstützen. Denn die Sowjetunion ist das *»Reich des Bösen«*. Damit hat Reagan Recht. Doch schon lange vor ihm – und lange vor der Existenz der Cäsaropapen Johnson, Roosevelt, Wilson etc. – proklamierte aus den Ruinen des römischen Weltreiches im 5. Jahrhundert der Hl. Augustinus weit umfassender und realer den uns bis heute prägenden Satz von der Urfeindschaft zwischen dem Gottesreich und der ›civitas terrena aut diaboli‹, dem Erden- und Teufelsstaat. Es herrscht wohl kein Zweifel darüber, wo der »Gesellschaftsstaat« Reagans und seiner Vorgänger hingehört. Tatsächlich mischen sich er und seine Nachfolger immer gründlicher und grausamer in die internen Angelegenheiten anderer Länder ein: nicht allein in Afghanistan, Nikaragua, Panama, Kolumbien, Grenada sondern auch in Angola, Äthiopien, Somalia, Libyen, dem Sudan, im Irak und Iran und in Bahrein, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien, Süd-Slawien, Serbien, Kossovo, Mazedonien, dem wilden Kurdistan, Georgien, Tschetschenien und den Anrainern des Kaspischen Meeres, Zentralasien usw. usf. Nur in Palästina und Israel, im Freiheits- und Lebenskampf des palästinensischen Volkes gegen einen allseits übermächtigen Staatsterror, wird sehr sachte vorgegangen. Im Kern ist Reagans *Tom-Paine*-Zitat – des englischen Revolutionärs des 18. Jahrhunderts, der von der amerikanischen zur radikalen französischen Revolution überlief: »Wir haben es in unserer Macht, die Welt wieder von neuem zu gestalten«, zwar für ihn und die Masse der amerikanischen Bevölkerung charakteristisch, doch historisch, ethisch und real wie auch für Reagan persönlich, total und totalitär falsch.

Nun noch einen Blick auf einige Taten der europäischen Spätgeburt. Wie in der ganzen, vorliegenden Abhandlung wird episodisch-sprunghaft vorgegangen, um gewisse geschichtliche Leitmotive besser herausstellen zu können.

La bella Italia

Manche Beobachter stören einige Ungereimtheiten während der Eroberung Italiens durch die Alliierten in der Zeit von 1943 bis 1945. Wohlbekannt ist, daß Präsident F. D. Roosevelt seinem

guten Freund Stalin die gesamte Landmasse und alle Völker zwischen der Werra, der mittleren Donau und der Adria im Westen bis zum Gelben Meer und der Ostkoreanischen Bucht großzügig gleich mehrmals »schenkt« also Länder und Völker, die ihm gar nicht gehören. Freilich behält am Ende des Zweiten Weltkrieges Roosevelt, wie Noam Chromsky erklärt, die geopolitische Rand- doch wirtschaftlich höchst wichtige Zone Westdeutschlands und Westeuropas und die Ost- und Westküsten beider Weltmeere in der Hand.

Tatsächlich geschieht in Italien folgendes: auf den ersten einrückenden amerikanischen Panzern sitzen jene italienischen *Mafiosi*, die Jahre zuvor gerade noch nach Amerika entwischen konnten, als Mussolini mit seinen härtesten Präfekten in Süditalien und Sizilien durchgriff. Diese hatten sich in New York, Havanna, Chicago, Las Vegas und Miami häuslich eingerichtet. Sie wechselten auch in die Politik über, wo sie für amerikanische politische Häuptlinge, Senatoren, Generalstaatsanwälte usw. »gute Dienste« leisten konnten. Ja, noch 1980 setzt das geachtete Pulitzerblatt *»The St. Louis Post-Dispatch«* Nachrichten in Umlauf, wonach Ronald Reagan – der langjährige Chef der Gewerkschaft der Filmschauspieler – es der Mafia u.a. erlaubt hatte, allerorts Filmschlager auf den, der Mafia gehörenden juke boxes gewinnbringend abzuspielen. Aus Dankbarkeit schenkt sie Reagan seinen ersten Rancho bei Santa Barbara in Kalifornien. Luzifer gegen Beelzebub, sozusagen. Die brutale und zahlreiche Kommunistenbewegung mit ihren Partisanen, die mindestens 320.000 ihrer italienischen Landsleute umbrachte, wird entschärft. Wie Roosevelt einst von einem karibischen Diktator gesagt hatte: »Er ist vielleicht ein Hundesohn; aber er ist unser Hundesohn.« Freilich ist es nicht sicher, ob Roosevelt direkt in die betreffende Entscheidung eingriff. Möglich, daß Stimson, sein republikanischer Kriegsminister, der glänzende Beziehungen zur Wallstreet und der Großindustrie unterhielt, oder Stettinius, ab 1944 amerikanischer Außenminister, die Anweisung gab, die italienischen Kommunisten zu »zivilisieren«.

Korea und Japan

Die durch diese Enthüllungen in einfältigen Gemütern vielleicht angerichtete Verwirrung wird dadurch noch verschlimmert, daß im klassischen Beispiel der »kommunistischen Aggression«, dem Koreakrieg, beide Seiten, Süd- und Nordkorea einander an-

griffen. Schon vor dem Einrücken der amerikanischen Streitkräfte in die »Zone« südlich des 38. Breitengrades hatte sich am 6. September 1945 in Seoul eine gesamtkoreanische sogenannt »Provisorische Koreanische Kommission« etabliert die später als ›Koreanische Volksrepublik‹ bekanntgeworden ist. Ihr Führer ist der liberale Lyuh Woon Hyung. Er wird am 19. Juli 1947 ermordet. Der amerikanische Oberbefehlshaber General John R. Hodge übergeht Lyuh und erklärt seine provisorische Verwaltung für rechtswidrig. Anscheinend arbeiten beide Besatzer, die Sowjets und die Amerikaner auf die Konsolidierung ihnen genehmer Regimes hin, trotz des Beschlusses der Moskauer Außenministerkonferenz vom Dezember 1945, eine gesamtkoreanische, »demokratische« Regierung unter der Aufsicht der USA, der UdSSR, des UK und Chinas zu errichten. Im Oktober 1945 wird Syngman Rhee in einem amerikanischen Heeresflugzeug aus Washington D.C. eingeflogen. Am 14. Februar 1946 wird er zum Vorsitzenden des rechtsgerichteten »Repräsentativen Demokratischen Rats« ernannt. Stufenweise arbeitet sich Rhee, mit amerikanischer Unterstützung zum Präsidenten der südkoreanischen Regierung empor. Im Norden schaffen die Sowjets einen »Obersten Volksrat« und ziehen sich Ende 1948 aus Korea zurück. Beide Hälften versprechen, die andere zu »befreien«. Vom 21. Januar 1947 bis 15. Dezember 1949 sollen Einheiten des südkoreanischen Heeres und der Staatsjugend 1863mal das Hoheitsgebiet Nordkoreas verletzt haben. Es werden 432 kämpferische Einsätze in 13 Bezirken des Nordens gemeldet. Das kommunistische Regime revanchiert sich mit Einfällen und Guerillasabotage im Süden. Die USA nehmen eine zwiespältige Haltung ein. Einerseits krallen sie sich im koreanischen Zipfel des asiatischen Festlandes fest. Zum anderen verweigern sie den koreanischen Streitkräften die schweren Waffen für eine Invasion des Nordens – oder für die wirksame Abwehr eines Stoßes aus dem Norden. U.S.-Außenminister Dean Acheson verschlimmert die Lage noch, indem er am 12. Januar 1950 vor dem ›National Press Club‹ in New York erklärt, der amerikanische Verteidigungskreis im Fernen Osten umschließe die Aleuten, Japan, die Ryu-Kyu-Inseln und die Philippinen. Korea und Taiwan lagen jenseits dieser neuerrichteten »Maginotlinie«. Ihre Verteidigung sei Sache der UNO. Daraufhin greift am 25. Juni 1950 eine bescheidene Streitmacht von 75.000 Soldaten der Demokratischen Volksrepublik Korea den Süden an. Von seinem geruhsamen Wochenende im tropisch-schwülen Wa-

shington aufgescheucht, reagiert der Präsident Truman mit Bravado: »Das ist das ›Griechenland‹ im Fernen Osten. Wenn wir jetzt hart genug sind, gibt es keinen weiteren Schritt.« Die UNO wird mobilisiert. Als der »Konflikt« am 27. Juli 1953 mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes endet, wird die Zahl von 33.000 gefallenen GIs von Leichenbergen zu beiden Seiten des 38. Breitengrades überschattet: mindestens eine Million tote Südkoreaner, weit mehr als eine Million tote Nordkoreaner und Chinesen, in der mehrheit koreanische Zivilisten. Trotz Trumans »hartem« Vorgehen – der Ausdehnung der ›Trumandoktrin‹ aus dem Nahen in den Fernen Osten und der Stärkung der ›Einkreisungspolitik‹ der UdSSR – steht die Stärke der amerikanischen Reaktion in gar keinem Verhältnis zur Totalität der angewandten diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Mittel gegen das Japanische und das Deutsche Reich. Stellten Deutschland und Japan eine um so viel mächtigere Bedrohung Amerikas und Großbritannien dar als das, ein Drittel der Erde beherrschende, mit Kernwaffen bestückte Sowjetreich? Im Gegenteil. Eben weil sie soviel schwächer waren, konnten Churchill, Lloyd George, Charles E. Hughes, Stimson, Roosevelt, Morgenthau et Co. es sich leisten, mit einem totalen Krieg gegen sie aufzutrumpfen. Oder gab es ein noch unenthülltes »gentleman's agreement« zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus? ...

Erbaulicheres gibt es aus Japan zu berichten. Im Gegensatz zu Deutschland wurden hier die Sowjetunion herausgehalten, die Reparationen vermindert, das Entkartellisierungsprogramm aufgehoben und Kommunisten aus Staats- und Universitätsstellen entfernt. Ab Anfang 1948, als Mao Tse-Tung China überrollt, wird Japan unter der Leitung des Diplomaten George F. Kennan zu einer amerikanischen Bastion in Asien ausgebaut. Früh schon, im April 1950 beginnen die USA, beraten vom geschickten republikanischen Unterhändler John Foster Dulles, Friedensverhandlungen mit Japan. Der Friede wird im September 1951 unterzeichnet – von den USA und 50 weiteren Staaten, nicht aber der Sowjetunion und ihren Trabanten. Die juristische Souveränität Japans wird wiederhergestellt – 40 Jahre eher als im Falle Deutschlands. Okinawa bleibt ein wichtiger amerikanischer Stützpunkt. Im sich anschließenden Sicherheitspakt, wird es den USA gestattet, Truppen in Japan zu stationieren. 1972 wird Okinawa dem Hoheitsgebiet Japans wieder einverleibt. Nur die sich nördlich an Hokkaido anschließenden *Kurilen* –

die Roosevelt zusammen mit der südlichen Hälfte Sachalins, Stalin geschenkt hatte – sind noch ein Stolperstein auf dem Pfad zu gänzlich geglätteten Beziehungen zwischen Japan und Putins Rußland. Ihr Staatslenker in Berlin, wacht auf: Japan gibt selbst die bescheidenen (südlichen) Kurileninseln nicht auf ...

Vietnam oder der ewig unschuldig Angegriffene

»Ganz wie bei F. D. Roosevelt und Hitler, ganz wie bei Wilson und dem Kaiser ...« – Das denkt Präsident L. B. Johnson über sich und Indochina – und das trompeten die Cäsaropapisten Bill Clinton und Georg Bush d.Jü. in die Welt hinaus. Einzig die »amerikanische Schwäche« und das Versäumnis, rechtzeitig die harte Stirn zu bieten, sind der Grund für die ewig wiederholten Aggressionen des unrettbar verderbten Auslandes, gegen die USA (der Indianer, der Spanier, der Franzosen, der Mexikaner, wiederum der Indianer, der Spanier, der Kubaner und Philippinos, der Deutschen, der Japaner, der Guatemalteken, der Dominikaner, der Nikaraguer ... der zutiefst bösen Irakis, der Serben usw. usf.). Deswegen muß ständig ein brutalst geführter totaler Krieg angezettelt werden, koste es die anderen was es wolle. Amerika ist nun mal das Gelobte Land Gottes, das ständig recht hat und ständig recht ist. Im Gegensatz dazu der Ausspruch von Frau Claire Boothe Luce, Vetreterin der unverbogenen und wahrheitsliebenden Minderheit: »F. D. R(oosevelt) – der Kerl, der uns in den Zweiten Weltkrieg hineinlog«. Frau Boothe Luce, eine namhafte Schriftstellerin und Gattin des 1967 verstorbenen Nachrichtenlöwen Henry Luce, Herausgeber der Welt-Zeitschriften ›Life‹, ›Time‹ und ›Fortune‹, war – wie bekannt – eine der herausragenden Frauen Amerikas im 20. Jahrhundert. Wie Eugen Kühnemann, vor 1917 Carl Schurz, Professor für Germanistik an der Universität Wisconsin, feststellt: »Dieses ganze ›Staatswesen‹ trägt den Charakter der Unredlichkeit, des Mangels an Sachlichkeit und wahrem Verantwortungsgefühl, der Abhängigkeit von staatsfremden Beweggründen rettungslos in sich. Vor allem ist es in keinem Sinne ... eine Herrschaft des Volkes ... Alles, vielmehr ist Maschine ...«[58]

Hinsichtlich dieser »Maschine«, der elitären Plutokratie und der von ihr zielstrebig und grausam aufgebauten, vorherrschen-

---

[58] Eugen Kühnemann, *Deutschland und Amerika.* C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung München, 1917

den politischen Kultur, ruft José Martí, der berühmte kubanische Freiheitskämpfer 1895 voll Abscheu aus: »Ich habe in den Eingeweiden des Ungeheuers gehaust, und ich weiß es.« Die Einheimischen Nordamerikas, die Indianer sind das erste »außenpolitische« und die eingewanderte Bevölkerung der USA ist das erste »innenpolitische« Opfer der Machtelite – auch wenn sie sich vorstellen, im paradiesischen Hort der Freiheit zu leben.

Als mit dem diplomatischen Fiasko der englisch-französisch-israelischen Aggression gegen Dschamel Abdel Nassers Ägypten 1956 Eisenhower und John F. Dulles sich noch gründlicher mit dem Auflesen der Bruchstücke der ehemaligen Weltkolonialreiche beschäftigen, treffen sie auch auf die, 1954 in Genf für »unabhängig« erklärten einstigen französischen Dependencen Laos, Vietnam und Kambodscha. Wir erinnern uns der, für die Franzosen niederschmetternden Katastrophe von Dien Bien-Phu. Doch anstatt davon das Prinzip der militärischen Nichteinmischung abzuleiten, verwickeln sich die CIA und Onkel Sam immer stärker in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten. Ungeachtet einer neuen Genfer Konferenz (1961/62) welche zum Ziel hatte, die Neutralität Laos abzusichern, drängen sich die USA immer weiter durch die Hintertür Laos und Südvietnams. Präsident Eisenhower schreckt das Gespenst, daß in Südostasiens ein Land nach dem anderen »wie Dominos« den Kommunisten in den Schoß fallen könnte. Trotz der Warnungen seines Kollegen General Omar Bradley, sich auf gar keinen Fall in einen Landkrieg in Asien verwickeln zu lassen, schleusen er und sein Nachfolger Kennedy immer mehr amerikanische »Militärberater« in diese Länder. Obwohl Onkel Sam schon wenig Gespür für die fein verflochtenen Eigenheiten Europas aufbrachte, hat er für Südostasien vielleicht noch weniger Fingerspitzengefühl. Der Finger bleibt am Abzug. Im Ernstfall kracht's. Ein amerikanischer Nachrichtenbericht zog zwar den Schluß, daß die etwa 17.000 Vietcongpartisanen in Südvietnam hauptsächlich im Süden des Landes ansäßig seien und daß sie 80–90 v.H. ihres Nachschubs vor Ort bezögen. Im November 1963 aber gibt es schon 16.700 amerikanische »Berater«. Ein Programm der »strategischen Weiler« wird eingeführt, das auf den Erfahrungen der »partisanenbrechenden« Briten in Malaien nach 1946 aufgebaut ist und darauf abzielt, die Kleinbauern auf dem Land in »Konzentrationsorten« einzupferchen. Auf diese Weise sollen sie völlig von den Vietcong abgeschnitten werden. In Wirklichkeit jedoch wird damit eher das Gegenteil erreicht.

Als der katholische Premierminister Ngo Dinh Diem und sein Bruder gegen die protestierenden Buddhisten – die Mehrheit Südvietnams – hart durchgreifen, läßt der neue amerikanische Botschafter in Saigon Henry Cabot Lodge das Alte Regime von einem Militärputsch hinwegfegen. Weitere Diktatoren und »Harte Männer« lösen einander in Saigon ab – was der Partisanenabwehr nicht gerade zugute kommt. Als Präsident Kennedy die Reform seiner eigenen »Prätorianergarde«, der CIA anzuvisieren scheint, fällt auch er am 22. November 1963 einem Attentat zum Opfer. Sein Nachfolger, der wohlbekannte Texaner L. B. *Johnson* – gesellschaftlich und politisch das genaue Gegenteil Henry Cabot Lodges, der ein Sproß der allererlauchtesten Brahmanenkaste Bostons ist – dehnt den Krieg auch auf Nordvietnam aus, zu Wasser und in der Luft. Um seine Absicht, den Krieg mit vielen Hunderttausenden weiteren amerikanischen Rekruten zu gewinnen, daheim in den USA appetitlicher zu machen, benötigt Johnson nach gutem altem Vorbild einen »Zwischenfall«; mit anderen Worten, ein Klein-Pearl-Harbor. Tatsächlich, am 2. August 1964, wird dann im Tonkingolf, wenige Meilen vor der nordvietnamesischen Küste, ein amerikanischer Zerstörer, der in einem Spionageeinsatz steht, von nordvietnamesischen Torpedobooten beschossen. Da sich die mächtige »7. Flotte« mitten im Golf befindet, sind amerikanische Flugzeuge rasch herbei. Ein nordvietnamesisches Boot wird versenkt. Trotzdem werden amerikanische Zerstörer noch näher an die Küste heran beordert. Am 4. August zeigen die Radargeräte der Amerikaner angeblich das Nahen nordvietnamesischer Schnellboote an. Die Amerikaner feuern wie wild in alle Richtungen und ihre Flugzeuge fegen über die Wogen. Doch, obwohl kein Angriff vorzuliegen scheint, nützt der Präsident den Tumult aus und erscheint im amerikanischen Fernsehen, um (1) Luftangriffe gegen Nordvietnam anzusagen, die mit der Zeit erheblich verstärkt werden, (2) die amerikanische Öffentlichkeit von der »Aggression« des Feindes, der »moralischen Güte und dem ethischen Zweck« der eigenen Vorhaben zu überzeugen – was vorderhand glückt und (3) den *Kongreß* zum Aufgeben seiner verfassungsgemäßen Rechte, Krieg zu erklären und kriegführende Maßnahmen zu beschließen, zu veranlassen. Auch das glückt – denn das Glück ist dem Kühnen hold. Im »Tonkin-Golf-Beschluß« (Tonkin Gulf Resolution) vom 7. August 1964 entledigt sich der Kongreß seiner Rechte mit Bravour: 416-0 im Abgeordnetenhaus, 88-2 im Senat. Nur die Senatoren Ernst

Gruening (Alaska) und Wayne Morse (Oregon) stimmen gegen den Cäsaropapen Johnson. 1970, sechs Jahre später, bereut der Senat seinen ethischen Selbstmord und macht ihn rückgängig. Aber können Millionen Kriegsopfer und die ungeheure Verwüstung Indochinas rückgängig gemacht werden? Freilich waren die amerikanischen Verluste in »Amerikas längstem Krieg« (1960–1975) erstaunlich gering: 47.393 Gefallene und 153.363 Verwundete; zuzüglich 10.800 anderweitig Betroffene, wie Kranke, Unfallgeschädigte usw. Die Kosten allerdings waren gewaltig, mindestens 155 Milliarden Dollar und dazu wohl noch weitere 200 Milliarden, um die Folgen des Krieges an der »Heimatfront« zu beseitigen. Wirtschaftlich und politisch wurden die USA anscheinend bis ins Mark getroffen – allein schon deswegen, weil die amerikanische Niederlage vom Fernsehen schonungslos wiedergegeben wurde. Das erste Opfer war die – vorgesehene – Sozialgesetzgebung von Präsident Johnsons ›großer Gesellschaft‹. 1981 gab ihr Ronnie Reagan den Fangstoß, als er sehr wirksam ein hysterisch aufgeputschtes Massensendungsbewußtsein dem wahren Fortschritt in der Wirtschaft und der Innenpolitik vorzog – zum Wohl seiner Freunde in der Plutokratie. Seither gibt es »Kanonen und Raketen mit sehr viel Butter« für die oberen Zehntausend – aber tränende Augenwäsche für die restlichen 284 Millionen Amerikaner. Das Bild eines total einseitig verkrüppelten Entwicklungslandes, das die USA naturgemäß widergeben und das Präsident Johnson verschönern und verbessern wollte – er war zwar völlig korrupt aber noch lange nicht so verderbt wie F. D. Roosevelt und R. Reagan – bleibt. Wird dies künftig zum Normaldasein der Erdbevölkerung? Hier ein uniformer, unterschiedloser Brei von gesteuerten Robotern, da eine hauchdünne, in New York und Südkalifornien ihre Netze spinnende Weltmachtelite? Jedenfalls schießt geistig alles immer steiler bergab.

Im Gegensatz zu den gelinden amerikanischen Verlusten sind die Indochinas und Vietnams katastrophal. Es wird berichtet, daß in der Zeit von 1964 bis 1973 amerikanische Flugzeuge dreimal so viel Bomben auf Indochina abwerfen als während des Zweiten Weltkrieges ... Dazu gesellen sich Tausende Tonnen ätzender Giftstoffe wie Agent Orange. ›Indochina‹ ist der erste unbegrenzte chemische Krieg gegen eine Zivilbevölkerung.

Noch heute, im dritten Jahrtausend, treten als Folge dessen immer noch Tausende Mißgeburten und Genschäden in Vietnam und Indochina auf. Doch – im Gegensatz zum narzissti-

schen Beweinen der eigenen Toten – wird kaum je eine Zähre für die ungleich höhere Zahl der Getöteten der anderen Seite vergoßen. Mit drei Millionen Toten – von denen zwei Drittel Zivilisten sind – ist die Anzahl der Bevölkerungsverluste Indochinas wahrscheinlich eher zu tief als zu hoch geschätzt. 47.400 Gefallene da – Millionen Tote dort. Im Koreakonflikt ist die Verlustdiskrepanz ebenso extrem. Im Zweiten und im Ersten Weltkrieg steht es nicht sehr anders. Dazu gesellt sich noch der Umstand, daß – seit den Tagen Andrew Jacksons Anfang des 19. Jahrhunderts angebliche Aggressionen furchterregender, bis an die Zähne bewaffneter, völlig verruchter Böser auf den stets unschuldig angegriffenen Onkel Sam die Annalen der amerikanischen Geschichte füllen. Die großen Ausnahmen sind der republikanische Präsident Herbert Hoover und – von der »fortgeschrittenen Zeit« abgeschwächt – der demokratische Präsident Carter. Daß dazu noch die furchtbarste Mißachtung der Genfer Konvention und der Haager Landkriegsordnung usw., der kompromißlos totale Krieg gegen die Zivilbevölkerung u.a. Hiroshima, Nagasaki, Vietnam, Nikaragua, Panama, der Golfkrieg und seine Folgen – von den USA ausgeht, deutet auf zwei Hauptmotive jenseits des »kapitalistischen Gewinntriebes« hin. Das eine ist die schon erwähnte Überzeugung, das einzige von Gott auserwählte Volk in der Welt zu sein, dem alles sich unterzuordnen habe. Das andere ist damit verwandt und betrifft die puritanisch-kalvinische Kultur Neu-Englands. In ihrer politischen Ausprägung hat diese während des Sezessionskrieges die historisch und politisch hervorragendste Kultur der USA: nämlich die Virginias, total vernichtet und versucht seither, unter der Führung geistig und leiblich verkrüppelter Persönlichkeiten dasselbe mit Europa, besonders mit den Deutschen und mit »der ganzen Welt«. Denn die Welt muß gerichtet werden. Siehe das Werk des spanisch-amerikanischen, in Rom verstorbenen Philosophen George Santayana. Keine Abhandlung drückt diese Tendenz sinnbildlich besser aus als der berühmte, von Herman Melville 1851 verfaßte Roman »Moby Dick«. Es handelt sich um das Walfangschiff »Pequod«, das Wilde von der Südsee, Indianer und metaphorisch die ganze Menschheit unter dem Kommando des fanatisch-holzbeinigen Kapitän Ahab vereint. Dieser jagt den ›Großen Weißen Wal‹, der andererseits die noch unberührte Natur, die weiße Rasse oder Ahabs eigenes, puritanisch-unterdrücktes »Es« darstellen könnte. Am Schluß versenkt der Weiße Wal das Schiff des Kapitäns und sie reißen sich beide in die Tiefe.

Politisch und historisch ist der Roman heute ebenso aktuell wie seinerzeit, im Jahrzehnt vor dem Ausbruch des Sezessionskrieges. Es fragt sich nur, ob es dem Typ des ›Präsidenten Ahab‹ gelingen wird, im Laufe seiner selbstverdammten Karriere die Schöpfung, die Menschheit und gar das Weltall mit sich in die Tiefe zu reißen? Da lob' ich mir die simplen Deutschen, Johann Gottfried Herder aus Ostpreußen und Leopold v. Ranke, den gebürtigen Thüringer, die den Gedanken der individuell-verschiedenen Auserwähltheit eines jeden Volkes und einer jeden geschichtlichen Epoche hochhalten, und zwar so »... wie es eigentlich gewesen«. Auf den Gedanken folgt die Tat.

As-Säf al Massári (»das Schwert des Geldes«)?

In vergangenen Jahrhunderten vernahmen abendländische Ohren, die des Arabischen geläufig waren, dann und wann den Ausdruck: *»As-Säf ul-Islam«*, »das Schwert des wahren Glaubens«. Damit verbanden sich Vorstellungen von Eroberernaturen oder -dynastien, wie die der Osmanli, die das Banner des Propheten in fremdgläubige Räume zu verpflanzen gewohnt waren. Wohl einer der berühmtesten war der große Al-Mansur (der Eroberer) von Cordoba, der im Jahre 997 das ferne Santiago de Compostela, einen der bedeutendsten Wallfahrtsorte der Christenheit brandschatzte. Wenige Jahrhunderte danach revanchierten sich die Christen gründlich, indem sie Toledo, Lissabon, Sevilla, Cordoba und schließlich Malaga und das unvergleichliche Granada blutig einnahmen. Aber, aber ...! Im brutal-mechanistischen 20. und 21. Jahrhundert versinken doch alle religiös-weltanschaulichen Motive – um mit Trotzki zu sprechen – im Misthaufen der Geschichte! In der »Jetztzeit« wird nur das Schwert des Geldes geschwungen. Oder etwa nicht? Wer die letzten Kapitel aufmerksam gelesen hat, wird einsehen, daß im Bunde mit der unleugbaren »Religion« des Geldes, der Raffgier und der Geopolitik dem Superideologisch-Weltanschaulichen der erste Platz gebührt, besonders in den USA. Auf ihre Beziehungen zum Nahen Osten, Zentralasien wie dem Balkan, sei beispielhaft verwiesen. Im geopolitisch und weltwirtschaftlich wichtigen Raum Vorderasien – der Drehtür zwischen Asien, Europa und Afrika – versieht zweifellos Israel die Funktion des »Degens Amerikas«. Seit 1947/48, seit den ereignisreichen Tagen des Präsidenten Truman – in der Machtpolitik geschult von den Häuptlingen der Pendergast-Maschine

von Kansas City – ist Amerika seinem Schützling Israel in sechs internationalen Regionalkriegen, einschließlich des Golfkrieges beigestanden – selbst 1956, als England und Frankreich dem Zorn Eisenhowers geopfert wurden und besonders 1973, als die überwältigenden Panzer- und Flugzeugverluste der Israeli nur dadurch wettgemacht werden können, daß Nixon die amerikanische Front in Deutschland usf. von Kriegsgerät entblößt. Tatsächlich ficht Israel bis heute (2008) Onkel Sams Stellvertreterkriege gegen die arabischen und islamischen Massen im Morgenlande, indem es deren »Stoßtrupps« und »Vorhut«, die Intifadah ohne Zögern zerschlägt und die islamischen und christlichen Araber Palästinas mit überwältigendem Staatsterror und systematischer Tyrannei unterjocht. Die überlebenden Einheimischen werden in – von Betonmauern umriegelten – Reservaten d.h. Konzentrationsorten halbverhungert eingepfercht, die Obstgärten und Felder der Araber für neue – illegale – israelische Wehrsiedlungen enteignet. Schon jahrzehntelang werden die Araber als Menschen dritter Klasse eingestuft und werden die Regierungen in den benachbarten arabischen und islamischen Mittelstaaten – vor allem in Ägypten, Syrien, in dem am Boden liegenden Irak und im Iran – die sämtlich mit politischen und Bevölkerungskrisen zu kämpfen haben, mittels der stärksten und bestausgerüsteten Streitmacht zwischen dem Atlantik und dem Gelben Meer tödlich bedroht. Das mag den amerikanischen Spitzenpolitikern und dem Pentagon zwar als »Ordnung« und »Stabilität« erscheinen, ist es aber allenfalls nur vordergründig. Um mit Dr. Yvonne Haddad, Geschichtsprofessorin am »Center for Muslim-Christian Understanding« der Georgetown Universität in Washington zu sprechen, wäre es weit klüger gewesen, hätten die Vereinigten Staaten schon vor Jahren auch nur den Anschein vermieden, in den ausgefahrenen Spuren der alten Imperialisten, vornämlich der Briten und Franzosen einherzumarschieren um noch mächtiger, noch gewaltpolitischer aufzutreten. Die glorreichen Tage der Vernichtungsstrategie Feldmarschall Kitcheners und des jungen Winston Churchill gegen die schwachbewaffneten Scharen des Mahdi im Anglo-Ägyptischen Sudan sind schon lange dahin. Schon 1917 und 1919 – im Widerschein der Unabhängigkeitserklärung von 1776 – hatten die USA auf das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« gepocht und hatten damit den, mit Recht nach nationaler Freiheit strebenden Völkern zumindest geistig-ideologischen Auftrieb gegeben. Es gibt kein Zurück. Die Alternativen lauten: entweder (1) die im-

periale Stabilität mit der Unterstützung korrupter/reaktionärer Regierungsschichten in Ägypten, Saudi Arabien, Bahrein, Kuwait usw. und mit weiterer Waffen- und Finanzhilfe für immer blutigere israelische Ausrottungsmaßnahmen aufrechtzuerhalten.

Damit gehen die USA das wachsende Risiko einer immer kritischer werdenden Labilität vom Nil bis Java ein – oder (2) »gewähren wir den palästinischen Arabern ihre heißersehnte politische und wirtschaftliche Selbständigkeit«.

Ist allerdings nach den – 2006 vom israelischen Staat durchgeführten Massakern – die Zeit für die zweite, die einzig vernünftige Alternative schon verstrichen, dann dürfen wir uns ruhig auf einen III. Weltkonflikt vorbereiten. Denn trotz aller diplomatischen Offensiven wird sich weder Rußland noch China dem Chaos in Vorderasien entziehen können. Es ist also allerhöchste Zeit, das Ruder herumzuwerfen.

Doch, ungeachtet aller Gewitterwolken umflattert die Hoffnung namentlich jene, die sich für eine Zusammenarbeit zwischen den Völkern und Staaten tatkräftig einsetzen. Eine kurze Übersicht der Auf- und Abbewegungen: 1897 gründet Dr. Theodor Herzl u.a. die Zionistische Weltorganisation. 1917 – Balfour-Erklärung. Den Juden wird eine Heimstatt in Palästina zugesagt. 1920 erhält Großbritannien das »Völkerbundsmandat« über Palästina. 1939–1945: Zweiter Weltkrieg, vor dessen Beginn Mussolini und Hitler die Zellen der jüdischen Untergrundbewegung in Palästina unterstützen (Frau Golda Meir entsinnt sich). Antisemitismus und Gewalt gegen die Juden. 1947 – Beschluß Nr. 181 der UNO-Generalversammlung sieht einen arabischen und einen jüdischen Staat in Palästina vor. Die Stadt *Jerusalem* soll unter internationale Aufsicht gestellt werden. Die Vertreibung der Palästinenser beginnt. 1948 – UNO-Beschluß Nr. 194 bekräftigt das Recht der palästinischen Flüchtlinge, ihr Hab und Gut wieder zurückzuerlangen. 1950 – Der israelische Knesset verabschiedet das »Gesetz der Rückkehr« ins »eigene Land«. 1956 – Suezkrieg mit Ägypten. 1967 – Präsident Nasser verläßt sich auf amerikanische Versicherungen und wird von Israels Angriff überrascht. Beschluß Nr. 242 des UN-Sicherheitsrats rät Israel, erobertes Land gegen eine feste Sicherheitsgarantie zurückzugeben. 1973 – Jom Kippur-Krieg. UNO-Beschluß Nr. 338 des Sicherheitsrats bekräftigt Nr. 242. 1978 – Das »Camp-David-Abkommen« zwischen den USA, Israel und Ägypten. 1987 – Die erste palästinensische Erhebung (Intifadah). 1991 – Die USA und die Sowjetunion erklären ihre Ab-

sicht, den »Friedensprozeß« im Nahen Osten zu stärken, in Madrid. 1993 – Die Friedensabmachung von Oslo I: Palästinensische Autonomie im Westjordanland (West Bank) und Teilen Gazas. 1995 – Oslo II: ein Abkommen von 15 Punkten soll dem Friedensvorgang weiterhelfen. Im November 1995 wird der sozialdemokratische (Labour) Premierminister Jitschak Rabin von einem Rechtsextremisten ermordet. 1999 – Das Wye-Protokoll: Israel zieht einige Truppen aus dem Westufer zurück. 2000 – Fehlschlag des Camp-David-Gipfeltreffens zwischen Präsident Clinton, Jassir Arafat und Premier Ehud Barak. Auf dem Programm stehen: der endgültige Status Jerusalems, das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge/Wiedergutmachung, wie auch die Frage der immer weiter sich ausbreitenden Wehrsiedlungen.

Anfang der 2. *Intifadah*. Staatsterror Israels unter Premierminister Ariel Scharon (1982 Aggressor gegen Libanon); in Dschenihn, Ramallah, Bethlehem usw.

Hoch- und Tiefpunkte lösen einander ab. Es ist in jeder Hinsicht niederschmetternd, daß ein führender, verantwortungsbewußter Politiker wie Rabin, der in der Lage zu sein scheint, seinem Staat einen dauernden Frieden mit den Nachbarn zu bescheren – wenn auch unter der ständigen Obhut des Großen Bruders jenseits des Atlantik – von radikalen Elementen, die Gott sei Dank nicht die Mehrheit Israels vertreten, niedergestoßen werden kann. 1998 und wieder 2002 im amerikanischen Fernsehen (PBS) gibt der Lateinische Patriarch Jerusalems, Michel Sabbah Erklärungen ab, die den Weg zum wahren Frieden aufzeigen: »Gerechtigkeit bedeutet, daß alle Menschen gleich behandelt werden. Wenn die eine Seite einen Staat hat, muß die andere auch einen haben. Wenn Israel das Recht auf Sicherheit beansprucht, muß Palästina dasselbe Recht eingeräumt werden. Wenn der Mensch das Recht auf Freiheit hat, dann müssen alle das Recht haben, frei zu sein. Die Palästinenser verlangten nur nach Gerechtigkeit. Wird beiden Seiten Gerechtigkeit erwiesen, dann folgen Sicherheit und Friede.«

Bravo! Im Irak ist die Lage noch furchtbarer. Einige Hinweise mögen genügen[59]: Kuwait ist seit fünf Jahrtausenden ein Bestandteil Mesopotamiens und Iraks. Nominell noch zum

---

[59] Für nähere Hinweise sei auf den Artikel des Verfassers im ›*Journal of Historical Review*‹, Kalifornien, 1991 hingewiesen: »Whom the Gods Want to Destroy: The Gulf War«

Osmanischen Reiche gehörend, wird die ölreiche Gegend als Protektorat von den Engländern, nach 1953 von den Amerikanern eingesäckelt und von der as-Sabah-Sippe reaktionär verwaltet. Siehe da! Acht Tage vor dem Einfall der irakischen Truppen in Kuwait am 2. August 1990 kommt es zu einer Unterredung zwischen der amerikanischen Botschafterin April Glaspie und dem Diktator Saddam Hussein, der jahrelang einen stellvertretenden Krieg für Onkel Sam gegen den Iran geführt hat. Angewiesen vom U.S.-Außenminister – und texanischem Öljuristen – James Baker, unterrichtet sie Hussein, daß die USA Kuwait nicht als ein lebenswichtiges Gebiet betrachten (dies stellt sich vor einer Anhörung vor dem amerikanischen Senat am 17. Januar 1991 heraus). Hussein versteht das als »grünes Licht« und marschiert in Kuwait ein. Daraufhin trommelt Washington eine Koalition »bedrohter« arabischer Länder zusammen. Der Technokrieg schlägt Saddam Husseins unterentwickelte Streitkraft alsbald nieder. Die dabei und seither von den amerikanischen und englischen Luftangriffen angerichteten Zerstörungen richten sich vornehmlich gegen Zivilziele. 60 v.H. der 88.500 t unmittelbar während des Golfkrieges ausgeklinkten Bomben fallen auf Zivilisten. Die bevorzugten Ziele waren und sind: Stromwerke, Wasser- und Abwässeranlagen. Bagdad wird aus seiner Rolle einer der fortschrittlichsten Großstädte der Erde »in die Steinzeit zurückgebombt«, wie amerikanische Generale sich zufrieden ausdrücken. Trotz aller Propagandaposaunen sind nur 7 v.H. der Bomben »smart«, davon verfehlen 40 v.H. das Ziel. 93 v.H. der Bomben sind altmodisch-dumm. 70 v.H. davon »fallen daneben«. Die Masse der Menschen ist gezwungen, aus dem verseuchten Tigris zu trinken. Rasende Epidemien verbreiten sich. Dr. Ayman Beirutti vom Amara-Krankenhaus berichtet, daß von 3600 Kindern und Erwachsenen, die an einem Tag genötigt sind, Kliniken aufzusuchen, 2000 an Typhus neuerkrankt sind, den sie sich aus dem verseuchten Wasser zugezogen haben. Dazu gesellt sich noch das UNO-(lies: USA-)Embargo, das mittels der Ölhandelssperre den ganzen Irak von Lebensmitteln und Arzneien abschneidet. Vor dem Krieg importierte der Irak 70 v.H. aller Lebensmittel und medizinische Hilfsmittel für insgesamt $ 3,5 Milliarden. Das ist nun abgeschnitten. Die Folge: jährlich sterben 200.000 bis 250.000 Menschen – bei einer Bevölkerung von 20 Millionen; die meisten davon sind Kinder. Die Schlußfolgerung ist unausweichlich: die amerikanische Machtelite betreibt Völkermord zu »Friedenszeiten«. Der Irak, so ist

beschlossen, soll ein uns alle abschreckendes Beispiel abgeben. Erwähnt sei noch die Tatsache, daß der Irak seit Urzeiten eine der Quellen unserer Kultur ist. Zahllose und unschätzbare Kulturdenkmäler waren hier aufzufinden. Ob sie erhalten bleiben, scheint egal. Die Hauptsache ist, das neue Imperium bleibt bestehen und reitet im Sattel der Weltherrschaft, »Zivilisation kriegt ihr zu Genüge aus New York und Hollywood verpaßt ... (vergl. die Berichte in der Zeitschrift ›The Progressive‹ aus Madison, Wisconsin; den Bericht des früheren amerikanischen Justizministers Ramsey Clarks, ›Natural History‹, die Veröffentlichung des berühmten Naturgeschichtlichen Museums, New York).

Man sieht: die neuen Cäsaropapen sind gar nicht scheu, im nihilistischen Fahrwasser ihrer Vorgänger einherzudampfen. Joseph Alois Schumpeters Richtspruch, Churchill und Roosevelt hätten schrecklicheres Unheil angerichtet als Dschingis – Khan, darf auch über Georg Bush d.Ä. und den Jü. und Bill Clinton gefällt werden. Deutschland kann und soll ein Liedchen davon singen. Die Tatsache, daß die USA bis 1991 – genug Giftstoffmunition im westlichen Deutschland lagerte, ausreichend um die gesamte Weltbevölkerung dreißigmal ins Jenseits zu befördern, spricht für sich. Die Zivilbevölkerung hätte ins Gras gebissen.

Noám Chomsky erkennt schüchtern aber klar, daß nicht die Wüstenflöhe wie Libyen, der Sudan, Syrien, der Irak, der Iran oder Nordkorea die Schurkenstaaten darstellen, sondern die USA und ihre Klientenregimes, die nach 1991 das Monopol der einzigen Weltmacht und des Weltdenkens zu verewigen bestrebt sind. Wie eingehend sich die Weltmachtelite dabei um die amerikanische (!) Bevölkerung kümmert, erläutern dürre Zahlen. 1992, kurz nach dem Ende des ersten Golfkrieges, stellt sich heraus, daß die USA $ 61 Milliarden für den Golfkrieg ausgaben und mindestens $ 2800–3000 Milliarden (drei Billionen) Dollar für die Rüstung im folgenden Jahrzehnt, doch lediglich $ 20 Milliarden zur Lebensmittelunterstützung für arme Kinder. Nach Ausführungen des amerikanischen Kongresses lebt ein Viertel der USA-Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze.

Daß die amerikanische Durchschnittsfamilie – welcher Konfession sie auch angehört – konkret und psychisch zu den Opfern des Expansionismus gehört, kann nicht bezweifelt werden. Es sei nochmals auf die Warnungen vor der Plutokratie durch den namhaften Republikaner Kevin Philipps hingewiesen (u.a. in »Wealth and Democracy«). Ein »Staat im Staate« jedoch, der

sich mit Vorliebe mit den Verhältnissen im Raum Vorderasien befaßt, floriert: die zionistische Bewegung. Schon längst dem Stadium einer »Israel-Lobby« entwachsen, monopolisiert sie die Nachrichtenindustrien. Sie, wie auch die Katholische Kirche, unterhalten zwei der wirksamsten Nachrichtennetze der Welt. Sie findet sich glänzend in der Lage, amerikanische Politiker nach ihren Wünschen mit allen Mitteln der Machtpolitik zu ›regulieren‹ oder gar zu Fall zu bringen. Zwei Beispiele: (1) Vor seinem Tod im Dezember 1983 vertrat Clement Zablocki den Vierten Wahlkreis von Milwaukee im Repräsentantenhaus und zwar seit 1948. Als späterer Vorsitzender des ›Außenpolitischen Ausschusses‹ war er in eine der einflußreichsten Stellungen im Kongreß aufgestiegen. Doch trotz seiner sicheren Stellung erblaßte er sichtlich während einer Diskussion mit seinem Konkurrenten Adelman, als dieser Zablocki beschuldigte, »kein Freund Israels« zu sein. Anstatt den eigenartigen Tadel mit der Bemerkung von sich zu weisen, er diene seinem Volk und Vaterland – wie es sich gehört hätte – stotterte der altgediente Berufspolitiker furchtbebend eine unzulängliche Antwort. Warum, sollte sich wenige Jahre später im Falle seines Kollegen Dan Rostenkowski aus Chicago herausstellen. (2) Als Absolvent und Flügeladjutant der berüchtigten »Baley-Maschine« der Demokraten von »Cook County« war auch »Rostie« zu großer Macht gelangt. Er war der Vorsitzende des »Ways and Means Committee« im Repräsentantenhaus (etwa: »Ausschuß für Geldangelegenheiten und Mittel«) und wurde manchmal sogar als der mächtigste Mann im Repräsentantenhaus bezeichnet. Deshalb kam es wie ein Blitz aus heiterem Himmel, als er 1993/94 der Veruntreuung von Postgeldern bezichtigt und offiziell angeklagt wurde. Unter ständigen Anklagen und dem Radau der Nachrichtenmedien leidend, wurde der Machtmensch im November 1994 von seinem republikanischen Gegner Michael Flanagan geschlagen. Tatsächlich aber führte Rostenkowski – im Gegensatz zu manchen seiner Chicagoer Kollegen – ein relativ sauberes politisches Leben. Weshalb stürzte er also? Wenn den Ausführungen demokratischer Parteileute aus Chicago geglaubt werden darf – die Auskunft wird hinter vorgehaltener Hand mit angstverzerrten Mienen und aufgerissenen Augen erteilt – ließ sich ›Rostie‹ die Verzögerung von mehreren Unterstützungsmilliarden für Israel zuschulden kommen. Wie dem auch sei, im Geleit immer ernsteren politisch-militärischer und wirtschaftlicher Weltlabilität ist (als Folge) eine Reihe zermürbend totalitärer

Weltenkaiser oder »Erlöser« nicht mehr auszuschließen. Solche Hypothesen, den Gedanken Max Webers folgend, werden jüngst wieder von Samuel P. Huntington von der Harvard Universität aufgeworfen, wie in seinem »Clash of Civilizations and the Remaking of World Order« (1996/97). Hier bricht der Weltenaufstand nicht durch ökonomischen Klassenkampf hervor, sondern hauptsächlich durch Konflikt von Religionen und Weltkulturen.

Es sei daran erinnert, daß schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der, leider früh verstorbene schwäbische Dichter und Denker Hauff einen Weltenkampf der »Vereinigten Staaten von Europa« gegen den »Kaiser Nordamerikas« weissagte.

Die jetzige Phase der abendländischen Kultur hat es freilich in sich, unsere Mutter Erde zu vernichten und sie scheibchenweise in den Weltenraum zu jagen. Doch – im Gegensatz zum eindrucksvollen Werk Oswald Spenglers: »Der Untergang des Abendlandes«, stehen wir noch nicht endgültig vor dem letzten Sturz ins Nichts, sondern haben noch immer die Möglichkeit umzukehren, um aus den »Holzwegen« (Martin Heidegger) heimzufinden. Die Heimat heißt Deutschland und Europa.

Der Vorhang fällt

Mit dem großen Prager Deutschen, Rainer Maria Rilke bekräftigen wir: »Herr: es ist Zeit! Der Sommer war sehr groß ...«

Die amerikanische Macht- und Gewaltpolitik:

Diese wird zwar meistens von den »verfassungsmäßigen Diktatoren«, den Präsidenten gesteuert und befehligt, doch als ganzes von der Machtelite vorbereitet, gesotten und verdaut. Wie schon erwähnt, hat das Walten dieser Schar in ihrer kristallklaren Machtausübung – ohne den sie begleitenden Propaganda- und Öffentlichkeitszauber – etwas geistig befreiendes. All der Zauber dient ja nur dazu, die gewaltige Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung zu täuschen. Plutokratie – nicht Demokratie – umfaßt unseren ganzen Erdball. Die amerikanische Bevölkerung ist sich dessen dunkel bewußt und reagiert dumpf mit Entfremdung. Bei den Präsidentenwahlen von 1996 gingen weniger als 50 v.H. der Wählerschaft zu den Urnen. Stattdessen befolgt sie den Rat von Voltaires Romanheld ›Candide‹ und bestellt den Rasen vor und hinter ihren Häuschen. Für mehr langt's nicht.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry stellt die Hauptpunkte klar heraus: die Kluft zwischen den wenigen Überreichen und Wohlhabenden und dem Gros der Bevölkerung gähnt tiefer als je in der amerikanischen Geschichte, tiefer als in allen Industriestaaten. Jährlich hungern 13 Millionen Kinder in Amerika, obgleich das zu vermehrten Krankheiten, Schuleschwänzen und Drogensüchtigkeit führt. Quer durchs Land ist es den meisten Grundschülern in der 4. Klasse der öffentlichen Schulen nicht möglich, ein einfaches Kinderbuch zu lesen. Die meisten Schüler der 8. Klasse sind nicht imstande, einfache Rechenaufgaben zu lösen. Dazu betreiben der Präsident Bush und sein Vize Cheney, im Dienste der Machtelite den Klassenkampf von oben: der angeblich unantastbare Rentenfonds soll um $ 1,5 Billionen (1500 Milliarden) Dollar erleichtert werden. Mehr als der Hälfte der Senioren wird damit die Unterstützung für Arzneien entzogen. Die Gelder für Kinderimpfungen usw. werden gekürzt. Die Arbeitslosenunterstützung und die Mittel für die öffentliche Überwachung der Arbeitssicherheit werden stark beschnitten. Die Bundesunterstützung für Schulen wird um eine Milliarde gekürzt usw. Dennoch sollen nach Bush Haushaltsplan vom 4. Februar 2002 $ 396,1 Milliarden für Rüstung und Kernwaffenprojekte ausgegeben werden – eine Zulage von 48 Milliarden Dollar und 15 v.H. höher als der Durchschnitt während der ›Kalten Kriegsjahre‹.

Für die nächsten fünf Jahre erfreut sich das Pentagon einer Zuwendung von $ 2,1 Billionen (2100 Milliarden) Dollar – was, ungeachtet aller Streichungen im Zivilsektor den Bundeshaushalt in ein gewaltiges Defizit führt.

Die amerikanische Elite bekämpft und zerstört das Leben der Erwachsenen und der Kinder nicht allein in Lateinamerika, im Irak und in den herkömmlichen Entwicklungsländern, sondern auch im Entwicklungsland USA. Sie gewinnt den Wettlauf mit der Sowjetunion nicht weil sie besser, schöner oder braver, sondern weil sie mächtiger ist. Der Sendungskollektivismus der amerikanischen Massen war und ist das leuchtende Fanal aller autoritären und totalitären Staatssysteme. Von Europa beeinflußt, bestellt die amerikanische Machtelite seit 1917 und besonders seit 1939 das Machtgefüge wie folgt: a) sie labilisiert und amerikanisiert das Herz- und Kernvolk Europas: das Deutsche, um es zu entmachten und zu knechten; (b) sie sichert sich dergestalt den strategisch, wirtschaftlich und historisch wichtigsten Raum dieses Kontinents und ist daher mühelos imstande, ganz

Europa einschließlich des Mittelmeergebietes (mithilfe des »Degen Israel«) zu beherrschen. Die Kulturpolitik mit all ihren Verästelungen ist hierbei lebenswichtig, weil die nationale und die globale Kultur unabläßlich auf die Innen- Außenpolitik einwirkt. Der Zeitgeist, der die sittlichen und ästhetischen Werte auf den niedrigsten gemeinen Nennen herabdrückt, erleichtert die Vormachtstellung der US-amerikanischen. Andererseits stärkt er die Labilisierung der gesellschaftlichen Bande die »anomischen« und umstürzlerischen Gruppen in Volk und Gesellschaft. Gemeinschaft wird zur »Gesellschaft«, mündet in globalen Bewegungen.

Hauptwerte und Ideen

Die Gesundung Europas – des einst geistig führenden Erdteils – erfordert vor allem die geistige Selbstbestimmung Deutschlands. Diese verlangt ihrerseits intakte Grundwerte, eine gesunde Welt, ein freies Volk und einen freien Kontinent. Im Augenblick sieht es kaum danach aus. Offiziell siecht Deutschland an einem nationalen Ödipuskomplex dahin. Das Vaterland wird abgetötet und die Muttersprache geschändet. Es ist tragikomisch, daß 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Herzstadt Deutschlands – Weimar in Thüringen – von Mahnmalen sozialistischer Helden und Heiligen und einem Sonderfriedhof für Rotarmisten – den Kämpfern für die abscheulichste Totalitärherrschaft – gegen den Willen seiner Einwohner entstellt wird.

Auf zwei, die falschen Weichen stellenden Leitideen sei vermerkt. Beide entstammen unmittelbar der europäischen Aufklärung. Es sind der Kosmopolitismus und die mechanistische Philosophie. Der Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts verdanken Europa und die Welt viel und der vorangegangenen Renaissance und dem Humanismus noch mehr, vor allem die Idee des schöpferisch-autonomen Menschen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Für den feinfühligen Menschen muß die damalige Zeit – die Zeit der Befreiung! – glorreich gewesen sein.

Doch die Aufklärung, vor allem die französische übertrieb maßlos. Was noch in der Renaissance die schöpferische Spannung einer sprühenden Kultur zwischen den Polen: Glaube und Wissenschaft, Volk und Welt darstellte, wurde vom abstrakt/naiv-optimistischen Denken des 18. Jahrhunderts einseitig verrenkt. Wir im 19., 20. und 21. Jahrhundert leiden noch heute an der oft

mechanistisch-ausbeutenden Denkweise der Naturwissenschaft und vor allem der Technik sowie an den dem hysterisch überschwappenden Gedanken des »Eine-Welt-Glaubens«. Denn die spätfaustische Naturwissenschaft und Technik, wie auch die Welt-Plutokratie setzen auf den Glauben an die unendliche Nutzungs- und Ausbeutungsmöglichkeit der Welt und des Menschen. Wer nicht die Gelegenheit beim Schopf ergreift und Mensch wie Welt unendlich ausnützt, gerät ins Hintertreffen. Der Raubbau z. B. an Millionen qkm sibirischer Taiga – die Konsequenzen hol der Teufel! – von seiten der Freunde Wallstreets muß unter diesem Gesichtspunkt verurteilt werden.

Der Kosmopolitismus von einst, dem auch große Geister wie die Gebrüder Humboldt, und Goethe, menschlich und kulturell verständlich, huldigten, erdrückt uns heute als Weltherrschaft, Weltplutokratie, Gigantismus, Entvolkung und Uniformität. Ja, gerade jene, die am lautesten von Multikulturalismus und Pluralismus schnattern, sind die Stoßtrupps und die Mitläufer eines totalen Uniformismus und der brutal-aufoktroyierten Welt-Gleichmacherei. Sie zeichnen für die Zerstörung der naturgegebenen und gewachsenen Unterschiede, für die Zerstörung der Natur und für die Vernichtung des Geistes – selbstverständlich mit Ausnahme der hauchdünnen Weltelite aus New York.

Es ist amüsant, die i.M. führende Hypothese der im 20. Jahrhundert vorherrschenden Naturwissenschaft, der Kernphysik *(Atom- und Wasserstoffbomben!)* über den Aufbau des Weltalls zu betrachten: die »Faden-Theorie« *(string theory)*. Wenn recht verstanden, sagt diese aus, daß die Welt, einschließlich der Menschen und unserer Politik, der Atome, Atomkerne, »Hadrone« und »Quarke« aus unendlich vielen, winzigsten, doch ständig wedelnden Fäden besteht. Welch eine ergötzliche Weise, das geistig-urtümliche Wesen der Welt mechanistisch erklären zu wollen. Tatsächlich lebt die Welt und alles in ihr, und sie ist göttlich, und alles Seiende, vom Atomkern, Fels und Rosenstrauch bis zu den gewaltigen Sternbildern des Himmelsgewölbes nimmt teil an ihrer Göttlichkeit. Nicht nur »soll« das Leben uns heilig sein – es ist heilig, wie der große Deutsch-Elsässer Albert Schweitzer uns vorlebte. Unsere Vorväter *taten* recht, wenn sie die Planeten, die Sonne und die Sterne als göttlich verehrten, denn sie sind es. Sie sind aus dem Prinzip der Individuation, des Wachstums und des Todes herauskristallisierte, unvorstellbar mächtige Kerne und Wirbel des Göttlich-Ewigen. Als vor mehr als 2000 Jahren unsere keltischen – und später unsere germani-

schen – Ahnen die im heutigen oberbayerischen Altötting hervorsprudelnden sieben Quellen als die Versinnlichung, die Manifestation der Göttin Birgit aus dem Ewigen rühmten (ähnliches im sächsischen Paderborn), taten sie gut.

Wie der Deutsch-Schweizer Psychoanalytiker *Carl G. Jung* empirisch-wissenschaftlich zu deuten scheint, teilt die gesamte Menschheit ein Leben, eine Seele, ein Unterbewußtsein – doch sicherlich nicht auf die stumpf-dumpfe, uniform-kollektive Weise der im Dienste der Weltmachtelite stehenden Agitprop-Spezialisten. Ein jeder Mensch, ein jedes Volk, eine jede Kultur nimmt auf seine ganz eigene Art schöpferisch-individuell teil am göttlich-Ewigen. Ein jeder Mensch ist eine Welt, ein Göttliches – wie der namhafte amerikanische Anthropologe und Anthroposoph *Joseph Campbell* (»Der Held in der Geschichte«) richtig bemerkt. Manche einzelnen Sippen und Dynastien dienen über die Jahrhunderte ihren Völkern, Kulturen und Religionen menschlich-göttlich. Sich unendlich über das Empirische erhebend, doch es in sich aufnehmend und ausstrahlend, ist der göttliche Logos das Ewige im Menschen und wird als Christus-Messuah gerühmt. Das Ewige im Menschen erklärt wohl auch die Intuition *(Henri Bergson),* das Hellsehen jenseits von Raum und Zeit und die unübersehbare Tatsache des Gesetzmäßigen in der Geschichte. Der Tod Karls d. Großen im Jahre 814 spiegelt mittels des göttlichen Elements im Menschen das Ende Napoleons I. 1814 und den Anfang des Ersten Weltkrieges wider. Das von jenem begonnene Hl. Römische Reich fränkischer und deutscher Nation währt 1006 Jahre bis 1806. Das Nationalreich Heinrich I. währt von 919 bis 1919. Vierhundert Jahre nach Luthers großer Reformation – der größten Revolution Europas, wie der Brite *Thomas Carlyle* weiß – stürmen 1917 die USA unter Wilson gegen das Deutsche Reich ...

Die *Demokratie* ist die edelste Herrschaftsform, namentlich wo sie vom – erlauchten – Selbstbestimmungsrecht der Völker getragen wird. Doch im verwesten Westen, dessen Stil die deutsche ›Schickeria‹ heißgläubig – und politisch zutiefst einfältig – nachzuäffen sucht, ohne auch nur einen Fingerbreit seiner Macht zu erreichen, heißt die herrschende Gleichung: »Plutokratie = Demokratie«. Das wollen wir nicht. Vielleicht, wenn Deutschland sich wieder auf sich und seine geistige Lebensarbeit für Europa besinnt, gebiert das »Reich der Mitte« *d'a chung kuo* – eine zeitgemäße Herrschaftsform, welche die tiefste Volksverbundenheit mit einer richterlich-monarchisch, über den egoi-

stischen Streitereien der »Interessen« stehenden Form verbindet (schon vom früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt gebilligt). Das, freilich erfordert das Heranreifen einer intakten politischen Kultur. Und eine starke politische Kultur bedeutet heile Werte, heilige Werte (s. den amerikanischen Soziologen Howard Bekker d. a.).

Gefragt sind *geistige Selbstbestimmung* und kulturelle Stärke. Reine Wirtschaftsmacht darf niemandem genügen, schon gar nicht Wirtschaftsknechtschaft. Dem freien Menschen gehört die Zukunft. Dem freien Menschen in einem allseits geachteten Staatswesen, in ehrlichem Wettstreit mit den Völkern der Welt. Weg vom monopolmächtigen Puritanismus einer hauchdünnen Schicht von Weltoligarchen, die – mit den Worten des progressiven Senators und Gouverneurs, Bob LaFollete – seit 1898 die Menschheit in eine Todesspirale von Weltstreit und Weltkrieg gestürzt haben. Der Würde des Geistes und der Völker verpflichtet, auch nach, uns bevorstehenden Weltkrisen und Weltstürzen. Denn – trotz aller Gewaltwirtschaft und Gewaltpolitik – geht kategorisch imperativ »Gemeingut vor Eigennutz« (Raiffeisen), besonders in Amerika. Dafür lohnt es sich zu streiten. Tragen wir die Fakkel voran, die Aufrechten werden folgen.

Ich schließe mit den Worten Goethes:

»Doch ihr, ihr echten Göttersöhne,
Erfreut euch der lebendigreichen Schöne!
Das Werdende, das ewig wirkt und lebt,
Erfaß' euch mit der Liebe holden Schranken
Und was in schwankender Erscheinung schwebt,
Befestiget mit dauernden Gedanken.«

Und

»Das ist der Weisheit letzter Schluß:
Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß!
Und so verbringt, umrungen von Gefahr,
Hier Kindheit, Mann und Greis sein tüchtig Jahr.
Solch ein Gewimmel möchte ich sehn!
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn!«

Goethe – Faust II

NACHWORT

Nachdem der Versuch des britischen Empires, die Weltherrschaft an sich zu reißen, im Ersten Weltkrieg zusammenbrach, hat seit 1917 sein »angelsächsisches« Nachfolgereich, die USA das diesbezügliche Streben noch gründlicher – und für die Unabhängigkeit der Staaten und Völker weit gefährlicher – weitergeführt.

Dies trotz der Tatsache, daß die Unabhängigkeitserklärung der 13 nordamerikanischen Staaten vom 4. Juli 1776 bis heute für das Selbstbestimmungsrecht der Völker gelten soll, und daß die größten amerikanischen Präsidenten, Washington und Jefferson ihren neuen Wachstumsstaat eindringlich vor internationalen »Verstrickungen« warnten – vor allem im »so ganz anders gearteten Europa«.

(Vergleiche »Graf Ernst zu Reventlow, Deutschlands auswärtige Politik«, 1888–1914, sechste Auflage Berlin, 1917, Mittler und Sohn, Königliche Hofbuchhandlung, besonders das Bismarckzitat auf Seite 61).

Was war geschehen und was für Konsequenzen wird das amerikanische Weltergreifungsprogramm voraussichtlich hervorrufen? Es können nur wenige Hauptmomente aus dem Fluß des Daseins herausgegriffen werden.

Geopolitisch befinden sich die USA in einer beneidenswerten Lage. Auf über 16.000 Kilometer, von der Beringstraße bis Feuerland ausschließlich von Schwächeren umflirrt, darf sich das tief verwurzelte Gespür für Geostrategie fast ungehindert austoben. Die hier, in der Besetzung und Ausbeutung der Länder östlich des Mississippi, Kaliforniens, Texas', Alaskas, Mexikos, Kubas, Haitis, Kolumbiens, Panamas, Chiles und so weiter und so fort seit 1763 – dem Ende des Siebenjährigen Weltkrieges – gesammelten Erfahrungen gestatten es der amerikanischen Machtelite (C. Wright Mills) die Hauptknotenpunkte der Weltmacht besonders auch heute, mit einer Gesamtpolitik der Bestechung, Erpressung und Ausrottung (die unendliche Steigerung der uralten »Zuckerbrot- und Peitschepolitik«) mehr oder weniger zufriedenstellend zu beherrschen.

Zu diesen strategischen Knotenpunkten zählen – außerhalb Amerikas – Ägypten, der Irak, Iran, Mittelasien, Afghanistan, Pakistan, Indien, der Kongo, Nigerien und vor allem Rumpfdeutschland in Europa.

Das Deutsche Reich (und seine Nachfolgerstaaten) genießt seit den Einigungskriegen von 1866/1871 aufgrund seiner Kernlage (wer Deutschland beherrscht, regiert Europa) und seiner wirtschaftlichen Potenz als *einziger* ernstzunehmender Nebenbuhler Britanniens und der Vereinigten Staaten auf dem *Weltmarkt* die uneingeschränkte Feindschaft der beiden anderen.

Das Glück blühte dem geopolitisch skrupelloseren Uncle Sam zwiefach. Zum einen, als die europäischen Hauptkontrahenten dank seiner Unterstützung der Ententemächte ab 1914 sich K.O. schlugen und nochmals, da ab 1932 Franklin Roosevelt im Interesse der Vernichtung Japans und Deutschlands mit Stalin sich zu verbünden strebte. Das Ziel wurde mit dem zweiten europäischen Bruderkrieg – beziehungsweise der Fortsetzung des ersten – von Roosevelt 1939 und 1941 erreicht. Seit Kriegsende und seit dem Ende des Sowjetreiches 1991 liegt das geopolitische, wirtschaftliche und vor allem das menschliche Potential Rumpfdeutschlands fest in Onkel Sams Händen. Der perfekte Helotenstaat – ein Völkergewirr der Leibeigensten – der Welt (ein von mir vor 46 Jahren geprägter Begriff). »Quo usque tandem?« Wie lange noch?

Historisch gesehen betrachtet sich der aus dem Revolutionskrieg von 1775–1783 hervorgegangene Staat als das, von Gott und Vorsehung auserwählte Werkzeug (später »Manifest Destiny« oder Offenbare Vorsehung), dazu ausersehen, alle anderen – ausnahmslos Mindererwählten beziehungsweise Verdammten – entweder zu »erleuchten« (die USA als »Der Lichtträger«) oder gegebenenfalls auszurotten. Das ist die puritanische Komponente Amerikas.

Als das militärisch und propagandistisch mächtigste Weltreich der Geschichte obliegt es also den Vereinigten Staaten, die Weisung des Heiligen Augustinus († 430) vom »Gottesstaat« (civitas dei) im Trubel der Politik in sein Gegenteil zu verkehren: in die »civitas terrena aut diaboli«, den Erden- und Teufelsstaat.

Daraus – und aus dem verständlichen Bedürfnis, von der Geschichte unter den »Großen« eingereiht zu werden – erklärt sich die Tatsache, daß die Taten sämtlicher »großer« oder »nahezu großer« amerikanischer Führer und Präsidenten unterhaltsame Variationen zum identischen Thema: »der hehre Zweck der Weltergreifung heiligt die Mittel der unbegrenzten Skrupellosigkeit und der uneingeschränkten – als heilige Wahrheit vermummten – Lüge«, darstellen.

Spätestens seit dem General, Freibeuter, Indianerschlächter und bis in die Fingerspitzen korrupten Präsidenten Andrew Jackson (ab dem Krieg von 1812); dem Außenminister John Quincy Adams (der 1819 ganz Nordamerika mit dem absackenden spanischen Reich teilte, ein zukunftsträchtiges Naschen); dem Präsidenten Polk und seinem Überfall auf Mexiko, 1846–1848; Lincoln und dem ersten totalen Krieg gegen eine weiße Zivilbevölkerung seit dem 17. Jahrhundert, der des sezessionistischen Südens, 1861–1865 (vor dreieinhalb Jahrhunderten überfiel der puritanische Diktator Cromwell das katholische Irland und beging brutalen Völkermord – ein leuchtendes Vorbild für viele amerikanische Führer); seit McKinley und Theodor Roosevelt im spanisch-amerikanischen Krieg von 1898, der Niederschlagung Kubas und dem Völkermord an den Philippinern und ihrer Unabhängigkeitsbewegung; *Bis* Woodrow Wilson und dem Ausgang des ersten »großen Krieges«; dem Außenminister Hughes und der Frontenwendung gegen Japan während der Washingtoner Flottenabrüstungskonferenz von 1921–1922; dem Präsidenten Franklin Roosevelt und der Heraufbeschwörung des zweiten »großen Krieges«; und, schließlich bis allen, demokratischen als auch republikanischen Nachfolgern Roosevelts von Truman bis Reagan, Bush dem Älteren, Clinton und Bush den Jüngeren, erfüllt von ihrem Sendungsbedürfnis steigerten sich die Vereinigten Staaten von Fall zu Fall und von Generation zu Generation in die Rolle des weltbeherrschenden, einzigartigen »Schurkenstaates«, der – mit den Worten *Noam Chomskys* von der bedeutenden T. H.: Massachusetts Institute of Technology – in seiner einzigartigen Weltliga (»In a league of ist own«) sich häuslich eingerichtet hat.

Daß viele dieser Volksväter, Führer und Feldherren persönlich wie auch politisch irre geworden sind – wie von Sigmund Freud und Bulitt anhand des symptomatischen Beispieles Woodrow Wilson klinisch seziert – ist weniger ihrer Erbanlage zu verdanken als dem unerträglichen Druck des Strebens nach der, immer wieder entgleitenden göttlichen Allmacht: die Endkarikatur des »faustischen Zeitalters« (O. Spengler). Wer handfestere Motive bevorzugt, ist um reichliches Schürfungsgut nicht verlegen. Das angelsächsische Nordamerika und die dreizehn Freistaaten lechzen seit den Friedenschlüssen von 1763/1783 nach der Blitzexpansion und der uneingeschränkten Ausbeutung des Boden-, Natur- und Menschenpotentials des riesigen Doppelkontinentes Amerika. Schritt für Schritt von den »Gro-

ßen« geplant und im Kühnen Handstreich erobert – der Leser möge die diesbezüglichen Einzelheiten im vorliegenden Buche kurz nachvollziehen – plündert die Machtelite der USA im Stile des seichten Materialismus und kapitalistischen »Liberalismus« des achtzehnten und (zum Teil) des neunzehnten Jahrhunderts bis heute Nord-, Mittel- und Südamerika. Dem nicht genug, streckt sie ihre Fangarme nach allen Meeren, Kontinenten und Räumen aus, einschließlich Mittelasiens, des kaspischen Beckens des Nahen Ostens und des Balkans – Räume, die von Rußland und China als lebensnotwendige »Sphären« erachtet werden. Der jüngste Vergleich dieses wirtschaftlich-militärischen-ideologischen »Imperialismus« durch den russischen Präsidenten Putin (2007) mit dem Vorgehen eines reißenden Wolfes ist nicht völlig aus den Wolken gegriffen. Er unterstreicht Weltkonflikte von morgen und übermorgen.

Die ungeheure Gefahr für die Umwelt, die Menschheit und unsere schöne Erde, die diese – wissenschaftlich gesprochen – kurzsichtige Ausplünderungspolitik (vor allem auch unter Reagan und Bush dem Jüngeren) bedeutet und leider auch von China und Indien nachgeahmt wird, kann nur kurz erwähnt werden. Daß sich auch hier wahrscheinlich gewaltige Umwelt- und geologische Umstürze anbahnen, in Vergleich mit welchen, die Überschwemmung von New Orleans im August 2005 sich als mäßig erweisen wird, scheint im voraus berechenbar.

Ein Hauptthema der Propagandabreitseiten (»Ideologie und Utopie«) der Führer und Präsidenten, imsonderen seit Woodrow *Wilson* und Franklin *Roosevelt*, von Bush *junior* auffällig wiederbelebt – was diese als puritanische Cäsaropapen ausweist – ist ihr angebliches Bestreben, »die Welt für die Demokratie zu sichern«. Ergötzlicherweise gibt es aber in den Vereinigten Staaten weder politisch noch wirtschaftlich noch gesellschaftlich eine »Demokratie«. Man ist an das Christuswort »ziehe den Balken aus deinem Auge...« erinnert. *Schon lange her, innenpolitisch eine Ewigkeit her*, 1787 gelang es der Elite von Kaufleuten, Spekulanten und Offizieren, die in den Anfangsjahren des revolutionären Krieges aufflackernde »demokratische Begeisterung« (»wir alle sind gefordert, die Opfer an Blut und Gut zusammen zu tragen«), wie auch die Schwächen des ursprünglichen nordamerikanischen Staatenbundes, in einem von Washington, Hamilton, Madison, John Jay geführten Staatsstreich auszuschalten. Wie der bedeutende amerikanische Historiker *Charles Beard* in seinem klassischen Werk nachweist, paukten ihre Kol-

legen in den dreizehn Staaten dann – das kleine Rhode Island machte jedoch Schwierigkeiten – in einer glänzend eingefädelten Kampagne diese neu geschriebene Verfassung durch die Landtage. Seither – gestärkt vom plutokratischen Wesen der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft (vergleiche die Ausführungen der populistischen Republikaner Kevin Phillips und Pat Buchanan als auch die köstlichen Schriften des Freidenkers Gore Vidal) – sind die amerikanische Verfassung und Politik nicht-demokratisch geblieben. Dies erklärt auch den »Wahlsieg« des stimmenmäßig unterlegenen Kandidaten Bush der Jüngere im Jahre 2000.

Das antidemokratische Vorhaben der Gründerväter hat also geklappt. Ihr gleichzeitiger Wunsch, die Geburt einer Monarchie zu verhüten, scheiterte jedoch nach dem spanisch-amerikanischen Krieg von 1898. Wie der luchsäugige Mark Twain damals versicherte, ist es unmöglich, in PuertoRico, Kuba, Hawaii, den Philippinen, China und so fort ein Imperium aufrechtzuerhalten und gleichzeitig zuhause eine sogenannte Demokratie zu betreiben. Seit den Tagen Theodor Roosevelts, Wilsons und Franklin Roosevelts regiert Amerika die Welt mittels Cäsaren und puritanischen, Bannflüche und Massenmordwaffen schleudernden Cäsaropapen.

Was könnte sich also für das amerikanische Weltreich als verhängnisvoll erweisen? Vieles. Es fehlt uns an Raum und Zeit, allen wichtigen Momenten nachzuspüren. Hier seien einige aufgezählt.

Ungeachtet des Umstandes, daß die »Religion« Amerikas Wall Street ist, darf nicht übersehen werden, daß die Hauptströmung des Sozialismus und die vorherrschende »Kultur« des Liberalkapitalismus zwei Seiten derselben Falschmünze sind: die des mechanistischen Materialismus. Da die eine unterging, wird ihr in voraussehbarer Zeit auch die andere folgen – freilich, dem Wesen des sich allmächtig dünkenden Biestes gemäß, begleitet von weit furchtbarerem Unheil und Unwesen. Wie in dem vorliegenden Buch angedeutet, blüht uns eine bessere Zukunft nur, wenn Europa jenseits des starren Gegensatzes von purem Stoff und reinem Geist zur Schau und Tat der Unendlichkeit der menschlichen Seele, eingebettet in der dynamischen Welteinheit zurückfindet. Es ist kein Zufall, daß während der letzten elf Jahrhunderte deutsche Mystiker und Denker den Weg gewiesen und gelebt haben: etwa Hildegard von Bingen, Mechthild von Magdeburg, Eckhardt (Ekkehard), bis Angelus Silesius,

Jakob Böhme, Leibniz, Hegel, von Baader, vor allem Schelling – jeder auf seine Schaffensart.

Vor wenigen Jahrzehnten noch wurde die praktische Grässlichkeit eines mechanistischen Universums von der, nach 1947 im westlichen Rumpfdeutschland ausgeklügelten »sozialen Marktwirtschaft« gemildert – orientiert an der Sozialgesetzgebung Bismarcks und Kaiser Wilhelm II. Diese hätte vielleicht das Ende des »Spätkapitalismus« (Werner Sombart) verzögert. Als jedoch das Sowjetreich schließlich um 1990 zusammenbrach, ließ die amerikanische Elite erleichtert die Maske fallen – es war ihr trotz der Wirtschaftskatastrophe von 1929–1939 nicht sonderlich ernst mit der Lösung der zahlreichen sozialen Fragen gewesen – und kehrte innen- und außenpolitisch zum ungeschminkten imperialen Liberalkapitalismus zurück (die »Neokonservativen«).

Innenpolitisch konnte sie sich das leisten, weil der typische Amerikaner immer noch dem »Traum« vom unerschöpflichen Reichtum der westlichen Erdhalbkugel nachhängt. Seiner Machtelite freilich bewahrheitet sich dieser Traum, besonders in Lateinamerika als auch den weiteren Festländern und Meeren täglich. Seit den 1990-er Jahren reißen die sozialen Gegensätze in den USA immer weiter auf. Im 21. Jahrhundert nehmen sie alptraumgleiche Dimensionen an: 2007 verdient der typische amerikanische Konzernboss beiläufig fünfhundert mal so viel als das Jahreseinkommen des typischen Arbeitnehmers. Nur das zweite amerikanische Entwicklungsland Brasilien ist imstande, auch nur sehr mäßig, mit einer 58-fachen sozial-wirtschaftlichen Spanne einigermaßen mitzuhalten. Ob die, von den amerikanischen Politikern oft zitierte »revolutionäre Freiheit von 1776« angesichts der bevorstehenden wirtschaftlich-militärischen Weltkrisen in Amerika verwirklicht wird und zu einem Sturz des »Systems« führt, ist im Moment fraglich. Allzu stark NOCH sind die ungebrochenen Werte der amerikanischen Politkultur.

Die Vasallen und Mitläufer Amerikas, auch in Europa, können mit keiner vergleichbar ungebrochenen politischen Kultur aufwarten; besonders Rumpfdeutschland nicht. Italien, Spanien und selbst Frankreich finden sich auch in dieser Hinsicht außerstande, mit Onkel Sam zu konkurrieren. Deshalb scheinen die »Reformen« der Schröder- und Merkelregierungen von 2000–2007 – und später – von sozialer und nationaler Kurzsicht geprägt. Mit ihren einseitigen Opfern entfremden sie sich die staatstragenden Schichten der Kleinbürger, vor allem auch in

Mitteldeutschland. Die Schatten des Reichskanzlers Brüning von 1932! Diesmal freilich mit einem entschieden linksrevolutionären Ausgang. Der Anfang der erträumten sozialistischen Internationale? Aber wessen Traum ist es denn? Deutschlands Chaos wäre auch das morgenthaugleiche Ende seiner Weltwirtschaftsmacht.

Rein wehrwirtschaftlich darf sich die amerikanische Elite gratulieren. Mit über 1000 Militärstützpunkten und Trabantenstaaten, die den Erdenrund in weit größerem Ausmaße als im Falle des britischen Empire übersäen, scheint sie gegen jede freiheitsheischende Auflehnung (wie die amerikanische Revolution von 1775/1776) voll gewappnet. Stolz wird ein 13. neuer Riesennuklearflugzeugträger gebaut; zehn weitere schwimmende Festungen – wovon eine jede ganze Völker wie Frankreich oder Deutschland ausradieren kann – warten auf Einsatz. Doch ola! Es gibt ja nur sieben Festländer und Weltmeere. – Auch in punkto Profit darf die Elite mit sich zufrieden sein. Seit 2001 umschwärmen über 35.000 registrierte Lobbyisten jedes Zimmer im Weißen Haus, dem Pentagon, alle Ministerien und Organisationen wie auch im Kongress. Leitende Industrialisten nehmen ganz selbstverständlich die höchsten Posten im »Staate« ein (siehe Bush, Cheney, Rumsfeld). Trotz aller Rhetorik werden die tückisch lauernden Risiken der »freien Marktwirtschaft« elegant umgangen, indem das Weiße Haus und das Pentagon die Stelle des Marktes übernimmt. Aufrüstungsaufträge von hunderten und tausenden Milliarden Dollar sind garantiert, heißt man nur Lockheed-Martin, Halliburton, Bechtel, Boeing, oder ähnlich.

Die entstehenden Billionendefizite im Staatshaushalt (»trillion dollars«) – von billionendicken Steuerkürzungen für eben jene Konzerne und ihre Führer beschleunigt – werden eben einfach mit noch höheren Staats- und Privatschulden und mit noch zahlreicheren Beutezügen und Angriffskriegen um die Welt gedeckt. Dschingis Chan im großen.

Anfang 2006 schnellt das bundesstaatliche Defizit auf neun Billionen Dollar hoch (»trillion«). Die weitaus größte Zahl der fünfzig Länder (»Staaten«) ist auch tief, hunderte Milliarden tief verschuldet. Zugleich klettert das Außenhandelsdefizit der USA – mit wachsender Tendenz – 2006 auf achthundert Milliarden Dollar.

Von den Kulissenschiebern Wallstreets im eigenen Interesse verdeckt, sieht es in der »Privatwirtschaft« auch nicht viel besser

aus. In der guten alten Zeit gelang es nur einem Drittel der Amerikaner, ein Lebens-Sparkonto von über $ 5000,0 zusammenzukratzen. Jetzt steht die Lage noch ungünstiger. Während der vergangenen zehn, zwanzig Jahre hat die Kreditkartenverschuldung besorgniserregend und die Spekulation mit Familienheimen und Realbesitz noch kritischer zugenommen. Die bei vierzig bis fünfzig Billionen Dollar (»trillion«) liegende Privatverschuldung hat den Wert der »Volkswirtschaft« erreicht. Die Anhäufung von grenzüberschreitenden Monopolen und Oligopolen als auch die fieberhafte Finanz- und Wirtschaftsspekulation haben die Stabilität der amerikanischen und der Weltwirtschaft ernstlich untergraben. Kleinere, regelmäßig zu erwartende Rückschläge können deshalb durchaus zu Weltwirtschaftskrisen führen – und diese *im NU* zu gesellschaftlichen und militärischen Weltstürzen.

Vielleicht ist die Furcht der »Machtelite« vor eben diesen Labilitäten ein Hauptgrund für das irrsinnige Tempo ihrer weltimperialen Angriffskriege. *»Après nous, la deluge«* (nach uns die Sintflut: Wahlspruch kurz vor der französischen Revolution). *»There is method to their madness!«* (ihr Irrsinn hat Methode: Shakespeare).

Da wir wieder bei der Politik angelangt sind- haben wir sie je verlassen? – ein rascher Überblick der für die amerikanische Weltherrschaft bedrohlichsten Krisenherde.

In Onkel Sams Hinterhof: *Lateinamerika* wird die Lage brenzlig. Im öl- und gasreichen Venezuela erdreistet sich der Präsident Hugo Chavez, unter Amerikas Nase mit Kubas Fidel Castro, mit Spanien und mit China wirtschaftliche und politische Beziehungen anzuknüpfen. »Feurio!« Der vor kurzem gewählte Evo Morales aus Bolivien hat im April 2006 die Erdgasquellen und Industrie seines Staates nationalisiert; sie sind die zweitergiebigsten ganz Südamerikas. Er bedarf der technischen Unterstützung Europas, Chinas oder Rußlands. Ähnliche den USA mißtrauenden Tendenzen scheinen sich in Chile, Argentinien und vielleicht sogar in Mexiko anzubahnen. Kolumbien mit seinen reichhaltigsten Erdgasvorkommen in Südamerika und seiner strategischen Lage an zwei Weltmeeren wird unter dem Vorwand der Rauschgiftbekämpfung von den Yankees furchtbar heimgesucht. Wird sich das Glück den Freiheitlichen oder den Fremden zuwenden? Massive Staatsstützen wie die ›New York Times‹ geben sich optimistisch. Sie verweisen auf das Beispiel Brasiliens, des stärksten Staates Iberoamerikas. Vor wenigen

Jahren noch schien es unter der Führung der »P.T.« (Arbeiterpartei) drauf und dran, sich von Washington scheiden zu lassen. Jetzt nicht mehr. Unter dem Einfluß der nordamerikanischen Zuckerbrot- und Peitschenpolitik schwimmt sogar der dynamische Präsident »Lula« da Silva im Fahrwasser der 1823 von der Monroedoktrin vorbereiteten Hegemonie (wohlgemerkt gelobte der Präsident Monroe, die USA ständig aus den europäischen Angelegenheiten heraushalten zu wollen).

Auch in der *islamischen Welt* von Marokko bis Indonesien scheinen die washingtonhörigen Könige und Diktatoren 2007 den nach Unabhängigkeit strebenden Massen NOCH die Waage zu halten. Noch schlimmer, hat der amerikanische Geheimdienst viele dieser Regimes – wie auch Israel – in sein weltweites Netz von Folterstellen eingespannt. Doch wird die Flut der islamischen Revolution wohl kaum anzuhalten sein. Ägyptens Mubarrak unterdrückt die rasch wachsende »islamische Brüderschaft« (Ichuan al-Muslimin) brutal. Aber bald wird sie ihm über den Kopf wachsen. In Palästinien – wo Amerika und Israel die legitim gewählte Hamasregierung auszuhungern versuchen – ist unter amerikanischem Einfluß ein Bruderkrieg ausgebrochen. Blutiger Bürgerkrieg tobt auch im strategisch und wirtschaftlich weltwichtigen Irak, eine Konsequenz des amerikanischen Überfalls von 2003 mit seinen fantasiereichen »Gründen«. Es wird äußert selten erwähnt, daß aufgrund des »gezielten« totalen Krieges gegen die irakische Bevölkerung seit 1991 – rollende Angriffe gegen Kläranlagen, die Wasserversorgung, Elektrizitätswerke, Brücken und so fort, als auch die von den USA verhängte Handelssperre – seither mehr als zwei Millionen Zivilisten dieser »Befreiung« erlegen sind, vorzüglich Kinder. Bagdad – das vor Jahrzehnten vom griechischen Städtebauer C. Doxiadis nach weit fortschrittlicheren Gesichtspunkten geplant wurde als es seinen amerikanischen Kollegen mit irgendeiner ihrer Großstädte und Ballungsräume gelungen ist – und seine Schwesterstädte, nicht Falludscha allein, sind in »die Steinzeit zurückgebombt worden«, mit den Worten amerikanischer Generale. Nun, 2007 haben die amerikanische Bevölkerung und einflußreiche Republikaner wie auch Demokraten »die Schnauze voll« vom verlustreichen Krieg, der auch finanziell täglich mehr als eine Milliarde Dollar verschlingt.

Politiker wie der demokratische Kongreßabgeordnete Murtha (Pennsylvanien) und der Generalleutnant außer Dienst Odom – früher Chef des amerikanischen Supernachrichtendienstes –

befürworten den Abzug der amerikanischen Truppen noch im Jahre 2007 oder baldigst danach. Ihre Vertrauensmänner im Pentagon geben ihnen hinter vorgehaltener Hand Recht. Bush und seine Riege stimmen ihnen praktisch doch stillschweigend bei. Sie bauen eine Handvoll knackfester Superstützpunkte, die – über ganz Irak verteilt – den Staat und seine Menschen – und Naturpotential auf Jahrhunderte hinaus in den Händen Amerikas und Israels belassen sollen. Schon lange vor dem Ablauf dieser Frist werden die, aus dem Bürgerkrieg hervorgegangenen Sieger dieser Ungeheuerlichkeit den Garaus bereiten, beziehungsweise wird sie unter dem Druck der Ereignisse von Washington aufgelöst werden.

Ähnliches geschieht im strategisch höchstwichtigen Afghanistan, dem Zankapfel zwischen Rußland und England, USA und Sowjetunion. Die auch hier von den USA und ihren Verbündeten begangenen Kriegs- und Friedensverbrechen haben die früher in Stämmen geteilte Bevölkerung großenteils gegen die fremden Unterdrücker aufgebracht und – mindestens zeitweise – vereint. Auch hier sieht sich Onkel Sam vor die Wahl gestellt: Abzug oder Verwicklung in einem, immer verlustreicheren und kostspieligen Unterdrückungskrieg.

Dem *Iran* – im Würgegriff amerikanischer Aggressionen und kolonialer Erwerbungen im Westen (des Irak und der Türkei), im Osten (Afghanistan und Pakistan), im Norden (Zentralasien) und im Süden (die schwimmenden amerikanischen Festungen) – scheint ein ähnliches Geschick zu blühen wie seinen Nachbarn. Der einzige »weiße Fleck« auf der amerikanischen Landkarte, der einzige nicht von den USA beherrschte Raum von Gibraltar bis zur Bucht von Bengal und der Sundastraße, dazu noch von weltwirtschaftlicher Bedeutung, scheint der Iran für die »Übernahme« prädestiniert. Doch siehe da! Trotz seines gewohnten Säbelrasselns und dem etwas zurückhaltenderen Gebaren seiner Doktor Condoleezza Rice scheint Bush das des »Terrorismus« und der – vom Atomsperrvertrag verbotenen – »Vorbereitung des Baus von Kernwaffen« angeklagte Iran diesmal weniger angriffslustig anzugehen als noch vor kurzem den Irak. Bush's schlechte Erfahrungen im letzteren, die Ausdehnung des Iran und der Umstand, daß Irans führende Gruppen seit 1941 (als unmittelbar nachdem Roosevelt und Churchill im August 1941 die »Atlantikcharta« mit ihrer Unverletzbarkeit der Grenzen und Staaten proklamierten, die Sowjetunion und Britannien den Iran überfielen und aufteilten) und 1953 (da Premierminister Mossa-

degh von der CIA gestürzt wurde, was die u.s. amerikanischen Ölkonzerne flugs benutzten, um British Petrol und Royal Dutch Shell zu überflügeln und auszuschalten) gezielte Erfahrungen mit Onkel Sams zivilisatorischen Absichten sammelte. Irans Eliten ist es also bekannt, daß der amerikanischen Macht- und Gewaltpolitik nur mit einer Politik der Stärke begegnet werden kann, selbstverständlich. Dies schließt diplomatische Kontakte und Kompromisse nicht aus.

Was hat Amerika denn zu befürchten? Es besitzt 5400 aktive Kernsprengköpfe und hält weitere 5000 »in Reserve«, dazu noch weitere, völkermordende bakteriologische und chemische Waffen (A.B.C.). Dazu schließt der Atomsperrvertrag von 1968 (Nuclear Non-Prolifertion Treaty) die friedliche Nutzung von Kernmaterial nicht aus (siehe Doktor Walter Post, »Die Krise um das Atomprogramm des Iran«, *Deutsche Geschichte*, Europa und die Welt; April 2006). – Schließlich und endlich haben die Vereinigten Staaten selbst, Anfang 2006 in einem vielbeachteten Abkommen mit *Indien* – welches nie ein Signatarstaat des Atomsperrvertrags gewesen ist – zwar offiziell die friedliche Nutzung der Kernkraft bestätigt, doch halbamtlich, mit zwei zugekniffenen Augen Indien die militärische Erweiterung derselben erlaubt. Warum? Als ein Schlag, hauptsächlich gegen China – und dessen Verbündeten Pakistan – aber auch gegen den Iran. Das Abkommen dient dem Zweck, die amerikanische Einkreisung Chinas und des Iran (und Rußlands) zu vollenden. *Raumpolitik im großen*!! Alles in allem gaben die USA dem ohnehin moribunden Vertrag den Todesstoß.

Warum dann die, von den amerikanischen Medienfabriken geschürte Aufregung? Eitle Propaganda? Nicht ganz. Im April und Mai 2006 kündigt der populistische Republikaner Pat Buchanan aufgrund seiner soliden Kontakte mehrmals an, daß ein Überfall (»major strike«) auf den Iran für die Zeit nach den amerikanischen Kongresswahlen vom November 2006 vorgeplant ist. Allerdings wäre der Hauptnutznießer der Offensive – oder der »chirurgisch plazierten Donnerkeile« mittels ferngelenkter Bomben und Raketen – nicht die USA, sondern Israel. Es war und ist der »rechts von Scharon« angesiedelte Flügel des Zionismus (um mit Noam Chomsky zu sprechen), der mit seinem Einfluß in der amerikanischen Medienwelt, im Film, in Wallstreet, den »Neokonservativen« im Pentagon als auch bei den »wiedergeborenen amerikanischen Christen« der letzte Sieger zu sein meint.

Es ist zu hoffen, daß die kühleren Köpfe im Pentagon und im Weißen Haus trotz allem noch der Vernunft zum Siege verhelfen und den Angriff auf den Iran in letzter Minute abblasen. Sollte dies nicht gelingen, wären die katastrophalen Auswirkungen des Chaos auf dem Weltölmarkt auf die ohnehin sehr wackligen Wirtschaften Amerikas und Europas kaum zu überschätzen – einschließlich all' der erwähnten gesellschaftlichen und militärischen Konsequenzen. Zu den letzteren gehört die rasante Ausbreitung des Guerillakrieges vom Iran nach Pakistan, Afghanistan, den Schiiten Iraks, nach Saudi Arabien und der gesamten islamischen Welt. Einem um seine Eigenständigkeit und sein Überleben kämpfenden Rußland – oder China – wäre das revolutionäre Khalifat eine willkommene Gelegenheit, sich aus der tödlichen emerikanischen Umklammerung zu befreien und den amerikanischen Trabantenstaaten in Mittel- und Westeuropa ein für allemal den Fangstoß zu versetzen.

Saudi Arabien ist ein Kapitel für sich. Einerseits ist es ein Hauptpfeiler des amerikanischen Wirtschafts- und Wehrweltimperialismus. Zum anderen verhelfen ihm seine Wirtschaftsmacht, seine wahhabistisch-konservative Auslegung des Koran und seine Unterstützung des Islam um die Welt (einschließlich des in Rom lebenden Exilkönigs von Afghanistan) zur Stellung als »nahöstlicher Erbfeind Nr. drei« Israels – nach dem Irak und dem Iran. Voraussichtlich wird Israel nichts unterlassen, um bei Gelegenheit das saudische Regime zu stürzen, ungeachtet dessen Lebenswichtigkeit für die Vereinigten Staaten von Amerika.

In toto ergehe an den Präsidenten Bush die Botschaft des delphischen Orakels an König Krösus von Lydien: »O König! Überschreite den Fluß (Tigris) und du wirst ein Reich zerstören«. Dein eigenes.

Noch ist nicht aller Tage Abend. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß spätestens seit dem Präsidenten Reagen – verschärft mit dem Zusammenbruch des Sowjetreiches – das Weiße Haus ein Prachtexempel der geopolitischen Raumplanung (wie auch der Durchdringung des Weltraumes mit amerikanischen Kernsatelliten zur totalen Beherrschung des uns bekannten Universums) statuiert hat. Dazu verschwendet es für Krieg und Aufrüstung mehr finanzielle, politische und menschliche Mittel als alle anderen Staaten der Erde zusammengenommen. Es peitscht die amerikanische und die Weltwirtschaft bis an den Rand des Untergangs und ist trotzdem für den bevorstehenden Weltguerillakrieg schlechtestens vorbereitet. Zum einen, weil es

seine Technik und seine Legionen GEGEN SICH SELBST, gegen seine Unabhängigkeitserklärung von 1776 antreten läßt. *Ein hoffnungsloses Unterfangen*!

Zum anderen weil seine Vorbereitungen für einen dritten *»konventionellen«* Weltkonflikt, einschließlich der Einkreisung Chinas und Russlands und der Aufteilung der Welt nach »Konzentrationsräumen« (wie: Lateinamerika, Südafrika, Mittelafrika, den Nahen Osten, Mittel-, Ost- und Westeuropa) den Konflikt nur beschleunigt hervorbrechen lassen wird. Ähnlich wie vor dem *ersten* europäischen Krieg der belgische Botschafter in Berlin es der Einkreisungspolitik gegen das Deutsche Reich und gegen die Mittelmächte des englischen Königs Eduard VII. bestätigte, den (Unterwerfungs-) frieden gewollt, aber die Kriegschancen bedrohlich erhöht zu haben, dürfte im 21. Jahrhundert ein unabhängiger Diplomat – den es seit 1945 nicht mehr gibt – dies der amerikanischen Innen- und Außenpolitik bestätigen.

Anstatt sich der ungeheuren Krisen- und Schwachheitsräume im Inneren der USA mit einem langfristigen und vernünftigen Programm zuzuwenden, steigert die amerikanische Machtelite die Unwissenheit und die Hysterie der von ihr in unmündiger Abhängigkeit gehaltenen amerikanischen Bevölkerung – ein Beispiel, das in Rumpfdeutschland knechtisch nachgeahmt wird. Im krassen Gegensatz zum letzteren jedoch missbraucht die amerikanische Elite das stark vorhandene Auserwähltheitsbewusstsein der amerikanischen Massen im Interesse ihrer eigenen aggressiven Expansion um den Erdball. Da oft die wirtschaftliche und propagandistischen Durchdringung nicht hinreicht, wird immer mehr militärisch »nachgeholfen«. Auch die am Weltmarkt besonders tüchtigen amerikanischen Trabantenstaaten, wie Rumpfdeutschland, bleiben von dieser Tendenz nicht verschont.

Umso schlimmer steht es mit den – wehrmäßig arg nachhinkenden – doch geopolitisch wichtigen, unabhängigen Großstaaten Rußland und China.

Ein schier eherner Gürtel amerikanischer Militärstützpunkte erdrosselt Rußland und China, von der EU, dem Balkan, der Türkei und dem Nahen Osten im Westen und Südwesten, über die strategisch und wirtschaftlich weltwichtigen Räume um das Kaspische Becken, Zentralasien, Afghanistan, Pakistan und nun Indien im Süden, zu den amerikanischen Vasallenstaaten Malaysia, Thailand, Singapur, Indonesien, Taiwan, Philippinien, Japan und der Mongolei, bis schließlich Alaska, Hawaii, Australien und

dem gesamten pazifischen Raum bis zur Antarktis. Amerikanische Kern-Unterseekreuzer beschleichen die Küsten Rußlands, Chinas und Koreas. Amerikanische schwimmende Festungen drohen jede aufmüpfige Selbstbestimmungsbewegung im Keime zu ersticken.

Doch leider hat sich Onkel Sam überfüttert. Finanziell, wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, umweltsmäßig und besonders auch militärisch ist er aus den kurz angedeuteten Gründen ein *Koloß auf tönernen Füßen*. Heute schon, im beginnenden 21. Jahrhundert ist es ihm unmöglich, zugleich drei Kleinkriege zu führen: im Irak, Afghanistan und in Kolumbien. Unter den zukünftigen, voraussichtlich weit ungünstigeren wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und so weiter Bedingungen wird es ihm noch schlimmer ergehen (vergleiche: Irak wirft USA »schreckliches Verbrechen« vor, *Süddeutsche Zeitung*, Pfingsten, 3./4./5. Juni 2006).

Dazu gesellt sich noch als erschwerende Indiz, daß er Gebiete sich militärisch und wirtschaftlich einverleibt hat, die vor kurzem noch dem Hoheitsgebiet oder dem traditionellen Einflußbereich Rußland und China zugehörten, eben wie Mittelasien, die Mongolei, Georgien, Armenien. Würden die USA tatenlos zusehen, wenn Rußland oder China Militärbasen in Kanada, den Bahamas, Puerto Rico, Kuba (!), Mexiko, den Fidschiinseln und so fort errichtet? ... Ebenso läßt sich kein souveräner Staat außerhalb den USA in seine lebenswichtigen Angelegenheiten pfuschen. Schwere Konflikte sind wohl nur eine Frage der Zeit; auch in Räumen – wie Südasien – in welchen die Interessen Chinas und des frischgebackenen amerikanischen »Verbündeten« Indien zusammenstoßen. Ob Rußland und China wegen erneuter Grenzkorrekturen am Amurstrom, in der Mongolei oder um Wladiwostok sich wieder »in die Haare geraten«, ist im Moment nicht vorauszusehen.

Auf jeden Fall trudelt die Welt aufgrund der beschleunigten Expansionspolitik der amerikanischen Elite zunehmend in eine Zeit der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Labilität.

Europa und sein Kernstück und Herz: Deutschland sind schwerstens gefährdet.

Was ist zu tun?

Zuerst einmal muß die »europäische Gemeinschaft« genau DAS sein. Das heißt auch, daß Europa nicht von NATO (lies: von Uncle Sam) beschattet und überschattet wird, sondern – um

Frankreich und Deutschland geschart – seine eigene Wehr- und Waffenbrüderschaft entwickelt.

Das bedeutet auch engere, strategische Beziehungen zu *Rußland*. Die Fehler von 1890, als ein mächtiges Deutsches Reich den Rückversicherungsvertrag mit dem Zarenreich vernachlässigte, und von 1941, als eine weit schwächere Ausgabe des Reiches sich kriegerisch mit der UdSSR verwickelte – beide Mal, um sich mit den *Angelsachsen* zu arrangieren – dürfen unter keinen Umständen vom noch viel schwächeren Rumpfdeutschland von heute epigonenhaft wiederholt werden.

Eine saure, ja wütende Reaktion Washingtons darf erwartet werden, einschließlich wirtschaftlicher Einschränkungen und Sperren gegen die erste Exportnation der Welt: *Deutschland*. Wenn jedoch Europa wirtschaftlich und politisch zusammenhält – gestützt auf die Freundschaft mit Frankreich – wird auch Washington sich zu einer realistischeren, nicht-kolonialen Haltung bequemen müssen. Europas Markt und Europas Freundschaft sind ihm zu lebenswichtig.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sitzen heute schon, wie erwähnt, militärisch, finanziell, wirtschaftlich, gesellschaftlich, umweltmäßig und menschlich »tief im siedenden Wasser«. Eine noch weit ernstere Krise als jene, die auf die Niederlage im Vietnamkrieg folgte, dürfte nicht lange ausbleiben. Dann wird auch Uncle Sam zu Kompromissen und sich näher mit seiner Lage auf zwei amerikanischen Festländern zu befassen bereit sein.

Freilich erhebt sich dunkel im Hintergrund die Möglichkeit, daß das jetzige Zwitterregime aus Plutokratie, erdrückendem Garnisonsstaat (»Patriot Act I., Patriot Act II.«) und amerikanischer Auserwähltheitsfimmel, von den Katastrophen vollends außer *»raison«* gebracht, seine Zuflucht in einer entgeisterten, offenen Weltdiktatur sucht.

Dem ist nur dadurch abzuhelfen, daß den menschlicheren, bis heute oft übergangenen und unterdrückten Subkulturen der USA – wie den emsigen und zahlreichen Umweltbewegungen – die Chance, in Washington reines Haus zu schaffen gegeben wird. Dies kann nur durch Europas Festigkeit und Stärke geschehen.

Allen voran sind Europa und vor allem sein Herz- und Kernland Deutschland gefordert, schon um in Freiheit und Menschlichkeit zu überleben, vom Wrack des allzu lange von der amerikanischen Vorherrschaft ausstrahlenden »Leuchte« des mechanistischen Materialismus abzustoßen und im Hafen des lebendig-Großen einzulaufen.

Hier – außer den schon teilweise zitierten deutschen Denkern und Mystikern – soll uns der wohl bedeutendste aller französischen Philosophen, der leider früh verstorbene Blaise Pascal helfen.

Im Gegensatz zu seinen – leichter von der »Aufklärung« des 18. und 19. Jahrhunderts zu popularisierenden – Landsmann René Descartes (beide gehören dem 17. Jahrhundert an) betont Pascal NICHT den Gegensatz zwischen der autonomen *raison* (der instrumentalen Vernunft) und der mechanisierten Umwelt. Er weist mit Recht hin auf die Gründe und Abgründe des, im Unendlichen verwobenen und zugleich tragisch schwächlichen menschlichen Herzens *(»Coeur«)*, das – recht verstanden – der göttlichen Gnade bedarf, um seine Schöpfungsarbeit göttlich zu vollenden.

Gerade in der »Jetztzeit« müssen wir schaudernd erkennen, daß der Mensch – besonders auch in seinen »führenden Staaten« – in sich ein Widerspruch und ein »unbegreifliches Ungeheuer« ist. Trotz der heute lodernden »Ideologie und Utopie« (K. Mannheim) geraten wir immer tiefer in die Heckselmühle unserer Erfindung. Menschlicherseits hilft uns nur die Rückkehr zur »Logik des Herzens« (siehe Eduard Zwierlein, *Blaise Pascal*, Panorama Wiesbaden). Oder auf italienisch: *»ANIMA E CUORE«*, mit Herz und Seele.

QUELLENVERZEICHNIS

Primärquellen

Auswärtiges Amt Bonn: »100 Jahre Auswärtiges Amt 1870–1970«, mit einem Geleitwort des Bundesministers des Auswärtigen, Walter Scheel

A Compilation of the Messages and the Papers of the Presidents, 1789–1901, James R. Richardson Hg., Government Printing Office, Washington, D. C.

Dokumente deutscher Kriegsschäden, Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, in: »Der Luftkrieg über Deutschland 1939–1945«, DTV München 1963

Germany 1947–1949, The Story in Documents, United States Government Printing Office, Washington D. C. 1950

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, Teil I, Washington, Government Printing Office 1896

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1919–1920, »The Paris Peace Conference«, Band II, Washington D. C., 1942

Polish Acts of Atrocity Against the German Minority in Poland, German Library of Information New York 1940

Treaties and Other International Acts of the United States of America, Hunter Miller Hg., Washington, D. C., Government Printing Office, Band V 1931–1938

United States Congress, House of Representatives: »Hearings Before the Special Committee Appointed Under the Authority of the House Resolution No. 6 Concerning the Right of Victor L. Berger to be Sworn In as a Member of the 60th Congress, First Session 1919«

SEKUNDÄRQUELLEN. Eine Auswahl.

App, Austin J., »The Curse of Anglo-American Power Politics. Vicious Ethics, Not Too Much Ethics, Caused American Diplomacy To Fail«, Boniface Press, Takoma Park Maryland

Bacque, James, *Crimes and Mercies;* Little, Brown and Company, Kanada, 1997

ders., *Other Losses,* St. Martin's Press, New York 1991

Barnes, Harry Elmer Hg., *Perpetual War For Perpetual Peace,* Greenwood Press Publishers, New York 1953/1969

Beard, Charles A., *An Economic Interpretation of the Constitution of the United States,* New York 1913

Benesch Eduard, *In His Own Words,* Czech-American National Alliance, New York 1944

Berkman, Dave, »Why We're Not Loved«, *Shepherd Express,* Milwaukee, 31. Januar 2002

Borgquist, Daryl S., »The Red Cross Connection«, *Naval History,* Annapolis, Maryland; Mai/Juni 1999

Birkenhead, The Earl of, *The Professor And The Prime Minister,* Houghton Mifflin Boston, 1962

Bourne, Kenneth, *The Foreign Policy of Victorian England, 1830–1902,* Oxford Clarendon Press, 1970
Buchanan, Patrick, *A Republic, Not An Empire*, Regnery, Washington, 1999
Caidin, Martin, *The Night Hamburg Died,* Ballantine Books New York, 1960
ders., *A Torch to the Enemy. The Fire Raid on Tokyo,* Ballantine Books, 1960
The Carter Center, Atlanta, Georgia: »President Carter is Awarded the Nobel Peace Prize«, »President Carter's Acceptance Speech for the 2002 Nobel Peace Prize«
Chamberlin, William Henry, *America's Second Crusade,* Henry Regnery Company, Chicago 1950
Charmley, John, *Chamberlain and the Lost Peace,* London 1989
ders., *Churchill; The End of Glory,* London 1993
Chomsky, Noam, »In a League of Its Own«, *Harvard International Review,* Sommer 2000
Ders., Ramsay Clark, Edward W. Said, *Acts of Aggression. Policing ›Rogue‹ States.* Seven Stories Press New York 1999
ders., »U. S. Foreign Policy: What Went Wrong«, 15th Annual Pledge of Resistance, Milwaukee Area Technical College, 1. 11. 2002
Colby, Benjamin, *'Twas A Famous Victory,* Arlington House Publishers, New Rochelle New York, 1974
Conte, Arthur, *Die Teilung der Welt, Jalta 1945.* DTV 1967
Copeland, Miles, *The Game of Nations,* Simon & Schuster/New York 1969
Czesany, Maximilian, *Europa im Bombenkrieg 1939–1945,* Leopold Stocker Verlag, Graz–Stuttgart 1998
Denson, John V., Hg., *The Costs of War. America's Pyrrhic Victories.* Transaction Publishers, New Brunswick, New Jersey, 2. Auflage 1999
The Defense Monitor, Center for Defense Information, Washington, D. C., Veröffentlichungen v. 1991–2007
Deutscher Ostdienst/DOD, 44. Jahrgang, Nr. 14, 2002: »Die Beneš-Dekrete, Zündstoff für Europa«.
Diez del Corral, Luis, *Der Raub der Europa,* Verlag C. H. Beck München, 1959
Diwald, Hellmut, *›Propyläen‹ Geschichte der Deutschen,* Ullstein, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1979
Eden, Anthony, *The Reckoning: Memoirs,* Boston 1963
Eland, Ivan, *The Empire Has No Clothes,* Oakland, Kalifornien 2004
Mircea Eliade, *Cosmos And History, The Myth of The Eternal Return,* Bollingen Foundation, Harper Torchbooks 1959
Feingold, Russell, United States Senate, Washington D. C.: »On the Anti-Terrorism Bill«, 25. 10. 2001; Mitteilungen: vom 20. 2. 2002 bis z. 16. 2. 2007, über den Irakkrieg
Fraenkel, Ernst, *The Dual State,* Übers. von E. A. Shils, Octagon Books New York, 1969
Freud, Sigmund/Bullitt, William, *Thomas Woodrow Wilson. A Psychological Study,* Avon Books New York, 1966
Friedlander, Saul, *Prelude to Downfall: Hitler and the United States, 1939–1945,* Alfred A. Knopf New York, 1967
Gordon, Helmut, *›Zions‹ Griff zur Weltherrschaft, Amerikas unbekannte Aussenpolitik 1789–1975,* Druffel Verlag 1985
Haddad, Yvonne, »The Islamic World and the United States«, World Affairs Institute, University of Wisconsin-Milwaukee, 8. Febr. 2002; Prof. Haddad

wirkt u. a. am Center for Muslim-Christian Understanding, Georgetown University, Washington – D. C.
Harris, Sir Arthur, *Bomber Offensive*, The Macmillan Company, New York, 1947
Higgs, Robert, *Resurgence of the Warfare State*, Oakland, Kalifornien 2005
Hölzl', Erwin, *Geschichte der zweigeteilten Welt*, Rowohlt Taschenbücher, Reinbek 1961
ders., *Die Revolution der zweigeteilten Welt*, Rowohlt, 1963
Hoggan, David L., *Meine Anmerkungen zu Deutschland. Der anglo-amerikanische Kreuzzugsgedanke im 20. Jahrhundert*, Grabert Verlag Tübingen, 1990
International Action Center (d. ehemalige Justizminister Ramsay Clark), 39 West 14th Street, Room 206, New York NY 10011
Jaksch, Wenzel, *Europe's Road to Potsdam*, übers. v. Kurt Glaser, Frederick A. Praeger Publisher, New York 1963; urspr. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1958
Jüttner, Alfred, *1945–1995, 50 Jahre Ringen um Deutschland*, Junge Wissenschaft 7, Schriften der Hochschule für Politik München, 1995
Kalvoda, Josef, *The Genesis of Czechoslovakia*, Columbia University, Press, New York 1986'
Kern, Erich, *Deutschland im Abgrund*, Verlag K. W. Schütz Göttingen, 1963
ders., *Verbrechen am deutschen Volk. Dokumente alliierter Grausamkeiten 1939–1949.* Verlag K. W. Schütz KG, Preuss. Oldendorf, 6. Auflage 1964
Kleczka, Jerry, Democrat – Wisconsin, Congress of the United States. Brief des Abgeordneten an den Verfasser (Irakkrieg, Umtriebe der Geheimpolizei) v. 12. Februar 2003
Kopacsi, Sandor, *In the Name of the Working Class*, übers. v. Daniel, und Judy Stoffman, Grove Press New York, 1986
Kühnemann, Eugen, *Deutschland und Amerika*, C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung München 1917
Lawrence, D. H., *Studies in Classic American Literature*, T. Seltzer Publishers, New York 1923
Lenczowski, *The Middle East in World Affairs*, Cornell University Press, 1967
Link, Arthur S., *Wilson: Confusion And Crises, 1915–1916*, Princeton 1964
Mácha, Karel, Glaube und Vernunft. *Die böhmische Philosophie in geschichtlicher Obersicht.* Teil III, 1900–1945, K. G. Saur München 1989
Marx, Fritz Morstein, *The Administrative State*, University of Chicago Press, 1957/1969
Messner, Johannes, *Das Naturrecht*, Fünfte, erweiterte Auflage, Tyrolia-Verlag, Innsbruck-Wien-München, 30. August 1966
Miller, Nathan, *The Roosevelt Chronicles*, Doubleday & Company, Garden City, New York, 1979
Montgomery, The Memoirs of Field Marshall the Viscount of Alamein, A Signet Book, New York, Dezember 1959
ders., *A History of Warfare*, The World Publishing Company, Cleveland, New York, 1968
Myers, Gustavus, *Money*, Frankfurt am Main 1979; urspr. ›The History of Great American Fortunes‹ 1916
The New York Times: »So Much for the Plan to Scrap Old Weapons«, 22.2.02; James Brooke »Japan Fears Its Weakened Economy is Becoming America's

Prey« 3.11.2002; Richard Bernstein »Hyper Power« und Maureen Dowd »Perle's Plunder Blunder« 23.3.2003;
The New York Times, Week in Review: »Westward Ho. An Empire Tries to Become a Normal Nation«, 19. Mai 2002
»The Nuclear Nightmare Returns«, The Mobilizer, Monthly Newsletter of Peace Action-Wisconsin, 1. März 2003
Phillips, Kevin, *Wealth and Democracy,* Broadway Books New York, 2002
Pope, Carl, »Forward Into the Past«, *Sierra,* März/April 2003
The Progressive, Madison, Wisconsin: »Saint Jimmy the Lesser. Jimmy Carter is Not Worthy of the Nobel Peace Prize«, Dezember 2002
Reventlow, Graf Ernst zu, *Deutschlands auswärtige Politik 1888–1914;* ERnst Siegfried Mittler und Sohn, Königliche Hofbuchhandlung Berlin, erweiterte Auflage 1917
Schickel, Alfred; *Vergessene Zeitgeschichte,* Herbig Materialien zur Zeitgeschichte, Dezember 1985
ders., *Weichensteilung in die Katastrophe,* Staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V., Hamburg 1979
Joseph Alois Schumpeter, The Economics And Sociology of Capitalism, hgg. v. Richard Swedberg, Princeton University Press 1991
Sternburg, Wilhelm von, *Die deutschen Kanzler von Bismarck bis Schmidt,* Fischer Verlag Frankfurt am Main, 1987
Stinnett, Robert B., *Day of Deceit,* The Free Press New York, 2000
Theobald, Rear »Admiral Robert A., »The Final Secret of Pearl Harbor«, Tatsachenbericht, *U. S. News & World Report,* April 1954
»US & Israel Planned Lebanon Attack Last Spring: Prelude to Attack on Iran«, *The Mobilizer,* Peace Action Wisconsin, 1. Sept. 2006
Van Alstyne, Richard, The Rising American Empire, Chikago 1965
Vidal, Gore, *Imperial America,* Nation Books New York 2004
ders., *Perpetual War for Perpetual Peace. How We Got to be So Hated,* Nation Books New York 2002
The Washington Spectator, The Public Concern Foundation Inc.:
Perry L. Weed »Maxed-Out Families and the Fading American Dream« 1. Nov. 2006; Dilip Hiro »The U. S. Can't Bring Peace to Iraq, But Muslim Nations Can« 1. Januar 2007; Joe W. Pitts »The End of Illegal Domestic Spying? Don't Count on It«, 15. März 2007
Webster, Orville B., *The Book of Presidents,* JBG Publishing Company Los Angeles, 1991
Weizsäcker, Wilhelm, Geschichte der *Deutschen in Böhmen und Mähren.* Der Göttinger Arbeitskreis Heft 2/3, Holzner-Verlag Würzburg, zweite bearbeitete Auflage
Wesserle, Andreas R., »Allied War Crimes Trials«, *Journal of Historical Review,* Bd. 2, Nr. 2, 1981
ders., »Bombs on Britain«, *Journal of Historical Review,* Winter 1981
ders., »Death and Rebirth: European Political Observations«, *Journal of Historical Review,* Winter 1986–1987
ders., »The New World Disorder«, *Journal of Historical Review,* Winter 1991–1992
ders., »Paradise Lost: Roosevelt, Churchill, Teheran und Jalta«, Veröffentlichungen der zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, 8. Band 1983
ders., »Der Westen und die Staaten des Islam im 20. Jahrhundert«, ebda., 1985

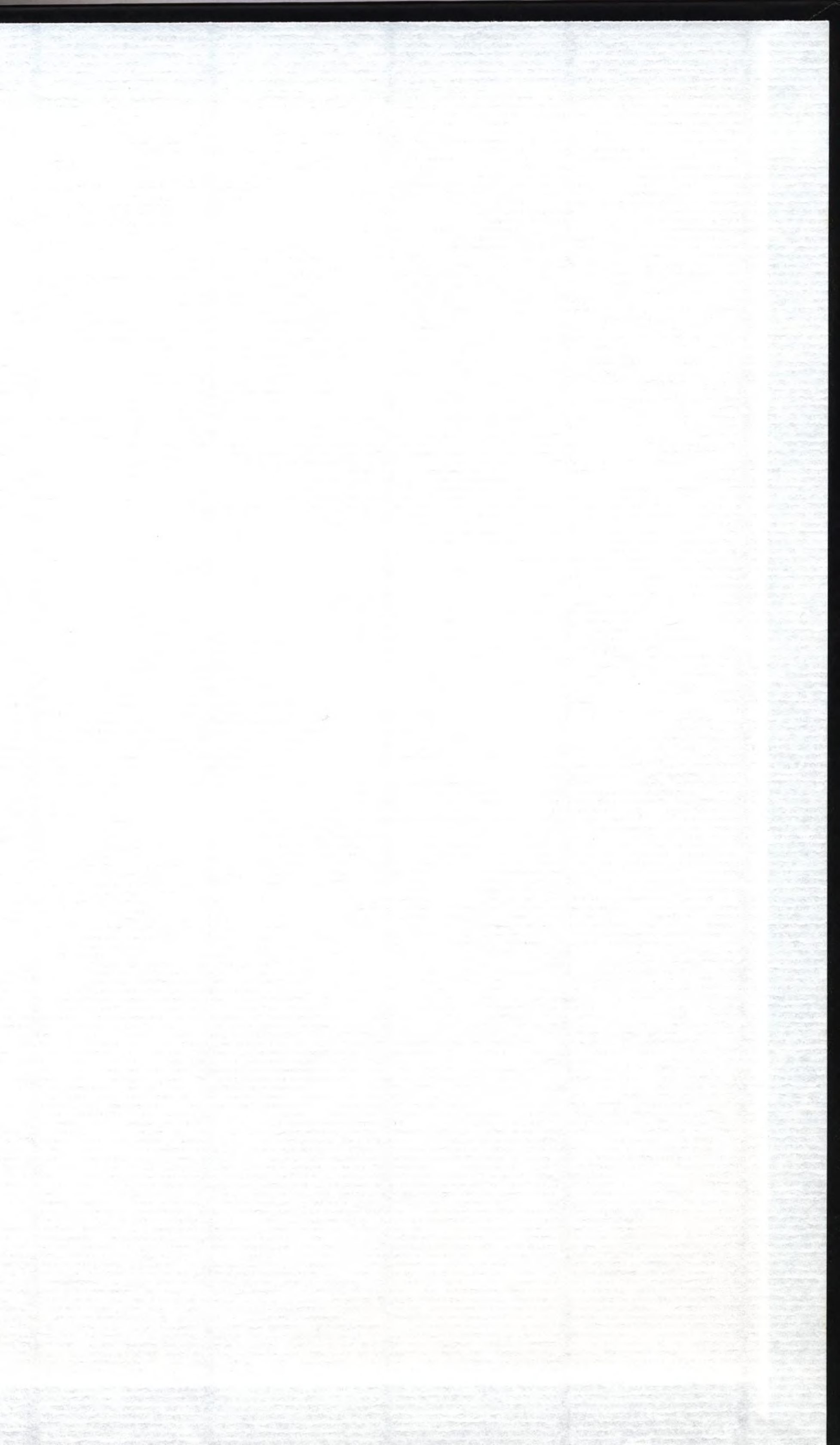
ders., »Yalta: Fact or Fate?« *Journal of Historical Review*, Bd. 3, Nr. 4, Winter 1982
World Press Review, »The Fire This Time. The Israeli-Palestinian War«, Juni 2002
Zwierlein, Eduard, *Blaise Pascal. Eine Einführung*. Panorama Verlag Wiesbaden, o. D.

NAMENVERZEICHNIS

SACHVERZEICHNIS







Nur knapp 200 Jahre benötigten die Vereinigten Staaten von Amerika, um sich von einer nachrangigen Regionalmacht zur führenden politischen und militärischen Macht des Globus aufzuschwingen und ein weltumspannendes Geflecht diverser Beherrschungsmethoden zu entwickeln.

Mit beinahe krimineller Energie suchten und suchen sich die US-Macher von Washington, New York und der Ostküste die strategisch wichtigen Punkte des Globus, sowie die Rohstoff- und Energiequellen für sich zu sichern, um Monopole und damit Herrschaftsinstrumente zu gewinnen.

Der deutschstämmige und in den USA lebende Historiker enthüllt in dieser brisanten Studie Hintermänner und Abgründe und legt Wege, Ziele und Mittel dieser ebenso rücksichtslosen wie brutalen und völkervernichtenden Politik offen, die das Bibelwort „Macht euch die Erde untertan" für sich in Anspruch nimmt.

Die Herstellung dieses Titels wurde unterstützt von der
Brinkmann'schen Familienstiftung für
wissenschaftliche und historische Forschung
Brinkmannska Familjestiftelsen
för internationell vetenskaplig och historisk Forskning
Box 167 S - 551 13 Jönköping

ISBN 978-3-8061-1165-1